

Forschungsberichte  
der Zentralen wissenschaftlichen Einrichtung  
'Arbeit und Betrieb'

Wilhelm Eberwein / Jochen Tholen  
unter Mitarbeit von  
Siegfried Braun und Adolf Brock

# Belegschaften und Unternehmer

Die geschichtlich-gesellschaftliche Herausbildung  
der aktuellen Betriebsverfassung und betrieblichen  
Mitbestimmung in Deutschland

Band 2

Kooperation  
Universität  
Arbeiterkammer Bremen

*Diss. Bremen*  
*1983*



© 1982 Universität Bremen, Zentrale wissenschaftliche Einrichtung  
,Arbeit und Betrieb' des Kooperationsvertrages zwischen der  
Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen

Umschlagentwurf: Achim Heimbucher  
Vertrieb: Universität Bremen, Zentrale wissenschaftliche  
Einrichtung ,Arbeit und Betrieb'  
Druck: Zentraldruckerei der Universität Bremen  
Printed in Germany

Forschungsberichte  
der Zentralen wissenschaftlichen Einrichtung  
'Arbeit und Betrieb'

Wilhelm Eberwein / Jochen Tholen

unter Mitarbeit von  
Siegfried Braun und Adolf Brock

BELEGSCHAFTEN UND UNTERNEHMER

Über die Entstehung, Entfaltung, Durchsetzung und Integration des betrieblichen Mitbestimmungstrebens der industriellen Belegschaften und die Betriebsverfassungsversuche der kapitalistischen Unternehmens- und Betriebsleitungen, dargestellt am Beispiel von unterschiedlichen Teilbereichen, ausgewählten Unternehmen und bestimmten Erscheinungen der deutschen Wirtschafts- und Sozialentwicklung.

Band 2

Kooperation  
Universität  
Arbeiterkammer Bremen

## Inhalt der gesamten Untersuchung

### I Konzeption der Untersuchung

1. Darstellung und Kritik verschiedener empirischer und theoretischer Untersuchungen zur Betriebsverfassung
2. Gegenstand der Untersuchung und Untersuchungsmodell
3. Aufgabe, Vorgehensweise und Fragestellungen der Untersuchung

### II Die Entwicklungsstufen der Betriebsverfassung und des Verhältnisses zwischen Belegschaften und Betriebsleitungen in Deutschland

1. Vorformen industrieller Betriebsverfassungen (bis 1848/50)
  1. 1. Die vorindustriellen Arbeits- und Lebensverhältnisse
  1. 2. Der Zerfall der ständisch-feudalen Gesellschaft in Deutschland
  1. 3. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der sich auflösenden ständisch-feudalen Gesellschaft insbesondere im Textilgewerbe
    1. 3. 1. Die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptzweige der Textilproduktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
    1. 3. 2. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse im textilen Heimgewerbe
    1. 3. 3. Zu den Bedingungen eines betrieblichen Mitbestimmungstrebens der Manufaktur- und frühen Fabrikarbeiter und den ersten unternehmerischen Betriebsverfassungsversuchen
  1. 4. Die Sonderstellung der bergbaulichen Betriebsverfassung
2. Entstehung industrieller Betriebsverfassungen (1848/50 bis 1890)
  2. 1. Die politischen, ökonomischen, technischen und sozialen Rahmenbedingungen der Entstehung und Durchsetzung industrieller Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen



- 2.1.1. Die politische Dominanz der agrarisch junkerlichen Führungsschichten auch nach der Ablösung der handwerklich-agrarischen Arbeitsweise durch die Große Industrie
- 2.1.2. Die ökonomischen und technischen Bedingungen und Folgen der Durchsetzung der Großen Industrie
- 2.1.3. Der Versuch der Übertragung tradiertter gesellschaftlicher Normierungen auf die industriellen Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen
- 2.2. Die Veränderungen der Lebens- und Arbeitszusammenhänge mit der Entstehung der Großen Industrie und die Interessenfindung der Arbeiter als Lernprozeß
  - 2.2.1. Die materiellen Bedingungen proletarischer Existenz
  - 2.2.2. Die Verarbeitung der neuen Anforderungen und Verhaltenszumutungen aufgrund der neuen Anpassungszwänge an die Bedingungen des Arbeitsmarktes und der industriellen Arbeit durch die Arbeiter
    - Die Entwicklung der 'halboffenen' Familienstruktur als eigenständige Organisationsleistung der Arbeiter
    - Die räumliche Mobilität der Bevölkerung als wesentlicher Ausdruck der Verarbeitungsschwierigkeiten der neuen Anforderungen
    - Berufliche und branchenmäßige Mobilität
    - Mobilität, Protestverhalten und Organisation in den Gewerkschaften
    - Die Veränderungen der Bedeutung der Familie mit der Durchsetzung der Großen Industrie
    - Die rechtliche und faktische Stellung der Landarbeiter und Dienstboten im Spannungsfeld zwischen der sachlichen Notwendigkeit der Gewerbefreiheit und dem Beharren auf feudalen Abhängigkeitsverhältnissen
  - 2.2.3. Die beginnende Organisation des Interessenkonflikts zwischen industriellen Lohnarbeitern und Unternehmern
    - Die Anpassungs- und Widerstandsformen der Arbeiter in der Periode des Umbruchs
    - Die Organisationen der Arbeiterbewegung
    - Die Organisation der Unternehmer



2. 3. Die Ablösung traditionell-verwandtschaftlicher und traditionell-ständischer Verhältnisse im Arbeitsprozeß durch die Entstehung industrieller Betriebsverfassungen am Beispiel von Textil und Bergbau

2. 3. 1. Textilgewerbe

- Technische, ökonomische und soziale Entwicklungen im Textilgewerbe

Die Industrialisierung der verschiedenen Zweige des Textilgewerbes und die ökonomische Bedeutung dieser Entwicklungen

Die Veränderungen des Arbeitsplatzes des Spinners und des Webers durch die Mechanisierung

Die Arbeitsbedingungen der Maschinenarbeiter

- Rekrutierung der Textilarbeiter, Belegschaftsstruktur und Fluktuation
- Protestverhalten und Organisation der Textilarbeiter
- Arbeits- und Fabrikordnungen in der Textilindustrie als Ausdruck einer manchester-liberal geprägten autoritären Betriebspolitik der Unternehmer

2. 3. 2. Bergbau

- Die technische und ökonomische Expansion des Bergbaus
- Die Verdrängung des staatlichen Direktionsprinzips durch das Inspektionsprinzip aufgrund der Bergrechtsreform
- Rekrutierung, Arbeitsplatzbedingungen und Lebensgewohnheiten der Bergarbeiter
- Der Zerfall der ständisch-feudalen Sozial- und Kommunikationsstrukturen mit ihren Protestformen der Beschwerde und der Petition und deren Ersetzung durch Streikbewegungen bis hin zur dauerhaften gewerkschaftlichen Verbandsbildung
- Der Grubenmilitarismus der Bergbau-Unternehmer

- Die 'soziale Betriebsverfassung' im Bergbau als zum Teil widersprüchlicher Ausdruck einer militärisch geprägten autoritären Betriebspolitik der Unternehmer und sich langsam formierender Mitbestimmungsbestrebungen der Betriebsbelegschaften
- 3. Durchsetzung und Differenzierung industrieller Betriebsverfassungen (1890 - 1914)
- 3. 1. Organisierter Kapitalismus, nach-liberaler Interventionsstaat und negative Integration der Arbeiter
  - 3. 1. 1. Zur Rolle und Funktion des Staates im organisierten Kapitalismus
  - 3. 1. 2. Die ökonomischen Konzentrations- und Zentralisationstendenzen
  - 3. 1. 3. Zur 'Trennung von Eigentum und Kontrolle'
  - 3. 1. 4. Die Implikationen des organisierten Kapitalismus auf betrieblicher Ebene
    - Die Entstehung der Industriebürokratie
    - Die 'Taylorisierung' industrieller Lohnarbeit
    - Zur subjektiven Einstellung der Arbeiter auf die entwickelte industrielle Lohnarbeit
  - 3. 1. 5. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation der Arbeiter im organisierten Kapitalismus
    - Zur Veränderung der materiellen Lebensbedingungen
    - Familienleben und Freizeitverhalten der Arbeiter
    - Negative Integration oder begrenzte Anpassung der Arbeiter?
- 3. 2. Betriebliches Mitbestimmungsstreben, gewerkschaftliche Aktivität und Formen der politischen Auseinandersetzung im organisierten Kapitalismus
  - 3. 2. 1. Negative Integration und revolutionärer Attentismus der Arbeiterbewegung?
  - 3. 2. 2. Die Arbeiterbewegung als Massenbewegung
  - 3. 2. 3. Die Durchsetzung organisierter Austragungsformen der sich aus dem Interessengegensatz von Unternehmens- und



### Betriebsleitungen und Belegschaften ergebenden Konflikte

3. 3. Die Betriebsordnungspolitik und Betriebsverfassungsversuche unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus
3. 3. 1. Der autoritäre Betriebsverfassungsversuch
3. 3. 2. Der werksgemeinschaftliche Betriebsverfassungsversuch
3. 3. 3. Der sozialreformerisch aufgeklärte Betriebsverfassungsversuch
3. 3. 4. Die gesetzlichen Regelungen der Betriebsverfassung als Versuch der Anpassung an die in den Betrieben teilweise schon entwickelten modernen Formen der Betriebsverfassung
  - Die fakultativen Arbeiterausschüsse
  - Die obligatorischen Arbeiterausschüsse im Bergbau
4. Teildemokratisierung und Vereinheitlichung industrieller Betriebsverfassungen
4. 1. Die Entwicklung der Betriebsverfassung im Weltkrieg 1914 - 1918
4. 2. Das Betriebsrätegesetz von 1920 als wesentlicher Ausdruck der Teildemokratisierung der Betriebsverfassung und als Instrument ihrer Vereinheitlichung
4. 2. 1. Die Dominanz der politischen Bestimmungsgründe der Konstitution des Betriebsrätegesetzes von 1920
4. 2. 2. Die Bedeutung der Normen des Betriebsrätegesetzes von 1920 für die sozialen Beziehungen im Betrieb
4. 2. 3. Das Betriebsrätegesetz von 1920 im Widerstreit zwischen den Notwendigkeiten des organisierten Produktionsprozesses, dem betrieblichen Mitbestimmungstreiben der Belegschaften, den Ansprüchen sozialdemokratisch orientierter staatlicher Sozialpolitik und den restriktiven Handhabungen und Auslegungen durch Unternehmer und Rechtsprechung

### III Zur aktuellen partnerschaftlich-pluralistischen Betriebsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Der Kompromißcharakter der partnerschaftlich-pluralistischen Betriebsverfassung
2. Partnerschaftlich-pluralistische Betriebsver-



fassung, betriebliches Mitbestimmungsstreben  
und Leitungskompetenz der Arbeiter

### 3. Perspektiven der Entwicklung der Betriebs- verfassung

## Inhalt des Bandes 2

|                                                                                                                                                                        |      |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|
| 2. Entstehung industrieller Betriebsverfassungen (1848/50 bis 1890)                                                                                                    | 308a |
| 2.1. Die politischen, ökonomischen, technischen und sozialen Rahmenbedingungen der Entstehung und Durchsetzung industrieller Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen  | 311  |
| 2.1.1. Die politische Dominanz der agrarisch-junkerlichen Führungsschichten auch nach der Ablösung der handwerklich-agrarischen Arbeitsweise durch die Große Industrie | 311  |
| 2.1.2. Die ökonomischen und technischen Bedingungen und Folgen der Durchsetzung der Großen Industrie                                                                   | 330  |
| 2.1.3. Der Versuch der Übertragung tradierter gesellschaftlicher Normen auf die industriellen Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen                                 | 355  |
| 2.2. Die Veränderungen der Lebens- und Arbeitszusammenhänge mit der Entstehung der Großen Industrie und die Interessenfindung der Arbeiter als Lernprozeß              | 362  |
| 2.2.1. Die materiellen Bedingungen proletarischer Existenz                                                                                                             | 362  |
| 2.2.1.1. Die Pauperisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Ausgangsbedingung materieller Existenz während der Durchsetzung der Großen Industrie         | 363  |
| 2.2.1.2. Urbanisierung und Wohnbedingungen                                                                                                                             | 369  |
| 2.2.1.3. Die Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur                                                                                                  | 381  |
| 2.2.1.4. Arbeitslöhne und Familieneinkommen                                                                                                                            | 386  |
| 2.2.1.5. Ernährung und Essgewohnheiten als Ausdruck der Veränderungen der Bedürfnisstrukturen                                                                          | 393  |
| 2.2.1.6. Die Schwierigkeiten bei der Befriedigung von Bedürfnissen durch die Einstellung auf den Geldlohn und den Geldverkehr                                          | 417  |
| 2.2.1.7. Die Unfallgefahren und Belastungen aufgrund des Umgangs mit Maschinen und Arbeitszeiten                                                                       | 421  |

|                |                                                                                                                                                                                                            |     |
|----------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 2.2.2.         | Die Verarbeitung der neuen Anforderungen und Verhaltenszumutungen aufgrund der Anpassungszwänge an die Bedingungen des Arbeitsmarktes und der industriellen Arbeit durch die Arbeiter                      | 428 |
| 2.2.2.1.       | Die Entwicklung der 'halboffenen' Familienstruktur als eigenständige Organisationsleistung der Arbeiter                                                                                                    | 428 |
| 2.2.2.2.       | Die räumliche Mobilität der Bevölkerung als wesentlicher Ausdruck der Verarbeitungsschwierigkeiten der neuen Anforderungen                                                                                 | 433 |
| 2.2.2.3.       | Berufliche und branchenmäßige Mobilität                                                                                                                                                                    | 456 |
| <u>Exkurs:</u> | Kritik an den Ergebnissen der Untersuchungen zur Mobilität des Vereins für Socialpolitik                                                                                                                   | 465 |
| 2.2.2.4.       | Mobilität, Protestverhalten und Organisation in den Gewerkschaften                                                                                                                                         | 469 |
| 2.2.2.5.       | Die Veränderungen der Bedeutung der Familie mit der Durchsetzung der Großen Industrie                                                                                                                      | 479 |
| 2.2.2.5.1.     | Die veränderte soziale Definition der Aufgabenteilung von Mann und Frau                                                                                                                                    | 484 |
| 2.2.2.5.2.     | Die Sozialisation der Kinder                                                                                                                                                                               | 513 |
| 2.2.2.5.3.     | Zum besonderen Protestverhalten der Arbeiterfrauen                                                                                                                                                         | 521 |
| 2.2.2.5.4.     | Die Funktion der Familie zur Stabilisierung des industriellen Systems                                                                                                                                      | 527 |
| 2.2.2.6.       | Die rechtliche und faktische Stellung der Landarbeiter und Dienstboten im Spannungsfeld zwischen der sachlichen Notwendigkeit der Gewerbefreiheit und dem Beharren auf feudalen Abhängigkeitsverhältnissen | 532 |
| 2.2.3.         | Die beginnende Organisation des Interessenkonfliktes zwischen industriellen Lohnarbeitern und Unternehmern                                                                                                 | 548 |
| 2.2.3.1.       | Die Anpassungs- und Widerstandsformen der Arbeiter in der Periode des Umbruchs                                                                                                                             | 552 |
| 2.2.3.2.       | Die Organisationen der Arbeiterbewegung                                                                                                                                                                    | 589 |

|             |                                                                                                                                       |     |
|-------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 2.2.3.2.1.  | Die Arbeiterbildungsvereine in den 1850er Jahren                                                                                      | 595 |
| 2.2.3.2.2.  | Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von mittelalterlichen Gesellenverbänden und den Organisationen der Arbeiterbewegung              | 603 |
| 2.2.3.2.3.  | Die 'Neue Aera' in Preußen und die liberalen Versuche zur Organisation der Arbeiterbewegung                                           | 612 |
| 2.2.3.2.4.  | Die 'freien' Organisationen der Arbeiterbewegung und die Trennung von politischen und ökonomischen Aufgabenbereichen                  | 623 |
| 2.2.3.2.5.  | Der Dualismus von radikaler Theorie und gemäßigter politischer Praxis                                                                 | 637 |
| 2.2.3.2.6.  | Die Sozialistengesetze als repressive Maßnahmen des halbfeudalen antibürgerlichen Staates gegen alle Arbeiterkoalitionen              | 655 |
| 2.2.3.2.7.  | Die Verlagerung der Diskussionen der Arbeiterbewegung auf die parlamentarische Ebene auch als Folge der Sozialistengesetze            | 663 |
| 2.2.3.2.8.  | Negative Integration, revolutionärer Attentismus und die Dominanz der Handwerker in der sich entwickelnden Arbeiterbewegung           | 672 |
| 2.2.3.2.9.  | Der handwerkliche Berufsbegriff der Arbeiterbewegung und deren Stellung zur betrieblichen Leistungs- und Arbeitszeitpolitik           | 680 |
| 2.2.3.2.10. | Die Vernachlässigung der betrieblichen Probleme durch die Arbeiterbewegung                                                            | 690 |
| 2.2.3.2.11. | Die programmatischen Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie und deren Einflüsse auf Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter | 693 |
| 2.2.3.2.12. | Die allgemeine politische Orientierung der industriellen Lohnarbeiter durch die Arbeiterbewegung                                      | 705 |
| 2.2.3.3.    | Die Organisation der Unternehmer                                                                                                      | 713 |
| 2.2.3.3.1.  | Die soziale und berufliche Herkunft der Unternehmer                                                                                   | 716 |



- 2.2.3.3.2. Die Fixierung der Organisationen 735  
der Unternehmer auf die staatli-  
che preußisch-deutsche Verwaltung

## 2. Entstehung industrieller Betriebsverfassungen (1848/50 - 1890)

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu dem Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende war in Deutschland gekennzeichnet durch einen ökonomischen und sozialen Umwälzungsprozeß, der oft als 'Durchsetzung der Großen Industrie' im kapitalistischen Rahmen gekennzeichnet wird.

Gemeint ist damit im allgemeinen vor allem eine gesellschaftliche Entwicklung, die geprägt war durch die schwindende Bedeutung der handwerklich-agrarischen Arbeits- und Produktionsweisen und deren gesellschaftlichen Normierungen und das Entstehen eines industriellen Kapitalismus unter Konkurrenzbedingungen einschließlich der industriellen Arbeits- und Verkehrsmittel.

In den fortgeschrittenen Industrien erfolgte die Durchsetzung eines durch Maschinensystem und große Produktionsanlagen integrierten Gesamtproduktionsprozesses mit verstärkter und veränderter Arbeitsteilung und einer Anpassung menschlicher Arbeit an mechanisch-kontinuierliche Tätigkeit. Damit verbunden war der Aufbau einer rationalisierten und bürokratisierten zentralen Betriebsorganisation, die eine neue Arbeits- und Lohnhierarchie beinhaltete und die Zentralisierung und Stärkung von Leitungsinstanzen bedeutete, die in vorherigen Arbeitsweisen eher in einer Aufgabenteilung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestand.

Mit diesen Auswirkungen der Durchsetzung der Großen Industrie wären die ökonomischen und sozialen Umwälzungsprozesse nicht hinreichend beschrieben.

Betrachtet man die Betriebsverfassung als einen immer wieder neu politisch zu gestaltenden und sozial zu

normierenden Prozeß, so liegen den Veränderungen der Betriebsverfassung vor allem veränderte Verhaltensweisen der an der Gestaltung der Betriebsverfassung Beteiligten zugrunde.

Veränderungen der Verhaltensweisen erfolgen innerhalb der institutionellen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft, - also vor allem innerhalb der je spezifischen Eigentums-, Markt- und Vertragsverhältnisse - jedoch nicht ausschließlich, durch Lernprozesse, die ihrerseits zwar in sehr bedeutsamer Weise von den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflußt werden.

In der hier diskutierten Phase setzte die Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch die Durchsetzung der Großen Industrie Verarbeitungs- und Lernprozesse der Arbeiter in Gang, zu deren Beginn diese auf ihre erzwungene Anpassung an die Regeln des Arbeitsmarktes, an die veränderten Anforderungen industrieller Arbeit etc. zunächst mit tradierten vorindustriellen Interpretationsmustern reagierten. Innerhalb einer relativ kurzen Zeit - besonders gut im Bergbau nachzuvollziehen - begannen sich Verhaltensweisen durchzusetzen - ohne daß dabei vorindustrielle, zum Beispiel ständische Orientierungen ganz in den Hintergrund gedrängt wurden -, die sich an den Erfordernissen industrieller, auf Lohnarbeit beruhender Produktion orientierten, und die eine angemessene Reaktion auf diese Erfordernisse darstellten. Dabei haben die veränderten Kommunikationsstrukturen, die sich sowohl aus den technisch und ökonomisch bedingten Veränderungen der Arbeitsorganisation als auch aus den Veränderungen im sogenannten privaten Bereich (Auseinanderfallen von Lebens- und Arbeitsplatz, Wegfall der produktiven Funktion der Familie, Zusammenballung in Zentren, hohe Mobilität) ergeben, einen erheblichen Anteil an den Lernprozessen und den sich daraus ergebenden veränderten Verhaltensweisen und Handlungsformen.

Die Entstehung der Arbeiterbewegung war nur eine - wenn auch nicht unwesentliche - Folge und Voraussetzung dieses Umdeutungsprozesses sozio-kultureller Wertmuster und damit der Unterschei-

dung der eigenen Interessen von den Interessen anderer, wobei es fast das ganze 19. Jahrhundert gedauert hat, bis sich die Bevölkerung auf Industriearbeit eingestellt hatte <sup>1)</sup>.

Die Unternehmer ihrerseits wurden nun - durch die Lernprozesse der Arbeiter erheblich provoziert - gezwungen zu erkennen, daß eine ausschließlich auf technischen und ökonomischen Notwendigkeiten beruhende Organisation des Produktionsablaufs keineswegs ausreichte, die Bestands- und Funktionsprobleme des Industriebetriebs befriedigend zu lösen. Sie mußten lernen, die sozialen Beziehungen im Betrieb maßgeblich zu gestalten, die die politischen, ökonomischen und sozialen Spannungen im Betrieb in einem Ausmaß zu berücksichtigen in der Lage sein mußten, daß eine möglichst reibungslose Produktion gewährleistet sein konnte. Das heißt, daß die Unternehmer nicht nur den Produktionsprozeß als solchen nach technischen und ökonomischen Gesichtspunkten neu organisieren mußten - etwa im Vergleich zur Hausindustrie und auch noch zur Manufaktur -, sie mußten, damit zusammenhängend, auch noch lernen, den Betrieb als Ort der sozialen Beziehungen aufzufassen und dementsprechend eine Betriebsverfassung organisieren, die sowohl Kooperationsprozesse fördern konnte als auch die Herrschaft des Unternehmers nie ernsthaft in Frage stellen durfte. Gerade die Neugestaltung der Betriebsverfassung hin zu einer 'modernen' wurde zunächst nur von einigen wenigen Unternehmern gegen Ende des hier besprochenen Zeitraums begonnen, die meisten Formen der Betriebsverfassungen orientierten sich immer

---

1) Damit ist nicht gesagt, daß damit der Lernprozeß ein für alle Mal beendet war. Der Konstitutionsprozeß als politischer Prozeß muß in jeder Generation neu erfolgen, wobei natürlich die Voraussetzungen und Bedingungen in der aktuellen Wirklichkeit der Bundesrepublik ganz andere sind als im agrarisch-handwerklich bestimmten Deutschland um 1850.

Insgesamt gehen wir jedoch davon aus, daß die in dieser Phase sich vollziehenden zentralen Umstellungsvorgänge und Lern- und Anpassungsprozesse weit über eine historische Bedeutung hinausgehen, die ja auch immerhin die Grundlagen für die aktuelle Wirklichkeit der Betriebsverfassung in der Bundesrepublik darstellen. Darüberhinaus werden solche Lernprozesse in ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Gewöhnung an Industriearbeit als Lohnarbeit auch noch tagtäglich heute von denjenigen abverlangt, die sich darauf einlassen müssen.

Aufgrund dieser grundsätzlichen Bedeutung ist eine im Vergleich zu anderen Phasen breite Diskussion der abverlangten und freiwillig erbrachten Anpassungsleistungen in diesem Abschnitt notwendig.



noch an patriarchalischen und militärischen, auf Disziplin und Gehorsam beruhenden Ordnungsvorstellungen.

## 2.1. Die politischen, ökonomischen, technischen und sozialen Rahmenbedingungen der Entstehung und Durchsetzung industrieller Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen

### 2.1.1. Die politische Dominanz der agrarisch-junkerlichen Führungsschichten auch nach der Ablösung der handwerklich-agrarischen Arbeitsweise durch die Große Industrie

Nach 1848 erfolgte im Zuge der Restauration - die begleitet war von den Auseinandersetzungen um die nationale Frage - mit der Tolerierung der alten politischen Führungsschichten durch das Bürgertum dessen Rückzug aus der Politik und damit eine Reduzierung des Anspruchs auf Demokratie und Liberalisierung. Gleichzeitig übernahm das Bürgertum die wirtschaftliche Führungsrolle, während staatliches Handeln im ökonomischen Bereich im Vergleich zu den Zeiten vor 1848 - vor allem in Preußen - eher indirekt organisiert wurde.

Den Unternehmern fiel der Rückzug aus der Politik umso leichter, als ihnen von der Regierung wirtschaftliche Zugeständnisse wie zum Beispiel Verbesserung des Verkehrswesens, Eisenbahntarifsenkungen, großzügige Konzessionierung von Aktiengesellschaften und handelspolitische Vorteile gewährt wurden <sup>1)</sup>.

Diese anfängliche - bis 1878 währende - Liberalisierung im wirtschaftlichen Bereich ließ Ansätze manchester-liberaler Handlungsmöglichkeiten aufkommen, wenn auch diese Art des Liberalismus - etwa im Gegensatz zu England - in Preußen-Deutschland von Staat nur bis zu einer gewissen Grenze gefördert wurde.

Trotz einer Ende der 1850er/frühe 1860er Jahre wieder aufkommen- den Forderung nach Liberalisierung des politischen Lebens und der Zuspitzung des nach wie vor vorhandenen Gegensatzes zwischen Bürgertum und halbfeudalem Staat im Verfassungskonflikt der 1860er Jahre zeigten sich viele Unternehmer bereit, ihre politischen Reformvorstellungen zurückzustellen und ihren Frieden

---

1) Vgl. J.Kocka: Unternehmensverwaltung, a. a. O., S. 46.

mit dem preußisch-deutschen Staat zu machen.

Zumal nach dessen nationalpolitischen Erfolgen und begrenzten verfassungspolitischen Zugeständnissen zeigten sich in der Reichsgründerzeit, erst recht aber nach 1878, starke Tendenzen, gemäß denen viele Industrielle die politische 'Maßgeblichkeit' der ostelbisch-agrarisch-preußischen Führungsschichten' und die Herrschaft des parlamentarisch kaum zu kontrollierenden Beamtentums tolerierten oder akzeptierten. Die Aufgabe oder Vertagung des bürgerlichen Emanzipationskampfes gegen den feudal-bürokratischen Staat findet eine zusätzliche Erklärung in seiner Verspätung und der damit auftretenden Gefahr der 'zweiten Front' gegen das in der industriellen Revolution entstandene Proletariat 1).

Dem Bürgertum in Deutschland gelang es nicht, die gescheiterte Revolution nachzuholen und die gesellschaftliche und politische Vormachtstellung der Bürokratie, des Adels und des Offizierskorps zu brechen. Allerdings kann nicht so weit gegangen werden, daß dem Bürgertum nur eine instrumentelle, dienende Funktion auch nach 1848/50, die im Widerspruch zu den eigenen Interessen gestanden hätte, zugesprochen wird.

H.J.Puhle hat zu Recht auf die eigentümlichen feudal-bürgerlichen Mischungsverhältnisse im preußischen System hingewiesen, auf die Zähmung des Adels durch die Krone im monarchischen, später im 'bürokratischen Absolutismus', auf die kapitalistischen Elemente in der Gutswirtschaft, die Strukturprinzipien bürokratischer Herrschaft usw. 2). Es ist für die Beurteilung des Verhaltens des Bürgertums nach 1848/50 von Bedeutung, daß das preußische System, das mehr und mehr an Einfluß auch in den anderen deutschen Staaten gewann, von Anfang an bürgerliche, kapitalistische Strukturen entwickelt hatte, und damit der Staat wesentlich finanzkräftiger und stärker war als etwa in England 1688 oder in Frankreich 1789. Diese spezifische preußische Modernität drückte sich aus im Aufbau effizient und damit berechenbar arbeitender staatlicher Institutionen, in der Integration territorialer Vielfalt zum Staat überhaupt, in der langfristigen Sicherung staatlicher und sozialer Stabilität und in der Durchsetzung religiöser Toleranz und verlässlicher rechtlicher Regelmäßigkeit 3).

1) Vgl. J.Kocka: Unternehmensverwaltung, a.a.O., S. 46.

2) Vgl. H.J.Puhle: Preußen - Entwicklung und Fehlentwicklung, in: Preußen im Rückblick, hrsg.v.H.J.Puhle u.H.-U.Weher, Göttingen, 1980, S. 11-42, im folgenden zitiert als: Preußen, S. 17.

3) Vgl. ebenda, S. 22.

So beseitigten Judenemanzipation, Städteordnung, Verwaltungsreformen und die Herstellung der Gewerbefreiheit wichtige Hindernisse auf dem Wege zur Industrialisierung.

Insofern kann das Scheitern der Revolution von 1848 nicht nur auf die Schwäche des Bürgertums abgeschoben werden, sondern muß auch zusätzlich in den Modernisierungsstrategien Preußens gesehen werden.

Allerdings sprengten diese Modernisierungen nie den Rahmen, der durch den arbeitsteiligen Herrschaftskompromiß zwischen Krone und Adel, Militär und Bürokratie mit entsprechend abgesicherten wechselseitigen Interessenwahrungen abgesteckt war. Dieser Herrschaftskompromiß ist wesentlicher Grund für die trotz aller Modernität daneben noch bestehenden vorindustriellen, letztlich irrationalen Elemente, die sich in der Agrar- und Landarbeitsverfassung, im Militär und in der gegenseitigen Privilegienabsicherung ausdrückten <sup>1)</sup>.

Diese Begrenzung der Reformen auf den oben beschriebenen Rahmen umfaßte alle Bereiche der Reformen von der Toleranz über das Koalitionsrecht, von der Rechtsstaatlichkeit bis hin zur Verfassung, von der Entfeudalisierung bis hin zur Bürgerlichkeit der Gesellschaft. Insofern standen Partizipation, Bürokratiekontrolle oder Parlamentarisierung in Preußen auf verlorenem Posten, dies umso mehr, als die Ereignisse von 1848/50 für die alten preußischen Führungsschichten eine schockartig wirkende Erkenntnis über die grundsätzliche und akute Gefährdung ihrer eigenen Position bedeuteten, die die Anfang der 1850er Jahre verstärkt einsetzende Reaktion nur noch vertiefte. Die 1848/50 offenkundig gewordene Gefahr des Verlustes der Macht des politischen Herrschaftskartells in Preußen wirkte noch später - so in den 1870er Jahren - in einem ganz erheblichen Ausmaß bei der Diskussion der 'Arbeiterfrage' fort, die dann - ähnlich wie die Restaurationsphase in den 1850er Jahren - in einer Verbotspolitik (Sozialistengesetze) endete.

Wie tief die Angst vor einer erneuten politischen Umwälzung ähnlich jener mit der 1848er Revolution intendierten im Bewußtsein

---

1) Vgl. H.J.Puhle: Preußen, a.a.O., S. 17.

der Herrschenden verbreitet war, zeigt die Diskussion um die preußische Landwehr zu Beginn des Einsetzens der Reaktion 1). Aufgrund der engen Verbindungen zwischen Bevölkerung und Landwehr (die sich aus der Struktur und den Aufgaben der Landwehr ergaben) erhielten die 1848er Forderungen nach Demokratisierung und Liberalisierung des politischen und sozialen Lebens eine für die alten Führungsschichten zusätzliche Gefährdung ihrer eigenen Position, deren bisher verlässlichste Stütze die preußische Armee gewesen war.

So schrieb der ehemalige preußische Kriegsminister von Roon Anfang der 1850er Jahre besorgt über die Gefahren des Bestehens der Landwehr und damit der Möglichkeit eines Volkskrieges, da man angesichts der Existenz der Volkswehr in diesen politisch unsicheren Zeiten

im eigenen Haus nicht Herr ist; daß man bei jedem Konflikt der Meinungen, in den die Regierung mit den Regierten oder einen Teil derselben gerät, den Effekt berechnen und veranschlagen muß, den angefochtene Regierungsmaßregeln der äußeren wie der inneren Politik auf den bewaffneten Teil des Volkes, auf die Landwehr, äußern möchte. Ihre Existenz bindet also der Regierung in gewissem Grade die Hände, macht sie schwach, wo sie im Interesse des Landes stark, unentschlossen und zaudernd, wo sie entschieden und rasch auftreten sollte. Dieser Nachteil droht verderblich zu werden, seit jeder Landwehrmann durch unsere jetzige parlamentarische Regierungsform Wähler, seit er nicht bloß den Arm, sondern auch die Zunge zu brauchen berufen und berechtigt ist 2).

Ohne solche Befürchtungen wären die Zugeständnisse der Regierung an das Bürgertum vor allem im ökonomischen Bereich nicht in einem solchen Umfang erfolgt, letztlich liegt hierin auch ein Teil der Begründung für die in den 1880er Jahren geschaffene staatliche Sozialgesetzgebung Bismarckscher Prägung.

Beiden Zugeständnissen ist gemeinsam, daß eine erhebliche Beteiligung des Bürgertums und der Arbeiter im politischen Entscheidungsprozeß für die preußisch-deutschen Führungsschichten nicht in Frage kam, daß im Gegenteil alles versucht wurde, eine ähnliche Wiederholung der Ereignisse von 1848/50 von vornherein auszuschließen; die Vormachtstellung des Adels, der Bürokratie, des Militärs und letztlich der Krone wurde dadurch gesichert.

---

1) Die Landwehr war im Zuge der preußischen Heeresreformen 1812 gegründet und in den Befreiungskriegen eingesetzt worden. Sie war ein milizartiger Teil der Armee neben dem stehenden (Linien-) Heer, das die wehrfähigen, aber nicht im Heer dienenden Soldaten

So ist es auch nicht verwunderlich, daß auch die preußischen Liberalen, die eine Zeitlang die Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus hatten, in den 1880er Jahren dort vom Konservatismus verdrängt wurden. Damit wurde auf der parlamentarischen Ebene nur das vollzogen, was sich auf der staatlichen Ebene und auf der Ebene der herrschenden politischen Kultur auch nach 1848/50 kontinuierlich als preußischer, protestantisch geprägter Konservatismus fortsetzte, dessen breites Spektrum die Grundprinzipien preußischer Politik widerspiegelt <sup>1)</sup>: Autorität und Militarismus, monarchisches Prinzip und ständische Sozialordnung, großgrundbesitzerliche Interessenwahrung und Antiparlamentarismus. Diese Grundprinzipien entsprachen viel eher dem Sozialmilieu der Träger des Herrschaftskartells als der Liberalismus, der im übrigen im Südwesten Deutschlands seine Heimat hatte und nicht in Preußen, und der allein aufgrund des geringeren Einflusses dieser Staaten auf den nach 1871 geschlossenen Fürstenbund kaum eine Möglichkeit hatte, sich auch in Preußen nachhaltig auszubreiten.

Für Emanzipationsbewegungen - welcher Art und von wem getragen auch immer - wirkte die gescheiterte Revolution von 1848 in einer verhängnisvollen Weise lange Zeit nach. Da es im Grunde genommen in Deutschland nie eine erfolgreiche bürgerliche Revolution gegeben hat, da sich das Bürgertum im Laufe der Zeit fast gänzlich von den eigenen politischen Emanzipationsbestrebungen lossagte und sich mit dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat gegen die 'zweite Front' - gegen die Arbeiterbewegung und deren Organisationen - verbündete, lockerte das Bürgertum nach und nach seine Beziehungen zur eigenen politischen Grundlage (Liberalisierung, Demokratisierung) und verlor so seine politische Identität <sup>2)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnoten 1) und 2) von Seite 314  
aller Altersstufen (17.-40.Lebensjahr) umfaßte und auch die Funktion einer Reservearmee hatte.

2) Zitiert nach K.Linnebach (Hrsg.): Deutsche Heeresgeschichte. 2. Aufl., Hamburg, 1943, S. 182.

1) Vgl. H.J.Puhle: Preußen, a.a.O., S. 32 f.

2) Diese nie richtig gelebte Eigenständigkeit im politischen Bereich ließ große Teile des Bürgertums auch gegen den aufkommenden Faschismus während der Weimarer Zeit nicht eindeutig und wirksam Front beziehen (für diese Verhaltensweise sind natürlich auch noch andere Gründe maßgebend gewesen), dieses traditionelle Fehlen der Identifizierung mit demokratischen und liberalen Positionen läßt auch heute in der aktuellen Situation der Bundesrepublik Zweifel an einer standhaften Verteidigung dieser Positionen im Krisenfall aufkommen.



Die eigentliche Herrschaftsschicht Preußens, der grundbesitzende Adel (der auch in Militär und höherer Karrierebürokratie dominierte) blieb trotz der Reformen im frühen 19. Jahrhundert, der Ereignisse von 1848/50 sowie der Durchsetzung der Großen Industrie bis 1918 unangefochten. Wie groß der Verlust der eigenen Identität des Bürgertums gewesen sein muß, läßt sich nicht nur an der zunehmenden Abstinenz eines großen Teils des Bürgertums hinsichtlich der Befassung mit politischen Fragen ermessen, sondern auch an dessen veränderten Verhaltensweisen. So suchten jene Bürgerlichen, die als Grundbesitzer, Bankiers, Kaufleute und Unternehmer aufgestiegen und einflußreich geworden waren, dem Adel zu ähneln. Viele von ihnen kauften ein Rittergut, verheirateten ihre Kinder adlig und wurden selbst nobilitiert <sup>1)</sup>.

Hinzu kommt aber noch ein zweites Moment: gerade weil sich das Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Obrigkeitsstaat gegen die Arbeiter verbündete, erfolgte eine Trennung der bürgerlichen Forderungen nach politischer Demokratie und Liberalisierung von der Forderung speziell der sozialistischen Arbeiterbewegung nach politischer Demokratie und Liberalisierung. Indem das Bürgertum zu dem Schluß kam, "daß man, alles in allem, mit dem allgemeinen Wahlrecht gefährlicher lebte als in der Obhut des preußischen Obrigkeitsstaates" <sup>2)</sup>, wurden die Wege geöffnet für eine gegenseitige Denunzierung der jeweiligen Forderungen nach Demokratie und Liberalisierung <sup>3)</sup>.

Die schwindende Identifizierung des Bürgertums mit wesentlichen Gedanken der Aufklärung war für die Gestaltung der Gesellschaft umso bedeutsamer, als der Staat das dritte wesentliche Element zur Gestaltung der sozialen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital war und ist (neben den unmittelbaren sozialen Beziehungen im Betrieb und Unternehmen und jenen zwischen den Interessenvertretungen der daran Beteiligten, also Gewerkschaften und Unternehmerverbänden). Damit war eine 1848 begonnene Parlamentarisierung des Staates zunächst gestoppt, was eine zusätzliche

---

1) Vgl. H.J.Puhle: Preußen, a.a.O., S. 28.

2) Vgl. M.Stürmer, a.a.O., S. 237.

3) Auch durch diese Trennung wurden Entwicklungen gelegt, die in der neueren deutschen Geschichte fatale Auswirkungen gehabt haben, so zum Beispiel in der Weimarer Zeit.

Isolierung der Arbeiter in der Gesellschaft nach sich zog. Spezifisch für Deutschland war allerdings die staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung, die eine genau umgekehrte Tendenz in der Gestaltung der sozialen Beziehungen der Arbeiter zum Staat hatte, worauf später noch genauer eingegangen werden muß.

Der Rückzug des Bürgertums aus der Politik wurde neben ökonomischen und teilweise politischen Zugeständnissen weiter begünstigt durch eine partielle, noch in der Vormärzzeit zu begründende Verzahnung von Militär, Industrie und Technik. Diese Verknüpfung kann sehr scharf nachgezeichnet werden durch die exemplarische Betrachtung der Person Werner Siemens, der als Offizier und Beamter zugleich Unternehmer und Erfinder wurde <sup>1)</sup>. Vermittelt durch die Ausbildung in der Artillerie- und Ingenieursschule sowie durch seine Tätigkeit in der Berliner Artilleriewerkstatt, ging die Tradition der behördlichen und militärischen Förderung der Industrie und Technik, wie sie typisch für die Industrialisierung Preußens war, über auf einen der später führenden Vertreter privaten Unternehmertums. Werner Siemens blieb auch nach Gründung der Firma für einige Zeit im Militärdienst. In dieser Doppelrolle als leitender Telegraphenoffizier und führender Kopf sowie Teilhaber des einzigen Unternehmens auf diesem Gebiet - die Elektroindustrie kann neben der Chemieindustrie als hervorragende Vertreterin der 'Neuen Industrien' gelten - sorgte Werner Siemens für eine enge Verklammerung von Staatsbürokratie und Industrieunternehmen, sein amtlicher Einfluß auf die Bestellungen des preußischen Generalstabs konnte ihm als Produzent nur nützen. Seine Funktionen als Beamter, Offizier und Unternehmer waren oft kaum auseinanderzuhalten. So trat der Unternehmer Siemens zeitweise als sein eigener Auftraggeber in Erscheinung.

Die enge Verzahnung zwischen preußischer Bürokratie, Militär und neuem deutschen Unternehmertum förderte in großem Ausmaß die Tendenz, den durch die wachsenden Betriebsgrößen, die zunehmend sichtbar werdenden Anpassungsschwierigkeiten der Arbeiter an die Anforderungen des Arbeitsmarktes und die im Betrieb organisierte industrielle Arbeit sich ergebenden Problemen durch Lösungsversuche zu begegnen, die sich an bürokratischen und militärischen Vorstellungen orientierten.

1) Vgl. im folgenden J.Kocka: Unternehmensverwaltung, a.a.O., S. 55 - 58.

Die angesprochene Verzahnung zwischen staatlicher Bürokratie, Militär und Unternehmern darf jedoch nicht zu dem Schluß führen, daß staatliches Handeln und dominante ökonomische Interessen einer Gesellschaft immer direkt miteinander verbunden sind. Gerade in Deutschland gab es stets eine gewisse Autonomie staatlichen Handelns, "Marktmacht und politische Macht gingen .. in Deutschland immer nur zu einem Teil Hand in Hand" <sup>1)</sup>. Die das staatliche Handeln vorbereitende obere Beamtenschaft - wir würden heute Ministerialbürokratie sagen - innerhalb der vordemokratischen, halbparlamentarischen Struktur der deutschen Gesellschaft begünstigte diese relative Autonomie der Bürokratie, die - trotz 1848 - eine ungebrochene, in den Absolutismus zurückreichende, bürokratische Tradition nach Herkunft, Ausbildung, Selektionsmechanismen, Lebens- und Herrschaftschancen sowie Selbstbewußtsein hatte <sup>2)</sup> und im übrigen teilweise heute auch noch hat. Die bürokratische Organisation des preußisch-deutschen Staates regelte - trotz einer gewissen Zurückhaltung von 1848 bis 1878 - die (ungleiche) Verteilung sozialer Ressourcen bzw. den Zugang zu ihnen, ohne daß man alle Fälle dieser Regelungen als eindeutige 'Befehlsausführung' der ökonomisch Stärkeren in der Gesellschaft klassifizieren kann. Das soll heißen, daß neben der direkten Bestimmung von staatlichem Handeln durch dominante Interessen ein gewisses Eigengewicht der staatlichen Bürokratie gegenüber Interessen von Industrie und Landwirtschaft existiert. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Betrachtung staatlichen Handelns in Form der Sozialistengesetze und der Sozialgesetzgebung erfolgen. Zunächst läßt sich feststellen, daß diese staatlichen Handlungen, die im politischen und sozialen Bereich angesiedelt waren, in einen Zusammenhang gebracht werden können mit der nach 1878 (Gründerkrise) auch wieder direkter werdenden staatlichen Intervention im wirtschaftlichen Bereich. Denn im letztgenannten Bereich erfolgte von diesem Zeitpunkt an eine protektionistische, den Freihandelsgedanken ablösende Wirtschaftspolitik im Zeichen der Interessenkoalition von Landwirtschaft, Schwerindustrie und Staatsführung, die auch zum Teil bei der Durchführung der Sozialistengesetze und der Sozialgesetzgebung zum Tragen kam.

1) J.Kocka: Stand, a.a.O., S. 155.

2) Vgl. ebenda.

Mit der staatlichen Sozialpolitik und den Sozialistengesetzen erfolgte der Versuch der sich an antibürgerlichen, agrarischen und militärischen Vorstellungen orientierenden <sup>1)</sup> politischen Führungsschicht, die sich aus der industriellen Revolution ergebende soziale Sprengkraft in doppelter Weise zu neutralisieren. Vor allem die Schwerindustrie war an diesem Versuch nicht nur deshalb beteiligt, weil sie eine Interessenkoalition im ökonomischen Bereich hinsichtlich gemeinsamer Schutzzollinteressen ('Stahl und Roggen', wobei die Großlandwirtschaft zu großen Teilen von den in Ostelbien ansässigen Junkern kontrolliert wurde, die ihrerseits wiederum zur politischen Führungsschicht Preußens zählten <sup>2)</sup> eingegangen war <sup>3)</sup>, sondern auch darum,

---

1) Vor der Industrialisierung waren Bürokratisierung, Disziplinierung und Staatsintervention, typische Kennzeichen des preußischen Systems, 'Ersatz' für die noch fehlenden Industrialisierungsvoraussetzungen; sie wirkten später jedoch aufgrund ihrer während der Industrialisierung vergrößerten Bedeutung und Eigendynamik verstärkt auf Staat und Gesellschaft insgesamt zurück (vgl. H.J.Puhle: Preußen, a.a.O., S. 18 f.) und wurden als Selbstzweck unter dem Begriff der 'Preußischen Tugenden' gehandelt, die leitbildende Ausstrahlung auf die Verhaltensweisen in der Gesellschaft hatten.

2) Die Großgrundbesitzer konnten nach 1848/50 ihren großen Einfluß auf Bürokratie, Diplomatie und Heer auch deswegen erhalten, weil ihnen die Agrarrevolution die ökonomische Grundlage dazu gab. Denn erst nach 1850 (auch als Folge der Revolution) wurde die Ablösung der alten feudalrechtlichen Verpflichtungen abgeschlossen: hatten sich von 1811 bis 1848 rund 70 000 preußische Bauern durch Landabtretung und rund 170 000 durch Geldzahlungen befreit, so waren es allein von 1850 bis 1865 rund 640 000, die sich von 6,3 Millionen Spanndienst- und 23,4 Millionen Handdiensttagen loskauften. Dieses bedeutete zugleich die Vergrößerung des zu einem großen Teil in adligen Händen vereinigten Großgrundbesitzes und des mobilen Kapitals der Großgrundbesitzer. Zusammen mit der bis 1861 geltenden völligen Grundsteuerfreiheit für Rittergüter und dem bis 1879 aufrechterhaltenen Freihandel für Agrarexporte sicherte dies eine erhebliche ökonomische Machtposition für die Großgrundbesitzer; vgl. hierzu H.-U.Wehler: Kaiserreich, a.a.O., S. 23 f.

3) Diese Interessenkoalition war aber nicht nur ökonomisch begründet, sondern hatte auch erhebliche politische Auswirkungen, die ihrerseits wiederum diese Interessenkoalition erst mit ermöglichten. Sie markierte den endgültigen Rückzug von bedeutenden Teilen des Bürgertums aus der Politik, die oft zitierte innenpolitische Tendenzwende 1878/79 war nicht anderes als ein - herausragendes - Glied in einer Kette von politischen Rückzugsgeplänkeln des Bürgertums; vgl. hierzu auch L.Machtan, D.Milles: Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Frankfurt/M, Berlin, Wien, 1980.



weil sie die sich aus der Durchsetzung der Großen Industrie ergebenden Folgen, die besonders stark in der Schwerindustrie ausgeprägt waren (wie Anpassung der Arbeiter nicht nur an industrielle Arbeit, sondern darüberhinaus auch noch an großbetriebliche Organisationsstrukturen, sich daraus ergebende Fluktuation etc.) mit Mitteln zu lösen suchten, die sich an militärischen und anderen herkömmlichen Disziplinvorstellungen orientierten. Eine Rolle dabei dürfte die schon am Beispiel Werner Siemens geschilderte leitbildliche Ausstrahlung der staatlichen preußisch-deutschen Bürokratie und des Militärs auf Organisations- und Verhaltensnormen im industriellen Bereich gespielt haben, die die sozialen Verhältnisse im Betrieb - und hier besonders in der Schwerindustrie - in starker Weise mitprägten.

Insgesamt kann gesagt werden, daß nach 1870 das verstärkte staatliche Handeln im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich auf in der Struktur der Gesellschaft zu begründende defizitäre Situationen reagierte. So wurden schon hier Ansätze von organisiertem Kapitalismus gelegt. Eine wesentliche Grundlage des organisierten Kapitalismus war die - pragmatische - Erkenntnis, daß eine entscheidende ideologische Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich die individualistische Handlungsweise, allein nicht ausreicht, um grundsätzlich und auf Dauer die sich aus der zunehmenden Komplexität der sozialen Beziehungen zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern, sich aus den Mängeln einer überhaupt nicht durchorganisierten und 'reinen' anarchischen Produktion ergebenden Problembündel zu erfassen. Es galt, den - in Deutschland nie in 'Reinkultur' existierenden - Manchesterliberalismus <sup>1)</sup> in einer Weise umzuwandeln, die diese Problembündel

---

1) Überhaupt darf die anarchische Warenproduktion nicht verwechselt werden mit einem Chaos im Wirtschaftsleben. Ernest Mandel hat in bezug auf das Marx'sche Reproduktionsschema (K.Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Zweiter Band, MEW 24, Berlin(Ost), 1973, im folgenden zitiert als; Kapital II, Kapitel 18 - 21, S. 351 - 518) zu Recht darauf verwiesen, daß dieses Schema weder dazu taugt, ökonomische Zyklen einschließlich des 'Zusammenbruchs' - also insgesamt die Bewegungsgesetze des Kapitals - zu erklären, noch die Ungleichheiten der Entwicklung zwischen der 1. Abteilung (Produktion von Produktionsgütern) und der 2. Abteilung (Produktion von Konsumgütern) darzulegen, sondern einzig und allein die "Bedingungen für die Kontinuität der kapitalistischen Produktion als Ganzer, unter Abstrahierung von allen konkreten Bedingungen des Ablaufs der kapitalistischen Produktionsweise" aufzeigen soll (E.Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie, 2 Bde., 2.Aufl., Frankfurt/M, 1972, im folgen-



überhaupt als gesellschaftliche - und nicht als private - begriff und in einer Form anging, die die Existenz des Kapitalismus ermöglichte.

Diese staatlichen Interventionen wurden speziell in Preußen dadurch begünstigt, daß die traditionelle zentrale Rolle der preußischen Staatsmacht auch nach Einsetzen der Industrialisierung beibehalten wurde, daß die zur Erfüllung dieser Rolle angesammelte vielseitige Expertise der Staatsbürokratie und die "dazu geschaffenen, oft kooperativen, quasi-ständischen oder (wie schon in der Gutsherrschaft) gemischt öffentlich-privaten institutionellen Kanäle", die mit der Durchsetzung der Großen Industrie stark angewachsenen neuen Planungs-, Wohlfahrts- und Versorgungsaufgaben zu einem guten Teil sehr viel schneller, besser vorbereitet und effizienter wahrnehmen konnten als die schwächeren angelsächsischen Verwaltungen jener Zeit <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>.

Die zentrale staatliche Bedeutung führte auch dazu, daß der Staat seine Schutzfunktion zugunsten der "Schwächeren" und "Unorganisierten" eher wahrnehmen konnte als in anderen Ländern - allerdings mit der schon oben genannten Einschränkung versehen, daß die Wahrnehmung dieser Funktion nie über den Rahmen der in Preußen-Deutschland dominierenden Herrschaftskoalition hinausging und in vieler Hinsicht eher symbolisch als real war.

Diese Schutzfunktion des Staates gegenüber Schwächeren und Unorganisierten entsprach in Preußen-Deutschland zu großen Teilen

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 320

den zitiert als: Wirtschaftstheorie, Band 1, S. 388). Das Reproduktionsschema soll erklären, wie trotz der anarchischen Produktion, in der die Produktionsmittelbesitzer unter heftigster Konkurrenz einzeln dem Surplus-Profit nachjagen, in der auf der Nachfrageseite eine Unzahl voneinander unabhängiger Kaufentscheidungen getroffen werden, trotzdem "die Produktion - ungeachtet häufiger periodischer Unterbrechungen - langfristig gesehen bestehen bleibt" (ebenda). Das Reproduktionsschema nennt also die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Kontinuität gesichert bleibt und beugt damit gleichzeitig der Verwechslung zwischen anarchischer Produktionsweise und Chaos vor.

1) H.J.Puhle: Preußen, a.a.O., S. 26.

2) Zur Bismarckschen Industriepolitik siehe bei F.W.Hallgarten und J.Radkau: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute. Frankfurt/M und Köln, 1974.

jedoch nur der nach außen definierten Rolle; in der politischen Praxis kam dieser starke staatliche Einfluß vor allem den wirksam Organisierten mit entsprechend stärkeren Interessen zugute.

Als Beispiel dieser - auch noch auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten - Spaltung staatlichen Selbstverständnisses, Rollendefinition und Handelns mag die Diskussion um die in der Gewerbeordnung von 1869 eingefügte Koalitionsfreiheit gelten.

§ 152 dieser Gewerbeordnung (zunächst des Norddeutschen Bundes, später auch des Reichs) erlaubte "Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit".

Zwar schränkte diese Gewerbeordnung die Koalitionsfreiheit wieder auf zwei unterschiedlichen Ebenen ein - und zwar mittels einer präventiven sozialen Kontrolle durch die Möglichkeit der Konfliktkanalisation auf dem Weg der Bildung von paritätisch besetzten Schiedsgerichten zur Schlichtung von Differenzen über die gewerblichen Arbeitsverhältnisse auf kommunaler Ebene (§ 108), zum andern mittels reaktiver sozialer Kontrolle durch den gesetzlichen Schutz für Streikbrecher und dementsprechende Bestrafung für aktive Streikposten (§ 153). Aber dennoch kann gesagt werden, daß mit der Koalitionsfreiheit, die auch das Streikrecht beinhalten, ein wesentlicher staatlicher Eingriff in die sozialen Beziehungen zwischen den industriellen Lohnarbeitern und Unternehmern zugunsten der ersteren erfolgte.

Als schon kurz nach Erlaß dieser gesetzlichen Bestimmungen deutlich wurde, daß die Arbeiter diese ihre Rechte - begünstigt durch die ökonomische Prosperität - auch sehr intensiv ausnutzten <sup>1)</sup>, erfolgte aufgrund des Drucks der Unternehmer und der politischen Befürchtungen der Bürokratie und der Staatsführung

---

1) Bereits das Jahr 1869 übertraf mit 169 Streiks das Vorjahr um das Siebenfache; zwischen 1871 und 1873 gab es fast 880 Streiks mit rund 200 000 Beteiligten; vgl. L.Machtan: "Gibt es kein Konservativ, um diese wirtschaftliche Cholera uns vom Halse zu halten?". Unternehmer, bürgerliche Öffentlichkeit und preußische Regierung gegenüber der ersten großen Streikwelle in Deutschland (1869 - 1874), in: Jahrbuch der Arbeiterbewegung. Geschichte und Theorie. 1981: Politischer Streik, hrsg. v. H.-G.Haupt u.a., Frankfurt/M, 1981, S. 54 - 100, S. 55 f.

in Erinnerung an die 1848er Revolution eine Kehrtwendung vom Geist des § 152 Gewerbeordnung.

Das Deutsche Handelsblatt schrieb im August 1871 <sup>1)</sup>: "Man könnte fast zweifelhaft werden, ob es ein richtiger legislatorischer Griff war, die Koalitionsfreiheit zu gewähren".

Und auch das als liberal geltende Unternehmerblatt 'Der Arbeitgeber' bezeichnete die Streikbewegungen als wirtschaftliche Seuche <sup>2)</sup>:

Unsere Arbeiterbevölkerung hat das Fieber, ihr Gehirn ist mit wirtschaftlichem Wahnwitz erfüllt, der den Selbstmord als eine Verbesserung der Lage vorgaukelt. Unmöglich wären sonst die traurigen Kämpfe, wenn es nicht so wäre.

Die Regierung machte sich diese Argumentationen zu eigen und fügte dem noch ein weiteres, für sie sehr wichtiges Argument hinzu. Formuliert hat es der damalige Staatsanwalt am Magdeburger Kreisgericht, Hermann Tessendorf, der kurze Zeit nach seinem Memorandum eine steile Karriere im preußischen Justizapparat machte und als eigentlicher Betreiber und Ausführer der anti-sozialistischen Repressionspolitik galt <sup>3)</sup>:

Die Streiks würden zu ernststen Besorgnissen erst Anlaß geben, seitdem sie, wie in neuester Zeit, lediglich von sozialdemokratischen Demagogen befohlen, organisiert und geleitet werden, dadurch eine eminent politische Bedeutung erlangt und zugleich die wichtigsten Staatsinteressen in Frage gestellt haben.

Tessendorf legte den § 153 Gewerbeordnung extensiv aus und forderte ein energisches Vorgehen gegen die bei "jedem Streik zu beobachtenden Ausschreitungen"

Z.B. durch fortgesetzte Beobachtung der Arbeitsplätze, auf denen fortgearbeitet wird, durch Nachfrage bei den Arbeitgebern und Vernehmen derjenigen Arbeiter, die erst nachträglich die Arbeit eingestellt haben usw., nachforschen. Zugleich kommt es aber ganz besonders auf eine strenge polizeiliche Überwachung aller anlässlich Strikes abgehaltenen öffentlichen Versammlungen an. (...) Gerade diese Versammlungen sind der eigentliche Herd der Agitation. Die hier von den Leitern des Strikes und sonstigen Wortführern gehaltenen Reden laufen alle darauf hinaus, zum Festhalten am Strike anzuregen, schwankende Gemüther neu zu kräftigen

1) Deutsches Handelsblatt, Nr. 35, v. 31.8.1871, zitiert nach L.Machtan, a.a.O., S. 57.

2) Der Arbeitgeber, Nr. 750, v. 16.9.1871, zitiert nach L.Machtan, a.a.O., S. 57.

3) Vom 5.9.1871, zitiert nach L.Machtan, a.a.O., S. 67 f.

und der s.g. guten Sache etwa abtrünnig gewordene Kameraden zur Umkehr zu veranlassen. Zieht sich der Strike in die Länge und tritt bei einem Theile der Arbeiter mit der Noth erst die Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit offen hervor, dann schlagen jene Reden alsbald einen kräftigeren Ton an und gelangen progressiv zu einer ungescheuten Verletzung der Strafgesetze, insbesondere des § 153 der G.O.. Deshalb scheint es mir geboten, den Inhalt, resp. Wortlaut der gehaltenen Reden durch die von dem überwachenden Beamten sofort hierüber zu machenden Notizen möglichst genau constatiren zu lassen. (...)

Wird demgemäß verfahren, - wird also durch die von den Polizeibehörden ergriffenen Maßnahmen die möglichste Ermittlung der anlässlich eines Strikes verübten Excesse angebahnt und werden dann diese Excesse, namentlich aber jeder Verstoß gegen den § 153 cit., auf das Schnellste und - neben sofortiger Verhaftung - mit strengen Strafen geahndet, so kann die Rückwirkung auf den Strike selbst kaum ausbleiben. Denn, indem die einen Theil der dem Strike abgeneigten Arbeiter beherrschende, ihn an denselben fesselnde Furcht vor Insulten zurücktritt vor dem durch jene Maßnahmen hervorgegerufenen Vertrauen auf den stets bereiten und ausreichenden Schutz der Behörde, löst sich hiermit ein starkes, wenn nicht das stärkste Druckmittel der heutigen Strikes, und der Strike zerfällt umso mehr, wenn wie hier, gerade die herumreisenden Agitatoren und Faiseurs, die Vorsitzenden und Wortführer in den Versammlungen, das Betriebspersonal des Strikes, - es sind, gegen die sich das strafrechtliche Einschreiten richten konnte. Eine solche, die heutigen Strikes selbst in Frage stellende Rückwirkung scheint mir aber im staatlichen Interesse erwünscht, denn dieselben bergen m.E. in ihrer Entstehung und in ihren von den Führern der social-demokratischen Partei offen erklärten Tendenzen einen gemein- und staatsgefährlichen Keim, der mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln schon im Keime zu ersticken geboten sein dürfte.

Aufgrund dieses Memorandums wurde nun auch in der staatlichen Praxis verfahren, wobei gerade die Zurücknahme der an sich modernen gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Gewährung der Koalitionsfreiheit durch staatsministerielle Direktiven Ausdruck des spezifischen preußischen Systems war, das trotz prinzipieller Bejahung der Notwendigkeit verstärkter staatlicher Interventionen aufgrund der Durchsetzung des industriellen Kapitalismus in der Praxis sehr oft einen Rückfall in halb-feudale Vorstellungen bedeutete und sich in diesem Punkt immer unfähiger zeigte, den Anforderungen einer komplexen industriell-kapitalistischen Gesellschaft und der bürgerlichen individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik Genüge zu leisten.

So entsprach zum Beispiel auch das Sozialistengesetz, das im Oktober 1878 erlassen wurde, trotz seiner Einbettung in ver-



stärktes staatliches Handeln als Ausdruck einer 'modernen' und rationalen Auffassung vom Staat in einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft in seiner Grundtendenz und in seinen Einzelbestimmungen nicht gerade den Vorstellungen einer modernen, rationalen industriell-kapitalistischen Gesellschaftspolitik. Politisch möglich wurde dieses Gesetz durch die 1878 entstandene Koalition zwischen Großlandwirtschaft und Schwerindustrie.

Auf seiner Grundlage wurden die Organisationen der SPD aufgelöst, ebenso die der Partei nahestehenden Gewerkschaften. Weiterhin wurden fast alle den Organisationen der Arbeiterbewegung verbundenen Zeitungen und Zeitschriften verboten. Während der zwölf Jahre der Sozialistengesetze wurden etwa 1 500 Personen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt, 900 Personen ausgewiesen und viele zur Emigration auf eher indirekte Weise gezwungen <sup>1)</sup>.

Dennoch erreichten diese Maßnahmen ihr Ziel - die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung - nicht, was sich schon an den Ergebnissen der Reichstags- und einzelner Landtagswahlen, an denen sich die Sozialdemokratie legal beteiligen durfte, ablesen läßt: in dem Jahr der Aufhebung der Sozialistengesetze 1890 wurde die Sozialistische Arbeiterpartei mit knapp 1,5 Mio Stimmen die stärkste Wählerpartei Deutschlands <sup>2)</sup>.

Parallel dazu verlief die Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung. Nimmt man zunächst die Mitgliederzahlen als ersten, wenn auch unzureichenden Maßstab für eine Verbreiterung dieser Bewegung, so wuchsen diese seit Mitte der 1880er Jahre ständig: 1886 zählten die Gewerkschaften bereits wieder über 81 000 Mitglieder in 35 Gewerkschaftsverbänden und 1889 122 000 in 41 (be-<sup>3)</sup> ruflich organisierten) Gewerkschaftsverbänden <sup>4)</sup>.

---

1) Vgl. H.Grebing, a.a.O., S. 90.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972. Wiesbaden, 1972, S. 136.

3) Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, 3.Aufl., Düsseldorf, 1971, im folgenden zitiert als Gewerkschaftsbewegung, S. 21.

4) Allerdings darf die Stärke der Organisationen nicht mit der Zahl ihrer Mitglieder gleichgesetzt werden; die quantitativen und auch qualitativen Veränderungen müssen auch mittels anderer Indikatoren dargelegt werden.



Das Scheitern des Versuchs, mittels Verbot der Organisationen der Arbeiterbewegung die Sozialdemokratie vor den Toren zu halten, läßt sich auf zwei Ebenen erklären.

Zunächst einmal bedeutete dieser Versuch eine Überforderung der staatlichen Führungsschicht, deren politisch-gesellschaftliche Verhaltensweisen sich an antibürgerlichen, agrarisch-militärischen Vorstellungen orientierten. Die sich daraus ergebende reaktive Kontrolle in Form des Verbots der Organisationen der Arbeiterbewegung konnte nicht geeignet sein, die Konflikte in einer Art und Weise zu kanalisieren, die dem sich durchsetzenden Industriekapitalismus adäquat war.

Darüberhinaus mußte der Versuch deshalb scheitern, weil die Sozialistengesetze nur auf einer bestimmten Ebene - der der Organisationen der Arbeiterbewegung - wirken konnten. Die Sozialistengesetze konnten dagegen nicht die Ebene der Positionsfindung der Arbeiter als industrielle Lohnarbeiter und zugleich Staatsbürger und die dieser zugrundeliegenden Veränderungen im Arbeits-, öffentlichen und 'privaten' Bereich erfassen.

Daneben machten die Sozialistengesetze in weiten Teilen der Arbeiterschaft die Organisationen der Arbeiterbewegung überhaupt erst bekannt und teilweise populär (Märtyrerrolle), da die Arbeiterbewegung aufgrund ihrer Struktur, Zielsetzungen, Artikulationen etc. zunächst nur eine sehr geringe Verbreitung hatte.

Allerdings hatten die Sozialistengesetze eine - wenn auch von Bismarck so nicht beabsichtigte - längerfristige Wirkung auf Verhaltensweisen und Zielsetzungen der Organisationen der Arbeiterbewegung, die ihrerseits wiederum auf die Lernprozesse der Arbeiter einzuwirken begannen. Aufgrund der Tatsache, daß die Reichstagsfraktion der SPD die einzig noch legale Teilorganisation der Arbeiterbewegung war, wurde deren Stellung erheblich aufgewertet, so daß Programmatik, Zielsetzungen, vor allem aber die Praxis der Sozialdemokratie zunehmend auf die zentralisierten Entscheidungsstrukturen im Parlament ausgerichtet wurden und somit legalistischem Denken - das an dieser Stelle nicht gleichsam negativ gesetzt werden soll - Vorschub geleistet wurde. Eine weitere Verstärkung dieser legalistischen Denkweise erfolgte durch das Gebot der Beachtung der Sozialistengesetze. D.h. daß im Bewußtsein der Betroffenen gesetzliche Maßnahmen

einen sehr hohen Stellenwert einnehmen, das auch nach Ablauf der Sozialistengesetze erhalten blieb.

Die andere Möglichkeit - nämlich das Bewußtsein zu entwickeln, daß Gesetze als staatliche Maßnahmen zu umgehen sind (was ja in der tagtäglichen Praxis auch geschah, jedoch ohne nachhaltige Wirkung auf die Denkstrukturen der handelnden Subjekte) und von daher einen geringeren Stellenwert in der eigenen Programmatik und Praxis einzunehmen haben - konnte in Deutschland aufgrund der tief verwurzelten obrigkeitsstaatlichen Denktraditionen, gefördert unter anderem durch das Ausbleiben einer wirksamen bürgerlichen Revolution, nicht realisiert werden; so hatte zum Beispiel der Anarchismus in Deutschland nie eine Chance.

Gerade diese längerfristigen Wirkungen auf Verhaltensweisen und Zielsetzungen der Organisationen der Arbeiterbewegung und deren Rückwirkungen auf die Lernprozesse der Arbeiter erzielte auch die unter dem Einfluß aristokratisch-junkerlicher, antibürgerlicher Interessen inaugurierte staatliche Sozialgesetzgebung<sup>1) 2)</sup>, deren eigentlich beabsichtigtes Ziel - der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen zu entziehen, wie es Bismarck einmal betonte - ähnlich wie bei den Sozialistengesetzen nicht erreicht

---

1) Die unter Bismarck begonnene staatliche Sozialpolitik umfaßte das Krankenversicherungsgesetz von 1883, die Unfallversicherung von 1884 und das Invaliditäts- und Alterssicherungsgesetz von 1889.

2) Zu den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen s. G.Dilcher, R. Lauda: Das Unternehmen als Gegenstand und Anknüpfungspunkt rechtlicher Regelungen in Deutschland, 1860 - 1920. in: Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, hrsg. v. N.Horn und J.Kocka, Göttingen, 1979, S. 535 - 571. Eine ausführliche sozialgeschichtliche Darstellung gibt F.Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Handbuch der Sozialmedizin, hrsg. v.M.Blohmke u.a., Bd. III: Sozialmedizin in der Praxis. Stuttgart, 1976, S. 385 - 492.

M.Rodenstein (Arbeiterselbsthilfe, Arbeiterselbstverwaltung und staatliche Krankenversicherungspolitik in Deutschland, in: Starnberger Studien 2, Frankfurt/M, 1978, S. 113 - 180) kommt zu dem Schluß, daß die staatlich regulierte Organisationsform individueller Sicherung, die gesetzliche Krankenversicherung, die entsprechenden Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter nach und nach verdrängte und damit auch deren Funktionen, nämlich "Kristallisationspunkte für die Ausbildung von Klassenidentität und Solidarität" (S. 115). Gerade dieses sollte durch die staatliche Regulierung der Krankenversorgung beseitigt werden, deren "Prinzipien die individualisierenden, auf bürgerliche Leistungsnormen gerichteten Verhaltensweisen und damit die Disziplinierung des Lohnarbeiters im Arbeitsprozeß fördern können und auf diese Weise die Chance zu solidarischem Handeln der Lohnarbeiter mindern" (S. 13).

wurde.

So gelang es beispielsweise der Sozialdemokratie, in die Selbstverwaltungsorgane der Ortskrankenkassen massiv einzudringen <sup>1)</sup>. Damit gelang ihr ein Einfluß auf die ihr ansonsten strikt verschlossene Staatsverwaltung. Gerade dieser Einfluß der Sozialdemokratie bedeutete auch die Einbindung und damit letztlich Verpflichtung auf ein gewisses staatliches Handeln, die eine - keineswegs negativ zu beurteilende, weil den unmittelbaren Interessen der Arbeiter durchaus förderliche - Praxis der Sozialdemokratie begünstigten.

Die staatliche Sozialpolitik - hauptsächlich repräsentiert durch die Sozialgesetzgebung - entsprach in Ansätzen einem organisierten Kapitalismus. Obwohl von antibürgerlichen, vorindustriellen Denkstrukturen verhafteten politischen Führungsschichten mit ganz anderen Zielsetzungen initiiert, reagierte die Sozialpolitik auf in der Struktur der Gesellschaft begründete defizitäre Situationen. Diese an sich widersprüchliche Handlungsweise der 'alten' Führungsschichten, die dann doch - trotz ihrer vorindustriell geprägten Anschauungen - durch ihre Sozialpolitik moderne industriell-kapitalistische Produktionsweise in ganz erheblichem Umfang förderte und damit auf Dauer die verkrustete anachronistische politische Struktur und so sich selbst in Frage stellte, ist eines - von mehreren - Unterscheidungsmerkmalen deutscher Industrialisierung von jener in anderen Ländern.

So gesehen, schwankte in den verschiedenen Industrieländern die gesellschaftliche Reaktion auf das Problem der Armut und der grundsätzlichen Existenzunsicherheit der Lohnarbeiter während der Periode der Durchsetzung der Großen Industrie im 19. Jahr-

---

1) So bot die Mitwirkung in den Selbstverwaltungen der Krankenkassen - neben zielstrebigter Verfolgung von Leistungsverbesserungen - 'Unterschlupfmöglichkeiten' für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die bei Staat und Industrie auf den Schwarzen Listen standen; vgl. Tennstedt, a.a.O., S. 390. Allerdings scheiterte der damit verbundene und zunächst auch erfolgreiche Versuch der Arbeiterbewegung, über die Selbstverwaltung der gesetzlichen Kassen die Kontrolle über den Bereich der gesundheitlichen Bedingungen der Arbeiter zu gewinnen, nach und nach; vgl. M.Rodenstein, a.a.O., S. 115.

hundert zwischen zwei Alternativen <sup>1)</sup>:

- In den schon weiter industrialisierten Ländern (vor allem in Frankreich und England) gerieten die traditionellen Ansprüche der Armen auf öffentliche Unterstützung und die entsprechenden Einrichtungen unter scharfe Kritik insbesondere des Industriebürgertums. Diese Länder industrialisierten unter dem 'Banner des Liberalismus', nach dessen Grundverständnis gerade die öffentliche Armenfürsorge ein typisches Beispiel für die Verletzung 'natürlicher Gesetze' war.  
So sprach sich Malthus gegen die Armengesetze aus, da er die Armen als für ihre Armut selbst verantwortlich bezeichnete. Auch die liberale Schule Frankreichs (Say) schloß sich der Kritik Malthus' hinsichtlich der Armenfürsorge an.
- In Deutschland als 'industriellem Nachzügler' wurde der (Manchester)-Liberalismus nie zur beherrschenden politischen Kraft. Staatliche Eingriffe in verschiedene gesellschaftliche Bereiche wurden als normal empfunden, und insofern war die Sozialgesetzgebung als ein staatlicher Eingriff in einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich dem in Deutschland vorherrschenden Verständnis von staatlichem Handeln keineswegs fremd. So empfahlen schon in den 1840er Jahren einflußreiche Kreise (zum Beispiel der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen) dem preußischen König weitreichende Maßnahmen zur sozialen Sicherung der gerade erst entstehenden Industriearbeiterschaft, wobei natürlich auch hier - dem patriarchalischen Grundverständnis entsprechend - der Schutz der Arbeiter eng verknüpft war mit ihrer Disziplinierung. Nur so ist es zu erklären, daß auch Unternehmer wie Stumm-Halberg eifrige Verfechter der obligatorischen Arbeitersozialversicherung waren, da auch sie, sicherlich auch aus ihrem Selbstverständnis als Patriarchen, das Wohl der Arbeiter als Selbstzweck nie ganz aus dem Auge verloren. Diese Intentionen kommen deutlich in der historischen Botschaft des Kaisers 1881 zur Sozialversicherung zum Ausdruck (von Bismarck in entscheidendem Maße geprägt), "daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließ-

---

1) Vgl. dazu G.V.Rimlinger: Sozialpolitik und wirtschaftliche Entwicklung. Ein historischer Vergleich, in: Gesellschaft in der industriellen Revolution, hrsg. v. R.Braun u.a., Köln, 1973, S. 113 - 126, im folgenden zitiert als: Sozialpolitik, S. 116.

schließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschweifungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde" <sup>1)</sup>.

Neben diesen in gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen verankerten Intentionen staatlicher Sozialgesetzgebung hatte diese auch rein betriebswirtschaftliche Effekte. Zeitgenössische Beobachter sprechen davon, daß die Sozialversicherung erhebliche Produktivitätsgewinne durch verbesserte Gesundheit, Arbeitsdisziplin und niedrige Unfallquoten nach sich zog. Eine amerikanische Gruppe, welche das deutsche System der Sozialversicherung im Auftrag der National Association of Manufacturers untersuchen sollte, notierte die ausgesprochen günstigen Erfahrungen der deutschen Arbeitgeber, die neben den genannten betriebswirtschaftlichen Vorteilen der staatlichen Sozialversicherung auch deren Funktion zur Verminderung der 'Aggressivität' der Gewerkschaften hervorhoben <sup>2)</sup>.

## 2.1.2. Die ökonomischen und technischen Bedingungen und Folgen der Durchsetzung der Großen Industrie

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal deutscher Industrialisierung von jener in anderen Ländern ist der sehr kurze Zeitraum, innerhalb dem sich die Große Industrie durchsetzen konnte und die handwerkliche Epoche einschließlich des größten Teils des Verlags- und Manufakturwesens - zumindest in ihrer vorherigen großen Bedeutung - ablöste <sup>3)</sup>.

---

1) Kaiserliche Botschaft vom 17.11.1881 zur Einführung der Sozialversicherung, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, V. Legislaturperiode, Erste Session, 1881/82, S. 2.

2) Zitiert nach G.V.Rimlinger: Sozialpolitik, a.a.O., S. 120.

3) Eine zusammenfassende Darstellung, die sich im wesentlichen auf das Werk von W.H.Hoffmann stützt, gibt K.Borchardt: Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800 - 1914, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. H.Aubin u. W.Zorn, Bd. 2, Stuttgart, 1976, S. 198 - 275, im folgenden zitiert als: Wachstum, insbesondere die Seiten 204 - 230; sowie ders.: Die industrielle Revolution in Deutschland, München, 1972, im folgenden zitiert als: Industrielle Revolution.



Eine wesentliche Vorbedingung dafür war die Durchsetzung der Gewerbefreiheit, die in Deutschland allerdings nur zögernd und regional unterschiedlich eingeführt wurde. Die Gewerbepolitik der deutschen Staaten schwankte jahrzehntelang zwischen Gewerbefreiheit und Schutz des Handwerks (obwohl Hardenberg für Preußen schon 1810 offiziell die Gewerbefreiheit eingeführt hatte), bis der Norddeutsche Bund 1869 die volle, uneingeschränkte Gewerbefreiheit verkündete <sup>1)</sup>, die nach der Reichsgründung 1871 zum Reichsgesetz erhoben wurde. Zuvor - nach 1815 und damit nach der Aufhebung der Kontinentalsperre - hatte sich das deutsche Gewerbe ruinöser, vor allem englischer Konkurrenz gegenüber gesehen, gegen die die deutschen Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen nicht einheitlich vorgingen <sup>2)</sup>. So standen die freihändlerischen Grundsätze der Berliner Bürokratie mit dem Interesse der preußischen Agrarier an billigen Gewerbeerzeugnissen und freier Getreideausfuhr gegen die schutzzöllnerische Bewegung unter den Kaufleuten und Gewerbetreibenden der süddeutschen Staaten und der Mehrheit des rheinisch-westfälischen Gewerbes, wobei sich mit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 die preußischen Interessen durchgesetzt hatten. Mit dem Zollverein, der schon 1834 ein Gebiet mit einer Bevölkerung von 23,5 Mio Menschen umfaßte, war ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen worden, ohne das die Durchsetzung der Großen Industrie nicht in dem Maße, wie sie tatsächlich erfolgte, möglich gewesen wäre.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung der Industrialisierung neben der entsprechenden Wirtschaftspolitik war durch die erst nach 1850 in erheblichem Maße erfolgte Ausbeutung der vorhandenen Bodenschätze, u.a. begünstigt durch die Anwendung der Dampfmaschine. Die Rohstoffvorkommen bestimmten den Standort verschiedener Industrien. Diese Orientierung galt besonders für jene Rohstoffe, die einen geringen Wert je Gewichtseinheit aufwiesen oder erhebliches Gewicht durch Ver- und Bearbeitung verloren <sup>3)</sup>.

Dieses galt besonders für die Kohle und das Eisenerz. Im Saar-

---

1) Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, vom 21.6.1869, in: Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes 1869, S. 245 ff.

2) Vgl. H.Haussherr, a.a.O., S. 389 f.

3) Vgl. F.W.Henning: Industrialisierung, a.a.O., S. 122.

becken, dem Ruhrgebiet und Schlesien waren die ertragreichsten (Stein)Kohlevorkommen Europas, teilweise verbunden mit Eisenerz (Siegerland und zum Teil Schlesien) <sup>1)</sup>.

Aber auch die Kaliindustrie (ab 1860) und die Zementproduktion (am Ort der Kalksteinfunde) vollzogen entsprechend den Rohstoffvorkommen eine Standortverschiebung.

Im Vergleich dazu waren die Textilindustrie und die buntmetallverarbeitende Industrie in Deutschland weniger rohstoffbegünstigt, mit zunehmender Industrialisierung wurden diese Industrien in entsprechendem Maße importabhängig.

Ein weiterer Grund für die forcierte Industrialisierung nach 1850 war der erhebliche Einsatz von Kapital für die Finanzierung des Produktionsapparates <sup>2)</sup>. Insbesondere der Wohnungsbau

---

1) Vgl. H.Haussherr, a.a.O., S. 390 f.

2) Der Produktionsapparat war ganz wesentlich von der Entwicklung der Technik bestimmt. Nun ist es an dieser Stelle unmöglich, auch nur die wichtigsten technischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts übersichtartig wiederzugeben (einzelne Hinweise auf ausgewählte Technikentwicklungen folgen an späterer geeigneter Stelle); ein solcher Überblick wird gegeben von:

W.Treue, a.a.O., besonders S. 64 - 75;

R.Rürup: Die Geschichtswissenschaften und die moderne Technik, in: Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaften, Festschrift für H.Herzfeld, Berlin, New York, 1972, S. 49 - 85;

L.Mumford: Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht. Die umfassende Darstellung der Entdeckung und Entwicklung der Technik, Frankfurt/M, 1977 (1967, 1970).

Mumfords umfassende und lesenswerte Untersuchung stellt die Entwicklung der Technik in ihrer Kulturbedeutung für die Entwicklung der Menschen dar. Er untersucht also die Natur des Menschen und den ganzen Verlauf der technologischen Entwicklung. Dabei wendet sich Mumford gegen die These, daß das wesentliche Unterscheidungsmerkmal des Menschen vom Tier die Werkzeugherstellung und -benutzung sei. "Diese Überschätzung der Werkzeuge, Waffen, physikalischen Apparate und Maschinen hat den tatsächlichen Weg der menschlichen Entwicklung verdunkelt" (ebenda, S. 15).

"Mit seinem überentwickelten und fortwährend aktiven Gehirn hatte der Mensch mehr geistige Energie zur Verfügung, als er zum Überleben in rein tierischer Form benötigte; und er war deshalb gezwungen, diese Energie nicht allein in Nahrungsbeschaffung und sexuelle Reproduktion zu kanalisieren, sondern in Lebensweisen, die diese Energie direkter und konstruktiver in angemessene kulturelle ... Formen umwandelten. Nur mittels der Kultur konnte der Mensch seine eigene Natur ausschöpfen, kontrollieren und voll entwickeln. Kulturelle 'Arbeit' hatte notwendigerweise den Vorrang vor manueller Arbeit. Diese neuen Aktivitäten umfaßten weit mehr als die Disziplin von Hand, Muskeln und Auge in der Herstellung und Verwendung von Werkzeugen, obwohl gerade sie dem

und der Eisenbahnbau (letzterer nur bis etwa 1875, da inzwischen das Eisenbahnnetz eine hohe Dichte aufzuweisen hatte) benötigten sehr viel Kapital. Voraussetzung und Folge davon war eine erhebliche Bankexpansion: im Zeitraum von 1848 - 56 wurden in Deutschland vierzehn Aktienbanken mit zusammen 183 Mio Mark Grundkapital gegründet <sup>1)</sup>. Der erhebliche Kapitalbedarf förderte auch die Entstehung der Aktiengesellschaften insbesondere in der Schwerindustrie, die aufgrund technischer Neuerungen und der Konkur-

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 332

dem Menschen eine große Hilfe waren: auch sie erforderten Kontrolle über alle natürlichen Funktionen des Menschen, einschließlich seiner Ausscheidungsorgane, seiner aufbrausenden Emotionen, seiner sexuellen Promiskuität und seiner quälenden und verführerischen Träume, ... dabei ist Werkzeugtechnik in der Tat bloß ein Teil der Biotechnik, der totalen Ausstattung des Menschen für das Leben" (ebenda, S. 17 f.).

Mumford kritisiert die schweren sozialen Defekte der Technikentwicklung, die eine Deformierung der menschlichen Kultur zur Folge haben: "Diese kolossalen Mißgeburten einer entmenslichten, machbezogenen Kultur beschmutzen ständig die Blätter der Geschichte, von der Vernichtung Sumers angefangen bis zur Zerstörung von Warschau und Rotterdam, Tokio und Hiroshima. In dieser Analyse drängt sich auf ... uns zu fragen: ist die Verbindung von maßloser Macht und Produktivität mit ebenso maßloser Gewalt und Destruktion eine rein zufällige?" In der Verbindung beider Erscheinungen klären sich "viele obskure, irrationale Manifestationen unserer eigenen hochmechanisierten und angeblich rationalen Kultur auf seltsame Weise. Denn in beiden Fällen wurden die immensen Gewinne an wertvollem Wissen und nützlicher Produktivität zunichte gemacht durch einen ebenso großen Zuwachs an protziger Vergeudung, paranoider Feindseligkeit, sinnloser Zerstörung und abscheulicher, blindwütiger Ausrottung" (ebenda, S. 24 f.).

Im Rahmen dieses Zusammenhangs untersucht Mumford die Entwicklung der Technik, auch und gerade wie sie sich während der Industrialisierung darstellte.

Auch Habermas verwirft die optimistische Annahme einer Konvergenz von Technik und Demokratie, verwahrt sich aber auch gegen die pessimistische Behauptung, Demokratie sei durch Technik ausgeschlossen (J.Habermas: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M, 1968, im folgenden zitiert als: Ideologie, insbesondere S. 104-120 (Technischer Fortschritt als soziale Lebenswelt)).

Bei der Diskussion um die sozialen Folgen der Technik spielt die Frage, was unter Technik exakt zu verstehen ist, eine immer größere Rolle (ob nur mechanische Technik oder auch Produktionstechnik etc.), wobei es eine "exakte Definition" aufgrund der Vieldeutigkeit des Begriffs nicht gibt (siehe dazu H.Popitz, H.-P.Bahrdt: Technik, a.a.O., S. 26).

1) Vgl. H.Böhme: Prolegomena, a.a.O., S. 45.

renzsituation die bisherige schmale Finanzierungsbasis verbreitern mußte und so den Geschäftsbanken über den Kapitalmarkt erheblichen Einfluß verschaffte. In Preußen wurden in den fünfziger Jahren 119 Aktiengesellschaften gegründet, davon allein in der Schwerindustrie 75 mit fast 250 Mio Mark Grundkapital <sup>1)</sup>.

Die am weitesten verbreitete Finanzierung aber war die über Gewinne. Dadurch kam es zu einer starken Kapitalansammlung in den Händen der Unternehmer. Andere Quellen zur Finanzierung der Nettoinvestitionen hatten in Deutschland keine so große Bedeutung <sup>2)</sup>:

- so war das Arbeitseinkommen niedrig, und entsprechend war die Sparquote der Arbeiter gering;
- die Grundrenteneinkommen aus der Landwirtschaft wurden entweder konsumiert oder für Investitionen in der Landwirtschaft verwendet. Die sonstigen Grundrenteneinkommen (zum Beispiel Wohngebäude) wurden entweder ebenfalls verbraucht oder verstärkten das in Wohnungen investierte Kapital;
- ausländisches Kapital war am gesamten Kapitalstock mit nur rund 3-5% beteiligt. Zwar erfolgte im Rahmen eines internationalen Booms ein verstärkter Zufluß ausländischen, vor allem englischen Kapitals <sup>3)</sup>, aber selbst diese 'Spitzen' erreichten nie mehr als 10-14% des gewerblichen Kapitalstocks. Außerdem konzentrierten sich die vor allem über die Handelsbeziehungen laufenden ausländischen Finanzierungsmittel in erster Linie auf die importabhängigen Industrien (zum Beispiel englisches Kapital über Baumwollgarnexport nach Deutschland).

Eine weitere wesentliche Rolle bei der Durchsetzung der Großen Industrie spielten die Verkehrsfragen und der Ausbau von bestimmten Verkehrssystemen <sup>4)</sup>:

---

1) Vgl. H.Böhme: Prolegomena, a.a.O., S. 45. G.Schmoller gibt einen gerafften Überblick über die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse und die damit zusammenhängende Veränderung der Betriebsgrößen (G.Schmoller: Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1.Teil, Leipzig, 1900, Neuaufl. Berlin, 1978, im folgenden zitiert als: Volkswirtschaftslehre, insbesondere S. 496 - 514).

2) Vgl. H.-J.Henning: Industrialisierung, a.a.O., S. 135.

3) Vgl. G.Stolper: Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2.Aufl., Tübingen, 1966, fortgeführt von K.Borchardt u.K.Häuser, S.18.

4) Zum Ausbau der Verkehrssysteme (Eisenbahn, Binnenschifffahrt, übrige Verkehrssysteme) und deren Anteil am Nettosozialprodukt



So verbesserte eine günstige Verkehrslage, besonders an der Küste oder an einem Binnenschiffahrtsweg, die Kostensituation sowohl bei der Beschaffung der Rohstoffe und Halbfabrikate als auch beim Absatz der Fertigwaren. Die Küstenstädte (Hamburg, Bremen <sup>1)</sup>, Stettin, Danzig, Elbing) sind hier ebenso zu nennen wie einige an den Flüssen und Kanälen liegende Städte (Ludwigshafen, Duisburg, Magdeburg) <sup>2)</sup>.

Der Ausbau von künstlichen Verkehrssystemen konzentrierte sich neben dem Bau von Kanälen und Häfen (zum Beispiel Duisburg) vor allem auf den Eisenbahnbau, der nicht nur infrastrukturell von großer Bedeutung war, sondern auch eine Sogwirkung auf andere Industrien besaß. Betrug das deutsche Eisenbahnnetz 1850 noch 5 715 km, so war es 1863 schon auf 16 551 km angewachsen <sup>3)</sup>. Nach der Mitte des 19. Jahrhunderts waren bis zu fünf Prozent der nicht in der Landwirtschaft Tätigen im Eisenbahnbau beschäftigt, vornehmlich ungelernte Arbeiter. Es ergab sich folgender Bedarf an Arbeitskräften beim Eisenbahnbau in Deutschland <sup>4)</sup>:

|            |         |               |
|------------|---------|---------------|
| 1835/1840: | 37 000  | Arbeitskräfte |
| 1841/1850: | 220 000 | "             |
| 1851/1860: | 220 000 | "             |
| 1861/1870: | 320 000 | "             |
| 1871/1880: | 570 000 | "             |
| 1881/1890: | 360 000 | "             |
| 1891/1900: | 340 000 | "             |
| 1901/1910: | 360 000 | "             |

Die für den Eisenbahnbau benötigten Materialien bedeuteten vor allem für die Schwerindustrie einen großen Absatzmarkt, der ausbaufähig war. Zu Beginn des Eisenbahnbaus betrug die Roheisenproduktion im Deutschen Zollverein 3,1 Mio Ztr. Roheisen, davon wurden 170 000 Ztr. (= 5,4%) in Kokshochöfen erzeugt <sup>5)</sup>. Dabei

---

Fortsetzung der Fußnote 4) von Seite 334

des Reichs siehe R.Tilly: Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1850-1914, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v.H.Aubin u.W.Zorn, Stuttgart, 1976, Band 2, S. 563-596, insbesondere S. 563-578.

1) Allerdings muß hierzu bemerkt werden, daß gerade in Hamburg und noch mehr in Bremen die Industrialisierung durch den sehr spät vollzogenen Beitritt zum deutschen Zollverbund (1888) gehemmt wurde.

2) Vgl. F.-W.Henning: Industrialisierung, a.a.O., S. 122.

3) Vgl. H.Wagenblass: Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835-1860, Stuttgart 1973, S. 267 f.

4) Vgl. F.-W.Henning: Industrialisierung, a.a.O., S. 194.

5) Vgl. im folgenden H.Wagenblass, a.a.O., S. 256.



betrug der Anteil der Koksroheisenproduktion in Preußen, das damals als einziger Staat des Zollvereins in Oberschlesien über Kokshochöfen verfügte, 9,5% an der gesamten preußischen Roheisenproduktion. Vor allem in den 1850er Jahren und schwerpunktmäßig in Preußen trat ein wichtiger Strukturwandel, der entscheidend vom Bedarf der Eisenbahnen ausgegangen war, ein: im Jahre 1860, in dem im Zollverein 10,6 Mio Ztr. Roheisen erzeugt wurden, hatte das Koksroheisen bereits einen Anteil an der Gesamtproduktion von schätzungsweise 55%. In Preußen, wo im gleichen Jahr rund 7,9 Mio Ztr. Roheisen (= 74,5% der Gesamtproduktion des Zollvereins) produziert wurden, betrug der Anteil des Koksroheisens an dem in diesem Staat produzierten Roheisen sogar 70,1%. Die Erzeugung von Roheisen erhöhte sich im Zollverein von 1837 bis 1860 also um das 3,4fache, während die Produktion von Koksroheisen um das 35fache zunahm <sup>1)</sup>.

Aber nicht nur im Bereich der Roheisenerzeugung hatte der Eisenbahnbau erhebliche Sogwirkung, sondern auch im Bereich der Eisenverarbeitung, und hier nicht nur rein quantitativ, sondern - ähnlich wie in der Roheisenerzeugung bezüglich der Umstellung auf den Kokshochofen - auch von den Produktionsverfahren her <sup>2)</sup>. Denn mit der Durchsetzung des Kokshochofens war auch eine wesentliche Verstärkung der Gebläsedampfmaschinen verbunden. Im Bereich der Roheisenverarbeitung kann beobachtet werden, daß 1835 im Zollverein noch rund 84% des Eisens nach der alten, wenig leistungsfähigen Methode der Produktion in Frischherden und in den meist kleineren Betrieben erfolgte und nur 16% nach dem neuen produktiveren Puddelverfahren. In Preußen produzierte man um diese Zeit ca. 26% des Eisens in Puddelöfen. Bereits im Jahre

---

1) Dabei stieg die Roheisenerzeugung noch einmal zwischen 1870 und 1890 um rund 250%; vgl. S.Braun: Unveröffentlichter Tabellenanhang zur Disposition: Industrie- und Betriebssoziologie, Universität Bremen, 1974, im folgenden zitiert als: Tabellenanhang, S. 7. Mit der Aufstellung eines Hochofens mit geschlossenen Gestell 1867 auf der Georgsmarienhütte bei Osnabrück, der eine 'Schmelzreise' von 12 Jahren machte und der beliebig hohen Winddruck gestattete, begann das Zeitalter der Riesenerzeugungen der Hochöfen, vgl. W.Treue, a.a.O., S. 67 f; daneben zur Entwicklung des Puddel-, Bessemer- und Martinverfahrens vgl. ebenda.

2) Vgl. im folgenden H.Wagenblass, a.a.O., S. 272.

1847 erzeugte die preußische Eisenindustrie, die vor allem von der durch den Eisenbahnbau hervorgerufenen Nachfrage profitierte, schon über 70% des Stabeisens nach dem Puddelverfahren. Im Jahre 1860 war die alte Methode der Erzeugung in Frischherden fast vollständig durch das Puddelverfahren substituiert, denn in Preußen wurden fast 91% des gesamten Stabeisens in Puddelöfen produziert (im Zollverein rund 80%).

Rein mengenmäßig erhöhte sich in Preußen die Produktion von Stabeisen von 1,1 Mio Ztr. in 1837 auf 6,1 Mio Ztr. in 1858 <sup>1)</sup>, das heißt also um das 5,6fache. Die Produktion von Stabeisen, welches im Puddelofen erzeugt wurde, vergrößerte sich im genannten Zeitraum von 363 286 Ztr. auf 5,3 Mio Ztr., also um das 15fache.

Mit der Durchsetzung des Puddelverfahrens war gleichzeitig auch die massenhafte Anwendung des neuen Verfahrens zur Formgebung des Eisens mittels Walzen an Stelle der überkommenen Bearbeitung durch Hammerwerke getreten. Das Walzverfahren seinerseits erforderte den Einsatz leistungsfähiger Dampfmaschinen, deren Produktion wiederum entscheidende Impulse zur Entwicklung der Maschinenbauindustrie gaben. Aber nicht nur die Maschinen zum Walzen des Eisens, sondern allgemein die zum Eisenbahnbau benötigten Antriebs- und Arbeitsmaschinen waren ein wichtiger Grund für die Expansion des deutschen Maschinenbaus <sup>2)</sup>. Zu Beginn und am Ende der 1840er Jahre war eine Gründungswelle von Maschinenbaubetrieben im Deutschen Zollverein zu beobachten, die sich intensiv mit der Produktion von Eisenbahnmaschinen aller Art, hauptsächlich Lokomotiven, beschäftigten. In den 1850er Jahren erfolgten weniger Neugründungen, es vergrößerten vielmehr die im vorausgehenden Jahrzehnt gegründeten Betriebe ihre Produktionsanlagen und ihre Belegschaften ganz wesentlich. Seit Mitte der 1850er Jahre wurden die Investitions- und Beschäftigungseffekte des binnenländischen Eisenbahnbaus verstärkt durch den Eisenbahnbau im Ausland, und hier besonders in den ost-, südost- und südeuropäischen Ländern, wobei die entsprechende deutsche Industrie in einem scharfen Konkurrenzverhältnis zur englischen stand. Gerade auch die Maschinenbauindustrie profitierte vom Auslandsgeschäft; so exportierten damals angesehene

---

1) Vgl. H.Wagenblass, a.a.O., S. 257.

2) Vgl. im folgenden ebenda, S. 258 ff.

Lokomotivbaufirmen in erheblichem Ausmaß. H.Wagenblass kommt in seiner Untersuchung der am Eisenbahnbau beteiligten Firmen zu dem Ergebnis, daß sich der Anteil dieser Firmen an der preußischen Maschinenbauindustrie hinsichtlich der in diesem Zweig beschäftigten Arbeiter von 26% in 1846 auf fast 50% in 1855 gesteigert hatte, wobei zu bedenken ist, daß absolut gesehen der Maschinenbau Preußens, ausgedrückt in der Zahl der Beschäftigten, im gleichen Zeitraum von 8 913 auf 16 227, also um rund 82%, zunahm. Setzt man diese Zahlen in Beziehung zu dem am Eisenbahnbau beteiligten Zahlen der Maschinenbaufirmen, so ergibt sich für die letztgenannten Zahlen ein - durch Neugründungen und Erweiterungen erfolgter - Zuwachs von 214,5%.

In den Jahren 1855 bis 1858 ergab sich für Preußen nochmals eine starke Zunahme aller Maschinenbaufabriken um über 60% (von 16 227 auf 26 040 Beschäftigte). Die am Eisenbahnbau beteiligten Maschinenbaufabriken expandierten ebenfalls, aber nicht mehr im gleichen Ausmaß. Dies ist sicher ein Hinweis dafür, daß die Initialzündung des Eisenbahnbaus eine Wirkung in dem Sinne gezeigt hat, daß nun die Maschinenindustrie (aber auch die Schwerindustrie) nach einer gewissen schwierigen Anfangsphase mit Erfolg versuchte, sich auch andere Absatzmöglichkeiten als nur den Eisenbahnbau zu suchen <sup>1)</sup>.

In diesem Zusammenhang interessant sind Analysen von Einzelbetrieben und deren Einfluß auf die Struktur der wachsenden Industriestädte. So arbeiteten in der Lokomotivfabrik Borsig in Berlin 1846 fast 14% aller in der preußischen Maschinenbauindustrie tätigen Personen, während zur Belegschaft der Waggonfabrik Pflug in Berlin im gleichen Jahr rund 3,5% der Maschinenbauarbeiter Preußens gehörten (zusammen also rund 17%) <sup>2)</sup>.

---

1) Dieser 'band-waggon'-Effekt war aber nicht nur in der Investitionsgüterindustrie zu beobachten, sondern setzte sich allgemein im sekundären Sektor (also auch Konsumgüterindustrie) und im tertiären Sektor durch. Dabei geht man vom 'Gesetz vom doppelten Stellenwert' aus; danach induziert ein neuer gewerblicher Arbeitsplatz mindestens einen weiteren im sekundären oder tertiären Sektor. Der Grund hierfür ist die Notwendigkeit der Versorgung der Bewohner mit Leistungen dieser beiden Sektoren. Die zweite Stelle, d.h. der zweite Arbeitsplatz, ist also von der wachsenden Nachfrage bestimmt. Vgl. dazu F.-W.Henning: Industrialisierung, a.a.O., S. 122.

2) Vgl. im folgenden H.Wagenblass, a.a.O., S. 261 ff.

Im Jahr 1855 betrug der Anteil beider Fabriken trotz erheblich gestiegener Beschäftigungszahlen im Maschinenbausektor immerhin noch 15%.

Geht man weiter davon aus, daß Anfang der 1850er Jahre etwa 3 600 bis 4 000 Arbeiter im Lokomotiv- und Waggonbau sowie bei der Erzeugung sonstigen Eisenbahnbedarfs tätig waren, und geht man weiter davon aus, daß 1853 insgesamt ca. 4 500 Arbeiter im Berliner Maschinenbau (einschließlich der metallverarbeitenden Industrie) arbeiteten, so ergibt sich immerhin, daß Anfang der 1850er Jahre etwa 66% bis 88% der Beschäftigten des Maschinenbaues und der metallverarbeitenden Industrie der Stadt Berlin in Betrieben arbeiteten, die für die Eisenbahnen lieferten. Da Berlin im Jahre 1851 rund 434600 Einwohner hatte und eine durchschnittliche Familiengröße von fünf Personen angenommen werden kann, waren also 18 000 bis 20 000 Personen direkt oder indirekt vom Eisenbahnbau in Berlin abhängig, das bedeutet, daß jede(r) 22. Berliner(in) ihre (seine) Existenz in den genannten Betrieben fand.

Die Lokomotivfabrik Maffei in München beschäftigte 1861 etwa 16,5% aller in Bayern in der Maschinenbauindustrie tätigen Arbeiter (allerdings war die Bayerische Maschinenbauindustrie nicht von einer derartigen Bedeutung wie die preußische, trotz der weithin bekannten Fabrik MAN); die Fabrik von Kremer-Clatt hatte 1861 sogar einen entsprechenden Anteil von 38,5%: zusammen hatten beide Fabriken also einen Anteil von 55% in Bayern <sup>1)</sup>.

---

1) Auch in anderen Ländern war die Bedeutung der am Eisenbahnbau beteiligten Firmen sehr groß. So waren in Württemberg 1861 in der Maschinenfabrik Esslingen rund 30% der 2 635 Arbeiter der Maschinenbauindustrie dieses Staates beschäftigt. Rechnet man die Belegschaft der Waggonfabrik der Württembergischen Staatsbahn in Heilbronn noch hinzu, so erhöht sich der Anteil auf fast 40% an der gesamten württembergischen Maschinenbauindustrie (diese Reihe ließe sich auch für die Länder Hessen, Baden etc. fast beliebig fortsetzen, siehe dazu im einzelnen H. Wagenblast, a.a. O., S. 262). Im übrigen läßt sich aus diesen Zahlen ablesen, daß diejenigen Fabriken, die im Eisenbahnbau tätig waren (und dies gilt nicht nur für den Maschinenbau), nicht nur technisch sehr modern, sondern im Vergleich zu Betrieben in der gleichen Branche auch erheblich größer waren. Als Beispiel für die rasante Entwicklung einiger Betriebe zu Großunternehmen mag die Firma Krupp, die sich erheblich am Eisenbahnbau beteiligte, gelten. Alfred Krupp (1812-1887) übernahm das Werk seines Vaters Friedrich (1787-1826), der den deutschen Gußstahl erfunden hatte, 1826 mit einer Belegschaftsstärke von



Exemplarisch kann die Funktion des Eisenbahnbaus in ihrer regionalen Ausstrahlung anhand der Industrialisierung des Ruhrgebiets dargestellt werden <sup>1)</sup>: Neben Bergbau, Hüttenindustrie und Metallverarbeitung nahm der Eisenbahnbau auch hier eine Leitfunktion wahr. Die frühesten Anstöße zur Anlage von Schienenwegen erklärten sich aus der absatz einschränkenden Verkehrslage der Gruben und Betriebe am oberen Ruhrlauf. Ende der 1840er Jahre hatte das Bergbaugebiet von Ruhr und Emscher ein Eisenbahnliniennetz erhalten, das "die Grundlinien verkehrstechnischer Erschließung vorzeichnete, damit aber auf lange Sicht mit einem konstanten Faktor 'Transportkosten' bei hoher Transportsicherheit zu rechnen erlaubte und darin der entstehenden Großindustrie einen unschätzbaren Vorteil zur Hand gab" <sup>2)</sup>. Im Jahrzehnt danach erfolgte die verstärkte Nutzung des neuen Transportsystems und damit eine Abkehr von der Umständlichkeit, Anfälligkeit und Kostenintensität der überkommenen Verkehrsmittel (Landabsatz, Wasserwege). Damit war eine wesentliche Grundbedingung für das Entstehen großer Märkte geschaffen. Der Kohlenabsatz über die Eisenbahn verlief sprunghaft. Er betrug nur zwei Jahre nach der Eröffnung der ersten Linien bereits 25% der Gesamtförderung; 1863 waren 67,2% erreicht, während der Wassertransport auf 10,1%, der Landabsatz auf 16% abnahm <sup>3)</sup>.

Als weitere Voraussetzung für die Entstehung großer Märkte trat parallel zur Eisenbahnentwicklung ein funktionstüchtiges Post- und Nachrichtenwesen <sup>4)</sup>, das seinerseits wiederum erhebliche Auswirkungen auf die Elektroindustrie (Siemens) hatte. "Als Grundbedingungen kapitalistischer Wirtschaftsweise bildeten sich nun die Marktsituationen in enger Verknüpfung mit dem Entwicklungsstand der Verkehrs- und Nachrichtensysteme in den 1850er Jahren heraus" <sup>5)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 239  
vier Arbeitern. 1835 waren dort 67 Arbeiter beschäftigt, jetzt wurde die erste Dampfmaschine dort aufgestellt. 1846 arbeiteten 122 Arbeiter, 1851 schon 704 und 1857 bereits 1 200 in der Firma Krupp. 1861 war die Belegschaft auf 2 000 angewachsen und 1873 arbeiteten über 16 000 Arbeiter in diesem Unternehmen (vgl. H.Hausherr, a.a.O., S. 395).

1) Vgl. dazu K.Tenfelde: Arbeiterschaft, a.a.O., S. 18-24.

2) Ebenda, S. 20.

3) Vgl. ebenda, S. 21.

4) Zu dem Zusammenhang zwischen Kommunikationsmitteln (Telefonnetz, Telegrafen, Zeitungen, Zeitschriften u.ä.) und wirtschaftlicher Entwicklung siehe R.Tilly, a.a.O., insbesondere S.579-583

5) K.Tenfelde: Arbeiterschaft, a.a.O., S. 26.



Für die Kohle galt, daß erst durch die neuen Transportmöglichkeiten die Grundbeziehung zwischen dem hohen Transportgewicht und dem geringen Wert der Kohle im Verhältnis zu einem starken Mengenbedarf der Verbraucher so gestaltet werden konnte, daß eine erhebliche Ausweitung des Kohlenhandels zum Fernhandel möglich war. Diese Verbilligung und (räumliche) Verfügbarkeit der Kohle hatte wiederum Rückwirkungen auf andere Branchen wie Erzverhüttung, Maschinen- und Werkzeugbau, Eisenbahnbau, die ihrerseits wiederum einen hohen Energiebedarf aufwiesen 1) 2).

---

1) Wie schnell die Eisenbahn und mit ihr das Problem eines leistungsfähigen Gütertransports als wesentliche Bedingung der industriellen Entwicklung in das 'öffentliche' Bewußtsein in den 1850er Jahren eingedrungen war, veranschaulichen die zahllosen Bau- und Erschließungspläne für das Industrierevier an der Ruhr, Emscher und auch an der Lippe, die entworfen, diskutiert, verworfen und zum Teil auch nach Jahrzehnten wieder aufgegriffen wurden. Zeitungen brachten in Leitartikeln, Lokalteilen und eigens dafür eingerichteten Rubriken Aufgaben und Probleme des Straßen- und Eisenbahnbaus, es bildeten sich Komitees engagierter und vor allem daran interessierter Bürger, um zum Beispiel den Bau von Bahnhöfen und Brücken anzuregen und zu beschleunigen; es berieten Handelskammern, Bergämter, Magistrate und andere kommunale Gremien, private Gewerken- und Unternehmergruppen über entsprechende Ausbaupläne. So hieß es 1858 in der Schrift 'Bergeist', die stark von den Gewerken und Bergämtern beeinflusst war: "Es kann nur von einer umfassenden Verbindung aller Verkehrswege und Kommunikationsmittel dauerhaft und wahrhaft Wohlstand erwartet werden" (zitiert nach K.Tenfelde: Arbeiterschaft, a.a.O., S.22).

2) Der Aufstieg des Ruhrgebietes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts brachte auch erhebliche Veränderungen für die gesamte Raumwirtschaftsstruktur Deutschlands mit sich. Denn bis zur Jahrhundertmitte blieb in Deutschland das vorindustrielle Raummuster noch weitgehend erhalten, das durch gleichmäßig verteilte Grund- und regional konzentrierte Exportgewerbe gekennzeichnet war. Die Frühindustrialisierung hatte also zunächst in den schon entwickelten Gebieten eingesetzt: entlang des Rheins und im sächsisch-böhmisch-schlesischen Gebiet. Mit der Frühindustrialisierung differenzierte sich zwar dieses Muster regional, verschob sich jedoch nicht grundlegend. Erst mit dem Aufstieg des Ruhrgebietes zu dem führenden Industrie- raum nicht nur in Preußen, sondern auch in Deutschland veränderte sich die Raumstruktur erheblich. In Süd- und Mitteldeutschland blieb das industrielle Wachstum gegenüber dem Ruhrgebiet zurück, und um die Jahrhundertwende hatte das Ruhrgebiet dem traditionell hoch entwickelten Sachsen den Rang als industrialisiertes Gebiet in Deutschland den Rang abgelassen. Mit diesen strukturellen Veränderungen parallel verlief die zunehmend sektorale Differenzierung. Die Investitionsgüterindustrie verdrängte im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau die Konsumwarenpfroduktion hinsichtlich ihrer Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung. Während sich also der neue schwerindu-

So entstand ein Markt, der die lokalen und regionalen Dimensionen sprengte und die bisherigen vorindustriellen engen persönlichen Bindungen zwischen Produzent und Konsument aufhob.

Der Markt hatte aber nicht nur wegen der erheblich verbesserten Produktions- und Absatzchancen entscheidende Bedeutung für die weitere Industrialisierung. Zugleich hatte er sowohl zur Voraussetzung als auch als Folge einen funktionierenden Arbeitsmarkt, der von den Arbeitern eine Anpassung an Verkehrsformen verlangte, die sich von jenen in vorindustriellen Produktionsweisen erheblich unterschieden. Die institutionelle Nachfrageübermacht der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt konstruierte eine für den Anbieter von Arbeitskraft unsichtbare Marktorganisation, deren Gesetzmäßigkeiten - wie zum Beispiel der Zwang zum vorteilsmaximierenden Handeln - sich der einzelne Anbieter unterwerfen mußte, um überhaupt eine Chance auf Arbeit zu erhalten.

Dabei bestand immer ein Angebotsüberhang von Arbeitskräften auf dem Markt, vor allem aufgrund des ungeheuren Bevölkerungswachstums. Wohnen im Gebiet des späteren Reichs im Jahr 1815 knapp 25 Mio Menschen (5 Mio weniger als in Frankreich), so war die deutsche Bevölkerung 1870 auf 40 Mio Menschen angewachsen (37,6

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 241

strielle Führungssektor auf Rheinland-Westfalen konzentrierte, verteilten sich die verarbeitenden Branchen auf Süd- und Mitteldeutschland (vgl. hierzu H.-P.Ullmann: Zur Rolle industrieller Interessenorganisationen in Preußen und Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg, in: Preußen im Rückblick, hrsg.v.H.J.Puhle u. H.-U.Weher, Göttingen, 1980, S. 300-323, S. 310). Hingegen blieb das grobe wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Ost (Agrar) und West (Industrie) auch nach der Durchsetzung der Großen Industrie erhalten; die staatliche Wirtschaftspolitik tat nichts, um diese ungleichmäßige Entwicklung zumindest in Teilen zu korrigieren.

Gerade aber diese rückständigen preußischen Kernlande im Osten prägten die Verwaltung und die politische Kultur des gesamten preußischen Landes und damit auch des Reichs nach 1871. Diese rigiden vorindustriell orientierten 'Herr-im-Hause'-Grundsätze wurden als Empfehlungen zum Umgang mit den Industriearbeitern und ihren Organisationen gehandelt. Sie wirkten entsprechend konfliktverschärfend, polarisierend und radikalisiert. Eine Folge davon war sicher die starke und große Organisation der Arbeiterbewegung, die sich aber entsprechend in ihrem Getto isoliert sah. Eine andere Folge war der extreme Antisozialismus der sich vor allem nach 1890 ständig radikalisierenden neuen Rechten; vgl. H.J.Puhle: Preußen, a.a.O., S. 37.

Mio in Frankreich) <sup>1)</sup>. Dieser ungeheure Zuwachs an Menschen sorgte für die Existenz einer industriellen Reservearmee, die die Löhne extrem niedrig hielt. Diese niedrigen Löhne, verbunden mit einer stark wachsenden Bevölkerung, waren neben anderen ein wesentlicher Faktor für die rasche Industrialisierung und die Durchsetzung der Großen Industrie in einem im Vergleich zu den klassischen Industrieländern wie England und Frankreich sehr kurzen Zeitraum.

Indikatoren für die rasche wirtschaftliche Entwicklung sind neben den oben genannten Daten zur Roheisenerzeugung, Eisenbahnbau, Maschinenbau auch die Kohleförderung, die eingesetzten Dampfmaschinen und die Zahl der in der Textilindustrie verwendeten mechanischen Spindeln und Webstühle.

So lag 1840 die Steinkohlenproduktion in Deutschland noch bei knapp über vier Mio Tonnen, stieg 1857 auf 11 1/4 Mio, erreichte 1866 21 2/3 Mio und 1871 knapp 30 Mio Tonnen <sup>2)</sup>.

Diese erhebliche Steigerung der Förderungsleistung war aber nicht nur ausgelöst durch entsprechenden Bedarf (Eisenbahnbau, Antrieb durch Dampfmaschinen etc.), sondern technisch erst möglich geworden durch eine systematische und massenhafte Anwendung der Dampfmaschine im Bergbau, die den Stollenbergbau ablöste und zum Schachtbergbau führte. Dabei erhielten die Dampfmaschinen vielfältige Anwendungsmöglichkeiten, so zum Beispiel als Wasserhaltungsmaschinen und zum Transport der Kohle. In Deutschland kam die von Watt verbesserte Dampfmaschine erst in den 1780er Jahren zur Anwendung. Die staatliche Bergbaubehörde Preußens hatte einen ihrer Beamten nach England geschickt, der sich auf illegale Weise Einblick in die Konstruktion und Funktion dieser Maschine verschaffen konnte <sup>3)</sup>. In den Jahren nach 1785 wurde das oberschlesische Kohlenrevier Schwerpunkt des Dampfmaschinenbaus. Von hier verbreitete sich die Dampfmaschine nach verschiedenen Teilen Deutschlands und in verschiedene Branchen, so u.a. auch in die Textilindustrie.

Der massenhafte Einsatz der Dampfmaschinen erfolgte aber erst

---

1) Vgl. H.Haussherr, a.a.O., S. 390.

2) Vgl. ebenda, S. 394.

3) Vgl. H.Mottek, a.a.O., Bd. II, S. 114 f.

nach 1850. So stieg allein in Preußen die Zahl der Pferdestärken in Spinnereien und Webereien, Walkereien, Maschinen- und Metallfabriken, Getreide-, Schneide- und sonstigen Mühlen sowie im Bergbau von 26 074 in 1849 auf 105 464 in 1858 <sup>1)</sup>, und von 1875 bis 1895 stieg die Zahl der im Bergbau und Salinen, in der Industrie und im Handwerk in Deutschland installierten Pferdestärken (also nicht nur in der Form der Dampfmaschine, sondern auch in Form von Gas- und später aufkommenden Elektromotoren <sup>2)</sup>) von 947 000 auf 3,3 Mio <sup>3)</sup>.

In einem sehr direkten Zusammenhang mit der Veränderung der Antriebsart stand zum Beispiel auch in der Textilindustrie die Umstellung auf die Mechanisierung. Allerdings ist hier zu differenzieren zwischen den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie (so zum Beispiel Leinen-, Baumwoll-, Woll- und Seidenindustrie) und den verschiedenen Verarbeitungsgängen des Rohmaterials (zum

1) Die in Preußen in bestimmten Bereichen installierten Dampfmaschinen und Pferdestärken (s.G.Schmoller: Kleingewerbe, a.a.O., S.276) betrugen im einzelnen:

| Maschinen für  | 1849  |                   |      |                   | 1858  |                   |      |                   |
|----------------|-------|-------------------|------|-------------------|-------|-------------------|------|-------------------|
|                | Stadt |                   | Land |                   | Stadt |                   | Land |                   |
|                | Zahl  | Pferde-<br>kräfte | Zahl | Pferde-<br>kräfte | Zahl  | Pferde-<br>kräfte | Zahl | Pferde-<br>kräfte |
| Spinnerei      | 143   | 1833              | 53   | 924               | 323   | 5592              | 76   | 2124              |
| Weberei        | 34    | 486               | 6    | 79                | 98    | 1823              | 11   | 266               |
| Walkerei       | 28    | 261               | 10   | 108               | 62    | 648               | 10   | 126               |
| Maschinenfabr. | 56    | 771               | 35   | 583               | 186   | 1869              | 93   | 1102              |
| Getreidemühl.  | 50    | 715               | 45   | 396               | 176   | 2586              | 345  | 3609              |
| Schneidemühl.  | 19    | 181               | 10   | 1561/2            | 84    | 1051              | 46   | 692               |
| Sonst. Mühlen  | 40    | 390               | 23   | 208               | 82    | 906               | 39   | 441               |
| Bergbau        | 52    | 2264              | 280  | 11431             | 29    | 6027              | 1096 | 39893             |
| Metallfabr.    | 103   | 21211/2           | 89   | 3177              | 297   | 7683              | 541  | 19046             |

2) In den 1890er Jahren löste der Elektroantrieb die überholten Dampfmaschinen ab. Der Einsatz von Elektromotoren erfolgte in dieser Phase der Entwicklung zunächst als Gruppenantrieb, d.h. die zentrale Dampfmaschine wurde durch mehrere Elektromotoren ersetzt, die Gruppen von Arbeitsmaschinen mit Antriebsenergie versorgten. Der ökonomische Vorteil der Anwendung von Elektromotoren bestand in dieser Phase in der besseren Regel- und Steuerbarkeit und dem höheren Wirkungsgrad des Elektromotors gegenüber dem zentralen Dampfmaschinenantrieb. Später konnte noch ein weiterer wesentlicher Vorteil des Elektromotors genutzt werden, der im Einzelantrieb der Arbeitsmaschinen bestand (vgl. H.Mottek, a.a.O., Bd. III, S.34). Damit war gewährleistet, daß auch kleinere Betriebe hinsichtlich ihrer Produktion mechanisiert werden konnten (der Einsatz von großen Dampfmaschinen in kleineren Betrieben war unrentabel gewesen).

3) Vgl. W.G.Hoffmann, a.a.O., S.79.



Beispiel Spinnen und Weben). Sieht man sich die Entwicklung der Baumwollindustrie näher an (die zunehmend die Leinenherstellung in Deutschland verdrängte), so kann die Mechanisierung vor allem beim Spinnen abgelesen werden: die Zahl der laufenden Spindeln belief sich im Zollvereinsgebiet 1836 auf über 626 000, sie stieg bis 1849 auf 900 000 und bis 1861 auf 2 1/3 Mio. Sehr viel langsamer als die Maschinenspinnerei setzte sich die Maschinenweberei durch: Selbst in den 940 Fabriken von 1861 standen neben insgesamt 23 500 Maschinenstühlen 13 000 Handstühle für feinere Fertigungen. In den Kleinbetrieben wurden noch über 150 000 Handstühle gezählt, erst um 1875 waren die Handstühle fast ganz verschwunden <sup>1)</sup>.

Auch in der zweiten Hälfte des hier behandelten Zeitraums, also nach 1860, setzte sich die Industrialisierung in ähnlichem Tempo fort, sieht man einmal von dem kurzen Einbruch 1857 ab. So stieg die Industrieproduktion von 1860 bis 1870 um ca. 27% <sup>2)</sup> und hierbei insbesondere Maschinenbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie Bergbau, um von 1870 bis 1890 nochmals zu steigen, und zwar diesmal um weitere 229 Prozent <sup>3)</sup>.

Diese erhebliche Zunahme der industriellen Produktion war neben den genannten ökonomischen und politischen Faktoren auch der rasanten technischen Entwicklung, wie sie beim Eisenbahnbau schon geschildert wurde, geschuldet.

Greift man exemplarisch die Eisen- und Stahlindustrie auf, die dem Bergbau nach- und dem Maschinenbau vorgelagert war, so kann - wenn man der Zusammenfassung von W. Treue folgt - der erhebliche Stellenwert der technischen Entwicklung bei der Industrialisierung Deutschlands ermessen werden <sup>4)</sup>: Der schnell wachsende Bedarf an Eisen und Stahl für die Industrialisierung und die wachsenden Heere und Flotten stieß in Deutschland - bei reichhaltigem Kohlevorkommen - auf den Engpaß knappen Eisenerzes.

---

1) Vgl. H. Haussherr, a.a.O., S. 392.

2) Vgl. B. Gleitze (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, Köln, 1960, S. 236.

3) Vgl. ebenda, S. 236.

4) Vgl. im folgenden W. Treue, a.a.O., S. 83-85. Seit neuestem liegt auch eine Abhandlung Treues über die Verzahnung von Technik und Wirtschaft in Preußen vor: Preußens Wirtschaft und Technik, Berlin, 1981.



Deshalb wurde Eisenerz "seit den 1870er Jahren ein politischer Rohstoff ersten Ranges. Die wichtigsten westdeutschen Erzlagerrstätten befanden sich in Preußen (Siegerland, Lahn- und Dillgebiet) und Hessen. Im Erzbergbau ging man allgemein in den 1860er Jahren zum Tiefbau und (allmählich bis in die 1880er Jahre) zur Seilfahrt und zu anderen Modernisierungen über, so daß die Förderung schnell stieg (im Siegerland schon 1860-1870 auf das Fünffache, 1873-1883 von 335 000 auf 627 000 t, danach Rückgang unter dem Druck der Erzimporte). Es bedeutete einen beachtlichen Fortschritt, daß man seit 1879 mit Hilfe des Thomas-Prozesses aus stark phosphathaltigem Eisenerz Eisen normaler Qualität gewinnen konnte. Damit wurden die umfangreichen Erzlager in Peine und Salzgitter, besonders aber in Lothringen und Luxemburg, wirtschaftlich sehr bedeutsam: Das Thomas-Verfahren gab Lothringen einen Wert, der 1871 nicht abzulesen gewesen war (und der in den Überlegungen der deutschen Schwerindustrie während des Krieges 1914-18 eine wesentliche Rolle spielte, Anm. d.Verf.). Technisch wichtig war daran, daß es nun in kurzer Zeit zu einem Verbund von Ruhrkohle und lothringischem Minetteerz kam. Mit diesem hüttenmännischen Verfahren wurde die Erfindung von Bessemer erst richtig vollendet; es wurde in Deutschland zunächst durch den Umbau von Bessemer-Anlagen angewendet (Rhein. Stahlwerke in Meiderich und Hörder Verein): Das erste ganz neue Thomas-Stahlwerk erhielt 1884 die AG Phoenix bei Ruhrort (14000 t im ersten Jahr, 255000 t 1913). Keine technische Entwicklung mit Ausnahme der Koksverhüttung war für die Ruhr von größerer Bedeutung. Das Siemens-Martin-Verfahren wurde in den 1880er Jahren mehrfach verbessert (1889 Kippöfen), so daß 1915 die Erzeugungszahlen mit diesem Verfahren über der Bessemer- und Thomas-Erzeugung lagen.

Einen wesentlichen Beitrag zu diesen Erfolgen bot die Entwicklung der Hochöfen. Erst mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung des Hüttenwesens, aber auch der zunehmenden praktischen Erfahrung sowie einem wieder stärker werdenden Einfluß des englischen Hüttenwesens Anfang der 1860er Jahre ging die 'belgische Periode' endgültig zu Ende. Nachdem um 1860 die 'schottischen' Öfen mit Steinverkleidung und später Stahlverkleidung eingeführt worden waren, wurden seit 1865-1870 überall stahlringverstärkte Öfen mit freiem Schacht aufgestellt. Das Gesamtvolumen der Öfen stieg von etwa 435 m<sup>3</sup> in den 1890er Jahren auf 610 m<sup>3</sup>

1910. Heizwind und Wasserwirtschaft, Verbesserung der Rohstoffförderung und des Auffangens der Gichtgase, Einführung der Schlackenform sowie Vergrößerung der Gebläsemaschinen ab 1895 traten hinzu, so daß die Tagesproduktion von 20-30 t um 1860 bis 1910 auf 600 t stieg, während der Koksverbrauch 1850-1900 um 50% gesenkt werden konnte (1896: 220 Kokshochöfen in Deutschland). Die Roheisenerzeugung betrug 1870: 1,3; 1890: 4,7; 1906: 10,8; 1913: 16,8 Mio t, die Englands 6, 8, 10 bzw. 10,4 Mio t.

Die bevorzugte Stellung einer aus Hochöfen, Stahl- und Walzwerken kombinierten Anlage gegenüber älteren oder Teil-Werken trat klar zutage. Nach der Krise von 1973 und in den 1880er Jahren wurden überall die Eisenbahnschienen aus der Spitzenstellung verdrängt, die sie jahrzehntelang in der Produktion der westdeutschen Hütten eingenommen hatten: Stabeisen, Stabstahl, Träger traten an ihre Stelle. Seit 1863 hat es bei Krupp ein chemisches Laboratorium, seit 1895 eine physikalische Abteilung der Versuchsanstalt gegeben. 1880 bildete sich ein selbständiger Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh), der sehr bald eine der wirtschaftlich, technisch und politisch wichtigsten Industriezeitschriften herausgab, 'Stahl und Eisen'.

Der Eisenguß nahm infolge des starken Bedarfs an Maschinen einen sehr kräftigen Aufschwung, während man andererseits viele Massenartikel, die früher aus Eisen gegossen waren - zum Beispiel Töpfe und Herde - billiger aus schmiedbarem Eisen herstellen und komplizierte Gußstücke durch Schweißkonstruktionen ersetzen konnte. Dabei wurden viele wichtige Einzelheiten verbessert, nahm der Röhrenguß (Wasser-, Leuchtgas-Versorgung) ständig zu, holte seit den 1870er Jahren die deutsche Röhrenfabrikation die englische und französische Qualität ein. Große Verdienste um die Ausbildung und Verbreitung des Hartgusses erwarb sich H.J. Gruson, bis Krupp 1893 sein Unternehmen erwarb und der Hartguß durch Stahl ersetzt wurde.

Das Thomas-Verfahren wurde seit 1879 in Deutschland schnell eingeführt: 1884 wandten es u.a. 12 von 18 deutschen Schienenwerken an. Entscheidende Bedeutung für die Ausbreitung des Thomas-Verfahrens hatte die Ersetzung des Tons als Bindemittel durch wasserfreien Teer und die Vergrößerung der Thomas-Birne (1899: 20t, 1911: 30t Einsatz). Zwischen 1880 und 1900 wurde das Walzen "in

einer Hitze" entwickelt. Die Erfindung der elektrischen Bogenlampe (Verbesserung durch F.v.Hefner-Altenneck, einen bedeutenden Konstrukteur bei Siemens & Halske) regte 1878 Wilhelm Siemens zum Bau elektrischer Öfen zum Stahlschmelzen an. Große Bedeutung erlangten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts legierte Stähle (Chromstahl, Nickelstahl, Wolframstahl, Vanadiumstahl; Erfindung des rostfreien Stahls 1912 bei Krupp). Bessemer-, Thomas- und Siemens-Martin-Verfahren wurden dem 1845-1870 blühenden Puddeln so überlegen, daß in Deutschland die Flußstahlerzeugung ab 1887 die Schweißstahlerzeugung übertraf (1891 noch 39, 1894: 24%). Zwischen 1902 (Gutehoffnungshütte) und 1910 (Krupp, Thyssen u.a.) stellten die großen Werke das Puddeln ein. Damit schied aus dem Wirtschaftsleben des Ruhrgebiets dasjenige Verfahren aus, das der Ruhrkohle die Verwendungsmöglichkeit im Eisenhüttengewerbe erschlossen hatte und für die Entwicklung der heimischen Großeisenindustrie wesentlich mitbestimmend gewesen war. Der Stahlformguß, bei dessen Entwicklung Jac. Mayer sich entscheidende Verdienste erwarb, fand zuerst stärkere Anwendung bei der Herstellung von Eisenbahnradreifen (Krupps Firmenzeichen!). Große Bedeutung erhielt die Entwicklung des Walzens. 1897 versah die AEG die Walzenstraße ihres Kabelwerks in Berlin mit Elektromotoren. Bis 1910 siegte die Elektrizität über den Dampf beim Antrieb von Walzwerken.

Durch die Fortschritte der Walztechnik wurde das Formeisen das wichtigste Erzeugnis der Hüttenwerke (Doppel-T-Eisen, Ermöglichung weit gespannter Dächer, großer Schaufenster). Neue Baumöglichkeit führte zu neuem Baustil. Nach 1871 entwickelte sich allmählich der deutsche Eisen-Schiffbau, zumal das Schiffbaumaterial von Einfuhrzoll befreit und ab 1888 der Bau von Schnelldampfern mit Postbeförderung subventioniert wurde. Technische Voraussetzung für den Schnelldampfer-Bau war die Einführung der Zweizylinder-Verbundmaschine (Steigerung des Dampfdrucks, Senkung des Kohleverbrauchs um 60%; 1881 Dreifachexpansionsmaschine mit weiterer Senkung um 40%). Obwohl auch das Segelschiff vergrößert und seine Segeltechnik verbessert wurde, so daß seine Wirtschaftlichkeit wesentlich stieg, ging 1873-1887 der Prozentsatz der Segelschiffe am Gesamtverkehr der deutschen Häfen zahlenmäßig von 45 auf 20% zurück (während die Gesamttonnage fast auf das Doppelte stieg); aber einmal waren die Dampfschiffe im Durch-

schnitt größer als die Segelschiffe, die sich immer mehr auf lange Strecken und Massengütertransport zurückzogen und dort allmählich, dreimal so groß wie die hölzernen um 1850, bis 1900 vorherrschten; zum andern gab die Dreifachexpansionsmaschine den Dampfschiffen endgültig die Überlegenheit, bei denen man schon um 1875 die Tonne Schiffsraum für dreimal so wertvoll angesehen hatte wie die Tonne Segelschiffsraum. Nach 1890 spezialisierten sich Stettiner "Vulcan" und Blohm & Voß auf Schnelldampferbau (1912 Fahrgastschiff 'Imperator' über 50 000 BRT)."

Der Maschinenbau spielte dabei eine immer größere Rolle. War zunächst der Dampfmaschinenbau durch den Eisenbahnbau sehr stark gefördert worden (wobei die Verwendung der Dampfmaschine im Bergbau und auch zum Teil in der Landwirtschaft und Textilindustrie nicht außer Acht gelassen werden darf), so nahmen seit den 1880er Jahren mit der Einführung des elektrischen Antriebs über Transmissionen und des elektrischen Einzelantriebs der Maschinen seit 1900 andere Industrien die frühere Spitzenposition des Eisenbahnbaus ein <sup>1)</sup>.

In Deutschland wurden hauptsächlich elektrische Maschinen, Dampfmaschinen, Lokomotiven, Nähmaschinen, landwirtschaftliche und Werkzeugmaschinen (wobei gerade die Werkzeugmaschinen eine immer größere Rolle bei der Produktion von Maschinen spielten) hergestellt - mit Mittelpunkten anfangs in Chemnitz, seit den 1890er Jahren in Berlin, und einem Außenhandel, der um 1900 etwa dreimal so hoch war wie die Einfuhr. Dabei waren am teuersten je Tonne Lokomotiven, es folgten Werkzeug-, Spinnerei-, Weberei- und Dampfmaschinen.

Die Kostenfrage war ohnehin ein treibendes Moment bei der Technikentwicklung, wobei sich hier wieder die Technik mit der Ökonomie trifft: So war man bestrebt, den Lohnanteil an den gesamten Produktionskosten so gering wie möglich zu halten (bei möglichst geringen Investitionen für die Mechanisierung). Dieses konnte nur auf zwei Arten erfolgen:

Entweder ließ man die Lohnkosten so gering wie möglich, oder man mechanisierte den Produktionsvorgang. Niedrige Löhne konnten aber nur bestimmten Arbeitergruppen in bestimmten Branchen bezahlt werden, so zum Beispiel den un- und angelernten Frauen

---

1) Vgl. W. Treue, a.a.O., S. 87.



in der Textilindustrie. Andere Arbeiter - vor allem Handwerker (und später auch industrielle Facharbeiter), die die Merkmale der Stammebelegschaft hatten und zudem aus bestimmten, unten noch genauer zu diskutierenden Gründen, gewerkschaftlich und politisch engagiert waren, konnten ihre Lohnforderungen aufgrund ihrer Qualifikation, die angesichts der raschen Industrialisierung auf dem Arbeitsmarkt knapp wurde, zum Teil realisieren. Angesichts dieser Kosten und der tatsächlichen Knappheit dieser Qualifikationen wurde in den entsprechenden Branchen und Betriebsteilen mit Hilfe des Einsatzes von Maschinen rationalisiert. Die ständig wachsenden Anforderungen an die Qualität der Produkte und die immer komplizierter werdenden Produktionsverfahren setzten auch entsprechend zum Teil ganz neue Materialien voraus (zum Beispiel Spezialstähle), zu deren Produktion wiederum der Maschinenbau selbst nötig war <sup>1)</sup>: in enger Wechselwirkung schufen Hütteningenieur und Maschineningenieur auf der Basis eines immer besseren Schul- und Hochschulwesens <sup>2)</sup> sowie des betrieb-

---

1) Vgl. W. Treue, a.a.O., S. 97.

2) Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden immer mehr Ingenieure gebraucht, deren Ausbildung nun stärker studienhaften Charakter erhielt. Die Ingenieurwissenschaften, die zuerst in Frankreich mit der Gründung der 'École Polytechnique' zum bildungspolitischen Programm erhoben wurden, und die Paris innerhalb weniger Jahre zur 'Metropole aller exakten Wissenschaften' machte, mußten neben den 'alten' Wissenschaften einen Platz erhalten. Der 'Verein Deutscher Ingenieure' wurde dabei das entscheidende Forum über Auseinandersetzungen diesbezüglichen Inhalts. An sämtlichen deutschen polytechnischen Schulen gab es 1871 4 710, 1876/77 6 114 Studierende, eine Zahl, die erst nach der Beendigung der Großen Depression 1890/91 wieder erreicht wurde, danach aber schnell überstiegen wurde: 1901 gab es 16 590 Studenten und damit halb so viel wie an den Universitäten. 1879 beschloß das preußische Abgeordnetenhaus die Vereinigung der Bau- und Gewerbeakademie in Berlin zu einer Technischen Hochschule, gleichzeitig erhielten die Anstalten in Hannover und Aachen dieselbe Bezeichnung sowie die Hochschulverfassung. Auch in den anderen deutschen Ländern erhielten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gegründeten technischen Lehranstalten (so zum Beispiel in Karlsruhe, München, Dresden, Stuttgart, Darmstadt und Braunschweig) den Status von Technischen Hochschulen (vgl. W. Treue, a.a.O., S. 60f und 98).

Nach der Änderung der preußischen Wirtschaftspolitik, die seit 1850 auf direkte Eingriffe und damit auch auf die direkte Förderung von Wissenschaft und Technik verzichtete, entwickelte sich erst in den 1880er Jahren eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat. So stimmte der Reichstag der Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zu (mit



lichen Ausbildungs- und Forschungswesens in Verbindung mit praktischer Erfahrung die Maschinisierung, seit den 1860er Jahren eine 'neue Phase der industriellen Revolution' (Maschinisierung in Bergbau, Hüttenwesen, Walzwerken mit zahlreichen Arbeitsmaschinen und zugehörigen Kraftmaschinen: Hebewerkzeugen und Transporteinrichtungen) einläutend, wobei immer größere Präzision der Leistungen bei Verringerung der Kosten und der Reparaturanfälligkeit gefordert wurde. Neben den sogenannten älteren Industrien (zu der auch die Bauwirtschaft zu rechnen ist und deren Expansion aufgrund der Urbanisierung und der Städtehygiene, gepaart mit den neuen technischen Möglichkeiten unter Verwendung neuen Eisen- und Stahlmaterials <sup>1)</sup> und unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit entsprechender Investitionen, ähnliche Ausmaße wie der Bergbau, die Hüttenindustrie und der Maschinenbau annahm) sind noch als Neue Industrien die Elektro-, die Chemische und die Motorenbau(Automobil)industrie zu nennen, die in enger Wechselwirkung zu der Entwicklung anderer Industrien standen <sup>2)</sup>.

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 350

ideeller und finanzieller Unterstützung durch den Kronprinzen und Werner Siemens'), die sowohl der physikalischen Grundlagenforschung als auch praktischen Untersuchungen und Arbeiten auf dem Gebiet der Präzisionsmechanik diente. Daneben gab es zum Teil seit Jahrzehnten bestehende zivile und militärische Landes- und Reichsanstalten für die technische Forschung, für Maße und Gewichte etc. Die o.g. Reichsanstalt war Vorbild der 1910/11 gegründeten 'Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft', einer Schöpfung von Staat, Wissenschaft und industriellem Bürgertum, die zahlreiche berühmte Institute beherbergte (vgl. W.Treue, a.a.O., S. 100).

1) Vgl. dazu ebenda, a.a.O., S.95.

2) So zum Motorenbau (und später Automobilindustrie incl. Zubehörindustrie) siehe ebenda, S. 93-95.

Zur Elektroindustrie, die wesentlich durch die Erfindung des elektrischen Zeigertelegraphen 1847 und des dynamoelektrischen Prinzips 1866 durch Werner Siemens gefördert wurde (wobei der Starkstrom sich erst in den 1890er Jahren entscheidend durchsetzte) siehe ebenda, S. 72f. sowie 91 f.

Die Entwicklung der Chemischen Industrie stand in enger Verbindung mit der Textilindustrie (da aufgrund der Mechanisierung der Textilindustrie sehr viel mehr produziert wurde, reichten die entsprechenden Bleichflächen nicht mehr, so stieg die Nachfrage nach Soda, Chlor und auch Schwefelsäure; außerdem wurde sehr stark künstlich gefärbt, so wurden zum Beispiel die Türkischrot-Färbereien abgelöst) und zur Landwirtschaft, der sie künstlichen Dünger lieferte (Liebig), wobei dann wiederum die Erträge größer wurden und somit Kapital in die Mechanisierung der Landwirtschaft investiert werden konnte. Der Einsatz von entsprechenden Landmaschinen (deren Bau ihrerseits wiederum den Maschinenbau allgemein förderte) lohnte aber nur bei großen

Dabei wurde die schnelle technische Entwicklung noch begünstigt durch den deutsch-französischen Krieg und dessen Folgen (einheitliches Wirtschaftsgebiet durch die Reichsgründung, erhebliche Nachfrage nach Kriegsgerät, Annexion Elsaß-Lothringens incl. der dortigen Kali- und Eisenerzgruben, französische Kriegsschädigungen). Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals wurde dadurch noch weiter gefördert und damit auch die Möglichkeiten der technischen Entwicklung. Ein Hinweis dafür ist die Kapitalbildung bei Aktiengesellschaften. Das eingezahlte Kapital bei allen Aktiengesellschaften (mit Ausnahme der Banken, Versicherungen und Eisenbahnaktiengesellschaften) stieg von 475 Mio Mark in 1869 auf 1 154 Mio Mark in 1876. Nach Einsetzen der Gründerkrise erfolgte auch hier ein leichter Rückgang, danach aber stieg das Kapital bis 1890 auf 3 339 Mio Mark <sup>1)</sup>. Damit zusammenhängend erfolgten Gründungen von später berühmt gewordenen Großbanken (so der Deutschen Bank, der Commerz- und Discontobank, der Dresdner Bank usw.). Denn der Kapitalbedarf der Industrie zur Durchführung neuer Formen von Produktionsorganisationen, neuer Produktionsverfahren und neuer Produkte in Form von langfristigen, hohen Bankkrediten wurde immer größer <sup>2)</sup>.

Die Stellung der Banken wurde noch weiter gestärkt durch die Gründerkrise, die 1873 einsetzte und erst 1878 durch einen langsame Wirtschaftsaufschwung abgelöst wurde. In der Zeit der Krise mußte keines der von den Berliner Großbanken gestützten Unternehmen den Konkurs anmelden <sup>3)</sup>. Darüberhinaus waren die Unternehmer gezwungen, die Krise nicht mehr über den Preiswettbewerb zu überstehen, da es für viele Produkte keine Preiselastizität gab (Kohle), sondern durch Kartell- und andere Konzentra-

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 351

Anbauflächen, die im allgemeinen nur im Besitz der 'Kraut'-Junker waren (Folge dieser Kapitalisierung der Landwirtschaft war die Vertreibung vieler kleiner bisher selbständiger Bauern im Zusammenhang mit der Bauernbefreiung). Weiterhin verband sich die Chemieindustrie durch ihre Gasproduktion (Stadtbeleuchtung etc.) mit der Eisenindustrie, denn sie brauchte zum Transport des Gases Röhren (Poensgen und Mannesmann); vgl. zu den technischen Entwicklungen dieser Industrien W.Treue, a.a.O., S. 70-72 sowie 89f.

1) Vgl. W.G.Hoffmann, a.a.O., S. 772 f.

2) Vgl. H.Böhme: Bankenkonzentration und Schwerindustrie, 1873 - 1896. Bemerkungen zum Problem des 'Organisierten Kapitalismus', in: Sozialgeschichte heute, hrsg. v.H.-U.Weher, Göttingen, 1974, S. 432-451; im folgenden zitiert als: Bankenkonzentration, S.442.

3) Vgl. ders.: Prolegomena, a.a.O., S. 73 f.

tionsmaßnahmen eine Struktur zu schaffen, die sowohl die Produktionskosten als auch die Beschaffungs- und Absatzmöglichkeiten in einem Maße gestaltete, das ein Überstehen der Krise gestattete. Hierzu wiederum waren erhebliche Investitionen notwendig, der dafür notwendige Kapitalbedarf wurde von den Banken gedeckt, die dadurch wiederum die Abhängigkeit der Industrie vom Kapitalmarkt verstärkten.

In welchem Umfang die großen Unternehmen die kleineren überflügeln, zeigt sich unter anderem auch daran, daß in Oberschlesien nach 1860 fünf Sechstel der Gesamtförderung und -produktion von Kohle und Roheisen auf nur zwanzig Unternehmen konzentriert waren <sup>1)</sup>. Dabei machte die vertikale Konzentration besonders in der Schwerindustrie einen großen Teil dieses Prozesses aus. So gab es sehr oft die Kombination von Zechen und Hütten, die fast immer unter der Führung der Hütten gebildet wurden. Darüberhinaus gliederten sich diese Unternehmen noch Walzwerke, Gießereien und auch Maschinenfabriken an. Die größte derartige Konzentration in Oberschlesien war die Laurahütte.

An der Ruhr konzentrierte sich 80% der gesamten Hochofenkapazität auf die fünf größten vertikalen und gemischten Konzentrationen (Heinrichshütte, Neuschottland, Gutehoffnung, Phönix und der Hörder Verein). Die Gutehoffnungshütte beispielsweise bestand in ihrem Kernbereich aus einem Hüttenbetrieb mit vier Hochofen. Sie bezog ihre Kohle aus den eigenen Zechen Concordia und Zollverein, dazu später Oberhausen; ihr Eisenerz aus eigenen Bergwerken an der Sieg und Ruhr. Sie hatte sich in der Antonihütte eine Gießerei und Walzwerke in Oberhausen angegliedert, weiterhin Maschinenfabriken und Brückenbau in Sterkrade und eine Schiffswerft in Ruhrort. Als Gutehoffnungshütte beschäftigte sie 1828 280, 1843 2 000 Arbeiter; 1865 hatte das ganze Unternehmen schon eine Belegschaft von über 5 000 <sup>2)</sup>.

Abschließend sei zu diesen Strukturdaten bemerkt, daß diese zwar die Periode der Durchsetzung der Großen Industrie in Deutschland treffend kennzeichnen, aber sehr oft (eben aufgrund der 'sehr eindrucksvollen Zahlen über Produktionssteigerungen, Mecha-

---

1) Vgl. H. Hausscherr, a.a.O., S. 395 f.

2) Vgl. ebenda, S. 396.

nisierung etc.) den Eindruck erweckten, daß damit das gesamte Wirtschaftsgefüge Deutschlands mehr oder minder industriell beherrscht wurde.

Es muß noch einmal betont werden, daß mit der Durchsetzung der Großen Industrie nur die handwerkliche und zum Teil manufaktuelle Produktion in ihrer vorherigen Bedeutung abgelöst wurde, während die Landwirtschaft und auch der Dienstbotensektor nach wie vor eine große Rolle spielten:

| Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen (in 1 000): <sup>1)</sup> |                                                  |                           |                              |                   |                    |           |
|------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|---------------------------|------------------------------|-------------------|--------------------|-----------|
| Jahr                                                             | Landwirt-<br>schaft<br>Forsten<br>Fische-<br>rei | Bergbau<br>u.Sali-<br>nen | Industrie<br>u.Hand-<br>werk | Häusl.<br>Dienste | Andere<br>Branchen | Insgesamt |
| 1867                                                             | 8 333                                            | 225                       | 4 155                        | 1 422             | -                  | 16 171    |
| 1880                                                             | 9 565                                            | 297                       | 5 504                        | 1 492             | -                  | 19 638    |
| 1890                                                             | 9 565                                            | 398                       | 7 337                        | 1 532             | -                  | 22 372    |

Zwar stiegen die absolute Zahl und auch der Anteil der Industriearbeiter an allen Arbeitenden ständig an; die Zahl der in der Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Tätigen erhöhte sich aber auch zunächst (leicht), um danach für längere Zeit in etwa konstant zu bleiben. Immerhin betrug 1867 dieser Anteil an allen Beschäftigten rund 52%, während der Anteil der in der Industrie, Handwerk, Bergbau und Salinen Beschäftigten rund 27% betrug, der Dienstbotenanteil immerhin rund 9%.

1890, also nach der im wesentlichen abgeschlossenen Durchsetzung der Großen Industrie, hatten sich die Anteile zwar verschoben, aber dennoch war der Anteil der in Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Beschäftigten immer noch der größte, rund 43%; der Dienstbotenanteil hielt sich noch bei 6,7%, während der Anteil der in Industrie, Handwerk, Bergbau und Salinen rund 34,6% betrug.

Auch die Investitionen machen deutlich, daß die Landwirtschaft noch erhebliche Bedeutung hatte. Zwar wurde in der Industrie, im Bergbau etc. wesentlich mehr investiert - einfach deswegen, weil

1) Quelle: W.G.Hoffmann, a.a.O., S. 204 f.



Industrie und Bergbau im Vergleich zur Landwirtschaft sehr viel kapitalintensiver sind -, dennoch bleibt festzuhalten, daß trotz dieser strukturellen Unterschiede die Investitionen, die in der Landwirtschaft getätigt wurden, zwischen 10 und 35% aller Investitionen ausmachten <sup>1)</sup>.

Gerade diese erhebliche ökonomische Bedeutung der Landwirtschaft muß bedacht werden, wenn die unterschiedlichen Bündnisse im politischen Raum analysiert werden: War bis 1873 die Freihandelsidee, die bis dahin eine gewisse innerdeutsche Integrationskraft besaß, dominierend, so verschoben sich nach 1873 (nach Einsetzen der Gründerkrise) bald die Interessen. Die Schwerindustrie reagierte auf Absatzschwierigkeiten (zum Beispiel durch die ruckartige Verlangsamung des Eisenbahnbaus) mit der Forderung nach Schutzzöllen und fand dabei Bündnispartner im Textilbereich, der traditionell einen Schutzzoll für seine Produkte forderte. Politisch wirksam wurde dieses Bündnis aber erst durch den Beitritt der Großlandwirtschaft, die auf die steigende Ausfuhrkrise und das Vordringen russischen und ungarischen Getreides auf den deutschen Markt mit einem langsamen Überschnellen in das Schutzzollager reagierte <sup>2)</sup>.

#### 2.1.3. Der Versuch der Übertragung tradiierter gesellschaftlicher Normen auf die industriellen Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen

Mit dem parlamentarischen Sieg der Schutzzöllner 1878/79 hatte eine Interessengemeinschaft von Landwirtschaft, Industrie und Staatsführung dominierenden Einfluß auf die staatliche, nun protektionistische und wieder direkter eingreifende Wirtschaftspolitik gewonnen. Die Interessengemeinschaft war eine feste nationalstaatliche Klammer, die nicht nur ökonomisch wirkte (binnenwirtschaftliche Verdichtung, nord-süddeutsche Verflechtung, beschleunigte Ausbildung eines kleindeutsch-nationalen Marktes mit immer einheitlicheren Preisen), sondern auch in anderen Bereichen, so in der Politik gegenüber den Forderungen der Arbeiter, wirksam wurde. Für die Stabilität dieses Bündnisses war es

<sup>1)</sup> Vgl. W.G.Hoffmann, a.a.O., S. 259.

<sup>2)</sup> Vgl. W.Zorn: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründerzeit (1850-1879), in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hrsg.v.H.-U.Weehler, Köln, 1966, S.254-270, S.264.

dabei entscheidend, daß "die großagrarischesch verflochtene preußische Führungsschicht im ganzen auch die neue Regierungspolitik des industriell-landwirtschaftlichen Solidaritäts-Schutzzollsystems aus eigenem wirtschaftlichen Interesse heraus mit vertrat" 1).

Die damit verbundene Tolerierung der politischen Maßgeblichkeit der ostelbisch-agrarisch-preußischen Führungsschicht durch das Industriebürgertum war auch ein Ausdruck für eine gewisse Hilflosigkeit der Unternehmer, die aufgrund der Durchsetzung der Großen Industrie aufgetretenen Probleme in einer Art und Weise zu lösen, die die sozialen Beziehungen zwischen den beiden Klassen für beide Seiten akzeptabel kompromißhaft regelte, ohne dabei die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft in Frage zu stellen.

Die gegenseitige Verflechtung zwischen an sich aufgeklärtem Industriebürgertum und den an traditionellen Vorstellungen hängenden politischen Führungsschichten verhinderte auch eine schnelle und an sich erforderliche Versachlichung des Verhältnisses zwischen Unternehmens-/Betriebsleitung und Belegschaft.

Friedrich Engels hat das Durcheinander von unterschiedlichsten Elementen in den sozialen Beziehungen 1865 treffend beschrieben 2):

Hier sind aus den früheren feudalen und nachfeudalen Zuständen noch eine Menge gesellschaftlicher Elemente haften geblieben, welche, um es so auszudrücken, das gesellschaftliche Mittel (Medium) trüben, dem sozialen Zustand Deutschlands jenen einfachen, klaren, klassischen Charakter nehmen, der den Entwicklungsstand Englands auszeichnet. Wir finden hier in einer sich täglich mehr modernisierenden Atmosphäre und unter ganz modernen Kapitalisten und Arbeitern die wunderbarsten vorsintflutlichen Fossilien lebendig umherwandeln: Feudalherren, Patrimonialgerichte, Krautjunker, Stockprügel, Regierungsräte, Landräte, Innungen, Kompetenzkonflikte, Verwaltungsstrafmacht usw.

Die Durchsetzung eines durch Maschinensystem und große Produktionsanlagen integrierten Gesamtproduktionsprozesses mit verstärkter und veränderter Arbeitsteilung, der Anpassung menschlicher Arbeit an mechanisch-kontinuierliche Tätigkeit etc. 3)

1) Vgl. W.Zorn, a.a.O., S. 266.

2) F.Engels: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: MEW 16, Berlin(Ost), 1973, S.36-78, im folgenden zitiert als: Militärfrage, S. 67.

3) Siehe dazu unsere Ausführungen über die industrielle Arbeitsweise im I. Teil dieser Arbeit.

verlangte eine Veränderung der Beziehungen zwischen Belegschaft und Unternehmens- und Betriebsleitung.

So brachte die Ablösung der vorindustriellen ganzheitlichen Zusammenhänge von Arbeit und Leben durch die industriell bedingte Auflösung in Produktion und Reproduktion der Arbeiter eine Verschiebung des Stellenwerts der Arbeit in der subjektiven Verarbeitung der eigenen Situation als Lohnarbeiter. Die physische Abwesenheit des Arbeiters von seiner Wohnung/Zimmer, die aufgrund der langen täglichen Arbeits- und Wegezeiten bis zu 17 Stunden betrug, bedingten zwangsläufig eine Vernachlässigung der familiären Beziehungen und rückten den Ort der Arbeit und damit die Arbeit als solche immer stärker in das Bewußtsein der Arbeiter. Dabei ist es von Bedeutung, daß sich der Charakter der familialen Beziehungen nicht nur durch die physische Abwesenheit des Mannes aufgrund der Fabrikarbeit verändert hatte. Auch der Begriff und die Reichweite des Patriarchalismus, der ausgeübten Autorität hatte sich mit der Industrialisierung geändert.

In den vorindustriellen Lebens- und Arbeitsweisen war die Autorität des Familienoberhaupts stets auf persönliche Beziehungen innerhalb der Familie aufgebaut und umschloß alle Lebens- und Arbeitsbereiche.

Die Autorität des patriarchalischen Unternehmers war im Vergleich zu der Autorität des Patriarchen in der vorindustriellen Familie etwas grundsätzlich anderes. Zwar ist beiden Formen des Patriarchalismus gleich, daß sie sich an vorindustriellen Leitbildern orientierten, aber Zielsetzung und Reichweite waren eben doch unterschiedlich. Der Patriarchalismus des Unternehmers in der Industrialisierung bezog sich grundsätzlich nur auf die betrieblichen Belange. Das soll nicht heißen, daß es nicht in den Fabrikordnungen gewisse Bestimmungen, die in das Familienleben der Arbeiter eingriffen, gegeben hat (so zum Beispiel die 'Beaufsichtigung der sittlichen Lebensführung insbesondere der jugendlichen Arbeiter' und der Heiratskonsens). Die Bestimmungen sollten aber letztlich dazu dienen, die Verhaltensweisen der Arbeiter im Betrieb in einer Art und Weise zu beeinflussen, die eine möglichst reibungslose Einordnung der Arbeiter in den Produktionsablauf sicherte. Damit ist auch gleichzeitig die Zielsetzung des Patriarchalismus der Unternehmer im Unterschied zu der des Patriarchalismus in vorindustriellen Zeiten angespro-

chen: im erstgenannten Fall war der Patriarchalismus, war die Ausübung von Autorität dazu bestimmt, die Arbeiter - mit unzulänglichen, weil dem Kapitalismus inadäquaten Mitteln - an die industrielle Produktionsweise zu gewöhnen, während im zweiten Fall die Erhaltung und Stabilisierung der Familie als Lebens- und Arbeitseinheit intendiert wurde. Insofern kann durchaus gesagt werden, daß der Patriarchalismus der Unternehmer mehr und mehr zur eigenen Legitimation verkam.

Auch diese erhebliche Veränderung bisheriger Lebens- und Arbeitsgewohnheiten ging nicht ohne Brüche und Proteste vonstatten, wobei typischerweise anfangs die Wiederherstellung des ganzheitlichen Zusammenhangs von Leben und Arbeit gefordert wurde, statt zum Beispiel eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit oder ähnliches.

Die Durchsetzung der Großen Industrie, die Abhängigkeit industrieller Arbeit von einer Arbeitsmaschinerie bedingte nicht nur die Zusammenfassung der Arbeiter sowohl in Ballungsräumen/Metropolen als auch in Betrieben als organisatorische Zusammenfassung industrieller Arbeit, sondern verlangte von den unmittelbaren Produzenten auch die Gewöhnung an eine mechanisch-kontinuierliche Tätigkeit. Die vorindustriellen, teilweise durch an Naturbedingungen (zum Beispiel jahreszeitlich bedingte Einflußfaktoren) angepaßte Eigenbedarfswirtschaften geprägten Arbeits- und Lebensweisen wurden abgelöst durch eine neue Art der Produktion, die nicht mehr unmittelbar abhängig von Naturgegebenheiten war, die für einen anonymen Markt produzierte, und die bei Einsatz der unmittelbaren Produzenten unter Verwendung von diesen nicht gehörenden technischen Arbeitsmitteln kontinuierlich betrieben werden mußte.

Dieser Bruch mit dem vorher gelebten relativ undisziplinierten Lebens- und Arbeitsrhythmus (undiszipliniert im Sinne der auf Kontinuität aufbauenden Anpassung des Arbeitsvollzugs an Kraft- und Werkzeugmaschinen, die ihre unmittelbaren Beziehungen zur Natur nur noch über den Energie- und Rohstoffbedarf hatten), dessen Ersetzung durch streng normierte und kontrollierte Handlungs- und Verhaltenszumutungen an die Arbeiter wurde von letztgenannten nicht ohne passive und aktive Gegenwehr beantwortet.

Die sich daraus ergebenden Probleme für die Unternehmer wurden

von diesen zunächst aufgrund ihrer offenkundigen Überforderung, ihrer traditionellen Verhaltensweise und der Dominanz der an Disziplin und Gehorsam orientierten gesellschaftlichen Normen (denen sich das Industriebürgertum aufgrund seiner politischen Abhängigkeit von den preußisch-deutschen Führungsschichten sehr stark verpflichtet fühlte) mit Mitteln zu lösen versucht, die sich an vor- und allenfalls protoindustriellen Verhältnissen orientierten (siehe zum Beispiel die vielen disziplinierenden Elemente in den industriellen Betriebsverfassungen).

Vordringlicher als die Lösung der sozialen Spannungen im Betrieb mit quasi modernen Managementmethoden war den Unternehmern die Lösung der rein technischen und ökonomischen Probleme, die sich aus der Durchsetzung der Großen Industrie ergaben, wobei letztgenannte ihrerseits wiederum soziale Probleme erst schufen.

Das Erfordernis zum Aufbau einer rationalisierten und bürokratisierten zentralen Betriebsorganisation, die zunehmende Arbeitsteilung, die Zentralisierung von Kompetenzen auf Leitungsinstanzen, der Aufbau einer neuen Arbeits- und Lohnhierarchie incl. der Einführung des industriellen Leistungslohns artikulierte bestimmte Anforderungen an die Organisation des industriellen Produktionsprozesses.

So war die Verstärkung der Trennung von leitender und ausführender Arbeit technisch und ökonomisch unvermeidlich, weil vorindustrielle Produktionsweisen weder über die ökonomischen Ressourcen noch über die technische Kompetenz verfügten, die eine systematische Arbeitsteilung verlangte. Die betrieblichen Leitungs- und Direktionsinstanzen müssen mit Autorität ausgestattet sein, um nach allgemein anerkannten Grundprinzipien die betriebliche Arbeit zu koordinieren. Denn die betriebliche mehrstellige Gesamtarbeit erfordert eine zweckmäßige Organisation, die die Einordnung des Arbeiters in einen koordinierten und subordinierten Gesamtzusammenhang ermöglichen soll.

Gleichzeitig aber ist die Trennung von ausführender und leitender Arbeit politisch gewollt, indem sie die politische Subalternisierung der Arbeiter zum Ziel hat, der Wissensvorsprung der Leitungs- und Direktionsinstanzen also als Herrschaftswissen genutzt wird. Damit wird diese Trennung immer wieder aufs Neue reproduziert und verstärkt, sie ist also nicht nur Voraussetzung,



sondern auch Folge der Herausbildung betrieblicher Leitungs- und Direktionsinstanzen. Die Herrschaftsausübung - zum Beispiel in Gestalt der betrieblichen Hierarchie - bedeutet überflüssige, ja sogar den Produktionsablauf hindernde Kapazität zur Regelung von Problemen. Die Bedeutung der betrieblichen Hierarchie hat sich im Zeitablauf verschoben. Hatte zu Anfang der Industrialisierung der Versuch, mittels der Einführung der betrieblichen Hierarchie eine Abstimmung der Teilarbeiten zu einem planvollen Gesamtprozeß in Zusammenhang mit dem Stand der Produktionstechnik und der Qualifikationsstruktur der lebendigen Arbeit herbeizuführen, noch erhebliche Bedeutung zur Regelung des tatsächlich stattfindenden Arbeits- und Produktionsprozesses, so wurde nach der Durchsetzung der Großen Industrie die zweite Funktion der betrieblichen Hierarchie - nämlich die Durchsetzung bestimmter Normen im Arbeitsverhalten, die die Herrschaftsstrukturen sichern sollten - dominant.

Dabei konnte das hierarchische Prinzip dem Erfordernis nach horizontaler Kooperation nicht gerecht werden, die formale Struktur der Hierarchie legte sich zunehmend quer zum Kooperationsgefüge.

Schon Sombart schrieb 1899 zur betrieblichen Kooperation:

Damit das Prinzip der Spezialisierung innerhalb eines Betriebes zur Anwendung gelangen könne, d.h. damit in einem und demselben Betriebe der eine immer dies, der andere immer jenes zu thun imstande sei, muß nun aber offenbar eine bestimmte Bedingung in der betreffenden Betriebsanordnung erfüllt sein, diejenige nämlich, daß mehrere Arbeiter zu gemeinsamem Wirken zusammengegliedert seien, d.h. es muß das zweite Prinzip der Arbeitsorganisation, von dem wir Kenntnis haben, zur Anwendung gebracht werden: die Kooperation. Diese besteht zunächst in nichts anderem als in einer Summierung individueller Arbeitskräfte, die erst später eine bestimmte Gliederung zu einem organischen Ganzen erfahren. In ihrer primitiven Form nennen wir sie einfache Kooperation, in ihrer Kombination mit der Spezialisierung arbeits-teilige Kooperation 1).

Die Kooperation verläuft in vielen Fällen informell und bezieht sich auf zwei Ebenen: sie muß sich zunächst einmal innerhalb der

---

1) W.Sombart: Die gewerbliche Arbeit und ihre Organisation, in: Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik, hrsg. v. H.Braun, 14. Band, Berlin, 1899, S. 1 - 52, 310 - 405; im folgenden zitiert als: Arbeit, S. 336 f.

Belegschaft vollziehen, dann aber auch zwischen Belegschaft und Betriebsleitung.

Die hierfür notwendige Kooperationsbereitschaft der Arbeiter konnte nicht ausschließlich und auch nicht in erster Linie durch die formalen Normen des Arbeitsvertrages und der hierarchischen Regelungen im Betrieb und damit durch die erfahrbaren Zwänge des Lohnarbeitsverhältnisses hergestellt werden, sondern mußte über eine bestimmte integrativ wirkende Gestaltung der sozialen Beziehungen im Betrieb geschaffen werden. Diese Gestaltung konnte unter anderem die Errichtung von Arbeiterausschüssen, die Einführung von Gewinnbeteiligungen, das Akzeptieren bestimmter Leistungszurückhaltungen seitens der Arbeiter, die Duldung des Unterlaufens der hierarchischen Befehls- und Informationsstränge durch die Arbeiter umfassen.

Die Entwicklung der Fähigkeit zu sachlicher Kooperation setzte zunächst eine - immer begrenzte - Emanzipation von vorindustriellen, ganzheitlichen, familiär-verwandtschaftlichen Kooperationsformen voraus. Denn wenn auch ein funktionierender betrieblicher Produktionsprozeß durchaus eigenständige Kooperations- und Organisationsleistungen der Arbeiter voraussetzt, so verlangt die in ihren wesentlichen Zügen eben doch von der betrieblichen Leitungs- und Direktionsinstanz dominierte Arbeitsorganisation von den Arbeitern in erster Linie eine Anpassungsbereitschaft, die eine Einstellung auf die Anforderungen der Industriearbeit bedeutet und auch die Bereitschaft enthält, sich gemäß den Anforderungen der Leitungs- und Direktionsinstanz zu verhalten.

Aber gerade die Förderung dieser Anpassungsbereitschaft durch eine integrativ wirkende Gestaltung der sozialen Beziehungen im Betrieb erfolgte während und nach der Durchsetzung der Großen Industrie nur sehr zögernd. Stattdessen orientierten sich die Regelungen der Betriebsverfassungen an Disziplinarvorstellungen, die sich an militärische und feudale Verhältnisse anlehnten, was zum Teil aus der oben beschriebenen gegenseitigen Verflechtung zwischen - an sich aufgeklärtem - Industriebürgertum und den an traditionellen Vorstellungen orientierten politischen Führungsschichten, zum Teil aus der Dominanz der durch diese maßgeblichen politischen Führungsschichten geprägten gesell-

schaftlichen Normen <sup>1)</sup> - die auch Anwendung im Betrieb finden mußten - und zum Teil aus einer schlichten Überforderung der Unternehmer und der Fülle der 'sofort' zu lösenden Probleme zu erklären ist.

## 2.2. Die Veränderung der Lebens- und Arbeitszusammenhänge mit der Entstehung der Großen Industrie und die Interessenfindung der Arbeiter als Lernprozeß

Die Durchsetzung der Großen Industrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bedeutete mit der dadurch bedingten grundlegenden Veränderung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse eine Umwälzung der ökonomischen, politischen und sozialen Existenz des größten Teils der Bevölkerung in Deutschland.

Der Einsatz vieler ehemaliger Bauern, Heimgewerbetreibenden, Handwerksgesellen und auch Meister, die teilweise in die Verelendung (Pauperisierung) gezwungen worden waren, in der zunehmend Kapazitäten anbietenden Industrie bewirkte im Laufe von nur drei bis vier Jahrzehnten eine grundlegende Veränderung der Beschäftigtenstrukturen, Lebens- und Arbeitsweisen, Bevölkerungszusammensetzung etc.

Der Aufbau einer 'modernen' kapitalistischen Arbeitsmoral ebenso wie eine den industriellen Verhältnissen adäquate Gegenwehr der Lohnarbeiter setzte Lernprozesse voraus, die an den technischen und ökonomischen Auswirkungen der Durchsetzung der Großen Industrie ansetzten und somit auch auf die veränderten materiellen Bedingungen proletarischer Existenz reagierten.

### 2.2.1. Die materiellen Bedingungen proletarischer Existenz

Die Lebensbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden häufig mit dem Schlagwort 'Pauperismus' beschrieben. Die unter diesem Begriff zusammengefaßte Entwicklung war Folge des Bevölkerungswachstums, der

---

1) Dabei hatte die von den Unternehmern ausgeübte Autorität eine andere Zielsetzung und Reichweite als jene in vorindustriellen, ganzheitlich bestimmten Lebens- und Arbeitszusammenhängen.

Bauernbefreiung, der Gewerbefreiheit und der Unterlegenheit der deutschen Heimindustrie gegenüber ausländischer, vor allem englischer Konkurrenz <sup>1)</sup>.

#### 2.2.1.1. Die Pauperisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Ausgangsbedingung materieller Existenz während der Durchsetzung der Großen Industrie

Die Pauperisierung betraf in erster Linie - direkt oder indirekt - die proletarischen Unterschichten, deren Zusammensetzung äußerst heterogen war, was zu durchaus unterschiedlichen Meinungen vom Begriff des Proletariats führte.

So unterschied Stephan Born zwischen dem vierten Stand, der die gelernten Arbeiter umfaßte, dem fünften Stand mit den ungelernten Arbeitern, und dem sechsten Stand, dem Lumpenproletariat <sup>2)</sup>.

Die Einteilung sollte erhebliche Konsequenzen hinsichtlich des später dominierenden Verständnisses der Arbeiterbewegung von ihrer sozialen Basis haben (auf das später noch genauer einzugehen sein wird), das sich fast ausschließlich auf den von Born so genannten vierten Stand konzentrierte. Diese gelernten Arbeiter, die zumeist Handwerker und Gesellen (wenn auch bäuerlich-ländlicher Herkunft) und in ständische Traditionen direkt eingebunden waren und letztere entsprechend auch erfahren und selbst angewendet hatten <sup>3)</sup>, unterschieden sich erheblich von der großen Masse der 'labouring poor', der ungelernten Arbeiter. Jene waren zwar durch die an der ständisch-feudalen Gesellschaft orientierten gesellschaftlichen Großerfahrungen in traditionelle Zusammenhänge eingebunden, jedoch im Verhältnis zu erstgenannten Arbeitern eher indirekt, da sie zumeist nur die negativen Auswirkungen zum Beispiel der zünftlerischen Traditionen (so durch

---

1) Siehe Kapitel 1.2. dieser Arbeit.

2) Vgl. S.Born: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. Leipzig, 1898, S. 134; zitiert nach L.Uhen: Gruppenbewußtsein und informelle Gruppenbildungen bei deutschen Arbeitern im Jahrhundert der Industrialisierung. Berlin, 1964, S. 115.

3) Hier muß beachtet werden, daß zwar das städtische Handwerk in Zünften organisiert war, das ländliche jedoch nicht und entsprechende Normierungen sehr viel indirekter und daneben auch noch anders wirkten (zum Teil in Form von Ablehnung) als beim städtischen Handwerk.

die Verweigerung einer Berufsausbildung) erfahren konnten.

Die ungelernten Arbeiter wiederum wurden sehr oft, und zwar nicht nur von der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch vom 'Vierten Stand', in die Nähe des Lumpenproletariats gerückt.

Zum Lumpenproletariat rechnete Marx

zerrüttete Roués' (Wüstlinge) mit zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, .. verkommene und abenteuernde Ableger der Bourgeoisie, Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Macquereaus (Zuhälter), Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen la bohème nennen 1).

Friedrich Engels bezeichnete in seinen 'Briefen aus dem Wuppertal' 1839 diese 'Hin- und Hergeworfenen' als liederliches Gesindel, als unständigen Bodensatz der 'Karrenbinder', als

ein gänzlich demoralisiertes Volk, ohne Obdach und sichern Erwerb, die mit Tagesanbruch aus ihren Schlupfwinkeln, Heuböden, Ställen etc. hervorkriechen, wenn sie nicht auf Düngerhaufen oder den Treppen der Häuser die Nacht überstanden hatten 2).

Paul Göhre spricht in seinen Erinnerungen von der untersten Hefe des arbeitenden Volkes, welche das Proletariat im schlimmen Sinne abgibt 3). Die Menschen, "die am Wege liegen geblieben sind, die Zermürbten, die Zerschlagenen, die Obdachlosen nicht nur in sozialer, sondern auch in rein sittlicher Beziehung" 4) waren gemäß Hegel vor allem gekennzeichnet durch den

Verlust des Gefühls des Rechts, der Rechtlichkeit und der Ehre, durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen. ... Die Armuth an sich macht Keinen zum Pöbel: dieser wird erst bestimmt durch die mit der Armuth sich verknüpfende Gesinnung, durch die innere Empörung gegen die Reichen, gegen die Gesellschaft, die Regierung u.s.w. Ferner ist damit verbunden, daß der Mensch, der auf die Zufälligkeit angewiesen ist, leichtsinnig und arbeitsscheu wird, wie z.B. die Lazzaronis in Neapel. Somit entsteht im Pöbel das Böse, daß er die Ehre nicht hat, seine Subsistenz durch seine Arbeit zu finden, und doch seine Subsistenz zu finden als sein Recht anspricht. Gegen die Natur kann kein Mensch ein Recht behaupten, aber im Zustande der Gesellschaft gewinnt der Mangel sogleich die Form eines Unrechts, was dieser oder jener Klasse angethan wird 5).

1) K.Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW Band 8, Berlin(Ost), 1975, S. 111-207, im folgenden zitiert als: Der achtzehnte Brumaire, S. 160 f.

2) F.Engels: Briefe aus dem Wuppertal, in: MEW Band 1, Berlin (Ost), 1957, S. 413-432, im folgenden zitiert als: Briefe, S.417f.



Diese, durch - wie Hegel es formuliert - den Verlust des Gefühls des Rechts, der Rechtlichkeit und der Ehre gekennzeichneten Menschen wurden vom alten System total vernachlässigt, bei ihnen griff nicht mehr die Fürsorge der ständisch-feudalen Gesellschaft ein, sie waren diejenigen, deren Einbindung in die ständischen Autoritäten am geringsten vorhanden war.

Auch die einsetzende Industrialisierung konnte durch das zu geringe Angebot an Arbeitsplätzen - welcher Art und 'Zumutbarkeit' auch immer - das Problem der Massenverelendung zunächst nur in geringem Maße lindern. So betrugen selbst nach dem Höhepunkt des Pauperisierungsprozesses in Deutschland in den 1840er Jahren die Arbeitslosenquoten noch rund 16% (1850/54), 17,4% (1855/59) und sanken erst danach langsam ab (um später in den 1880er Jahren als Folge der Krise wieder auf rund 15% zu steigen <sup>1)</sup>). Einziger Ausweg blieb oft nur noch die Auswanderung, ein weiterer Ausdruck dieses Elends war die ungeheure Binnenmobilität, die als Zeichen der verzweifelten Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten verstanden werden muß, dabei jedoch wissend, daß es auch an anderen Orten keinen Ausweg mehr gab, und die schließlich in dumpfe Resignation mündete.

Das Bürgertum und die staatlichen Organe 'bewältigten' in den 1850er Jahren - nachdem es im Sog der Revolution einige aufklärerische Schriften über das Problem der Pauperisierung gegeben hatte - das Problem der Pauperisierung und Arbeitslosigkeit, indem eine 'Pflicht zur Arbeit' proklamiert wurde, die über die Armenfürsorge realisiert werden sollte <sup>2) 3)</sup>. Legitimiert wur-

---

Fortsetzung der Fußnoten 3), 4), 5) von Seite 364

3) Vgl. P.Göhre: Drei Monate als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig, 1891, S. 68.

4) R.Wohldt: Die Lebenswelt des Industriearbeiters, Leipzig, 1926, S. 1.

5) G.W.F.Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Bd.7 der Gesamtausgabe, hrsg. v.Hermann Glockner, Stuttgart, 1928, S. 244, S.318 f.

1) Vgl. Ch.Sachße, F.Tennstedt, a.a.O., S. 209 f.

2) Vgl. ebenda, S. 209.

3) Mit der Gewerbeordnung von 1845 sowie deren Novellierungen von 1849 und 1854 wurde in Preußen der (allerdings nicht sehr erfolgreiche) Versuch gemacht, Risiken und Unsicherheiten der Lohnarbeiterexistenz einzugrenzen. Die Gemeinden erhielten den (Kann)Auftrag, bei bestimmten Bedingungen Zwangskassen und freie Hilfskassen zu gründen sowie Kontrolle über die immer größer werdende Zahl der Selbsthilfeorganisationen auszuüben, vgl. M. Rodenstein, a.a.O., S. 125 - 128.

de dieses Vorgehen durch die -erfolgreiche - Propagierung des Verdachts auf Arbeitsscheu, der die Unterscheidung von arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Armen verstärkt betonte. Mittels der Instrumente der kommunalen und staatlichen Armenpolitik wurde darauf geachtet, daß unter den neuen Bedingungen der sich durchsetzenden Industrialisierung die Lohnarbeit generell eine attraktive Alternative gegenüber der Armenunterstützung blieb. Ein zeitgenössischer Autor hat dieses Problem - das im übrigen auch heute noch genauso aktuell ist - der wohlfahrtsstaatlichen Intervention wie folgt beschrieben <sup>1)</sup>:

Der Staat hat ein erhebliches Interesse daran, daß bei der Gewährung von Unterstützungen auf das energischste darauf Bedacht genommen wird, daß die Bevölkerung in ihrem Bestreben, selbst für sich zu sorgen, nicht lässig wird. Von diesem Gesichtspunkte aus darf die Lage des Unterstützten nicht über das Niveau des ärmsten selbständigen Arbeiters erhoben werden: wenn die öffentliche Fürsorge den Unterstützten in irgendeiner Beziehung besser stellen würde als die Lage des selbständigen, wenn auch noch so bedürftigen Arbeiters ist, so könnte dieser dadurch leicht in seinem Bestreben, seine Selbständigkeit aufrecht zu erhalten, entmutigt werden. Ja, es erscheint erforderlich, mit der Unterstützung Beschränkungen zu verbinden, welche für den Empfänger der Unterstützung empfindlich sind und ihn veranlassen, von der Inanspruchnahme der öffentlichen Unterstützung, solange es noch irgend möglich ist, Abstand zu nehmen und rechtzeitig selbst Fürsorge für seine Zukunft und etwaige schlechte Zeiten zu treffen.

Das Bürgertum interpretierte aufgrund seiner Privilegien, die sich auch in Herrschaftspositionen ausdrückten, die Pauperisierung mit der Elle der Normen der individualistischen Handlungsweise.

So schrieb Hegel <sup>2)</sup>:

Wird der reichern Klasse die direkte Last aufgelegt, oder es wären in anderem öffentlichen Eigentum (reichen Hospitälern, Stiftungen, Klöstern) die direkten Mittel vorhanden, die der Armuth zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch die Arbeit vermittelt zu seyn, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre.

---

1) P.F.Aschrott: Das englische Armenwesen in seiner historischen Entwicklung und in seiner heutigen Gestalt, Leipzig, 1886, zitiert nach: Ch.Sachße, F.Tennstedt, a.a.O., S. 209.

2) G.F.W.Hegel, a.a.O., S. 319.

Das Bürgertum verdamnte die Bettelei als Ausdruck der Massenverelendung und sah sie als ständige Gefahr für die Arbeitssamkeit der Bevölkerung. Es ging dabei von der Selbstverantwortung eines jeden Menschen für sich selbst aus, wobei nur durch eigene und eigennützige Arbeit sowohl die materielle Existenz als auch die Identität als vollwertiges Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft und damit auch die 'Entwicklung der Persönlichkeit' gewährleistet blieb.

Massenverelendung, Arbeitslosigkeit, Bettelei entsprangen nach diesem Selbstverständnis dem persönlichen Versagen des einzelnen und wurden entsprechend sozial gewertet, teilweise kriminalisiert und/oder in einer bestimmten Weise, die dann wiederum den bürgerlichen Normvorstellungen entsprach, lächerlich gemacht. So hat der Dichter Jean Paul das Betteln als ein Sich-Ergehen in frischer Luft bezeichnet, das ja bekanntlich auch der Entwicklung der Persönlichkeit dienen soll <sup>1)</sup>:

Alle die, welche anderthalb Jahrhunderte durchlebt haben,  
waren Bettler - und in der Tat, wenn ein Mensch nichts  
werden will als alt und nichts bleiben will als gesund,  
so gibt's keine zuträglichere, mit frischer Luft trän-  
kende Bewegung als Betteln.

Die Unterschichten selbst reagierten auf die bis ins Unerträgliche gesteigerte Bedrohung ihrer materiellen und psychischen Existenz aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung und der daraus zu erklärenden unterschiedlichen Intensitäten der Orientierung an vorindustriellen Wertmustern mit durchaus verschiedenen Formen des Protestes, mit Hilfe derer die traditionellen Autoritäten in Frage gestellt wurden.

Die - zunächst materiell begründete - Infragestellung der alten Autoritäten wurde sichtbar in der geringer werdenden patriarchalischen Bindung an den adligen Herrn. Das alte System erfaßte die Armen in nicht mehr ausreichendem Maße <sup>2)</sup>.

Die Revolution von 1848, durch welche die Patrimonialgerichtsbarkeit beseitigt wurde, räumte hier endgültig auf und fort. Die Fürsorge der Gemeinde, vor allem der bäuerlichen Gemeinde, die in erster Linie in der Mitnutzung der Gemeinweide zum Ausdruck gekommen war, ging verloren, weil die menschliche Beziehung des genossenschaftlichen Dorfes der liberalen Befreiung, der rationellen Landwirtschaft

1) Zitiert nach Ch. Sachße, F. Tennstedt, a.a.O., S. 209.

2) Vgl. W. Conze, a.a.O., S. 126 f.

und einer verschärften Klassenscheidung zum Opfer zu fallen begann. Und nicht zuletzt lockerte sich auch die Geborgenheit der Menschen, die nun Proletarier genannt wurden, in der Kirche. Wie oft vertrat der Alkohol als Seelsorger die Stelle des Pfarrers! Wie oft fand dieser bei seiner engen Bindung an die obrigkeitliche Autorität von 'oben' her nicht mehr den Weg zum Proletarier! Auch war die Zucht der Sitte bei der 'niederen Volksklasse' an der Grenze angelangt, die der ständischen Ehrbarkeit spottete. Verfall der Sitte aber hieß zugleich, daß christliche Sitte und christlicher Glaube aufhörten, wirklich zwingende Lebensmacht zu sein 1).

Der zweite Grund für die Infragestellung der alten Autoritäten liegt im mehr intellektuellen Bereich. Die politischen, sozialen und geistigen Umwälzungen jener Zeit, angefangen bei der Reformation über die Zeit der Aufklärung bis hin zur französischen Revolution ließen unterschwellige Zweifel an der Gültigkeit der alten Autoritäten, die teilweise den Anspruch auf Gottgegebenheit erhoben, aufkommen. Zwar dominierten noch die in Jahrhunderten gesammelten gesellschaftlichen Großerfahrungen, die zu einem religiös-pietistischen Bewußtsein der Devotion verarbeitet wurden, dennoch wurde die Stabilität des Armenschicksals nicht mehr ohne weiteres hingenommen. So wirkte gerade die Reformation in einer Gesellschaft, in der tiefe Religiosität herrschte, in einer Weise, daß die bis dahin unumstrittene Rolle der Geistlichkeit offen in Frage gestellt wurde - eine für diese Zeit geradezu ungeheure Begebenheit, die erhebliche Zweifel an der Berechtigung der Autoritäten aufkommen ließ.

Allerdings setzte die direkte Konfrontation gegenüber den überlieferten Autoritäten offenbar deren 'Profanierung' und damit die politische Revolution voraus, wie sie in der kapitalistischen Rationalisierung und Industrialisierung zum Ausdruck kommt. Diese Konfrontation ist daher erst ein Ergebnis industrieller Lohnarbeit bzw. des Klassenkampfes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Vorbereitet wurde dieser Vorgang jedoch schon sehr lange.

Der Prozeß der Pauperisierung erreichte in den 1840er Jahren einen Höhepunkt. Die Ventile zur Verringerung der sich aus dieser Verelendung ergebenden sozialen Sprengkraft waren die Auswanderung - die in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre ihren ersten

---

1) Vgl. W.Conze, a.a.O., S. 127.

Höhepunkt (hauptsächlich nach Übersee) erreichte - und die Hoffnung, durch Arbeit in der sich entwickelnden Industrie ein materielles Existenzminimum zu erreichen.

## 2.2.1.2. Urbanisierung und Wohnbedingungen

Viele Menschen wurden durch diese Hoffnung gezwungen, vom Land in die Städte (Landflucht) und von den östlichen Provinzen Preußens in den Westen Deutschlands (Ost-West-Verschiebung) abzuwandern: So lebten im Jahre 1849 in Preußen nur 28% aller Menschen in Städten, also nur unwesentlich mehr als 1800 (26%). 1871 dagegen lebten im Deutschen Reich schon 36% aller Einwohner in Städten, und 1890 waren es sogar schon 47%. Dabei fiel der Hauptteil dieses Einwohnerzuwachses auf die relativ wenigen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern <sup>1) 2)</sup>. Eine Folge dieser Zusammenballung der Menschen in den Großstädten und Ballungsräumen <sup>3)</sup> war eine erhebliche Verschlechterung der Wohnverhältnisse bei einer gleichzeitigen enormen Steigerung der Mieten. Betrug der durchschnittliche Mietwert der vorhandenen Wohnungen und Gelasse zum Beispiel in Berlin 1855 noch 38 Mark, so war er 1885 schon auf 606 Mark gestiegen <sup>4)</sup>. Bevor in den 1860er Jahren die Städte, Kommunen und privaten Bauherren auf die ungeheure Wohnungsnot mit dem Bau von Mietskasernen u.a. reagierten, herrschten in den Städten unbeschreibliche Zustände. So wird zum Beispiel in dem sehr materialreichen Abschnitt über die Wohnverhältnisse der Stadt Halle zur Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie in der Arbeit von E. Neuss festgestellt:

Die Gesamtstadt verharnte bis 1857 praktisch in den Grenzen der Eingemeindungen von 1817, und der gesamte Zuwachs von 20 921 im Jahre 1817 auf 35 468 Personen im Jahre 1855, also fast 15 000 Menschen, war in der Altstadt und ihre Vorstädte, in die ehemaligen Amtsstädte Glaucha und Neumarkt

---

1) Vgl. W. Sombart: Der moderne Kapitalismus, 2 Bde., Leipzig, 1902, im folgenden zitiert als: Kapitalismus; 2. Band: Die Theorie der kapitalistischen Entwicklung, S. 178 f.

2) Auf die räumliche Mobilität eines großen Teils der Bevölkerung wird später noch genauer einzugehen sein.

3) Zur Verstädterung siehe den 'klassischen' Beitrag von W. Köllmann: Bevölkerungsgeschichte, a.a.O., insbesondere S. 17-27.

4) Vgl. W. Sombart: Kapitalismus, a.a.O., Band 2, S. 238.



zusammengepreßt worden. ... Gewiß ist, daß die Lohnarbeiterbevölkerung gedrängt in den engen Randgassen der Altstadt, in den nach Stärkeabwässern duftenden Gassen Glauchas, in den teilweise engen des Neumarkts und in den noch schmaleren des Petersbergs aufeinander hockte. Was allein das Trödelviertel mit seinen Dutzend Gassen, 'Höfen', 'Säcken', und 'Plänen' aufnahm, ist erstaunlich. Jede Choleraepidemie forderte die ersten und meist auch die letzten Opfer in den finstersten Winkeln; die von 1848/49 (und 1 217 Opfern) in der Brauhausgasse und auf dem Kl. Petersberg sowie in der Liliengasse, wo es fast in jedem Haus einen Toten gab, die von 1866 (mit 1 508 Opfern) in der Kl. Wallstraße des Neumarktes, wo sie auch endete, trotzdem bei Beginn dieser letzten Epidemie der Magistrat eine eiserne Röhrenleitung von oberhalb des Schwarzen Damms an der Herrenstraße zu Wasserkunst legen ließ, damit man nicht genötigt sei, das durch die Abwässer verunreinigte Wasser dem Mühlgraben zu entnehmen. Eine weitere Brutstätte des Erregers waren die zahlreichen Abtritte in den Höfen, Dünger- und Senkgruben, Schlammfänge und offenen Gräben, die auf keinem Grundstück und am wenigsten in den Vorstädten fehlten und nie oder selten mit unzulänglichen Mitteln desinfiziert wurden. Die massenhaften Diphtherie-Erkrankungen des Jahres 1864 beschränkten sich auf zwei Stadtteile, auf die noch im Bau befindliche sogenannte Königsstadt auf der Lehmbreite und auf den Neumarkt 1).

Aber nicht nur die Enge in den Wohnvierteln, sondern - damit zusammenhängend - auch die Enge der Wohnung, gepaart mit schlechten Heizungsmöglichkeiten, wenig Licht und sehr oft hoher Feuchtigkeit, ließen das Wohnen der Arbeiter teilweise zu einer Qual werden.

So schrieb 1868 ein Stadtrat in Trautenuau, der die sozialen Verhältnisse in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmens untersuchte 2):

In den Räumen, die für drei oder vier Personen hinreichend wären, werden 18 bis 20 zusammengepfertcht, wodurch Dutzende von Krankheiten und Lastern entstehen ... Die Paarung findet oft schon von 10 Jahren aufwärts statt. Erkrankt in dieser Hölle so ein Unglücksgeschöpf, dann ist natürlich kein Platz mehr vorhanden, man setzt es ganz ruhig vor die Tür, denn Geld kann es für diese Wohnungsvampyre nicht mehr verdienen.

Und 1882 berichtete dieser Stadtrat 3):

Schon bei der letzten Volkszählung wurde eine Überbevölkerung vieler Häuser konstatiert. So enthält das Haus Nr. 11, ein kleines, zweistöckiges Wohngebäude, 109 Personen und

1) E.Neuss, a.a.O., S. 313 f.

2) Zitiert nach: O.Rühle: Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, 2 Bände (1930), Neuauflage Band 1 Frankfurt/M, 1971, Band 2 (der im übrigen nicht von Rühle selbst geschrieben wurde, sondern aus seinem Nachlaß zusammengestellt wurde), Lahn/Gießen, 1977, S. 381.

3) Zitiert nach ebenda, S. 381 f.

ist das bevölkertste Haus der ganzen inneren Stadt. In dem kleinen, ebenerdigen Hause Nr. 30 wurden 76 Personen, auf dem Dachboden allein 37 zusammengepfercht schlafend angetroffen. Ferner Haus Nr. 84 statt 49 Personen 80, Haus Nr. 10 statt 33 Personen 84, Haus Nr. 17 statt 19 Personen 51, Haus Nr. 22 statt 16 Personen 57, Haus Nr. 29 statt 65 Personen 145, Haus Nr. 30 statt 56 Personen 129.

Im Innern, so der Stadtrat weiter, sah es folgendermaßen aus:

Das Zimmer von nur 15,2 Meter im Geviert enthielt ein Bett von gewöhnlichem Umfange, in welchem eine aus fünf Individuen (drei Erwachsenen und zwei kleinen Kindern) bestehende Familie gelagert war; die übrigen neun Personen beiderlei Geschlechts lagen jung und alt dicht nebeneinander schlafend unmittelbar auf dem harten, selbst nicht mit Stroh belegten Estrich. Alle ruhten hier in ihren meist zerlumpten Kleidern, ohne den Schutz einer noch so dürrtigen Decke. Dem Kopf dieser erbarmungswürdigen Schläfer dienten einige Kleiderlappen, hier und da bei Kindern selbst der Körper des Nachbars als Unterlage. In der Mitte war von den daselbst Gelagerten ein ganz schmaler, nur mühsam zu passierender Gang freigelassen, der zum zweiten verschlossenen Zimmer führte. Beim Eintritt in den soeben geschilderten Raum vernahmen wir ein Stöhnen in dieser Doppelreihe der Schlafenden, als ob jedem ein Alp auf der Brust läge. In der ganzen Stube war nicht ein Schrank oder ein sonstiger Behälter, in welchem man auch nur die kleinste Habseligkeit hätte aufbewahren können, auch nicht ein Glas mit Wasser zu einem Labetrunk, keine Vorrichtung zum Waschen und Kämmen in der Morgenstunde, kein Spiegelchen, kurz nichts, was zu den einfachsten Bedarfsgegenständen selbst des Ärmsten zählt. Auf dem nicht geheizten, aus unglasiertem Ton konstruierten Ofen stand eine vergitterte Laterne, deren Talgkerze aber der Hausordnung gemäß schon seit 10 Uhr ausgelöscht war. Auf dem Fußboden wimmelte es von allerlei Ungeziefer. In einem dieser Zimmer schliefen jedoch nicht alle. In einer Ecke bemerkten wir ein Paar, das bei unserem Anblick aufgeschreckt wurde. Ein junger, gut gekleideter Bursche war hier zum Besuch bei einem jungen Mädchen, welches, wie wir erfuhren, sich häufig in Gegenwart ihrer Eltern, ihrer Geschwister und der sonstigen Zimmergenossen und -genossinnen zur Nachtzeit prostituiert. Das schrecklichste bot sich auf dem Dachbodenraum dar. .. Als ich fast betäubt von den fürchterlichen Sinnes- und Seeleneindrücken wieder ins Freie getreten war und unwillkürlich in die Worte: entsetzlich, entsetzlich! ausbrach, sagte mein Begleiter: Das war noch nicht das Ärgste, was hier zu sehen ist. Ich habe Entsetzlicheres gesehen; denn während einer meiner Untersuchungen betrat ich eine Arbeiterstube, in welcher inmitten von 15 Stubengenossen eine Wöchnerin, ein Typhuskranker und ein totes Kind vor mir lagen 1)).

Die beschriebenen drückenden Verhältnisse betrafen nicht nur die

1) Die 'letzte Station' dieses Daseins war oft genug das Obdachlosenasyll. Harry Domela schilderte eindrucksvoll die katastrophalen Zustände, die Hoffnungslosigkeiten und die - damit verbundene - starke Kriminalität der Bewohner des Obdachlosenasylls 'Palme' in der Berliner Fröbelstraße (in: O.Rühle, a.a.O.Bd.1, S. 397 ff.

pauperisierten Schichten, die sich oft nur durch Gelegenheitsarbeiten mehr oder minder am Leben erhalten konnten, sondern auch die industriellen Lohnarbeiter, die einer regelmäßigen Tätigkeit nachgehen konnten, und deren materielle Verhältnisse im Vergleich zu anderen Arbeitern durchaus im Durchschnitt oder sogar noch darüber lagen.

So schildert H.Mehner 1887 den Haushalt und die Lebensführung einer fünfköpfigen Leipziger Arbeiterfamilie <sup>1)</sup>, deren materielle Verhältnisse (Mann und Frau arbeiten in der Fabrik, zwei schulpflichtige Kinder, die nach der Schule Botendienste verrichten, und ein Kleinkind) im Vergleich zu anderen Arbeitern eher als günstig anzusehen waren.

Die Wohnung bestand aus vier Räumen <sup>2)</sup>:

|                           |            |                     |   |           |                      |
|---------------------------|------------|---------------------|---|-----------|----------------------|
| - Wohnzimmer:             | Wohnfläche | 9,86 m <sup>2</sup> | , | Luftkubus | 24,14 m <sup>3</sup> |
| - Kammer:                 | "          | 6,4 "               | , | "         | 16,27 "              |
| - Vorraum:                | "          | 2,1 "               | , | "         | 4,81 "               |
| - Vorratsraum:<br>(Stall) | "          | 1,75 "              | , | "         | 5,08 "               |

---

Gesamte Wohnung: Wohnfläche: 20,1 m<sup>2</sup>, Luftkubus: 70,30 m<sup>3</sup>

Der Autor hat aus folgenden Vergleichsgründen den Luftkubus der Wohnung (zu der der Stall und der Vorraum mitgezählt wird) dieser fünfköpfigen Familie genannt <sup>3)</sup>:

Das für die Militärgesundheitspflege maßgebende Handbuch von Roth und Lex verlangt in den Kasernen für den Kopf 13 Kubikmeter Luftkubus im Wohnraum und 18 Kubikmeter im Schlafraum und sagt (Bd.2, S.165): 'Für Kadettenhäuser muß für das Wohnzimmer der Studienzwecke wegen ein höherer kubischer Raum gefordert werden, auch für den Schlafraum ist wegen der hohen Bedeutung frischer Luft in der Entwicklungsperiode eine Steigerung auf 20 Kubikmeter nicht zu hoch gegriffen, es würden dann 20 Kubikmeter der normale kubische Raum für jeden Kadetten im Wohnzimmer und Schlafzimmer sein.' In Lichteifel bei Berlin hat jeder Kadett sogar 25 Kubikmeter. Diese Zurechnungen sind aber nur Notbehelfe: Kompromisse einer in den Geldmitteln beschränkten Praxis mit den Forderungen der Theorie. Es ist ferner dabei zu berücksichtigen, daß in der Kaserne für die luftverschlechternden Arbeiten, Kochen, Waschen usw., besondere Räume existieren

---

1) H.Mehner: Der Haushalt und die Lebenshaltung einer Leipziger Arbeiterfamilie (1887), in: Familie und Gesellschaftsstruktur, hrsg. v. H.Rosenbaum, Frankfurt/M, 1974, S. 309-331.

2) Vgl. ebenda, S. 319 - 321.

3) ebenda, S. 319.

und daß die Wohnräume freiliegen, z.B. nicht in winkligen engen Höfen.

Pettenkofer verlangt über 30 Kubikmeter Luftkubus für den Kopf bei dreimaliger gänzlicher Auswechslung der Luft in der Stunde. Die besseren Wohnzimmer haben dementsprechend mehr als 30 Kubikmeter, meine zweifenstrige Wohnung hat  $5,30 \times 3,70 \times 2,85 = 56$  Kubikmeter.

Für ... 72 Mark per Jahr erhält die Arbeiterfamilie eine Wohnstube, eine Kammer, einen Vorraum, einen 'Stall', das ist ein Vorraum für Holz, Kohlen und Gefäße, und die Berechtigung zum Gebrauch eines Verschlags im Keller. Die Wohnung ist im Erdgeschoß, wie schon erwähnt, in einem Hinterhause. Dieses Haus ist sehr leicht gebaut, die Wände sind im Vorraum (Flur), welcher von außen eine dem Haus angesetzte Bude darstellt, aus Fachwerk und so dünn, daß neben der Haustür durch das bloße Zuschlagen ein mehr als fingerbreiter Spalt entstanden ist, die Mauern des eigentlichen Gebäudes sind auch viel zu schwach. Die Leute klagen trotz der ziemlich hohen und freien Lage des Hauses sehr über Nässe. Die Rückwand des Schlafzimmers ist bis oben hinauf verschimmelt.

Die beschriebenen Wohnquartiere in Halle, Trautenau und Leipzig waren Kleinbürger- und Handwerker-/Arbeiterhäuser in der Form von Ein-, Zwei- oder allenfalls Dreifamilienhäusern, sie waren also in ihren Quartieren historisch gewachsen bzw. der 'überquellenden' Zahl der Arbeiter jeder Herkunft überlassen worden.

Davon zu unterscheiden sind die eigens für die Arbeiterbevölkerung errichteten Mietskasernen, wobei die Berliner Mietskasernen wohl die bekanntesten waren. Mietskasernenbau ist also einerseits schon ein Ausdruck einer der auf Kapitalverwertung beruhenden, der Industrialisierung entsprechenden Erfordernis an die Urbanisierung, andererseits jedoch keineswegs den Anforderungen an die Städte als Stätten durchgehender Kommunikation, Freizeit und auch des Konsums gewachsen.

In Berlin wurde 1858 mit dem Stadtbebauungsplan mit dem Mietskasernenhof systematisch begonnen <sup>1)</sup>. Das dortige kommunale Wahlrecht enthielt das Hausbesitzerprivileg, wonach die Hälfte der Stadtverordnetensitze den Hausbesitzern reserviert war. Somit wurde die Planung und Bebauung der Stadt einseitig von den Erfordernissen der Unterbringung der zur Industrialisierung benötigten Arbeitskräfte und deren Familien und der auf Profit aus der Wohnungs- und Zimmervermietung bedachten Häusereigentümer bestimmt. Das ging so weit, daß die Hausbesitzermehrheit im Berliner Stadtparlament eine 1878 aufgrund der Beengtheit der

1) Vgl. O.Rühle, a.a.O., Band 1, S. 382 ff.



Wohnverhältnisse erstellte Magistratsvorlage, die einen großen Bebauungsplan auf Treptower Terrain vorsah, ablehnte. Die kasernenmäßige Zusammenpferchung der Arbeiter stellte eben einen großen Vorteil hinsichtlich der Kapitalverwertung und - nach Meinung vieler Unternehmer - auch hinsichtlich einer besseren Kontrolle dar. Die erheblich veränderten Wohn- und Lebensbedingungen, die Zusammendrängung in engen Wohnvierteln und Wohnungen und das gemeinsame Erleben des gleichen harten Schicksals ließen nun nicht sogleich - wie von manchen Autoren behauptet wird - Ansätze solidarischer Verhaltensweisen aufkeimen.

So schrieb Otto Rühle <sup>1)</sup>:

In den Mietskasernen herrscht ein ewiger Kleinkrieg zwischen Hauswirt und Mietern, Mietern und Schlafburschen; die Mietparteien untereinander sind verfeindet, der Klatsch vergiftet alle Beziehungen, Intrigen werden gesponnen, es kommt zu Handgreiflichkeiten, Balgereien und Prügeleien. Dieser kleinliche Kampf frisst eine Unmenge Nervenkraft und Zeit, oft genug auch Geld. Vor allem aber zerreißt und zersplittert der ewige Froschmäusekrieg unausgesetzt die Reihen des Proletariats, schafft Erbitterungen und Feindseligkeiten, die eine Verständigung über gemeinsame Interessen und eine Verbindung zu gemeinsamer Aktion gar nicht mehr aufkommen lassen. Wertvolle Energien werden vergeudet. Das Gemeinschaftsgefühl wird verschüttet und stirbt ab.

Die völlig veränderten Lebensbedingungen konnten von den Betroffenen, die aufgrund ihrer Herkunft von äußerst heterogenen Interessen und Orientierungen geprägt waren, zunächst nur als schmerzhafteste Veränderungen registriert, noch nicht einmal mit den tradierten Interpretationsmustern verarbeitet werden. Die chaotischen Verhältnisse förderten Brutalisierung und Irrationalismus unter den Betroffenen, was zu einer primitiven Aggressivität führte. Erst nach einer gewissen Zeit konnten diese Verhältnisse mit den althergebrachten Interpretationsmustern verarbeitet werden, wobei die Verarbeitung - angesichts der Krise der alten Autoritäten und der steigenden Zweifel an der Funktionstüchtigkeit bisheriger Arbeits- und Lebensweisen - einen ersten Schritt zu einer modernen, dem industriellen Kapitalismus adäquaten Verhaltensweise darstellte.

Damit ist angedeutet, daß die Industriestadt nicht nur Vollzug

---

1) O.Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 405 f.



materieller Existenz war und ist, sondern als hochkomplexes Sozialgebilde eine Industriegesellschaft repräsentierte, die sich abhob von den schon lange vor der Industrialisierung bestehenden Städten der Hochkulturen. In dem Zusammenhang sollen nicht die einzelnen Ansätze zur Erklärung der Städte und der Stadt-Land-Beziehungen, die historisch-kulturelle Dimension und die demographisch-geographisch-soziale Dimension der Herausbildung und Existenz der Städte diskutiert werden, sondern hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Verhaltensweisen und Handlungen der Subjekte der Industriegesellschaft analysiert und auf einige Aspekte der Urbanisierung hingewiesen werden <sup>1)</sup>.

Städte entstanden mit der Arbeitsteilung: "Da erst mit einer entwickelten Arbeitsteilung die Hochkultur entstehen konnte, war damit auch entschieden, daß der antiken Stadt eine bedeutende Rolle zukommen mußte, weil Arbeitsteilung eine Verdichtung der Bevölkerung voraussetzt" <sup>2)</sup>. Die Entstehung der Städte hängt also mit Sesshaftwerdung der Menschheit zusammen, die Entstehung war nicht nur Folge und Voraussetzung einer Arbeitsteilung, sondern bedeutete zugleich die Zuspitzung der Macht und der organisierten Herrschaft.

Die industrielle Großstadt ist von der alten Stadtkultur, die von ihren Anfängen gerechnet immerhin rund 7 000 Jahre alt ist, vor allem insofern unterschieden,

als sie ohne den Aufstieg organisierter Herrschaftssysteme und des modernen Staates, ohne die Entfaltung des Industriekapitalismus und der modernen Technik wohl niemals entstanden wäre. Man kann sie darum als das leitmotivistisch zentrale Gebilde der modernen Industriegesellschaft ansprechen <sup>3)</sup>.

Dieses Verständnis bedingt auch, daß man nicht nur von der Stadt,

1) Siehe zum Beispiel M.Weber: Wirtschaft, a.a.O., Kapitel IX Soziologie der Herrschaft, 7.Abschnitt: Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte), S. 727-814; Band X (Großstadt, Massenkommunikation, Stadt-Land-Beziehungen) und XI (Freizeit, Konsum) des Handbuchs zur empirischen Sozialforschung, hrsg.v. R.König, Stuttgart, 1977; H.G.Helms, J.Janssen (Hrsg.): Kapitalistischer Städtebau, Neuwied und Berlin, 1971, insbesondere die darin erschienenen Beiträge von H.G.Helms (Die Stadt - Medium der Ausbeutung. Historische Perspektiven des Städtebaus, S.5-35) und J.Janssen (Sozialismus, Sozialpolitik und Wohnungsnot, S. 49-94).

2) R.König: Großstadt, in: Ders.(Hrsg.): Bd. 10 des Handbuchs zur empirischen Sozialforschung, Stuttgart, 1977, S. 42-145, im folgenden zitiert als: Großstadt, S. 52.

3) R.König: Vorbemerkungen zu Bd. 10 des Handbuchs zur empirischen Sozialforschung, hrsg.v.dems., Stuttgart, 1977, im folgenden zitiert als: Vorbemerkungen, S. VI.

sondern auch von den Stadt-Land-Beziehungen sprechen muß, ohne die die industrielle Großstadt nicht erfahrbar wäre. Die industrielle Großstadt als durchaus eigenständiges sozio-kulturelles System beinhaltet eine großstädtisch-bestimmte Zivilisation, die letztlich den Normen der Industriegesellschaft erst die Durchsetzung in der Gesellschaft ermöglichte, oder anders ausgedrückt: erst die industrielle Großstadt bewirkte die Anpassung der Arbeiter an die Anforderungen industrieller, kapitalistisch organisierter Arbeit, wobei unter Anpassung nicht nur der passive Vollzug dieser Anforderungen, sondern auch die aktive, moderne Gegenwehr der Arbeiter gegen eben diese geforderten Bedingungen verstanden wird. Allerdings muß diese mehr idealtypische Betrachtungsweise ergänzt bzw. korrigiert werden durch den Hinweis, daß auch in der industriellen Großstadt in sehr breitem Maß die Strukturen der ständischen Gesellschaft weiter wirkten und daß eine Rationalisierung des Konfliktverhaltens der industriellen Lohnarbeiter bis hin zu einer aktiven Interessenwahrnehmung gerade die oben angesprochene Profanierung und Brutalisierung zur Voraussetzung hat.

In der Frühzeit der Industrialisierung, als die Städte in vorher nicht geahnten Dimensionen wuchsen und die Industrie sich sozusagen 'wild' ausbreitete, waren die Großstädte zunächst nichts anderes als eine riesige Häufung von Dörfern, von Landsmannschaften und völlig entwurzelten Menschen. Erst mit einer Konsolidierung der Industrialisierung, also am Ende der Durchsetzung der Großen Industrie (in Deutschland etwa ab 1880), erfolgte auch eine Konsolidierung der Großstädte dahingehend, daß diese nun sich nicht mehr ausschließlich in Abhängigkeit von der Industrialisierung entwickelten, sondern auch davon zum Teil unabhängig wurden, also auch Stätte der Dienstleistungen, der Konsum(industrie), der Entwicklung einer eigenen Kultur.

Der Prozeß der Wandlung der Funktion der Städte wird von H.Matzerath in einer Untersuchung der Industrialisierung am Beispiel der Städte Rheydt und Rheindalen (beide Städte im übrigen stark vom Textilgewerbe beherrscht) eindrucksvoll dargelegt <sup>1)</sup>.

---

1) Vgl. im folgenden H.Matzerath: Industrialisierung, Mobilität und sozialer Wandel am Beispiel der Städte Rheydt und Rheindalen, in: H.Kaelble u.a.(Hrsg.): Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Op-

In der ersten Phase der Industrialisierung - deren Anfang etwa mit dem Beginn der preußischen Herrschaft in Rheydt gleichzusetzen ist - wurde die Verwaltung dieser Stadt von Angehörigen der Honoratioren (Unternehmer) gestellt. Dies galt sowohl für den Bürgermeister, dessen Stellvertreter, als auch für die Beigeordneten und Gemeinderäte. Demgemäß trug die Amtsführung einen klar erkennbaren unternehmerischen Zug, was das folgende Beispiel verdeutlichen mag. Der unbesoldete Beigeordnete Junkers kaufte die einem beabsichtigten Straßendurchstich im Wege stehenden Häuser auf eigene Rechnung auf, ließ sie im Rahmen einer Feuerwehrrübung abreißen und danach seine Entscheidung von den Stadtverordneten sanktionieren.

Dieser Stil fand auch seinen entsprechenden Ausdruck in den städtischen Verwaltungsberichten, die lange Zeit städtische Verwaltung und Stadtentwicklung im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der konjunkturellen Faktoren betrachtete.

Erst gegen Ende des Jahrhunderts vollzog sich in der städtischen Verwaltung ein Prozeß der Professionalisierung und Bürokratisierung. Das städtische Personal der Stadt Rheydt, das 1819 aus nur zwei Polizeidienern bestanden hatte, zählte 1867 (ohne Lehrer) bereits 13, 1880 20, 1885 27, 1895 57 und 1910 554 Personen (einschließlich städtischer Betriebe), wobei zugleich die Differenzierung des städtischen Verwaltungskörpers erfolgte. Wenn man die städtischen Aussagen als verlässlichen Indikator für die Erweiterung und Differenzierung der Verwaltung ansehen kann, so muß (abgesehen von einer enormen Etatvergrößerung: zwischen 1819 und 1861 stieg dieser auf das Zwanzigfache, in den folgenden 30 Jahren vom neuen Niveau auf das Zehnfache und zwischen 1890 und 1910 noch einmal um das Siebenfache) festgestellt werden, daß sich eine deutliche Verlagerung der Ausgabentätigkeit von der allgemeinen Verwaltung und der Polizei hin zum Armen-, Bau- und Schulwesen ergab, wobei sich die Ausgaben von der Armenverwaltung im herkömmlichen Sinne schließlich auf städtische Einrichtungen der verschiedensten Art verteilten. In der Tendenz verlief in Rheindalen die Entwicklung ähnlich wie in Rheydt.

Dieser Prozeß, an dessen Ende heute laut König die Entfernung des Großstadtphänomens (Massenkommunikation, Freizeit und Konsum) von der Industriestadt steht <sup>1)</sup>, begann in Deutschland relativ spät - etwa im Vergleich zu England oder Frankreich.

Das mag mit ein Grund dafür sein, weshalb im 19. Jahrhundert die industrielle Großstadt von namhaften Wissenschaftlern fast ausschließlich negativ beurteilt wurde.

Auch als Ergebnis und Ausdruck einer ungewöhnlichen Mobilisierung der Bevölkerung überzog in Deutschland die Kritik gegen die industrielle Großstadt, ehe es sie wirklich gab <sup>2)</sup>. Ferdinand Tönnies bezeichnete die Großstädte als künstlich-mechanische Zusammenfügungen im Gegensatz zur natürlichen Gemeinschaft <sup>3)</sup>.

Diese Aussagen sind verwurzelt in einem Denken, das lange Zeit mit mittelalterlichen Stadtvorstellungen verhaftet blieb. Allerdings muß dabei hinzugefügt werden, daß diese Negativbeurteilungen auch provoziert worden sind durch desorganisierte industrielle Großstädte, wie sie sich dem Betrachter während der Durchsetzungsphase der Großen Industrie boten. Gerade auch diese Desorganisation, verbunden mit einem unsagbaren Elend, hat Friedrich Engels am Beispiel Londons zu einer eher impressionistischen denn politischen oder gar soziologischen Beurteilung bewogen <sup>4)</sup>:

Wenn man sich ein paar Tage lang auf dem Pflaster der Hauptstraßen herumgetrieben, sich mit Mühe und Not durch das Menschengewühl, die endlosen Reihen von Wagen und Karren durchgeschlagen, wenn man die "schlechten Viertel" der Weltstadt besucht hat, dann merkt man erst, daß diese Londoner das beste Teil ihrer Menschheit aufopfern mußten, um all die Wunder der Zivilisation zu vollbringen, von denen ihre Stadt wimmelt, daß hundert Kräfte, die in ihnen schlummerten, untätig blieben und unterdrückt wurden, damit einige wenige sich voller entwickeln und durch die Vereinigung mit denen anderer multipliziert werden konnten. Schon das Straßengewühl hat etwas Widerliches, etwas, wogegen sich die menschliche Natur empört. Diese Hundertausende von allen Klassen und aus allen Ständen, die sich da aneinander vorbeidrängen, sind sie nicht alle Menschen mit denselben Eigenschaften und Fähigkeiten und mit demselben Interesse, glücklich zu werden? und haben sie nicht alle ihr Glück am Ende doch durch

---

1) Vgl. R.König: Vorbemerkungen, a.a.O., S. VIII.

2) Vgl. R.König: Großstadt, a.a.O., S.45; sowie vor allem H.P.Bahrdt: Die moderne Großstadt, Hamburg, 1961, insbesondere: Kritik der Großstadtkritik.

3) Zitiert nach R.König: Großstadt, a.a.O., S.45.

4) F.Engels: Lage, a.a.O., S. 89 f.



ein und dieselben Mittel und Wege zu erstreben? Und doch rennen sie aneinander vorüber, als ob sie gar nichts gemein, gar nichts miteinander zu tun hätten, und doch ist die einzige Übereinkunft zwischen ihnen die stillschweigende, daß jeder sich auf der Seite des Trottoirs hält, die ihm rechts liegt, damit die beiden aneinander vorbeischießenden Strömungen des Gedränges sich nicht gegenseitig aufhalten; und doch fällt es keinem ein, die andern auch nur eines Blickes zu würdigen. Die brutale Gleichgültigkeit, die gefühllose Isolierung jedes einzelnen auf seine Privatinteressen tritt um so widerwärtiger und verletzender hervor, je mehr diese einzelnen auf den kleinen Raum zusammengedrängt sind; und wenn wir auch wissen, daß diese Isolierung des einzelnen, diese bornierte Selbstsucht überall das Grundprinzip unserer heutigen Gesellschaft ist, so tritt sie doch nirgends so schamlos unverhüllt, so selbstbewußt auf als gerade hier in dem Gewühl der großen Stadt. Die Auflösung der Menschheit in Monaden, deren jede ein apartes Lebensprinzip und einen aparten Zweck hat, die Welt der Atome ist hier auf die höchste Spitze getrieben. Daher kommt es denn auch, daß der soziale Krieg, der Krieg Aller gegen Alle, hier offen erklärt ist. Wie Freund Stirner sehen die Leute einander nur für brauchbare Subjekte an; jeder beutet den andern aus, und es kommt dabei heraus, daß der Stärkere den Schwächeren unter die Füße tritt und daß die wenigen Starken, das heißt die Kapitalisten, alles an sich reißen, während den vielen Schwachen, den Armen, kaum das nackte Leben bleibt.

Die anti-städtische Einschätzung wird von Marx mit ökonomischen Argumentationen teilweise weitergeführt, teilweise aber auch relativiert. Er schreibt einerseits <sup>1)</sup>, daß

mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung ... die kapitalistische Produktion ... den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde (stört), d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungs-mitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadt-arbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter.

Daraus folgert er andererseits, daß

die Zerstreuung der Landarbeiter über größere Flächen .. zugleich ihre Widerstandskraft (bricht), während Konzentration die der städtischen Arbeiter steigert.

Ohne jetzt im einzelnen auf die Aussagen von Engels und Marx einzugehen, spricht gerade Marx einen weiteren Aspekt der Urbanisierung - die ja nicht nur durch die Zusammenhäufung von Menschenmassen gekennzeichnet ist - an, nämlich die Möglichkeit der Massenkommunikation. Damit wird auch für ihn die industrielle Großstadt nicht nur mit negativen Argumenten belegt, sondern ent-

---

1) K.Marx: Kapital I, a.a.O., S. 528 f.



hält als Stätte menschlichen Lebens - die durchaus unterschiedlich von der Stadt als Stätte industrieller Produktion sein kann - die Möglichkeit einer gemeinsamen Reaktion und letztlich auch Aktion gegen die negativen Auswirkungen der in der Stadt hoch konzentrierten Industrialisierung.

Allerdings hat es historisch eine Zeitlang gedauert, bis sich die zunächst wild wachsenden Städte von der fast ausschließlichen Bestimmung durch die Anforderungen industrieller Produktion lösen konnten und auch Stätten der durchgehenden Kommunikation des Kultur- und Zivilisationszusammenhangs wurden.

Inwieweit dieser Urbanisierungsprozeß die Verhaltensweisen und Handlungen der ersten Industriearbeitergenerationen wesentlich in dem hier betrachteten Zeitraum beeinflußt haben, muß anhand der Geschichte der einzelnen Industriestädte nachgewiesen werden. So beschreibt E. Lucas in eindrucksvoller Weise die Geschichte der beiden Industriestädte Remscheid und Hamborn <sup>1)</sup>, die aufgrund ihrer Traditionen, der unterschiedlichen Rohstoffvorkommen, der damit zusammenhängenden unterschiedlichen industriellen Entwicklung einschließlich Bevölkerungszusammensetzung, -mobilität und -wachstum einen unterschiedlichen Verlauf hinsichtlich der Verhaltensweisen und Handlungen der in ihren Stadtgrenzen lebenden Arbeiter genommen haben. Beide Bevölkerungen wurden bekannt durch ihre radikalen Aktionen im Zusammenhang mit der Novemberrevolution, wobei sich beide deutlich voneinander unterschieden und zum Teil auch gegeneinander ausgespielt wurden.

Aber gerade diese Gemeinsamkeit beider Stadtbevölkerungen - nämlich überhaupt politisch zu handeln und aktiv zu werden - läßt trotz aller notwendigen Differenzierungen auch hinsichtlich der Folgen der Urbanisierung den allgemeinen Satz zu, daß sich im Laufe der Zeit in den industriellen Großstädten eine Kommunikation entwickelt hatte, die Ausdruck einer eigenständigen Großstadtkultur war und Ansätze zum Handeln bot.

---

1) Vgl. E. Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M, 1976, im folgenden zitiert als: Radikalismus.

### 2.2.1.3. Die Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur

Es waren aber nicht nur die veränderten Wohn- und Lebensbedingungen, die Veränderungs- und Lernprozesse hervorriefen, sondern neben anderem auch die in der Industrialisierung zu begründende und eben gerade diese veränderten Wohn- und Lebensbedingungen ursächlich mit hervorrufoende Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur. So stieg die Bevölkerung des Reichsgebietes von 35,1 Mio Menschen im Jahre 1849 auf 49,2 Mio Menschen 1890, also um rund 40% <sup>1)</sup>. Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei Beschäftigten sank von 55% in den Jahren 1849 — 58 auf 49% in den Jahren 1878/79, während der Anteil der im Bergbau und in den Salinen sowie in Industrie und Handwerk Beschäftigten im selben Zeitraum von 25% auf 29% der Gesamtbevölkerung stieg <sup>2)</sup>. Im Jahre 1882 arbeiteten von allen Erwerbspersonen bereits 35,6% im produzierenden Gewerbe; 57,4% aller Erwerbspersonen waren Arbeiter <sup>3)</sup>. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Handwerk nach wie vor eine große Rolle spielte und keineswegs von der Industrie verdrängt wurde <sup>4)</sup>. So entfielen im Zollverein im Jahr 1861 rund 82% aller Geschäfte auf das Handwerk, während nur 14% auf die Fabriken entfielen. Immerhin arbeiteten 58% aller im Handwerk und Gewerbe Tätigen im Handwerk, in der Industrie nur 38% <sup>5)</sup>. Der Anteil der im Handwerk Tätigen betrug 1861 rund 10% der gesamten Bevölkerung, allerdings von Stadt zu Stadt mit recht bemerkenswerten Unterschieden. So war dieser Anteil in Erfurt, Berlin und Breslau mit über 12,6% am höchsten, in Krefeld, Essen, Elberfeld und Barmen mit rund 7,5% und darunter am niedrigsten <sup>6)</sup>. Diese ungleiche Verteilung hat unterschiedliche Gründe, die Behauptung allein, daß die Große Industrie Schuld am ver-

---

1) Vgl. Tabelle zur Bevölkerungsentwicklung im Tabellenanhang.

2) Vgl. S.Braun: Tabellenanhang, a.a.O., S.4.

3) Vgl. Tabelle zur Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereich im Tabellenanhang.

4) Die These wird auch von W.Fischer bestätigt: Bergbau, Industrie und Handwerk 1850 - 1914, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von H.Aubin und W.Zorn, Stuttgart, 1976, Band 2, S. 527-562, im folgenden zitiert als: Bergbau, insbesondere die Seiten 532 - 534 und 557 - 562.

5) Vgl. G.Schmoller: Kleingewerbe, a.a.O., S.665.

6) Vgl. ebenda, S. 281.

gleichsweise geringen Anteil der Handwerker hätte, ist so nicht richtig. Ebenso wenig reicht die Behauptung, daß mit wachsender Größe der Städte der Handwerkeranteil zurückgegangen sei. Hier müßten viele Ursachen in ihrer Kombination benannt werden, die jeweils im Einzelfall genauer erforscht werden müssen. Was allerdings auffällt, ist die Tatsache, daß in den rheinischen Städten der Handwerkeranteil geringer ist als in den sächsischen. Ein Grund dafür liegt sicher darin, daß die rheinischen Städte aufgrund der allgemeinen Verteilung der Bevölkerung in diesen Provinzen (also gleichmäßiger auf Stadt und Land verteilt) viel weniger die gewerblichen Mittelpunkte ganzer Gegenden waren als zum Beispiel die sächsischen, daß sich also in den Rheinprovinzen viel mehr Handwerker auf dem Land niederließen. Diese Vermutung wird erhärtet durch die Tatsache, daß in Sachsen - trotz der hohen Zahl der Handwerker, konzentriert in den Städten - auch ein hoher Anteil an Industrie vorhanden war (vgl. die beiden Tabellen auf der nächsten Seite von G. Schmoller, die sich auf das Jahr 1861 beziehen<sup>1)</sup>). Gerade die zweite Tabelle macht deutlich, wie gering - im Vergleich zur Landwirtschaft - der Bereich des Handwerks und vor allem der Industrie war, auch wenn der landwirtschaftliche Bereich ständig (bezüglich der Anzahl der dort Tätigen) sank. Dieser Umstand ist nicht nur bei der Diskussion der Rekrutierung der Industriearbeiter aus der Landwirtschaft zu berücksichtigen, sondern muß auch insgesamt hinsichtlich der politischen und ökonomischen Entwicklung in Deutschland stärker, als dies bei vielen Untersuchungen der Fall ist, in Rechnung gestellt werden.

Die These, daß die Industrie das Handwerk nicht verdrängte, wird auch durch regionale und lokale Studien bestätigt. So wird über Bochum berichtet, daß 1858 35% der Beschäftigten dieser Stadt im Handwerk, das vor allem den lokalen Markt versorgte, oder als Tagelöhner in der Landwirtschaft tätig waren; 30% arbeiteten in den neuen Fabriken und Kohlengruben (Schächte statt Stollen)<sup>2)</sup>. Innerhalb von 15 Jahren verschob sich dieses Verhält-

---

1) Vgl. G. Schmoller: Kleingewerbe, a.a.O., S. 307 f.

2) Vgl. im folgenden D. Crew: Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914, Frankfurt/M, Berlin, Wien, 1980, S. 20 f.

| Staaten:    | Personen der<br>Handwerkertabelle | Personen der<br>Fabrikertabelle | Zusammen  | Die Handwerker<br>machen % der Gesamtsumme | Die Personen<br>der Fabrik-<br>tabelle |
|-------------|-----------------------------------|---------------------------------|-----------|--------------------------------------------|----------------------------------------|
|             |                                   |                                 |           |                                            |                                        |
| Altpreußen  | 1,092 368                         | 764 352                         | 1,856 720 | 58,85                                      | 41,15                                  |
| Hannover    | 122 465                           | 49 805                          | 172 270   | 71,09                                      | 28,91                                  |
| Kurhessen   | 47 718                            | 25 033                          | 72 751    | 65,60                                      | 34,40                                  |
| Sachsen     | 189 120                           | 223 775                         | 412 895   | 45,80                                      | 54,20                                  |
| Baden       | 91 498                            | 64 862                          | 156 360   | 58,52                                      | 41,48                                  |
| Württemberg | 145 243                           | 90 592                          | 235 835   | 61,59                                      | 38,41                                  |
| Baiern      | 343 706                           | 171 927                         | 515 633   | 66,66                                      | 33,34                                  |

Tabelle II

| Provinzen<br>und Staaten: | Die Personen der<br>Fabrik- u. Hand-<br>werkertabelle ma-<br>chen zus. % d. Be-<br>völkerung | Die Personen der<br>Handwerkertabelle<br>nach Viebahn ma-<br>chen % der Bevöl-<br>kerung | Die Personen der<br>Handwerkertabelle<br>nach Frantz ma-<br>chen % der Bevöl-<br>kerung | Die Personen der<br>Fabrikertabelle<br>machen % der<br>Bevölkerung |
|---------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------|
|                           |                                                                                              |                                                                                          |                                                                                         |                                                                    |
| Altpreußen                | 10,04                                                                                        | 5,6                                                                                      | 5,90                                                                                    | 4,14                                                               |
| Hannover                  | 9,12                                                                                         | 6,2                                                                                      | 6,48                                                                                    | 2,64                                                               |
| Kurhessen                 | 9,85                                                                                         | 6,0                                                                                      | 6,46                                                                                    | 3,30                                                               |
| Sachsen                   | 18,52                                                                                        | 8,0                                                                                      | 8,49                                                                                    | 10,03                                                              |
| Baden                     | 11,42                                                                                        | 6,2                                                                                      | 6,68                                                                                    | 4,74                                                               |
| Württemberg               | 13,70                                                                                        | 8,1                                                                                      | 8,63                                                                                    | 5,07                                                               |
| Baiern                    | 10,99                                                                                        | 6,9                                                                                      | 7,32                                                                                    | 3,67                                                               |

nis entscheidend zugunsten des industriellen Sektors: die Industrie verdrängte keineswegs die älteren Beschäftigungsarten, ihr Wachstum war nur um vieles höher. Die absolute Zahl von Handwerksmeistern (nicht von Gesellen und Lehrlingen), von Gastwirten, Beamten und freiberuflich Tätigen war 1871 nur um ein Geringes gewachsen <sup>1)</sup>, während die Zahl der Arbeiter in den Fabriken und Gruben um über 300% gestiegen war. 1858 waren nur 30% der Erwerbstätigen im industriellen Sektor tätig, 1871 schon 54%. Im Jahr 1882 waren es gar 80%, wobei die Zechen und Gießereien, also die Schwerindustrie, zwei Drittel der industriellen Arbeitsplätze stellten. Metallverarbeitung und Maschinenbau, durch das Wachstum der Zechen und Hüttenwerke angezogen, beschäftigten 1882 nur 8% aller Industriearbeiter, 1895 jedoch schon rund 13,5%.

W.Fischer hat bei den Beschäftigten im Handwerk in Preußen noch zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten unterschieden <sup>2)</sup>. Dabei ergab sich (bei einer Steigerung der Beschäftigten insgesamt um rund das 2,5fache zwischen 1849 und 1895), daß die entsprechende Steigerung bei den abhängig Beschäftigten rund das 3,3fache zwischen 1849 und 1895 betrug, also wesentlich höher als die Steigerung der Beschäftigten insgesamt lag. Daraus läßt sich ablesen, daß ein Trend zu höheren Betriebsgrößen bestand. So betrugen 1850 die durchschnittlichen Betriebsgrößen im Handwerk in Preußen (Beschäftigte pro Betrieb) 1,5 bis 1,7; 1895 schon 1,9 <sup>3)</sup>. Trotz dieses Wachstums blieb der Handwerksbetrieb der klassische Kleinbetrieb, obwohl auch hier ein zunehmender Kapitaleinsatz auf einen höheren Mechanisierungsgrad schließen läßt.

Insgesamt wird das Handwerk bis zum Ersten Weltkrieg noch durch die großen 'Massenhandwerke' geprägt, die den Grundbedürfnissen

---

1) Allgemein galt für Preußen, daß erst in den 1890er Jahren auch die absolute Zahl der im Handwerk Arbeitenden sank, vgl. E.Lucas: Radikalismus, a.a.O., S.39.

2) Siehe Tabelle nächste Seite, in: W.Fischer: Bergbau, Industrie und Handwerk 1850-1914, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von H.Aubin und W.Zorn, Stuttgart, 1976, Band 2, S. 527-562, im folgenden zitiert als: Bergbau, S.559 f.

3) Zum Vergleich: 1972 betrug diese Größe 7,6 Beschäftigte pro Betrieb, vgl. ebenda, S. 558.



| a) absolut                       | 1849<br>davon                        |                        | 1895<br>davon       |                                      | Index (1849=100)    |                  |
|----------------------------------|--------------------------------------|------------------------|---------------------|--------------------------------------|---------------------|------------------|
|                                  | Erwerbs-<br>tätige<br>über-<br>haupt | Selb-<br>stän-<br>dige | Ab-<br>hän-<br>gige | Erwerbs-<br>tätige<br>über-<br>haupt | Ab-<br>hän-<br>gige | Index (1849=100) |
| 1. Bäcker u. Kon-<br>ditoren     | 43 819                               | 26 447                 | 17 372              | 111 974                              | 73 723              | 255,5            |
| 2. Fleischer                     | 27 769                               | 18 372                 | 9 397               | 86 549                               | 52 360              | 144,6            |
| 3. Maurer                        | 64 516                               | 10 470                 | 54 046              | 224 293                              | 19 495              | 186,1            |
| 4. Zimmerer u.<br>Schiffbauer    | 49 198                               | 10 191                 | 39 007              | 87 776                               | 204 798             | 186,2            |
| 5. Anstreicher                   | 8 068                                | 4 301                  | 3 767               | 76 782                               | 76 218              | 113,4            |
| 6. Glaser                        | 6 789                                | 4 939                  | 1 850               | 7 138                                | 56 913              | 178,4            |
| 7. Töpfer                        | 12 472                               | 5 119                  | 7 353               | 26 520                               | 3 320               | 951,7            |
| 8. Tischler                      | 70 953                               | 42 971                 | 27 962              | 170 856                              | 20 850              | 105,1            |
| 9. Stellmacher                   | 25 438                               | 18 284                 | 7 154               | 43 377                               | 119 361             | 212,6            |
| 10. Böttcher                     | 21 305                               | 14 904                 | 6 401               | 19 932                               | 25 848              | 170,5            |
| 11. Drechsler                    | 12 097                               | 6 758                  | 5 339               | 19 493                               | 11 363              | 93,6             |
| 12. Schneider                    | 106 177                              | 70 429                 | 35 748              | 266 851                              | 13 574              | 57,5             |
| 13. Schuhmacher                  | 136 610                              | 87 969                 | 48 641              | 192 472                              | 123 864             | 161,1            |
| 14. Kürschner,<br>Mützenmacher   | 7 570                                | 4 447                  | 3 123               | 9 241                                | 79 736              | 87,6             |
| 15. Hutmacher                    | 2 414                                | 1 475                  | 939                 | 10 376                               | 4 661               | 203,0            |
| 16. Handschuh-<br>macher         | 2 401                                | 1 300                  | 1 101               | 7 036                                | 9 067               | 122,1            |
| 17. Posamentier                  | 2 339                                | 1 295                  | 1 044               | 11 971                               | 4 770               | 429,8            |
| 18. Sattler, Reep-<br>schläger   | 6 753                                | 3 991                  | 2 852               | 5 636                                | 10 889              | 293,0            |
| 19. Gerber                       | 13 881                               | 5 748                  | 8 133               | 16 174                               | 3 058               | 83,6             |
| 20. Sattler, Tape-<br>zierer     | 16 159                               | 10 043                 | 6 116               | 46 791                               | 13 525              | 83,5             |
| 21. Buchbinder                   | 6 723                                | 3 290                  | 3 433               | 24 299                               | 29 550              | 116,5            |
| 22. Uhrmacher                    | 4 156                                | 2 830                  | 1 326               | 13 076                               | 17 241              | 46,1             |
| 23. Gold- u. Silber-<br>arbeiter | 3 334                                | 1 698                  | 1 645               | 6 460                                | 29 095              | 171,7            |
| 24. Barbier, Fri-<br>sör         | 9 068                                | 6 429                  | 2 639               | 29 992                               | 6 271               | 158,2            |
| Insgesamt                        | 660 009                              | 363 601                | 296 408             | 1515 065                             | 4 451               | 240,5            |
|                                  |                                      |                        |                     |                                      | 15 734              | 314,6            |
|                                  |                                      |                        |                     |                                      | 15 734              | 118,9            |
|                                  |                                      |                        |                     |                                      | 15 734              | 221,8            |
|                                  |                                      |                        |                     |                                      | 982 999             | 229,6            |
|                                  |                                      |                        |                     |                                      | 146,3               | 331,6            |

Nahrung, Kleidung und Wohnung dienen (Bäcker, Fleischer, Schuhmacher, Schneider, Maurer, Tischler, Zimmerleute), die leicht überproportional zur Bevölkerung wuchsen, und die der Handwerksentwicklung die Konstanz gegeben haben <sup>1)</sup>, (aber auch hier müssen bei genauerer Betrachtung die Verschiebungen innerhalb der Branchen mit berücksichtigt werden).

Insgesamt muß auch zu diesen Zahlen gesagt werden, daß in dem betrachteten Zeitraum das Handwerk (mehr oder minder) parallel zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft gewachsen ist, insbesondere aber mit dem sekundären Sektor.

Damit deckte sich für einen erheblichen Teil der Bevölkerung noch die Wirklichkeit - soweit sie die handwerkliche Arbeit betraf - mit den tradierten Interpretationsmustern, die stark von dem handwerklichen Arbeits- und Berufsbegriff als Übereinstimmung von Arbeitsvermögen, Produktionsmittel, Produktionsprozeß und Produkt geprägt waren.

Die von vielen noch erlebte Übereinstimmung von Tätigkeit und Fähigkeit ließ für die im Handwerk Beschäftigten die industriellen, d.h. technisch bedingte Qualität der Arbeit nicht zum Problem werden, während sie - aufgrund des hohen Anteils der lohnabhängig Beschäftigten auch im Handwerk, der versperrten Aufstiegsmöglichkeiten nach alten zünftlerischen Mustern und des Fehlens der ständischen Sicherheit und Geborgenheit - die Lohnarbeit durchaus problematisieren konnten.

Gerade diese Einseitigkeit der Betrachtung der Arbeit im industriellen Kapitalismus durch die Handwerker beeinflusste die Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung - in denen die Handwerker zahlen- und einflußmäßig überrepräsentiert waren - in nachhaltiger Weise (was an späterer Stelle im Zusammenhang mit dem nicht adäquaten Berufsbegriff der Organisationen der Arbeiterbewegung ausführlicher diskutiert werden soll).

#### 2.2.1.4. Arbeitslöhne und Familieneinkommen

Die Durchsetzung der Großen Industrie hatte auf die materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen derjenigen, die Arbeit fanden,

---

1) Vgl. W.Fischer: Bergbau, a.a.O., S. 558.

also der Industriearbeiter, widersprüchliche Auswirkungen. Zwar hatte sich in der allgemein ansteigenden Konjunktur nach 1850 zunächst auch für erhebliche Teile der Industriearbeiter die Lage verbessert, wenn auch ihr relativer Anteil am Sozialprodukt der gesamten industriellen Erzeugung unverändert geblieben war <sup>1)</sup>. Wesentlich ist dabei auch die Tatsache, daß im Zuge der Durchsetzung der Großen Industrie und damit auch der Durchsetzung der kontinuierlichen, von Naturgegebenheiten relativ unabhängigen Produktion, begleitet bis 1873 durch einen relativen Wirtschaftsaufschwung, eine gleichmäßigere Beschäftigung pro Jahr für die Industriearbeiter erfolgte. Nach 1860 zeichnete sich dann auch ein allgemeiner Lohnzuwachs ab, dem aber in Krisenzeiten, so zum Beispiel 1873 - 1879, beträchtliche Lohnreduzierungen gegenüberstanden <sup>2)</sup>.

Ein anschauliches Beispiel für die von der Konjunktur abhängigen Löhne gibt Crew in seinen Bochumer Untersuchungen. Wenn man dann diese Löhne mit den Lebenshaltungskosten eines Arbeiterhaushaltes (Schätzung der Lebenshaltungskosten durch den Direktor des Bochumer Bergwerks-Vereins, Louis Baare) vergleicht, so ergeben sich einige Anhaltspunkte bezüglich der Einkommenssituation der Arbeiter:

| Einkommens-<br>gruppen (in<br>Mark) | Einkommensverteilung der Arbeiterbevölkerung |      |       |      |       |        |       |       |
|-------------------------------------|----------------------------------------------|------|-------|------|-------|--------|-------|-------|
|                                     | An-                                          | %    | An-   | %    | An-   | %      | An-   | %     |
|                                     | zahl                                         |      | zahl  |      | zahl  |        | zahl  |       |
|                                     | 1875                                         |      | 1882  |      | 1895  |        | 1907  |       |
| unter 420                           | 7644                                         | 44,8 | 3079  | 22,8 |       |        |       |       |
| 420- 660                            | 1163                                         | 6,8  | 1851  | 13,7 |       |        |       |       |
| 660- 900                            | 4146                                         | 24,3 | 6277  | 46,5 | 7577  | 38,8   | 18159 | 35,8  |
| 900-1050                            | 807                                          | 4,7  | 381   | 2,8  | 8131  | 41,6   | 4216  | 8,3   |
| 1050-1200                           | 1683                                         | 9,9  | 507   | 3,8  | 648   | 3,3    | 6150  | 12,1  |
| 1200-1350                           | 519                                          | 3,0  | 237   | 1,8  | 561   | 2,9    | 5203  | 10,2  |
| 1350-1500                           | 275                                          | 1,6  | 255   | 1,9  | 346   | 1,8    | 5583  | 11,0  |
| 1500-1650                           | 168                                          | 1,0  | 126   | 0,9  | 263   | 1,3    | 3880  | 7,6   |
| 1650-1800                           | 122                                          | 0,7  | 157   | 1,2  | 246   | 1,3    | 2220  | 4,4   |
| 1800-2100                           | 72                                           | 0,4  | 87    | 0,6  | 266   | 1,4    | 1479  | 2,9   |
| 2100-2400                           | 102                                          | 0,6  | 124   | 0,9  | 305   | 1,6    | 915   | 1,8   |
| 2400-2700                           | 71                                           | 0,4  | 55    | 0,4  | 210   | 1,1    | 574   | 1,1   |
| 2700-3000                           | 69                                           | 0,4  | 112   | 0,8  | 157   | 0,8    | 414   | 0,8   |
| über 3000                           | 240                                          | 1,4  | 258   | 1,9  | 838   | 4,3    | 1980  | 3,9   |
| Summe                               | 17081                                        | 100  | 13506 | 100  | 19548 | 100,2a | 50773 | 99,9a |

---

1875      Geschätzte Lebenshaltungskosten eines Arbeiterhaushalts

---

| Posten                                      | Kosten<br>pro Tag (in Pf.) |
|---------------------------------------------|----------------------------|
| Fleisch (nur Sonntags)                      | 10                         |
| Brot                                        | 60                         |
| Kaffee und Zichorie (wöchentlich)           | 15                         |
| Kartoffeln                                  | 24                         |
| Butter, Talg, Schmalz                       | 15                         |
| Gewürze                                     | 2                          |
| Gemüse                                      | 15                         |
| Fett                                        | 24                         |
| Seife einschließlich Wäscherei              | 10                         |
| Kohle und Holz                              | 10                         |
| Miete für zwei Zimmer und Vorraum           | 27                         |
| Steuern                                     |                            |
| Communalsteuer      9 Mk.                   |                            |
| Klassensteuern      6 Mk.                   |                            |
| Schule u. Kirche      9 Mk. Steuern insges. | 6                          |
| Krankenkasse                                | 2                          |
| Summe                                       | 2,20 Mk.                   |
| Summe im Jahr (ohne Kleidung)               | 803,00 Mk.                 |

---

in: D.Crew: a.a.O., S. 56.

1875, als in Bochum die schwere Depression ausbrach, konnte nur etwa ein Viertel der männlichen Arbeitskräfte seine Familien mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgen. Ein zweites Viertel mit einem Lohn zwischen 660 und 900 Mark pro Jahr konnte zwar seinen Unterhalt bestreiten, jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten. Die anderen 50%, die weniger als 660 Mark verdienten, hatten große Probleme bezüglich des Unterhalts, wenn nicht das Familieneinkommen durch die Mitarbeit der Frauen und Kinder vergrößert werden konnte. Bis 1875 wurden nur wenige Einwohner von der Armenfürsorge versorgt - 1875 unterstützte die Stadt Bochum weniger als 21 Einwohner pro Tausend - , aber ihre Zahl stieg schnell an: 1878 waren es bereits 44,7 und 1879 sogar 58,5 pro Tausend <sup>1)</sup>.

1882, als ein relativer wirtschaftlicher Aufschwung begann, sank

---

Fußnoten 1) und 2) von der Seite 387:

1) Vgl. W. Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 9.Aufl., Frankfurt/M, 1973, im folgenden zitiert als: Arbeiterbewegung, S.35.

2) Vgl. J.Bergmann, O.Jacobi, W.Müller-Jentsch: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Band 1, Frankfurt/M, 1975, S.39.

1) Vgl. D.Crew, a.a.O., S. 58.

die Zahl der Fürsorgeempfänger auf 49 pro Tausend; der Anteil derer, die zwischen 660 und 900 Mark pro Jahr verdienten, war auf fast 50% gestiegen, (obwohl der Anteil derjenigen, die über 900 Mark verdienten, auf 16% gefallen war).

Dabei muß angemerkt werden, daß die Situation selbst derjenigen, die nach diesem statistischen Vergleich ihre Familien 'ausreichend' mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgen konnten, sehr prekär aussah. Wenn man noch einmal den Leipziger Arbeiterhaushalt von 1887 betrachtet, so wurde über die 'ausreichende' Versorgung mit Wohnraum schon oben etwas gesagt. Ähnliches kann auch zum Essen gesagt werden. Insgesamt stellt der Verfasser H. Mehner nach eigenen Angaben fest, daß selbst das Budget für diese äußerst einfache und sparsame Haushaltsführung das Einkommen übersteigt. H. Mehner fragt dann selbst nach Einsparungsmöglichkeiten <sup>1)</sup> und kommt zu dem Schluß, daß die Kleidung länger getragen werden mußte, daß der Mann bei guter Konjunktur einige Nachtschichten zusätzlich machen mußte, daß - wenn man sich die Möblierung der Wohnung genauer anschaute - viele Möbel ins Leihhaus geschafft werden mußten und sich die Familie als Ersatz Möbel, Kleidungsstücke und Tischgeräte aus Abfällen beschaffen mußte usw. Dies alles war notwendig, obwohl keine Krankheiten (deren Heilung viel Geld kostete) das Budget hoffnungslos überlastete, die Familie die Möglichkeit hatte, von der Fabrik ein kleines Feld zu pachten, das sie frühmorgens, spätabends und am Sonntag bearbeiten mußte, und dessen Erträge das Budget entlasteten, und auch die Kinder und vor allem die Frau einen beträchtlichen Zuverdienst erarbeiteten.

Allerdings muß zum Zuverdienst durch Frauen und Kinder bemerkt werden, daß die Möglichkeiten dazu in den einzelnen Städten und Regionen höchst unterschiedlich waren. Waren in Barmen, das sehr stark von der Textilindustrie geprägt war, im Jahre 1907 rund 26,5% aller in Industrie und Handwerk Beschäftigten Frauen <sup>2)</sup>, so waren es in der von der Schwerindustrie beherrschten Stadt Bochum nur 4%, die zudem fast ausschließlich in Metallverarbeitung und -bau, Textilindustrie und anderen unwichtigeren Indu-

---

1) Vgl. H. Mehner, a.a.O., S. 326 ff.

2) Vgl. W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 99 f.



striezweigen Beschäftigung fanden. In ganz Bochum waren 1907 nur zwei Frauen bekannt, die in Bergwerken oder Gießereien arbeiteten <sup>1)</sup>. Das bedeutete, daß das Familieneinkommen in dieser Stadt nicht erheblich durch den Zuverdienst der Frauen erhöht werden konnte. Auch der Zuverdienst durch die noch nicht verheirateten Töchter, die in anderen Städten als Dienstmägde zumindest das Familienbudget nicht mehr belasteten, fiel in der Stadt Bochum nicht entscheidend ins Gewicht. Dies war in anderen Städten anders, so zum Beispiel in Remscheid oder Augsburg. In Augsburg, vor allem geprägt von der Textilindustrie, der metallverarbeitenden Industrie und Genußmittelindustrie (Brauereien) entfielen 1871 auf 100 Einwohner 7,4 Dienstboten <sup>2)</sup>.

Auch in Rheydt gab es einen hohen Frauenanteil in der mechanisierten Textilindustrie, was im übrigen auch hinsichtlich der Struktur der Wohnbevölkerung seit 1871 zu einem Frauenüberschuß führte, während in Rheindalen durch eine unterbliebene Industrialisierung sich die Handweberei stark ausbreitete, der Frauenanteil innerhalb der Beschäftigtenstruktur sank und auch die Bevölkerungsstruktur einen Männerüberschuß aufzuweisen hatte <sup>3)</sup>.

Die Zahlen verdeutlichen folgende Tendenzen: Es gab - je nach dem Grad der städtischen Entwicklung und Industrialisierung - auch eine Verschiedenheit der Arbeitsplätze für Frauen, sowohl was die Zahl als auch die Bedingungen angeht.

Die Städte, die durch Handwerk und Handelskapital - wie zum Beispiel Augsburg und auch Rheydt - geprägt und nicht erst durch die Industrialisierung ganz neu geschaffen wurden - wie zum Beispiel Hamborn oder in einem etwas geringeren Maße Bochum - boten aufgrund der gewachsenen Handwerker- und Kaufleutestrukturen Arbeitsplätze auch für Frauen - allerdings vorwiegend im Dienstbotenbereich. Erst die Industrialisierung vor allem des (vorher handwerklich, hausindustriell und verlagsmäßig organisierten) Textilgewerbes schuf aufgrund der Mechanisierung, die verbunden war mit einer zunehmenden Arbeitsteilung, erhöhtem Arbeitskräftebedarf und vermehrtem Angebot an geringere Qualifikation erfordernde Arbeitsplätze, in nennenswertem Umfang auch Arbeitsplätze für Frauen, die für den Unternehmer kostengünstiger und zudem noch leichter zu disziplinieren waren (in Augsburg fielen

1) Vgl. D.Crew, a.a.O., S.62.

2) Vgl. I.Fischer, a.a.O., S.94.

3) Vgl. H.Matzerath, a.a.O., S.62.

beide Bedingungen - Handwerker- und Kaufleutestrukturen sowie Industrialisierung des Textilbereichs - zusammen).

Die Städte 'aus der Retorte' waren vornehmlich durch die Schwerindustrie geprägt, die sehr wenig Frauenarbeitsplätze anbot.

Es waren aber nicht nur die Lohnhöhe des Mannes und die Möglichkeiten für Frauen, 'Zuverdienst zum Familieneinkommen' zu erarbeiten, die die materiellen Bedingungen der Existenz mit prägten. Es waren auch die Lohnart, die ganz entscheidend sowohl das Familieneinkommen beeinflussten (in der Mitte des dreißigsten Lebensjahres sank im allgemeinen die Leistungsfähigkeit ab, so daß, wenn im Leistungslohn gearbeitet wurde, das Familieneinkommen geringer wurde) und die Arbeitsbedingungen als solche<sup>1)</sup>.

Mit der Veränderung der technischen Einrichtungen und unter dem Zwang der Konkurrenz begann sich die Akkordarbeit auszubreiten. Für unseren Zusammenhang sind dabei weniger die Bewertungsmethoden, sondern die subjektive Verarbeitung dieser neuen Lohnform durch die Betroffenen relevant, die vorher als Handwerksgesellen oder Bauern/Landarbeiter weder die industrielle Arbeit als Kontinuum kannten noch der Möglichkeit, mittels technischer und/oder buchhalterischer Einrichtungen und Kontrollen die Arbeit zu intensivieren und höhere Leistungen pro Arbeiter zu erzielen, gegenüberstanden. Ein diesbezüglich interessanter und aufschlußreicher Bericht scheinen die im Jahre 1870 gemachten Äußerungen eines Steinformers, der 15 Jahre in einem Stahlwerk im Akkord gearbeitet hatte, zu sein<sup>2)</sup>:

Wie schon einmal gesagt, mit dem Steineabstempeln konnte es der Meister nicht jedesmal so genau nehmen, und machte jeden Abend den herkömmlichen Rundgang und fragte Jeden: "Wieviel?" Aber ich kann schlecht glauben, daß zu der Zeit noch Former zwischen uns waren, die dem Meister mehr Steine angaben, als sie wirklich gemacht hatten; vielmehr kam damals noch etwas Schlimmeres dazu. Denn der Buchhalter hatte jetzt herausgefunden, daß er mehr Steine im Buche stehen hatte als im Magazin vorhanden waren. Da stellte er den Meister zur Rede, da wies dieser auf den Bruch hin, und daß bei jedem Brande auch Steine kaput gingen. Da wußte sich der Buchhalter zu helfen und weil Lohnabzug beim besten Willen nicht mehr anging, da legte er etwas zu, nämlich

---

1) Hieran zeigt sich deutlich die Verschränkung der Lebens- mit den Arbeitsbedingungen.

2) In: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Bd. 1, S. 123 f.

5 Prozent, aber nicht etwa Geld, sondern 5 Prozent Steine, und erließ eine Verordnung, nach welcher künftig 5 Prozent Steine umsonst gemacht werden mußten, und sollten 105 Steine gleich 100 Stück gerechnet werden, und da bereits damals schon täglich 700 Steine mode waren, so mußte man jetzt für dasselbe Geld 735 machen. Für die kleinen Pfannensteine gabs noch 4 1/2 Sgr., aber die zog ich mit der Form von der Platte ab und setzte sie gleich aufs Brett, und so knallte ich 900 Stück davon fertig; aber nun mußten es 945 sein. Das konnte der Buchhalter alles allein und brauchte dazu weder Meisters noch Inschenjöhrs, aber einen Anschreiber, den mußte er haben. Aber was war da für eine Arbeit draus geworden, da wurde ja keine Frühstücks- und keine Mittagszeit mehr eingehalten! Kein Former ging mehr mittags nach Hause, sondern ließ sich das Essen bringen oder aß Brod. Sobald die Flöte Frühstück oder Mittag meldete, so klappten die Formen ruhig in ihrem Tempo weiter, bis nach 5 Minuten einer nach dem andern damit aufhörte, dann eilte man sich mit dem Essen, dann siebte man sich feinen Kies oder Sand aus und trug ihn herbei, soviel, wie man bis zur nächsten Mittagszeit zum Formen nöthig hatte, dann trug man die Bretter mit den Steinen ins Regal, die man sich vor Mittagszeit hatte abstempeln lassen, dann schüttete man sich seinen Wasserkasten wieder voll Wasser, und man holte sich ein paar Arme voll Bretter aus den Regalen heraus und stellte sie sich zum Gebrauch parat, und wenn keine leeren Bretter oder kein Platz mehr in den Regalen war, dann packte man die trockenen oder halbtrockenen Steine zur Seite, und bekam Platz und leere Bretter, aber mit solchen und andern Nebenarbeiten durfte man sich während der Arbeitszeit nicht einlassen, wenn man des Abends seine Anzahl Steine haben wollte. Wenn die Flöte halb zwei meldete, da hatte sie noch nicht ausge-tönt, da hatte man schon wieder den ersten Stein fertig, ganz ohne Meister und Inschenjühr, das hatte der Buchhalter allein fertig gebracht. Denn sonst konnte man nichts mehr verdienen; ja, Neulinge, die erst angefangen hatten und noch nicht fix waren, die aßen noch schneller, und formten den ganzen Mittag hindurch.

Hier ist die neue Situation für den Steinformer derart überwältigend, daß er sie widerspruchslos hinnimmt. In seinem Bericht ist kein Wort enthalten, das auf Möglichkeiten hinweist, wie das Anziehen der Akkordschraube teilweise verhindert, teilweise umgangen werden kann. Der Steinformer zieht sich letztendlich auf eine von der alten Handwerker-moral geprägte Haltung zurück, die Norm trotz Schwierigkeiten immer noch zu schaffen. Dabei bezieht der Steinformer die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Vorgabe teilweise auf mindere Qualifikation, hier hervorgerufen durch mangelnde Erfahrung der Neuen. Betrachtet man die heutigen Widerstandsformen der Arbeiter gegen die Akkordhetze, so scheint der damalige Former in seiner Verhaltensweise geradezu naiv zu sein. Diese 'Naivität' ist jedoch nur

der Ausdruck von Schwierigkeiten bei der Bewältigung von neuen, durch Kapitalrechnung bestimmten Situationen, deren Auftreten den ersten Industriearbeitergenerationen aufgrund ihrer - zwar abbröckelnden, aber im Kern immer noch vorhandenen - Eingebundenheit in die alten Normen der Beruflichkeit und Ganzheitlichkeit der Arbeit als unüberwindbar erscheinen mußten.

#### 2.2.1.5. Ernährung und EBgewohnheiten als Ausdruck der Veränderungen der Bedürfnisstrukturen

Geht man wieder zurück zur Beurteilung der Lohnreihen im allgemeinen, so muß zu den Lohnzuwächsen besonders nach 1860 jedoch zweierlei gesagt werden:

Zum einen hatten die Löhne um 1850 einen Tiefstand erreicht, so daß aus der alleinigen Betrachtung von Lohnreihen zunächst noch nicht viel über die tatsächlichen materiellen Verbesserungen der Lebensbedingungen gesagt werden kann. In diesem Zusammenhang taucht das Problem der Veränderung der Bedürfnisstruktur der Industriearbeiter und der Art der Befriedigung dieser Bedürfnisse auf. Die zwangsweise erfolgte Anpassung der Arbeiter an die neuen auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz herrschenden Bedingungen, an die damit verbundenen neuen Wohnformen, an den veränderten Lebensrhythmus usw. umfaßte auch die Anpassung an veränderte Bedürfnisse wie Essen, Kleidung, Wohnen etc. Die zu einem großen Teil an Eigenbedarfswirtschaften orientierten ersten Generationen der Industriearbeiter - die zu einem Teil diese Gewohnheiten durch Gartenbau und Kleintierhaltung noch aufgrund bestimmter Wohnbebauungen wie solcher bei Bergarbeitersiedlungen etc. in einem kleineren Rahmen weiterführen konnten (und aufgrund materieller Zwänge auch mußten) - waren gezwungen, andere Bedürfnisstrukturen zu entwickeln, die vorher so nicht gegeben waren. So war die Art der Kleidung wesentlich bestimmt von den Notwendigkeiten der industriellen Arbeit <sup>1)</sup>, ähnliches, wenn auch auf anderer Ebene, galt auch für das Essen. Hier muß

---

1) Zur Kleidung der Arbeiter siehe O. Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 354 - 358; P.Göhre, a.a.O., S.26 - 29 sowie M.Wettstein-Adelt: Dreieinhalb Monate als Fabrikarbeiterin, Berlin, 1893, S.15 - 17.

zunächst einmal die einseitige Ernährung genannt werden. Die Hauptmahlzeit (mittags oder abends) war nicht sehr vitaminreich und angesichts des eigentlich Notwendigen völlig unzureichend <sup>1)</sup>. H. Mehner hat in seinem schon mehrfach erwähnten Bericht über einen Leipziger Arbeiterhaushalt, dessen Mitgliedern es im Vergleich zu anderen Arbeiterfamilien noch recht gut ging, auch die Ernährung dieser Familie geschildert. Dazu muß bemerkt werden, daß eine erhebliche Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter erst nach der Jahrhundertwende erfolgte, die Schilderung dieses '1880er' Haushaltes zeigt in beeindruckender Weise, wie ausgelaugt die Arbeiter und deren Familien auch von der unzureichenden und zum Teil minderwertigen Nahrung waren:

Auf das Schwarzbrot, welches also nicht etwa dem Kaffeebrötchen der Reichen entspricht, sondern die Tagesnahrung außer Kartoffeln darstellt, gibt es Butter, bei den Kindern weiter nichts als Butter. Die Familie braucht wöchentlich vier Brote zu je acht Pfund im Preise von 88 Pfennigen, das heißt das Doppelte, wie begüterte Familien von gleicher Kopffzahl verzehren. Semmel oder Weißbrot wird wochentags nicht zum ersten Frühstück genossen, sondern Schwarzbrot, niemals gibt es zum Kaffee Zucker oder Milch. Vor dem Gange nach der Fabrik wird der Kaffee eingenommen. Der Kaffee- genuß kehrt täglich noch dreimal wieder. Das ist derjenige Genuß, welchen der wässerige Aufguß von wöchentlich 1/4 Pfund Kaffee zu 30 Pf und 1 Liter Gerste zu 20 Pf gewähren kann. ... Die Nahrung der Kinder besteht während der Abwesenheit der Eltern wie erwähnt hauptsächlich in Brot mit Faßbutter; manchmal kocht das Mädchen mittags Kartoffeln, zuweilen auch etwas Wassersuppe. Nur wenn die Schänkwirtin dem Mädchen für kleine Dienste etwas übriggebliebenes Mittagessen geschenkt, oder wenn die beiden älteren Kinder von einer splendiden Kegelgesellschaft einen kleinen Imbiß bekommen haben (gewöhnlich ein Brötchen mit einem Groschenstückchen Blutwurst), wird hierdurch am Tage darauf die Mittagsmahlzeit der Kinder durch eine Fleischzulage verbessert.

---

1) Die unzureichende Ernährung kommt u.a. in dem 'Kartoffellied' oder 'Kartoffelgebet' der Arbeiter zum Ausdruck:

Vater, Sohn und heiliger Geist,  
Kartoffeln in der Früh',  
des Mittags in der Brüh',  
des Abends mitsamt dem Kleid,  
Kartoffeln in alle Ewigkeit.

zitiert nach Moritz Theodor William Bromme: Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters, hrsg.v. Paul Göhre, Jena und Leipzig, 1905, S.2.

2) H.Mehner, a.a.O., S. 313-315, 316 f.



Zum Mittagessen haben Mann und Frau eine Stunde freie Zeit. Dasselbe besteht aus Brot und Butter und der anderen Hälfte der für die 10 Pf erhaltenen Mengen Käse oder Wurst. Dazu spendet der erwähnte Kessel wieder Wasser zu einem Topfe Kaffee. Da der Ausdruck '10-Pfennig-Wurst' zu unbestimmt ist, um dem Manne in der Studierstube eine bestimmte Vorstellung von der Tagesration des Mannes in der Knochenstampfe zu geben, habe ich dieselbe durch gewissenhafte Durchschnittsermittlung gewogen und gemessen (letzteres durch Wasserverdrängung im Meßglas). Ich fand das Gewicht des 10 Pfennigstückchens, welches die Leute teilen, zu 63 Gramm, ein Achtel Pfund, das Volumen zu 60 bis 61 Kubikzentimeter, oder in populärem Maße ausgedrückt: das täglich vom Manne verzehrte Stück Wurst ist noch nicht so groß wie drei Viertel von einer Jönköpings-Streichholz-Schachtel ( $1,9 \times 3,8 \times 6 = 43$  Kubikzentimeter). Davon macht er zwei Mahlzeiten. ... Früher hatten die Arbeiter zu jeder Mahlzeit warmen Kaffee, sie stellten sich denselben am Feuer der Knochendarre her, was freilich dort durch Störung des Zuges zu Wärmeverlusten führte. Jetzt müssen sie im Winter den wärmenden Trank oft schwer entbehren. Sie befinden sich meist im ungeheizten Raume, die Weiber stehen auf eisigem Pflaster und arbeiten mit den Händen in den nassen kalten Knochen umher, zum Teil im Zugwinde. Oft zittern und beben sie am ganzen Leibe. Als einmal eine Anzahl Weiber zum Vesper in der früheren Weise Kaffee machen wollte, verfielen sie in empfindliche Geldstrafen. ... Das Abendbrot im Hause ist bei den Leuten die warme Hauptmahlzeit, sie soll das Mittagbrot ersetzen. Sie besteht in der Hauptsache aus mit der Schale gekochten Kartoffeln; sie glauben, daß sie die Woche 'drei Metzen gut' davon gebrauchen. In den letzten drei Wochen haben sie 1 Zentner aufgegessen, also wöchentlich dem Gewichte nach ungefähr so viel als Brot. Als Zuspreiße genießen sie zweimal in der Woche je einen Hering zu 10 Pfennig; einmal kaufen sie für 10 Pfennig Quark, der von ihnen auf  $5/4$  Pfund geschätzt wird.

Trotz der unzureichenden Ernährung kann davon gesprochen werden, daß das Problem der Hungersnöte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland (abgesehen von einigen Regionen) überwunden war. Die jahrhundertlang immer wiederkehrenden schweren Ernährungskrisen infolge von Mißernten, Viehseuchen, Kriegen oder anderen Versorgungsschwierigkeiten aufgrund wenig entwickelter extensiver Landwirtschaft und ungenügender Transportsysteme gehörten - in dieser Verallgemeinerung - der Vergangenheit an <sup>1)</sup>.

Das späte 19. Jahrhundert wird auch als 'Periode der Nahrungs-

---

1) Vgl. H.J.Teuteberg: Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert, in: Ernährung und Ernährungslehre im 19. Jahrhundert, hrsg. v.W.Artelt u.a., Göttingen 1976, S. 205 - 287, im folgenden zitiert als: Nahrung, S. 281 f.

revolution' bezeichnet - und dies nicht nur, weil der Hunger als Geißel der Menschheit (der in der existentiellen und auch subjektiv erfahrenen Bedrohung als gleichgewichtig neben den anderen großen Bedrohungen wie Krieg und Seuchen - Pest, Cholera - erfahren wurde) endgültig in Deutschland verdrängt wurde, sondern weil sich auch die Eß- und Nahrungsgewohnheiten infolge der Industrialisierung für die gesamte Bevölkerung grundlegend geändert hatten.

Es ist von Bedeutung, gerade auch die Veränderung der Nahrung im Zuge der Durchsetzung der Großen Industrie zu diskutieren, um den gewaltigen Umbruch, dem sich größte Teile der Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit ausgesetzt sahen und der einen radikalen Bruch mit dem bisher Gewohnten und Erlebten (das keineswegs als uneingeschränkt positiv empfunden wurde) darstellte, zu verdeutlichen.

Denn die Nahrungs- und Eßgewohnheiten als eine der grundlegenden Voraussetzungen menschlicher Existenz sind unmittelbarer Ausdruck ökonomischer und kultureller Entwicklungen.

Die Darstellung der Mieten und allgemeinen Wohnbedingungen und die finanziellen Belastungen des jeweiligen Haushaltsbudgets nimmt in vielen Untersuchungen einen sehr viel breiteren Raum ein als die Nahrungsmittelausgaben - obwohl wir wissen, daß die Ausgaben für die Ernährung des größten (unvermögenden und unterprivilegierten) Teils der Bevölkerung im Rahmen der Gesamtaufwendungen eines Haushaltes bei weitem im Vordergrund standen.

"Die Ausgaben für Fleisch, Fett, Brot, Alkohol, Zucker usw. bestimmten die wirtschaftliche Situation einer Familie. Erst im großen Abstand folgten dann die Kosten für Miete, Feuerung, Licht, Kleidung und sonstige Lebensbedürfnisse" <sup>1)</sup>.

So betrug der Anteil der Nahrungskosten an den Gesamtaufwendungen für die Lebenshaltung der proletarischen Bevölkerungsteile zumindest bis 1880 je nach Einkommen, Familiengröße und Ansprüchen zwischen 50 und 80 Prozent des Gesamteinkommens <sup>2) 3)</sup>.

---

1) H.J.Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S.207.

2) Vgl. ebenda, S. 223.

3) Eine genaue Aufschlüsselung der gesamten Haushaltsausgaben eines mittleren oberschlesischen Haushaltes pro Monat unter Hinzuziehung unterschiedlicher Untersuchungen gab L.v.Wiese: Beiträge zur Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der Roh-

Erst mit allgemein steigenden Löhnen und Haushaltseinkommen sank der Anteil relativ - eine ebenso triviale wie allgemeine Feststellung, die noch nichts über die Ernährung als solche und die Ernährungsgewohnheiten als Ausdruck ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandels aussagt.

Bemerkenswert ist, daß auch die Ernährungsgewohnheiten trotz der Durchsetzung der Großen Industrie und der damit verbundenen Anforderungen immer noch sehr stark von agrarischen Normen geprägt wurden - und dies nicht nur, weil 1867 (1890) rund 52 (43) % aller Erwerbstätigen in einer im Zuge der Kapitalisierung und Intensivierung immer arbeitsteiliger produzierenden Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigt waren. So wurden nach der ersten verlässlichen gesamtdeutschen Wirtschaftsstatistik um 1860 zwei Drittel aller Brote in Deutschland zu Hause gebacken <sup>1)</sup>, das heißt also, daß die Verzahnung zwischen Stadt und Land aufgrund des Pendlerwesens, der saisonalen Wanderungen, der Ansiedlungspolitik vieler Unternehmen in ländlichen Gebieten, der Orientierung der ersten Industriearbeitergenerationen an althergebrachten Gewohnheiten etc. noch sehr stark war und lange Zeit fortbestand.

Fortsetzung von Fußnote 3) der Seite 396:

zinkfabrikation. Jena, 1903, S. 56:

|                                                  | für<br>Nah-<br>rung<br>Mk. | % der<br>Ges.-<br>Ausg. | für<br>Klei-<br>dung<br>Mk. | %    | für<br>Woh-<br>nung<br>Mk. | %    | Beheiz.<br>Be-<br>leuch-<br>tung<br>Mk. | %   | über-<br>haupt<br>Mk. |
|--------------------------------------------------|----------------------------|-------------------------|-----------------------------|------|----------------------------|------|-----------------------------------------|-----|-----------------------|
| Nach Sol-<br>ger i. Stein-<br>kohlenrevier       |                            |                         |                             |      |                            |      |                                         |     |                       |
| 1860                                             | 20,35                      | 56,8                    | 10,00                       | 27,9 | 5,00                       | 13,9 | -                                       | -   | 35,85                 |
| N. Solger i.<br>metall. Re-<br>vier 1860         | 17,80                      | 58,6                    | 8,05                        | 26,5 | 4,00                       | 13,2 | -                                       | -   | 30,35                 |
| N. Frief,<br>Mitteilg.<br>v. sachk.<br>Seite '76 | 67,50                      | 67,5                    | 17,00                       | 17,0 | 5,00                       | 5,0  | 1,80                                    | 1,8 | 100,00                |
| Frief, Re-<br>sultat d.<br>Enquete<br>1876       | 43,17                      | 61,7                    | 11,00                       | 15,7 | 5,00                       | 7,1  | 3,17                                    | 4,5 | 70,00                 |
| Kuhna<br>1891                                    | 72,86                      | 72,4                    | 15,53                       | 15,4 | 5,81                       | 5,8  | 5,30                                    | 5,3 | 100,62                |

1) Vgl. H.J. Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S. 224.

Es ist interessant zu wissen, daß trotz wesentlicher Ansätze zur Neuordnung der Eßgewohnheiten die mittägliche Hauptmahlzeit im allgemeinen bestehen blieb, obwohl an sich die Erfordernisse der industriellen Produktion die allgemeine Verlegung der Hauptmahlzeit auf den Abend verlangte <sup>1)</sup>. Mit dem Beharren auch der Industriearbeiter auf der alten Mahlzeitenordnung blieb die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts bestehende Orientierung der 'Unterschichten' an den Gewohnheiten der Handwerker und Kleinbürger ungebrochen.

Dabei führten die Imitationsprozesse, die grundsätzlich in die gleiche Richtung zielten (nämlich Nachahmung eines anderen, als besser empfundenen Lebensstils) in der ersten und zweiten Hälfte

---

1) L.v.Wiese hat in seiner Zinkhüttenstudie die Speisezetteln von vier typischen Arbeiterfamilien in Oberschlesien (1890/91) wiedergegeben, die allesamt den Mittag als Zeitpunkt zum Einnehmen der Hauptmahlzeit ausweisen, und in denen sich spezifisch deutsche Entwicklungen im Vergleich zu England, Frankreich, Italien etc. (hier wird die Hauptmahlzeit am Abend eingenommen) nachweisen lassen (L.v.Wiese, a.a.O., S.53 f):

1. Familie

Frühstück: Kaffee und Butter- oder Fettbrot.

Mittagessen: Kartoffeln und Buttermilch (oder Suppe mit Graupen - Schweinefleisch und Sauerkraut).

Abendessen: Reste vom Mittagessen und Kaffee mit Butter- oder Fettbrot. (Der Hausvater nimmt sich in die Arbeit Kaffee und Fettbrot mit).

2. Familie

Frühstück: Kaffee und Fettbrot (am Freitag Butterbrot).

Mittagessen: Zur, Kartoffeln, Sauerkraut (oder Klöße) und Schweinefleisch.

Abendessen: Kaffee und Fettbrot.

3. Familie Für den Mann Kaffee und Fett- oder Butterbrot, für die anderen Familienmitglieder Zur und Kartoffeln.

Frühstück: Suppe mit Reis oder Graupen, Kraut mit Kartoffeln und Fleisch.

Mittagessen: Suppe mit Kartoffeln, Fleisch, Sauerkraut und Erbsen.

Abendessen: Reste vom Mittagessen und Kaffee mit Fettbrot.

4. Familie

Frühstück: Für den Mann und die Kinder Kaffee und Fett- oder Butterbrot, für die (kränkliche) Frau Wassersuppe.

Mittagessen: Zur mit Kartoffeln, Sauerkraut und Fleisch (oder Suppe mit Reis oder Graupen, Kraut mit Kartoffeln und Fleisch). Sonntags statt Sauerkraut Klöße.

Abendessen: Reste vom Mittagessen und Kaffee mit Fettbrot. (Freitags Heringe mit Pellkartoffeln).

Interessant dabei ist die zum Teil unterschiedliche Ernährung von Mann und Frau, die nicht allein der Tatsache geschuldet war, daß der Mann die schwerere Arbeit zu leisten hatte, sondern auch dem tradierten gesellschaftlich bestimmten Rollenverständnis.



des 19. Jahrhunderts zu sehr ungleichen Resultaten. Zunächst einmal vertiefte die eintönige Not- und Surrogatkost die sozialen Gegensätze in ihrem Ausdruck, um später (und vor allem mit der Jahrhundertwende) zu einer gewissen (allerdings sehr begrenzten Weise) Annäherung von Arbeiter- und Bürgerkost zu führen <sup>1)</sup>.

Dabei spielte zunehmend der Fleischkonsum eine Rolle. Um 1880 standen die Ausgaben für Fleisch und Fleischprodukte bei den Ausgaben einer Arbeiterfamilie an erster Stelle, sie machten ein Viertel bis ein Drittel aller Nahrungskosten aus <sup>2)</sup>. Es folgten die Ausgaben für Brot, Mehl, Back- und Teigwaren, die ein Fünftel bis ein Viertel der Nahrungsausgaben erreichten. Danach folgten Fette bzw. Milch und Zucker. Kartoffeln, die mengenmäßig im Verbrauch die größte Rolle spielten (siehe das 'Kartoffellied' der Arbeiter), belasteten mit rund 2 % der Nahrungsausgaben nur relativ gering den Familienhaushalt - eben der entscheidende Grund für die hervorragende Stellung der Kartoffel im mengenmäßigen Verbrauch. Neben der Kartoffel stellten Brot, Hülsenfrüchte, Kaffeesurrogate, Mehlspeisen und Suppen noch die Hauptanteile der Arbeiternahrung. Wurst tauchte verhältnismäßig oft in den Haushalten auf, aber immer nur in sehr geringen Mengen. Fleisch wurde ebenfalls in nur sehr geringen Mengen ein- oder höchstens zweimal in der Woche gekauft. Insgesamt kann gesagt werden, daß die Ausgaben für Kartoffeln und Brot bei den Lohnabhängigen und pauperisierten Schichten eine zwei- bis dreimal größere Rolle spielten als bei Leuten mit höherem Einkommen.

Die Veränderungen der Zusammensetzung der Nahrung, wie sie sich im späten 19. Jahrhundert etwa im Vergleich zu Beginn des gleichen Jahrhunderts ergaben (so etwa Fleisch, Kartoffeln, Surrogate (besonders bei Kaffee)), waren neben einer deutlichen Einkommensverbesserung im späten 19. Jahrhundert auch ausgesprochenen Notwendigkeiten geschuldet. So wurde die als Viehfutter und Notnahrung eindringende Kartoffel rasch und allgemein akzeptiert <sup>3)</sup>. Auch die schnelle Verbreitung des Kaffee-Ersatzes muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die trotz Einkommensverbesserungen immer noch existentielle Not der proletarisierten Bevölkerungs-

1) Vgl. G.Wiegelmann: Tendenzen kulturellen Wandels in der Volksernährung des 19.Jahrhunderts, in: Ernährung und Ernährungslehre im 19.Jahrhundert, hrsg.v.W.Artelt u.a., Göttingen, 1976, S.11-21, S.17.

2) Vgl. im folgenden: H.J.Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S.230 f.

3) Vgl. im folgenden: G.Wiegelmann, a.a.O., S.18 f.



teile diktierte eine gewisse Konstanz (und im übrigen auch Eintönigkeit) der Kost, die eben keine Fixierung eines einmal gewonnenen Prestigeniveaus war, sondern eine von der Not diktierte Gleichförmigkeit. Diese Konstanz erzeugte eine Spannung, die sich im periodischen Alkoholgenuß (von dem noch zu sprechen sein wird) und in der steten Bereitschaft, schnell neue, billig verfügbare Speisen zu übernehmen, entlud. Insofern läßt sich auch die Imitation bürgerlicher Kost- und Mahlzeitenformen durch die Arbeiter erklären, die eben nur zum Teil etwas mit dem Versuch des Prestigegewinns bei langsam steigenden Einkommen zu tun hatte, zu einem größeren Teil jedoch mit der Tatsache, daß diese langsame Verbesserung nicht von einem mittleren Einkommensniveau erfolgte, sondern aus allergrößter Not.

Denn die gegen Ende des 19. Jahrhunderts ansteigende Zahl der Surrogate und deren rascher Gebrauch durch die Arbeiter ist vor allem vor dem Hintergrund der enormen Abhängigkeit der Ausgaben der Nahrung von den jeweiligen Preissteigerungen zu sehen. So kann beobachtet werden, daß in der Fischfangsaison sich plötzlich die Mahlzeiten der Arbeiterfamilien grundlegend veränderten - durch die Verbilligung des Herings gegenüber anderen Lebensmitteln wurde dieser zu einem wichtigen Teil der Nahrung. Preisverringerungen waren jedoch die Ausnahme. Gerade gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgten immense Preissteigerungen für Lebensmittel <sup>1)</sup>. Diese Preissteigerungen berührten die Haushalte in diesem Zeitraum erheblich stärker als sie es zum Beispiel in den 1860er Jahren getan hätten. Denn aufgrund des zu jener Zeit herrschenden hohen Anteils an Eigenproduktion war man gegen die Schwankungen des Marktpreises noch relativ immun, während ab den 1880er Jahren jede Teuerung der Nahrungsmittel direkt das Familieneinkommen belastete.

Da dieses Familieneinkommen relativ gering war, zwang der beständige Mangel an Bargeld, der im übrigen auch darauf zurückzuführen war, daß die ersten Industriearbeitergenerationen den Umgang mit Geld als Entlohnung lernen mußten, zur Aufnahme von Borgschulden oder zum Kauf von kleinen und kleinsten Gütermengen,

1) So betrugen zum Beispiel die Lebensmittelpreissteigerungen zwischen 1890 und 1912 etwa 40%; vgl. H.J.Teuteberg:Nahrung, a. a.O., S.235. Der Deutsche Metallarbeiterverband ließ eigens zur Feststellung der Lebensmittelpreissteigerungen eine umfassende Umfrage seiner Mitglieder 1909 erfolgen, s.Deutscher Metallarbeiterverband (Hrsg.): 320 Haushaltsrechnungen, 1909, zitiert nach H.J.Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S. 236 ff.

was das Familieneinkommen noch weiter belastete. So schrieb schon 1844 Friedrich Harkort <sup>1)</sup>:

Das ist der Fluch, der auf der Armut ruht, daß sie sogar gegen Geld schlechte(re) Qualität, Maß und Gewicht empfängt als der Reiche. Die Wohnung der Armen ist kälter, seine Kleider sind dünner und schlechter, und dennoch muß er das Brennmaterial ungleich teurer bezahlen als der Wohlhabende!

Dies traf die Haushalte, die einen Teil ihrer materiellen Bedürfnisse noch durch die Ergebnisse der Eigenbedarfswirtschaften befriedigen konnten, nicht in dem Maße.

Bestätigt wurde diese Behauptung eines erheblichen Anteils der Eigenproduktion in der ersten Phase der Durchsetzung der Großen Industrie neben anderem durch die schon erwähnte Untersuchung H. Matzeraths über die Industrialisierung Rheydts und Rheindalens <sup>2)</sup>. Er stellt unter anderem am Beispiel des erheblich vermehrten Ziegenbestandes <sup>3)</sup> (in Rheindalen von 181 in 1831 über 560 in 1861 auf 591 in 1871, danach absinkend; in Rheydt von 151 in 1831 auf 897 in 1861, danach absinkend) fest, daß in der frühen Phase der Industrialisierung ein hoher Anteil der in der Industrie Beschäftigten kleine Parzellen bewirtschaftete und Vieh hielt.

Gerade diese Form der Existenzsicherung - die noch die später zu diskutierende saisonal abhängige räumliche Mobilität der Arbeiter vom Land in die Stadt und umgekehrt mit einschloß - kompensierte einen Teil des materiellen Drucks des industriellen Kapitalismus, indem die Versorgungsmängel durch die Produktion von Eigenbedarf zumindest zum Teil notdürftig behoben werden konnten. Darüberhinaus verlängerten diese Wohn- und Arbeitsformen noch das Festhalten der industriellen Lohnarbeiter an gegebenen agrarisch-handwerklichen Traditionen und erschwerten -

---

1) F.Harkort: Bemerkungen, a.a.O., S. 55. Vgl. dazu D. Clapowitz: The Poor Pay More. Consumer Practices of Low-Income Families, New York, 1963.

2) Vgl. H. Matzerath, a.a.O., S. 38.

3) Das Halten gerade von Ziegen und auch Schweinen (bei denen Matzerath die gleiche Tendenz feststellte) war geradezu 'klassisch' für viele städtische Arbeiterhaushalte, da diese Tiere sowohl die Küchenabfälle verwerteten (Schwein), als auch als äußerst genügsam galten und wenig Auslauf brauchten und darüberhinaus wesentliche Bedürfnisse hinsichtlich des Fleisch-, Milch- und Käsebedarfs zumindest zum Teil befriedigten.

so paradox dies angesichts der eben erwähnten materiellen Existenzsicherung durch Produktion von Eigenbedarf klingen mag - eine angemessene Verarbeitung der eigenen Situation und Position.

Erst mit der zunehmenden Industrialisierung, die immer weniger Platz für landwirtschaftlichen/handwerklichen Nebenerwerb bot - sei es aus räumlichen Gründen (der knapper werdende Raum in den Städten verlangte einen Mietskasernenbau statt verstreuter Wohnhäuser), sei es aus den stärker werdenden Anforderungen einer auf Kontinuität und Disziplin aufbauenden Industriearbeit (die nun nicht mehr in dem Maße wie vorher auf die - saisonalen und anderen - Bedürfnisse einer landwirtschaftlichen Nebenproduktion Rücksicht nehmen konnte) -, sank der Anteil der Eigenproduktion zur Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse erheblich.

Gerade die minderbemittelten Familien waren dann gezwungen, auf minderwertige Surrogate der Hauptnahrungsmittel auszuweichen. Dieses war vor allem mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik in den späten 1870er Jahren der Fall, als zuerst die ohnehin schon teuren Nahrungsmittel Fleisch und Brot im Preis anzogen. Das Ausweichen auf die weniger geschmacksanreizende und schwerer verdauliche Pflanzenkost oder/und die Konsumtion billigerer Surrogate bzw. minderwertiger Formen der Hauptnahrungsmittel wurde nun als ein Unterschreiten des Existenzminimums empfunden <sup>1)</sup>.

Überhaupt muß angemerkt werden, daß trotz einer deutlichen Verbesserung der Ernährungssituation großer Teile der Bevölkerung die Ernährung alles andere als optimal im Sinne der Gesundheit und der neuen Anforderungen der industriellen Arbeit war.

Gerade die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen mußten eine unzureichende Kost zu sich nehmen. Minna Wettstein-Adelt schrieb aus ihrer Zeit als Fabrikarbeiterin <sup>2)</sup>:

Wir hatten in allen Fabriken einen sogenannten Speisesaal, einen großen, im Souterrain gelegenen feuchtkalten Raum mit nackten Wänden und Steinboden, in dem eine Reihe der primitivsten hölzernen Bänke vor ebensolchen Tischen standen. Im Hintergrunde dieses "Saales" steht ein riesiger alter Herd, auf dem eine meist sehr unappetitlich aussehende Frau den Arbeiterinnen das von Hause mitgebrachte Essen wärmt.

1) Vgl. H.J.Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S. 235.

2) M. Wettstein-Adelt, a.a.O., S. 13 - 15.

Die meisten bleiben über Mittag in der Fabrik, nur wenige der verheirateten Frauen, wohl solche mit kleinen Kindern, eilen heim, um Punkt 1 Uhr abgehetzt und weniger erholt als vor der Mittagspause an die Arbeit zu gehen.

Kaum ertönt die Fabrikuhr in ihren so heiß ersehnten zwölf Schlägen, so wird wie durch einen Zauberschlag alles still; mit einem letzten keuchenden Aufpusten stehen die Maschinen und die Triebräder unbeweglich da. In den ersten Tagen erschrak ich jedesmal von der Stille, die im Saale herrscht, nach jenem nervenzerrüttendem sechsstündigen Gerassel, Gepolter und Geschrei.

Dann eilen alle hinab, um ihr Essen zuerst aus dem heißen Herd heraus zu erbeuten; bei schönem, sonnigen Wetter setzten wir uns zur Mittagsmahlzeit in den Hof, auf den Erdboden, auf eine Wagendeichsel, eine alte Tonne oder Kiste, kurzum auf das, was uns gerade erreichbar war.

Der Hauptkontigent hatte nichts weiter, denn einen Topf Kartoffeln oder Reisbrei mit, etliche hatten Nudeln, Graupen oder Erbsen; Fleisch habe ich in der ganzen Zeit auch nicht bei einer einzigen gesehen. Diejenigen, die den größten Luxus trieben, aßen zu ihren Kartoffeln zwei Eier oder einen Häring, aber auch dies nur am Zahltag. Ein sehr beliebtes Essen bildete ferner trockenes Kommisbrot und eine saure Gurke; die Mädchen verzehrten unglaubliche Quantitäten dieses Brotes und teilten die Gurke gewöhnlich so ein, daß sie noch zur Vesper langte; auch wurde viel Kartoffelsalat gegessen, der keine weiteren Zuthaten aufweisen konnte, denn Essig und Zwiebeln. Als Getränk figurierte Milch, Buttermilch und Kaffee, ein gräulich riechender grünlicher Aufguß von Cichorie. In den letzten Tagen vor der Löhnung wurde zur Mittagsnahrung vielfach nur solcher Kaffee mit Kommisbrot genossen, auf das die meisten ungeheure Quantitäten Salz streuten.

Merkwürdig aber ist es, daß die meisten ihr Brot lieber trocken essen, ehe sie Schmalz darauf streichen, wie es doch in den besten Berliner Bürgerkreisen Sitte ist. Wenn sie das Geld zur Butter nicht erschwingen können, so essen sie ihr Brot, wie schon erwähnt, mit Salz oder Zucker bestreut. Bei solcher Nahrungsweise und bei der schweren Arbeit ist es nicht zu verwundern, daß die Mädchen in der Frühstücks- und in der Vesperpause die gleiche Menge Brot verzehren, wie Mittags.

Ich habe auch in Arbeiterfamilien gegessen; die Nahrungsweise war die gleiche, wie im Fabriksaal bei den Mädchen, womöglich wurde sie noch hastiger, mürrischer und unzufriedener eingenommen, je mehr Kinder vorhanden waren, die nicht genug bekommen konnten.

... Keine Arbeiterin bekennt sich zum Vegetarismus, sie würden alle gern Fleisch essen, wenn sie die Mittel dazu hätten.

Ich habe das mit Genugthuung beobachtet; denn wenn die Arbeitenden zur Mittagsmahlzeit eine Fleischquantität bekämen, derjenigen der Soldaten gleich, so würden sie nicht beständig so hungrig sein, immer bereit, neue Berge von Brot und Kartoffeln zu verzehren.

Die unzureichende Ernährung war zu einem großen Teil der eben



beschriebenen, nach wie vor herrschenden materiellen Notsituation geschuldet, zu einem anderen Teil aber auch noch dem Festhalten an den tradierten Vorstellungen über gesunde und zuträgliche Kost. Denn der noch zu geringe Verzehr von Fisch, Frischgemüse, Obst und Milch war auch noch - neben dem fehlenden Geld - in den überlieferten Nahrungsvorurteilen zu suchen <sup>1)</sup>. So hätten beispielsweise Milch anstelle von Zichorienkaffee, Frischgemüse anstelle von Hülsenfrüchten, eine feste Mehlsuppe anstelle von Bier den Speisezettel wesentlich verbessern können. Das wurde aber zum Teil verhindert durch Angst vor Vergiftungen und Krankheiten, Abneigung vor zu langen Zubereitungszeiten (die ja auch begründet war), traditionelle Kochgewohnheiten und Kücheneinrichtungen, mangelnde Marktübersicht etc. Die 'schwere Hausmannskost', die die Arbeiterfrauen ihren Männern kochten, und die diese dann während der Mittagspause in den 'Henkelmännern' verzehrten, entsprach mehr den Ernährungsbedürfnissen der Handwerker und in der Landwirtschaft Tätigen, aber keineswegs jenen von Industriearbeitern, die bei ständig sitzenden oder stehenden Tätigkeiten in lärm- und stauberfüllten, oft überheizten Räumen neben der physischen auch einer erheblichen psychischen Beanspruchung ausgesetzt waren, die einer leichteren Kost bedurft hätte, möglichst in kleineren Portionen mehrmals am Tag eingenommen. Dabei ist aber auch anzumerken, daß gerade die kapitalistische Arbeitsorganisation eine mehrmalige Unterbrechung der Arbeit zur adäquaten Nahrungsaufnahme nicht zuließ.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die im späten 19. Jahrhundert steigenden Reallöhne keinesfalls zu einer angemessenen Ernährung führten, was neben dem Festhalten an den tradierten Nahrungsgewohnheiten auch an der immer noch mangelhaften materiellen Situation der Arbeiter lag. Dabei litten gerade die Frauen und Kinder unter dieser mangelhaften Zusammensetzung der Ernährung. Der Mann als Haupternährer (obwohl in vielen Fällen die Frau auch noch mitarbeitete und daneben noch den Haushalt und die Kinder zu versorgen hatte, was ja auch Kraft kostete) bekam in der Regel die qualitativ besseren Teile des Essens und wurde auch sonst bei der Nahrungsmittelhaushaltsbudgetierung eindeutig bevorzugt - bestes Beispiel dafür war der Bierkonsum. Obwohl für das Bier in einem Arbeiterhaushalt um 1880 rund das Dreifache - gemessen an den Ausgaben für Kartoffeln - ausgegeben wurde

1) Vgl. H.J.Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S.285 f.



(6 - 7% der Nahrungsmittelausgaben), war der Hauptnutznießer dieser Ausgaben der Mann, der das Bier auch in der Funktion als Kalorienzuführer genoß. Daneben jedoch war der Alkoholgenuß Ausdruck von ökonomischen, und in der Familie und am Arbeitsplatz erlebten, nicht aufgearbeiteten, Spannungen, die in bestimmten - zum Teil immer wiederkehrenden - Situationen sich entluden. Es ist festzuhalten, daß mit steigendem Reallohn auch der Alkoholkonsum stieg. Hinsichtlich des Bierkonsums, fast ausschließlich eine Sache von Männern, müssen allerdings auch dessen Arbeitsbedingungen mit berücksichtigt werden. In den Fabriken war es oft sehr heiß und staubig, so daß der dabei auftretende Durst über den normalen Rahmen hinausging und das konsumierte Bier nach kurzer Zeit wieder ausgeschwitzt wurde. Daneben gab es Betriebe mit ekelhaften Gerüchen und giftigen Gasen, in denen Alkohol - dann vornehmlich Schnaps - als Heilmittel getrunken wurde <sup>1)</sup>. Andererseits jedoch waren auch die Frauen, die erwerbstätig waren, sehr schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt - man denke nur an die giftigen Dämpfe in den Färbereien und die Hitze in den Textilmanufakturen und -fabriken, der die dort Arbeitenden mit leichterer Bekleidung zu begegnen versuchten, was im übrigen ständige moralische Entrüstungen großer Teile des Bürgertums über den Zerfall der Sitten veranlaßte. Trotz dieser ähnlichen Arbeitsbedingungen war den Frauen der Bierkonsum durch die Rollenteilung weitgehend verwehrt.

Gleiches galt auch für hochprozentigen Alkohol. Schnaps blieb den Männern vorbehalten, Frauen durften ihn allenfalls ausschenken, so zum Beispiel in den berühmten Schnapskasinos, die im Ruhrgebiet neben jedem Schacht existierten, und die ein wesentlicher Ausdruck der Lebensweise der Bergarbeiter waren.

Insgesamt kann zum Alkoholkonsum (sowohl als Nahrungersatz als auch als Droge) gesagt werden, daß der Kauf von Alkohol in dieser Dimension erst möglich wurde durch den Geldlohn <sup>2)</sup> und daß

---

1) Zu den Arbeitsbedingungen als Begründung des Alkoholkonsums siehe O.Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 412 f.

2) Hinzu kam die erst im 19. Jahrhundert erfolgte industrielle Produktion und Verbreitung von Kartoffelschnaps, mit dem namentlich die ostelbischen Junker im Zuge der Industrialisierung und Kapitalisierung der (Groß)landwirtschaft eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit herbeiführten.

übermäßiger Alkoholkonsum auch (nicht nur, und auch nicht in erster Linie) darauf zurückzuführen war, daß die Lohnarbeiter anfangs erhebliche Schwierigkeiten hatten, ihre Bedürfnisse mittelbar durch das Geld befriedigen zu müssen (dazu im Anschluß hieran genauere Ausführungen).

Nun war Alkohol aber nicht nur Nahrungersatz und Droge zur Bewältigung der schier unlöslichen Probleme im Arbeits- und Privatbereich, sondern diente darüber hinaus (mit ersteren natürlich zusammenhängend) auch zur sozialen Kontaktaufnahme <sup>1)</sup>, zur

---

1) Wie sich Alkohol in seiner Funktion als Droge sinnfälligerweise und natürlich zur sozialen Kontaktaufnahme und auch zur Befriedigung sexueller Bedürfnisse anpaßt, schildert Paul Göhre in seinen Erinnerungen über die Freizeitvergnügungen, speziell die Tanzvergnügen, der Chemnitzer Arbeiterbevölkerung (P.Göhre, a.a.O., S. 202-205):

"Ich habe in Chemnitz fast jeden Sonntag einen oder mehrere, im ganzen acht bis zehn besucht. Es gibt feinere und gewöhnliche. Der Schlimmste, den ich kennenlernte, war die Kaiserkrone in Chemnitz, vom Volke sehr bezeichnend der 'blutige Knochen' genannt. Denn hier gehörte Keilerei und Tanzvergnügen wie in jenem Gassenhauer wirklich zusammen. Hier verkehrte das ärgste Gesindel, Huren und Fabrikdirnen niedrigster Sorte und ihre Zuhälter mit jungen Fabrikarbeitern und vielen Soldaten der Chemnitzer Garnison. Ich war mit einem Arbeitskollegen knapp eine Stunde dort. Und wie viele Male sind wir in dieser kurzen Zeit trotz unseres unauffälligen Sonntagsgewandes namentlich von den Weibern mit ihren frechen Gesichtern in der unflätigsten Weise und mit allen ihren Körperteilen angerempelt worden! Da muß man dann schließlich entweder so wie sie selbst mittollen und mit gemein sein, oder man bekommt Händel und darauf Schläge. Wir gingen beiden Möglichkeiten zeitig genug aus dem Wege, indem wir uns wieder entfernten.

Das Gegenteil von diesem Saale war das 'Kolloseum' in Kappel. Es war der vornehmste von allen, die ich gesehen habe, durch die Ausstattung und den Umfang des Saales, die Musik, die da aufspielte, das Publikum, das ihn besuchte. Hier fanden sich nicht nur die gutgelohnten Schlosser und Dreher unserer Fabrik, sondern viele junge Kauflleute und auch - wie man mir versicherte - Referendare und Offiziere in Zivil zusammen. Und vom weiblichen Geschlecht traf man allerhand Ladenmädchen und Verkäuferinnen, aber auch feinere Huren, dagegen wenig Dienst- und Fabrikmädchen. Es ging wirklich beinahe wie auf einem Balle zu. Die Damen in modernster, oft kostbarer, fast immer geschmackvoller Toilette, und viele schöne Menschenkinder unter ihnen; die Herren meist in ebenso eleganten Anzügen, wenn auch nicht in schwarz und Frack; aber zusammen in ihren Haltungen, Bewegungen und Verbeugungen gewandt und voll jugendlicher Elastizität. Die Fabrikarbeiter unterschieden sich kaum von den anderen, nur durch den Mangel eines Klemmers auf der Nase und durch ihre größeren, härteren, rauen Hände. Denn niemand trug Handschuhe, was manche der Damen veranlaßte, ihren Herren beim Tanz mit stummer, aber verständnisvoller Gebärde ihr Taschentuch zu bieten, damit

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 406:

die schwitzende Hand des Tänzers, die die Taille umfaßt, das Kleid nicht beschmutzte. Die übrigen Säle, die ich sonst sah, standen nach dem äußeren Eindruck, den sie machten, etwa in der Mitte zwischen beiden. Meist waren es Vorortsäle mit halb städtischem und halb ländlichem Charakter und ebensolchem halb städtischen, halb ländlichen Publikum. Hier mischten sich unter die modischen Toiletten der zur Stadt hereinkommenden Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen noch die unschönen Kostüme unserer Dorfbewohner; hier waren die Mädchen mitunter noch im Kopftuch und mit vorgebundener schöner bunter Schürze. Auch die Musik war primitiver, der Eintrittspreis niedriger. Natürlich kostete hier wie dort noch jeder Tanz, den man tanzte, seine Extrasteuer, immer 10 Pfennige. So gab einer leicht am Abend 3 bis 4 Mark nur für das bloße Tanzvergnügen aus. Auch der Ton, der auf diesen Sälen herrschte, war freier als auf jenem. Man sang laut Lieder zu den Weisen, die die Musikanten aufspielten, man juchzte und rief laut über die Köpfe und den Saal hinweg. Manchmal war ein dichtes Gedränge und eine unausstehliche Hitze, daß der Schweiß nur so von der Stirn rann und Glas auf Glas getrunken wurde. Aber dann wars am schönsten und die Freude am größten. ...

Auf den Tanzböden, in den Nächten von Sonntag zum Montag verliert unsere Arbeiterjugend nicht nur ihren meist sauer verdienten Lohn, sondern auch ihre beste Kraft, ihre Ideale, ihre Tugend und ihre Keuschheit. Es ist ja auch kein Wunder; es wäre ein Wunder, wenn es anders wäre. Man überlege nur einmal. Während der Woche, Tag um Tag in regelmäßiger Einförmigkeit in der häßlichen Fabrik, bei oft langweiliger Arbeit, in Schmutz und Schweiß; des Mittags ohne behagliche Ruhe; die Abende der Werktage auf der Straße vor der Tür oder im Hofe des Arbeiterhauses oder in der kleinen, engen oft dürftigen Stube des Logiswirtes mit Kindergeschrei und Küchendunst; die Nächte in armseiligen Schlafstätten; dabei ein leidlicher Verdienst, ohne Kontrolle, ohne Aufsicht, ohne elterliche Fürsorge und Liebe, kurz ohne den Einfluß eines Familienverbands, Jugendkraft in den Gliedern, Jugendlust in Kopf und Herzen - und nun kommt der Sonntag mit seinem Ausschlafen, seinem Ausruhen, seiner Freiheit, die ihnen niemand kürzt, deren rechten Gebrauch sie keiner lehrt: da locken die Töne der Musik, da lachen junge Mädchengesichter, da strahlt lichter Glanz, da wölben sich die hohen weiten Hallen des schön gemalten Saales; ja hier ist Ersatz für das häßliche Einerlei der Woche, an einem Abend, in einer Nacht hundertfacher Ersatz für die hundert häßlichen Eindrücke der ganzen Woche! Ist es da wirklich noch verwunderlich, wenn sich die Ungebundenen da hineinstürzen in den herrlichen, entzückenden Strudel, ihre Seelen an ihm berauschen, ihr Bestes in ihm verlieren? Ich klage nicht an, ich entschuldige auch nicht, ich schildere nur, wie es in Wahrheit ist, und erkläre, wie es mit Notwendigkeit so kommen muß."

## Solidarisierung - und zur Arbeitsvermittlung!

Die Eck- und Stehbierkneipen, die Schnapskasinos etc. dienten vor allem in den Industrievierteln als soziale Kommunikationszentren <sup>1)</sup>, die bei fehlenden Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten, bei zum Teil unzumutbaren Wohnbedingungen die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Gleichgesinnten und zur Flucht aus der Trostlosigkeit der Wohnung boten. Gerade die Gaststätten waren Treffpunkte der Mitglieder der Organisationen der Arbeiterbewegung, bis diese in der Weimarer Zeit nach und nach durch die Volkshäuser in ihrer Funktion als Kristallisationszentren der Organisationen abgelöst wurden <sup>2)</sup>.

---

1) Vgl. H.J.Teuteberg: Nahrung, a.a.O., S. 280 f.

2) Hingewiesen werden soll nur auf die Gaststätte von Friedrich Ebert in Bremen, der ja zugleich Parteisekretär der Bremer SPD war. Innerhalb der Organisationen der freien Arbeiterbewegung waren diese Partei- und Gewerkschaftsgaststätten jedoch nicht unumstritten, ihr steter Gegner war die in den freien Organisationen sehr starke Bewegung der Anti-Alkoholiker, die den Alkohol - nicht ganz zu unrecht - als mitverantwortlich für die Interessenlosigkeit, Apathie und letztlich körperlichen und seelischen Zerfall vieler Industriearbeiter machte. Wie wesentlich die Arbeitgeber die Funktionen dieser Versammlungsorte einschätzten, zeigen die 'Biersperren' für diese Lokale während bestimmter Streiks, um so die Kommunikationszentren der aufsässigen Arbeiter funktionsunfähig zu machen (zum Teil mit Erfolg). Bezeichnend für die Auseinandersetzungen innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung um den Alkoholismus und die Gaststätten als Orte des Alkoholkonsums ist ein Beitrag Karl Kautskys in der 'Neuen Zeit', in dem er in Vorbereitung des erwarteten Angriffs der Abstinenzlerbewegung auf dem Erfurter Parteitag 1891 schrieb (zitiert nach O.Rühle, a.a.O., Bd. 1, S.434):

"Wie es mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit bei uns bestellt ist, brauchen wir unseren Lesern nicht erst auseinanderzusetzen. Jeder weiß auch, wie leicht es ist, auch die dürftigsten Rechte zu konfiszieren, die der deutsche Proletarier diesbezüglich besitzt. Das einzige Bollwerk der politischen Freiheit des Proletariats, das ihm so leicht nicht konfisziert werden kann, ist das Wirtshaus. Der Temperenzler mag darüber die Nase rümpfen, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unter den heutigen Verhältnissen Deutschlands das Wirtshaus das einzige Lokal ist, in dem die niederen Volksklassen zusammenkommen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten besprechen können. Ohne Wirtshaus gibt es für den deutschen Proletarier nicht bloß kein geselliges, sondern auch kein politisches Leben. Unter dem Sozialistengesetz, als alle Vereinigungen der Arbeiter aufgelöst waren und die Sozialdemokratie trotzdem fortfuhr, als einheitlicher politischer Körper fortzuleben, suchten Polizisten und Staatsanwälte mit verzweifelter Rührigkeit nach der geheimen Organisation, die die ganze sozialistische Arbeiterschaft zusammenhielt. Sie übersahen bei ihrem erfolglosen Suchen, daß



Daneben boten die Gaststätten aller Art gerade auch den vom Lande kommenden 'Schlafburschen', die ihr Bett nur während der Schlafenszeit benutzen durften (weil in sehr vielen Fällen dieses Bett während des 24-Stunden-Tages in einem Schichtsystem wieder an an andere vermietet war), während der Nichtarbeits- und Nichtschlafenszeit den einzig warmen Aufenthaltsort. Durch das Anschreibesystem wurden die Arbeiter an ihre jeweilige 'Stammkneipe' gekettet.

Die Funktion der Gaststätte als Arbeitsvermittlung beschreibt

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 408:

jedes von Parteigenossen besuchte Wirtshaus einen 'Geheimbund' bildete, der Einmütigkeit im Denken und Handeln verbreitete und den Zusammenhang unter den einzelnen Genossen aufrecht erhielt - freilich einen Geheimbund ohne Obere, ohne Satzungen, ja sogar ohne bestimmte Mitgliedschaft: Wer eben da war und an den politischen Diskussionen teilnahm, ob aktiv oder passiv, war Mitglied dieses unauflöslichen und immer wieder sich erneuernden Geheimbundes. Ein Sozialistengesetz, das den Proletariern nicht den Wirtshausbesuch unmöglich macht, wird stets wirkungslos bleiben. Gelänge es dagegen der Temperenzlerbewegung, in Deutschland ihr Ziel zu erreichen und die deutschen Arbeiter in Masse zu bewegen, das Wirtshaus zu meiden, und sich außerhalb der Arbeit auf das ihnen so verlockend geschilderte Familienleben zu beschränken: gelänge das den Temperenzlern, dann hätten sie erreicht, was dem Sozialistengesetz niemals auch nur annähernd gelungen: Der Zusammenhalt des Proletariats wäre gesprengt, es wäre auf eine Masse zusammenhangloser und daher widerstandsloser Atome reduziert. Es ist ein Glück, daß die Temperenzlerbewegung unter den Deutschen, von den englischen so verschiedenen, Verhältnissen gänzlich aussichtslos ist. Wäre sie es nicht, so bildete sie geradezu eine Gefahr für den Emanzipationskampf des Proletariats. Die Vermehrung der Allmacht der Polizei, die Korruption der Politik und die Störung des Klassenkampfes: Das sind die einzigen Wirkungen, die sie bei uns erzielen könnte."

Die Stellungnahme Kautskys ist Ausdruck der Aversion der Sozialdemokratie gegen den Betrieb als eigentlicher Austragungsstätte der ökonomischen und sozialen Konflikte. Normalerweise hätte die Sozialdemokratie ihren Protest am Ort der Verursachung ihrer (nach eigenem Bekunden) Basis artikulieren müssen, statt damit in die Kneipen zu gehen. Die Sozialdemokratie hatte allerdings eine Abneigung vor diesem (Betriebs)Weg, weil er ihr zu öffentlich war. Hinzu kam, daß die Gaststätte auch deshalb als Versammlungsort favorisiert wurde, weil sie mit dem Männlichkeitsideal, das auch die Sozialdemokraten übernommen hatten, in Einklang zu bringen war. Darüberhinaus hatten sie gerade nicht die (Groß- und Massen)Betriebe als (Mitglieder)Basis, da die von den Handwerkern beherrschten Organisationen der Arbeiterbewegung faktisch die Interessen der un- und angelernten Industriearbeiter, die zu großen Teilen in den Groß- und Massenbetrieben arbeiteten, nicht angemessen vertraten.



Ferdinand Toennies sehr eindrucksvoll in seinen Schilderungen zum Hamburger Hafenarbeiterstreik von 1896/97:

Ein Teil der Schauerleute hat bei bestimmten Stauern 'feste' Stellen, das heißt, es wird dem Manne jedesmal für ein Jahr zugesichert, daß er Arbeit erhalte, so oft Arbeit da sei; das Gros hat diesen Vorteil nicht, sondern ist dem Zufall und der Gunst des Vize überlassen, dem die Anwerbung der Gänge obliegt, wobei es wieder verschiedene Formen gibt. Der weit überwiegenden Regel nach aber wird das System charakterisiert durch die Mitwirkung der Schankwirte im und am Hafen. Es bestehen dauernde Verhältnisse gegenseitiger Förderung zwischen diesen, den Vizen und den Stauern; oft sind Vize und Gastwirt eine und dieselbe Person, öfter durch Freundschaft, Verwandtschaft oder auch nur durch Interessen verbunden. ... Stauer, Vize und Wirt sind gleichsam verschworen, den Schauermann soviel als möglich an die Schenke zu fesseln; der Arbeitssuchende muß hier den Vize suchen, und ein gutes Zechverhältnis mit diesem verbessert die Chance, Arbeit zu bekommen; auch empfiehlt der Wirt einen Stammgast, zumal wenn dieser bei ihm 'in der Kreide steht', damit dieser 'mal wieder einen Schilling verdiene'. Nicht selten muß der Schauermann dem Vize aus einer Wirtschaft in die andere nachlaufen. Die Einschnürung dieses Kneipensystems wird durch den Brauch der Lohnzahlung vollendet; zum guten Teile, indem nämlich abgezogen wird, was der Arbeiter schuldig ist, stellt dieser Brauch ein verkapptes Truckwesen dar, das heißt, der Stauer als Kointeressent des Wirtes zahlt in dessen Waren 1).

Die Schilderung macht exemplarisch am Alkohol den Zusammenhang von Nahrungs- und Eßgewohnheiten mit bestimmten ökonomischen und kulturellen Entwicklungen deutlich, ein Zusammenhang, der sich im übrigen auch bei den Trinksitten und -gebräuchen <sup>2)</sup> sowie beim Brauch des 'blauen Montags' herstellen läßt.

Ursprünglich war der blaue Montag ein von den Gesellen ertrotzter Feiertag, der sie instandsetzte, 'für ihre eigene Notdurft' zu arbeiten <sup>3)</sup>.

---

1) F. Toennies: Hafenarbeiter und Seeleute vor dem Strike 1896/97 sowie: Der Hamburger Strike von 1896/97, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, hrsg. v. H. Braun, 10. Band, 1897, zitiert nach: M. Abendroth, N. Beckenbach, S. Braun, R. Dombois: Hafenarbeit, a.a.O., S. 59.

2) Siehe dazu O. Rühle, a.a.O., Band 1, S. 421 f.

3) "In langen Kämpfen errungen, wirkte er (der blaue Montag, Anm. d.V.) als eine Art Schutz gegen aufreibende Überarbeit, ein Stück mittelalterlicher Sozialpolitik, wie Schoenlank sagt. Mit der Zeit wurde er der Tag, an dem die Gesellen ihre persönlichen, beruflichen und organisatorischen Angelegenheiten erledigten. Dazu gehörte u.a. das Bad, das Musizieren, der Besuch der Herberge, das Ausbegleiten der Wanderburschen, die allmonatliche Zusammenkunft der Gesellen zur "frommen Bruderzeche". So kam es,

Sowohl die Anforderungen der industriellen Arbeitsweise als auch jene der kapitalistischen Wirtschaftsweise konnten jedoch die Tradition des blauen Montags nicht dulden <sup>1)</sup>. Er wurde offiziell abgeschafft, lebte aber inoffiziell in ganzen Berufszweigen fort. Gerade an der 'Zählebigkeit' des blauen Montags trotz (oder vielleicht gerade wegen) der ungeheuren Anpassungsanforderungen und -zwänge der Industrialisierung läßt sich das Festhalten der Industriearbeiter an tradierten Verhaltensmustern darstellen. Dieses Festhalten trug sicherlich auch insofern 'moderne' Züge, als zum Beispiel der blaue Montag, im übrigen fast immer in Verbindung mit Alkoholkonsum, als Gegenwehr zu den auch subjektiv als bedrückend empfundenen Herrschaftsverhältnissen und der Betriebsdisziplin gehandhabt wurde.

Um aber dennoch die eigene materielle Reproduktion zu sichern, mußten die Arbeiter, die den blauen Montag feierten, die versäumte Zeit durch schnelleres Arbeiten aufholen, (was sich unter anderem als Akkorddrückerei erwies) - falls sie nicht entlassen wurden, was oft genug geschah.

Carl Fischer schilderte in seinen Erinnerungen <sup>2)</sup>:

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 410:

daß der Montag von den Gesellen mehr oder weniger auf der Herberge verbracht wurde. Er entwickelte sich zum Trinktag und bekam, obwohl er anfangs heiliger oder geschworener Montag hieß, den Namen 'fauler Montag'. Besonders lustig ging es am Fastenmontag zu. In der Kirche wurde an diesem Tage zwischen Schiff und Chor, über der Kommunionbank, ein blauer Vorhang aufgehängt - das Fasten- oder Hungertuch - der bis Ostern hängen blieb. Nach diesem blauen Vorhang hieß man den 'blauen Montag'. Schließlich wurde jeder Montag, den man feierte, an dem man trank, auf der Herberge herumlag, oder Allotria trieb, als 'blauer Montag' bezeichnet.

Die Meister waren auf diesen Extrafeiertag immer schlecht zu sprechen. Obwohl es, namentlich in katholischen Gegenden, Wochenfeiertage genug gab, hatten sie gegen den blauen Montag ihren besonderen Groll. Sie haßten ihn, wie die modernen Unternehmer den 1. Mai."

(O.Rühle, a.a.O., Band 1, S. 423).

1) Im übrigen führten auch die Handwerksmeister im Zuge des Zerfalls der Zünfte in Zusammenarbeit mit den Behörden ab etwa 1700 einen Kampf gegen den blauen Montag, um mit dessen Abschaffung die eigenen ökonomischen Schwierigkeiten zu mildern.

2) Carl Fischer: Aus einem Arbeiterleben, Jena und Leipzig 1905, zitiert nach: O. Rühle, a.a.O., Band 1, S. 425 f.

Als die neu erbaute Steinfabrik bezogen war, hatte sich ein Former eingefunden, der hatte das Formen der Steine richtig erlernt und kam aus Westfalen, wo er in einer Steinfabrik gearbeitet hatte. ... Er hatte die scheußliche Manier, daß er in der Regel jeden Montag blau machte. Dann hatte er Sonntags nachmittag und abends Schnaps getrunken und konnte Montags nicht arbeiten, denn zuweilen kam er wohl des Morgens und versuchte anzufangen und hatte wohl den guten Willen, aber es ging nicht, dann ging er wieder nach Hause, aber manchmal war er auch noch Dienstags krank und fing erst mittags an oder Mittwoch früh. Zur Arbeit brachte er keinen Schnaps mit, aber dann stand er da den ganzen Tag, vom Morgen bis zum Abend, als ob der Teufel hinter ihm stünde, und er sagte nichts und hörte auf keinen, der ihn was fragte, und schuftete, als ob er sich um den Hals bringen wollte. Aber das war der Verderb und dem Herrn Buchhalter seine Freude, wenn er die Wochenliste zu sehen kriegte und was der in 4 oder 5 Tagen verdient hatte. Nun zog er solange ab, bis man 100 Mauersteine für 5 Groschen machen mußte.

Die Verschränkung zwischen Nahrungs- und Eßgewohnheiten, der Erfüllung von Anforderungen, wie sie sich aus industrieller Arbeit in der Form der Lohnarbeit ergaben, der grundsätzlichen Unsicherheiten der industriellen Lohnarbeiter, wie sie sich zum Beispiel aus dem System der Arbeitsvermittlung und mit den Möglichkeiten der Verwendung des Geldlohns (die zugleich eine Überforderung darstellten) ergaben, denen die Arbeiter zunächst mit traditionellen Verhaltensweisen - zum Beispiel in der Form des Feste-feierns-begegneten, lassen eine isolierte Betrachtung des Essens hinsichtlich Nährgehalt und Nahrungszusammensetzung nicht zu.

So kann auch die Dauer der Essenspausen, die die Arbeiter zur Verfügung hatten, nicht nur unter rein physiologischen Gesichtspunkten betrachtet werden, sondern muß in einen Zusammenhang gebracht werden mit der durch die Industrialisierung erfolgten Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, dem Profitmaximierungsinteresse des Unternehmers, das sich unter anderem in überlangen Arbeitszeiten ausdrückte etc. Gerade die Hetze, in der das Essen und hier besonders das Mittagessen eingenommen werden mußte, spielte eine besondere Rolle im Vergleich zu vorindustriellen Verhältnissen. Ernst Abbe berichtete darüber aus seiner Kindheit:

Denn mein Vater war Spinnmeister in Eisenach; er hat bis Anfang der 50er Jahre jeden Tag, den Gott werden ließ, 14, 15, 16 Stunden bei der Arbeit stehen müssen: 14 Stunden, von morgens 5 bis abends 7, bei normalem Geschäftsgang; 16 Stunden, von morgens 4 bis abends 8 Uhr bei gutem Geschäftsgang - und zwar ohne jede Unterbrechung, selbst ohne

Mittagspause. Ich selbst habe als Junge zwischen 5 und 9 Jahren jeden Tag abwechselnd mit meiner um ein Jahr jüngeren Schwester, wenn das Wetter nicht gar zu schlecht war und die Mutter den sehr weiten Weg dann lieber selber machte, meinem Vater das Mittagbrot gebracht. Und ich bin dabei gestanden, wie mein Vater sein Mittagessen, an eine Maschine gelehnt oder auf eine Kiste gekauert, aus dem Henkeltopf mit aller Hast verzehrte, um mir dann den Topf geleert zurückzugeben und sofort wieder an seine Arbeit zu gehen 1).

Die Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich durch die Industrialisierung aufgrund der zentralisierten Produktion erforderte in den Eßgewohnheiten eine bedeutsame und schmerzhaft empfundene Umstellung. In vorindustriell geprägten Verhältnissen konnte man sich erheblich mehr Zeit zum Essen nehmen, wobei angemerkt werden muß, daß hier die Arbeitszeiten auch nicht kürzer waren als die von Abbe geschilderten. Aber immerhin war es möglich, das Essen in nicht anonymisierten Räumlichkeiten mit durch den Lebenszusammenhang bekannten und vertrauten Personen einzunehmen. Doch in der Frühphase der Industrialisierung und während der ersten Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie war die Chance der Arbeiter, ihr Essen in einer angemessen langen Pause verzehren zu können oder gar während der Mittagspause nach Hause zu gehen, recht gering. Denn der Zentralisierung der Produktion folgte keineswegs sofort auch die Zentralisierung der Wohnungen der Arbeiter neben der Fabrik, was verschiedene Ursachen hatte. Zum einen rekrutierten sich die Arbeiter zunächst noch aus der näheren Umgebung, wobei in diesem Fall die Wohnung nur ungern gewechselt wurde. Zum andern - mit ersterem zusammenhängend - blieb der Wunsch der ersten Industriearbeitergenerationen nach Rückkehr zu den alten - meist kleinbäuerlichen - Verhältnissen permanent bestehen (hauptsächlich jedoch nur in der Phase der Rekrutierung der Industriearbeiter aus der näheren Umgebung). Die Tätigkeit der Industriearbeiter wurde als Provisorium angesehen. Detlev Puls hat das Festhalten an dem alten Wohnsitz (obwohl aufgrund der langen Wegezeit zur Arbeitsstätte beschwerlicher als ein Umzug in die Nähe der Fabrik) im Falle der ober-schlesischen Bergarbeiter feststellen können:

---

1) Ernst Abbe: Gesammelte Abhandlungen. Dritter Band: Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts, 2. unveränderte Auflage, Jena, 1921, S. 241.



Noch gegen Ende des Jahrhunderts wurde in Oberschlesien .. die Tätigkeit im Bergbau als Provisorium angesehen; der Wunsch nach Veränderung des eigenen Schicksals bezog sich primär nicht auf die aktuellen Lebens- und Arbeitsverhältnisse, sondern auf die Rückkehr zu einem in der Erinnerung idealisierten bäuerlichen Status. Man hielt an den vertrauten ländlichen Bräuchen und Gewohnheiten oder auch gerade im Alltagshandeln fest, besonders hartnäckig dort, wo die alten Sitten mit den neuen industriellen Anforderungen und Zwängen am wenigsten in Berührung kamen: in der Privatheit der eigenen vier Wände. Speiseplan und Art der Wohnungsnutzung blieben ebenso wie Religiosität und Aberglaube lange Zeit unangetastet. Dieses Nebeneinander agrarischer und industrieller Verhaltensmuster ... hatte damals ... eine Entsprechung in der Realität: viele Kumpel ... bewirtschafteten nebenbei noch einen kleinen Hof. Für den Großteil der gartenbesitzenden Bergleute blieb dieser Status als Zwischenetappe auf dem Weg zurück zum selbständigen Bauern wünschenswert und gegenwärtig 1).

Das Festhalten am alten Wohnsitz bedeutete vielfach einen täglichen Fußmarsch von 10, 20 und mehr Kilometern, vor allem dort, wo - wie zum Beispiel im südlichen Teil des Ruhrgebiets - eine bergbauliche Köttertradition sehr stark ausgebildet war und es entsprechend zahlreiche Nahwanderer mit Hausbesitz gab 2).

Zum dritten entsprach der staatliche und private (durch Fabrikbesitzer und Spekulanten betriebene) Wohnungsbau bis 1914/18 nie auch nur annähernd den rein quantitativen Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung nach genügend Wohnraum. Brüggemeier und Niethammer schreiben dazu:

Anders als in zentralen Orten, wo das Wachstum der Bevölkerung sich in der von urbanen Mittelschichten gesteuerten Entwicklung städtischer Kerne ausdrückte, wurden in den Industrierevieren zunächst nur Produktionsanlagen und Arbeitskräfte zusammengezogen, so daß sich erst sekundär, voraussetzungslos und verkümmert, urbane Funktionen und Strukturen ausbilden konnten, wenn eine solche Entwicklung nicht aus politischen Gründen überhaupt unterbunden wurde. Das Ruhrgebiet ist das herausragende Beispiel für diese industrielle Agglomerationsbildung 3).

Eine Auswirkung dieser so beschriebenen Verhältnisse mit fehlenden oder mangelhaften Infrastruktureinrichtungen (einschließlich der öffentlichen und privaten Nahverkehrsmittel) beinhaltete eben die Umstellung der Essgewohnheiten, die Göhre in einem ein-

---

1) D.Puls: 'Ein im ganzen gutartiger Streik'. Bemerkungen zu Alltagserfahrungen und Protestverhalten der oberschlesischen Bergarbeiter am Ende des 19. Jahrhunderts, in: D.Puls, E.P.Thompson u.a.: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt/M, 1979, S. 175-227, S.177.



drucksvollen Bericht als menschenunwürdig beschreibt, und die im übrigen auch die gesamte Familie des betroffenen Industriearbeiters erfaßte 1):

Viele Arbeiter brachten die Mittagsstunde ganz in der Fabrik zu. Es waren Junge und Alte, Verheiratete und Unverheiratete, eine immer noch große Zahl, alle diejenigen, die zu weit ab von der Fabrik wohnten, und zu sparsam waren oder zu wenig verdienten, um bei Fremden ein warmes Mittagbrot zu bezahlen; sie begnügten sich meist mit einem gleichen kalten Imbiß wie zum Frühstück und mit Kaffee, oder sie wärmten sich Tag für Tag das Gemüse, das ihnen die Mutter oder die Frau am Abend vorher schon bereitet hatte, und das sie des Morgens in einem Blechkännchen mit in die Fabrik brachten. Für sie war der nüchterne Speisesaal eine wahre Wohltat, denn da in der Mittagsstunde alle Werkstätten geschlossen wurden, war er der einzige Raum, in dem sie sich aufhalten konnten. Mir thaten die Leute, namentlich die ältern unter ihnen, aufrichtig leid; die elf Stunden am Tage wahrhaftig keine leichte Arbeit zu thun hatten, denen fehlte in dieser einzigen Stunde des Ausruhens beinahe jede Bequemlichkeit. Man denke sich nur in die Lage hinein, man versuche es selbst einmal, Mittag um Mittag mit kalter Küche oder nur aufgewärmtem Zeug fürlieb zu nehmen und man wird begreifen, daß das dauernd kein würdiges Mittagbrot für einen Menschen ist, der tagsüber stramm seine Pflicht thut. Das empfanden die Leute selbst auch sehr gut. Wenn ich kurz vor Beginn der Nachmittagsarbeit in die Fabrik zurück kam und - wie es Sitte war - ihnen Mahlzeit, gesegnete Mahlzeit wünschte, da kam es vor, daß einer das bitter abwehrte. Das sei ja keine Mahlzeit, am allerwenigsten eine gesegnete. ... Eins fehlte bei uns jedoch fast ganz: daß sich die Zurückbleibenden von daheim das Essen in die Fabrik bringen ließen, was wieder an den allzu weiten Entfernungen liegen mochte. In der Stadt (Chemnitz) war das aber ganz allgemein Sitte; Hunderte von essentragenden Arbeiterfrauen und Kindern durcheilten da täglich kurz vor 12 Uhr die Straße, um pünktlich bei dem harrenden hungrigen Gatten und Vater oder der Mutter zu sein. Und auf den Bänken der städtischen Anlagen sah man dann die ruhenden Männer mit dem rauchenden Topfe in der einen und dem Löffel in der anderen Hand sitzen, Frau oder Kind daneben und oft mit essend, - denn die städtische Speiseanstalt ist selbstverständlich nur für erreichbar, deren Werkstätte in der Nähe liegt. Diese Art des täglichen Mittagbrotes erkläre ich für unwürdig. ... + die

Fortsetzung der Fußnoten 2) und 3) von der Seite 414:

2) Vgl. N.Niethammer, F.Brüggemeier: Wie wohnten die Arbeiter im Kaiserreich? in: Archiv für Sozialwissenschaften, hrsg.v.d.Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 1976, S. 60 - 134. S.77.

3) F.Brüggemeier, N.Niethammer: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie, in: Fabrik, Familie, Feierabend, hrsg.v.J.Reulecke und W.Weber, 2.Aufl., Wuppertal, 1978, S.135 - 175, S. 139.

1) P.Göhre, a.a.O., S. 35 - 37.

Denn diese Zustände und ihre Folgen treffen ja nicht nur den, dem man das bißchen Essen im Topfe auf die Promenadenbank bringt, sondern stets die ganze Familie. Oft wird es infolgedessen auch dabei bei Mutter und Kindern keinen geregelten Mittagstisch geben. Nur ein drastisches Beispiel dazu. Es war auf der Promenade an dem großen schönen Chemnitzer Schwanenteiche. Ich saß auf der Bank neben einem, der eine knappe Viertelstunde von da beim Trottoirlegen geholfen hatte. Er war in sieben Minuten bis zu unserm Platz gelaufen und wartete nun auf seinen Knaben, den er mit dem Essen dorthin bestellt hatte. Aber es wurde ein Viertel, es wurde halb, und der Junge kam immer noch nicht. Nun gingen wir ihm entgegen, und endlich, kurz vor dreiviertel kam er atemlos, voll Angst vor dem ärgerlich gewordenen Vater angeannt: die Schule, die sonst pünktlich 12 Uhr zu Ende zu sein pflegte, war 20 Minuten länger ausgedehnt worden. In einem Atem war dann der arme Junge von der Schule nach Hause und von da zu uns gelaufen; in fünf Minuten hatte der Vater das Essen hinunter und lief dann an die Arbeit zurück, während sein Kind müde, hungrig, abgespannt nach Hause trottete, um sich nun erst, wohl allein, zum Essen zu setzen, das Mutter, Geschwister und Kostgänger ihm überlassen hatten. Vielleicht ist dies ein seltener und besonders unerfreulicher Fall; aber die Hauptsache daran, daß Kinder, die von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags auf der Schulbank müde und hungrig geworden sind, nun erst, ohne einen Bissen gegessen zu haben, den Vater bedienen müssen, passiert täglich und nicht einem nur, sondern hunderten von ihnen.

Die Schilderungen von Göhre und Abbe demonstrieren, daß mit der Veränderung der Bedürfnisstrukturen aufgrund der Industrialisierung sich auch die Art ihrer Befriedigung veränderte.

Das läßt sich nicht nur an den EWgeohnheiten des Arbeiters und seiner Familie ablesen, sondern kann auch mit der jetzt veränderten Art der Beschaffung der Lebensmittel in Verbindung gebracht werden. War vorher für die Beschaffung von Lebensmitteln die gesamte Familie zuständig, so fielen jetzt aufgrund der industriellen Kleinfamilie zumeist die Großeltern weg. Die Kinder wurden teilweise in den industriellen Produktionsprozeß geschickt <sup>1)</sup> (wobei der Ertrag für die Familien in diesem Fall höher war als der Nutzen bei einer Beschäftigung in Gartenbau und Kleintierhaltung), was im übrigen nur in geringem Umfang möglich war. Später übernahmen dann die Frauen den Platz der Kinder. Die Lebensmittel (im weitesten Sinne) wurden zunehmend

---

1) So berichtete Friedrich Engels, daß 1839 allein in Elberfeld von 2 500 schulpflichtigen Kindern 1 200 dem Unterricht entzogen wurden und in den Fabriken arbeiten mußten, vgl. F.Engels: Briefe, a.a.O., S. 418.

über den anonymen Markt gekauft. Die Art der Beschaffung schloß mit ein, daß man nur die Waren kaufen konnte, die auf dem Markt angeboten wurden, wobei das Angebot keineswegs identisch sein mußte mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Nachfrager.

#### 2.2.1.6. Die Schwierigkeiten bei der Befriedigung von Bedürfnissen durch die Einstellung auf den Geldlohn und den Geldverkehr

Eine weitere einschneidende Veränderung bezüglich der Art der Befriedigung von Bedürfnissen war gekennzeichnet durch das Problem, mit dem Geldlohn umgehen zu müssen.

Die Industriearbeiter, die aus bauerlichen Verhältnissen stammten, hatten vorher als Bauern oder Landarbeiter ihre Bedürfnisse zu weiten Teilen mit selbst angebauten Nahrungsmitteln und mit durch Warentausch erworbenen Gütern befriedigt, wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß bestimmte Tauschakte auch über das Geld liefen. Allerdings spielten diese Tauschakte nur eine sekundäre Rolle.

Ähnliches galt auch für die Gesellen. Zwar gab es auch hier sehr früh den Geldlohn, wie Lohnkämpfe der Webergesellen in Speyer bereits im 14. Jahrhundert anzeigen <sup>1)</sup>. Der Geldlohn spielte jedoch nicht die zentrale Rolle wie im industriellen System, denn die Handwerksgesellen wurden vor allem durch Gewährung einer Schlafstelle und Kost durch den Meister bezahlt. So waren Kämpfe der Gesellen für eine bessere Unterkunft und vor allem besseres Essen durchaus keine Seltenheit: zusammen mit den Kämpfen um einen arbeitsfreien Tag in der Woche und um die Öffnung der Zünfte deuten sie darauf hin, daß der Geldlohn auch bei den Handwerksgesellen keine dominierende Rolle spielte.

Sieht man einmal vom Trucksystem ab - daß zwar auch in Deutschland verbreitet war, aber nicht so ausgeprägt wie in England oder Amerika - , so spielte das Geld im industriellen System die entscheidende Rolle bei der Deckung der Reproduktionskosten. In Arbeiterfamilien war es üblich und ist es zu großen Teilen auch heute noch, wobei durch die bargeldlosen Überweisungen eine

---

1) Vgl. P.John, a.a.O., S.44.

Ausgabenplanung aufgrund der mangelnden Anschaulichkeit zusätzlich erschwert wird), daß zum Wochenende, wenn der Lohn in bar vom Meister oder vom Lohnbüro dem Mann ausgezahlt wurde, die ganze Summe auf den Küchentisch gelegt und entsprechend den Kosten für die nächste Woche schon vorweg aufgeteilt wurde. Das zum Überleben der Familie notwendige rationale Verhalten wurde aber sehr oft durchbrochen durch die Männer, die nach der Lohnauszahlung versuchten, 'einen drauf zu machen', wie die Existenz vieler Kneipen, Schnapskasinos etc. andeutet. Dieses Bedürfnis war sicherlich mit begründet in den als unerträglich empfundenen Arbeitsbedingungen und in der geringen Neigung, in die elenden engen Wohnquartiere, in denen sich der psychische Druck der Arbeit auf andere Weise fortsetzte, sofort zurückzukehren. Entsprechende Verhaltensweisen wurden begünstigt durch die fehlende Erfahrung mit dem Geld in seiner Funktion zur Sicherung der materiellen Reproduktion, was einer klugen und vorausschauenden Ausgabenplanung bedurft hätte. Das Gefühl, nun plötzlich Geld in der Tasche zu haben, verleitete viele Industriearbeiter zu einer Überschätzung des tatsächlichen Wertes des Geldes, so daß viele glaubten, es sich durchaus leisten zu können, erst einen Besuch in einem Schnapskasino, einer Kneipe oder ähnlichem zu machen in der trügerischen Hoffnung, daß das dann übriggebliebene Geld für den Lebensunterhalt der Familie für die nächste Woche durchaus ausreichend sein würde.

Paul Göhre schrieb dazu aufgrund seiner Beobachtungen :

Einen Gesichtspunkt möchte ich schließlich noch unter diesem Abschnitte erwähnen: die Neigung aller meiner Arbeitsgenossen sich am Lohtage, am Sonntage und am jedesmaligen Chemnitz-Jahrmärkte etwas Besondres zu leisten. Das waren in aller Augen Festtage, und an Festtagen läßt das Volk ganz selbstverständlich 'etwas aufgehen', jeder freilich in seiner Weise. Gerade hierbei zeigte sich die Höhe der sittlichen Bildung, auf der jeder einzelne stand. Es gab ernste, oder gering entlohnte, oder mit Sorgen oder viel Familie belastete Leute, die begnügten sich des Lohtags Abends, nach Aushandlung des Verdienstes mit einer Cigarre und einem auf dem Nachhausewege im Vorübergehen getrunkenen Glase bairischem oder auch nur Lagerbier; es gab dann ihrer, die an diesem ganzen Abend bald allein bald mit der Frau 'aus', d.h. zu Biere gingen und hier bald größere, bald kleinere Zeche machten und von da bald nüchterner bald weniger nüchterner nach Hause kehrten; und es gab ihrer, die an diesem Abend bald im Sonntagskleid bald noch im Arbeitsrock von Stehbierhalle zu Stehbierhalle, von 'Destille' (Destillation) zu 'Destille', von Kneipe zu Kneipe zogen, bis sie schwer trunken nach Hause kamen. Unter die letztern gehörte ramentlich



ein gut Teil der gut verdienenden gelernten Jugend. Ich habe es erlebt, daß einige, die etwa 35 bis 40 Mark Löhnung auf vierzehn Tage erhielten, an einem solchen Abend 8 bis 10 Mark verfraßen, vertranken, verrauchten, verspielten und sonstwie verschleuderten. Aber ich habe es auch erlebt, daß einer nur 15 Pfennige ausgab, was freilich eine größere Seltenheit als das Gegenteil war. Im allgemeinen verthat man wohl 1 1/2 bis 2 Mark an solchem Abend, durchschnittlich aber fast immer mehr, als man eigentlich im Verhältnis zur Löhnung gedurft hätte. Ebenso war es am Chemnitzer Jahrmakrtstage, wo wir frei hatten, und ein jeder 10 Mark Vor-schuß von der Fabrik zu Familieneinkäufen nehmen durfte. Und sehr viele nahmen ihn, um hiervon zwar in der That man-ches Nützliche einzukaufen, doch aber sich auch ein Gütchen zu thun, obwohl man genau wußte, wie schmerzlich der Aus-fall des Zehnmarkstückes am nächsten Lohntage empfunden werden würde. Und dieselbe Erscheinung zeigte sich, wenn auch nicht so durchgängig und regelmäßig, an den Ausgaben, die man sich für Sonntagsvergnügungen leistete 1).

Daraus lassen sich auch viele Szenen vor dem Fabriktor erklären, in denen die Frauen nach der Lohnauszahlung versuchten, die Män-ner zum sofortigen Nachhausekommen zu bewegen oder ihnen zumin-dest einen Großteil des soeben erhaltenen Lohnes abnehmen. Ent-sprechende Auseinandersetzungen waren für beide Teile mehr als unbefriedigend. Für die Männer, weil sie glaubten, daß die Frau-en ihnen den wohlverdienten Lohn sofort wieder abzunehmen ver-suchten, ohne daß sie selbst entscheidendes davon genossen hät-ten (zumal die unverheirateten Industriearbeiter nicht in sol-chen Zwängen steckten), vor allem aber für die Frauen, die in die Rolle des Aufpassers, der dem Mann keine Freude mehr gönnt, gedrängt wurden. Dies deutet auf die generelle Benachteiligung der Frauen speziell auch durch die Industrialisierung hin, auf die an späterer Stelle noch genauer eingegangen werden wird.

Der Geldlohn bedeutete einen Bruch mit vorindustriellen Verhält-nissen, und zwar in mehrfacher Hinsicht 2):

Wenn es auch schon vor der Industrialisierung Lohnarbeit gab - so zum Beispiel bei den Bergleuten -, so waren jene Lohnarbeiter doch noch eingebunden in feudale, auch das Fürsorgeprinzip be-tonende Verhältnisse, die zwar im Sinne der bürgerlichen Aufklä-rung entmündigend wirkten, aber auf der anderen Seite in bestimm-

---

1) P.Göhre, a.a.O., S. 199f.

2) Vgl. dazu F.Le Play: Les ouvriers européens, 6 Bde., Paris, 1855, der sich insbesondere mit Familienbudgets befaßte.

ter Hinsicht den einzelnen auch entlasteten. Den durch die Industrialisierung mit dem Geldlohn konfrontierten Arbeitern wurde jetzt zugemutet, ihr Leben allein zu planen und damit auch einen vorausschauenden, langfristigen Haushaltsplan zu erstellen - gemäß den bürgerlichen Prinzipien der aktiven Gestaltung des Lebens durch jedes Individuum selbst. Damit sah sich der industrielle Lohnarbeiter in eine Situation versetzt, die ganz unterschiedlich war zu der, (grundsätzlich gegebenen) fürsorgerrischen Umsorgung der feudalen Verhältnisse.

Zusätzlich wurde der Umgang mit Geldlohn erschwert durch den von der Industrialisierung hervorgerufenen Bruch mit vorherigen Naturalwirtschaften. Denjenigen Industriearbeitern, die vorher in der Landwirtschaft - entweder als selbständige Kleinbauern oder als Landarbeiter - gearbeitet hatten, war ein großer Teil der Regelung der Haushaltsplanung durch die Natur abgenommen, was ja auch in bestimmter Hinsicht entlastend wirkte (abgesehen von den belastenden Momenten der Abhängigkeit von Naturgegebenheiten, die vom Menschen unbeeinflußbar gute oder schlechte Ernten bedeuten). Das Verständnis der Überlassung eines Teils der Sorgen um die Haushaltsplanung an die Natur wirkte in den ersten Industriearbeitergenerationen noch sehr lange Zeit stark fort; nicht nur aufgrund der Tatsache, daß viele Industriearbeiter noch direkte Erfahrungen mit der landwirtschaftlichen Arbeit vor ihrer Tätigkeit in der Industrie gesammelt hatten und/oder aufgrund von allgemeinen agrarisch bestimmten gesellschaftlichen Groß Erfahrungen, sondern auch durch die saisonale Mobilität vieler Industriearbeiter (die einen von der landwirtschaftlichen Saison abhängigen ständigen Austausch zwischen Land und Stadt bedeutete) und eine große Zahl von industriellen Lohnarbeitern, die neben ihrer tagtäglichen Industriearbeit noch eine landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle betrieben (sogenannte Rucksackbauern).

Weiterhin stand einer vorausschauenden langfristig angelegten und am Geld orientierten Haushaltsplanung durch die Industriearbeiter der Umstand im Wege, daß sich eine erhebliche Zahl von Industriearbeitern aus den 'pauperisierten Massen' rekrutierten, die aufgrund ihrer elenden Lebenslage 'von der Hand in den Mund' leben mußten, und die angesichts der neuen Verhältnisse völlig überfordert waren.

Das mühsame Erlernen des richtigen Umgangs mit dem Geldlohn ist aber nicht nur darauf zurückzuführen, daß der Geldlohn aus vielerlei Gründen für viele völlig ungewohnt war, sondern darüberhinaus auch auf die Tatsache, daß in der Fabrik die individuelle Entlohnung erfolgte im Vergleich zu Verhältnissen in der Heimindustrie, wo Einkommen in der Regel als Familieneinkommen betrachtet wurden. Diese individuelle Entlohnung verstärkte noch die Schwierigkeiten der Männer, den ausgezahlten Lohn gleichsam als Gesamtentlohnung für die Familie zu handhaben und entsprechend auch sofort einzuteilen.

Nimmt man diese Veränderungen zusammen, kann ein direkter Vergleich zwischen den Löhnen/Einkommen vor 1850 und den Löhnen nach 1850 und deren Zusammenhänge mit der Höhe des Lebensstandards nicht ohne weiteres gezogen werden.

Zum zweiten ist jedoch noch ein Punkt zu beachten, der die Aussagekraft von Lohnreihen (abgesehen von den 'üblichen' statistischen Fehlerquoten) weiter erheblich vermindert: Diese Lohnreihen geben die Individualeinkommen wieder, nicht jedoch die Familieneinkünfte. So waren zusätzliche Verdienste durch die Mitarbeit von Frau und Kindern, rurale Einkommen usw. üblich, die aber keine Berücksichtigung in den herkömmlichen Lohnreihen fanden. Auf der anderen Seite wird bei den Lohnreihen unterstellt, daß der industrielle Arbeitsverdienst ständig floß, wohingegen eine dauerhafte Betriebszugehörigkeit in der Durchsetzungsphase der Großen Industrie eher die Ausnahme war. "Unterschiedliche Akkordleistungen, Krankheit, Betriebsschließungen, Kurzarbeit und nicht zuletzt die Länge des Arbeitslebens beeinflussten die Einkommenshöhe weiter" <sup>1)</sup>.

#### 2.2.1.7. Die Unfallgefahren und Belastungen aufgrund des Umgangs mit Maschinen und der Arbeitszeiten

Neben der Einkommenssituation wurden die Bedingungen proletarischer Existenz weiterhin von den unmittelbar am Arbeitsplatz drohenden Gefahren bestimmt. Mit der zunehmenden Ausstattung der

---

1) P.Borscheid: Arbeitskräftepotential, a.a.O., S. 233.

Gewerbebezweige mit Maschinen wuchs auch die Unfallhäufigkeit. Dabei ging die größte Gefahr meistens nicht einmal von den Maschinen selbst aus (deren Gefahren sah der Arbeiter ständig vor sich, es sei denn, daß er bei zu großer Übermüdung aufgrund der überlangen Arbeitszeiten und der mit der zunehmenden Gewöhnung an die Gefahr eintretenden Sorglosigkeit in entsprechende Unfälle verwickelt wurde), sondern vor allem durch die nicht vorhersehbaren Gefahren <sup>1)</sup>. In diesem Zusammenhang müssen in erster Linie die Kraftübertragungen, die Transmissionen genannt werden. Solange die Dampfmaschine die wichtigste Kraftquelle blieb und noch nicht zum Elektromotor übergegangen wurde, waren Verletzungen, die von gerissenen oder abgesprungenen Riemen ausgingen und deren Folgen meistens verheerend waren, sehr häufig. In Bergwerken waren die häufigsten Unfallursachen durch herabfallende Gesteinsbrocken, zusammenstürzende Schächte aufgrund ungenügender Verstreibungen und Staubexplosionen gegeben. Auch die Vereinfachung der Haftungsregelungen (Reichshaftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871) und die genossenschaftliche Regelung von Betriebsunfällen durch die Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) von 1884 brachten keine Verringerung der Betriebsunfälle im Gegenteil. Vom Anfangsjahr der Unfallversicherung 1886 mit 2,80 Unfällen auf je 1 000 versicherte Personen stieg diese Zahl 1889 auf 7,39 an, um sich danach zwischen 8 und 9 einzupendeln. Am höchsten lag die Unfallhäufigkeit je 1 000 Arbeiter in den Wirtschaftszweigen 'Spedition, Lagerei und Fuhrwesen' (14, 15), im 'Bergbau' (12,0) und in den 'Steinbrüchen' (11,94). Die wenigsten Unfälle - aufgrund der geringeren Mechanisierung und einer nicht so direkten Abhängigkeit von Naturgegebenheiten wie beim Bergbau - gab es in der 'Textilindustrie' (3,25), in der Branche 'Nahrungsmittelindustrie, Fleischerei und Tabak' (3,12) und in der 'Leder- und Bekleidungsindustrie' (3,07).

Angeichts dieser Zahlen ist zu fragen, warum sich im Bergbau ein entsprechend ausgeprägtes Bewußtsein hinsichtlich der Abwehr von Unfallgefahren, das unter anderem seinen Ausdruck in der gewerkschaftlichen Organisation und vor allem auch in solidarischen Aktionen nicht nur während der Arbeitskämpfe, sondern auch bei der Bewältigung schwieriger Situationen des Arbeits- und Privatlebens gefunden hatte, ausprägen konnte im Vergleich etwa

1) Vgl. im folgenden F.-W.Henning: Humanisierung, a.a.O., S.85 f.



zu den Speditions-, Lagerei- und Fuhrarbeitern, die erst später als die Bergarbeiter und dann auch noch in anderen Formen sich dagegen zur Wehr setzten.

Ein Teil der Antwort liegt sicher in der unterschiedlichen Arbeitsorganisation des Bergbaus (davon genaueres später) und (als Beispiel der Speditions-, Lagerei und Fuhrbranche) der Hafenarbeit <sup>1)</sup>. So war Hafenarbeit zu einem großen Teil Tagelöhnerarbeit, sie war räumlich sehr viel verstreuter als die Arbeit unter Tage, und durch die Verschiedenartigkeit der im Hafen anfallenden Tätigkeiten konnten Solidarstrukturen nicht in dem Maße und in dem kurzen Zeitraum aufgebaut werden, wie dies im Bergbau der Fall war <sup>2)</sup>.

Neben den Unfallgefahren bestimmten die Belastungen durch Hitze/Kälte, Staub und andere Immissionen, Dämpfe etc. den Zustand der industriellen Lohnarbeiter <sup>3)</sup>, wobei alles mit zu einem allgemeinen Verschleiß der Arbeiter beitrug und damit zu einer schweren Bedrohung der Lohnarbeiterperspektive zur Erhaltung der Arbeitskraft während eines ganzen Arbeitslebens wurde.

So bemerkte der Magistrat der Stadt Bochum 1875, "daß in jedem

---

1) Siehe dazu die Abhandlungen der gesellschaftlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der Hafenarbeit in Bremen, in: M.Abendroth, N.Beckenbach, S.Braun, R.Dombois: Hafenarbeit, a.a.O., insbesondere S. 64-71.

2) Nur im 'Gang' konnten Solidarstrukturen aufgebaut werden und dies auch nur partikulär: die Gangbesetzung wechselte häufig.

3) L.v.Wiese hat in seiner Untersuchung über die oberschlesischen Zinkhütten beispielhaft entsprechende Belastungen für den einzelnen Arbeiter dargestellt: "Die Tätigkeit des Hüttenarbeiters stellt große Ansprüche an die Körperkräfte. Bei Großer Hitze müssen schwere Erz- und Brennmaterial-Massen mit einem bis 20 kg wiegenden 'Gezähe' hin und her bewegt werden. Die schädlichen Einwirkungen auf den Organismus rühren zum größten Teil einmal von Erkältungen, dann von den Einwirkungen der Hüttengase und des Hüttenrauches her. Infolge dieses Rauches muß für Ventilation gesorgt werden, die am einfachsten durch das Offenstellenlassen von Türen und Fenstern bewirkt wird. Da nun aber die Arbeiter bei der starken Wärmeausstrahlung der Zinköfen nur mit Hemd und Hose bekleidet, trotzdem aber meist in Schweiß gebadet sind, so sind sie fortwährend den schädlichen Einflüssen der Zugluft ausgesetzt. Diese Erkältungsursachen, von denen Tracinsky sagt, daß kaum eine zweite industrielle Betriebsart den Arbeiter so sehr rheumatischen Einflüssen aussetzt, haben vor allem Muskel- und Gelenkrheumatismus zur Folge. - Das Einatmen der mit den Verbrennungsgasen emporgerissenen Staubpartikelchen führt zu Lungenkrankheiten. Die Hauptrolle spielt hierbei das Auskratzen

Jahr ein Procentsatz der Arbeiterbevölkerung ... durch die schwere und anstrengende Arbeit in den hiesigen Fabriken stumpf und erwerbsunfähig wird, abgesehen von den häufig vorkommenden Unglücksfällen" <sup>1)</sup>.

Mit dazu trugen die langen Arbeitszeiten bei <sup>2)</sup>. Vor 1860 orientierten sich die Arbeitszeiten in der Industrie an vor- und protoindustriellen Verhältnissen. So betrug die wöchentliche Arbeitszeit in Bergbau, Industrie und Handwerk 1825 noch durchschnittlich 82 Stunden und stieg danach noch weiter an <sup>3)</sup>. Die Unternehmer konnten aufgrund des Angebotsüberhangs auf dem Arbeitsmarkt - der weniger aus der Freisetzung infolge der Veränderungen in der Landwirtschaft (Bauernbefreiung etc.) und im Gewerbe (Gewerbefreiheit, zunehmende Industrialisierung) zu erklären ist, sondern - wie schon erwähnt - vor allem aus dem ständigen Bevölkerungszuwachs - ihre ohnehin vorhandene institutio-

---

Fortsetzung von Fußnote 3) der Seite 423:

des alten Destillationsrestes aus der Muffel vor der neuen Beschickung. Diese Räumasche fiel früher 'als intensiv glühende, zu Klumpen zusammengeschmolzene Masse, der noch recht erhebliche Mengen von Kohlenoxyd, Kohlensäure und Metallgase entströmen, dem Arbeiter zu Füßen', sodaß diese Räumarbeit die gefährteste in den Zinkhütten war. Diese Thätigkeit fand nach Mitternacht statt und nahm etwa 3 Stunden in Anspruch. 'Man kann sich keine Vorstellung machen von den Staubmengen, welche den glühenden Massen wolkenartig entsteigen und von denen ein Teil unvermeidlich in die keuchenden Lungen der schwer arbeitenden Menschen gelangen muß.' Auf die Inhalation dieser Staubmassen und Dämpfe werden 1. die häufigen Erkrankungen an Bronchialkatarrh, 2. das Lungenemphysem und Asthma zurückgeführt. Zu Pneumonie und Lungentuberkulose sollen die häufigen Katarrhe die Prädisposition schaffen; doch soll die Tuberkulose verhältnismäßig selten unter den Zinkhüttenarbeitern sein. Unter den Hüttengasen soll die Kohlensäure, da sie meist gut und schnell abgeleitet wird, weniger als Krankheitsursache in Betracht kommen; auch das Kohlenoxyd wird in seinen schädlichen Folgen von der schwefeligen Säure übertroffen, die ja besonders auf den Rösthütten in großen Mengen erzeugt wird. Lungenkrankheiten und Störungen der Verdauungsorgane werden u.a. auf die schwefelige Säure zurückgeführt. - Was die Metallgase betrifft, so scheinen die Zinkdämpfe keinen schädlichen Einfluß auf den menschlichen Körper auszuüben, dagegen führen die mit den Zinkgasen erzeugten Bleidämpfe zu Bleivergiftungen, unter deren verschiedenen Erscheinungsformen man auch bei oberschlesischen Zinkhüttenarbeitern vor allem Bleisaum, Bleikolik und Bleilähmung beobachtet hat." (L.v.Wiese, a.a.O., S. 80 f.)

1) Zitiert nach D.Crew, a.a.O., S.65 f.

2) Vgl. zu der Entwicklung der Arbeitszeiten allgemein R.Schmiede: Die Entwicklung der Arbeitszeit in Deutschland, in: Arbeitskampf um Arbeitszeit, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80, Berlin, 1979, S. 71-87.

3) Vgl. S.Braun: Tabellenanhang, a.a.O., S. 14.

nelle Machtüberlegenheit schrankenlos ausnutzen <sup>1)</sup>. Erst nach 1860 kann man davon ausgehen, daß die erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität durch den stark vermehrten Einsatz von Maschinen zu einer Arbeitszeitverkürzung beigetragen hat. So sank die wöchentliche Arbeitszeit im Zeitraum von 1860 bis 1870 auf 78 Stunden, und im Zeitraum 1885 bis 1890 sogar auf 66 Stunden <sup>2)</sup>. Dabei kamen die Arbeitszeitverkürzungen - zumindest bis 1870 - hauptsächlich aufgrund technischer Entwicklungen zustande. Erst nach 1870 waren die Organisationen der Arbeiterbewegung in der Lage, systematisch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als einem wesentlichen Teil ihrer Programmatik und ihres Handelns zu entwickeln <sup>3)</sup>. Allerdings war die dabei auch mitgedachte Instrumentalisierung der durch die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgten Verlängerung der Freizeit für die Zwecke der Arbeiterbewegung offenkundig eine Fehleinschätzung.

Zurückzuführen ist dieser Gedanke auf die Marxschen Argumentationen, daß die gesellschaftliche Arbeit mit ökonomischen Zielen die Sphäre individueller Autonomie und damit auch Freizeitaktivitäten erweitern soll <sup>4)</sup>:

Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die Industrie selbstgeschaffene. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß man aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts. Die Surplusarbeit der Masse

---

1) Vgl. F.-W. Henning: Industrialisierung, a.a.O., S.76

2) Vgl. S. Braun: Tabellenanhang, a.a.O., S. 14. Allerdings muß man auch hier auf die Besonderheiten der Branche achten. Die wöchentlichen Arbeitszeiten in der Textilindustrie betrugen 1885/90 rund 69 Stunden in der Woche (von 1825 bis 1850 waren sie von 75 auf 90 Stunden geklettet), während im gleichen Zeitraum die wöchentliche Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau rund 51,5 Stunden, in der chemischen Industrie 60 Stunden, in der Metallverarbeitung 65 Stunden und in der Metallerzeugung 66 Stunden (die Hochofenarbeiter mußten allerdings 77 Stunden arbeiten) betrug (vgl. W.G. Poffmann, a.a.O., Tabelle 26: Die wöchentliche Arbeitszeit im Bergbau und in der Industrie und Handwerk, S. 213 f.). Diese



Fortsetzung von Fußnote 2) Seite 425:

Unterschiede sind zu begründen in dem Grad der Industrialisierung (gemessen an Betriebsgrößen, Arbeitsorganisation, Energieeinsatz, Mechanisierungsgrad etc.), verbunden mit der Struktur der Belegschaftsangehörigen, worauf in einem späteren Teil genauer eingegangen werden muß.

3) Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mündete in die vor allem nach 1890 breit geführte Kampagne für die Einführung des Normalarbeitstages mit der Zielsetzung des 8-Stunden-Tages, wobei "der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit .. zum wesentlichen Medium (der) Entfaltung " der Arbeiterbewegung wurde (Ch. Deutschmann: Zeitflexibilität und Arbeitsmarkt. Zur Entstehungsgeschichte und Funktion des Normalarbeitstages, in: Arbeitszeit. Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit, hrsg. v. C. Offe, K. Hinrichs, H. Wiesenenthal, Frankfurt/M 1982, S. 32 - 45, S. 39). Die Bewegung um die Verkürzung der Arbeitszeit wurde vor allem - wie auch Ch. Deutschmann schreibt - von den Handwerkern, die trotz ihres Arbeitsplatzes in der Industrie noch sehr stark von zünftlerischen Selbstverständnissen geprägt waren, getragen. Eine solche Feststellung trifft sich mit der weiter unten geführten Diskussion um die Gründe und Auswirkungen des überproportionalen Einflusses der Handwerker auf die Entscheidungsstrukturen der organisierten Arbeiterbewegung. Dabei muß man mit bedenken, daß es sich gerade die Handwerker auch materiell besser leisten konnten als die Un- und Angelernten, eine Arbeitszeitverkürzung zu fordern. Für letztere bedeuteten zwar die langen Arbeitszeiten auch eine schier unerträgliche Belastung, waren aber zugleich Garant für ein das Existenzminimum sicherndes Einkommen. Kürzere Arbeitszeiten ohne entsprechende Lohnkompensation hätte für sie eine nicht mehr erträgliche Verarmung bedeutet. Ein solcher Unterschied zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen ist aber von der organisierten Arbeiterbewegung auch bezüglich der Kampagne um den Normalarbeitstag nicht breit thematisiert worden.

4) K.Marx: Grundrisse, a.a.O., S. 593.



hat aufgehört Bedingung zu sein, ebenso wie die Nichtarbeit der Wenigen für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit und geschaffnen Mittel entspricht.

Allerdings ging die dann in der geschichtlichen Entwicklung stark vereinfachte und insofern verballhornte Formel, daß durch eine Verkürzung die dadurch verlängerte Freizeit zur verstärkten Arbeit in den Organisationen der Arbeiterbewegung genutzt werden und damit auch letztlich eine Stärkung der Arbeiterbewegung erfolgen würde, aus mehreren Gründen so nicht auf. Die Verarbeitungsmöglichkeiten der Arbeiter angesichts der neuen Situation und der sich daraus ergebenden Anforderungen an die Anpassungsbereitschaft der Arbeiter waren sehr viel differenzierter, die Lernschritte der Arbeiter liefen in einem sehr viel komplexeren Prozeß ab als der oben dargestellte Handlungszusammenhang unterstellt.

Wie schon erwähnt, besteht eine Möglichkeit der subjektiven Denk- und Verhaltensweisen des industriellen Lohnarbeiters in der Verdrängung der gestellten Anforderungen und Zwänge, die dann von einer deutlichen Trennung zwischen dem Bereich der Arbeit und jenem der Nicht-Arbeit ausgeht, zur Arbeit ein ausgesprochen instrumentelles Verhältnis entwickelt und die Ansprüche sowie Erwartungen an das Leben ausschließlich auf den Nichtarbeitsbereich konzentriert. Damit wird der Versuch unternommen, sich der bürgerlich-individualistischen Handlungsweise anzupassen, was sich vor allem in einer starken Konsumorientierung niederschlägt und aus zweierlei Gründen nur eine Scheinalternative ist:

- auch der Bereich der Nicht-Arbeit wird zunehmend industrialisiert und kapitalisiert. Damit werden auch hier Verhaltens- und Denkweisen mehr oder weniger reproduziert, wie sie im Arbeits- und Produktionsbereich dominieren (zum Beispiel Anpassung an Herrschaftsverhältnisse, Fremdbestimmtheit, Feh-

len von Kreativität);

- daneben wird durch eine bewußte Konzentration des Individualismus des industriellen Lohnarbeiters auf den Nicht-Arbeits-Bereich und damit eine bewußte Ausschaltung des Individualismus im Arbeitsbereich eine doppelte bzw. gespaltene Identität vorausgesetzt, die den Arbeiter eben gerade nicht zu einer mit der inneren Einheit seiner Person und mit seiner Umwelt übereinstimmenden subjektiven Bewältigung seiner Arbeitssituation anleitet.

A. Gorz geht sogar so weit zu behaupten, daß der industrielle Kapitalismus seine politische Stabilität dem Umstand verdankt, daß er den Individuen zum Ausgleich für Enteignung und verschärfte Zwänge bei der Arbeit Gelegenheit gibt, sich außerhalb der Arbeit eine scheinbar wachsende Sphäre individueller Souveränität zu schaffen (scheinbar deshalb, weil dieser Souveränitätsbereich zugunsten einer vom Leistungsprinzip, von Aggressivität, Wettbewerb, hierarchischer Disziplin beherrschten Welt verdrängt wurde und wird <sup>1)</sup>).

Die Gorzschen Erkenntnisse der industriell-kapitalistisch bestimmten Funktionalisierung des Nicht-Arbeits-Bereiches sind zwar für sich genommen richtig, greifen jedoch in ihrer Kennzeichnung als alleinige Stabilisierungsmomente der bürgerlichen Gesellschaft zu kurz; die liberale Integrationsweise mit ihrem politisch-gesellschaftlichen Versuch zur Stabilisierung wird von Gorz nicht bzw. nur ungenügend berücksichtigt.

Für uns ergibt sich daraus die Aufgabe zu prüfen, wie diese Lernprozesse, die ihren Ausgangspunkt in den mit einer sozialen Deklassierung verbundenen oder zumindest so empfundenen, neuen Verhaltenszumutungen an die Arbeiter im Zuge der Industrialisierung hatten, in ihren konkreten Ausdrucksformen abliefen, von welchen weiteren spezifischen Voraussetzungen sie ausgingen und welche Auswirkungen sie auf die Verhaltensweisen der Arbeiter hatten.

---

1) Vgl. A.Gorz: Proletariat, a.a.O., S. 74.

### 2.2.2. Die Verarbeitung der neuen Anforderungen und Verhaltens- zumutungen aufgrund der Anpassungszwänge an die Bedin- gungen des Arbeitsmarktes und der industriellen Arbeit durch die Arbeiter

Für die industrielle Arbeits- und kapitalistische Wirtschafts-  
weise ist die Zentralisierung sowohl der Produktionsstätten als  
auch der Arbeiter in bestimmten Ballungsräumen kennzeichnend.  
Die technisch bedingte Notwendigkeit industrieller Produktion  
erfordert als Voraussetzung und auch als Folge der Zentralisie-  
rung in Ballungsräumen die Existenz von Arbeitsmärkten. Der Ar-  
beitsmarkt wiederum wird konditioniert durch das private Kapi-  
tal, das Arbeit als Lohnarbeit bestimmt und den Markt als Mit-  
tel einsetzt. Die ökonomisch bestimmte Vermittlung von Arbeits-  
kräften über Arbeitsmärkte verlangt von den Arbeitern einen  
rechtlich und materiell bedingten Arbeitsmarktindividualismus,  
d.h. daß die Marktteilnehmer einerseits formal frei sind, ande-  
rerseits zur Existenzsicherung auf dem Arbeitsmarkt auftreten  
und entsprechend ihre Chance wahren müssen.

Die Arbeiter werden auf dem Arbeitsmarkt prinzipiell entsozia-  
liert, d.h. sie werden als Individuen betrachtet, die wählen  
können (zwischen den Angeboten), und dies nach rationalen Kri-  
terien auch tun, wobei sie dann miteinander konkurrieren. Diese  
den Arbeitern zugedachte Rolle auf dem Arbeitsmarkt wird durch-  
gesetzt von einer 'unsichtbaren' Marktstruktur, die sich aus der  
Nachfragemacht des Unternehmers und seiner grundsätzlich gegebene-  
nen institutionellen Machtüberlegenheit bestimmt. Danach wurden  
von den Arbeitern Anpassungen an Verkehrsformen verlangt, die  
sich erheblich von jenen vorindustrieller Arbeits- und Lebens-  
zusammenhänge unterscheiden.

#### 2.2.2.1. Die Entwicklung der 'halboffenen' Familienstruktur als eigenständige Organisationsleistung der Arbeiter

So beschränkte sich zum Beispiel die Kommunikation in vor- und  
auch noch protoindustriellen, ständisch-agrarischen Wirtschafts-  
weisen mit räumlich verstreuten relativ kleinen Produktionsein-  
heiten, die noch Arbeits- und Lebensweisen in einen direkten Zu-

sammenhang brachten, auf einen einsträngigen hierarchischen Informations- und Weisungsfluß, "die Vereinzelung und ländlich-agrarische Bindung der Rezipienten, die gegliederte ständische Exklusivität und ihr entsprechende Maßnahmen der Abschließung verhindern einen freizügigen Informationsfluß" <sup>1)</sup>.

Mit der Industrialisierung und der Durchsetzung der Großen Industrie etablierte sich im Grundsatz eine Veränderung von vertikalen hin zu mehrsträngigen, (d.h. mehrere Themen und mehrere Bezugsgruppen umfassenden) horizontalen Kommunikationsstrukturen, wozu auch die veränderten Wohnformen der Arbeiter als Folge der Zentralisierung und der Bildung von Arbeitsmärkten <sup>2)</sup> beigetragen haben. Das Wohnen der Arbeiter im Kaiserreich war

ein halböffentliches und häufig wechselndes Geschehen, das auf Mobilität, Unsicherheit und Armut gründete und ständig zu dichten, ja hautnahen Kontakten zwang. Die Mehrheit der Arbeiter wohnte so kurz mit so vielen Personen in so engen Ein-, Zwei- und allenfalls Dreizimmerwohnungen, daß gefühlsmäßige Umweltbindungen (Heimat, Identität, Stil) weder verfangen noch entstehen konnten <sup>3)</sup>.

Da weder die sehr zögernd und zunächst nur vereinzelt einsetzen-  
de staatliche Intervention am Wohnungsmarkt noch der Bau von  
Werkwohnungen durch verschiedene Unternehmer im Rahmen ihrer  
betrieblichen Sozialpolitik ausreichten, mehr als nur Teile der  
Arbeiterschaft mit Wohnraum zu versorgen, wurden die Arbeiter  
zu einer soziokulturellen Organisationsleistung, der 'halboffenen Familienstruktur', gezwungen. Die halboffene Familienstruktur war gekennzeichnet durch häufigen Wohnungswechsel, durch das Sich-Anpassen an eine immer neue Umgebung, den Zwang zur Herstellung stets neuer Kontakte und Beziehungen, die Aufnahme von Schlafgängern usw. und beinhaltete einen Zwang zur Selbstorganisation - die ja im übrigen der bürgerlichen Norm der Selbsthilfe entsprach -, die damit als Grunddisposition der Arbeiter nicht verloren ging und zumindest tendenziell der fremdbestimmten Organisation der Arbeit entgegenstand.

1) K.Tenfelde: Arbeiterschaft, a.a.O., S.41.

2) Die Entwicklung von begrenzten überschaubaren, die Mobilität begünstigenden Arbeitsmärkten aufgrund der Zentralisierung der Produktion bezog für die Arbeiter die Möglichkeit mit ein, sich schneller und besser über die sich ständig wechselnden Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu informieren und die veränderten Kommunikationsmöglichkeiten auch für ihre Zwecke zu nutzen.

3) L.Niethammer, F.Brüggemeier, a.a.O., S. 134.

So schrieb Otto Rühle über das besonders in Berlin ausgeprägte Schlafgängerwesen 1):

1880 gab es in Berlin 59 087 Schlafgänger, die sich auf 32 298 Haushaltungen verteilten (15%). Eine Haushaltung hatte 34, eine 11, eine 10 Schlafgänger. 1663 Haushaltungen je einen. 15 065 Familien besaßen nur einen heizbaren Raum. Gleichwohl hatten 6 953 von ihnen noch einen Schlafburschen, 4 132 je ein Schlafmädchen, 1 790 je zwei männliche, 607 je einen männlichen und einen weiblichen, 721 je zwei weibliche, 357 je drei männliche Schlafgänger. In einem Falle kampierten bei einem mit Kindern reich gesegneten Ehepaar in einem Raum sieben Schlafburschen und ein Schlafmädchen. In einem anderen Falle hatte eine Frau in ihrem Wohnraum zehn Schlafburschen.

1885 war die Zahl der Schlafgänger in Berlin 84 687, 1890 auf 95 365 angewachsen. 56,2% der Haushaltungen hatten eine, 29,5% zwei, 10,5% drei, 2,7% vier und 1,1% fünf und mehr Schlafstellen. Zwei Drittel der Schlafleute wohnten bei einem Ehepaar, drei Viertel in Haushaltungen mit Kindern, 39% in Wohnungen mit nur einem, 51% mit zwei, 10% mit mehr Zimmern.

1895 kamen auf 1 000 männliche Personen 77,2, auf ebensoviel weibliche 26 Schlafgänger.

Von den Praktiken der 'Bettbeschaffung' erzählt Carl Fischer in seinen Erinnerungen eines Arbeiterlebens 2):

Als ich sagte, daß ich nicht anfangen könne, weil ich kein Quartier hätte, rief der Polier laut: Weiß keiner von euch ein Quartier? Da meldete sich auch gleich einer und sagte: Meine Kostmutter nimmt noch einen... Da ging ich nach Feierabend mit nach der Stadt und war besorgt, was Peter für ein Quartier hätte und wie es mir ergehen möchte, denn ich hatte weiter nichts als wie ich ging und stand und mußte froh sein, wenn mich überhaupt jemand aufnahm. Aber als mich Peter seiner Kostmutter vorstellte, da sagte sie: Jawohl, ganz gern. Da waren weiter keine Umstände und keine Fragerlei. Es war sicherlich eine der ärmsten Familien der Stadt, vielleicht die ärmste, und waren schon bejahrte Leute und hatten zahlreiche Familie, aber bloß drei Kinder gingen noch in die Schule, und die Ältesten waren schon verheiratet... Die Wohnung war klein und niedlich und enge, und man mußte sich behelfen. Im Flur über der Stubentür befand sich eine Klappe, da war Peters Schlafzimmer, das war reichlich einen Meter hoch, da stand ein altes zweischläfriges Bett, da setzte man abends eine Hühnerstiege an die Stubentür und kletterte hinauf, dann zog man die Stiege nach, da konnte man zu Bett gehen; aber beim Aufstehen, da mußte man sich vorsehen, denn man durfte sich nicht aufrichten, sonst rannte man mit der Stirn und Nase wider die Zimmerdecke, man konnte in dem Raume nur tief gebückt gehen und mußte sich daran gewöhnen. Da gab ich siebeneinhalb Groschen Kostgeld pro Tag, aber Peter gab nur anderhalb Taler wöchentlich.

1) O. Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 394.

2) Zitiert nach ebenda, S. 396 f.



Auch Paul Göhre schildert in seinen Erlebnissen die unbeschreiblichen Zustände des Schlafgängerwesens <sup>1)</sup>:

Keine Etage des ganzen Hauses war des Nachts oft dichter besetzt als diese Dachräume, deren schiefe Decke Dachsparren und die nackten Ziegel bildeten. In alten Häusern mußten es, namentlich im heißen Sommer, nächtliche Marterkästen sein; in solider gebauten waren es mit die besten Schlafräume. Jedenfalls hatte diese Art von Schlafstellen den großen Vorzug, daß sie des Nachts den Fremden von der ihn beherbergenden Familie isolierte ... Der wöchentliche Durchschnittspreis war etwa zwei Mark; dafür bekam man noch den Morgenkaffee. Bei kleinen Meistern schlafen die Lehrlingen, ab und zu auch einer ihrer Gesellen hier, manchmal mit einem oder mehreren fremden Schlafburschen zusammen. In kleinen Beamten-, Kaufmanns- oder ähnlichen Familien, wo ein Dienstmädchen nötig gebraucht wird und die Wohnräume knapp sind, wird auch deren Bett mitunter, dann natürlich allein, hier aufgestellt. Außer der Bettstelle und einigen Nägeln in der Wand gibts gewöhnlich kein Mobilar in diesem Gelaß, es sei denn, der Fremde brächte sich eine Kommode oder Kiste mit. Jenes passiert selten, dies häufig. Die paar Kleider, die so ein Menschenkind zu besitzen pflegt, werden dann an die eingeschlagenen Nägel gehängt, die Wäsche und die anderen Siebensachen in der Kiste und das andere Paar Stiefel in einer Ecke der Bodenkammer untergebracht. Wer ganz billige Unterkunft haben wollte oder mußte, mietete sich solchen Bretterverschlag mit einem Bette mit einem Freunde zusammen.

Neben dieser räumlichen Trennung zwischen vermietender Familie und dem Schlafgänger gab es aufgrund der herrschenden Armut aber auch ein Zusammenleben von Vermietern und Mietern <sup>2)</sup>:

In der einfenstrigen Kammer standen zwei Betten, in deren einem ein Pferdebahnkutscher und in deren anderem zwei böhmische Maurer nächtigten. Im Alkoven, in einem Bett für sich, schlief die kränkliche Frau allein; ihr Mann seit drei Jahren auf dem Sofa derselben Wohnstube, die vom frühen Morgen bis nach 10 Uhr abends von sämtlichen schwatzenden, essenden, rauchenden Haushaltungsmitgliedern frequentiert wurde. Denn die beiden Maurer mußten schon früh 1/2 5 Uhr weg und vorher noch ihren in eben dieser Stube gekochten Kaffee getrunken haben und der Pferdebahnkutscher kam erst abends 1/2 10 Uhr von seinem schweren Dienst zurück und wollte dann noch Abendbrot essen. Wo war da eine wirklich erquickende Nachtruhe für Mann und Frau möglich? - In der Bodenkammer standen ebenfalls zwei Betten: in dem einen schlief ein ganz junges Ehepaar, das hier zur Aftermiete wohnte, tagsüber auf Arbeit war und wohl nichts sein eigen nannte, und in dem anderen das zwölfjährige Mädchen, das Enkelkind. Man macht sich leicht ein Bild von dem, was dies Kind nächtlicherweile hören und erleben konnte, wie es überhaupt in diesem und ähnlichen Haushalten selbst bei dem besten Willen aller Bewohner zugehen mußte.

1) P.Göhre, a.a.O., S. 25.

2) Ebenda, S. 23 f.

Eine Anhängerin der Frauenbewegung, Frau Minna Wettstein-Adelt, die - nach dem Vorbild von Paul Göhre - sich für eine Zeit lang als Arbeiterin in einer Fabrik verdingte, um die Lage der Arbeiterinnen kennenzulernen und der Öffentlichkeit bekanntzumachen (für damalige Zeiten ein unerhörtes Vorgehen), schilderte ebenfalls die bedrückenden Umstände des Schlafgängerwesens <sup>1)</sup>:

Das tollste jedoch an 'Familienwohnungen', was ich sah, war die Behausung einer Webereiarbeiterin, das Mädchen bewohnte mit einer Tante, der 'Herrin des Hauses', zwei Stuben und eine Dachkammer. In der Dachkammer, die womöglich noch fürchterlicher aussah, als die vorher beschriebene, schlief die Tante nebst 14jährigem Sohn auf einem Strohsack. Die Webereiarbeiterin schlief im hinteren Zimmer auf einem Feldbett, in einem ebensolchen lagen zwei andere Schlafmädchen, eine 60jährige Sortiererin und eine 15jährige Wäscherin. In dem Vorderzimmer, das man passieren mußte, um in die Schlafkammer der Mädchen zu kommen, schlief auf dem Sopha ein Bruder der Tante und in einer Hängematte (!!!), die vom Fenster zur Thür gespannt wurde, ein Bruder der Nichte; dieser zahlte wöchentlich zwei Mark Schlafgeld mit der Vergünstigung, seinen Koffer mit Effekten im Zimmer aufzustellen. Der Sophaschläfer zahlte 2,80 Mark, jedoch ohne Koffer; ich habe mir nie erklären können, wo diese Leute ihre Sachen lassen.

Eine alte Frau, die halb taub und lahm war, hatte eine Wohnung von Stube und Kammer inne; in letzterer, die stockdunkel war, schlief sie, in der Stube lagen nächtlich vier Personen auf Strohsäcken, zwei Dienstmänner und zwei Fabriklehrlinge. Diese vier 'Herren' durften sich jedoch nicht vor 1/2 9 Uhr abends einstellen und mußten die Schlafstelle wieder um 1/2 6 Uhr morgens verlassen. Triumphierend erzählte mir die alte Frau, daß die Lehrlinge am Sonntag anfangs länger schliefen; da habe sie dieselben so lange gekitzelt, bis sie aufgestanden seien; für den Sonntag Vormittag vermietete sie das Wohnzimmer an eine Wahrsagerin, die dafür monatlich 3 Mark bezahlt, die Alte sorgt ihr für Kundschaft und bekommt dann Tantiemen.

Die Organisationsleistung der halboffenen Familienstruktur betraf aber weit mehr als eine Neu- oder Andersorganisation des Wohnbereichs. Denn die Wertmuster vorindustrieller Verhaltensweisen waren in einem erheblichen Maße durch die Ganzheitlichkeit der Lebens- und Arbeitsbeziehungen, die sich in entsprechenden Wohnformen niederschlug, geprägt.

So drückte die halboffene Familienstruktur der Arbeiter mit all ihren hier gekennzeichneten Merkmalen eine Umoorientierung bis-

---

1) M.Wettstein-Adelt, a.a.O., S. 58 f.

heriger Lebensweisen aus, die - grundsätzlich gesehen - einem Bruch mit vorherigen Orientierungen gleichkam <sup>1)</sup>. Ein wesentliches Kennzeichen der vor allem auch in der halboffenen Familienstruktur zutagetretenden neuen Verhaltensweisen war die Mobilität der Arbeiter, die - in gewissen Grenzen - Voraussetzung der Existenz einer industriellen Gesellschaft ist, die aber daneben auch - in ihrer spezifischen historischen Ausprägung zur Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie - Kennzeichen der gewaltigen Umwälzungsprozesse durch eben diese Durchsetzung der Großen Industrie ist. Deswegen kann die entsprechende Mobilität durchaus als Ausdruck der subjektiven Verarbeitungsschwierigkeiten der nun in der Industrie tätigen bzw. dort Arbeit suchenden ehemaligen, äußerst heterogenen Unterschichten angesehen werden. Damit soll angedeutet werden, daß die halboffene Familienstruktur nicht so sehr die Lebensweise derjenigen ehemaligen Gesellen und Handwerker prägten, die zu den in vielerlei Hinsicht privilegierten Stammbefugenschaften zählten, sondern vor allem derjenigen, deren Arbeit und Status mittelbar verbunden mit einer bestimmten Herkunft, Anlaß gibt, sie zu der großen Gruppe von Arbeitern zu rechnen, die Lucas - bei allen notwendigen Differenzierungen - als Massenarbeiter bezeichnet.

#### 2.2.2.2. Die räumliche Mobilität der Bevölkerung als wesentlicher Ausdruck der Verarbeitungsschwierigkeiten der neuen Anforderungen

Die Mobilität vor allem der Arbeiter drückte sich aber nicht nur im Schlafgängerwesen aus <sup>2)</sup>, sondern auch in den Zu- und

---

1) Allerdings erfolgte dieser Bruch nur stückweise, in Einzelfällen oft gar nicht und war - wie später noch im Zusammenhang mit dem Mietskasernenwohnen gezeigt wird - mit erheblichen Reibungsverlusten der davon Betroffenen verbunden.

2) Dieser relativ große Anteil des Schlafgängerwesens am 'Arbeiterwohnen' (das das Zimmervermieten bzw. Untervermieten teilweise verdrängte) kann durchaus als Indiz für eine fortschreitende Proletarisierung angesehen werden.

So betrug der Anteil der Haushalte, die 'Schlafgänger, Zimmerabmieter und Chambregarnisten' aufgenommen hatte, 1910 in Berlin 19,6%, in Bochum 13,8%, in Dortmund 14,6%, in Düsseldorf 14,1%, in Duisburg 13,3%, in Köln 11,4%, in Barmen 5,9%, in Aachen 6,6%,

Abwanderungen von und in die Städte und in den Umzügen innerhalb der Städte.

Wenn man zunächst die Mobilität innerhalb der Stadtgrenzen betrachtet, muß man bei der allgemeinen Wohnungsnot, hervorgerufen durch Zuwanderungen und allgemeines Bevölkerungswachstum, beginnen. So stieg in Augsburg die Zahl der Bewohner pro Gebäude von 11,6 in 1840 über 16,0 in 1890 auf 18,3 in 1900, wobei die Wohndichte in den Arbeiterquartieren noch erheblich über diesem Durchschnitt lag (25,2 Personen pro Wohngebäude <sup>1)</sup>). Gleichzeitig mit dem steten Mangel an ausreichendem Wohnraum (über die Qualität der Wohnungen wurde an anderer Stelle schon näheres gesagt) litten die Wohnquartiere an allgemeiner Übervölkerung: so stieg in Augsburg die Einwohnerzahl pro ha (incl. der Eingemeindungen) von 17,7 in 1846 über 36,9 in 1895 auf 43,0 : in 1905 <sup>2)</sup>).

In Remscheid ergab eine Fragebogenerhebung 1887, daß die Arbeiter bei hohen Mieten äußerst beengt wohnten: in rund 23% der untersuchten Wohnungen kamen drei und mehr Personen auf ein Zimmer <sup>3)</sup>. In Hamborn gab es aufgrund der großen (Thyssen)Werke erheblich mehr Werkwohnungen als in Remscheid, wo der Einfluß der großen Betriebe nicht so dominant war und wo der Wohnungsbau fast nur von Privaten betrieben wurde. Dennoch reichte in Hamborn der Bau von Werkwohnungen nicht aus, um die in die Stadt strömenden Arbeitermassen zu beherbergen, der gewerbliche (pri-

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 433:

in Krefeld 5,5% (Quelle: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 240/2, zitiert nach D.Crew, a.a.O., Fußn.130, S.252).

Interessanter ist die Tabelle der Entwicklung in Remscheid und Hamborn, die zwischen Zimmermieter und Schlafgängern unterscheidet (in: E.Lucas: Radikalismus, a.a.O., S.47):

|                        | Zimmermieter<br>bzw. Untermieter a) | Schlafgänger a) | Bewohner von<br>Wohnheimen a) |
|------------------------|-------------------------------------|-----------------|-------------------------------|
| 1885                   | 0,3                                 | 0,2             | 0,1                           |
| 1890                   | 5,8                                 | 0,8             | 0,2                           |
| 1895                   | 6,1                                 | 0,2             | 0,9                           |
| 1900                   | 3,1                                 | 3,4             | 2,2                           |
| 1905                   | 2,6                                 | 4,4             | 0,8                           |
| zum Vergleich Hamborn: |                                     |                 |                               |
| 1900                   | 8,7                                 | 4,3             | 9,1                           |
| 1905                   | 13,7                                | 7,8             | 3,3                           |

a) in Prozent des männlichen Bevölkerungsteils

vate) Wohnungsbau konnte diese Lücke nicht schließen <sup>1)</sup>. So bestand auch in Hamborn ein ständiger Wohnungsmangel, der die Wohnungssuchenden zwang, selbst die schlechtesten Wohnungen noch zu mieten mit dem Ergebnis, daß die privaten Hausbesitzer wenig Neigung hatten, die Wohnungen instandzusetzen. Zu diesem allgemeinen Wohnungsmangel kam noch ein wesentlicher Tatbestand: Obwohl die Werkswohnungen erheblich billiger waren und im allgemeinen gut instandgehalten wurden, waren die in ihnen lebenden Arbeiterfamilien bestrebt, so schnell wie möglich aus vor allem zwei Gründen in Privatwohnungen zu kommen, die in der Uniformität und der totalen Abhängigkeit lagen. In einer zeitgenössischen Untersuchung heißt es über die Werkswohnungen in Hamborn:

Alle Einwohner (einer Kolonie) gehören demselben Berufe, derselben gesellschaftlichen Schicht an. Wie die Häuser schon durch ihre äußerliche Übereinstimmung gleichsam als das uniformierte Symbol der ewig gleichen Beschäftigung (ihrer) Bewohner wirkten, ebenso spielt sich auch das Leben (ihrer) Insassen, gleichsam wie das in der Freiheit lebender Gefangener, genau nach dem Schema der Schichtuhr ab. ... Diese gleichmäßigen Häuser und Straßen ... sind ihnen ein Unterschlupf zum Schlafen und zum Essen, sie gehören dort hin, solange sie zu dem Kolonieherrn auf Arbeit gehen <sup>2)</sup>.

Die Abhängigkeit der Koloniewohner von den Fabrikbesitzern kommt unter anderem in dem vorgedruckten Mietvertrag der (Thyssen)Zeche 'Deutscher Kaiser' zum Ausdruck, der bei einer beiderseitigen 14tägigen Kündigungsfrist festlegte, daß bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses die Wohnung noch am selben Tage geräumt werden mußte. Auch "im Falle einer Beteiligung des Mieters an Arbeiterausständen muß die Wohnung auf Verlangen der Vermieterin ... sofort geräumt werden" <sup>3)</sup>. Eine zusätzliche Abhängigkeit war gegeben durch die despotischen Wohnungsverwalter; wer sich ihnen widersetzte, erhielt die Kündigung und bekam nie wieder eine Koloniewohnung.

Solche Gründe veranlaßten viele Arbeiterfamilien, eine Privatwohnung anzumieten. Allerdings konnten sie in der Regel auch darin nicht lange wohnen bleiben. Preis und Beschaffenheit der

Fortsetzung der Fußnoten 1), 2), 3) von der Seite 434:

1) Vgl. I. Fischer, a.a.O., S.104 f.

2) Vgl. ebenda, S. 105.

3) Vgl. E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S.47 f.

1) Vgl. im folgenden ebenda, S. 49 - 53.

2) Zitiert nach E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S.49 ff.

3) Zitiert nach ebenda, S. 53.



Wohnung oder auch die wachsende Kinderzahl, die der Hausbesitzer nicht mehr duldete, zwangen sie wieder in die Kolonie zurück. Das Hin- und Herwandern war der Grund, warum in Hamborn fast jeder zweite Einwohner einmal im Jahr innerhalb der Stadtgrenze die Wohnung wechselte - neben der ohnehin schon großen Fluktuation über die Stadtgrenzen hinweg. Ein Lehrer beschrieb 1910 das typische Bild:

Auf einem Ziehkarren die wenigen Habseligkeiten. Neben dem Karren laufen die Kinder. Sie tragen Lampen, Bilder oder Spiegel. Der Älteste hat die Ziege an der Leine. Der Vater trägt ein quieksendes und strampelndes Schweinchen im Sack. Die Mutter trägt das Allerkleinste auf dem Arm 1).

Diese innerstädtische Mobilität war aber nicht nur in Hamborn festzustellen, sondern in allen deutschen Groß- und Mittelstädten, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Langewiesche hat die Zahl der Umzüge innerhalb der Städte Berlin, Hamburg, Breslau, Halle/S. und Königsberg und die Bezugsdauer der Wohnungen untersucht und kommt zu Ergebnissen, daß zum Beispiel 1890 in Berlin 32,9%, in Breslau 56,1% und in Königsberg gar 64,4% der Bevölkerung umgezogen sind. Die durchschnittliche Bezugsdauer der Wohnungen betrug 1885 in Berlin für 50,6% der gesamten Bevölkerung bis zu zwei Jahren, für Hamburg, München und Leipzig nicht entscheidend weniger 2).

1) Zitiert nach E.Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 53.

2) Vgl. D.Langewiesche: Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland, in: VSWG, 64. Bd., 1977, S.1 - 40.

Umzüge innerhalb von Großstädten (in o/oo der Bevölkerung)

|              | Berlin  | Hamburg | Breslau | Halle/S. | Königsberg |
|--------------|---------|---------|---------|----------|------------|
| 1890 Absolut | 519 208 | ?       | 188 052 | 22 418   | 104 155    |
| %            | 329     |         | 561     | 221      | 644        |
| 1895 absolut | 675 761 | 217 759 | 186 916 | 22 701   | 84 781     |
| %            | 403     | 355     | 505     | 195      | 491        |
| 1905 absolut | 741 195 | 240 708 | 226 735 | 31 609   | 91 596     |
| %            | 363     | 301     | 482     | 186      | 417        |

Zu den Tabellen (2.Tabelle auf der folgenden Seite) siehe D.Langewiesche, a.a.O., S. 11.

Neben der Mobilität innerhalb der Stadtgrenzen muß auch die Mobilität über die Stadtgrenzen hinaus, also Zu- und Abwanderung, einer genaueren Betrachtung unterworfen werden. Auch hier ist es wiederum interessant, neben allgemeinen Zahlen für Deutschland und Preußen bestimmte Regionen und Städte mit deren Spezifika zu untersuchen.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die Wanderungsströme in Deutschland, die jedes Jahr mit typisch gleichförmigen saisonalen Schwankungen <sup>1)</sup> durch die Städte zogen, und die im übrigen fast parallel mit dem Konjunktugeschehen verliefen <sup>2)</sup>, zahlenmäßig

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 436:

| Bezugsdauer der Wohnungen in Großstädten (in % der Wohnungen) |             |              |              |              |             |              |              |              |
|---------------------------------------------------------------|-------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|--------------|--------------|
| Jahre                                                         | 1885        |              |              |              | 1895        |              |              |              |
|                                                               | Ber-<br>lin | Ham-<br>burg | Mün-<br>chen | Leip-<br>zig | Ber-<br>lin | Ham-<br>burg | Mün-<br>chen | Leip-<br>zig |
| bis 1                                                         | 32,5        | 27,8         | 29,8         | 22,2         | 31,8        | 31,3         | 32,3         | 26,0         |
| 1- 2                                                          | 18,1        | 16,6         | 15,3         | 15,0         | 17,6        | 17,6         | 16,2         | 16,9         |
| 2- 5                                                          | 25,4        | 26,9         | 23,2         | 28,1         | 24,6        | 23,7         | 24,4         | 28,2         |
| 5-10                                                          | 15,1        | 15,2         | 14,3         | 34,6         | 14,6        | 12,9         | 10,9         | 29,0         |
| über<br>10                                                    | 8,5         | 12,9         | 12,8         |              | 11,2        | 13,2         | 14,2         |              |

  

| Jahre      | 1905        |              |              |              | Gesamtzahlen Wohnungen: |              |              |              |
|------------|-------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------|--------------|--------------|--------------|
|            | Ber-<br>lin | Ham-<br>burg | Mün-<br>chen | Leip-<br>zig | Ber-<br>lin             | Ham-<br>burg | Mün-<br>chen | Leip-<br>zig |
| bis 1      | 28,7        | 28,5         | 27,2         | 24,9         | 1885                    | 304490       | 99664        | 64045        |
| 1- 2       | 17,3        | 16,5         | 14,8         | 17,2         | 1895                    | 408644       | 137425       | 93077        |
| 2- 5       | 23,7        | 22,6         | 21,7         | 25,1         | 1905                    | 523435       | 182610       | 131239       |
| 5-10       | 17,1        | 17,1         | 23,0         | 17,2         |                         |              |              |              |
| über<br>10 | 13,2        | 14,2         | 23,0         | 15,6         |                         |              |              |              |

1) Die steilen Wanderungsspitzen im April und Oktober heben sich erheblich von den sinkenden Wanderungsvolumen im Winter und Sommer ab (Vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.15). Die Gründe hierfür sind zu sehen im ländlichen Wirtschaftsrhythmus, der stark die saisonalen Schwankungen beeinflusste. Denn der größte Teil der Wanderungen waren Nahwanderungen - wie später noch zu zeigen sein wird; hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der Zuwanderer in die Stadt zuvor vom Lande kam (ca. 30-60%, regional unterschiedlich, vgl. ebenda, S.20) und auch zu einem großen Teil wieder aufs Land ging. Für diese Annahme spricht die durch die Volkszählung 1890 ermittelte Tatsache, daß die Wanderungsbewegungen zwischen den deutschen Großstädten äußerst gering war (in: D.Langewiesche, a. a.O., S.21). Dieses alles zeigt relativ eindeutig, daß der nicht-industrielle Arbeitsmarkt im Sommer erhebliche Beschäftigungsmöglichkeiten bot. 1895 wurde festgestellt, daß im Herbst nach der ländlichen Arbeitssaison ein starker Rückfluß besonders ungelernter Arbeiter in die Städte einsetzte, während - und auch hier wird die Teilung zwischen ungelernten und gelernten Arbeitern wieder deutlich - die im Frühjahr beginnende Bautätigkeit in den

erheblich die Wanderungsgewinne übertrafen, die die Städte zu verzeichnen hatten. Das heißt, daß nicht nur eine Land-Stadt-Wanderung erfolgte, sondern auch in erheblichem Ausmaß eine Stadt-Land-Wanderung <sup>1)</sup>.

Diese Wanderungsbewegungen, die zwischen 1881 und 1912 im Durchschnitt jährlich  $1/4$  bis  $1/3$  der gesamten Einwohnerschaft deutscher Mittel- und Großstädte ausmachte <sup>2)</sup>, verklammerten Stadt und Land, industrielle und agrarische Bevölkerung.

Daraus läßt sich zweierlei schließen: Zum einen ergeben sich aufgrund der Zahlen eindeutige Zusammenhänge zwischen den Anforderungen der Industrie - die außerdem in der günstigen Lage war, aufgrund des Bevölkerungszuwachses über genügend Arbeitskräfte zu verfügen, um sich endgültig durchzusetzen - und der erzwungenen Mobilität der Bevölkerung, die sich zudem (mit der Industrialisierung zusammenhängend) aufgrund der Pauperisierung, des Bevölkerungsdrucks etc. zur Migration geradezu verurteilt sah, um zu überleben. Diese Feststellung kann getroffen werden, ohne sich zunächst genauer die Zahlen über den Verbleib der Migranten in den einzelnen Berufen und Betrieben anzuschauen (was später in einem weiteren Schritt erfolgen soll). Zum zweiten kann aufgrund der Zahlen über die saisonalen Schwankungen der Mobilität, die ja auch Erkenntnisse nicht nur über die Herkunft der Stadtwanderer, sondern auch über die Stadt-Land-Wanderer zulassen, gesagt werden, daß vor allem ungelernte Arbeiter im Sommer wieder in

---

Fortsetzung der Fußnoten 1) und 2) von Seite 437:

Städten mit ihrer Ausstrahlung auf andere Branchen besonders Fachkräfte in die Städte zog (vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.22 f.).

2) Nach dem Anstieg der Mobilitätskurve in dem Gründerboom bis 1873 erfolgte während der sich daran anschließenden Depression ein starker Mobilitätsrückgang, der erst durch die kurzen und schwachen Aufschwungjahre 1880-1882 aufgehalten wurde. Nach dem wirtschaftlichen Tiefpunkt im Jahr 1883 erfolgte ein leichter Mobilitätsaufschwung, die kurze Boomphase 1888/89 ließ die Mobilität steil ansteigen, mit einem scharfen Einschnitt in den Depressionsjahren 1889/94 (vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.9). Auch H.Matzerath stellte für Rheydt einen direkten Zusammenhang zwischen Konjunkturverlauf und räumlicher Mobilität fest, a.a.O., S. 53.

1) Die Stadt-Land-Wanderungen tauchten in den Bevölkerungszählungen statistisch nicht auf, da sie zahlenmäßig geringer waren als die Land-Stadt-Wanderungen.

2) Vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.36.

ihre agrarischen Gemeinschaften gingen und dort arbeiteten <sup>1)</sup>.

So hatten auch nach 1850 immerhin noch 60% aller Familien in Mitteleuropa ein Bodennutzungsrecht, und davon arbeitete ein (kleinerer) Teil auch in der Industrie <sup>2)</sup>.

Diese Tendenz wurde zum einen anhand der oben beschriebenen saisonalen Schwankungen der Mobilität schon deutlicher gekennzeichnet, zum andern durch die Zahlen über die tägliche (über das gesamte Jahr reichende) Pendelwanderung weiter bestätigt. So arbeiteten in den 1890er Jahren in der Industriestadt Rheydt (Textil-, Maschinenbau- und Elektroindustrie) rund 3 000 Pendler, die entweder mit den bestehenden Eisenbahn- und den neu entwickelten Nahverkehrslinien kamen oder zu Fuß <sup>3)</sup>. Die meisten von ihnen hatten an ihrem Wohnort eine Nebenerwerbslandwirtschaft, in der sie nach Feierabend und Sonntags arbeiteten (sogenannte Rucksackbauern).

Die Verklammerung von Hauptarbeit in der Industrie und Wohnort/Nebenerwerbslandwirtschaft in agrarischen Gebieten bedeutete für viele davon betroffene Arbeiter einen zunächst kaum zu verarbeitenden Widerspruch. Das Wohnen und die gängigen Eigenbedarfswirtschaften in ländlichen Bereichen setzte einen hohen Identifizierungsgrad der Arbeiter mit den gewohnten agrarisch bestimmten Strukturen voraus, was zum Teil erhebliche Konsequenzen bezüglich

---

1) Die ländliche Arbeitssaison, in Verbindung gebracht mit Ein- und Austritten einer württembergischen Baumwollspinnerei und -weberei (durchschnittliche Zahlen der Jahre 1858-1914) läßt sich folgendermaßen darstellen: "Im Januar, wenn keine Feldarbeiten anfielen, und die letztjährige Ernte bereits gedroschen war, standen den Fabriken genügend Arbeitskräfte zur Verfügung und die Zahl der Eintritte überstieg die der Austritte. Der März, und damit die Zeit der Feldbestellung für Hafer, Gerste und Gemüse, brachte die erste Wende. Das eigentliche Hoch bei den Eintritten lag stets im Monat April, wenn alle Felder und Gärten bestellt waren und Getreide-, Feld- und Gartenfrüchte sich im Stadium des Wachstums befanden. In den Sommer- und Herbstmonaten Juni bis Oktober verließ wieder ein Großteil der Arbeitskräfte die Fabriken, um bei den verschiedenen Ernten, der neuen Saat und den Drescharbeiten zu helfen. Mit Beginn des Monats November kehrte ein Teil von ihnen erneut an den industriellen Arbeitsplatz zurück" (P.Borscheid: Textil, a.a.O., S.277 ff.). Diese Gruppe machte in dieser Fabrik 13% der gesamten Belegschaft aus.

Die Industriebetriebe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellten sich auf die Anforderungen der Landarbeit dergestalt ein, daß in vielen Fällen die Industriebetriebe während der agrarischen Hochsaison einfach schlossen und so die Produktion schlichtweg

ihrer Rolle als industrielle Lohnarbeiter und darüberhinaus für die Zusammensetzung, die Verhaltensweise und Handlungen sowie die Dominanz bestimmter Gruppen in den Organisationen der Arbeiterbewegung hatte. Denn die 'ländlichen' Industriearbeiter waren neben ihrem Status als Ungelernte noch geprägt von ihrer ehemaligen Rolle als Landarbeiter oder Kleinbauern, sie konnten aufgrund dessen ihre Position und Situation als industrielle Lohnarbeiter nicht in dem Maße adäquat einschätzen und entsprechend handeln, wie es die gelernten Industriearbeiter mit schon in vorherigen Generationen gesammelten Industrieerfahrungen (mit Einschränkungen) konnten. Das hatte erhebliche Konsequenzen zum Beispiel bei Lohnauseinandersetzungen, während derer die ländlichen Industriearbeiter aufgrund ihrer Beziehungen zur Landwirtschaft nicht so konsequent auftraten wie die 'vollen' Industriearbeiter, die ausschließlich auf den Lohn angewiesen waren, und die zudem die Erfahrung der Solidarisierung auch in Lohnauseinandersetzungen einsetzen konnten.

Das Ausmaß des Wanderungsvolumens und die Schwankungsstärken im Mobilitätsverlauf differierten bei einigen Städten erheblich. So betrug zwischen 1880 und 1890 das Wanderungsvolumen in Berlin 2 747 555 (Zuzug 1 584 931, Abzug 1 162 584; Bevölkerungsgewinn 456 464), in Dortmund 250 310 (Zuzug 135 343, Abzug 114 967, Bevölkerungsgewinn 23 119), in Essen: 217 984 (Zuzug 117 966, Abzug 100 018, Bevölkerungsgewinn 21 762) <sup>1)</sup>.

Eine entsprechende Tendenz zeigt sich auch in Augsburg, das Wanderungsvolumen betrug hier im Jahresdurchschnitt zwischen 1886 und 1895 rund 31% der Gesamtbevölkerung <sup>2)</sup>, also ein sehr hoher Mobilitätsgrad, was speziell auf die Industriestruktur (große Betriebe innerhalb der Textilbranche) und die wirtschaftliche Schwäche des Hinterlandes zurückzuführen war (zum Beispiel Schwäbische Alp).

---

Fortsetzung der Fußnoten 1) 2) 3) von Seite 439:  
für längere Zeit unterbrochen wurde - ein für unsere heutigen Verhältnisse unvorstellbarer Vorgang.

2) Vgl. F.-W.Henning: Industrialisierung, a.a.O., S.45.

3) Vgl. H.Matzerath, a.a.O., S.56.

1) Vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.13. Allgemein ist zu beobachten, daß das Wanderungsvolumen nach 1890 noch erheblich anstieg und zwischen 1900 und 1910 einen Höhepunkt erreichte, das Volumen stieg dann im Vergleich zu jenem zwischen 1880 und 1890 um 200 - 800%.

2) Vgl. I.Fischer, a.a.O., S.84.



Nun besaß Augsburg allerdings unter den Textilstädten eine Sonderstellung: hier dominierten innerhalb des Textilgewerbes und der -industrie die Großbetriebe, entsprechend groß war auch das Wanderungsvolumen. Im allgemeinen jedoch wiesen die Textilstädte mit ihren Mittel- und Kleinbetrieben niedrigere Wanderungsraten auf.

Als Beispiel kann Rheydt genommen werden, das im übrigen als industrielle Textilstadt sehr Barmen ähnelte. In Rheydt war die Weberei (vor allem Baumwolle) schon zu Beginn der preußischen Herrschaft (also ab 1815) stark verbreitet <sup>1)</sup>. Die Zahl der Webstühle wuchs kontinuierlich an. So besaßen 1849 allein die 50 Baumwoll- und Halbbaumwollmanufakturen 4 435 Webstühle und beschäftigten 7 761 Arbeiter. Die dort tätigen Weber aber waren nur zum geringsten Teil in Rheydt ansässig; sie wohnten meist verstreut in der engeren und weiteren Umgebung (das weist auf ein erhebliches Verlagswesen hin). So beschäftigten die Rheydter Firmen 1855 nur 814 Webstühle am Ort, hingegen 2 701 außerhalb; umgekehrt aber arbeiteten in Rheydt 1852 nur 166 Webstühle für auswärtige Firmen. Seit 1857 setzte eine rasche Mechanisierung in der Weberei ein, die sich bei der Maschinenweberei besonders auf Halbwoollprodukte (Buntweberei) umstellte; die Samt- und Seidenwebereien waren erst in der Mitte der 1890er Jahre zum mechanischen Webstuhl übergegangen. Mit dieser Mechanisierung erfolgte die Zentralisierung der Produktion und damit auch die Zusammenfassung von Arbeitern in Kontinuität erfordernde zentralen Produktionsstätten, wobei ähnlich der Mechanisierung der Weberei auch eine entsprechende Entwicklung in den Spinnereien erfolgte. Damit fast gleichzeitig entwickelte sich die Rheydter Maschinenindustrie, die seit den 1880er Jahren unter anderem Werkzeugmaschinen für die Textilindustrie produzierte. Ein von einer Garnspinnerei entwickeltes Verfahren zur Ummantelung von dünnen Kupferdrähten Ende der siebziger Jahre legte den Grundstein für die Entwicklung Rheydts zu einem frühen Zentrum der Elektroindustrie. Die Mechanisierung des Textilgewerbes und entsprechende Einflüsse auf Entstehung der Maschinenbau- und Elektroindustrie stehen in einem direkten Zusammenhang mit Bevölkerungswachstum und Mobili-

---

1) Vgl. im folgenden H.Matzerath, a.a.O., S. 24 f und 29 7.

tät. Immerhin waren 1871 (1905) rund ein Drittel (die Hälfte) der Rheydter Bevölkerung nicht in Rheydt geboren, während die Quote in Rheindalen - wo die Handweberei nach wie vor überwog und kaum eine Industrialisierung stattfand - 1871 bei rund einem Fünftel lag <sup>1)</sup>.

In Rheindalen erfolgte in den 1870er Jahren sogar eine Abwanderung, während in Rheydt durchschnittlich zwei Fünftel (zwischen 1858 und 1890) des Bevölkerungswachstums auf den Wanderungsgewinn zurückzuführen ist <sup>2)</sup>. Damit ist der Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Mobilität eindrucksvoll an den Beispielen Rheydt und Rheindalen dargelegt, wobei - ähnlich wie in anderen Textilstädten - in Rheydt sehr viele Frauenarbeitsplätze angeboten wurden. Aber auch in Bochum mit der die Stadt beherrschenden Schwerindustrie, die fast nur Männer beschäftigte, war die Mobilität hoch, sie lag - entsprechend dem unterschiedlichen konjunkturellen Verlauf - in Spitzen zum Beispiel 1889 bei 41% der Gesamtbevölkerung (Zu- und Abwanderer) <sup>3)</sup>. Allgemein waren die Wanderungsziffern im Ruhrbergbau besonders hoch: 1907 zum Beispiel gingen den Zechen bei einer Gesamtbelegschaft von rund 360 000 Bergarbeitern ca. 260 000 Mann zu, 230 000 Mann kehrten ab <sup>4)</sup>.

Entsprechend dem hohen Wanderungsvolumen war die Verweildauer vieler Stadtbewohner auch recht kurz: So betrug die Verweildauer von 16,2% der männlichen und 11,8% der weiblichen Zuwanderer 1885 in Berlin nur bis zu einem Jahr, noch einmal fast der gleiche Prozentsatz blieb nur 2 bis 3 Jahre <sup>5)</sup>. Auffällig ist, daß die

1) Vgl. H.Matzerath, a.a.O., S. 45, 47 u.59.

2) Vgl. ebenda, S.45 u.55.

3) Vgl. D.Crew, a.a.O., S.72.

4) Vgl. E.Lucas: Radikalismus, a.a.O., S.41. Auf die Fluktuation im Bergbau wird an späterer Stelle noch genauer eingegangen werden.

5) Verweildauer von Zuwanderern (in %)

| Anwesenheit in Jahren | Frankfurt/M |      |      |      | Berlin |      |      |      |
|-----------------------|-------------|------|------|------|--------|------|------|------|
|                       | 1885        |      | 1890 |      | 1885   |      | 1890 |      |
|                       | M           | F    | M    | F    | M      | F    | M    | F    |
| bis 1                 | 19,4        | 16,8 | 20,4 | 17,1 | 16,2   | 11,8 | 14,9 | 10,7 |
| 2-3                   | 16,4        | 15,7 | 17,3 | 15,8 | 15,1   | 12,8 | 12,0 | 10,5 |
| 4-5                   | 9,7         | 10,8 | 9,0  | 10,0 | 9,5    | 10,0 | 8,2  | 8,8  |
| 6-10                  | 17,2        | 19,7 | 15,0 | 16,5 | 15,2   | 18,1 | 20,5 | 20,6 |
| üb.10                 | 37,3        | 37,0 | 38,3 | 40,6 | 44,0   | 47,3 | 44,4 | 49,4 |
|                       | 100 %       |      |      |      |        |      |      |      |

in: D.Langewiesche, a.a.O., S. 17.

weiblichen Zuwanderer länger in der Stadt blieben als die männlichen, die Gründe hierfür sind vielfältig (so zum Beispiel Heirat und eine größere Unsicherheit der Frauen, ausgedrückt in einem geringeren Mobilitätsgrad als eine Folge der allgemeinen Unterprivilegierung der Frau im Vergleich zum Mann).

In Bochum waren zwischen 1880 und 1900 in jedem einzelnen Jahr zwischen 14 und 20% der Stadtbewohner innerhalb der letzten 12 Monate neu nach Bochum gekommen, zwischen 9 und 25% der Bevölkerung verließen jährlich die Stadt. Die meisten Abwanderer rekrutierten sich aus der Gruppe, die noch im selben Jahr angekommen waren <sup>1)</sup>. Wenn man allein für die Stadt Bochum zu diesen Zahlen über Verweildauer und Umfang noch die Zahlen des Verhältnisses zwischen Bevölkerungsumschlag und realem Bevölkerungszuwachs betrachtet (das reale Volumen des Bevölkerungsumschlags betrug in den beiden Jahrzehnten zwischen 1880 und 1890 das Dreizehnfache der Gesamtbevölkerung von 1880 und fast das Vierzehnfache des realen Bevölkerungszuwachses von 1900 <sup>2)</sup>, so können diese Zusammenhänge wesentliche Hinweise auf Verhaltensweisen der industriellen Lohnarbeiter, wesentliche Erklärungen bestimmter Handlungen in und vor allem außerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung geben.

So ist schon einiges über die Verklammerung zwischen Stadt und Land gesagt worden; die hohe Mobilität eines großen Teils der Bevölkerung und die damit zusammenhängende recht kurze Verweildauer verhinderten dauerhafte und stabile Kommunikationsstrukturen, die sowohl eine wesentliche Voraussetzung als auch Folge von solidarischen Verhaltensweisen und Handeln sind.

Darüberhinaus war das kommunale Wahlrecht an eine bestimmte Verweildauer gebunden, so daß in vielen Fällen das Wahlrecht als Ausdruck des politisch-liberalen Grundverständnisses der bürgerlichen Gesellschaft nicht ausgeübt werden konnte. Hieran zeigt sich einmal mehr, daß die Normen der bürgerlichen Gesellschaft zwar theoretisch eine Allgemeingültigkeit und auch -verbindlichkeit beanspruchten (die zum Teil zwanghaft herbeigeführt wurde), diese in der Praxis jedoch nur für einen bestimmten Teil der Be-

---

1) Vgl. D.Crew, a.a.O., S.71 f.

2) Vgl. ebenda, S. 71.

völkerung galten und auch nur gelten konnten. So besaßen die 'mobilen' Arbeiter, die durch ihre Mobilität geradezu symbolisch die Kontraktfreiheit als wesentliche Norm der bürgerlichen Gesellschaft demonstrieren 'durften', zwar theoretisch das Wahlrecht und wurden somit als Staatsbürger anerkannt, in der Praxis konnten sie ihre Rechte aufgrund sozialer, ökonomischer und zum Teil auch politischer (politische Verfolgungen durch den Staat, Vertreibung durch unternehmerische 'Schwarze Listen' u.ä.) Zwänge und Anforderungen, die unter anderem in der kurzen Verweildauer ihren Ausdruck fanden, nicht wahrnehmen.

Die letztgenannten Zusammenhänge bedürfen aber noch weiterer Aufschlüsselungen hinsichtlich bestimmter Strukturdaten der Migranten, wie etwa Nah-/Fernwanderer, Männer/Frauen, Einzelwanderer/Familienwanderer, berufliche Herkunft der Wanderer.

Allgemein ist zu beobachten, daß die Nahwanderungen erheblich über den Fernwanderungen lagen, wobei sich das Verhältnis im Laufe der Zeit zugunsten der Fernwanderer änderte. So betrug 1871 in Augsburg der Anteil der Nahwanderer 43,8% der gesamten Bevölkerung, der Anteil der Fernwanderer 18,0%; 1885 betrugen die Anteile entsprechend 43,0 und 20,5% <sup>1)</sup>. Auch in Rheydt nahm - speziell nach 1850 - die Fernwanderung zu, wobei dieses vor allem für die

1) folgende Tabelle in: I.Fischer, a.a.O., S. 78.

| Es waren geboren in ... | 1871  |      | 1885  |      | 1900  |      | 1907  |      |
|-------------------------|-------|------|-------|------|-------|------|-------|------|
|                         | abs.  | %    | abs.  | %    | abs.  | %    | abs.  | %    |
| Augsburg                | 19587 | 38,2 | 24004 | 36,4 | 32963 | 37,0 | 37363 | 39,5 |
| Schwaben u. Neuburg     | 15966 | 31,1 | 20395 | 30,9 | 27729 | 31,1 | 28231 | 29,8 |
| Oberbayern              | 3771  | 7,4  | 4975  | 7,6  | 8033  | 9,0  | 9419  | 10,0 |
| Mittelfranken           | 2706  | 5,3  | 2991  | 4,5  | 3413  | 3,8  | 3084  | 3,3  |
| Nahwanderer             | 22443 | 43,8 | 28361 | 43,0 | 39175 | 43,9 | 40734 | 43,1 |
| Niederbayern            | 817   | 1,6  | 1148  | 1,7  | 1748  | 2,0  | 1914  | 2,0  |
| Oberpfalz               | 879   | 1,7  | 1252  | 1,9  | 1958  | 2,2  | 1831  | 1,9  |
| Oberfranken             | 1062  | 2,1  | 1941  | 2,9  | 1766  | 2,0  | 1604  | 1,7  |
| Unterfranken            | 924   | 1,8  | 952   | 1,5  | 1099  | 1,2  | 1084  | 1,1  |
| außerhalb Bayerns       |       |      |       |      |       |      |       |      |
| (incl.Pfalz)            | 5508  | 10,8 | 8247  | 12,5 | 10461 | 11,7 | 10065 | 10,7 |
| Fernwanderer            | 9190  | 18,0 | 13540 | 20,5 | 17032 | 19,1 | 16498 | 17,4 |
| Summe                   | 51220 | 100  | 65905 | 100  | 89170 | 100  | 94595 | 100  |

unverheirateten Männer galt <sup>1)</sup>.

Nach 1900 änderte sich in Augsburg dieses Verhältnis wieder zuungunsten der Fernwanderer <sup>2)</sup>. Damit einhergehend verringerte sich von 1871 bis 1890/1900 der Anteil der Ortsgebürtigen an der Gesamtbevölkerung, um nach der Jahrhundertwende wieder anzusteigen <sup>3)</sup>.

Ein ähnliches Verhältnis zwischen Nah- und Fernwanderung ergibt sich auch bei der Stadt Bochum. Hier waren 1871 etwa 2/3 der Stadtbewohner von auswärts zugezogen, die meisten davon aus den Dörfern und Kleinstädten Westfalens und des Rheinlandes <sup>4) 5)</sup>.

1) Vgl. H.Matzerath, a.a.O., S.51.

2) Folgende Tabelle in: I.Fischer, a.a.O., S.82.

| Jahr | Nahwanderer |      | Fernwanderer |      |
|------|-------------|------|--------------|------|
|      | absolut     | %    | absolut      | %    |
| 1871 | 22 443      | 70,9 | 9 190        | 29,1 |
| 1885 | 28 361      | 67,7 | 13 540       | 32,3 |
| 1900 | 39 175      | 69,7 | 17 032       | 30,3 |
| 1907 | 40 734      | 71,2 | 16 498       | 28,8 |

3) Folgende Tabelle in: I.Fischer, a.a.O., S. 83.

| Ortsgebürtige |       |       |         | in % der Gesamtbevölkerung |      |         |
|---------------|-------|-------|---------|----------------------------|------|---------|
| absolut       |       |       |         |                            |      |         |
|               | m     | w     | insges. | m                          | w    | insges. |
| 1871          | 8812  | 10775 | 19587   | 35,4                       | 40,9 | 38,2    |
| 1880          | 10199 | 12154 | 22353   | 34,7                       | 38,0 | 36,4    |
| 1885          | 10965 | 13039 | 24004   | 34,9                       | 37,8 | 36,4    |
| 1890          | 12139 | 14593 | 26732   | 33,2                       | 37,3 | 35,3    |
| 1900          | 15122 | 17841 | 32963   | 35,2                       | 38,6 | 37,0    |
| 1907          | -     | -     | 37363   | -                          | -    | 39,5    |

| 4) Herkunftsgebiete      | 1871 (in%) | 1885 (in%) | 1907 (in%) |
|--------------------------|------------|------------|------------|
| Gebürtig in              |            |            |            |
| Bochum                   | 33,1       | 41,5       | 36,5       |
| Westfalen                | 39,5       | 30,2       | 34,4       |
| Rheinland                | 12,5       | 9,9        | 5,4        |
| Summe d.Nahzuwanderer    | 52,0       | 40,1       | 39,8       |
| Hessen/Waldeck           | 8,4        | 6,5        | 2,6        |
| Nordostdeutschland a)    | 0,6        | 3,7        | 11,9       |
| übriges Preußen          | 2,9        | 4,3        | 5,0        |
| übriges Deutschland      | 2,2        | 3,3        | 2,7        |
| Ausland                  | 0,9        | 0,5        | 1,5        |
| Summe der Fernzuwanderer | 14,8       | 18,3       | 23,7       |

a)= Ost- und Westpreußen und Posen.

Quelle für 1871: StAB, VB 1871, 12. Quelle für 1885 und 1907: Preußische Statistik. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung



1885 erhöhte sich der Anteil der Fernwanderer, und hier besonders spürbar aus den Agrargebieten Nordostdeutschlands. Im Gegensatz zu Augsburg setzte sich dieser Trend auch nach 1890 noch fort <sup>1)</sup>, ein interessantes Indiz für die jeweils unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Industrien. Während auch und vor allem nach 1890 der Ausbau der Schwerindustrie sehr zügig voran ging <sup>2)</sup> und die Maschinenbauindustrie erst in diesem Zeitraum an eigentlicher Bedeutung gewann, verlor die Textilindustrie auch nach 1890 weiter an Bedeutung. Die Annahme der Abhängigkeit der Struktur der Zuwanderer von den Konjunkturabläufen <sup>3)</sup> und der Bedeutung der verschiedenen Industrien wird außerdem gestützt durch eine weitere Aufschlüsselung der Zahlen, die zum Beispiel für Augsburg besagen, daß sich die Zuwandererwelle in den späten 1880er Jahren hauptsächlich aus Männern zusammensetzte <sup>4)</sup>, die in der expandierenden Augsburger Metall- und Maschinenbauindustrie Arbeitsplätze suchten und zum Teil auch fanden, während in der Textilindustrie vorzugsweise Frauenarbeitsplätze angeboten wurden. So arbeiteten 1858 in den württembergischen Spinnereien 21 % Kinder unter 16 Jahren und 42 % Frauen, zumeist Mädchen im Alter bis zu 20 Jahren <sup>5)</sup>.

Insgesamt kann gesagt werden, daß ein Zusammenwirken aller an der Durchsetzung der Großen Industrie beteiligten Faktoren diese

---

Fortsetzung der Fußnoten 4) und 5) von der Seite 445:  
im preußischen Staate vom 1. Dez. 1885, Ed. 90 (Berlin 1888), 46;  
Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 210, 2, in: D. Crew, a.a.O., S. 70.

5) Der durchgängige Trend, daß die Nahwanderungen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt immer erheblich über den Fernwanderungen lagen, muß in einen Zusammenhang mit den saisonalen Schwankungen der Wanderungsbewegung gebracht werden. Dadurch läßt sich die vorher aufgestellte These erhärten, daß ein erheblicher Teil der Industriearbeiter nur während weniger Monate aus der nahen ländlichen Umgebung in die Stadt kam und dort als Un- und Angelernte arbeitete, um den anderen Teil des Jahres in 'ihrem' Dorf wieder in der Landwirtschaft zu arbeiten.

1) Vgl. D. Crew, a.a.O., S. 70.

2) So expandierte zum Beispiel die Schwerindustrie in Hamborn erst nach 1890; die Belegschaftsstärken der beiden Hamborner Zechen und des Thyssenschen Hüttenwerks betrugen 1900 10.620 und 1913 30.630, vgl. E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 36.

3) Der hier gebrauchte Begriff der Konjunkturabläufe ist nicht mit dem heute üblichen ohne weiteres zu vergleichen. Im 19. Jahrhundert gestaltete er sich trotz langfristig ausmachender Trends innerhalb dieser Trends häufig diskontinuierlich.

4) Vgl. I. Fischer, a.a.O., S. 83.

5) Vgl. P. Borscheid: Textilarbeiterschaft, a.a.O., S. 176.

ungeheure Mobilität nachhaltig beeinflusste.

Die Mobilität war bestimmt von sich zum Teil gegenseitig widersprechenden Momenten. Einerseits kann die Mobilität als Protestverhalten der Bevölkerung gewertet werden, die auf der ständigen Suche nach Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen war, und die sich den für sie ungewohnten und im Moment nicht zu verarbeitenden Anforderungen durch die ständige Wanderung zu entziehen suchte - wobei allerdings dieses Protestverhalten nicht der einzige Faktor war. Andererseits jedoch benötigte die industrielle Entwicklung gerade in Deutschland dieses hohe Maß an Mobilität, da letzteres neben den notwendigen Arbeitskräften, die aus Landwirtschaft und Handwerk kamen, auch die notwendige intellektuelle Verunsicherung bedeutete, die den Bruch mit vorindustriellen Normierungen darstellte und die (erzwungene) Bereitschaft anzeigte, es 'mit der Industrie zu versuchen'.

Dabei darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Industrie als 'System' Kontinuität und Rationalität voraussetzt und dies in einem Gegensatz stand zu instabilen Verhältnissen (Saison, Markt, Konjunktur), die ihrerseits wiederum den Aufbau des 'Systems' hemmen konnten. Überhaupt ist der Gesichtspunkt der Anomie der neuen Verhältnisse ein zentraler Schlüssel, der nicht nur die Regelung der sozialen Beziehungen im Betrieb durch den Unternehmer mit erklären hilft, sondern auch wertvolle Hinweise auf viele Verhaltensweisen und Handlungen der von der Ungeregeltheit der Arbeits- und Lebensverhältnisse während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts betroffenen Bevölkerung gibt.

Zurück zu den einzelnen Faktoren der Mobilität, muß festgestellt werden, daß es nicht allein die stark expandierenden Betriebe und Unternehmen waren, die ein Ansteigen der Fernwanderer herbeiführten, zugleich mußte gesichert sein, daß die gesamte Infrastruktur (von der Nachrichtenübermittlung <sup>1)</sup> bis hin zu Verkehrswegen, also vor allem Eisenbahn) in einem entsprechenden Maße mit ausgebaut wurde, damit überhaupt diese Menschenmassen über Arbeits- und Lebensmöglichkeiten in anderen Gebieten informiert (von den Werbern jedoch sehr einseitig und lückenhaft) und in die entsprechenden Gebiete transportiert werden konnten.

---

1) Gerade bei der Nachrichtenübermittlung spielten persönliche Bekannte als Informationsträger bei Wanderungsentscheidungen eine bedeutende Rolle, d.h. daß von daher schon sich der Kreis der Wanderungsinteressierten im Laufe der Zeit jeweils potenzierte.

Allerdings muß diese allgemeine Aussage sofort wieder eingeschränkt werden, wenn man die Struktur der Wanderer noch weiter untersucht. Interessant sind dabei vor allem die Zahlen über die Geschlechter, das Alter, Familienstand, vorherigen Beruf und neue Arbeitsstelle, die alle miteinander in bestimmten Zusammenhängen stehen.

Beginnt man mit der geschlechtlichen Zusammensetzung der Wanderer, fällt auf, daß das Wanderungsvolumen der Männer das Ausmaß der weiblichen Migration stets erheblich übertraf und zudem empfindlicher auf Konjunkturschwankungen reagierte <sup>1) 2)</sup>. Die Antwort auf dieses Phänomen ist in den Zahlen über die Zusammenhänge zwischen Nah/Fernwanderer und Beruf der Wanderer zu suchen. Hier ergeben die Korrelationen, daß der Hauptgrund für die geringere konjunkturelle Beeinflussung der weiblichen Mobilität in erster Linie auf den hohen Anteil der Dienstbotinnen an den Wanderungsbewegungen der berufstätigen Frauen zurückzuführen ist, denn die Beschäftigungslage von Dienstbotinnen war nicht so stark konjunkturabhängig wie bei industriellen oder handwerklichen Berufen <sup>3)</sup>. Diese 'Dienstbotinnenwanderung' war außerdem stets überwiegend Nahwanderung, so daß der weibliche Anteil an der Nahwanderung größer als an der Gesamtwanderung war.

Das könnte heißen, daß ein erheblicher Teil der 'ländlichen Stadtarbeiter' (also diejenigen, die in irgendeiner Weise noch mit dem Land verbunden sind), von den Frauen, die nicht in der Industrie arbeiteten, gestellt wurde. Daraus würde folgen, daß der Anteil der Industriearbeiter, der noch stark von ländlichen Strukturen geprägt war, nicht so hoch war wie zunächst aufgrund der allgemeinen Zahlen über die Stadt-Land-Wanderer, verbunden mit den Zahlen über die saisonalen Schwankungen und über das Verhältnis Fern- zu Nahwanderern, anzunehmen war.

---

1) Vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.24.

2) Diese Aussage ist eine globale für ganz Deutschland, regionale und lokale Besonderheiten bleiben hierbei unberücksichtigt, sind aber dennoch bei der Erklärung regionaler und lokaler Erscheinungen wesentlich. So kamen 1871 in Augsburg auf 100 zugewanderte Männer 96 zugewanderte Frauen (vgl. I.Fischer, a.a.O., S.79), wobei die Textilindustrie in hohem Maße für das Ausmaß der Frauenmigration verantwortlich war; in Rheydt (Textil) waren in dem Zeitraum von 1851-1865 43% Frauen unter den Zuwanderern, vgl. H. Matzerath, a.a.O., S.51.

3) Vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.24 f.

Um dieser Einschränkung genauer nachgehen zu können, bedarf es noch der Untersuchung weiterer Strukturmerkmale.

Das Alter der Wanderer kann aufgrund der Geburtsjahrgänge festgestellt werden: in den meisten Großstädten, besonders in den stark expandierenden, waren die Geburtsjahrgänge bis gegen Mitte und Ende des zweiten Lebensjahrzehnts noch durch Ortsgebürtige besetzt, die noch nicht in das Stadium der Migration getreten waren; danach folgte für das dritte Lebensjahrzehnt ein steiler Rückgang des Ortsgebürtigenanteils und ein ebenso steiler Anstieg des Bevölkerungsanteils der Zugewanderten, der in den anschließenden Lebensdekaden langsam zurückging <sup>1)</sup>.

Die regionale Immobilität korrespondiert also mit steigendem Alter, dies ist begründet durch die mit steigendem Alter abnehmenden Berufschancen. Die Enqueten des Vereins für Sozialpolitik stellen fest, daß ab einem Lebensalter von gegen Ende 30 ein sozialer Abstieg erfolgte, wenn der betreffende Arbeiter(in) nicht bis dahin eine qualifizierte Stellung erreicht hatte oder einen hochqualifizierten Beruf ausübte <sup>2)</sup>. Mit etwa 35 wurde das Verdienstmaximum erreicht - mit Ausnahme der Reparaturhandwerker und Werkmeister -, danach war der Arbeiter nicht mehr den Leistungsanforderungen gewachsen und mußte sich eine leichtere und schlechter bezahlte Stellung suchen - es erfolgte eine verschärfte Trennung zwischen Stamm- und Randbelegschaften.

Die Tendenz der steigenden Immobilität mit steigendem Alter wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß die meisten Zu- und Abwanderer ledig waren, während Ehepaare dagegen meistens zur Sesshaftigkeit neigten. Die Migranten hatten also <sup>+</sup> die Merkmale jung und ledig, was im übrigen auch für die Unternehmer ein Problem war. So beklagte sich die Handelskammer in Bochum 1899, daß durch den häufigen Arbeitsplatzwechsel junger Arbeiter der Produktionsablauf gestört werde <sup>3)</sup>. + auch

---

1) Vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S.30.

2) Vgl. Schriften des Vereins für Socialpolitik, 133.Bd., Leipzig, 1910, 134. Bd., Leipzig, 1910, 135.Bd., Leipzig, 1911 u.1912, eine zusammenfassende Untersuchung von 5 der 10 Untersuchungen gibt M.Bernays: Das Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters, (1912), in: F.Fürstenberg (Hrsg.): Industriesoziologie. Vorläufer und Frühzeit 1835-1934, Neuwied, 1959, S.115-132, im folgenden zitiert als: Berufsschicksal.

3) Zitiert nach: D.Crew, a.a.O., S.73.



Einzelwanderung als Binnenwanderung <sup>1)</sup> überwog in Deutschland, wobei auch hier wieder differenziert werden muß <sup>2)</sup>. Einzelwanderung war vor allem verknüpft mit industrieller Bevölkerung. So betrug zum Beispiel in Bochum 1885 das Verhältnis lediger erwachsener Personen zu den Verheirateten 7:10, während sich dieses Verhältnis bei den Wanderern auf 9:1 belief <sup>3) 4) 5)</sup>.

Wenn man nun die Anteile der Ledigen/Verheirateten an den Wanderungen mit dem jeweiligen Alter der Migranten verknüpft, so fällt folgendes auf:

Zunächst kann gesagt werden, daß es jungen, ledigen Arbeitern leichter fiel, eine Arbeitsstelle zu wechseln, schlechten Bedingungen zu entgehen und bessere zu suchen, auch Widerstand durch Streik zu leisten, zumal für jüngere Arbeiter die Chancen für eine bessere Bezahlung und günstigere Arbeitsbedingungen erheblich größer waren als für die älteren, vielfach schon verheirateten.

Mit zunehmendem Alter verschlechterten sich für die Arbeiter diese Bedingungen; die Arbeiter wurden zunehmend immobil, zumal die verheirateten noch für Frau und Kinder sorgen mußten. Gerade für

---

1) Bei der Auswanderung überwog bis 1890 die Familienwanderung, wobei sich dieses Ergebnis mit Feststellungen der internationalen Forschung deckt. Danach korrespondiert Familienauswanderung mit agrarischer Bevölkerung, Einzelauswanderung mit industrieller Bevölkerung; vgl. dazu D. Langewiesche, a.a.O., S. 26.

2) "Familien zogen in höherem Maße als Einzelwanderer vom Lande zu und kehrten auch in größerer Zahl wieder dorthin zurück. Auch dies kennzeichnet Familienwanderung als eine Mobilitätsform hauptsächlich der agrarischen Bevölkerung, wie es auch die bereits diskutierte Verknüpfung von ländlicher Arbeitssaison und städtischen Wanderungsströmen bestätigt, denn die Familienwanderung machte die saisonalen Wellenbewegungen in noch höherem Maße mit als die Einzelwanderer"; D. Langewiesche, a.a.O., S. 26 - 28.

3) Vgl. D. Crew, a.a.O., S. 73.

4) So waren in Rheydt im Zeitraum 1851-1865 85% aller Zuwanderer unverheiratet, wobei - um vorzugreifen - damit korrespondierend der Altersdurchschnitt der Zuwanderer sehr niedrig war: 49% aller Zuwanderer waren "Knaben und Junggesellen", 36% waren "Mädchen und Jungfrauen"; vgl. H. Matzerath, a.a.O., S. 51.

5) Allerdings erwiesen sich innerhalb der Städte die Familien als äußerst mobil. So entfielen zum Beispiel in Königsberg von 1896 bis 1905 konstant etwa 55% aller Umzüge auf Familien (vgl. D. Langewiesche, a.a.O., S.28). Dies bestätigt auch die von E. Lucas aufgestellte These, daß ein Hauptgrund für die hohe Mobilitätsbereitschaft von Familien innerhalb der Städte die Anpassung der Wohnungsgröße an die jeweiligen Veränderungen der Familiengröße im Laufe des Lebenszyklus war (neben dem Wunsch nach Unabhängigkeit von den harten Bedingungen der Werkswohnungen).



letztere waren ein relativ sicherer Arbeitsplatz und ständiger, wenn auch nach und nach niedriger werdender Lohn wichtiger als ungewisse, mit Wanderungen verbundene Aussichten in einer anderen Stadt. Die Unternehmer wußten diese Situation für sich zu nutzen: sie boten den verheirateten Arbeitern Werkswohnungen und andere Sozialmaßnahmen an, um als Gegenleistung das Akzeptieren von niedrigeren Löhnen, verschlechterten Arbeitsbedingungen und erhöhter Loyalität zu erhalten. So entließen die Unternehmer bei konjunkturellen Einbrüchen zunächst die ledigen Arbeiter, in bestimmten Fällen - so in Bochum 1904 - durften die verheirateten Arbeiter nach einem Streik an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, während die ledigen Arbeiter alle durch Streikbrecher ersetzt wurden <sup>1)</sup>. Nun gab es jedoch auch einen großen Anteil von Arbeitern, die alt und ledig waren. Deren Immobilität war noch größer als unter den alten und verheirateten Arbeitern <sup>2)</sup>. Dies läßt sich daraus erklären, daß im Alter die Wanderung keine 'Chancenwanderung' zur Verbesserung der sozialen Position mehr war (aufgrund der oben geschilderten schlechteren Berufsaussichten für ältere Arbeiter), sondern Wanderung aus Not zur Erhaltung des Existenzminimums. Und hier wiederum fiel die Erhaltung des Existenzminimums den verheirateten Arbeitern schwerer als ledigen, die nur für sich zu sorgen hatten, insofern auch der oft verzweifelte Versuch der Familienväter, durch relativ hohe Mobilität die Existenz der Familie zu retten. Um genauere Aussagen über die Wanderungen, die eine erhebliche Bedeutung für die Lernprozesse der Arbeiter angesichts der Anforderungen der industriellen Lohnarbeit hatten, treffen zu können, müssen Angaben über die Qualifikation der Wanderer gemacht werden. Neuere Mobilitätsstudien gehen davon aus, daß der Idealtyp des Wanderers charakterisiert wird als jüngerer, männlicher, lediger, (noch) nicht qualifizierter Arbeiter <sup>3) 4)</sup>.

---

1) Vgl. D. Crew, a.a.O., S. 74.

2) Vgl. D. Langewiesche, a.a.O., S. 31.

3) Vgl. ebenda, S. 31.

4) Es soll an dieser Stelle darauf verwiesen werden, daß die räumliche Mobilität, auch in ihren verschiedenen Ausprägungen, trotz aller, auch hier diskutierten, lokalen und regionalen Besonderheiten, immer in größeren räumlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen zu sehen ist, weil sich vor allem auch hieraus ein wesentlicher Teil der Begründung dieser Mobilität ergibt.

Diese allgemeinen Aussagen werden bestätigt von einzelnen Untersuchungen. So fanden vor allem in der Augsburger Textilindustrie ungelernte Frauen, die aus Nahwanderungsgebieten kamen, Aufnahme <sup>1)</sup>. Auch in Bochum war der Anteil der ungelernten Zuwanderer sehr hoch. Der Produktionsprozeß im Bergbau schuf nach der Expansion nur eine vergleichsweise geringe Zahl von Arbeitsplätzen für Facharbeiter. Unter anderem dadurch ist zu erklären, daß sich unter den bis 1890 in Bochum Verweilenden 44,5% un- und angelernte Arbeiter befanden gegenüber 53,2% unter den Abwanderern. Andererseits machten Facharbeiter und Handwerker 32,5% der Verweilenden aus, aber nur 28,5% der Abwanderer <sup>2)</sup>. Darüberhinaus rekrutierten sich die Arbeiter, die Bochum zwischen 1880 und 1890 verließen, zu einem unverhältnismäßig großen Teil aus sozialen Absteigern <sup>3)</sup>, wobei die Mobilität wiederum in den oben genannten Zusammenhang mit Alter und Familienstand gebracht werden muß.

1) Vgl. I.Fischer, a.a.O., S. 79 und 91.

2) Folgende Tabelle in: D.Crew, a.a.O., S. 78:

| Berufliche Stellung von Seßhaften und Abwanderern vor 1890 in Bochum (Stichprobe) |          |      |            |       |                    |       |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----------|------|------------|-------|--------------------|-------|
| Beruf 1880                                                                        | Seßhafte |      | Abwanderer |       | gesamte Stichprobe |       |
|                                                                                   | An-zahl  | %    | An-zahl    | %     | An-zahl            | %     |
| Ungelernte/Angelernte                                                             |          |      |            |       |                    |       |
| Bergarbeiter                                                                      | 49       | 10,0 | 78         | 12,4  | 127                | 11,4  |
| Fabrikarbeiter                                                                    | 102      | 20,9 | 141        | 22,5  | 243                | 21,8  |
| Eisenbahnarbeiter                                                                 | 7        | 1,4  | 7          | 1,1   | 14                 | 1,3   |
| Tagelöhner                                                                        | 42       | 8,6  | 87         | 13,9  | 129                | 11,5  |
| Dienstboten und Dienstleistungen                                                  | 10       | 2,0  | 16         | 2,5   | 26                 | 2,3   |
| Transportarbeiter                                                                 | 5        | 1,0  | 3          | 0,5   | 8                  | 0,7   |
| Arbeiter in Kokereien                                                             | 3        | 0,6  | 2          | 0,3   | 5                  | 0,4   |
|                                                                                   | 218      | 44,5 | 334        | 53,2  | 552                | 49,4  |
| Facharbeiter/Handwerker                                                           |          |      |            |       |                    |       |
| Metallarbeiter                                                                    | 21       | 4,3  | 37         | 5,9   | 58                 | 5,2   |
| Bauarbeiter                                                                       | 33       | 6,7  | 28         | 4,4   | 61                 | 5,5   |
| Nahrungsmittel/Bekleid.                                                           | 39       | 8,0  | 18         | 2,9   | 57                 | 5,1   |
| Holz/Möbel                                                                        | 31       | 6,3  | 15         | 2,4   | 46                 | 4,1   |
| Eisenbahn                                                                         | 1        | 0,2  | 1          | 0,2   | 2                  | 0,2   |
| Dienstleistungen/Unterhaltung                                                     | 5        | 1,0  | 3          | 0,5   | 8                  | 0,7   |
| ohne nähere Angaben                                                               | 29       | 6,0  | 77         | 12,2  | 106                | 9,5   |
|                                                                                   | 159      | 32,5 | 179        | 28,5  | 338                | 30,3  |
| Kopfarbeiter                                                                      | 107      | 21,9 | 102        | 16,2  | 209                | 18,7  |
| Nichterwerbstätige                                                                | 2        | 0,4  | 1          | 0,2   | 3                  | 0,3   |
| Arbeitsunfähige                                                                   | 3        | 0,6  | 12         | 1,9   | 15                 | 1,3   |
| Summe                                                                             | 489      | 99,9 | 628        | 100,0 | 1117               | 100,0 |

Allgemein deutet vieles darauf hin, daß für denjenigen, der relativ lange in ein und demselben Ort wohnte, die Immobilität entweder als ein Zeichen für Erfolg (sicherer und relativ gut bezahlter Arbeitsplatz aufgrund einer hohen Qualifikation etc.) oder für totale Chancenlosigkeit (zunehmendes Alter, geringe Qualifikation) war, die die Wanderung in eine andere Stadt aussichtslos erscheinen ließ.

Wenn man dann noch das Verhältnis Nah-/Fernwanderer zu dem Verhältnis qualifizierte/unqualifizierte Arbeiter in Beziehung setzt (zusätzlich verglichen mit Seßhaften/Wanderern) so ergibt sich zum Beispiel für Bochum, daß es besonders für Fernwanderer sehr schwer war, einen relativ sicheren Arbeitsplatz mit relativ hohem Lohn zu bekommen.

So war die Arbeit im Kohlenbergbau und auch in der Gießerei seit den 1870er und 1880er Jahren vor allem eine 'Domäne' für ungelernete Arbeiter. Ähnliches galt auch für die chemische Industrie, im Steinbruch, bei Erdarbeiten und zum Teil auch im Baugewerbe. Die hier arbeitenden ungelerten Arbeiter waren ungewöhnlichen körperlichen Belastungen ausgesetzt, was häufig zur Frühinvalidität führte.

Fortsetzung Fußnote 3) der Seite 452:

Berufliche Mobilitätsmuster von qualifizierten Abwanderern und Seßhaften 1880 - 1890 (in %) in Bochum

|                    | gleiche<br>Beschäftigung | ungelernt/<br>angelern | sonstige<br>qualifizierte/<br>handwerkliche<br>Beschäftigte | Kopf-<br>arbeiter |
|--------------------|--------------------------|------------------------|-------------------------------------------------------------|-------------------|
| Metallfacharbeiter |                          |                        |                                                             |                   |
| Abwanderer         | 56,3                     | 31,3                   | 0,0                                                         | 12,5              |
| Seßhafte           | 71,4                     | 9,5                    | 0,0                                                         | 14,3 +            |
| Facharbeiter im    |                          |                        |                                                             |                   |
| Baugewerbe         |                          |                        |                                                             |                   |
| Abwanderer         | 57,1                     | 23,8                   | 14,3                                                        | 4,8               |
| Seßhafte           | 72,7                     | 12,2                   | 3,9                                                         | 12,0              |
| Alle Facharbeiter  |                          |                        |                                                             |                   |
| u. Handwerker      |                          |                        |                                                             |                   |
| Abwanderer         | 60,5                     | 18,4                   | 15,8                                                        | 5,2               |
| Seßhafte           | 64,7                     | 10,4                   | 15,0                                                        | 9,8               |

+ Die Summe ergibt nicht 100,0%, da Personen, die sich 1890 vom Erwerbsleben zurückgezogen hatten oder erwerbsunfähig waren, nicht mit eingeschlossen sind.

In: D. Crew, a.a.O., S. 79.

Für Bochum läßt sich feststellen, daß Zuwanderer aus entfernten Gebieten nach 1890 eher als un- und angelernte Arbeiter Beschäftigung fanden, während Arbeitskräfte, die Nahwanderer waren, eher eine Stelle als Facharbeiter fanden, zum Beispiel in der metallverarbeitenden Industrie, im Maschinenbau, im Apparatebau oder in der Holzindustrie <sup>1)</sup>.

Eine solche Verteilung läßt sich vor allem daraus erklären, daß sich nach 1890 der Anteil der Fernwanderer, verglichen mit dem der Nahwanderer, erheblich vergrößert hat, u.a. auch aus dem Grund der ausgeschöpften Arbeitsmarktreserven im Nahbereich und - damit zusammenhängend - einer Verringerung der Bedeutung der Landwirtschaft im Nahbereich als saisonal zur Verfügung stehendes Arbeitskräftereservoir für die städtische Industrie.

Ein weiterer - allgemeiner - Grund der Verringerung der Bedeutung des lokalen, vor allem agrarisch bestimmten Arbeitsmarktes ist in der im Zuge der Durchsetzung der Großen Industrie erfolgten weitgehenden Anwendung der industriellen Arbeitsweise zu sehen, die unter anderem eine mechanisch-kontinuierliche Tätigkeit verlangt. Neben der industriell-technischen Anforderung, nicht nur während eines Arbeitstages, sondern auch während des ganzen Jahres zur Verfügung zu stehen, ist noch das in der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu begründende Rentabilitätsstreben der Unternehmer zu nennen. Denn mit der Durchsetzung der Großen Industrie wurden die Betriebe und Unternehmen im allgemeinen immer kapitalintensiver, das heißt, die (privaten) einzelnen Investitionen wurden hinsichtlich ihrer Kosten immer größer, was sowohl an der technischen Entwicklung als auch am Konkurrenzkampf und den Profiterwartungen liegt. Den Unternehmern mußte also daran gelegen sein, die vorhandenen Kapazitäten auch voll auszunutzen - und das verlangte und ermöglichte grundsätzlich nicht nur eine möglichst kontinuierliche Tagesarbeitszeit, sondern gleichermaßen eine entsprechende Jahresarbeitszeit.

Alles zusammengenommen, konnte und wollte die industriell-kapitalistische Produktion bzw. genauer: diejenigen, die die Produktion leiteten und sie beherrschten, immer weniger Rücksicht nehmen auf von der agrarischen Produktion aufgestellte, vor allem saisonal schwankende Anforderungen.

Für den einzelnen Arbeiter wurde es immer schwieriger, agrari-

Fußnote 1) der Seite 454:

Beruf und Herkunftsgebiet 1907

| Berufsgruppe           | alle Zu-<br>wanderer | Fernzu-<br>wanderer | Einhei-<br>mische | West-<br>falen | Rhein-<br>land | Hessen<br>Waldeck | Nordost-<br>Deutschl.<br>ge | sonsti-<br>ge |
|------------------------|----------------------|---------------------|-------------------|----------------|----------------|-------------------|-----------------------------|---------------|
| Steine/Erden           | 96,2                 | 81,8                | 3,8               | 10,2           | 4,2            | 1,7               | 31,0                        | 49,1          |
| Chemie                 | 89,9                 | 59,6                | 10,1              | 18,8           | 11,5           | 1,4               | 36,9                        | 21,3          |
| Berg/Hütten-<br>werke  | 83,8                 | 46,8                | 16,2              | 43,1           | 3,9            | 3,1               | 24,0                        | 9,7           |
| Baugewerbe             | 82,3                 | 47,0                | 17,7              | 30,2           | 5,1            | 8,0               | 15,3                        | 23,7          |
| Holz                   | 79,6                 | 38,3                | 20,4              | 31,0           | 10,3           | 0,0               | 27,6                        | 10,7          |
| Handwerk               | 75,0                 | 12,4                | 25,0              | 43,8           | 18,8           | 0,0               | 0,0                         | 12,4          |
| Reinigung              | 73,7                 | 23,7                | 26,3              | 41,6           | 8,4            | 1,6               | 10,5                        | 10,6          |
| Nahrungsmit-<br>tel    | 73,0                 | 22,7                | 27,0              | 41,6           | 8,7            | 2,1               | 5,2                         | 15,4          |
| Textilien              | 72,9                 | 28,2                | 27,1              | 25,9           | 18,8           | 2,4               | 4,7                         | 21,1          |
| Maschinen/<br>Apparate | 72,2                 | 35,9                | 27,8              | 26,6           | 9,7            | 3,9               | 15,1                        | 16,9          |
| Buchdruck              | 69,9                 | 36,2                | 30,1              | 21,7           | 12,0           | 2,4               | 9,6                         | 24,2          |
| Tischler               | 69,6                 | 34,9                | 30,4              | 28,2           | 6,5            | 7,3               | 11,5                        | 16,1          |
| Metallverarb.          | 68,7                 | 39,7                | 31,3              | 20,0           | 9,0            | 5,9               | 12,5                        | 21,3          |
| Leder                  | 68,4                 | 25,6                | 31,6              | 30,2           | 12,6           | 1,9               | 9,8                         | 13,9          |
| Papier                 | 66,7                 | 15,0                | 33,3              | 33,3           | 18,4           | 2,3               | 4,6                         | 8,1           |
| Bekleidung             | 62,7                 | 26,9                | 37,3              | 29,1           | 6,7            | 4,7               | 11,3                        | 10,9          |
| gesamte<br>Industrie   | 77,4                 | 38,2                | 21,6              | 34,3           | 5,9            | 4,3               | 18,5                        | 15,5          |



schen Nebenerwerb in der Form der Eigenbedarfswirtschaft mit der zunehmend auf Kontinuität aufbauenden und die Nutzung der Arbeitskraft über das ganze Jahr hinweg fordernden industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise in Einklang zu bringen; die Geltung der agrarisch geprägten vorindustriellen Verhaltensweisen nahm objektiv ab.

Das bedeutete zwar einerseits eine größere Abhängigkeit der Arbeiter von den Gegebenheiten, Zwängen und Unsicherheiten der Industrie und den (als schmerzhaft empfundenen) Wegfall eines Nebenerwerbs, mit dem der Arbeiter nicht nur materielle Interessen verband, andererseits jedoch stieg auch damit die Notwendigkeit, sich ganz mit dem Schicksal des industriellen Lohnarbeiters subjektiv auseinanderzusetzen (da es ja jetzt keine Rückzugsmöglichkeiten mehr gab) und über die Erarbeitung angemessener Orientierungen zu solidarischen Verhaltensweisen und Handlungen zu gelangen, deren Ergebnis dann eine wirkungsvolle Interessenvertretung als industrieller Lohnarbeiter sein konnte.

#### 2.2.2.3. Berufliche und branchenmäßige Mobilität

Ein differenziertes Bild der Mobilität der Bevölkerung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann sich nur dann ergeben, wenn neben den oben genannten Tendenzen der räumlichen Mobilität, verbunden mit den verschiedensten Strukturmerkmalen der Migranten im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Großen Industrie und den immer noch bestehenden Bindungen an die Anforderungen der Landwirtschaft an Zahl, Qualifikation und zeitlicher Verfügbarkeit von Arbeitskräften, noch einige Betrachtungen über die Mobilität zwischen un-, angelernten und Facharbeitern, den Generationen (hinsichtlich des Zusammenhangs des Berufs des Vaters und jenem des Sohnes) und den verschiedenen Branchen angestellt werden.

Obwohl hier die Daten nicht sehr üppig sind, gibt es dennoch wesentliche Hinweise auf die genannten Zusammenhänge.

Wenn man sich zunächst einmal die un- und angelernten Berufe anschaut, so stehen uns für die Stadt Bochum die folgenden Zahlen

Zur Verfügung <sup>1)</sup>: Teilt man diese Berufe in Tagelöhner, Bergarbeiter und Hilfsarbeiter in den Fabriken auf, so zeigt sich, daß sich für die Tagelöhner (Tätigkeitsmerkmale: Be- und Entladen in Lagerhäusern und Güterbahnhöfen, niedrige Fabrikarbeit, Gelegenheitsarbeiten in privaten Haushaltungen) kaum nennenswerte Aufstiegsmöglichkeiten ergaben, denn auch der Aufstieg zum Bergarbeiter oder zum Hilfsarbeiter in den Fabriken war - obwohl dies eine geregeltere Stellung und manchmal bessere Bezahlung zur Folge hatte - nur ein sehr bescheidener Aufstieg. Die Hilfsarbeiter in der Fabrik verblieben - wie die Zahlen von 1890 und 1901 im Vergleich zu 1880 zeigen - zu großen Teilen als Hilfsarbeiter in der Fabrik. Aufstiegswillige Hilfsarbeiter verfolgten die Strategie, innerhalb der Betriebshierarchie aufzusteigen. Aufstiegswillige Bergarbeiter hingegen verblieben besonders nach

1) Folgende Tabelle in: D.Crew, a.a.O., S.94.

Berufliche Mobilität von ungelernten und angelernten Arbeitern in Prozent

| Beruf 1880               | Beruf 1890     |                                            |                         |                            |
|--------------------------|----------------|--------------------------------------------|-------------------------|----------------------------|
|                          | gleicher Beruf | anderer Beruf als un-/angelernter Arbeiter | Handwerker Facharbeiter | Angestellter/Selbständiger |
| Tagelöhner               | 33,3           | 54,8                                       | 2,4                     | 4,8                        |
| Hilfsarbeiter i.d.Fabrik | 72,5           | 8,9                                        | 11,8                    | 4,9                        |
| Bergarbeiter             | 69,4           | 10,2                                       | 0,0                     | 6,1                        |
|                          | Beruf 1901     |                                            |                         |                            |
|                          |                |                                            |                         |                            |
| Tagelöhner               | 8,7            | 65,2                                       | 4,3                     | 4,3                        |
| Hilfsarbeiter i.d.Fabrik | 66,1           | 3,4                                        | 11,9                    | 6,8                        |
| Bergarbeiter             | 33,0           | 16,7                                       | 0,0                     | 13,0                       |

Anmerkung: Die Summe ergibt in keiner Gruppe 100%, da sich einige Arbeiter bis 1890 bzw. 1901 vom Erwerbsleben zurückgezogen hatten oder Invalide wurden. Sie sind hier nicht berücksichtigt. Eine spezielle Untersuchung ihres beruflichen Werdegangs ergab aber, daß ihre Mobilitätsmuster während der Zeit der Berufstätigkeit ähnlich aussehen wie bei der Hauptgruppe unserer Stichprobe.

Unqualifiziert bzw. ungelernt heißt für uns, daß der Betroffene nicht technisch ausgebildet und auch nicht spezialisiert war, sondern nur eine allgemeine Qualifikation aufwies (dies galt vor allem für die, die vom Lande kamen).

der Jahrhundertwende nicht im Bergwerk, sondern wechselten entweder in die Fabrik oder machten sich als Kleinhändler selbständig. Der wesentliche Grund für das im Vergleich zu den Hilfsarbeitern andere Aufstiegsverhalten liegt vor allem in der Organisation des Bergbaus, auf die später noch genauer einzugehen sein wird. Soviel jedenfalls vorweg: es ergaben sich durch die Arbeitsorganisation im Bergbau kaum innerbetriebliche Aufstiegschancen, die mit jenen in der metallverarbeitenden Industrie vergleichbar gewesen wären (Facharbeiter oder gar niedrige Angestellte). Status- und Funktionsunterschiede leiteten sich bei den Bergarbeitern vor allem aus der individuellen Erfahrung ab und keineswegs aus einer formalen Ausbildung. Die nach langen Arbeitsjahren tatsächlich erworbene Qualifikation hatte keinen Einfluß auf die Lohnhöhe und verlor nach den 1860er Jahren (Zurückdrängung des Direktionsprinzips im Bergbau, gewaltige Expansion, insgesamt damit einhergehend Verlust des privilegierten Status der Bergleute einschließlich Bedeutungsminderung der formalen beruflichen Qualifizierung) sehr stark an Bedeutung. Wenn ein aufstiegswilliger Bergarbeiter niedrige Verwaltungstätigkeiten tun wollte, mußte er die Bergschule besuchen, was jedoch nur sehr wenige taten. Die Möglichkeit für Bergarbeiter, sich eine andere Arbeit in der Fabrik zu suchen, wurde zunehmend genutzt, wie die Zahlen andeuten. Wenn der Bergarbeiter aber nicht schon in sehr jungen Jahren seinen Arbeitsplatz entsprechend wechselte, so hatte er auch in der Fabrik keine Aufstiegsmöglichkeiten und blieb hier als un- oder angelernter Arbeiter. Denn besonders gegen Bergarbeiter bestanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhebliche gesellschaftliche Vorurteile, die noch verstärkt wurden durch die Herkunftsorte, die zu einem nicht geringen Teil im Osten lagen, und die zusätzliche sprachliche, religiöse etc., allgemein also kulturelle Barrieren zur einheimischen Bevölkerung aufbauten. Wenn man sich die berufliche Mobilität der Bergarbeiter im Vergleich zu den Hilfsarbeitern in Fabriken in Bochum anschaut, so fällt auf, daß die Bergarbeiter später nicht als Handwerker/Facharbeiter arbeiteten, sondern daß diejenigen, die den Beruf wechselten, entweder als Ungelernte in die Fabriken gingen oder sich selbständig machten. Für viele ehemalige Bergarbeiter bestand die einzige Aufstiegsmöglichkeit darin, einen kleinen Laden zu eröffnen und den ehemaligen Kollegen in der Nachbarschaft

Bier oder Lebensmittel zu verkaufen. Das heißt also, daß sich Bergarbeiter bei beruflichem Aufstieg weiter von ihren Ausgangspunkten entfernen mußten als Hilfsarbeiter. Entsprechend wenige unternahmen dieses Wagnis. Wie sich aus den Zahlen ergibt, waren 1901 fast 19% der Hilfsarbeiter in den Fabriken aufgestiegen, während es bei den Bergleuten nur 13% waren.

Das andere Verhalten der Bergarbeiter war aber nicht nur darin begründet, daß es im vertrauten Berufsfeld keine Aufstiegsalternativen gab, sondern vor allem auch darin, daß besonders die Bergarbeiter durch die Unfälle und Berufskrankheiten in relativ großer Zahl Frühinvaliden wurden und so gezwungen waren, einen Beruf auszuüben, der nicht mehr sehr eng mit körperlichen Belastungen zusammenhing.

Insgesamt lassen die Zahlen erkennen, daß es für die un- und angelernten Berufe sehr wenige Aufstiegschancen gab, daß also die berufliche Mobilität mit dem Ziel der Verbesserung der Bedingungen für diese Arbeiter sehr gering war.

In diesem Zusammenhang muß gefragt werden, wie die Mobilitätsmuster bei Facharbeitern und Handwerkern aussahen <sup>1)</sup>.

1) Tabelle in: D. Crew, a.a.O., S. 98.

#### Berufliche Mobilität von Facharbeitern und Handwerkern (in %)

| Beruf 1880              | Beruf 1890     |                                            |                              |                            |
|-------------------------|----------------|--------------------------------------------|------------------------------|----------------------------|
|                         | gleicher Beruf | anderer Beruf als Facharb. oder Handwerker | als un-/angelernter Arbeiter | Angestellter/Selbständiger |
| Metallfacharb.          | 71,4           | 0,0                                        | 9,5                          | 14,3                       |
| Facharb.i.Bauw.         | 72,7           | 3,0                                        | 12,2                         | 12,0                       |
| Facharb./Handw.         |                |                                            |                              |                            |
| Nahrg./Bekleid.         | 79,5           | 2,9                                        | 7,8                          | 7,8                        |
| Facharb./Handw.         |                |                                            |                              |                            |
| Holz, Leder, Luxus etc. | 80,6           | 0,0                                        | 6,4                          | 9,7                        |
|                         |                |                                            | Beruf 1901                   |                            |
| Metallfacharb.          | 58,8           | 0,0                                        | 17,6                         | 17,7                       |
| Facharb.i.Bauw.         | 50,0           | 3,8                                        | 19,2                         | 19,2                       |
| Facharb./Handw.         |                |                                            |                              |                            |
| Nahrg./Bekleid.         | 70,4           | 0,0                                        | 0,0                          | 14,8                       |
| Facharb./Handw.         |                |                                            |                              |                            |
| Holz, Leder, Luxus etc. | 52,9           | 0,0                                        | 5,9                          | 29,4                       |

Zwischen 1880 und 1890 waren die beruflichen Positionen von Handwerkern und Facharbeitern sehr stabil geblieben, wobei die Facharbeiter in der Metallindustrie und im Baugewerbe häufiger einen beruflichen Auf- und Abstieg erfuhren als Handwerker.

1901 hatte die Mobilität bei allen vier in der Tabelle genannten Gruppen erheblich zugenommen, aber während die Handwerker fast nur aufstiegen, gab es bei den Facharbeitern in der Metallindustrie und im Baugewerbe auch einen beträchtlichen Anteil von Statusverlust, verbunden mit Einkommensminderung, verschlechterten Arbeitsbedingungen und unsicherem Arbeitsplatz. Facharbeiter waren schneller aufgestiegen, hatten langfristig aber auch mehr verloren. Für diese Unterschiede in den Mobilitätsmustern bei Handwerkern und Facharbeitern gibt es zwei Gründe. Zum einen verfolgten beide Gruppen unterschiedliche Aufstiegsstrategien: die Handwerker versuchten, einen eigenen Betrieb aufzumachen und brauchten längere Zeit, um dafür Geld anzusparen und/oder aufzutreiben. Facharbeiter stiegen gewöhnlich in niedrige Angestelltenpositionen (incl. Meister) auf, wobei dieser Aufstieg rascher vonstatten ging. Wenn aber der Aufstieg, wie in den meisten Fällen, nicht gelang, so hatte ein Facharbeiter größere Schwierigkeiten als ein Handwerker, mit zunehmendem Alter die berufliche Position zu halten (siehe die vorherigen Bemerkungen über die Zusammenhänge zwischen betrieblichem Status, ausgeübtem Beruf und Alter). Eine Folge davon war, daß die Facharbeiter dann einen sozialen Abstieg in die Position eines Hilfsarbeiters oder ähnlichem hinnehmen mußten. Beide Gruppierungen - Handwerker und Facharbeiter - waren aber gegenüber den un- und angelernten Arbeitern in einer privilegierten Situation, die ihnen durchaus - nicht zuletzt aufgrund des sozialen Abstiegs vieler Kollegen - bewußt war und die in erheblichem Maß ihre Handlungen bestimmte. Ihre Verhaltensweisen waren geprägt von Vorsicht, einer recht defensiven Einstellung und einem großen Teil an Aufstiegsbewußtsein, das am eigenen Können orientiert war und die Gefahr beinhaltete, den nicht aufgestiegenen Arbeitern Schuld an deren - angeblich oder auch tatsächlich - minderen Qualifikation zuzuweisen, was oft in eine Versagerideologie mündete. Wenn dazu noch bedacht wird, daß es gerade Facharbeiter und Handwerker waren, die aufgrund ihrer Herkunft, Qualifikation, privilegierten Arbeitssitu-



ation, geringeren räumlichen Mobilität etc. die Organisationen der Arbeiterbewegung entscheidend prägten, so ist ein wichtiges Element in der an späterer Stelle erfolgenden Diskussion des praktizierten Selbstverständnisses und der Handlungen dieser Organisationen der Arbeiterbewegung benannt.

Der Vergleich zwischen den un- und angelernten Arbeitern und Facharbeitern/Handwerkern läßt den Schluß zu, daß beide Gruppierungen in sich relativ stabil waren, d.h. daß der bedeutendere Teil in seinem Arbeitsleben in der jeweiligen Gruppierung verblieb. Das hatte besonders für die Un- und Angelernten die Konsequenz, daß sie nur eine geringe Chance hatten, aus ihrer zusätzlich unterprivilegierten Situation herauszukommen, was unter anderem auch erhebliche Konsequenzen - auf die später noch genauer einzugehen sein wird - auf die Lernprozesse dieser Arbeiter und die Organisierung innerhalb der Arbeiterbewegung hatte. Denn diese weniger qualifizierten, räumlich mobileren Massen (bei aller notwendigen Differenzierung der räumlichen Mobilität) waren kaum faßbar, sie blieben ein ganzes Arbeiterleben auf der Suche nach erträglicheren Bedingungen, wohl grundsätzlich wissend, daß nur wenige von ihnen bessere Bedingungen erreichen konnten. Der Mehrheit von ihnen diente die Mobilität zur Sicherung des materiellen Existenzminimums und letztlich auch als - das gesamte Leben psychisch erträglicher machende - Hoffnung, es irgendwann einmal 'besser zu haben' <sup>1)</sup>.

Hier stellt sich die Frage, ob es nicht für die Kinder dieser Gruppierungen eine Chance gab, mittels einer Lehre oder ähnlichem einen sozialen Aufstieg zum Handwerker/Facharbeiter zu machen.

Aus den Untersuchungen Crews über Bochum geht zunächst hervor <sup>2)</sup>,

---

1) Diese ewige Suche läßt sich am besten mit der Mentalität des Phänomens des "Goldrausches" umschreiben. Der Goldrausch mobilisierte als Verheißung für ein besseres Leben innerhalb kürzester Zeit ungeheure Menschenmassen, und zwar gerade jene, die wir als 'labouring poor' bezeichnen (siehe dazu auch die Romane von Jack London).

2) Tabelle 'Mobilität zwischen den Generationen', in: D.Crew, a.a.O., S. 100 folgt auf der Seite 462.

Fußnote 2) von der Seite 461:

Mobilität zwischen den Generationen (in Prozent)

| Beruf des Vaters                                       | Beruf der Söhne |                                             |                            |                                            |                                                |                          |
|--------------------------------------------------------|-----------------|---------------------------------------------|----------------------------|--------------------------------------------|------------------------------------------------|--------------------------|
|                                                        | wie der Vater   | gleiches Qualifikationsniveau wie der Vater | alle Unveränderten (1 + 2) | höheres Qualifikationsniveau als der Vater | niedrigeres Qualifikationsniveau als der Vater | keine körperliche Arbeit |
| Bergarbeiter ungelerner                                | 44,0            | 10,2                                        | 54,2                       | 27,1                                       | 0,0                                            | 19,0                     |
| Fabrikarbeiter                                         | 40,0            | 25,8                                        | 65,8                       | 28,1                                       | 0,0                                            | 5,9                      |
| Metallfacharbeiter                                     | 46,6            | 20,0                                        | 66,6                       | 0,0                                        | 23,3                                           | 10,0                     |
| Facharbeiter im Baugewerbe                             | 27,4            | 15,7                                        | 43,1                       | 0,0                                        | 39,2                                           | 17,6                     |
| Facharbeiter/Handwerker: Nahrungsmittel und Bekleidung | 23,0            | 33,3                                        | 56,3                       | 0,0                                        | 31,3                                           | 12,5                     |
| Facharbeiter/Handwerker: Holz, Leder, Luxus etc.       | 16,7            | 37,4                                        | 54,1                       | 0,0                                        | 29,1                                           | 16,6                     |

Quelle: Rathaus Bochum, Familienbuch 1900.

daß im Durchschnitt innerhalb der Arbeiterklasse fast 88 % der Arbeitersöhne wieder Arbeiter wurden.

Bei den Bergarbeitern und den ungelernten Fabrikarbeitern waren es immerhin 54,2 resp. 65,8% der Söhne, die ein gleiches Qualifikationsniveau (also un- und angelernt) besaßen wie ihre Väter, während dieser Prozentsatz bei den Facharbeitern und Handwerkern teilweise darunter lag. Gerade die Söhne von Handwerkern und Facharbeitern hatten große Schwierigkeiten, einen sozialen Abstieg zu vermeiden, bei den Handwerkersöhnen fällt auf, daß sie weitaus häufiger abstiegen als die Handwerker selbst, sicher begründet im allgemeinen Bedeutungsschwund des Handwerks.

Die Analyse der Zahlen unter dem Aspekt der beruflichen Mobilität ergibt, daß zwar die berufliche Mobilität zwischen den Generationen größer geworden war, d.h., daß die Möglichkeit eines Sohnes mit un-/angelerntem Vater, Facharbeiter oder Handwerker zu werden, größer war als dies für den Vater innerhalb dessen Arbeitsleben galt, daß aber nach wie vor der weitaus größere Teil von Arbeitersöhnen innerhalb der eigenen Gruppierung verblieb - mit allen Konsequenzen hinsichtlich schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen, hoher räumlicher Mobilität.

Wenn man zunächst einmal eine erste allgemeine Schlußfolgerung aus den eher fragmentarischen Mobilitätsdaten ziehen kann, so fällt auf, daß - bei allen Differenzierungen - eine hohe räumliche Mobilität in einer gewissen Weise korrespondiert mit einer erheblich geringeren beruflichen Mobilität.

Eine Folge der sehr hohen räumlichen Mobilität, die in Deutschland bis etwa 1910 anhielt, war die, daß es immer wieder eine sehr große Anzahl von ersten Industriearbeitergenerationen gab, die zudem auf der unteren Stufe der betrieblichen Hierarchie arbeiten mußten <sup>1)</sup>. Die Identifizierung mit der Situation und Position als industrieller Lohnarbeiter fiel umso schwerer, als diese ersten Generationen das Leben als Industriearbeiter nur als zeitlich begrenzte Lebenssituation ansahen, nach deren Ende sie

---

1) Hier ist ein Zusammenhang zu sehen mit der Tatsache, daß qualifizierte Arbeiter (die zu einem großen Teil den Stammbesitzungen angehörten) eine geringere räumliche Mobilität aufwiesen als un- und angelernte.

wieder in ihre traditionellen Lebens- und Arbeitszusammenhänge zurückkehren wollten (siehe dazu die Verhaltensweisen der ober-schlesischen Bergarbeiter). Dieser Rückkehrwunsch war sowohl bei den Nah- als auch bei den Fernwanderern sehr stark, wobei eine teilweise Realisierung dieses Wunsches aber nur bei den Nahwanderern möglich war (siehe dazu die Bemerkungen über die saisonalen Stadt-Land-Wanderungen), und dies auch nur zeitlich begrenzt. Aber auch die Fernwanderer ergriffen in hohem Maße die Möglichkeit der Suche nach besseren und anderen Lebens- und Arbeitsbedingungen, indem sie von Stadt zu Stadt zogen in der - unbegründeten - Hoffnung, entsprechende Bedingungen realisieren zu können (von dieser Möglichkeit machten natürlich auch die Nahwanderer Gebrauch). Das hohe Ausmaß des ständigen Wechsels, des sich immer neu Eingewöhnen-Müssens an zwar industrielle, aber durchaus jeweils unterschiedliche Bedingungen kommt auch in dem geringen Anteil

fester geschlossener beruflicher Generationsstämme (zum Ausdruck) derart, daß selbst bei altgedienten, keine Expansionskraft besitzenden Fabriken der Textilindustrie zum Beispiel nur 30% der Arbeiter Berufs-Provenienten sind, während diese Quote bei einer neuen aber doch so hoch qualifizierten Industrie wie der elektrischen sogar auf 19% Herkunft aus irgendwelcher Metallarbeit herabsinkt 1).

Diese Mobilität, dieses Vorhandensein immer erster Industriearbeitergenerationen hatte auch auf die Lernprozesse dieser Industriearbeiter erhebliche Auswirkungen, die nicht nur an spontanen unmittelbaren sozialen Protesten festzumachen sind, sondern erhebliche Konsequenzen auf die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung hatten. Die von den Unternehmern nicht nur aus betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Gründen forcierte Trennung von Stamm- und Randbelegschaften, die zudem sehr oft parallel zu den durch die Religion, die Qualifikation, die Nationalität und landsmannschaftliche Herkunft, das Geschlecht Alter etc. gezogenen Trennungslinien verlief, verstärkten die Mobilität 2).

---

1) A.Weber: Das Berufsschicksal der Industriearbeiter, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, hrsg. v.E.Jaffé, XXXIV Band, Tübingen, 1912, S.377-405, S.382.

2) M.Bernays konstatiert einen hohen Grad an Stellenwechsel innerhalb des Berufs/Branchen. So war für die gesamte Gladbacher Arbeiterschaft ein 2-5maliger Stellenwechsel verbunden mit einem einmaligen Berufswechsel typisch, die dortigen Weber wechselten 6 bis 9 mal die Stelle ohne Orts- und Berufswechsel (vgl. M. Bernays: Berufsschicksal, a.a.O., S. 125. Dieser Stellenwechsel verstärkte nur die Trennung innerhalb der Belegschaft, er kann

Auf diese die sozialen Beziehungen im Betrieb ganz erheblich mitgestaltenden Faktoren muß im Zusammenhang mit der sozialen Betriebspolitik der Unternehmer noch im einzelnen eingegangen werden.

Exkurs: Kritik an den Ergebnissen der Untersuchungen  
zur Mobilität des Vereins für Socialpolitik

Nun wird der hohe Grad an Mobilität, der durch die neueren Forschungsergebnisse, die die alten, vor allem auch regionalen Statistiken mit berücksichtigen, in beeindruckender Weise auch sehr differenziert dargestellt wird, von durchaus ernstzunehmenden zeitgenössischen Untersuchungen bezweifelt. Gemeint sind damit die Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik, von denen Marie Bernays einige in einer Sekundäranalyse unter spezifischen Gesichtspunkten ausgewertet hat <sup>1)</sup>.

Sie kommt zu folgenden zentralen Aussagen:

1. Die landläufige Auffassung vom unsteten und wurzellosen Proletarier ist falsch. Für großstädtische und noch weniger für die Arbeiter in Klein- und Mittelstädten trifft es nicht zu. Die Arbeiter sind im Gegenteil sehr bodenständig. Ihre Abhängigkeit vom Wohnort und von der nächsten Umgebung ist sehr groß.
2. Mit abnehmender Qualifiziertheit der Arbeit verengen sich die äußeren Grenzen des Berufsschicksals, der Ortswechsel wird seltener.
3. Steigende Qualifikation bedeutet steigende Berufsständigkeit, da der Berufswechsel eines qualifizierten Arbeiters meist einen Abstieg bedeutet.

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 464:

durchaus mit als ein Aspekt der Mobilität angesehen werden. Ein weiterer Aspekt ist der der innerbetrieblichen Mobilität, die aber zum Teil andere Folgen hatte (so kamen viele Handwerker als Instandhalter in fast alle Bereiche des Betriebes und erwarben sich damit erhebliche Zusatzqualifikation, die sie zu einem großen Teil - direkt und indirekt - mit in die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung einbrachten) und auf die später eingegangen wird.

1) Vgl. ebenda.



4. Allgemein sind die Arbeiter ebenso berufsständig wie bodenständig.

Die Beurteilung der zentralen Aussagen von M. Bernays fällt doppelt schwer: zum einen fußt die Sekundäranalyse Bernays' auf Untersuchungen, die Befragungen der Belegschaftsmitglieder zur Grundlage hatten und die die lokalen, regionalen und nationalen Statistiken nicht in dem Maße und mit dem feinen Instrumentarium auswerteten, wie es heutige Forschungen tun. Zum zweiten müßte - um diesen zentralen Aussagen genauer nachgehen zu können - eine genaue Analyse der jeweiligen Primäruntersuchungen erfolgen <sup>1)</sup>. Erfahrungsgemäß übersehen verallgemeinernde Zusammenfassungen sehr oft die in den eigentlichen Untersuchungen enthaltenen Differenzierungen, deren Wegfall dann das eigentliche Bild erheblich verzerren kann. Also ist hier schon ein systematischer Mangel an Undifferenziertheit vorhanden, der weiter verstärkt wird durch die Vorgehensweise von Marie Bernays, selbst bei geschilderter Differenzierung die Schlüsse allzu allgemein und entsprechend einseitig zu ziehen.

Dieses soll im folgenden anhand von wenigen Beispielen dargelegt werden:

Zur zentralen Aussage 1: Diese Aussage wird begründet durch die Feststellung, daß zum Beispiel die in der Deutschen Steinzeugwarenfabrik zu Friedrichsfeld bei Mannheim beschäftigten Arbeiter

lange Zeit, vielleicht (das) ganze Leben in und um Mannheim gearbeitet (haben). Sie sind in Ilvesheim oder Neckarhausen geboren und haben, als sie sich verheirateten, ihren Wohnsitz nach Seckenheim oder Friedrichsfeld verlegt. Diese Dörfer gleichen sich völlig. ... Wir können feststellen, daß die Hälfte unserer Arbeiter niemals aus der Umwelt herausgekommen ist, in die sie hineingeboren wurde <sup>2)</sup>.

Ähnliches wird für die Gladbacher Spinnerei und Weberei festgestellt: Rund 37% der Belegschaftsangehörigen waren nicht nur in Gladbach tätig gewesen. M. Bernays beurteilt die räumliche Mobilität wie folgt:

Doch bedeutet dieser Ortswechsel in fast allen Fällen nur ein Herumwandern in den kleineren linksrheinischen Industriorten, die ihre Proletarierbevölkerung miteinander austauschten, ein Hin- und Herwogen der Arbeiter zwischen Neuß und Rheydt, Viersen und Dülken, vielleicht auch einmal Düren und Krefeld <sup>3)</sup>.

1) Eine genaue Analyse dieser Einzeluntersuchungen wird im Zusammenhang der Diskussion der Betriebsverfassung in der Textilindustrie erfolgen.

2) M. Bernays: Berufsschicksal, a.a.O., S. 119.

3) Vgl. ebenda, S. 119.

Hier zeigt sich ein großes Maß an Undifferenziertheit und ein verengter Begriff von räumlicher Mobilität, der wahrscheinlich nur die Fernwanderungen, und auch diese nur dann, wenn sie selbst bei einem ersten Blick nicht zu übersehende Ausmaße hatten, berücksichtigt. Sowohl die Mannheimer als auch die Gladbacher Ergebnisse zeigten ein erhebliches Maß an Mobilität, wobei - wenn man den Angaben Bernays Glauben schenken darf - sich die räumliche Mobilität vor allem auf Nahwanderung konzentriert. Leider sind auch hier keine Angaben über saisonale Schwankungen, altersmäßige Unterschiede etc. gemacht worden. Insgesamt kann festgehalten werden, daß diese erste zentrale Feststellung von Marie Bernays eine so nicht richtige Schlußfolgerung aus ihrem eigenen Zahlenmaterial darstellt, abgesehen von der schon oben angeklungenen und auch für die anderen zentralen Feststellungen gültigen Kritik der Undifferenziertheit des Materials.

Die zweite zentrale Aussage wird von M. Bernays selbst wieder relativiert mit der Feststellung, daß die Handwerker aufgrund ihrer alten Traditionen noch sehr viel mehr wandern im Gegensatz zu den 'gelernten Maschinenarbeitern', die als die 'stabilsten Arbeitskräfte' gekennzeichnet werden <sup>1)</sup>, während die ungelernten wiederum sehr mobil sind. Hier unterscheidet Bernays zwei Kategorien: die der Hilfsarbeiter und die der Tagelöhner, wobei sie den Grad der Mobilität abhängig macht zum Beispiel von einem kleinen Landbesitz <sup>2)</sup>. Damit wird zumindest eine zweite Stufe der Differenzierung (nach der Unterscheidung hinsichtlich der Qualifikation) vorgenommen, allerdings taucht diese Differenzierung in ihrer oben genannten zweiten zentralen Aussage nicht mehr auf.

Die dritte zentrale Aussage Bernays trifft auch den von uns angedeuteten Zusammenhang zwischen hoher räumlicher Mobilität und geringerer Qualifikation, wobei dann die Mobilität keine Chancwanderung (wie bei den höher Qualifizierten), sondern der Versuch der Sicherung des Existenminimums ist, auch bedingt durch zunehmendes Alter.

Zur vierten zentralen Aussage von Marie Bernays ist zu sagen, daß - ähnlich wie bei der zweiten zentralen Aussage - innerhalb ihrer Ausführungen Ansätze von Differenzierung durchaus erkennbar sind,

---

1) Vgl. M. Bernays: Berufsschicksal, a.a.O., S. 120.

2) Vgl. ebenda, S. 121.

die dann aber leider - bei aller berechtigten Notwendigkeit zur Verallgemeinerung - später nicht mehr auftauchen.

Die Diskussion der Bernays'schen Aussagen ist vor allem deswegen so breit erfolgt, weil sie auf Untersuchungen über die Zustände in der Industrie beruhten, die seinerzeit einmalig waren und Zustände und Ergebnisse zutage förderten, die heute noch bei der Analyse damaliger Verhältnisse eine große Rolle spielen. Die Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik deuten einen Grad der Ernsthaftigkeit der Beschäftigung mit den damaligen sozialen Problemen an, die daneben nur noch - wenn man die seinerzeit relevanten gesellschaftlichen Gruppen betrachtet - von den Organisationen der Arbeiterbewegung ausging. Allerdings muß hierzu einschränkend bemerkt werden, daß der Betrieb für die Organisationen der Arbeiterbewegung nur am Rande interessant war und deshalb keiner eingehenden Untersuchung für nötig befunden wurde - die Gründe dafür sind vielfältig und reichen vom unbestimmten Fortschrittsglauben (Warten auf den 'Großen Kladderadatsch') über einen gewissen Standesdünkel der die Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmenden Arbeiter (industrielle Facharbeiter und Handwerker) gegenüber den Un- und Angelernten, über eine Fehleinschätzung der Rolle und Funktion von Traditionen, Religion etc. innerhalb der Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter bis hin zur fehlenden Auseinandersetzung mit dem Industriebetrieb und der Situation der Arbeiter dort. Gerade auch die Mobilität der Arbeiter wurde nicht zu einem zentralen Punkt innerhalb der Strategie der Organisationen der Arbeiterbewegung gemacht (wie es aber den sich aus der großen Mobilität ergebenden Problemen für die Organisierung aller Arbeiter adäquat gewesen wäre), u.a. deswegen, weil es gerade die Facharbeiter waren, die zu den weniger mobilen Stammbeschaftungen gehörten, die die Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung entscheidend mitbestimmten.

Sowohl eine (von mehreren) Ursachen als auch die Form des Protestverhaltens der Arbeiter hing mit deren Mobilität zusammen, d.h. daß die Entwurzelung und Orientierungslosigkeit bestimmenden Einfluß auf Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter hatten. Damit ist aber nicht gesagt, daß sich Widerstand nur auf die Gruppen der labouring poor beschränkte, nur zeigte er sich hier anders als bei den Handwerkern und qualifizierten industriellen

Facharbeitern, deren räumliche Mobilität weitaus geringer war. Allerdings muß einschränkend gesagt werden, daß die Wechselwirkung zwischen Protestverhalten und der durch räumliche Mobilität u.a. bedingte zunehmende Orientierungslosigkeit keineswegs die alleinige Ursache für das hohe Ausmaß an Mobilität darstellte.

Wenn eine solche Verbindung im Einzelfall dennoch erkennbar ist, sind für das Protestverhalten auch noch andere Faktoren mitbestimmend - vom physischen Elend bis hin zu geringen Chancen beruflichen und betrieblichen Aufstiegs.

Was allerdings festzuhalten ist - wenn man einmal die vorindustrielle Gesellschaft mit jener zur Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie vergleicht - ist die ungeheure Mobilität, die sich schroff von der vorindustriellen Gesellschaft abhebt <sup>1)</sup>. Zwar war die traditionelle Gesellschaft durchaus nicht immobil, aber dennoch gab es dort nur eine partikuläre Mobilität im Unterschied zu einer allgemeinen Mobilisierung in der industriellen Gesellschaft, die eben auch ein Ausdruck der Ungeregeltheit der neuen Verhältnisse war und sich insofern auch von den fest eingeteilten Regeln und zugeteilten, nicht veränderbaren Lebenschancen der vorindustriellen Gesellschaft unterschied.

#### 2.2.2.4. Mobilität, Protestverhalten und Organisation in den Gewerkschaften

Die Organisation der mobilen Arbeiter in Gewerkschaft oder gar Partei war sehr selten, "da die Mobilität (der Arbeiter)

---

1) Der hohe Mobilitätsgrad zwang gerade die Städte zur Übernahme völlig neuer Aufgaben, die zuvor der Privatinitiative überlassen waren. So wurde in den 1890er Jahren verstärkt die kommunale Arbeitsvermittlung aufgebaut, sehr oft unter dem Druck der Gewerkschaften. Viele Arbeitgeber und deren Vereinigungen wehrten sich mit Macht und teilweise mit Erfolg gegen den Entzug eines Teils ihres Einflusses durch den Staat; ein aufschlußreiches Beispiel hierfür lieferten die Augsburger Industriellen, s.I.Fischer, a. a.O., S.383-385. Des weiteren bedeutete diese hohe Mobilität auch, daß vor allem die Liberalen und andere bürgerliche Kräfte bei der Kommunalpolitik begünstigt wurden, da das kommunale Wahlrecht zum Teil an die Seßhaftigkeit gebunden war (vgl.D.Langewiesche, a.a. O., S.37), wie an vorheriger Stelle schon hinsichtlich der Bedeutung für die Verhaltensweisen der Arbeiter diskutiert wurde.

eine von unten getragene organisatorische Kontinuität verweigerte und nur punktuell, aber dann nüchternes Engagement und unterschiedenes Drängen auf praktische Veränderung der selbsterfahrenen Subsistenzprobleme erlaubte" <sup>1)</sup>.

Selbst wenn die Organisierung in einer Gewerkschaft gelang, so war eine kontinuierliche Mitarbeit und Einflußnahme der (räumlich) mobilen Mitglieder kaum möglich. So verzeichneten die Gewerkschaften beispielsweise in Berlin 1906 einen Mitgliederzuwachs von 27 819 Personen, der jedoch aus rund 124 000 Eintrittten und 64 000 Austritten hervorgegangen war <sup>2)</sup>. Damit lag der Mobilitätsgrad der Berliner Gewerkschaftsmitglieder wesentlich über dem Mobilitätsdurchschnitt der gesamten Berliner Bevölkerung. Festgehalten werden muß also, daß, wenn diese mobilen und schwer zu erreichenden Arbeiter sich überhaupt gewerkschaftlich organisierten, sie dann ihre Qualifikations- und Lohninteressen einschließlich der Arbeitsplatzsicherheitsinteressen, die durchaus unterschiedlich zu den Interessen der nicht so mobilen, wesentlich die Stammbesellschaften bildenden Facharbeiter waren, nicht in einem ausreichenden Maße zur Geltung bringen konnten. So ist gerade auch aus dem unterschiedlichen Mobilitätsverhalten zwischen den Rand- und Stammbesellschaften der dominante Einfluß der industriellen Facharbeiter und Handwerker auf die Gewerkschaften zu erklären <sup>3)</sup>.

Zugleich reproduzierte sich damit im Wohnbereich die Trennung von Stammbesellschaft und Randbesellschaft im Betrieb als Trennung zwischen Mobilen, insbesondere Neuzugewanderten, und 'Arrivierten', die einen relativ festen und in der Regel auch besseren

---

1) L.Niethammer, F.Brüggemeier, a.a.O., S.134.

2) Der Jahreszuwachs kann nicht aus der Differenz von Ein- und Austritten ermittelt werden, da die Zahl der Ausgetretenen bzw. Abgereisten nur lückenhaft erfaßt wurde. Der tatsächliche Mobilitätsgrad dürfte deshalb noch höher liegen als der hier errechnete, vgl. D.Langewiesche, a.a.O., S. 38 ff.

3) Die Wanderjahre der Handwerksburschen sind anders zu bewerten als die erzwungene Mobilität der Industriearbeiter: während letztere vor allem auf der Suche nach besseren Arbeits- und Wohnbedingungen aufgrund ihrer ohnehin schon tristen Lage waren oder aufgrund des zunehmenden Alters wandern mußten, um das Existenzminimum zu halten, gehörte die Wanderschaft der Handwerksgesellen mit zu ihrer Qualifikation; wobei es natürlich schon Vermischungen gab.



Wohnsitz hatten.

Trotz der empirisch nachweisbaren Trennung zwischen den beiden Gruppen und ihrer jeweils unterschiedlichen Denkweisen und Aktionsformen, die in sich wiederum sehr differenziert zu betrachten sind, soll auch an dieser Stelle der in der politischen Diskussion oft üblichen Bewertung dieser unterschiedlichen Handlungsweisen beider Gruppen in dem Sinne, daß die Facharbeiter mit 'ihrer' Organisation immer oder zumindest sehr oft die eruptiv aufbrechenden 'revolutionären' Aktionen der Massenarbeiter kanalisiert hätten, nicht gefolgt werden. Beide Gruppen lebten und arbeiteten vor dem Hintergrund je unterschiedlicher Erfahrungen und aktueller Arbeits- und Lebenssituationen, wobei es natürlich zahlreiche Überschneidungen gab. Beide Gruppen hatten erhebliche Anpassungsleistungen zu vollbringen, als deren Ergebnis andere Verhaltens- und Kommunikationsformen standen (auch wenn sich diese Anpassungsleistungen jeweils anders darstellten).

Zwar erleichterten zum Beispiel neue Kommunikationsstrukturen das Erkennen der eigenen Interessen im Unterschied zu den Interessen anderer und damit auch die Problematisierung der eigenen sozialen, ökonomischen und politischen Notlage und bedeuteten eine intellektuelle Leistung, dennoch darf dabei nicht übersehen werden, daß die Belastungen aufgrund der neuen ungewohnten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Durchsetzung der neuen Kommunikationsstrukturen sowie der Ausbildung des Bewußtseins der gemeinsamen Notlage entgegenstehen konnten. So gab das Wohnen in den überfüllten Mietskasernen, in den im hohen Maße gesundheitsschädigenden Arbeitervierteln <sup>1)</sup> oft genug Anlaß zu Streitigkeiten, die

1) Für Augsburg ermittelte Ilse Fischer, daß die (in den 1880er Jahren in Augsburg schon sehr weit fortgeschrittene) Trennung der Bevölkerung nach Klassenzugehörigkeit, Einkommen und sozialem Prestige nicht nur eine Frage sozialer Statuswahrung blieb, sondern vor allem auch über die Lebenschancen entschied (vgl. I. Fischer, a.a.O., S.112). So lag die Sterblichkeit in den Wertachvorstädten (Arbeiterviertel) in manchen Jahren viermal so hoch wie in bürgerlichen Vierteln. Die Ursachen für diese hohen Sterbeziffern in den Arbeitervierteln (in denen im Durchschnitt die jüngere Bevölkerung wohnte) war in dem großen Anteil der Kindersterblichkeit zu sehen. Gerade die Kindersterblichkeit kann als Maßstab für ungleiche Lebenschancen herangezogen werden: 1884 kamen in den Wertachvorstädten auf 1000 Einwohner 33,5 Sterbefälle von Kindern im ersten Lebensjahr, im bürgerlichen Bezirk nur 2,1. In der Tuberkulosesterblichkeit standen die Wertachvorstädte mit 22,7% aller Todesfälle im Jahr 1894 an der Spitze.

zu Reibungsverlusten und auch zu Abschottungsmaßnahmen führten, die in durchaus nicht seltenen Fällen Vereinzelung und Isolierung nach sich zogen, begünstigt durch den schlechten Gesundheitszustand der Arbeiterfamilien und als Folge eine Verminderung der Kraft und des Willens zur Kommunikation mit anderen sowie durch überlange Arbeitszeiten (sowohl in der Fabrik als auch für die Heimarbeiter) und in Verbindung damit fehlende Zeit zur Verständigung mit anderen.

Trotz dieser Hemmnisse kann gesagt werden, daß die Ablösung der - im Rahmen vorindustrieller Arbeits- und Lebensweisen - traditionellen Orte der Kommunikation (Arbeitsplatz und Familie, die in der Regel noch nicht voneinander getrennt waren; Nachbarschaft und unter Umständen noch dörfliche oder kleinstädtische Gemeinschaften, auf die sich der alltägliche Informationsaustausch beschränkte) durch die neuen Orte der Kommunikation (Großbetrieb, Kleinfamilie und Großstadt) eine Ersetzung der einsträngigen hierarchisch bestimmten durch eine vielgerichtete horizontale Kommunikationsstruktur bedeutete. Allerdings ist mit der Ablösung der alten durch die neuen Kommunikationsstrukturen keineswegs gesagt, daß die hierarchisch bestimmten Kommunikationsstrukturen in ihrer Gesamtheit den neuen wichen; die letzteren wurden zunächst lediglich in ihrem bisherigen Umfang und ihrer bisherigen Bedeutung geschwächt.

Das Bewußtsein und das Empfinden der eigenen sozialen Not <sup>1)</sup> als Bewußtsein darüber, nicht das Opfer eines nur persönlichen Schicksals zu sein, sondern als Gruppenschicksal zu begreifen, wuchs langsam, initiiert und gefördert durch die Verschränkung der neu-

---

1) Auch die - historisch unbestreitbare - Feststellung der sozialen Not der industriellen Lohnarbeiter während der Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie (und im übrigen auch noch danach) muß unter dem Aspekt eingeschränkt werden, daß die industrielle Entwicklung vor allem den pauperisierten Schichten eine Möglichkeit bot, Arbeit zu finden und nicht mehr auf die ohnehin stark abbröckelnde Armenfürsorge der Kommunen angewiesen zu sein, die ja selbst das Existenzminimum nicht mehr sichern konnte. So kann festgestellt werden, daß die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie vielen Arbeitern im Vergleich zu den vorherigen Lebensbedingungen als nicht so negativ erschienen, was wiederum ihr Verhältnis zu den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nachhaltig beeinflusste.

en Anforderungen an die Verhaltensweisen auf beiden Ebenen (Arbeit und Familie / Wohnung / Freizeit).

Gerade die durch die Durchsetzung der Großen Industrie entstandenen Ballungsräume und Industriestädte mit ihren Arbeitervierteln, deren Kennzeichen allgemeiner Wohnungsmangel, Überbelegung der hygienisch schlechten Wohnungen und hohe Mieten waren, bewirkten grundsätzlich eine erste Zurkenntnisnahme von anderen Menschen, die unter ähnlichen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen lebten. Die existentielle Unsicherheit des Lohnarbeiterdaseins, die ständige Bedrohung, unter das materielle Existenzminimum zurückzufallen und die Unsicherheit angesichts der neuen Anforderungen, die sich aus der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise sowie der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik ergaben, und des damit verbundenen Sich-Zurücksehns nach idealisierten und romantisch verklärten vorindustriellen ganzheitlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen ließen ein Gefühl der Gemeinsamkeit entstehen, das zunächst noch sehr diffus, vom Gefühl der eigenen Ohnmacht geprägt war und mittels vorindustrieller Interpretationsmuster verarbeitet wurde. So wurde die unmittelbare Nachbarschaftshilfe in solchen Wohnquartieren buchstäblich aus der Situation heraus erzwungen, sie war geradezu lebensnotwendig, weil man sich oft nicht selber helfen konnte und kein Geld für bezahlte Hilfskräfte hatte <sup>1)</sup>. Darüberhinaus wurde dieses Zusammenrücken verstärkt durch die erheblichen Schwierigkeiten der Integration der Arbeiter in die Kommune.

Diese Integrationschwierigkeiten sind ja auch die eigentliche Ursache für die Tatsache, daß besondere Arbeiterquartiere entstehen, die von den anderen Wohnvierteln getrennt sind. In den Augen der bereits vorher Ansässigen gelten die Arbeiter in ihren neuen Vierteln als Zugezogene, Fremde und sozial Deklassierte. Die ihnen entgegengebrachte Abneigung wird von diesen auch so empfunden und treibt sie in eine Art Abwehrposition, die ihrerseits das Entstehen eines Gemeinsamkeitsgefühls fördert <sup>2)</sup>.

Gerade dem Bürgertum - und hier speziell dem Kleinbürgertum - mußten die ungeregelten, scheinbar willkürlichen Arbeits- und Lebensweisen der industriellen Lohnarbeiter ihrem Gesellschaftsverständnis nach als nicht gleichberechtigte Verhaltensweisen erscheinen. Die an der Vorläufigkeit der Situation orientierten Lebens-

1) Vgl. L. Uhen, a.a.O., S. 63.

2) Vgl. ebenda.

weisen der Arbeiter kamen dem Bürgertum unmoralisch vor, sie waren in ihrem Sinne nicht etabliert. Der der bürgerlichen Gesellschaft zugrundeliegende Arbeitsbegriff, der die Arbeit nur als durch Wettbewerb auf die anderen Individuen bezogene Leistung anerkannte und gemäß dem Arbeit nur individuelles, auf sich selbst bezogenes Streben war, betrachtete wirtschaftlich nicht qualifizierte, abhängige Lohnarbeit grundsätzlich nicht als gleichrangig; ihr kam lediglich der auf dem Arbeitsmarkt festgelegte Lohn zu.

Dieser Arbeitsbegriff impliziert ein Modell einer Gesellschaft von Kleinwarenbesitzern, in der gegeneinander gleichgültige und voneinander unabhängige Privatproduzenten ihre Produkte als Waren produzieren und austauschen, in der die Beziehungen zur Umwelt derart gestaltet sein müssen, daß für das bürgerliche Individuum andere Menschen nur als solche Individuen relevant sind, die als Unternehmer wissenschaftlicher, technischer, kultureller oder politischer Art agieren, das heißt als Bezugspersonen zur Selbstdarstellung und Mittel zur Selbstverwirklichung des bürgerlichen Individuums. Das sich auch auf die allgemeine Lebensweise einschließlich der Wohnverhältnisse beziehende (und von den Wohnverhältnissen wieder auf die Beziehungen zur Arbeit rückwirkende) Selbstverständnis des Bürgertums mußte die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der industriellen Lohnarbeiter als abstoßend, als sozial deklassierend empfinden, zumal sich gerade das Kleinbürgertum aufgrund der technischen und ökonomischen Entwicklung in der ständigen Gefahr befand, selber als Lohnarbeiter auf dem Arbeitsmarkt auftreten zu müssen.

Hinzu kam die vom Bürgertum als Bedrohung empfundene, durch das Entstehen der Arbeiterviertel in den Industriestädten besonders augenfällige Zusammenballung von Arbeitermassen, d.h. das Bewußtsein der Macht der Zahl förderte nicht nur bei den Arbeitern gewisse Lern- und Handlungsprozesse, sondern setzte beim Bürgertum Ängste frei, die zu Abgrenzungsprozessen gegenüber den Arbeitern führten.

Hierin zeigt sich die Widersprüchlichkeit der als allgemeingültig und -verbindlich erklärten Normen der bürgerlichen Gesellschaft. Sobald eine dieser Normen selbst gegen die Grundlagen der industriell-kapitalistisch organisierten bürgerlichen Gesellschaft



gerichtet war, wurde sie ihrer Allgemeingültigkeit entkleidet und als Herrschaftsmittel entweder auf dem Wege der Konfliktnalisierung mit dem Ziel einer systemadäquaten Lösung und/oder schlicht repressiv interpretiert und angewendet.

So geschehen mit der Norm der Selbsthilfe, die zwar einerseits die Entfaltung des freien Individuums fördert und so auch unternehmerisches Handeln legitimiert, die aber andererseits aufgrund ihrer Anwendung durch die Arbeiter einen hohen Grad an Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft darstellen kann.

Die auch durch die Zusammenballung der Arbeiter in zentralisierten Produktionsstätten und Industriestädten geförderten Lern- und Handlungsprozesse begünstigten die Anwendung der Norm der Selbsthilfe durch die Arbeiter, was zum Beispiel in Form der schon oben erwähnten freien gewerkschaftlichen Selbsthilfeorganisationen zum Ausdruck kam. In dem Moment, als diese Selbsthilfeorganisationen sich zu einer - tatsächlichen oder vermeintlichen - Gefährdung der Gesellschaft auswuchsen, wurde zum Beispiel mittels staatlicher Regulierung der Krankenversicherung versucht, diese Keimzelle 'sozialistischer Ausschreitungen' (so Kaiser Wilhelm in seiner Thronrede 1881, in der er die staatliche Sozialgesetzgebung begründete) zu zerstören.

Im Falle der freien gewerkschaftlichen Selbsthilfeorganisationen konnte die Norm der Selbsthilfe, angewendet durch die Arbeiter, (zunächst) nicht mehr zurückgenommen werden, wie ein zeitgenössischer Bericht darlegt <sup>1)</sup>:

Bei Erlaß des Krankenkassengesetzes hat man wohl gehofft, daß die Arbeiter, wenn die Leistungen an die eingeschriebenen Hilfskassen größer sind als die an die Ortskrankenkassen, die Gegenleistungen der freien Hilfskassen aber geringer als die der Ortskrankenkassen ausfallen, hierdurch zum Beitritt in die Ortskrankenkassen sich veranlaßt sehen würden. Man hat sich jedoch getäuscht, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal ist die Nachwirkung der sozialdemokratischen Agitation, welche durch das Krankengesetz den kräftigsten Impuls erhalten hat, noch zu mächtig. Sodann liegt für die einen darin, einer 'freien' Kasse anzugehören und in der Zentralkasse ein Band zu haben, das auch auf anderen Gebieten die Mitglieder umschlingt, ein starker Reiz; viele Arbeiter sind der Ansicht, daß durch den Beitritt zur Ortskrankenkasse der kooperative Zusammenhalt, den sie in ihren speziellen Kassen besser gewahrt zu sehen meinen, verlorengehe; andere Arbeiter legen ihren Ehrgeiz darein, daß sie die Kosten für ihre Krankenversicherung selbst tragen und nicht einen Beitrag davon

1) F.C. Huber, zitiert nach M. Rodenstein, a.a.O., S. 146.



von ihrem Arbeitgeber erhalten. Ferner ist die Mehrleistung der Ortskrankenkassen, entgegen der landläufigen Ansicht, heute noch nicht ziffernmäßig nachweisbar.

Die Anwendung der an sich bürgerlichen Norm der Selbsthilfe durch einen Teil der Arbeiter deutet auf ein erheblich gestiegenes Selbstbewußtsein dieser Arbeiter hin, das als ein Ergebnis eines langwierigen und nie abgeschlossenen Lernprozesses anzusehen ist.

Diejenigen Arbeiter, die diese Norm der Selbsthilfe nun gegen die bürgerliche Gesellschaft kehrten, hatten sich freigemacht von der ständisch-feudalen, vom Fürsorgegedanken geprägten Umsorgung, die im Prinzip von der "Wiege bis zur Bahre" reichte und sämtliche Arbeits- und Lebensbereiche mit einschloß. Die Schwierigkeit dieses Lernprozesses lag unter anderem auch daran, daß diese Umsorgung ja neben der Entmündigung (die eine Entpolitisierung im Resultat darstellte) zugleich eine Entlastung der Individuen bedeutete, deren Wichtigkeit zunächst um so größer erschien, je komplexer die Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise und der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik waren, die dem einzelnen Arbeiter 'zur Verarbeitung gegeben' wurden.

Die bürgerliche Gesellschaft reagierte nun auf die eben geschilderte Entwicklung der Orientierungen und Handlungen der Arbeiter mit Mitteln der präventiven sozialen Kontrolle (also mit der Einführung der als Konkurrenz gedachten staatlichen Krankenversorgung) und, falls diese nicht den gewünschten Erfolg hatten, mit jenen der reaktiven sozialen Kontrolle, also repressiv. Im Falle der freien Selbsthilfeorganisation der Gewerkschaften zur Krankenversorgung wurde 1892 ein Abänderungsgesetz erlassen, welches für die freien Hilfskassen entweder Auflösung oder die Umwandlung in eine Zuschußkasse zuließ.

Das bedeutete die praktische Außerkraftsetzung einer der grundlegenden, auch legitimatorisch angewandten Normen der bürgerlichen Gesellschaft durch sich selbst als Reaktion auf Ergebnisse von Lernprozessen der Arbeiter.

Allerdings muß hierzu zweierlei bemerkt werden: zum einen entwickelten sich entsprechende Prozesse sehr ungleichmäßig. In dem oben geschilderten Fall waren davon hauptsächlich Handwerker be-

troffen; die 'labouring poor' handelten, schon weil sie aus fast allen gewerkschaftlichen Organisationen aufgrund von deren Berufsverbandsprinzip herausfielen, was im übrigen ja auch als Folge dieser ungleichmäßig verlaufenden Lernprozesse anzusehen ist - sehr viel anders. Zum zweiten ist dieses Beispiel zeitlich am Ende der Durchsetzung der Großen Industrie angesiedelt. Vorher jedoch wurden die neuen, durch die Industrialisierung hervorgerufenen Erscheinungen, verbunden mit bestimmten Anforderungen an neue Verhaltensweisen aller Beteiligten, von den jeweils Beteiligten - Individuen und Gruppen - mit Hilfe traditioneller Interpretationsmuster verarbeitet, wobei die daraus resultierenden jeweiligen Verhaltensweisen je nach der Person und der Gruppe, von denen sie geübt wurden, also auch von Unternehmern, unterschiedlich waren.

So versuchten auch gerade die Unternehmer die aufkommende gesellschaftliche Organisations- und Integrationsproblematik mittels autoritärer und sich an militärischen Disziplin- und Gehorsamsvorstellungen orientierenden Ordnungsvorstellungen sowohl in der Gesellschaft als auch im Betrieb zu bewältigen, dabei jedoch mißachtend, daß die industrielle Gesellschaft auf Dauer nicht nur auf Herrschafts- sondern auch auf Kooperationsbeziehungen gestellt sein muß.

Die Arbeiter versuchten ebenfalls, diese neuen Anforderungen anfangs mit tradierten vorindustriell geprägten Interpretationsmustern zu verarbeiten, die im Unterschied zu vorindustriellen Verarbeitungsformen die alten und gewohnten Autoritäten und die Gottgegebenheit und Unveränderbarkeit von sozialen Notlagen in Frage stellten. In diesem Zusammenhang kann grundsätzlich C. Jantke zugestimmt werden, wenn er sagt, daß unterschieden werden muß

zwischen dem, was das Arbeitsleben zu allen Zeiten den Menschen an Mühsal und Sorge, Entbehrung und Gefahr, aber auch an Verletzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte auferlegt hat, und dem, was als verbreitetes Bewußtsein einer spezifischen sozialen Rechtlosigkeit, was als subjektive Gewißheit der Betroffenen, ein revolutionärer Stand des 'allgemeinen Unrechts' zu sein, erst im 19. Jahrhundert hervorgetreten ist 1).

---

1) C. Jantke: Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im XIX Jahrhundert, Freiburg, 1955, im folgenden zitiert als: Vierter Stand, S. 1.

Die sozialen, ökonomischen und politischen Bewegungen seit dem Ausgang des Mittelalters konnten noch von einer grundsätzlich nicht veränderten Arbeitsweise, die in einem unmittelbaren Verhältnis zur Lebensweise stand, ausgehen. Dagegen löste die Industrialisierung die personalen Beziehungen durch Zweck-Mittel-Relationen, die sinnfällige Einheit von Produktion und Konsumtion durch die Produktion für den anonymen Markt und die Einheit von Leitungs- und Arbeitsfunktion auf. Die - später noch genauer zu schildernde - enorme Anpassungsleistung der Arbeiter zielte letztlich auf eine rationale, nüchterne und das Kapital (als angeblich alles bestimmendes und kaum angreifbares) entmystifizierende Einstellung zu den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes und Arbeitsplatzes - die die Anerkennung der institutionellen Machtüberlegenheit des Unternehmers durchaus mit einschloß -, um von dieser neugewonnenen Position des modernen Industriearbeiters Forderungen an die Umwelt zur Verbesserung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu stellen.

Notwendige Bedingung dieses in mehreren Schritten vollzogenen Lernprozesses <sup>1)</sup> war aber die Infragestellung (und keineswegs nur Korrektur) der alten Autoritäten und des 'gottgewollten' materiellen und psychischen Elends, das seinen Ausdruck auch in der veränderten Funktion der Familie fand, die selbst auch eine Voraussetzung dieser grundsätzlichen Infragestellung war.

---

1) Dieser Lernprozeß lief nicht nur in mehreren Stufen ab, sondern gestaltete sich auch sehr unterschiedlich hinsichtlich der daran Beteiligten. Die Fabrikarbeiter rekrutierten sich aus äußerst heterogenen Unterschichten, die in sehr unterschiedlichem Maße bestimmte, mit dem Glauben an die alten Autoritäten ausgestattete, Verhaltensweisen besaßen. So kann gesagt werden, daß es die ehemaligen Handwerker und Gesellen schon aus vor- und protoindustriellen Lebens- und Arbeitsverhältnissen gewohnt waren, die Autorität des Meisters in Frage zu stellen (es gab zum Beispiel schon zeitlich sehr weit zurückreichende Kämpfe der Gesellen um das Recht auf eigene Schänken und eigene Trinkzusammenkünfte), während die ehemaligen Bauern die von ihnen nicht grundsätzlich in Frage gestellte, vielmehr als Naturgegebenheit hingenommene Autorität des - fast immer adligen - Großgrundbesitzers, des 'Herrn' (der man sich entziehen konnte, gegen die man aber nicht kämpfte) zunächst auf den industriellen Unternehmer übertrugen. Allerdings war der industrielle Unternehmer nicht 'Herr' im obigen Sinn, da er aktiv die Arbeitskräfte verwertete und dieses als Produktionsbedingungen betrachtete und sich anhand des Markterfolges in Konfrontation mit anderen Unternehmern (Konkurrenz) bewähren mußte. Insofern sah der industrielle Unternehmer die

#### 2.2.2.5. Die Veränderung der Bedeutung der Familie mit der Durchsetzung der Großen Industrie

Mit der Durchsetzung der Großen Industrie wurden die produktiven Funktionen der Familie zu einem großen Teil ausgelagert <sup>1)</sup>, die Wohnung von der Arbeitsstätte getrennt und die Sozialisation der Kinder partiell staatlichen Stellen überantwortet <sup>2)</sup>. Der Familie, die sich in vielen Fällen von der (ländlichen) Drei- zur (industriellen) Zweigenerationenfamilie wandelte, blieb hauptsächlich die Funktion der Reproduktion: und zwar als Reproduktion der Arbeitskraft und als Reproduktion der Familie selbst durch Zeugung und Aufzucht der Kinder.

Allerdings muß geprüft werden, ob der Wandel von einer Drei- zur Zweigenerationenfamilie überhaupt in dem Maße stattgefunden hat, wie es im allgemeinen behauptet wird. Die entsprechenden Darstellungen berufen sich auf Statistiken, die zweifelsohne anzeigen, daß die durchschnittliche Familiengröße im Zeitablauf erheblich abgenommen hat. So verringerte sich die durchschnittliche Privathaushaltsgröße von 4,57 in 1875 auf 4,40 in 1910, weiter von 3,98 in 1925 auf 2,60 in 1975 <sup>3)</sup>. Dazu muß jedoch

---

Fortsetzung Fußnote 1) von Seite 478:

Arbeitskräfte objektivistisch und nicht mehr unter dem Gesichtspunkt feudaler Abhängigkeitsverhältnisse. Erst später konnte den Arbeitern deutlich werden, daß die industriellen Unternehmer systematisch nicht dazu in der Lage waren, für den Preis der Anerkennung ihrer unumschränkten vorindustriell geprägten und deshalb der dem industriellen Kapitalismus nicht adäquaten Autorität durch die Arbeiter eine alle Arbeits- und Lebensbereiche der Arbeiter umfassende Fürsorge zu gewährleisten, so wie es im Prinzip oder zumindest dem Anspruch nach in vorindustriellen, auf personalen Beziehungen aufgebauten, Verhältnissen auch erfolgte.

1) In der Heimindustrie "richtete sich der Tagesrhythmus der Familie nach der Arbeit des Mannes, die im Mittelpunkt des Haushalts stand, und die in der Wohnung vor sich ging, zum Teil unter Mithilfe einzelner Familienmitglieder. Arbeit und Freizeit, Ehe und Kindererziehung bildeten eine Einheit, auch wenn der Erwerbsbereich schon ganz nach außen zum .. Markt hin orientiert war. Beim Fabrikarbeiter fehlten diese Einheit völlig." (L. Schneider: Charakteristika des Haushalts der Fabrikarbeiter, in: H. Rosenbaum (Hrsg.): Familie und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt/M, 1974, S. 332-338, im folgenden zitiert als: Fabrikarbeiter, S. 332)

2) Vgl. im folgenden M.Schlösser: Die Familiensituation der Arbeiter, in: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Ein Forschungsbericht von M.Osterland u.a., Frankfurt/M, 1973, S. 190-214.



zweierlei bemerkt werden: Zum einen unterscheiden diese Tabellen im allgemeinen nicht zuverlässig zwischen Haushalten in der Industrie, im Handwerk und in der Landwirtschaft. Zum andern ergeben diese allgemeinen Zahlen keinen Hinweis auf die Auflösung der Dreigenerationenfamilie während der Phase der Durchsetzung der Großen Industrie, im Gegenteil. Die Zahlen deuten im Grunde auf die Existenz einer Zweigenerationenfamilie hin, die Verringerung der Haushaltsgröße dürfte fast ausschließlich der sinkenden Zahl der Kinder pro Familie geschuldet sein <sup>1)</sup>.

Neuere Forschungen bestätigen, daß in vorindustrieller Zeit in West- und Mitteleuropa nirgendwo eine Großfamilie als eine über die Kernfamilie hinausgehende Verwandtschaftsgruppierung die dominante Familienform gewesen war <sup>2)</sup>.

So ergaben Untersuchungen in England für die Dreigenerationenfamilie zwischen dem ausgehenden 16. und dem frühen 19. Jahrhundert nur einen durchschnittlichen Anteil von 5,8 % <sup>3)</sup>.

In einem Gegensatz dazu standen die Verhältnisse in Ost- und Südosteuropa: Hier lagen die Anteile der Dreigenerationenfamilie wesentlich höher, was auf völlig unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten zurückzuführen ist.

Darüberhinaus war in West- und Mitteleuropa auch dort, wo die Mehrgenerationenfamilie etwas häufiger auftrat (so auf dem Lande), die Struktur dieser Stammfamilien völlig anders als oft in der Diskussion vorausgesetzt wird. Die Dreigenerationenfamilie in Mittel- und Westeuropa war nämlich dadurch gekennzeichnet, daß die Autoritätsperson in der mittleren Generation und nicht - wie zum Beispiel in Japan oder Ost- und Südosteuropa - in der ersten Generation lag <sup>4)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 479:

3) Vgl. E.Ballerstedt, W.Glatzer: Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren, Frankfurt/M. New York, 1979, S. 227.

1) Der Wandel von der unbeschränkten (ehelichen) Fruchtbarkeit zur Geburtenbeschränkung setzte vor allem nach der Jahrhundertwende ein, festzumachen an den allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern der Frauen, vgl. etwa I.Fischer, a.a.O., S.72 f., oder auch an der verringerten Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen, vgl. die Haushaltsgrößen in Rheydt bei H. Matzerath, a.a.O., S. 64.

2) Vgl. B.Benys: Familienleben in Deutschland. Neue Bilder aus der deutschen Vergangenheit, Reinbek, 1980, sowie im folgenden: M.Mitterauer, R.Sieder: Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München, 1977, S. 38-65.

3) Vgl. ebenda, S. 46. 4) Vgl. ebenda, S. 48.



Hausherr und Hausfrau lebten demnach mit beiden Eltern oder dem überlebenden Elternteil einerseits, mit den noch unverheirateten Kindern der ersten Generation und ihren eigenen Kindern andererseits zusammen. Diese Verschiebung der Autorität bedeutete auch, daß es nicht zu solch drastischen Abhängigkeiten kam, wie sie in den eigentlichen Stammfamilienstrukturen üblich waren. Die Übergabe der Hausherrenposition noch zu Lebzeiten an den Nachfolger hatte vor allem für die bäuerliche Bevölkerung größere Bedeutung, weil durch die Einrichtung des Ausgedinges (Altenteil) die Wirtschaftsführung durch einen Hausherrn garantiert war, der im Vollbesitz vor allem seiner körperlichen Kräfte war <sup>1)</sup>.

Die Einrichtung des Ausgedinges reicht in Mittel- und Westeuropa bis tief in das Mittelalter zurück, ihre Bedeutung wurde durch die Industrialisierung nicht im mindesten geschmälert. Mitterauer und Sieder kommen aufgrund ihrer detaillierten Studien zu dem Schluß, daß

das Schlagwort von der 'vorindustriellen Großfamilie' bestenfalls so verstanden werden könnte, daß - durch die Industrialisierung bedingt - der Anteil der Agrarbevölkerung und damit auch der für sie typischen Familienformen zurückging <sup>2)</sup>.

Interessanterweise läßt sich jedoch feststellen, daß gerade im Industrialisierungszeitalter der Anteil der Dreigenerationenfamilie - wenn auch nicht entscheidend - anstieg <sup>3)</sup>. Der Grund dafür ist aber wohl weniger in der Veränderung der Erwerbsstruktur zu suchen als vielmehr in der steigenden Lebenserwartung, die nicht nur eine steigende Zahl der Ausgedingefamilien auf dem Lande zur Folge hatte, sondern auch die Zahl der Dreigenerationenfamilie in den Städten und Industriegebieten erhöhte.

1) Vgl. zu dem Fortbestand der traditionellen Familienstrukturen auf dem Lande trotz zunehmender Kapitalisierung der Großlandwirtschaft B. Beuys, a.a.O., S. 406-421 (Ordnung muß sein auf dem Lande).

2) M. Mitterauer, R. Sieder, a.a.O., S. 50. In den Städten war es für die Handwerksmeister durchaus üblich, daß sie sich - nach der Übernahme des Geschäfts durch den Sohn oder Schwiegersohn - in ein Stift einkauften. Für die große Masse der Pauperisierten gibt es kaum verlässliche Angaben; es kann vermutet werden, daß - vor allem aus Gründen der fehlenden finanziellen Mittel und (damit zusammenhängend) der erzwungenen Mobilität dieser Menschen - es kaum Dreigenerationenfamilien gab; die Alten wurden (falls sie so lange überhaupt lebten) entweder sich selbst oder/und der städtischen Armenfürsorge überlassen.

3) Vgl. ebenda.

Auch René König sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen der Schrumpfung der Familie hin zu der Kernfamilie einerseits und der Industrialisierung und Verstädterung andererseits <sup>1)</sup>. Er stellt die Frage,

ob nicht ein Teil der Wirkungen, die sonst ausschließlich auf die Industrialisierung und Urbanisierung zurückgeführt zu werden pflegen, wie zum Beispiel die Isolierung der Kernfamilie, auf gewisse Wandlungen im Agrarsystem der vorindustriellen Gesellschaft zurückgehen <sup>2)</sup>.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß nicht nur die Realität der Kernfamilie viel älter ist als die Industrialisierung, sondern auch deren Wertsystem, wobei König dafür der Reformation eine viel wesentlichere Rolle als Industrialisierung und Urbanisierung zuschreibt <sup>3) 4)</sup>.

Auch N. Smelser hat in seinen Untersuchungen über die englische Baumwollindustrie zwischen 1770 und 1840 nachgewiesen, daß die Kernfamilie schon vor der Industrialisierung bestand und Träger der Hausproduktion war <sup>5)</sup>. Eine ähnliche Entwicklung wird auch bei der Industrialisierung des Züricher Oberlandes in der Schweiz aufgezeigt <sup>6)</sup>.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß eine wesentliche Folge der gesellschaftlichen Durchsetzung der Großen Industrie nicht so sehr die Entstehung der isolierten Kernfamilie war, sondern vor allem die Entfaltung einer neuartigen Differenzierung der Familie und eine neue Form der Arbeitsteilung. Smelser hat in einer anderen Abhandlung versucht, systematisch die strukturellen Veränderungen der Familie in Rahmen des industriellen Wandels zusammenzufassen <sup>7)</sup>:

---

1) Vgl. R. König: Soziologie der Familie, in: Ders. (Hrsg.): Handbuch zur empirischen Sozialforschung, Band 7: Familie, Altmeyer, Stuttgart, 1976, S. 1-217, im folgenden zitiert als: Familie, S. 66-75.

2) Ebenda, S. 69.

3) Vgl. ebenda.

4) Eine zusammenfassende Darstellung und die Vorstellung diesbezüglicher älterer Untersuchungen gibt B. Beuys, a.a.O., S. 371 - 405 (Die Industrialisierung und die Arbeiterfamilie).

5) Vgl. N. Smelser: Anpassungen, a.a.O.

6) Vgl. R. Braun: Industrialisierung und Volksleben, Erlenbach und Zürich, 1960, im folgenden zitiert als: Volksleben.

7) Vgl. N. Smelser: Mechanisms of Change and Adjustment to Change, in: Industrialization and Society, ed. by B. Hoselitz and W. Moore, Unesco 1963/66, S. 32-54, im folgenden zitiert als: Mechanisms, S. 37.

Allgemein wurden durch die Auslagerung der produktiven Funktionen aus der Familie gegenüber traditionellen familiären Beziehungen und Verhältnissen, wie sie in der Familie als Produktions- und Konsumtionseinheit dominierten, außerfamiliäre Interessen bedeutsamer, die sich vor allem aus den individualistisch-rationalistischen Anforderungen der Ausübung industrieller Lohnarbeit ergaben. Als Folge hiervon wurde die unmittelbare ökonomische Autorität und Kontrolle über die Kernfamilie durch das Familienoberhaupt verringert. Dies drückte sich zum einen in einer Abschwächung der traditionell-häuslichen Basis für die Erziehung und Ausbildung der Kinder aufgrund der Einstellung der Familienmitglieder in Manufakturen und Fabriken aus. Zum andern war der zunehmende Verlust an ökonomischer und sozialer Kontrolle mit einer wachsenden individuellen Möglichkeit der Wahl des Ehepartners verbunden, so daß Kinder und Jugendliche bei ihrem Übergang in das Erwachsenenleben in weitaus stärkerem Maße auf sich allein gestellt waren als zuvor.

Ein weiteres Resultat dieses komplexen Prozesses war die Veränderung des Status' der Frau, der im allgemeinen eine Abschwächung der ökonomischen, politischen und sozialen Subordination der Frau unter ihren Ehemann im Vergleich zu früheren Verhältnissen<sup>1)</sup> mit sich brachte und ihr zugleich die Einstellung auf die individualistisch-rationalistische Verhaltensprogrammatis abverlangte.

Im folgenden soll versucht werden, Smelsers Thesen anhand des geschichtlich-empirischen Materials unter dem Aspekt ihrer Bedeutung für das Entstehen und die Bedingungen des subjektiven Denk- und Handlungsgefüges industrieller Belegschaften inhaltlich weiter auszufüllen. Dabei dient uns die Veränderung der sozialen Definition der Aufgabenteilung von Mann und Frau in der Gesellschaft als Ausgangspunkt.

---

1) Formen und Rigidität der Unterordnung der Frau waren allerdings seit je her durchaus unterschiedlich, vgl. hierzu S. Shahr: Die Frau im Mittelalter, Königstein/Ts., 1981.

#### 2.2.2.5.1. Die veränderte soziale Definition der Aufgabenteilung von Mann und Frau

Zunächst kann gesagt werden, daß die rechtlich nicht eingeschränkte Verfügung des Mannes über die Frau in der industriell-kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft prinzipiell nicht mehr gegeben war, in der Wirklichkeit zumindest gemildert worden ist. So konnte eine Frau (wiederum nur im Grundsatz) heiraten, wann und wen sie wollte. Weiterhin standen ihr erstmals Möglichkeiten offen, in einigen Branchen und Berufen gleiche oder ähnliche Arbeit zu verrichten wie der Mann - immer davon abgesehen, daß hier an die Stelle der einen eine andere Abhängigkeit trat. Damit begann die Frau zum Teil auch über ein eigenes Geldeinkommen zu verfügen und so über eine gewisse Unabhängigkeit vom Mann, die aber durch die in der Regel geringe Höhe des Lohnes und die Notwendigkeit, mit diesem Lohn dringendste Bedürfnisse der Familie befriedigen zu müssen, erheblich geschmälert wurde. Damit ist bereits angedeutet, daß gleichzeitig neue Anforderungen an die Arbeiterfrau herangetragen wurden, die anhand einiger Beispiele deutlicher gemacht werden sollen:

Margarete Freudenthal hat für die Zeit zwischen 1880 und 1900 an Hand von Budgetstudien über drei deutsche und zehn schweizerische Proletarierhaushalte strukturelle Besonderheiten des proletarischen Familienlebens gekennzeichnet <sup>1)</sup>. Um diese Strukturmerkmale richtig einordnen zu können, soll vorher bemerkt werden, daß fast alle hier untersuchten Arbeiter Söhne von Handwerkern waren, zum Teil selbst noch in eine Lehre gegangen waren, aber zum Zeitpunkt der Untersuchung Lohn(Fabrik)arbeiter oder Tagelöhner waren, also einen sozialen Abstieg erlitten hatten.

Freudenthal stellt unter anderem fest:

- In den meisten Fällen wurden mittellose Frauen geheiratet (Arbeiterinnen, Hausangestellte). Mehrere Schwangerschaften

---

1) Vgl. im folgenden: M.Freudenthal: Strukturelle Merkmale proletarischen Familienlebens zwischen 1880 und 1900, in: Seminar: Familien- und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen, hrsg. v. H. Rosenbaum, Frankfurt/M, 1978, S. 342 - 346, insbesondere S. 346.

machten es der Frau in vielen Haushalten unmöglich, zum Einkommen beizutragen. Etliche der geborenen Kinder starben wieder. Die Frauen waren durch die Schwangerschaften so geschwächt, daß sie meist auch später, wenn die Kinder groß waren, keinem geregelten Verdienst mehr nachgehen konnten.

- Die verheirateten Proletarierfrauen bewältigten eine doppelte Aufgabe: Einerseits mußten sie ihren kinderreichen Haushalt versorgen, in dem sie sowohl organisatorische (Disposition über das Geldeinkommen) als auch praktische Arbeit leisteten. Dabei stellte der Haushalt im wesentlichen nur noch eine Konsumwirtschaft und Schlafgemeinschaft dar, wobei der Konsum nicht immer im Hause vollzogen wurde und der Schlaf auch noch haushaltsfremde Menschen mit einbezog. Die Konsumwirtschaft wurde dadurch charakterisiert, daß Haushalts-Fonds und Vorräte überhaupt nicht vorhanden waren und sowohl der Konsum außerhalb des Hauses, als auch die Zubereitungsweise im Haus verteuern auf die Lebenshaltung wirkten. Diese Vertueuerung trug dazu bei, daß das Geldeinkommen des Mannes durch die Mitarbeit von Frau und Kindern ergänzt werden mußte. Das Geldeinkommen wurde außerdem durch Untervermietung und Kostgängerwesen ergänzt.

Die Arbeiterfrau war den gesellschaftlichen Auswirkungen der Industrialisierung der Arbeit direkter ausgesetzt als der Mann, und das in einer doppelten Weise: zum einen bekam sie - wenn sie in Fabriken oder in der Heimindustrie arbeitete - aufgrund ihrer geringen Qualifikation und des spezifischen Verständnisses von Frauenarbeit als Zuerwerbsquelle die belastenderen und schlechter entlohnenden Arbeitsplätze. Rosa Kempf hat in einer Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von 270 Fabrikarbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die zu Beginn dieses Jahrhunderts durchgeführt wurde, eindrucksvoll das Verhältnis der Löhne dieser Mädchen und deren (arbeitenden) Mütter zu den Löhnen der Väter bzw. Ehemänner beschrieben <sup>1)</sup>. Danach verdiente der Familienvater rund 42 Prozent des Familieneinkommens, die Mutter rund 15 Prozent, der Rest verteilte sich auf die arbeitenden Söhne und Töchter der Familien.

---

1) Vgl. R. Kempf: Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München. Die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Familie, ihr Berufsleben und ihre persönlichen Verhältnisse, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 135. Band, 2. Teil, Leipzig, 1911, S.1 - 244, S. 123.



Zum andern hatte die Frau - u.a. aufgrund der traditionellen sozialen Definition der Aufgabenteilung von Mann und Frau - den Haushalt zu führen, die Kinder zu erziehen etc.; sie hatte also insgesamt den Mangel zu verwalten <sup>1)</sup> und war somit auch ständig hauptverantwortlich gefordert, diese Mängel zu mildern. Das verlangte eigenen Verzicht, der von zusätzlicher Arbeit über verringerte Essenrationen bis hin zur Nichtteilnahme an kulturellen, gewerkschaftlichen oder anderen Veranstaltungen reichte <sup>2)</sup>.

---

1) Siehe dazu die Bemerkungen über die Funktion der Frau, die dem Mann am Lohntag den Lohn abnehmen muß.

2) Adelheid Popp stellt in ihren Erinnerungen die besondere Unterprivilegierung der Frau als Fabrikarbeiterin, Mutter und Ehefrau am Beispiel der Ernährung dar (A.Popp: Erinnerungen, Stuttgart, 1915, zitiert nach O.Rühle, a.a.O., Bd. 1 S.334):

"Nur jene Mädchen konnten sich besser ernähren, die an ihrer Familie eine Stütze hatten. Das waren aber nur wenige. Viel öfter hatten die Arbeiterinnen ihre Eltern zu unterstützen oder sie mußten Kostgeld für ein Kind bezahlen. Wie aufopfernd waren diese Mütter! Kreuzer um Kreuzer sparten sie, um es den Kindern zu verbessern und um der Kostfrau Geschenke zu machen, damit diese den Kindern gute Pflege angedeihen lasse. Manche Arbeiterinnen mußten auch oft für den arbeitslosen Mann sorgen und sich doppelte Entbehrung auferlegen, weil sie allein die Kosten des Haushalts zu bestreiten hatten."

Otto Rühle hat zwei Untersuchungen über Einnahmen und Ausgaben von Arbeiterinnen wiedergegeben, die den Zwang zum Verzicht besonders kraß zeigen (O.Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 332 f.):

"Nach einer Erhebung der deutschen Regierung von 1879 hatten Arbeiterinnen in der Wäschebranche anfänglich 4 bis 5 Mark Wochenlohn, später stieg ihr Lohn bis günstigstenfalls auf 12 bis 15 Mark. In der Konfektion lagen die Lohnverhältnisse ähnlich. Die täglichen Ausgaben dieser Arbeiterinnen stellten sich bei Mindestansprüchen wie folgt: Logis 20 Pfg., Frühstück 15 Pfg., Mittagessen 30 Pfg., Vesper 15 Pfg., Abendbrot 20 Pfg., zwei Glas Bier 20 Pfg. Das machte täglich 1,20 M., für die Woche 8,40 M. Die meisten verdienten weniger als diese Summe. Wie deckten sie das Defizit? Der amtliche Bericht erklärt, daß die Arbeiterinnen keine Dirnen seien, also keine Nebeneinkünfte aus dieser Quelle bezogen. Allerdings hätten sie Liebhaber, die sie Sonntags ausführten und freihielten. Woher sie das Geld nahmen, um sich mit Wäsche, Schuhen, Kleidern usw. zu versorgen, diese Frage läßt der Bericht unbeantwortet.

Aus den achtziger Jahren stammt das Budget einer ledigen Arbeiterin der Fürther Spiegelbelegen. ... Da in den Spiegelbelegen eine Arbeiterin durchschnittlich 495 Mark im Jahre verdiente, blieb ihr (bei einem jährlichen Lebensaufwand von 451,10 Mark) ein Überschuß von 43,90 Mark. Diesen Überschuß hatte sie erhun- gert und erdarbt durch ein Leben, bei dem sie nicht arbeitsfähig

Die schon oben erwähnte Darstellung eines Leipziger Arbeiterhaushaltes enthält Schilderungen solchen Verzichts der Frau, der in seiner Selbstverständlichkeit ebenso charakteristisch für den allgemeinen Arbeiterhaushalt wie bedrückend ist:

Die Frau erhebt sich um 4 oder 1/4 5 Uhr von dem später zu beschreibenden Nachtlager; mit ihr stehen zugleich die beiden größeren Kinder auf. Sie macht zunächst Feuer an, um das erste Frühstück zu bereiten, und kleidet sich an. Später weckt sie den kleinsten Jungen auf, um ihn zu waschen, zu kämmen und anzuziehen. Der Mann steht eine halbe Stunde später auf als die Frau. Zu den wichtigsten Morgengeschäften der Frau gehört es, für das Leben auf der Fabrik den Tag über den gemahlten Kaffee, etwas Wurst und das nötige Brot einzupacken, das Hauptnahrungsmittel neben den Kartoffeln. Sie muß auch den Kindern das für den Tag benötigte Brot abschneiden 1).

Und bezüglich des Essens heißt es in der Schilderung 2):

Es ist noch hinzuzufügen, daß die Frau nicht alles ißt, was hier auf sie gerechnet wurde. Oft denkt sie bei ihrem kärglichen Mahle an ihre Kinder daheim; dann packt sie etwas ein, heimlich, 'daß der Mann nichts merkt', denn dieser will das nicht dulden. Wenn ihr Tun bemerkt wird, sagt sie, sie wäre satt. Abends erwartet sie ihr kleiner blauäugiger Junge schon am Tore und fragt: 'Mutter, hast du mir etwas mitgebracht?' Da gibt sie ihm denn eine Spur Wurst oder 'einen Käseringel' eines Quarkkäses. 'Die Kinder müssen doch auch Liebe behalten zu einem.'

Von Genußmitteln für die Frau ist nicht die Rede 3):

Als Genußmittel verbraucht der Mann noch wöchentlich 6 Zigarren zu 4 Pf das Stück, außerdem sonntags 3-4 Stück und 1/4 Pfund Tabak zu der Pfeife, welche er abends raucht, zu 12 Pfennige.

Gerade diese letzte Schilderung zeigt sehr deutlich, daß es für die Frau kaum Möglichkeiten gab, die an sie herangetragenen Belastungen in irgendeiner Form auszugleichen, etwa durch Konsumierung von Tabak und Alkohol, die dagegen den Männern grundsätzlich (wenn auch nur eingeschränkt) offenstand, sei es in Kneipen, Schnapskasinos oder auch während Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen, die sehr oft in sozialdemokratisch geführten Gaststätten stattfanden. Damit ist zugleich die speziell

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 486:  
bleiben und nicht alt werden konnte. Sie mußte gelegentlich einmal kräftiger essen, ein Bad nehmen, ein wenn auch noch so bescheidenes Vergnügen besuchen. Sie durfte nie krank oder arbeitslos werden, keine alten Eltern unterstützen müssen, sich keinerlei Freude oder Luxüs gönnen, kein uneheliches Kind bekommen. Jede, auch die kleinste Mehrbelastung warf ihr Budget sofort über den Haufen.

1) H. Mehner, a.a.O., S. 313. 2) Ebenda, S. 318. 3) Ebenda.

für die Arbeiterfrau eingeschränkte Kommunikation angesprochen, denn politisches Engagement galt zunächst einmal - trotz Bebels vielgelesener Schrift: "Die Frau und der Sozialismus" - nur für die Männer. Gerade die industriellen Facharbeiter und Handwerker betrachteten es als soziales Statussymbol, sagen zu können, daß sie allein so viel verdienten, daß ihre Frauen nicht mitzuarbeiten bräuchten <sup>1)</sup> - wobei allerdings auch bemerkt werden

---

1) Eine gute zeitgenössische Schilderung einiger aus der geschlechtlichen Aufgabendifferenzierung erwachsenen Vorurteile der Männer, verbunden mit handfesten ökonomischen Interessen, gibt Rosa Kempf bezüglich des unterschiedlichen Lohns von Männern und Frauen (wenn auch die von ihr gezogene Konsequenz zur Behebung dieser Ungleichheit von zum Teil zu kurz greifenden Überlegungen ausgeht):

"Wir treffen auf dieser Linie auch tatsächlich auf einen der wichtigsten Gründe, die den Lohn der Frauen von den ersten Jahren ihrer gewerblichen Tätigkeit an wie in den Jahren ihrer vollen Leistungsfähigkeit so tief halten. Es ist dies die noch weit verbreitete Gewohnheit, daß auch die vollarbeitende Frau nicht ihren gesamten Bedarf mit dem Einkommen aus der beruflichen Arbeitsleistung, also mit dem Lohneinkommen deckt, sondern daß sie außer ihrer Berufsarbeit stets noch andere wirtschaftlich wertvolle Arbeit für ihren und der Ihrigen Lebensunterhalt leistet; und die allgemeine Meinung geht dahin, die Frau müsse, solle und könne solches leisten. Nehmen wir zum Beispiel einen 18jährigen ungelernten Fabrikarbeiter und eine ebenso alte ungelernte Fabrikarbeiterin, beide aus irgendwelchem Grunde auf sich selbst gestellt. Jedermann wird dann annehmen, daß der junge Bursche seine Wäsche irgendwo um Geld waschen läßt, daß er Kleidung und Leibwäsche um Bezahlung flicken läßt, daß er alles, was er trägt, fertig kauft, also die Arbeitsleistung der Herstellung im Preis mit bezahlt, daß er die Reinigung seines Zimmers von anderen besorgen läßt und daß er alle Nahrungsmittel fertig gekocht ersteht und daher auch hier die Kosten der genußfertigen Herstellung mit Geld zu entlohnen hat. Die Art, wie die Ledigenheime für Männer in vielen Städten organisiert sind, ist Zeugnis für die Anschauungen auf diesem Gebiete. Man gliedert den arbeitenden Mann vollständig ein in die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft; er leistet ein bestimmtes scharf umgrenztes Arbeitsquantum und dieses soll ihm soviel Einkommen liefern, daß er im Austausch dafür seinen Konsum ohne weitere eigene Arbeitsleistung vollständig zu decken vermag.

Ganz anderes nimmt man für die junge, im selben Alter stehende Arbeiterin an, welche die gleichlange Arbeitszeit in der Fabrik steht und vielleicht eine ihren Organismus nicht weniger anstrenghende Arbeit dort zu leisten hat, deren Bedürfnis nach Rast am Abend nicht geringer ist und die es zudem in besonderem Maße nötig hätte, ihren Körper für die kommenden Lasten der Mutterschaft zu stärken. Von ihr wird man nicht nur erwarten, daß sie ihre Kleider und ihr Zimmer selbst rein hält, daß sie ihre Wäsche selbst besorgt und die Löcher ihrer Kleidungsstücke selbst stopft: man wird auch damit rechnen, daß sie einen Teil ihrer Kleidung selbst näht und sich vor allem ihre Nahrung ganz oder

muß, daß das Heraustreten aus der traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter unter den gegebenen Arbeitsbedingungen nicht zwangsläufig zu einer Entwicklung der eigenen Individualität führte, sondern in erster Linie physische Überbeanspruchung und erhöhte Sterblichkeit mit sich brachte (was den Männern auch durchaus bewußt war).

Im allgemeinen aber war die Situation so beschaffen, daß die Frau mitarbeiten mußte. E. Lucas verarbeitete in seiner Arbeit eine vor 1914 abgeschlossene genaue Untersuchung von 495 als repräsentativ ausgewählten Hamborner Haushalten <sup>1)</sup>. Diese Untersuchung ergab eine totale Überforderung der Frau in der Doppelrolle als Hausfrau und Mutter. Bei rund zwei Drittel der untersuchten Familien lag das Einkommen unter dem Existenzminimum, je größer die Kinderzahl war, desto größer war das Elend. Kamen dann noch Krankheit oder Tod eines Elternteils hinzu, rutschte die Familie ganz in die Verarmung ab. Viele dieser Familien konnten gar nicht in den Konsum-Vereinen einkaufen, da jene die Waren nur gegen sofortige Bezahlung verkauften. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als zum Krämer zu gehen, dessen Waren sehr

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 488:

doch größtenteils selbst kocht; man erwartet also, daß alle die Geldausgaben bei ihr wegfallen, welche die halbfertigen Waren konsumtionsreif machen und welche die vollständige Eingliederung in die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft für den Mann beim täglichen Konsum bedingen. Die Frau, welche erst später aus der Hauswirtschaft in die Verkehrswirtschaft eingetreten ist, ist dieser veränderten Stellung noch nicht ganz angepaßt. Natürlich kann sie, wenn sie muß, in die Nächte hinein nähen und flicken, an den Sonntagen waschen und putzen, natürlich kann sie, wenn sie muß, in der Mittagspause in aller Hast ein Essen bereiten und in der gleichen Hast ihr Haus in Ordnung bringen; und sie tut es jetzt auch meist ohne sich Gedanken darüber zu machen; aber eine vollwertige Arbeitskraft für die Industrie kann sie nebenbei nicht sein. ... Vollwertig wird auch das junge Mädchen und auch die erwachsene Frau für die Industriearbeit erst werden, wenn sie so bezahlt ist, daß sie sich bezüglich des Konsums in ähnlicher Weise entlasten kann, und umgekehrt wird sie auch erst dann voll bezahlt werden, wenn sie gelernt hat, ihre volle Arbeitskraft dem Erwerbsleben zu schenken. Dies gilt für die Erwerbsarbeit der Frauen aller Stände, im besonderen Maße aber für die Fabrikarbeit, weil hier die häusliche Belastung eine besonders große ist; und es gilt auch bereits von den jungen, allein oder in den Familien lebenden Fabrikmädchen meiner Untersuchung." (R. Kempf, a.a.O., S. 193 - 195).

1) L.Fischer-Eckert: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland, Diss. jur., Tübingen 1913, zitiert nach E.Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 57-61.



viel teurer und auch schlechter waren, nur weil er 'anschreiben' ließ. Dabei mußten die Frauen die Rolle derjenigen übernehmen, die um immer weiteren Kredit beim Krämer betteln mußten, solange, bis der Krämer sich weigerte, weiter anzuschreiben, weil ihm die Frauen vom letzten Lohn oder Abschlag nichts abzahlen konnten.

Was dann blieb, war die Verarmung und Resignation. L. Fischer-Eckert beschrieb diese Situation am Beispiel einer Familie, die in zwei Mansardenstuben eines Privathauses wohnte:

Ich traf, als ich gerade um die Mittagszeit einkehrte, die Mutter mit ihren vier Kindern auf der Erde sitzend, wie sie alle aus einem schwarzen Topf die soeben gekochten Quellschoten als Mittagsmahl ohne irgendwelche Beigabe verzehrten. Die Kinder waren im Alter von 14 Monaten, 2, 4 und 6 Jahren. ... Auf meine Frage, weshalb denn nicht am Tisch gegessen würde, zeigte die Mutter lakonisch auf die kleinen Kinder, die am bequemsten auf der Erde untergebracht wären 1).

Nun waren die Verhältnisse in Hamborn - etwa im Vergleich zu Remscheid - besonders drückend. Man muß diese Unterschiede erklären mittels bekannter Daten wie zum Beispiel Familieneinkommen, Miethöhe, Möglichkeit der Gartenwirtschaft, Qualifikation, Mobilität (gerade in Hamborn war der Anteil der Fernwanderer - Ostelbier - sehr hoch, korrespondierend mit einem überdurchschnittlichen Anteil von un- und angelernten Arbeitern an der gesamten Arbeiterbevölkerung), aber auch - damit zusammenhängend - mit den verschiedenen Formen der subjektiven Verarbeitung dieser Gegebenheiten. Das Zurechtfinden in dem neuen Milieu (das auch eine rationale Ausgaben- und Anschaffungsplanung auf der Basis von Geldlohn implizierte) fiel speziell den Frauen schwer, die aus ländlichen Subsistenzverhältnissen kamen, innerhalb derer die totale Abhängigkeit der jüngeren Generation von den Eltern besonders lange währte. Verschärfend wirkte sich hierbei noch die Tatsache aus, daß sich die Tagelöhner aus den ostelbischen Gebieten in einer Unselbständigkeit befanden (gefördert von den Großgrundbesitzern), die es sonst in einer solchen Rigidität nirgends mehr in Deutschland gab. Und gerade aufgrund dieser Verhaltensmuster konnte sich das 'System der Verschuldung' voll auswirken 2). Letzteres war im Ruhrbergbau schon durch das

1) E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 60.

2) Vgl. im folgenden E. Lucas, Radikalismus, a.a.O., S. 62 f.



Lohnzahlungssystem angelegt: der in einem Monat verdiente Lohn wurde erst im Laufe des folgenden Monats (manchmal sogar darüber hinausgehend) in mehreren Raten ausbezahlt. Die Unternehmer begründeten dieses System (das sie irreführend 'Abschlagszahlungen' nannten) damit, die Arbeiter würden hierdurch vom 'Verkaufen ihres ganzen Lohnes' abgehalten. Tatsächlich minderte das System nicht nur die Aussichten eines Streiks, sondern förderte in 'friedlichen' Zeiten auch die Verschuldung, zum Beispiel beim Krämer. Sehr oft arbeiteten Unternehmer und Krämer in der Form zusammen, daß Streikende keinen Kredit mehr vom Krämer erhielten; dieser hatte zuvor vom Unternehmer die Liste der Streikenden erhalten mit der (durch Druckmittel verstärkten) Forderung, an jene nichts mehr zu verkaufen, um so die Arbeiterfrauen in die Funktion der 'Streikabbrecher' zu drängen. Bei Neuankömmlingen gaben die Zechen zwar Lohnvorschüsse und liehen auch Möbel, aber dadurch wurde das System der Verschuldung nur noch weiter verfeinert und zudem ein falscher Schein und falsche Hoffnungen hinsichtlich eines leichteren Lebens unter den industrieunerfahrenen Arbeitern und deren Frauen geweckt. Hinzu kam das Teilzahlungsgeschäft, auf dem ein großer Teil der Möbel- und Bekleidungsbranche aufgebaut war. An den Lohntagen "schwärmte eine große Zahl von Vertretern aus, um für teureres Geld schlechteste Fabrikware zu verkaufen; Raten für ein abgeschlossenes Geschäft wurden mit größter Rücksichtslosigkeit eingetrieben" <sup>1)</sup>. Entsprechend hatte auch die kommunale Pfandleihanstalt Hamborn Jahr für Jahr steigende Umsätze zu vermelden. In Remscheid war dieses Verschuldungssystem nicht ganz so ausgeprägt, hier gab es zwei Einkaufsvereinigungen bzw. Genossenschaften, die dagegen arbeiteten.

Ein anderes wesentliches Merkmal der Situation der Fabrikarbeiterin im Unterschied zu der des Fabrikarbeiters war eine durch die besonderen Abhängigkeitsverhältnisse in der Fabrik geförderte sexuelle Ausbeutung der Frau durch den Mann, der die Fabrikarbeiterinnen besonders in den Anfängen und der Durchsetzungsphase der Großen Industrie weitgehend schutzlos ausgeliefert

---

1) Vgl. E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 63.

waren <sup>1)</sup>. Diese Probleme waren derart massiv, daß sich schon vor 1848 regionale Landtage damit auseinanderzusetzen hatten. So teilte auf dem rheinischen Provinziallandtag 1843 ein Abgeordneter mit <sup>2)</sup>:

In einer großen Spinnerei in Barmen wurden 13 Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren der Verworfenheit eines Aufsehers preisgegeben, welcher infolgedessen zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurde. Bei einer späteren Untersuchung hat man viele junge Mädchen mit Syphilis behaftet vorgefunden; dieselben hatten die Krankheit auf ihre Familien übertragen und diese höchst unglücklich gemacht.

Wie sich diese Abhängigkeiten für die Fabrikarbeiterinnen konkret darstellten, zeigt ein zeitgenössischer Bericht. Bromme beschreibt in der Rolle eines nicht direkt an den Handlungen Beteiligten die nahezu unumschränkte Herrschaftsausübung der (männlichen) Chefs <sup>3)</sup>:

Einmal war einer meiner Chefs auf eine junge Arbeiterin wie versessen. Er war mit der Arbeiterin manchmal bei der Arbeit allein und machte dann Spaß mit ihr. Sie verstand solchen und machte mit; als aber das Herrchen weitergehen wollte, wehrte sie entschieden ab, und als er sich handgreifliche Zutraulichkeiten erlaubte, stieß sie ihn zurück und sagte ihm energisch ihre Meinung; als er aber sein Ziel gar mit Gewalt erreichen wollte, gab sie ihm ein paar komplette Ohrfeigen. Dafür suchte er sich nun zu rächen. Eines Tages lasen wir Filzabfälle auf dem Lager aus. Die Arbeit wurde von mir und jener Arbeiterin unter Aufsicht des jungen Chefs selbst ausgeführt. Ein riesiger Filzhaufen in der Mitte des Lagersaales zeugte davon, daß wir fleißig gewesen waren. Angeblich aus Anerkennung mußte ich dann einige Male Schnaps und Likör holen, bis mir die Absicht klar wurde. Das Herrchen wollte das Mädchen betrunken machen. Er erreichte seinen Zweck so vollkommen, daß diese sinnlos betrunken wurde. Sie hatte nicht gemerkt, wo das alles hinaus wollte, oder sie war zu schwach gewesen, zu widerstehen. Ich mußte das Weib oben anfassen und der Herr nahm die Beine; dann wurde sie auf den Filzhaufen geworfen und völlig entblößt. Ich schaute nur zu. Während dieses Aktes kam die erwachsene Schwester des Chefs hinzu, die entsetzt zurückprallte. Der Bruder aber gebot ihr zu schweigen, holte noch einen Freund hinzu und riegelte dann ab. Das Mädchen wurde nicht mißbraucht, aber sie wurde doch in der unflätigsten Weise berührt und von allen Seiten untersucht. Die jungen Herren ärgerten sich nur, daß sie keinen photographischen Apparat zur Hand hatten. Schließlich wurde doch von ihr abgelassen. Sie schlief ihren Rausch aus und ging nach Hause.

1) Der Werkmeister "buhlt mit des Arbeiters Weibe oder Tochter, und tun sie nach seinem Willen, so ist des Arbeiters Glück gemacht. Der Werkmeister darf alles tun, müßiggehen, allen Lastern fröhnen und bekommt den schönsten Lohn. Niemand wagt Klage gegen ihn bei dem Chef zu führen". H.Herkner: Die Arbeiterfrage, 2 Bde, 7. erweiterte und umgearbeitete Auflage, Leipzig und Berlin, 1921 (1894), im folgenden zitiert als: Arbeiterfrage, Band 1, S. 39.

Die starke Abhängigkeit der Frauen bezüglich der Verfügung über ihren Körper - die über das hinausging, was allgemein unter dem Begriff der Arbeitskraft als Ware verstanden wird - ist auch in anderen Problembereichen der Arbeits- und Lebensbedingungen gerade der Arbeiterfrauen und -töchter auszumachen. So kann als ein weiteres wesentliches Strukturmerkmal der Situation der Arbeiterfrauen und -töchter der Zeitpunkt der Heirat bzw. die Heirat überhaupt genannt werden. Wenn man sich den Zeitpunkt der Heirat der Frauen in Hamborn und Remscheid im Vergleich zu Preußen anschaut, so heirateten die Frauen in Remscheid früher als im Landesdurchschnitt, in Hamborn sogar noch sehr viel früher als in Remscheid <sup>1)</sup>. Das lag im Falle von Hamborn sicher auch daran, daß viele vom Lande kamen, und auf dem Lande früher geheiratet wurde als in der Stadt. Vor allem aber ist das frühe Heiratsalter der Mädchen sowohl in Hamborn als auch in Remscheid damit zu begründen, daß im Rheinland, anders als zum Beispiel in Sachsen und den klassischen Textilgebieten, die Fabrikarbeit der Frau - besonders in der Metall- und Zechenindustrie - in den Normvorstellungen der Arbeiter nur als absolute Ausnahme galt <sup>2)3)</sup>.

Fortsetzung der Fußnoten 2) und 3) von Seite 492:

2) Zitiert nach O. Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 464 f.

3) M.Th.W.Bromme: Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters, hrsg.v.P.Göhre, Jena und Leipzig, 1905, S. 124.

#### 1) Zeitpunkt der Heirat

Die Zahl der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen bzw. Männer betrug in % aller Frauen bzw. Männer der betreffenden Altersklasse:

| <u>Frauen</u> |      |      |           | <u>Männer</u> |                       |      |         |
|---------------|------|------|-----------|---------------|-----------------------|------|---------|
| Preußen       |      |      | Remscheid | Preußen       |                       |      | Hamborn |
| 18-20J.       | 4,4  | 4,8  | 20,5      | 18-20 J.      | keine relevant.Zahlen |      |         |
| 20-21 J.      | 12,0 | 14,7 | 40,4      | 20-21 J.      | "                     | "    | "       |
| 21-25 J.      | 34,2 | 47,0 | 70,0      | 21-25 J.      | 10,9                  | 11,6 | 10,9    |
| 25-30 J.      | 67,9 | 78,9 | 90,2      | 25-30 J.      | 52,6                  | 54,5 | 51,5    |
| 30-35 J.      | 81,9 | 90,8 | 94,9      | 30-35 J.      | 78,9                  | 81,3 | 77,5    |
| 35-40 J.      | 86,4 | 92,9 | 96,1      | 35-40 J.      | 87,4                  | 88,8 | 84,7    |

Quelle: Volkszählung 1905, I, S.150 ff., 240 ff., Prozentzahlen vom Vf. In: E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 72 f.

2) Vgl. ebenda, S. 73.

3) Siehe dazu die o.g. Bemerkungen über die Erwerbstätigenstruktur in Bochum, in der auch die Schwerindustrie vorherrschte.

So war im Vergleich dazu das Heiratsalter der Frauen in anderen Gegenden, zum Beispiel Augsburg, sehr hoch: 1867 waren nur 0,5% der sechszehn- bis zwanzigjährigen Frauen verheiratet, diese Werte veränderten sich im Laufe der Zeit nicht wesentlich <sup>1)</sup>. In Augsburg fanden die Frauen in der Textilindustrie Arbeitsplätze und waren nicht so stark wie in Remscheid und besonders in Hamborn dem ökonomischen Zwang zur Heirat ausgesetzt (abgesehen davon, daß es in Augsburg einen Frauenüberschuß gab, während die Situation in Remscheid und besonders in Hamborn umgekehrt war).

Auf der anderen Seite war jedes Mitglied in der Arbeiterfamilie dazu verpflichtet, etwas zum Familieneinkommen beizutragen. Aus diesen Anforderungen entstand für die Arbeitertöchter eine Drucksituation, der sie in Remscheid zwar nicht entgehen, die sie aber durchaus mildern konnten durch die Annahme einer Dienstmädchenstellung, durch Schneidern etc. <sup>2)</sup>. In Hamborn dagegen waren aus den oben genannten Gründen diese Möglichkeiten verschlossen (schnell wachsende Industriestadt, kaum Mittelstand etc.). Folglich suchten die Mädchen dem Druck der Eltern so schnell wie möglich zu entkommen, in durchaus nicht seltenen Fällen förderten die Eltern sogar ein sich anbahnendes Verhältnis, um einen Esser loszuwerden. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch einen enorm hohen Anteil von Untervermietern und Schlafgängern in Hamborn, wobei staatliche Stellen stets die mangelnde Trennung der Geschlechter monierten. Eine staatliche Verordnung von 1887 bestimmte für die Aufnahme von Kostgängern, daß für je zwei Personen mindestens ein Bett vorhanden sein müsse <sup>3)</sup>, ein Hinweis darauf, wie eng die räumlichen Verhältnisse waren und so sexuelle Verbindungen begünstigten, wie sehr sich auch die pharisäerhaft anmutenden Klagen des Bürgertums dagegen wenden mochten. Die Kostgänger willigten zumeist in die Heirat ein, zumal nach Eintritt der Schwangerschaft. Auffällig ist, daß der Anteil der unehelich geborenen Kinder in Hamborn mit 3 bis 4% außergewöhnlich niedrig war <sup>4)</sup>. Er lag damit unter dem Durchschnitt aller preußischen Städte und sogar unter dem Durchschnitt der Landgemeinden und Gutsbezirke in allen preußischen Provinzen bis auf Westfalen und Rheinland, in denen - im Vergleich zu städtischen

1) Vgl. I. Fischer, a.a.O., S. 72.

2) Vgl. E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 73.

3) Vgl. ebenda, S. 71. 4) Vgl. ebenda, S. 74.



Gemeinden - der Anteil der unehelich Geborenen ohnehin im Durchschnitt sehr viel geringer war als in Städten. Vergleicht man diese Zahlen mit jenen in Augsburg (1876 kamen dort 17,4% aller Neugeborenen unehelich zur Welt, 1900 17,6% und 1909 18,0%) <sup>1)</sup>, so ist ein wesentlicher Grund für den Unterschied sicher in der extremen Frauenknappheit in Hamborn und im Frauenüberschuß in Augsburg zu suchen. Zusammenhängend mit dem in beiden Städten unterschiedlichen Heiratsalter und dem unterschiedlich starken ökonomischen Zwang zur Heirat ist die Tatsache zu bewerten, daß eine Frau mit einem unehelichen Kind in Augsburg eine größere Chance hatte, beide zu ernähren als in Hamborn, wo es kaum Frauenerbeitsplätze gab. In beiden Städten - wie überhaupt in allen Städten und Provinzen - ist die Zahl der Abtreibungen unbekannt, allgemein bekannt aber war das allgemeine Abtreibungselend. Auffällig war die verbreitete Gleichgültigkeit der Männer gegenüber Schwangerschaften, Verhütungsmittel waren so gut wie nicht bekannt und falls doch, so wurden sie nicht benutzt. Geburten und Abtreibungen wurden zu einem alleinigen Problem der Frauen, die sich meist gegenseitig halfen (auch aus Kostengründen, da ein Arzt sehr teuer war). Die im allgemeinen sehr niedrige Aufklärungsquote der Polizei und Justiz deuten auf eine Solidarität, die sich außerhalb der Legalität bildete und sich bei vielen völlig anderen Gelegenheiten wieder zeigte.

Die soziale Definition der Aufgabenteilung von Mann und Frau, die wiederum in die Sozialisation der Kinder einging, war keineswegs allein von den materiellen Bedingungen bzw. entsprechenden Anforderungen abhängig, sondern orientierte sich

auch an einem Kanon von internalisierten, gesellschaftlich vermittelten Werten und Normen, die sowohl auf der lebensgeschichtlichen Erfahrung der sich in jenen materiellen Bedingungen offenbarenden Unterprivilegierung wie auf der diese historische Erfahrung tradierenden eigenen Sozialisation beruhen. Ihnen haftet freilich auch ein Moment geschichtlicher Traditionen und oftmals regional oder konfessionell gefärbter kultureller Überlieferung an, das anscheinend nicht nur schnellem Wandel widersteht und Veränderungen in der Produktionsweise nur zögernd folgt, sondern auch eine subjektiv-individuelle, in ihren objektiven Ursachen nicht mehr restlos auszumachende Dimension hat, die nur noch als individual-psychologische zu bestimmen ist <sup>2)</sup>.

1) Vgl. I. Fischer, a.a.O., S. 72.

2) M. Schlösser, a.a.O., S. 191.



Zunächst ist auffällig, daß auch die Arbeiterinnen selbst die auf der Rollenteilung zwischen den Geschlechtern beruhenden Moralnormen internalisiert hatten. Das läßt sich insbesondere an ihrer Einstellung zur Prostitution erkennen. Otto Rühle faßte diese Erscheinungen zusammen und versuchte daran anschließend eine Interpretation <sup>1)</sup>:

Auf keinem Lebensgebiet steht das Proletariat so sehr im Banne der Überlieferung unter dem Einflusse bürgerlicher Moralgesetze und ideologischer Abhängigkeit von Wertungsmaßstäben der Klassengesellschaft, wie auf dem Gebiete der Sexualität. ... Weil der Durchschnittsproletarier heute noch bürgerlich denkt, fühlt und urteilt, ist auch seine Stellung zur Sexualität, zum Problem der Prostitution, zur Prostituierten und zum Zuhälter durchaus von bürgerlichen Moralgrundsätzen beherrscht. Er verachtet die Dirne als Verworfenen, Gefallenen und gibt dieser Verachtung unverhohlenen Ausdruck. Besonders die proletarische Ehefrau begegnet der Dirne mit Entrüstung, Intoleranz und schmähstüchtiger Wut. ....

Der Proletarier ahnt nicht, wie bürgerlich er sich in dieser Rolle benimmt! Es sind die abgelegten Kleider der Bourgeoisie, in denen er paradiert. Er sieht durch die Brille der bürgerlichen Moral. Er mißt mit der Elle bürgerlicher Pflicht- und Ehrbegriffe. Er wägt mit den Gewichten des bürgerlichen Vergleiches und Wertens, sein Urteil ist ein Vorurteil der Klassengesellschaft.

Sein Hauptfehler ist, daß er sich nicht neben die Dirne, neben den Zuhälter stellt, sondern über sie. Er etabliert sich als Klasse über einer tieferen Klasse. Er fühlt sich als Mehr gegenüber einem Weniger, als Oben gegenüber dem lumpenproletarischen Unten.

Er hat ein Plus: er arbeitet. Einen Ehrgeiz: er ist anständig. Einen Stolz: er gehört zur aufstrebenden, kämpfenden Proletarierklasse.

Abgesehen von einzelnen zu globalen und wenig differenzierten Aussagen und Begriffen (so zum Beispiel 'kämpfende Proletarierklasse'), die hier nicht weiter hinterfragt werden sollen, scheint die Erklärung Rühles des strengen Sexualbegriffs der Arbeiter in ihrer Gesamtheit nicht hinreichend und zwar aus mehreren Gründen: Rühle differenziert nicht den Komplex des Proletariats. Die Verhaltensweisen und Handlungen, die er dem 'Durchschnittsproletarier' zuschreibt, treffen in etwa für Handwerker und Gesellen (und später zu Beginn des 20. Jahrhunderts) auch auf den industriellen Facharbeiter zu.

Wie an anderer Stelle schon ausführlich diskutiert, waren die

---

1) O. Rühle, a.a.O., Bd. 1, S. 484-486.

gelernten Arbeiter (Handwerker und Gesellen) von ständisch-zünftlerischen Traditionen sehr viel stärker und direkter geprägt als etwa die große Masse der 'labouring poor', die ungelerten Arbeiter. Letztere hatten zumeist nur die negativen Auswirkungen der zünftlerischen Traditionen und Zwänge erfahren können (so etwa durch die Verweigerung einer Berufsausbildung und damit einer - allerdings durch den Zerfall der Zünfte immer unsichereren - materiellen Existenzgrundlage), sie waren also nicht so stark von traditionellen Vorstellungen zum Beispiel auch vom Sexualverhalten geprägt wie die Verhaltensweisen der anderen.

So machte auch Minna Wettstein-Adelt in ihren Schilderungen von den 'sittlichen Zuständen' der Arbeiterinnen - mehr oder minder unbewußt - einen Unterschied zwischen Frauen, die qualifizierte Arbeit zu verrichten hatten und solchen, die un- oder angelernt waren <sup>1)</sup>:

Bei den Handarbeiterinnen wurden selten rohe, d.h. gemeine Witze gemacht; es waren mehr derbe Scherze, die auf naive Art angebracht wurden. In den Webereien hingegen überboten sich die Arbeiterinnen in schamlosen, wahrhaft bestialisch rohen Witzen und Erzählungen, wie ich zuvor in meinem ganzen Leben nichts ähnliches gehört hatte. ... Auf dem Lande waren die Arbeiterinnen wieder manierlicher und keineswegs roh, was ich auch wieder in Einklang bringe mit meiner Behauptung, daß die Maschinenarbeit verrohend und entsittlichend wirkt, die Handarbeiterinnen jedoch immer sanfter, äußerlich wenigstens gesitteter bleiben.

Der letzte Absatz dieser Schilderung weist darauf hin, daß es nicht, wie Rühle sagt, ausschließlich bürgerliche Moralvorstellungen waren, die ein von Wettstein-Adelt entsprechend positiv gewürdigtes Sexualverhalten prägte, sondern eher ein traditionales, das sich mit bestimmten bürgerlichen Vorstellungen von Moral und Arbeit vermischte.

Zwar ist es richtig, daß zum Beispiel die Ehe in ihrer rechtlichen Verfaßtheit (als Vertrag) ein typisches Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft ist. Die Ehe als gesellschaftliche Institution jedoch - und damit zusammenhängend auch die gesellschaftliche Ächtung der Promiskuität - gab es schon lange vorher. Die ihr zugrundeliegenden Moralvorstellungen waren zudem noch stark von religiösen (zum Beispiel durch das sechste Gebot) oder/und regional unterschiedlichen Vorstellungen durchsetzt.

---

1) M. Wettstein-Adelt, a.a.O., S. 31 f.

Was an Rühles Erklärungen zum Sexualverhalten aber in der Tat bemerkenswert ist, ist der im letzten Absatz enthaltene Hinweis auf die Verinnerlichung protestantisch-kapitalistischer Arbeitsmoral durch 'die' Arbeiter (was ja auch in Wettstein-Adelts Schilderung zum Ausdruck kommt) als Maßstab zur Beurteilung des eigenen Verhaltens und desjenigen von anderen.

Der 'Stolz' der Arbeiter auf die geleistete Arbeit, der Versuch der Identifizierung mit dem Arbeitsprozeß als ganzem trotz arbeitsteiliger Produktion und mit dem Produkt als zu verkaufende Ware trotz der Aneignung des Produkts und damit des Mehrwerts durch den Unternehmer war noch in sehr starkem Maße geprägt von der Ganzheitlichkeit der handwerklichen Produktion, die die dann fertiggestellten Waren auf dem lokalen (nicht anonymen!) Markt anbot.

Dieser Stolz der Arbeiter war insofern traditional, nicht rational, als der dadurch geprägte Arbeitsbegriff weder in der Produktion als industrieller noch von der Arbeit als Lohnarbeit substantiell begründet werden konnte. In einem eigentümlichen und zum Teil widersprüchlichen Verhältnis zu diesem vorindustriellen traditionellen Arbeitsbegriff hatten die Arbeiter eine Arbeitsmoral entwickelt, die Max Weber als protestantisch beschrieb und die in ihrer Betonung der methodischen Lebensführung und innerweltlichen Askese als typisch bürgerliche und damals moderne Auffassung von Arbeit bezeichnet werden kann <sup>1)</sup>.

Sie kommt zum Ausdruck in bestimmten allgemeinen Qualifikationen - wie zum Beispiel Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Disziplin, Hingabe, Ehre. Die zum Teil widersprüchliche Vermischung von traditionellen handwerklichen Arbeits- und Produktionsbegriffen mit der industriell-kapitalistischen Arbeitsmoral führte dazu, die Prostitution als unehrliche Arbeit zu klassifizieren, mit der man sich nicht den Lebensunterhalt verdienen durfte.

---

1) Auf die protestantische und kapitalistische Arbeitsmoral soll an späterer Stelle noch genauer eingegangen werden. Daneben ist die oben gekennzeichnete Widersprüchlichkeit exakt ein Spiegelbild des Verhältnisses zwischen den Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen einerseits und andererseits der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik der bürgerlichen Gesellschaft, das ja auch zum Teil in sich widersprüchlich ist.

Darüberhinaus hatte die Stigmatisierung von Prostitution für Arbeiter und Arbeiterinnen auch noch eine zusätzliche stabilisierende Funktion, die Rühle mit dem Satz kennzeichnete: "Er (der Proletarier, Anm. d.V.) etabliert sich als Klasse über einer tieferen Klasse". Das Bewußtsein des eigenen Elends als industrieller Lohnarbeiter und der Unterprivilegierung, die gesellschaftlich-politische Orientierungslosigkeit angesichts neuer Verhaltensanforderungen konnte durch das Einhalten strenger Moralgrundsätze zumindest partiell dadurch kompensiert werden, daß man einen Teil der Energien darauf verwandte, nicht in den moralischen Abgrund (sprich Prostitution und Zuhälterei) zu stürzen - im übrigen ein ähnlicher Stigmatisierungsmechanismus <sup>1)</sup>, wie er bezüglich der tiefen Abneigung gegenüber dem Lumpenproletariat zum Ausdruck kam.

Die Internalisierung von allgemeinen Vorstellungen in ihren verschiedenen Funktionen betraf natürlich auch die Arbeiterinnen. Zumal wenn sie Ehefrauen waren, fürchteten sie ganz praktisch, daß die Männer einen Teil des ohnehin knappen Geldes an Prostituierte geben würden. Aber daneben war die komplexe Verachtung der Prostitution durch die Arbeiterinnen auch der oben geschilderten besonderen Abhängigkeit der Frau von den zumeist durch Männer repräsentierten kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen im Betrieb geschuldet, die oft genug zu Mißbrä<sup>u</sup>chen führten. Indem nun speziell auch die Frauen die Prostitution als Gegensatz zur Selbstbestimmung und Ausdruck der 'Asozialität' stigmatisierten, versuchten sie hierdurch gleichsam negativ zur Entwicklung einer eigenen Identität zu gelangen.

Die Übernahme einer dogmatischen bürgerlich-protestantischen Arbeitsmoral durch die Arbeiterfrauen (und -männer) war dabei also insofern notwendig, als sie der Positionsfindung in einer sich radikal wandelnden Gesellschaft diene, die eine Vorbedingung dafür war, daß die Arbeiter sich auch politisch artikulieren konnten.

Grundsätzlich läßt sich jedoch festhalten, daß diese Positionsfindung für die Frauen problematischer als für die Männer war.

---

1) Zum Stigmatisierungsmechanismus vgl. E.Goffmann: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, 2. Aufl., Frankfurt/M, 1975.



Das vorliegende empirische Material deutet darauf hin, daß sich die Arbeiterfrau in der Regel in einer gegenüber den Männern noch 'unterprivilegierten' Position und Situation befunden hat, wenn es auch sicher Arbeiterfamilien gegeben hat, in denen sich die Lage der Frau nicht so dramatisch darstellte, wie es sich aus den oben verwendeten Illustrationen ergibt.

Die 'Unterprivilegierung' der Frau gerade während der Phase der Industrialisierung und der Durchsetzung der Großen Industrie kommt auch stark - neben den Belastungen im Haushalt und den Abhängigkeiten im Betrieb - in der häuslichen Erwerbsarbeit der Arbeiterfrau bzw. -tochter zum Ausdruck.

So hatte zum Beispiel im Bereich der Konfektion die Maschinisierung der Näharbeit durch die Haushaltsnähmaschine die ohnehin schon elende Lebens- und Arbeitssituation der Frau eher verfestigt <sup>1)</sup>, indem sie massenhaft haushaltsintegrierte Erwerbsarbeit ermöglichte. 1895 arbeiteten schon 1,5 Mio Frauen in Gewerbe und Industrie, davon rund ein Drittel als Näherin, Schneiderin oder Kleider- und Wäschekonfektionsarbeiterin; 1907 waren dies sogar schon 940 000 Frauen <sup>2) 3)</sup>.

---

1) Vgl. dazu K. Hausen: Technischer Fortschritt und Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine, in: Geschichte und Gesellschaft, 4. Jahrgang, 1978, Heft 2: Technik und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, S. 148 - 169.

2) Vgl. ebenda, S. 167.

3) Ein entscheidender Grund für die Durchsetzung der Haushaltsnähmaschine war die erheblich gesteigerte Arbeitsproduktivität beim Spinnen und Weben, dazu war im Vergleich jene bei der Endverarbeitung der Stoffe weit zurückgeblieben und immer noch auf die zeitraubende Handarbeit angewiesen (vgl. im folgenden K. Hausen, a.a.O., S. 151 - 156). Die Entwicklung des sich seit den 1830er Jahren rapide ausbreitenden Warenmarktes sprengte langfristig die handwerkliche Arbeit der Schneider ebenso wie jene der weiblichen Familienmitglieder in der Heimarbeit bzw. der auf Stör, d.h. in fremden Haushalten arbeitenden Näherinnen. Einzel- und Großhandel begnügten sich bald nicht mehr, Stoffe und Fertigwaren nur umzusetzen, sondern ließen bald Konfektion selbst herstellen bzw. in Auftrag geben. In großem Maßstab erfolgte die Wäschekonfektion in den 1860er Jahren, die Entwicklung der Kleiderkonfektion läßt sich beispielhaft am Aufschwung der Berliner Industrie nachzeichnen. Schon in den 1870er Jahren verfügte Berlin über eine leistungsfähige exportorientierte Konfektionsindustrie. Dabei war produktionstechnisch gesehen die Abkehr von der Maßschneiderei seit langem vorbereitet worden durch die Uniform-Maßschneiderei mit ihrer zentralisierten Zuschneiderei, der arbeitsteiligen Produktion mit vielen unqualifizierten Arbeitskräften, die genormte Größen und Modelle herstellten. Durchgesetzt hatte sich die Konfektionsindustrie aber



Für die Arbeiterfrauen diente die Näherei ausschließlich Erwerbszwecken. In den 1870er Jahren führte die stürmische Entwicklung der Konfektionsbranche dazu, daß qualifizierte Schneider nur noch bei der Musterherstellung und in der Zuschneiderei erforderlich waren; den größten Teil der Näharbeit übernahmen un- und angelernte Näherinnen. Ein wesentliches Merkmal der dezentralen Massenproduktion in der Konfektion bestand darin, daß es keine 'Fabrik' als Produktionsstätte gab, sondern 'Fabrik' war der Ort, wo Ein- und Verkauf, die Musteranfertigung und eventuell das Zuschneiden und die letzte Aufbereitung der genähten Stücke zusammengefaßt wurden. Die Näharbeit wurde direkt an die Frauen in deren jeweiligen Wohnungen oder an Zwischenmeister vergeben, die ihrerseits in ihrer Werkstatt Lohnnäherinnen und zusätzlich noch Heimarbeiterinnen in deren Wohnungen nähen ließen. Dieses Zwischenmeistersystem - in England unter dem Begriff des 'Sweating System' zu einer traurigen Berühmtheit gelangt - war gekennzeichnet durch geradezu katastrophale und elende Arbeits- und auch Wohnbedingungen, denn die Werkstätten boten nicht nur für die Näherinnen aufgrund ihrer Enge und mangelnden Hygiene - gepaart mit einem 14 bis 16stündigen Arbeitstag, geringem Lohn und größter Abhängigkeit - schlechte Arbeitsbedingungen, sondern

---

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 500:

erst mit der Beseitigung der Zunftbeschränkungen. Dabei schuf die Entfaltung der auf industrieller Lohnarbeit beruhenden Näharbeit die Voraussetzung für die Erfindung und schnelle Verbreitung der Hausnähmaschine. In Deutschland lösten sich in den 1860er Jahren die Nähmaschinenhersteller unter dem Druck der amerikanischen Konkurrenz (Singer) von ihrer handwerklichen Produktion und begannen mit einer Serienanfertigung, in den 1870er und 1880er Jahren waren sie damit Wegbereiter der amerikanischen Produktionsverfahren und Präzisionswerkzeugmaschinen. Überhaupt läßt sich auch an diesem Beispiel die enge Verzahnung der Entwicklung unterschiedlicher Branchen verdeutlichen, hier der Konfektionsindustrie als Konsumgüterindustrie und der Nähmaschinenfabrikation als Investitionsgüterindustrie. Die Anforderungen des Marktes und die technischen Fortschritte beim Spinnen und Weben ließen in der letztgenannten Branche ungeahnte technische und ökonomische Entwicklungen zu. So wurde für 1890 die gesamte deutsche Nähmaschinenproduktion auf 500 000 Stück geschätzt, für 1907 auf 1,1 Mio Stück, was einem Drittel der Jahresweltproduktion entsprach, 1907 gab es unter den in der Gewerbestatistik gesondert gezählten 232 Hauptbetrieben der Nähmaschinenproduktion 16 Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten. Im Gefolge der Nähmaschinenproduktion stand die Entwicklung der Fahrradindustrie, die aufgrund gleichartiger Produktions- und Verkaufsanforderungen die Produktionspalette der Nähmaschinenindustrie ergänzte.

bedeuteten zugleich für die Familie des Zwischenmeisters, die zudem noch mitarbeitete, elende Lebensbedingungen, denn die Werkstätten dienten zugleich als Wohnung für eben diese Zwischenmeisterfamilie <sup>1)</sup>.

Die Zentralisierung der Produktion lohnte sich deshalb nicht, weil die durch Zentralisierung erzielbaren Produktivitätsfortschritte wegen der dann anfallenden höheren Kosten für Arbeitsräume und Maschinen für die saisonabhängige Konfektion unrentabel waren (denn die Konfektionsindustrie war saisonal stark beeinflusst); hinzu kamen die extrem niedrigen Löhne für die Werkstatt- und Heimarbeiterinnen, die sich auf dem Arbeitsmarkt eine ruinöse Konkurrenz lieferten als Ausdruck einer nahezu unerschöpflichen industriellen weiblichen Reservearmee <sup>2)</sup>.

Der Aufschwung der Konfektionsindustrie ist in einem Zusammenhang mit der übrigen Industrialisierung, dem Bevölkerungswachstum, der Urbanisierung und der Mobilität zu sehen. Diese Industrie hatte sich Ende der 1850er Jahre schnell als eine städtische Industrie entwickelt, wobei die genannten Zusammenhänge die Familienwirtschaft auf eine neue Grundlage stellten und somit die Herausbildung des weiblichen Hausgewerbes in starkem Maße begünstigten, zusammenhängend mit der geschlechtlichen Rollenteilung dergestalt, daß der Mann in der Fabrik arbeitete und die Frau: - aufgrund der Kinder, des gesellschaftlichen Selbstverständnisses etc. - sehr oft zu Hause nähte. Und hier liegt auch der entscheidende Unterschied zwischen dem vorindustriellen Hausgewerbe und dem industriell organisierten weiblichen Heimgewerbe. Im ersteren bestand noch die familiäre Produktionseinheit von Vater, Mutter und Kindern, die zusammen das Familieneinkommen erarbeiteten, während die Industrialisierung nicht nur die Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz mit sich brachte, sondern daneben noch die Auflösung der Familie als einheitlichem Wirtschaftsverband. Das bedeutete für die Näherinnen in der Konfektionsbranche, daß sie nun viel ausschließlicher für die Er-

---

1) Vgl. dazu die eindrucksvolle Schilderung von A. Smith: Das Sweating-System in England, in: Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik, hrsg. v. H. Braun, 9. Band, Berlin 1896, S. 392 - 419.

2) Vgl. K. Hausen, a.a.O., S. 161.

ziehung der Kinder zuständig waren, als es noch im vorindustriellen Hausgewerbe der Fall gewesen war. Gerade die Frauen mit kleinen Kindern waren auf die Arbeit im Haus angewiesen (die am schlechtesten bezahlt wurde), während die halbwüchsigen Mädchen und die unverheirateten/kinderlosen Frauen direkt in den Konfektionsgeschäften und -fabriken bzw. in den Werkstätten der Zwischenmeister arbeiten konnten (der Lohn war hier etwas höher), um so dem noch schlimmeren Dasein als Dienstboten entgehen zu können. Üblicherweise orientierte sich auch die Konfektionsindustrie in ihrer Lohnpolitik an dem allgemeinen gesellschaftlichen Maßstab, daß Frauenarbeit 'nur' Zuverdienst bedeutete.

Für die Heimarbeiterinnen hatte die geringe Lohnhöhe fatale Folgen, denn die Nähmaschine als das entscheidende Produktionsmittel wurde in den meisten Fällen von den Näherinnen selbst gekauft (Ratenkauf). Schaut man sich die Kostenrechnung einer solchen Frau an, so kann man das materielle Elend als Ergebnis einer körperlich ruinösen Arbeit unter den gegebenen Bedingungen erahnen <sup>1)</sup>: Über zwei Jahre mußten wöchentlich 1.50 M für die Raten der Nähmaschine erübrigt werden. Hinzu kamen noch Reparaturkosten, Kosten für das Maschinenöl, Garn, Mietkosten für den Arbeitsraum, Beleuchtung, Heizkosten etc.. Ohne Berücksichtigung der saisonalen Schwankungen der Konfektionsindustrie (2 bis 5 Monate gab es keine oder nur geringe Aufträge) kam die Näherin durchschnittlich auf einen Nettoverdienst von 7 Mark pro Woche. Dem standen 6,35 Mark für den Minimalbedarf einer alleinstehenden Frau gegenüber, die in ihrem Speisezetteln kaum Fleischkonsum kannte und für den Ersatz von Kleidung keinen Pfennig aufwendete.

Dieses alles bei vierzehn- bis sechzehnständiger Arbeitszeit pro Tag und der zusätzlichen Versorgungsaufgaben hinsichtlich der Wohnung und der Kinder, die zwangsläufig in den seltenen Pausen erfolgen, und deren mangelhafte Erfüllung auch auf Kosten der Kinder gehen mußte. Der Grund für die Bereitschaft vieler Frauen, solche Belastungen auf sich zu nehmen, lag allgemein in dem unabdingbaren Zwang zur Erhöhung des Familieneinkommens (bzw. bei alleinstehenden Frauen zur grundlegenden Existenzsicherung) <sup>2)</sup> und speziell in der familienhaften Einbindung

---

1) Vgl. K. Hausen, a.a.O., S. 166.

2) So gaben zum Beispiel nach einer Umfrage des Fabrikinspektors

dieser Arbeit, die die (notdürftige) Versorgung der Kinder und des Haushaltes zuließ.

Die Möglichkeit zur Kinderversorgung und Haushaltsarbeit blieb der Frau, die in der Fabrik arbeitete, nur während des Feierabends, der aufgrund der überlangen Arbeitszeiten sehr knapp bemessen war. Die Frauen arbeiteten lange Zeit unter den gleichen Bedingungen wie die Männer, d.h. auch die gleiche Arbeitszeit. Männer und Frauen befanden sich (vornehmlich in der Textilindustrie) in den Fabriken meist in den gemeinsamen Räumen unter männlicher Aufsicht. Gerade diese Form der Hand-in-Hand-Arbeit männlicher und weiblicher Arbeitskräfte diente den Unternehmern lange Zeit als Argument gegen eine Beschränkung der Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen. Erst 1891 erfolgte die gesetzliche Beschränkung der Frauenarbeit auf maximal 11 Stunden pro Tag, 1908 wurde der Maximalarbeitstag auf 10 Stunden verringert. Zuvor, 1878, wurde ein gesetzlicher Mutterschutz eingeführt, der sich auf drei Wochen nach der Entbindung erstreckte (1891 auf vier Wochen verlängert). Diese minimalen Schutzbestim-

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 503:

aus dem Jahr 1899 unter verheirateten Arbeiterfrauen des Kammerbezirks Schwaben und Neuburg als Grund für ihre Arbeit an:

---

|                                                                                  |                  |
|----------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 1. Ungenügender Verdienst des Ehemannes                                          | 46,1%            |
| 2. Erzielung besserer Lebenshaltung                                              | 10,0%            |
| 3. Erwerbssinn oder Sparsamkeitsrücksichten                                      | 28,4%            |
| 4. Unsicherer Verdienst des Mannes                                               | 2,2%             |
| 5. Unterhalt eines invaliden oder kranken Ehemannes oder arbeitsunfähiger Eltern | 9,7%             |
| 6. Zu großer Aufwand des Ehemannes für dessen eigene Lebenshaltung               | 1,9%             |
| 7. Der Wunsch des Mannes, die Frau möge zum Verdienst beitragen                  | 1,0%             |
| 8. Rückzahlung von Schulden durch Hauskauf                                       | 0,7%             |
|                                                                                  | insgesamt 100,0% |

---

In: I.Fischer, a.a.O., S. 139.

Nach I.Fischer können die ersten vier angegebenen Motive, das sind rund 86,7% aller Frauen, durchaus als Zwang zur Mitarbeit angesehen werden, der ökonomisch begründet ist. Das fünfte Motiv, immerhin fast 10%, läßt auf erhebliche Mängel der gerade eingeführten gesetzlichen Sozialversicherung schließen. Dieser Zwang zur Arbeit, die zudem noch monoton, ungesund und schlecht bezahlt war, läßt kaum den Schluß auf emanzipatorische Ansätze durch das Ergreifen der Arbeitsmöglichkeiten von Frauen unter den damals gegebenen Bedingungen zu.



mungen konnten die ständige Überbelastung der Frau nicht entscheidend mildern: Eine Aufschlüsselung der Sterbefälle in Augsburg in den Jahren 1871 bis 1873 ergibt, daß 81,8% der verstorbenen Arbeiterfrauen jünger als fünfzig Jahre alt waren (nicht die Kinder- und Jugendsterblichkeit mit eingerechnet, da in den obigen Prozentwert nur die Frauen, die älter als sechzehn Jahre alt waren, mit einbezogen wurden), während bei den Frauen der übrigen Bevölkerung 61,2% aller Sterbefälle auf die Altersgruppe der über Fünfzigjährigen entfiel <sup>1)</sup>.

Auch die Neugeborenen hatten stark unter der Überbelastung der Frauen zu leiden. Da die Arbeiterinnen bis kurz vor der Geburt eines Kindes und auch frühzeitig nach der Entbindung wieder arbeiteten (allgemein war eine Umgehung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auch durch die Arbeiterinnen zu beobachten, da diese zugleich finanzielle Einbußen mit sich brachten), waren die Lebenschancen dieser Kinder geringer: So starben in den Jahren 1871 bis 1873 65,3% der Arbeiterkinder in Augsburg noch im Säuglingsalter, von den Neugeborenen der übrigen Bevölkerung 'nur' 43,3% <sup>2)</sup>.

Von der Situation der Frau in ihren jeweiligen Rollen als Hausfrau/Mutter, oft verbunden mit Heimarbeit, und als Fabrikarbeiterin ist die des städtischen Dienstbotendaseins zu unterscheiden <sup>3)</sup>. Ein erheblicher Anteil der städtischen Bevölkerung bestand aus Dienstboten, wobei sich deren Anteil zwar prozentual

---

1) Vgl. I. Fischer, a.a.O., S. 140 f.

2) Vgl. ebenda, S. 141.

3) Siehe die zusammenfassende Darstellung von He. Müller: Dienstbare Geister. Leben und Arbeitswelt städtischer Dienstboten, Schriften des Museums für Deutsche Volkskunde Berlin, Band 6, Berlin 1981.

Davon zu unterscheiden ist die Situation der ländlichen Dienstboten (im Zusammenhang mit den Landarbeitern), die - sozialisiert durch die normativen Zwänge des 'Alten Preußischen Systems' - in zunehmendem Maße in die städtischen Regionen strömten, um dort (je nach Geschlecht unterschiedlich) in Haushalten und in der Industrie Arbeit zu suchen. Sie prägten stark die Verhaltensweisen und Handlungen der 'ersten' Fabrikarbeitergenerationen. Aufgrund der Bedeutung dieser ländlichen Arbeiter und Dienstboten hinsichtlich der Normierungen im Alltagsleben vor allem auch der industriellen Lohnarbeiter wird dieser Komplex in einem gesonderten Kapitel diskutiert werden (siehe Seite 511 dieser Arbeit).



nach 1870/80 (je nach den Regionen unterschiedlich) verringerte, diese Verringerung jedoch in einen Zusammenhang mit der ständig steigenden Einwohnerzahl der Städte gebracht werden muß <sup>1)</sup>.

Mit der Industrialisierung hatte sich auch die Struktur des Hauspersonals verändert. "Ende des 18. Jahrhunderts, zum Teil noch im 19. Jahrhundert waren städtische Haushalte, auch wenn bereits Landwirtschaft und Gewerbe daraus verbannt waren, auf eine ausgedehnte Lagerhaltung, auf Produktion und Weiterverarbeitung eingestellt. Es wurde Korn eingelagert, Brot gebacken, geschlachtet, gepökelt, geräuchert, Seife hergestellt, Wolle gesponnen, gestrickt, es wurden Kerzen gezogen, Kleider und Wäsche genäht.

Parallel zur Auflösung der alten Hauswirtschaft, mit der eine Trennung von Wohn- und Berufsbereich verbunden war, vollzog sich eine Abnahme der wirtschaftlichen Funktionen im häuslichen Bereich. So überbrückte die fortschreitende Marktwirtschaft die umfangreiche Lagerhaltung, und die Verbreitung technischer Neuerungen, wie die Einrichtung von Wasserleitungen, Gasbeleuchtung und Elektrizität machten verschiedene Arbeiten überflüssig, für die man zuvor Dienstboten eingesetzt hatte.

Aus dem städtischen Haus verselbständigten sich Büros und Fabriken, und in den dazu gehörigen Berufen scheiden die zunächst zum Haus gehörenden Dienstboten als Arbeiter, Handwerker und Angestellte aus. Damit wurden aus den alten Hauswirtschaften in den Städten im Lauf des 18. und 19. Jahrhunderts reine Privathaushalte. Diese Entwicklung hatte für die Dienstboten zur Folge, daß sich ihre Tätigkeit in den bürgerlichen Häusern auf hauswirtschaftliche Arbeiten, in geringem Maße auch auf repräsentative Aufgaben beschränkte" <sup>2)</sup>.

---

1) Tabelle in: He. Müller, a.a.O., S. 26:

---

Der Anteil des Hauspersonals betrug in folgenden deutschen Städten zwischen 1828 und 1882:

|          |      |        |      |       |
|----------|------|--------|------|-------|
| München  | 1828 | 13,8 % | 1882 | 6,1 % |
| Nürnberg | 1825 | 13,6 % | 1882 | 5,5 % |
| Hamburg  | 1846 | 11,6 % | 1882 | 4,8 % |
| Bremen   | 1842 | 11,3 % | 1882 | 6,3 % |
| Breslau  | 1843 | 4,9 %  | 1882 | 5,8 % |
| Köln     | 1844 | 4,1 %  | 1882 | 5,6 % |

---

2) He. Müller, a.a.O., S. 12.

Es galt als Privileg des Bürgertums, häusliche Arbeiten von Dienstboten verrichten zu lassen. Dieser Maßstab standesgemäßer Lebensführung galt auch dann noch, als das Erreichen eines bürgerlichen Lebensstandards für viele immer schwieriger wurde. Ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten nahmen viele Familien aus Statusgründen eher persönliche Entbehrungen in Kauf als bestimmte bürgerliche Lebensformen - die die Anstellung von Dienstboten mit einschlossen - fallenzulassen.

Die Veränderung der Aufgaben des Hauspersonals durch die Industrialisierung bewirkte auch eine veränderte Rekrutierung der Dienstboten. Aufgrund der stark eingeschränkten Tätigkeiten wurde der Dienstbotenberuf zu einer Domäne für weibliche Arbeitskräfte. 1880 waren von allen Dienstboten nur 3,2 % Männer. Die Bedeutung der Dienstboten innerhalb des Sektors der berufstätigen Frauen ergibt sich aus der Angabe, daß 1895 nahezu ein Fünftel aller berufstätigen Frauen in Deutschland Dienstbotinnen waren <sup>1)</sup>.

Auch die lokale und soziale Herkunft der städtischen Dienstboten änderte sich. Zogen vom 16. bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Bürgerfamilien in den Städten einheimische Dienstboten den Ortsfremden vom Lande vor (gefördert durch eine Gesindepolitik, die darauf gerichtet war, der Landwirtschaft durch den Gesindezwangsdienst die notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten), so wurde seit der Aufklärung und der einsetzenden Industrialisierung lieber 'ein Lümmel, als ein verdorbener Kerl aus der Stadt' genommen. Dabei galt der 'Lümmel vom Lande' als Inbegriff der Rechtschaffenheit, Treue, Ehrlichkeit und Fleiß. Mädchen vom Lande, die ohnehin durch ihre Eltern und die gutsherrschaftlichen Abhängigkeiten mit patriarchalisch geprägten und religiös verbundenen Arbeits- und Lebensbegriffen vertraut waren, entsprachen sehr viel eher den Anforderungen eines - auch von der Gesindeordnung verschriebenen - Abhängigkeitsverhältnisses im Haushalt, wobei die 'Herrschaften' sich von diesen Mädchen die

---

1) Vgl. He. Müller, a.a.O., S. 32. So waren zum Beispiel in Berlin 1895 ein Viertel des weiblichen Zuzugs Dienstmädchen (43238). In dieser Stadt arbeiteten 1885 73 000 Frauen als Dienstbotinnen im Haushalt, 89 000 in der Industrie und 24 000 anderswo als Arbeiterinnen; vgl. ebenda, S. 33.

Einhaltung der gebotenen Autorität und eine 'angemessene und bescheidene Zurückhaltung' in der Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen versprochen.

So kamen in Hamburg 1871 nur noch 21 % aller weiblichen Dienstboten aus dem Stadtgebiet selbst, in Berlin betrug dieser Anteil 1885 8,7 % und 1890 nur noch 7 % <sup>1)</sup>.

Abgesehen von den unmittelbaren Zwängen der spezifisch weiblichen Mobilität, die in den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kleinbauern-, Landarbeiter-, Tagelöhner- und auch Handwerkerfamilien zu finden sind (neben den Unstimmigkeiten anderer Art mit den Eltern, zum Teil auch Schwangerschaften), war für die ländlichen Mädchen eine 'Stellung' in der Stadt mit einem sehr viel höheren Sozialprestige verbunden als eine entsprechende Stellung auf dem Land oder sogar schon in der Kleinstadt.

---

1) Vgl. He. Müller, a.a.O., S. 33. Die Mädchen aus den Städten waren immer weniger dazu bereit, sich der häuslichen Autorität unterzuordnen, die in einem immer größeren Ausmaß als bedrückend empfunden wurde. Die 'Stadtmädchen' zogen sich aus dem Dienstbotenbereich zurück und wandten sich neuen Arbeitsmöglichkeiten in Läden, Kaufhäusern und Fabriken zu, um diesen - zum Teil despotischen - Abhängigkeitsverhältnissen im Haushalt zu entgehen.

Auch Marie Bernays konstatierte in ihren Untersuchungen ein ähnliches Ergebnis: "..., die die Mädchen veranlassen, die Fabrikarbeit der häuslichen Arbeit vorzuziehen. Hierher gehören natürlich die allbekannten und bis zum Überdruß erörterten Tatsachen der geregelteren Arbeit und der größeren persönlichen Freiheit des Fabrikmädchens; ebenso der besseren Behandlung in der Fabrik als im häuslichen Dienst, ein Unterschied, den eines der Mädchen in den immerhin deutlichen Worten zum Ausdruck brachte: 'daß die Werkmeister lange nicht so grob seien wie die gnädigen Frauen'. ... (Dieser Grund wurde) öfter von den Mädchen angeführt. ... Ich habe .. die Abneigung erwähnt, die die Fabrikarbeiterin gegen das Verlassen ihres gewohnten Arbeitsplatzes hat, und es ist wohl derselbe Wunsch nach Ungestörtsein bei der Arbeit, der ihnen die Fabrikarbeit begehrenswerter erscheinen läßt als die Hausarbeit, 'weil man dabei nicht so viel herumgeschickt wird'. 'Wenn man seine Arbeit tut, sagt einem niemand den ganzen Tag lang ein Wort', meinen die Mädchen befriedigt; und in der Tat, unter einem freundlichen Werkmeister hat die einmal erlernte Arbeit an der Maschine trotz ihrer wirklichen Unselbständigkeit einen größeren Anschein von Selbständigkeit als die Arbeit im Hause, die weit mehr von augenblicklichen Befehlen beherrscht wird" (M. Bernays: Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der 'Glabbacher Spinnerei und Weberei' AG zu Mönchen-Glabach im Rheinland. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 133. Band, Leipzig, 1910, im folgenden zitiert als: Auslese, S. 171 f.).

Die (Groß)Stadtstellung wurde als Ausbildung und angemessene Vorbereitung auf die Ehe und das Hausfrauendasein betrachtet. Darüberhinaus versprachen sich die 'Landmädchen' eine Verbesserung ihrer Heiratschancen durch die Übersiedlung in die Großstadt. Sie erhofften, durch eine Ehe mit einem Handwerker oder einem kleinen Beamten eine bessere soziale Stellung zu erlangen. Für sie war die Zeit, die sie als Dienstmädchen, Köchinnen oder Stubenmädchen arbeiteten, ein Übergangsstadium bis zur Heirat. So betrug Ende des 19. Jahrhunderts in Berlin der Anteil der Dienstmädchen an allen heiratenden Frauen ein Viertel. Insgesamt gaben zwei Drittel der Berliner Dienstmädchen ihre Arbeit im Haus auf, um zu heiraten, und nur ein Drittel, um einen anderen Beruf zu ergreifen <sup>1)</sup>.

Die Dienstmädchen besaßen nach gängigem Klischee die besten Voraussetzungen für die Ehe, während den Fabrik- und Heimgewerbearbeiterinnen die durch die Doppelbelastung begründete knappere Zeit und geringere Aufmerksamkeit zur Haushaltsführung und Kindererziehung als persönlich zu verantwortende Qualifikationsmängel angelastet wurden.

So schrieb schon Alfons Thun in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre in seiner bekannten Studie über die Verhältnisse in der niederrheinischen Textilindustrie <sup>2)</sup>:

Das Ehepaar versteht in der Regel von der Haushaltung nichts und führt die liederlichste Wirtschaft. Hat doch die Frau ihre Kinder- und Mädchenjahre an der Spul- und Spinnmaschine zugebracht, so daß die Künste des Nähens und Waschens ihr völlig fremd geblieben sind. Selbst wenn größere Geldmittel ihr zur Verfügung stehen, ist sie ausser Stande, dem Manne mehr zu bieten als Kaffeewasser, Brot und gekochte Kartoffeln, und stellt sie sich einmal an den Kessel, so wird sie zur Hekate, die Unheilvolles zusammenbraut.

Das im folgenden wiedergegebene Gespräch zwischen einem Schlossermeister und einem Glasermeister handelt von den häuslichen Qualitäten der jeweiligen Ehefrauen und ist einer Broschüre 'Dienstmädchen oder Fabrikarbeiterin?', die 1900 in Berlin erschien, entnommen. Während der Schlosser mit einer ehemaligen Fabrikarbeiterin verheiratet ist, hat der Glaser ein ehemaliges

---

1) Vgl. He. Müller, a.a.O., S. 261.

2) A. Thun: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 2 Teile, Leipzig, 1879, I. Teil, S. 68.



Dienstmädchen geheiratet <sup>1)</sup>:

'Sagen Sie mir mal, Meister, wo haben Sie sich denn Ihre Frau hergeholt? Und wo in aller Welt hat sie denn all die feinen Bilder her? Und der Zierrat dazwischen gefällt mir auch! Jedenfalls ist's viel schöner, als wenn einen die nackten vier Wände ansehen, wie bei mir zu Haus!' - Der Glasermeister schmunzelt zufrieden und dampft blaue Rauchwölkchen empor - dann erwidert er schalkhaft:

'Wo ich meine Frau hergeholt habe, wollen Sie wissen? Na, Bester, ich will es Ihnen verraten, gerade' aus derselben Stadt, wie Sie die Ihrige. Unsere beiden Frauen sind Berliner Kinder, sie sind'zusammen in die Schule gegangen.'

'Das hätte ich nicht gedacht! Die Ihrige ist doch viel feiner. Aber jetzt weiß ich's, wo der Hase im Pfeffer liegt: meine Frau ist in die Fabrik gegangen und hat nichts weiter gelernt, als Strümpfe für die Glühlichtflammen zu wirken - meine zerrissenen Strümpfe kann sie aber nicht stopfen, und wenn es ihr auch dort an der Maschine flott von den Fingern gegangen ist, an der Kochmaschine will es nicht gehen...'

'Aber in einer Schule hat sie es nicht gelernt, was zum Haushalten gehört - nein Meister, da sind Sie im Irrtum! Meine Frau hat sechs Jahre gedient bei lauter netten Herrschaften, zuerst als Hausmädchen, dann als Mädchen für alles, und zuletzt war sie Köchin bei der Frau Hauptmann drüben im Westen. Sehen Sie, darum versteht sie alles aus dem Fundament: das Waschen, das Flicken und Plätten, besonders aber das Kochen und sogar auch das Schneidern. Und was man so heutzutage die 'Zimmerdekoration' nennt und die Blumenpflege, das hat sie alles ihrer Herrschaft abgesehen. Deshalb bin ich aber auch stolz auf meine Frau und - zu Ihnen gesagt - mit ihrem Sparkassenbuch war auch alles in Richtigkeit; kurz, ich kann Ihnen nur raten, schicken Sie die Selma meinetwegen erst in die Haushaltungsschule, weil sie an der Mutter keine Lehrmeisterin hat; aber dann muß sie in den Dienst treten oder, wie die Mädchen heutzutage sagen, in Stellung gehen! Meister, meine Hand d'rauf - der Schwiegersohn dankt es Ihnen mal!'

Ende des 19. Jahrhunderts nahmen Eheschließungen von Dienstmädchen mit ungelernten Arbeitern erheblich zu, während der Anteil der Eheschließungen mit Handwerksmeistern seltener wurde. Durch die Heirat der Dienstmädchen mit Handwerkern und Fabrikarbeitern wurden in den entsprechenden Familien Normierungen wirksam, die von der Ehefrau als ehemaligem Dienstmädchen 'mitgebracht' wurden und der Situation und Position der industriellen Lohnarbeiter, in denen sich die Männer befanden, nicht angemessen waren.

Wie an vorheriger Stelle schon erwähnt, waren die Dienstmädchen aufgrund ihrer überwiegend ländlichen Herkunft durchaus an patriarchalische Verhältnisse gewöhnt. Diese Verhältnisse bestimmten auch den einen Teil ihrer Arbeits- und Lebenssituation als

1) Zitiert aus He. Müller, a.a.O., S.262 ff. Diese Broschüre und die darin vertretene Auffassung über die unterschiedlichen



städtische Dienstboten. Das persönliche, halb-feudale Abhängigkeitsverhältnis wurde durch die bis 1918 bestehenden Gesindeordnungen festgelegt, die zum Beispiel in Preußen als Kompromißangebot an den Adel noch einen großen Teil an Leibeigenschaft - trotz Gewerbe- und Koalitionsfreiheit und trotz der sich auch in der Landwirtschaft durchsetzenden Industrialisierung und Kapitalisierung - aufrecht erhielten <sup>1)</sup>.

Diese Sonderregelungen und -gesetze, die auch für die städtischen Dienstboten galten, wurden noch ergänzt durch die Verpflichtung, ein polizeilich ausgestelltes Dienstbuch zu führen. Das Dienstbuch diente zur Legitimierung und zur Auskunft über Leistung und Verhalten in den eingetragenen Stellen, es erwies sich in der Praxis als Disziplinierungsmittel.

Der andere Teil der Arbeits- und Lebenssituation städtischer Dienstbotinnen war geprägt durch das Versagen der fürsorgerischen Umsorgung durch die auf patriarchalische Herrschaftsverhältnisse pochenden - zudem noch bürgerlichen - 'Herrschaften' im gesamten Bereich der Arbeitsbedingungen, die in diesem Teil - was Lohn, Arbeitszeit, Wohnen, Arbeitsplatzsicherheit, Krankheits- und Altersversorgung <sup>2)</sup> betraf - manchester-liberale Auffassungen in ihren schlimmsten Konsequenzen pflegten, was so gar nicht zu den ansonsten von vorindustriellen Vorstellungen geprägten Verhaltensweisen der 'Herrschaften' paßte <sup>3)</sup>.

Trotz aller materiellen und psychischen Ausbeutung erschien den Mädchen, die vom Land in einen städtischen Haushalt kamen, die familiär geprägte Geborgenheit (bzw. der von den 'Herrschaften'

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 510:

Heiratschancen von Dienstmädchen und Fabrikarbeiterinnen richtete sich gegen den zunehmenden Rückzug weiblicher Dienstboten aus dem Haushalt und ist als bewußte Gegenmaßnahme gegen die Abwanderung weiblicher Arbeitskräfte in die Fabriken zu verstehen.

1) Siehe Seite 537 dieser Arbeit.

2) Zu den Arbeits- und Wohnbedingungen im einzelnen siehe He. Müller, a.a.O., verschiedene Abschnitte.

3) Typisches Beispiel für den in bestimmten Bereichen vollzogenen Bruch mit vorindustriellen Verhältnissen (unter Beibehaltung der patriarchalisch legitimierten Herrschaftsverhältnisse) war die jetzt fehlende Versorgung der Dienstboten bei Krankheit und Alter (beides zog zumeist die Kündigung nach sich, eine in ständisch-feudalen Verhältnissen verpönte Konsequenz) sowie die getrennte Mahlzeiteinnahme von Dienstboten und Herrschaft (bis zum Ende des 18. Jahrhunderts galt es als selbstverständlich, daß die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen wurden).

gepflegte diesbezügliche Ruf) immer noch attraktiver, weil gewohnt und berechenbar, als die Anforderungen industriell-kapitalistischer Arbeit in der Fabrik.

Die Dienstmädchen hatten also ein persönliches Interesse am Familienanschluß in der neuen städtischen Umgebung. Ihre Einsatzbereitschaft blieb an persönliche Zuwendungen der Familie gebunden, bei der sie 'dienten'. "Für persönliche Anerkennungen waren sie auch zu großem Arbeitseinsatz bereit und leisteten dann häufig mehr als in ihren Kräften stand, während sie bei schlechter Behandlung bald die Lust an ihrer Arbeit verloren"<sup>1)</sup>.

Die Identifizierung der Dienstmädchen mit ihrer Arbeit, die vorrangig von ihrem persönlichen Verhältnis zu den jeweiligen Herrschaften geprägt war, entsprach damit einem Arbeitsbegriff, der nicht den Lohn in den Mittelpunkt der Bestrebungen stellte (bzw. stellen mußte), sondern die Verrichtung der Arbeit auch um der persönlichen Anerkennung willen beinhaltete. Wie sehr die Dienstboten die Verhaltensweisen ihrer 'Herrschaften' annahmen, zeigt die Sitzordnung der Mittagstische für das Personal großer Hamburger Haushalte. Hier gab es eine feste Sitzordnung, die sich nach Rang und Stellung der Dienstboten richtete, wobei es einem Laufburschen nie in den Sinn gekommen wäre, neben dem herrschaftlichen Diener Platz zu nehmen, und wo es die Köchin nicht duldete, wenn Küchen- oder Kindermädchen die Mahlzeiten am gleichen Tisch wie sie einnahmen <sup>2)</sup>.

Die durch personale Beziehungen gekennzeichneten Arbeitsverhältnisse der Dienstboten ermöglichten auch dann noch eine Beziehung zu den Herrschaften, wenn das Dienstverhältnis, etwa durch Heirat, beendet wurde. Wo ein gutes Einvernehmen zwischen Herrschaften und Dienstboten war, bewahrten diese Dienstboten ihren Herrschaften meist eine lebenslange Treue, indem sie weiterhin mit Interesse an allen Ereignissen der Familie teilnahmen und auch noch nach der Hochzeit am alten Arbeitsplatz aushalfen. So schrieb ein ehemaliger Diener aus Anlaß des 100. Geburtstages seines verstorbenen Dienstherrn an dessen Familie <sup>3)</sup>:

---

1) He. Müller, a.a.O., S. 194.

2) Vgl. He. Müller, a.a.O., S. 206.

3) Zitiert nach ebenda, S. 207.

Klietz a./Elbe d. 11.7. 29

Geehrter Herr u. Frau Koch!

da ick leider nicht zum 100. Geburtstag dasein kann und meinen Herrn das Grab schmücken, früher habe ich den Tisch immer so schön gemacht und Er hat sich immer darübergefreut ich wünschte das ich es heute auch noch könnte machen, aber leider wollte es der liebe Gott nicht, so werde ich aber sein Bild schmücken am 13ten und ein stilles Gebet beten.

Die Herrschaften werden ja Alle hin gehen ich werde in Gedanken auch da sein.

Hoffentlich geht es den Herrschaften noch Alle gut mich und meine Frau geht es so leidlich, viele Grüße an Alle Herrschaften ich freue mich sehr das ich immer so freundlich aufgenommen werde, werde auch immer die Herrschaften in treuen Angedenken behalten. Erlaube mir Herrn u. Frau Koch recht freundliche Grüße zu senden

Hochachtungsvoll

Franz Elshoz un. Frau.

Die Übernahme der eigentümlichen Mischung aus ständischen und bürgerlichen Wertvorstellungen auch und vor allem durch Frauen, die nach ihrer Heirat einen nicht unerheblichen Einfluß auf ihre Männer - zumeist Handwerker und Industriearbeiter - und einen beherrschenden auf ihre Kinder ausübten, bedeutete eine zusätzliche Verschränkung verschiedener Interpretationsmuster gesellschaftlicher Verhältnisse und damit eine Erschwerung der subjektiven Verarbeitung der von der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise gestellten Anforderungen.

Dies galt nicht nur für die Männer, sondern für die gesamte Familie, die in ihren Lebensverhältnissen den neuen Anforderungen und Zwängen ausgesetzt waren.

Insofern läßt sich auch aufgrund der höchst unterschiedlichen Rekrutierung der jeweiligen Elterngeneration nicht allgemein von der Sozialisation der Kinder als Arbeiterkinder sprechen.

#### 2.2.2.5.2. Die Sozialisation der Kinder

Die Erziehung der Kinder von - nennen wir es zusammenfassend - Proletariern war je nach elterlicher Rekrutierung, Qualifikation, Arbeitsverhältnissen und Lebensumständen durchaus unterschiedlich. So wurden die Kinder von ehemaligen, jetzt verheirateten Dienstmädchen vorwiegend zu Hause von der Mutter bis zu Beginn der Schulpflicht behalten, während die Kinder von Fabrik-

arbeiterinnen aufgrund der Berufstätigkeit der Mutter keine sonderlich gute Behandlung zu erwarten hatten:

Das in Augsburg und auch anderswo vorherrschende System der Unterbringung von Kindern war das sogenannte 'Kostkindersystem'<sup>1)</sup>: Für 1,50 bis 5 Mark Kostgeld pro Woche gab man die Kinder fremden Personen in Pflege. Dabei handelte es sich oft um 'schmutzige, grobe, alte Weiber', die hierfür ausschließlich finanzielle Motive hatten, und die die ihnen anvertrauten Kinder psychisch und physisch stark vernachlässigten. Selbst der Augsburger Magistrat betrachtete gerade diese Form der Pflege als eine wesentliche Ursache für die hohe Kindersterblichkeit.

Dennoch blieb den Arbeiterinnen aus den oben genannten Gründen nichts anderes übrig, als ihre Kinder derart unterzubringen. Der materielle Zwang für die Frau, gepaart mit der Möglichkeit gerade in Augsburg<sup>2)</sup> einen 'Frauen'-Arbeitsplatz zu finden, ließ besonders die Kinder neben den Frauen das System des industriellen Kapitalismus in all seinen negativen Auswirkungen speziell während der Durchsetzung der Großen Industrie erleiden.

Dabei konnten sich die Kinder sehr viel schlechter gegen die Anforderungen des industriellen Kapitalismus zur Wehr setzen, als die Frauen oder gar die Männer. Gerade die Kinder als letztes Glied in der Kette konnten nicht die Enttäuschungen weitergeben, wie es zum Teil die Eltern konnten. Hinzu kommt, daß die Verarbeitung der an sie gestellten Anforderungen den Kindern sehr viel schwerer fiel als Erwachsenen, weil sie Erlebnisse direkter und unmittelbarer aufnahmen als ihre Eltern, die diese Erlebnisse aufgrund ihrer gesammelten Lebenserfahrungen, die eine gewisse Enttäuschungsfestigkeit beinhalten, und des intellektuellen Vermögens, sehr viel besser filtern, d.h. also auch rationaler verarbeiten konnten.

---

1) Vgl. I. Fischer, a.a.O., S. 142.

2) Im allgemeinen wurden im Zuge der Industrialisierung die Frauen in der Industrie immer unentbehrlicher. Waren anfangs vor allem Arbeitsplätze in der Textilindustrie angeboten worden, so verstärkte sich später die Tendenz, möglichst alle leichten, unqualifizierten Arbeiten auch in anderen Industrien mit Frauen zu besetzen, da sie 'billiger und gefügiger' als die Männer waren (wie es in zeitgenössischen Stellungnahmen von Unternehmern hieß, die im übrigen heute noch ihre Bedeutung haben).

Dementsprechend waren die Verhältnisse während der Durchsetzung der Großen Industrie, in denen ja die Kinder aufwuchsen, für eben diese Kinder in ihrer Sozialisationsfunktion weitaus schmerzhafter und wirkten nachhaltiger, als es bei Erwachsenen je der Fall sein konnte (und auch heute noch kann). Gerade die erhebliche Sozialisationswirkung muß mitbedacht werden, wenn entsprechende Schilderungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse einer Arbeiterfamilie diskutiert werden.

Die Bedeutung dieser Sozialisation für die Gewöhnung an Industriearbeit in Form von Lohnarbeit wurde von staatlichen Stellen und auch den Unternehmern früh erkannt. Unter solchen Gesichtspunkten wurden Kindergärten, die Volksschulen und nahezu alle Wohlfahrtseinrichtungen ausgerichtet.

So wurde in den kommunalen Kleinkinder-Bewahranstalten in Augsburg (die Eltern mußten pro Kind 6 Kronen, für die Verpflegung zusätzlich 9 Kronen in der Woche zahlen, was einem halben Tagesverdienst eines Arbeiters entsprach) entsprechend der überwiegend proletarischen Herkunft der Kinder bei der Erziehung darauf geachtet, 'daß sich die jungen Zöglinge an Thätigkeit gewöhnen'<sup>1)</sup>, die in der Anfertigung von Flecht-, Web- und Klöppelarbeiten bestanden, deren Verkauf zur Deckung der Bewahrkosten mit herangezogen wurde. Auch die wenigen betrieblichen Kindergärten verfolgten das Ziel der umfassenden Gewöhnung an Industriearbeit. So hieß es ganz offen in einem Bericht der Augsburger Stadtspinnerei im Jahre 1889 über die Zielsetzungen des betrieblichen Kindergartens<sup>2)</sup>: "Der Einfluß des Kindergartens auf frühzeitige Gewöhnung der Kinder an Zucht und Ordnung ist unverkennbar und lohnt reichlich die ca. M 1 700 betragenden Kosten".

Zur preußischen Volksschule muß nicht nur deren Funktion hinsichtlich der Erziehung zu Gehorsam, Pflicht, Pünktlichkeit und Disziplin erwähnt werden, sondern auch die in der Volksschule zu beobachtende typische Verknüpfung dieser Zielvorstellungen (neben der Vermittlung von bestimmtem Grundwissen) und konfessionell-autoritärer Indoktrination<sup>3)</sup>.

1) Zitiert nach I. Fischer, a.a.O., S. 142.

2) Zitiert nach ebenda.

3) Siehe zu den Berichten von ehemaligen Schülern: L.Frank: Sieben Jahre Volksschule (1888-1895), in: W.Emmerich (Hrsg.): Proletarische Lebensläufe, Frankfurt/M, 1974, Band 1, S.310 -



Die Volksschule bzw. die allgemeine Schulpflicht war ein Zugeständnis des Adels während der Befreiungskriege an das Bürgertum, das - beeinflusst von der französischen Revolution - 'Gleiches Recht auf Bildung für alle' postulierte. Die Ausbildung in dieser Schule war stark orientiert an klerikal-feudalen Normen, vermittelt derer anhand von Katechismus, Gesangbuch, Fibel und Rohrstock auch Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht wurde (dazu muß allerdings bemerkt werden, daß das Bürgertum auf diese Art der Ausbildung im Gegensatz zu den technischen Schulen keinen Einfluß hatte). Neuere Erziehungsmethoden wurden von Lehrern und Kindern ängstlich ferngehalten, desgleichen ein zu hoher Grad von Bildung für das 'Volk'. So wurden beispielsweise im Gefolge der Reaktion zu Beginn der 1850er Jahre eine Reihe von Verfügungen und Gesetzen erlassen, die entsprechende pädagogische Bestrebungen schon im Keim ersticken sollten:

Das in den Seminaren mehrfach zur Geltung gekommene Streben, möglichst weite Kreise des Wissens zu ziehen, eine vielseitige allgemeine Bildung anzubahnen, das eigentlich Elementarische in Stoff und Methode als sich von selbst verstehend vorauszusetzen, widerspricht auf das bestimmteste dem Zwecke der Seminarbildung 1).

Aber nicht nur die staatliche Regelschule, sondern vor allem auch die damals weit verbreiteten Fabrikschulen hatten als pädagogische Ziele neben der Vermittlung von Grundwissen die Anerziehung von Disziplin, Gehorsam und Pünktlichkeit. Die Ent-

---

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 515:

312, sowie W. Holek: Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters, hrsg. v. P. Göhre, Jena, 1909, im folgenden zitiert als: I. Teil, S. 153 f.

1) Aus einem 'Regulativ für den Unterricht in den evangelischen Schullehrerseminaren' Oktober 1854, zitiert nach T. Schäffer: Das Ausbildungssystem in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, hrsg. v. E. Altvater und F. Huisken, Erlangen, 1971, S. 101-112, S. 106; diese evangelischen 'Schullehrerseminare der Monarchie' waren die Träger der Lehrerausbildung in Preußen.

Weitere Literatur zu den Volksschulen siehe Ch. Berg: Die Okkupation der Schule. Eine Studie zur Aufhellung gegenwärtiger Schulprobleme an der Volksschule Preußens, 1872 - 1900, Heidelberg, 1973, sowie J. Beck, M. Clemenz u.a.: Erziehung in der Klassengesellschaft. Einführung in die Soziologie der Erziehung, München, 1971 und hier besonders die Aufsätze von W. Markert: Dialektik des bürgerlichen Bildungsbegriffs (S. 17-51) und M. Clemenz: Technik, Wissenschaft und Bildung im organisierten Kapitalismus (S. 52 - 89).

stehung dieser Fabrikschulen war begünstigt durch die bis 1870/80 starke Verbreitung der Kinderarbeit (die danach wegen der staatlichen Gesetzgebung und des geringer werdenden Bedarfs an Kinderarbeit aufgrund der Mechanisierung der Arbeitsvollzüge erheblich verringert wurde). Da nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung alle in einer Fabrik arbeitenden Kinder vor dem vierzehnten Lebensjahr (auch wenn diese die in Bayern nur sieben Jahre umfassende Volksschule schon absolviert hatten) täglich drei Stunden Unterricht erhalten mußten, gingen größere Betriebe wieder dazu über, eigene Fabrikschulen zu errichten.

Die Fabrikschulen sind zu unterscheiden von den Industrieschulen<sup>1)</sup>. Letztere waren vor allem Ausdruck des Manufakturwesens; die dort im Kern erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse waren 'handwerklicher' Art. Hier wurden den Kindern Grundkenntnisse im Spinnen und Weben, Stricken, Nähen und Stopfen, Strohflechten usw. beigebracht, wobei nach kurzer Anlernphase produktiv - teilweise gegen Lohn - gearbeitet wurde. Die Industrieschulen im Manufakturwesen wurden deshalb notwendig, weil mit der Auflösung der Heimarbeit auch die Ausbildung der Kinder im Familienverband wegfiel, und weil zudem aufgrund der ökonomischen Zwänge viele Kinder der gesetzlichen Schulpflicht nicht nachkommen konnten, weil sie arbeiten und einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten mußten (in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lag dieser Anteil bei etwa 50 Prozent). Aber auch die Industrieschulen betonten schon stark das Element der Disziplin, Regelmäßigkeit, des Gehorsams. So hieß es in § 3 der Satzung einer sächsischen Klöppelschule<sup>2)</sup>:

In polizeilicher Hinsicht sollen die Klöppelschulen armen Kindern Gelegenheit zu einem, ihren Fähigkeiten und Kräften angemessenen Erwerbe darbieten und sie frühzeitig an Ordnung und Arbeitsamkeit gewöhnen. Auch können sie von den Ortspolizeibehörden als Zwangsarbeitsanstalten für arbeitsscheue und dem Müßigange ergebene Kinder benutzt werden.

Die Fabrikschulen hingegen sind typischer Ausdruck für die Phase der Durchsetzung der Großen Industrie. Zwar bestanden viele

---

1) Vgl. im folgenden E. Altwater: Industrieschulen und Fabrikschulen im Frühkapitalismus, in: Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, hersg. v.E.Altwater und F. Huiskens, Erlangen, 1971, S. 91-100.

2) Zitiert nach E. Altwater, a.a.O., S. 95.

Industrieschulen auch noch in den Anfangsphasen der Fabriken, sie waren jedoch nur der entsprechende Ausdruck für die relativ niedrige Mechanisierung dieser (vor allem Textil)Fabriken, die noch nicht auf Kinderarbeit im großen Stil verzichten konnten. Die Fabriken mit ihrer relativ fortgeschrittenen Mechanisierung, einer weitgehenden Arbeitsteilung usw. benötigten in der Phase der Durchsetzung der Großen Industrie zwar auch noch Kinderarbeit, die jedoch - auch noch im Vergleich zum Manufakturwesen - eine wesentlich geringere Qualifikation der Kinder voraussetzte. Dementsprechend ergab sich nicht mehr die Notwendigkeit, den Kindern Grundkenntnisse 'handwerklicher' Art beizubringen, sondern in verstärktem Maße Qualifikationselemente, die der monotonen und 'einfacheren' Fabrikarbeit angemessener waren: Disziplin, Gehorsam etc.

Die Ablösung der Industrieschulen durch Fabrikschulen markiert auch an einem Beispiel, das innerhalb des Bereichs der sekundären Sozialisation angesiedelt ist, den Übergang von vor- und protoindustriellen Arbeits- und Lebensweisen hin zum Versuch der Befriedigung der Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen. Sollten in den Industrieschulen noch Grundkenntnisse von handwerklichen Fähigkeiten den Kindern vermittelt werden, so waren diese Fähigkeiten im Zuge der Arbeitsteilung und Mechanisierung der Produktion weniger gefragt; an ihre Stelle traten zunehmend Anforderungen, die sich aus der Industriearbeit in der Form der Lohnarbeit ergaben, und die als soziale Qualifikationen (unter anderem Disziplin, Gehorsam) einen wesentlichen Stellenwert hinsichtlich der Funktion der Fabrikschule, soziale Normen zu vermitteln, innehatten.

Die auf privater unternehmerischer Basis organisierten Fabrikschulen wurden nun ihrerseits nach einer gewissen Zeit hinsichtlich ihrer Bedeutung und Zahl vermindert. Ein Grund ist darin zu sehen, daß - wie oben angedeutet - eine weitergehende Mechanisierung Kinderarbeit verdrängt hatte und auch entsprechende gesetzliche Schutzvorschriften Wirkung zeigten. Somit entfiel auch eine Begründung der Existenz der Fabrikschulen, die ja in der Kinderarbeit gelegen hatte. Die Funktion dieser Art der Schule übernahmen nun vollständig Fabrikkindergärten und staatliche Volksschulen.

Die Ablösung der Fabriksschule durch staatliche Regelschulen markiert nun den Beginn der 'Organisierung des Kapitalismus' in der Form eines stärkeren staatlichen Eingriffs in Sektoren, die vorher aufgrund von feudal bestimmten Status- und Rangunterschieden sehr ungleiche Eingangs- und Nutzungsbedingungen aufwiesen, oder konkret: dem weitaus größten Teil der Bevölkerung verschlossen blieben. Dieser stärkere staatliche Eingriff läßt sich aus dem bürgerlichen Selbstverständnis nach Freiheit und Gleichheit der Individuen begründen, das - normativ - auch gleiche Bildungsvoraussetzungen zum Inhalt hat, das aber durch die feudale Reaktion und deren obrigkeitsstaatliche, nationalstische und religiöse Anschauungen sich nie voll entfalten konnte, und auch aus dem Rentabilitätsstreben der Unternehmer herleiten. Dieses Streben gebietet die Zuweisung von 'unproduktiven', für den einzelnen Unternehmer nur kostenintensiven, Notwendigkeiten der industriellen Produktion sowohl in ihrer Kostendimension als auch hinsichtlich der Ausübung der Organisations- und Herrschaftsfunktion in die allgemeine gesellschaftliche Regulierungskompetenz.

Aber nicht nur Kindergärten, staatliche Volksschulen und Fabriksschulen hatten die Funktion der Vermittlung der Werte und Normen des industriellen Kapitalismus, verbunden mit einer spezifisch deutsch-preußischen Erziehung, orientiert an den Leitbildern militärischer Gehorsamsvorstellungen, sondern auch nahezu alle Wohlfahrtseinrichtungen, die Arbeiterinnen und vor allem jungen Mädchen zugute kommen sollten. So versuchten die Augsburger Textilindustriellen (mit Erfolg), die Fortbildungsschulpflicht für schulentlassene Mädchen (gegen die vergeblich gekämpft worden war) dahingehend für eigene Zwecke zu nützen, daß "diese Schulstunden nicht während der Arbeitszeit gehalten werden dürften und daß es sich dabei vorwiegend um einen Haushaltsunterricht handeln sollte" <sup>1)</sup>. Dabei liegt der Verdacht nahe, daß die allgemeine Qualifikation speziell der Mädchen und Frauen auf einem Stand gehalten werden sollte, der die Existenz einer industriellen Reservearmee speziell auch für die stark konjunkturabhängige (und zum Teil auch saisonal bedingte) Tex-

---

1) Zitiert nach I. Fischer, a.a.O., S. 143.



tilindustrie nicht gefährden konnte.

Insgesamt trug so die Erziehung wesentlich mit dazu bei, daß die Arbeiterkinder nach Beendigung der Schulpflicht (der im übrigen nie ganz nachgekommen wurde), der-sich zumindest für einen Teil von ihnen-anschließenden Disziplinierung durch die Militärzeit und vor Eintritt in die Fabrik schon in der Art und Weise sozialisiert worden waren, die den Anforderungen einer auf Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit, weitgehenden Unabhängigkeit von persönlichen Stimmungsschwankungen, Disziplin etc. angewiesenen Industriearbeit entsprach. Die Elterngeneration mußte erst während des Erwerbslebens an die Anforderungen industrieller Arbeit gewöhnt werden, was zu erheblichen Reibungsverlusten, d.h. also sozialen Unruhen und Produktionsminderungen, führte. Auf der anderen Seite beschleunigten diese vielfältigen Erziehungsmaßnahmen den Prozeß der Entwicklung zu einem 'modernen', 'gestandenen' Industriearbeiter, der seinerseits im Bewußtsein seiner Lage unmittelbare Interessen und Ansprüche auf Kontrolle der Arbeitsbedingungen anmelden konnte.

Allerdings sah die Realität bis 1914 derart aus, daß aufgrund des wachsenden Arbeitskräftebedarfs, der Veränderungen der Qualifikationsanforderungen, der großen Mobilität etc. immer wieder aufs neue 'erste' Industriearbeitergenerationen an industrielle Arbeit unter den Bedingungen der Lohnarbeit gewöhnt werden mußten, d.h. also auch, daß immer wieder auch die Kinder primär und sekundär entsprechend sozialisiert werden mußten und die Erziehungseinrichtungen nicht auf einer entsprechenden primären Sozialisation, die am Leitbild der 'modernen' Industriearbeiterfamilie orientiert gewesen wäre, nahtlos aufbauen konnten <sup>1)</sup>.

1) Die Schülerzahlen der Volksschulen stiegen bis 1914 ganz erheblich, die entsprechende Wachstumsrate lag über jener der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung. Dies deutet darauf hin - da ja die Zahl der Kinder pro Familie nach der Jahrhundertwende zumindest stagnierte - daß der Schulpflicht in größerem Maße als vorher nachgekommen wurde. Einer von mehreren Gründen lag sicherlich in der erst 1888 (in Preußen) eingeführten Schulgeldfreiheit für die Volksschule.

Die in manchen Industriestädten geradezu 'explodierenden' Schülerzahlen weisen noch einmal darauf hin, daß auch die (volks)-schulische Sozialisation sich bis 1914 vor die Aufgabe gestellt sah, immer wieder 'neue' Fabrikarbeitergenerationen an industriell-kapitalistische Arbeits- und Wirtschaftsweisen in einer von halbfeudalen Verhältnissen überformten bürgerlichen Gesellschaft entsprechend den Aufgaben und Funktionen der Volksschule zu gewöhnen.



### 2.2.2.5.3. Zum besonderen Protestverhalten der Arbeiterfrauen

Gerade auch die Kindererziehung in staatlichen und privaten Einrichtungen reproduzierte die Rollenteilung zwischen Mann und Frau, die sich beispielsweise in einer geringeren Qualifikation der Frau als Ausdruck ungleicher Chancen darstellte. Daraus ergibt sich die Frage, ob unter solchen Bedingungen gerade die heranwachsenden Töchter der Arbeiterfamilien und die Arbeiterfrauen ein Bewußtsein ihrer Position und Situation als Mitglied einer Industriearbeiterfamilie und - was für Frauen sehr viel schwieriger war als für Männer - als Mitglied einer bürgerlichen, von halb-feudalen Verhältnissen überlagerten Gesellschaft entwickeln konnte, das es möglich machte, unmittelbare Interessen aktiv zu vertreten und darüberhinaus allgemeine politische Ansprüche zu formulieren (von der direkten Kontrolle über die Arbeitsbedingungen bis hin zum gleichen Wahlrecht für Frauen).

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Orientierungslosigkeit der Männer angesichts der neuen ungewohnten Anforderungen der industriellen, auf Lohnarbeit beruhenden Arbeitsweise grundsätzlich auch für die Frauen galt, dies aber noch in verstärktem Maße. Denn die Festlegung auf eine bestimmte Frauenrolle war besonders in ländlichen Gebieten (aus denen zu einem großen Teil die Stadtbewohner kamen und zum Teil auch dorthin wieder zurückgingen, um nach dem Ablauf der landwirtschaftlichen Saison wieder Arbeit in der Stadt zu suchen) sehr viel starrer als in der Stadt, was zu vergrößerten Unsicherheiten der Frauen, die in die Stadt kamen, führte.

Allerdings muß hier unterschieden werden zwischen Frauen, die sich als Dienstboten in einer besonderen Abhängigkeit befanden <sup>1)</sup>,

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 520:

Eine eindrucksvolle Teilstudie hierfür gibt J. Reulecke in der Schilderung der Schulprobleme der Stadt Herne: Von der Dorfschule zum Schulsystem. Schulprobleme und Schulalltag in einer 'jungen' Industriestadt vor dem Ersten Weltkrieg, in: Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, hrsg. v. J. Reulecke und W. Weber, Wuppertal, 1978, S. 247 - 271.

1) Bis zur Jahrhundertwende organisierten sich die Dienstbotinnen kaum. Zwar gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Reihe von bürgerlichen und christlich orientierten Vereinen.

die in der Industrie arbeiteten und jenen (die den zahlenmäßig weitaus größeren Teil darstellten), die zu Hause blieben (sei es als 'Nur'-Hausfrau, sei es als Hausfrau mit zusätzlichen Heimarbeiter- (zum Beispiel Näherinnen)funktionen).

Auch als Fabrikarbeiterin wurde die Frau - wie wir gesehen haben - nicht als vollwertiger Arbeiter angesehen, weder vom Unternehmer noch vom Arbeiter selbst (wenn auch teilweise aus unterschiedlichen Gründen) <sup>1)</sup>. Frauenarbeit galt immer nur als Mittel des Zuverdienstes zum Lohne des eigentlichen Haupternähers, des Mannes, und wurde entsprechend auf dem Arbeitsmarkt gehandelt, was sich anhand der von Frauen geforderten Qualifikationen, des gebotenen Lohnes, der Arbeitsplatzsicherheit, der gebotenen Arbeitsplatzbedingungen etc. auch ablesen läßt. Die-

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 521:

Diese setzten sich für die Erhaltung patriarchalischer Grundsätze in der Familie und im Arbeitsbereich der Dienstboten ein, da sie diese für die Erhaltung der gesamten Kultur für wesentlich hielten. Eine Lösung der Dienstbotenfrage suchten diese Vereine durch Behebung der beklagten Mängel im Bereich der Gesindevermittlung und durch eine Besserung der Ausbildung zu erreichen. Erst nach der Jahrhundertwende waren die patriarchalischen Bindungen der Dienstboten soweit gelockert, daß sich Ansätze von gewerkschaftlichen Dienstbotenvereinigungen bilden konnten - sowohl von den christlichen als auch von den freien Gewerkschaften unterstützt (vgl. He. Müller, a.a.O., S. 245-257).

Die der Verbandsbildung vorgelagerten Protestreaktionen und -aktionen verblieben aber zumeist noch in den gewohnten Formen der Flucht (häufiger Stellenwechsel war die Regel), der Einbehaltung des 'Schwänzelgeldes' (auch Körbelgeld oder Marktgroschen genannt, d.h., der 'Herrschaft' wurde für auf dem Markt erstandene Waren ein höherer Preis als der tatsächlich bezahlte berechnet) und der sprichwörtlichen Klatschsucht und Neugier, die keine Bereiche der 'Herrschaft' ausließen. Andererseits entsprach aber gerade dieses 'Durchhecheln' der Dienstherrn mit Berufskollegen (vorwiegend während des Einkaufs, Kinderausfahrens, Wäschemangels etc.) auch dem Bedürfnis, wenigstens in dieser Form am Leben der Familie teilzunehmen, was den Dienstbotinnen auf andere Weise meistens verwehrt blieb.

1) Beide waren stark geprägt vom traditionellen Verständnis von den Aufgaben der Frau, bei beiden kamen aber unterschiedliche Motive hinzu: Während der Unternehmer sich diese traditionelle Auffassung zunutze machte, um eine industrielle Reservearmee, die für ihn ständige Verfügbarkeit von Arbeitskräften, die billiger und disziplinierter waren, bedeuteten, zu erhalten, bedeutete für den Arbeiter die Industriearbeit von Frauen oft eine Konkurrenz. Hinzu kam besonders bei Handwerkern und Facharbeitern die als Statussymbol empfundene Beschränkung der Frau auf Haushalt und Kinder.

ses auch durch die traditionelle Rollenzuweisung mitgeprägte und durch die Unternehmer geförderte Verständnis hatte auch erhebliche Konsequenzen hinsichtlich dessen, was allgemein von den Arbeitern (und hier speziell von Handwerkern und industriellen Facharbeitern) unter betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung verstanden wurde (und auch heute noch wird). Arbeiterinnen waren in hohem Maße in den Gewerkschaften und entsprechenden politischen Parteien unterrepräsentiert - und dies nicht nur, weil Unqualifizierte (und die Frauen waren im allgemeinen un- und angelernte Arbeiterinnen) ohnehin in den Organisationen der Arbeiterbewegung unterrepräsentiert waren.

Selbst in den Fabriken, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Frauen dem der Männer in etwa glich, konnten sich die Frauen nicht entsprechend artikulieren. So unterblieben auch in diesen Betrieben die Forderungen der Gewerkschaft nach Beseitigung der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Rosa Kempf schreibt dazu in ihrer zu Jahrhundertbeginn durchgeführten Untersuchung über die Lage von Münchener Fabrikarbeiterinnen <sup>1)</sup>:

Hier bei den Frauenlöhnen, hat die Selbsthilfe durch Organisationen als lohnbestimmender Faktor noch wenig Wirkung getan. Ich habe einen durchgreifenden Unterschied in der Bezahlung der Münchener Arbeiterinnen innerhalb der Betriebe mit starker, schwacher oder ganz fehlender gewerkschaftlicher Organisation nicht feststellen können, weshalb ich wiederholt aussprach, daß der Vorteil einer guten gemeinschaftlichen Organisation von Männern und Frauen gegenwärtig für die Frauen zunächst in besseren allgemeinen Arbeitsbedingungen gelegen sei; denn einmal ist der Prozentsatz der in den gemeinsamen Organisationen stehenden Frauen vielfach noch zu klein, als daß ihre Interessen mit genügender Energie verfochten werden könnten und dürften, und selbst wo sie in genügender Zahl - genügend nicht nur für den einzelnen Betrieb, sondern für das ganze Gewerbe - innerhalb der Organisationen stehen, spielen sie dort eine viel zu passive Rolle. Sie lassen sich meist führen und lassen andere für sich handeln, statt daß sie ihre eigenen Lebensinteressen selbst in die Hand nehmen.

Es galt der allgemeine Grundsatz, daß Frauen überall dort nichts zu suchen hätten, wo die Männer glaubten, stellvertretend für die Frauen auch für deren Interessen einzutreten (nämlich in den Gewerkschaften und in der SPD). Diese Feststellung steht in einem Gegensatz zu den Thesen und Programmen der Organisationen

---

1) R. Kempf, a.a.O., S. 190.

der Arbeiterbewegung, die besagten, daß ein wesentliches Element einer zukünftigen Gesellschaft auch die Gleichstellung der Frau sei, mit der schon in der existierenden kapitalistischen Gesellschaft durch die Einführung des Frauenwahlrechts begonnen werden müsse.

Eine Einführung des Frauenwahlrechts hätte jedoch zunächst nicht die Privilegien der Männergesellschaft beschnitten, da damit keineswegs die Aufstellung der Frauen als Kandidatinnen und deren Wahl ins Parlament gesichert worden wäre. Hingegen hätte die anteilmäßige Mitbestimmung der Frauen in den Gewerkschaften erhebliche Konsequenzen bezüglich des Verlustes oder wenigstens der Minderung von Privilegien der Männer hinsichtlich des Besitzes und der Wahrnehmung von Macht zur Folge gehabt. Gerade aber die die Organisationen der Arbeiterbewegung im wesentlichen bestimmenden Kräfte - Handwerker und (später auch) industrielle Facharbeiter - waren es, die sich vehement gegen solche Bestrebungen zur Wehr setzten <sup>1)</sup> - trotz ihrer anderen, immer wieder zur Schau getragenen und auf einer sehr abstrakten Ebene sicherlich ehrlich gemeinten Forderungen nach der notwendigen Gleichberechtigung von Mann und Frau <sup>2)</sup>.

---

1) Siehe dazu I. Fischer, a.a.O., S. 143.

2) August Bebel hat in anschaulicher Weise auf die zusätzlichen Belastungen der Frau hingewiesen (A. Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Berlin(Ost), 1964, 50. Aufl. 1909, S. 157 f.): "Oder beide, Mann und Frau, gehen auf Arbeit. Die Kinder sind sich selbst oder der Überwachung älterer Geschwister überlassen, die selbst der Überwachung und Erziehung bedürften. In fliegender Eile wird in der Mittagsstunde das meist elende Essen hinabgeschlungen, vorausgesetzt, daß die Eltern überhaupt Zeit haben, nach Hause zu eilen, was in Tausenden von Fällen wegen der Entfernung der Arbeitsstätte von der Wohnung und der Kürze der Pausen nicht möglich ist; müde und abgespannt kehren beide abends heim. Statt einer freundlichen, anmutenden Häuslichkeit finden sie eine enge, ungesunde Wohnung, die oft der Luft und des Lichtes entbehrt, und in der meist auch die nötigsten Bequemlichkeiten fehlen. Die zunehmende Wohnungsnot mit den daraus erwachsenden entsetzlichen Mißständen ist eine der dunkelsten Seiten unserer sozialen Ordnung, die zu zahlreichen Übeln, zu Lastern und Verbrechen führt. Und die Wohnungsnot wird trotz aller Versuche zur Abhilfe in den Städten und Industriebezirken mit jedem Jahre größer. Immer weitere Schichten werden von ihr erfaßt: kleine Gewerbetreibende, Beamte, Lehrer, kleine Kaufleute usw.

Die Frau des Arbeiters, die abends müde und abgehetzt nach Hause kommt, hat von neuem alle Hände voll zu tun; Hals über Kopf muß sie arbeiten, um in der Wirtschaft nur das Notwendigste instand zu setzen. Die Kinder werden eiligst ins Bett gebracht, die Frau



Insofern war es für die Industriearbeiterin nur sehr schwer möglich, sich nachhaltig in den traditionellen Vertretungsorganen zu artikulieren und auch durchzusetzen. Diese Hindernisse selbst in den Organisationen, die programmatisch die Emanzipation der Frauen forderten, verstärkten nur noch die Schwierigkeiten für die Industriearbeiterin, ein angemessenes Bewußtsein ihrer Situation und Position als industrielle Lohnarbeiterin in einer sich noch nicht vollständig durchgesetzten bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln, das sich in bestimmten Verhaltensweisen und Handlungen hätte ausdrücken können, zumal die traditionellen und strukturellen Gegebenheiten der Arbeiterin schon von vornherein eine im Vergleich zum Arbeiter geringere Möglichkeit einer adäquaten Verarbeitung der an sie gestellten Anforderungen beließen.

So bauten die Arbeiterfrauen eine Solidarität auf, die sich auf einer anderen Grundlage entwickelte als jene der Arbeiter, die ihr Bewußtsein aus dem Erkennen des gemeinsamen Schicksals als industrielle Lohnarbeiter bezogen <sup>1)</sup>. Die Frauen verständigten

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 524:

sitzt und näht und flickt bis in die späte Nacht. Die ihr so nötige Unterhaltung und Aufrichtung fehlt ihr. Der Mann ist oft unwissend, die Frau weiß noch weniger, und das wenige, was man sich sonst zu sagen hat, ist rasch erledigt. Der Mann geht ins Wirtshaus, um dort die Annehmlichkeiten zu finden, die ihm zu Hause fehlen; er trinkt, und ist es noch so wenig, er verbraucht für seine Verhältnisse zu viel. Unter Umständen verfällt er dem Laster des Spieles, das auch in den höheren Kreisen der Gesellschaft viele Opfer fordert, und verliert noch mehr, als er vertrinkt. Unterdes sitzt die Frau zu Hause und grollt; sie muß wie ein Lasttier arbeiten, für sie gibt es keine Ruhepause und Erholung; der Mann benutzt so gut er kann die Freiheit, die ihm der Zufall gibt, als Mann geboren zu sein. So entsteht die Disharmonie.

Ist aber die Frau weniger pflichtgetreu, sucht sie am Abend, nachdem sie müde von der Arbeit heimgekehrt ist, eine berechnete Erholung, so geht die Wirtschaft rückwärts, und das Elend ist doppelt groß."

Dazu muß bemerkt werden, daß es gerade die Sozialdemokratie war, die ihre Parteiversammlungen sehr oft in Gaststätten abhielt und so die Frauen auch aus diesem Grunde von solchen Vertretungsformen fernhielt - und dies nicht nur aus Gründen des verbotenen Zutritts in Betrieben und der (in Großbetrieben zutreffenden) Befürchtung, in Betrieben über keinen Massenanhang zu verfügen, um eine solche Versammlung durchführen zu können, sondern auch aus der Funktion der Gaststätte als Kommunikationsort fast nur für Männer.

1) An dieser Stelle soll die Allgemeinheit dieser Aussage nicht



sich auf der Grundlage ihrer allgemeinen Unterprivilegierung - die durch den industriellen Kapitalismus noch die oben geschilderte spezifische Prägung erhielt - und handelten auch entsprechend <sup>1)</sup>. Ein Beispiel dafür ist die schon oben genannte Solidarität bei den Abtreibungen, die sich außerhalb der Legalität entwickelte, und die auch bei anderen Gelegenheiten - so in Hamborn mit der aktiven Rolle der Frauen während der Hungerunruhen 1917/18 <sup>2)</sup> - urplötzlich in Erscheinung trat.

Andere Beispiele dafür sind die nachbarschaftlichen Beziehungen innerhalb der Stadtviertel, die sich vor allem in solidarischen Hilfen bei Notfällen bewährten, und die in ihren tagtäglichen Erscheinungsformen hauptsächlich von Frauen getragen wurden (vor allem auch deshalb, weil eben die Frauen in ihrer Mehrzahl zu Hause blieben und dort die Arbeit verrichteten).

Diese nachbarschaftlichen Beziehungen waren besonders stark unter den Bergarbeiterfamilien verbreitet. Ein Grund für die stärkere Ausprägung dieser spezifischen Solidarität gerade unter den Bergarbeiterfamilien ist in deren Wohnformen zu suchen. In keiner anderen Branche gab es eine derartige räumliche Konzentration von entsprechenden Arbeiterfamilien in bestimmten Wohnvierteln. Hinzu kam bei den Bergarbeitern auch noch eine relativ geringe branchen- und berufsmäßige Mobilität, die eine Kontinuität derjenigen Denk- und Verhaltensweisen beinhalteten, die sich aus der Arbeit ergaben <sup>3)</sup>. Diese Kontinuität wurde ausgebaut durch ein bestimmtes Heiratsverhalten von Bergarbeitersöh-

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 525:

weiter differenziert werden; siehe in diesem Zusammenhang die schon weiter oben gemachten Bemerkungen hinsichtlich der vielfältigen Bestimmungsgründe für Verhaltensweisen und Handlungen von Industriearbeitern.

1) Damit mußte sich diese Solidarität nicht zwangsläufig gegen die Männer richten, sie war durchaus auch gegen das kapitalistische System gerichtet und begriff dieses als eine wesentliche Ursache für die Unterprivilegierung der Frau.

Zu den Wandlungen des Frauenwiderstandes unter den vorindustriellen Bedingungen der Familienökonomie hin zu jenen unter den besonderen Unterdrückungen durch die Industrialisierung siehe C. Honegger, B. Heintz (Hrsg.): Listen der Ohnmacht. Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen und Verweigerungsstrategien. Frankfurt/M, 1981.

2) Vgl. E. Lucas: Radikalismus, a.a.O., S. 75.

3) Davon unberührt bleibt die räumliche Mobilität, die auch unter den Bergarbeitern sehr hoch war, die aber nicht in dem Maße mit einem Wechsel zu anderen Berufen und Branchen verbunden war, wie sich dies in anderen Berufen und Branchen darstellte.

nen und -töchtern, die häufiger untereinander heirateten als dies andere Arbeiterkinder taten <sup>1)</sup>.

Hinzu kam, daß es eine sehr viel stärkere Verbindung der Bergarbeiterfamilien zu dem Beruf des Mannes gab <sup>2)</sup>, die unter anderem eine genaue Kenntnis der Gefahren dieses Berufes mit sich brachte. Im Vergleich zu anderen Branchen und Berufen ist festzuhalten, daß gerade die Frauen von Bergarbeitern sehr genau die Arbeitsbedingungen und die damit verbundenen Risiken kannten. Diese genaue Kenntnis, verbunden mit einer starken Angst, daß dem Mann während der Arbeit unter Tage ein Unglück zustoßen könnte, dessen Folge die Verelendung der Familie bedeuten würde, ließ die Bergarbeiterfrau stärker an der Arbeit des Mannes teilnehmen, als es bei anderen Frauen der Fall war. Die stärkere Teilnahme als Ausdruck der Angst vor den Gefahren der Arbeit zeigte sich vor allem in der starken Kommunikation mit ebenso betroffenen (Bergarbeiter)-frauen, die bis zur tatkräftigen Hilfe für durch ein Unglück heimgesuchte Familien reichte.

Die Solidarität der Frauen, die sich auf einer anderen Grundlage als die der Männer entwickelte, war aber durchaus auch ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung eines allgemeinen Bewußtseins hinsichtlich der adäquaten Verhaltensweisen und Handlungen angesichts der Anforderungen industrieller Lohnarbeit unter allen Mitgliedern der Arbeiterfamilie <sup>3)</sup>.

#### 2.2.2.5.4. Die Funktion der Familie zur Stabilisierung des industriellen Systems

In diesem Zusammenhang müssen auch Überlegungen darüber angestellt werden, ob nicht eine Funktion der Arbeiterfamilie auch in der Stabilisierung solcher Verhältnisse zu sehen ist, die

---

1) Vgl. D. Crew, a.a.O., S. 206 f.

2) D. Crew sieht in dieser von ihm so bezeichneten Berufsgemeinschaft den wesentlichsten Grund für das stärkere Protestverhalten der Bergarbeiter im Vergleich etwa zu den Metallarbeitern, vgl. ebenda, S. 199 ff.

3) Daß sich dabei dieses Bewußtsein sehr differenziert, mit vielen Brüchen und auch unterschiedlich weit entwickelte, soll hier nicht weiter ausgeführt werden (siehe dazu auch die Bemerkungen über die unterschiedlichen Entwicklungen in den Branchen).

wir als industrielle, auf Lohnarbeit und Erzielung von Profit ausgerichtete und durch das Herrschafts- und Kooperationsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit gekennzeichnete bezeichnen. Die Stabilisierungsfunktion der modernen Industriearbeiterfamilie als einer über die Funktion einer reinen Konsumgemeinschaft erheblich hinausgehenden Institution setzt voraus, daß die Rolle des Mannes in seiner Aufgabe als 'Haupternährer' (die zwar historisch nur teilweise in dieser Totalität wahrgenommen werden konnte, die aber durchaus als gesellschaftliche Norm allgemein akzeptiert wurde) von der Familie und speziell von der Frau auch anerkannt wird. Dabei stellt sich diese Stabilisierungsfunktion in dreifacher Weise dar:

1. Ohne die von der Frau des Arbeiters verrichtete Hausarbeit und Kindererziehung hätte sich der industrielle Sektor nie so entwickeln können wie dies tatsächlich geschah. Dabei erhielt die Hausarbeit von der Gesellschaft nur einen geringen Status zugewiesen, sie war und ist aber tatsächlich die geheime materielle und moralische Grundlage des industriellen Kapitalismus;
2. desweiteren als persönliche Stabilisierung des industriellen Lohnarbeiters hinsichtlich der Anforderungen der industriellen Arbeit und der grundsätzlichen Unsicherheit der Lohnarbeitersituation;
3. - durch das zweite mit bedingt - als Stabilisierung der Gesellschaft im allgemeinen und zugleich auch betrieblicher Verhältnisse, da nun durch die Stabilisierung des Arbeiters in der Familie zusätzliche Kapazitäten zur Verarbeitung der von Gesellschaft und Betrieb gestellten Anforderungen frei werden konnten, und insofern beispielsweise die Tätigkeit jedes einzelnen Arbeiters in einem höheren Maße verfügbar gehalten und auf Dauer gestellt und gesichert wurde und auch heute noch wird <sup>1)</sup>.

---

1) Die Stabilisierung der Gesellschaft und der industriellen Produktion durch die Familie und das bürgerliche Rechtsinstitut der Ehe wird dadurch noch vergrößert, daß die im bürgerlichen Privatrecht quasi schrankenlose Freiheit der Vertragskündigung durch eben die Familie und die Ehe wieder eingeschränkt wird. Denn der industrielle Lohnarbeiter muß aufgrund des Zwangs, nicht nur sich, sondern auch seine Familie zu ernähren, sowie aufgrund des - im Eherecht normierten und darüberhinaus im gesellschaftlichen Selbstverständnis eingelebten - Verbots der

Hinzu kommt, daß bei einer Konzentration der Verhaltensweisen auf die Familie die Möglichkeit (oder Gefahr?) besteht, daß die Arbeiter in einem höheren Maße ein instrumentelles Verhältnis zu ihrer Arbeit entwickeln, als dies bei einem geringeren Stellenwert des außerbetrieblichen Lebens hinsichtlich des Erfahrungsbereichs der Arbeiter gilt.

Gerade die Tatsache, daß innerhalb der 'privaten' Sphäre, und hier insbesondere in den oftmals tabuisierten Bereichen der Familie, tradierte Denk- und Verhaltensmuster lange Zeit fortwirkten und so den Erfordernissen der industriell-kapitalistisch organisierten bürgerlichen Gesellschaft widersprachen, läßt den Anpassungsdruck und die - sicher auch mit resignativen Zügen behaftete - Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit der Arbeiter deutlich werden.

Die Orientierungslosigkeit der Arbeiter angesichts des Zerbrechens der alten Ordnungsvorstellungen und der neuen, scheinbar übermächtigen Normierungen der Industriegesellschaft war besonders in dem Bereich spürbar, auf den die bürgerliche Gesellschaft prinzipiell keine direkten Zugriffsforderungen erhob, und der von ihr als privat und für jedes Individuum selbst regulierbar ausgegeben wurde.

Erhoben vorindustrielle Lebens- und Arbeitsweisen noch den Anspruch auf direkte Regelung auch der Familienverhältnisse - sowohl aus politischen Gründen (Feudalismus) als auch aus der Tatsache, daß hier Lebens- und Arbeitsbedingungen als ganzheitlich verstanden und Beziehungen personal geregelt wurden -, so konnte und mußte sich die bürgerliche Industriegesellschaft mit dem direkten Zugriff auf die Arbeitsbedingungen begnügen, während die Privatsphäre durch die gesellschaftliche kulturelle Vermittlung von Werten eher indirekt normiert wurde <sup>1)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 528:

Promiskuität einen Teil seines grundsätzlich uneingeschränkten Rechts auf jederzeitige Vertragskündigung aufgeben, um diesen Erfordernissen irgendwie gerecht zu werden. Gerade aber dieser durch die Ehe eingeübte hohe Grad an Verbindlichkeit hatte auch Auswirkungen hinsichtlich der Beziehungen zur Arbeit und war eine wesentliche Voraussetzung der industriellen Produktion, die bei uneingeschränkter und totaler Mobilität binnen kurzer Zeit zusammenbrechen würde.

1) Wie brutal und gewaltsam auch diese indirekt wirkenden An-



Hierin liegt letztlich auch ein entscheidender Unterschied zwischen an vorindustriellen Ordnungsvorstellungen orientierten sozialen Betriebspolitiken von Unternehmern - die zum Beispiel noch Eheschließungen von Belegschaftsangehörigen von ihrer Zustimmung abhängig machten - und jenen 'modernen' Unternehmern, die auf das Privatleben der Belegschaftsangehörigen 'nur' indirekten Druck auszuüben versuchten, sei es durch Einfluß von Unternehmerverbänden auf die staatliche Gesetzgebung bezüglich des Ehe- und Familienrechts, sei es durch die - auch auf dem Arbeitsmarkt wirkende - offizielle Anerkennung der privaten Sphäre der Arbeiter als allein in deren Regelungsbereich fallend mit dem Ziel einer zufriedenstellenden Kooperation in Betrieb und Gesellschaft.

Gerade der Arbeitsmarkt einschließlich seines rechtlichen Rahmens, grundsätzlich gegeben durch den mit der Gewerbeordnung

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 529:

passungszwänge gehandelt wurden, zeigt ein Passus aus der schon mehrfach erwähnten Studie eines Leipziger Arbeiterhaushaltes:

"In dem Bekleidungszustand der Kinder zeigt sich ein für die Lebenshaltung der Arbeiter sehr wohlthätiger volkswirtschaftlicher Einfluß der Schule, von welchem diese selbst allerdings wohl kaum eine Ahnung haben dürfte. In dem Streben, die Kinder an Ordnung und Reinlichkeit zu gewöhnen, zwingt sie dieselben, nicht in unsauberer und zerrissener Kleidung zu erscheinen, gestattet auch nur in den wärmsten Sommermonaten, daß die Kinder barfuß gehen. Sie geht darin mit lobenswerter Energie vor, so wurde einmal die Tochter der Arbeitsleute nach Hause geschickt, weil sie keine Schürze umgebunden hatte. Infolgedessen ging am anderen Tag die Mutter nach Leipzig, um 2 Stück für zusammen 12 Ngr. zu kaufen, obgleich sie dabei einen halben Arbeitstag verlor. Da dieser Zwang gegen das Herabsinken auf eine größere Bedürfnislosigkeit nicht nur gegen einzelne Arbeiterindividuen, sondern gegen die gesamte Arbeiterschaft geübt wird, so folgt daraus eine ähnliche Wirkung, wie sie die staatliche Festsetzung eines Minimallohnes haben würde. Freilich wird dieses Ziel vielfach auf schmerzlichem Wege und in sehr beschränktem Maße erreicht." (in H. Mehner, a.a.O., S. 323).

Diese Anpassungszwänge wurden auch von den Leuten, die - wie der Berichterstatter - durchaus liberal und verständnisvoll die kritische Lage der Arbeiterhaushalte analysierten, hingenommen, ja als notwendiger gesellschaftlicher Fortschritt gutgeheißen. Dieses drückt die immense gesellschaftliche Isolierung der Arbeiter von der übrigen Gesellschaft aus, die es als selbstverständlich hinnahm und darüberhinaus auch kategorisch forderte, daß sich die Arbeiter den Normen der individualistischen Handlungsweise anzupassen hatten. Wenn sie dies nicht taten, erfolgten erhebliche Sanktionsmaßnahmen; wie hier durch die Ächtung der Schulkinder, die dann ihrerseits - um von der schulischerseits angeordneten Außenseiterrolle wegzukommen - erheblichen Druck auf die Eltern ausübten.



eingeführten freien Arbeitsvertrag - der sowohl die Freiheit des Vertragsabschlusses als auch die Freiheit der Vertragskündigung beinhaltet; mußte aufgrund des von der individualistischen Handlungsweise geprägten Verständnisses der Trennung von Arbeit und Leben auf unmittelbare regulative Eingriffe in die Privatsphäre und hier insbesondere die Familienverhältnisse verzichten.

Der freie Arbeitsvertrag wurde 1869 im Norddeutschen Bund und später im ganzen Deutschen Reich als Teil der Gewerbeordnung offiziell gültiges Rechtsinstitut <sup>1)</sup>. Mit ihm wurde aber nicht nur die formale Gleichheit von Unternehmer und Arbeiter, die sich als Rechtspersonen gegenseitig dazu verpflichteten, Arbeitsleistung gegen Entgelt zu tauschen, geregelt, sondern es wurden - informell über den Arbeitsmarkt und damit im Arbeitsvertrag mitgeliefert - tendenziell individualistische Konkurrenzverhältnisse konstituiert, die ihrerseits sowohl Bedingung als auch Folge der wirtschaftlichen Machtüberlegenheit des Unternehmers waren.

Der Arbeitsmarkt verlangte auf gesellschaftlicher - auf Marktebene eine Anpassung an individualistische Verkehrsformen, die sich von denen vorindustrieller Arbeits- und Wirtschaftsweisen (zum Beispiel ökonomische Autonomie, ständische Solidarität) unterschieden.

Gewerbefreiheit und freier Arbeitsvertrag waren damit nur gesetzlicher Ausdruck einer sachlichen Notwendigkeit der industriellen Arbeits- und kapitalistischen Wirtschaftsweise; sie konnten sich auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einigen wesentlichen Bereichen noch nicht voll durchsetzen.

Gemeint ist damit an dieser Stelle vor allem die Landwirtschaft, aus deren Bereich ein immer größer werdender Teil von Industriearbeitern rekrutiert wurde, und die damit prägend für Verhaltensweisen und Handlungen der entsprechenden 'ersten' Industriearbeitergenerationen wurde.

---

1) Vgl. dazu auch G.K.Anton: Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme durch die Reichsgewerbeordnung. Berlin, 1953.

#### 2.2.2.6. Die rechtliche und faktische Stellung der Landarbeiter und ländlichen Dienstboten im Spannungsfeld zwischen der sachlichen Notwendigkeit der Gewerbefreiheit und dem Beharren auf feudalen Abhängigkeitsverhältnissen

An dieser Stelle ergibt sich die Notwendigkeit einer Betrachtung des erheblichen Einflusses der Landwirtschaft auf die gesellschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland auch noch und gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Es wird sehr oft übersehen, daß 1867 (1890) der Anteil der in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen 52 % (43 %) aller Beschäftigten, jener in der Industrie, Handwerk, Bergbau und Salinen 27 % (34,6 %) und der Dienstbotenanteil 9 % (6 7 %) betrug. Dieser erhebliche Anteil der in der Landwirtschaft etc. sowie im Dienstbotensektor <sup>1)</sup> Beschäftigten wird zwar in der gängigen Literatur bisweilen auch hervorgehoben, bleibt aber - wenn es um Diskussionen bezüglich der Industrialisierung und deren Folgen geht - ohne inhaltliche Konsequenz.

Dabei genügt es nicht, nur festzustellen, daß auch noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, also während der Zeit des Umbruchs zur endgültigen Durchsetzung der Großen Industrie, ein bedeutender Teil in und von der Landwirtschaft lebte und beispielsweise 1890 immerhin die Zahl der in häuslichen Diensten Arbeitenden jene in Bergwerken und Salinen um knapp das Vierfache übertraf, sondern es müssen vor allem das Verhältnis des Landarbeiters/Bauern zu ihrer Arbeit, das ein anderes war als jenes des Industriearbeiters, und die rechtlichen und faktischen Arbeits- und Lebensverhältnisse auf dem Lande in Betracht gezogen werden <sup>2)</sup>, und dies aus mehreren Gründen:

Die zunehmende Rekrutierung der Industriearbeiter aus der Landwirtschaft (siehe die steigenden Zahlen der Ost-West-Wanderung und die immerhin abnehmenden Anteile der in der Landwirtschaft Arbeitenden) sowie der hohe Anteil der sich in einem Arbeiter-

---

1) Im folgenden wird hauptsächlich der ländliche Dienstbotensektor betrachtet, der städtische wird nur am Rande herangezogen.

2) Es gibt eine erhebliche Anzahl von zeitgenössischer Literatur, die sich mit diesen Verhältnissen auseinandersetzt; als Beispiel für viele sei hier nur genannt: Die Verhältnisse der Landarbeiter, Schriften des Vereins für Socialpolitik. Jena, 1902.

leben wiederholenden Stadt-Land/Land-Stadt-Wanderungen an der gesamten räumlichen Mobilität (siehe dazu die Bemerkungen zu den saisonalen und auch konjunkturellen Schwankungen der Migration) zeigen die vielfältigen Verflechtungen zwischen gewerblicher Stadt- und der Agrarbevölkerung.

Diese ländlichen Arbeiter, die jetzt in die (städtische) Industrie kamen, standen vor einem dreifachen Problem, das die Handlungsrelevanz der betroffenen Individuen zur sachlichen Durchsetzung ihrer Interessen als industrielle Lohnarbeiter sehr stark störte, wenn nicht sogar zu Anfang unmöglich machte:

- Zum ersten stießen sie auf schon strukturierte Belegschaften und sahen sich somit einer anderen Situation gegenübergestellt als die ersten Industriebelegschaften;
- zum zweiten waren die ehemaligen Landarbeiter/Bauern andere Abhängigkeitsverhältnisse gewohnt, als sie sie in der Industrie vorfanden; ihr Verhältnis zur (Land)Arbeit war anders als die jetzt an sie gestellten Anforderungen der industriellen Arbeitsweise; darüberhinaus kamen sie zum Teil aus ethnischen und kulturellen Einbindungen, die unterschiedlich zu jenen ihrer neuen Heimat waren;
- zum dritten konnten die ehemaligen Bauern/Landarbeiter die für sie neuen Verhältnisse keineswegs mit einem einheitlichen und stimmigen, wenn auch rückwärtsgewandten Interpretationsmuster beurteilen, da auch die auf dem Land bisher gültigen Traditionen brüchig geworden waren.

Die Spannungen zwischen der sachlichen Notwendigkeit der Gewerbefreiheit, die sowohl Voraussetzung als auch Folge der auch im Agrarbereich sich allmählich durchsetzenden Kapitalisierung und Industrialisierung waren, und dem Beharren auf feudalen Abhängigkeitsverhältnissen bewirkten eine Entlegitimierung der gewohnten Herrschaft auf dem Lande. Die Devotion gegenüber dem Herrn als wesentlichem Ausdruck gerade der ostelbisch-junkerlichen Gutsherrschaft geriet in eine Krise; bürgerliche Aufklärung und die Notwendigkeiten der Industrialisierung und Kapitalisierung auch der Landwirtschaft bewirkten eine Infragestellung der letztlich monarchischen Herrschaft, die eine wesentliche Legitimierung des alten preußischen Systems darstellte.

Folge der Krise war die Entmoralisierung von Herrschaft, die sich aber keineswegs zu einer Gewerbefreiheit im Agrarbereich auswuchs, sondern nur zu der Einführung von verschleierte Lohnarbeitsverhältnissen auf dem Lande geriet. Die individualistische Handlungsweise als eigentliche Folge der bürgerlichen Aufklärung (die natürlich auch deren Voraussetzung ist), und damit auch die Entwicklung einer individuell verfügbaren Handlungskompetenz, setzten sich auf dem Lande nicht voll durch; das bedeutete auch, daß der freie Arbeitsvertrag rechtlich nicht für die Landarbeiter galt. Ein Grund für die Krise in der Landwirtschaft - zugleich Krise des halbfeudalen preußisch-deutschen Staatswesens - war die Unsicherheit gegenüber alten und neuen Herrschaftsformen, denn die bürgerliche Herrschaft hatte nie denselben hohen Grad an Legitimation wie die monarchische, die ihrerseits aber durch Aufklärung und Industrialisierung an Gültigkeit verlor.

Diese so die Umbruchperiode kennzeichnenden Unsicherheiten wirkten sich vor allem unter den immer 'ersten' Industriearbeitergenerationen, die vom Lande in die Stadt kamen, aus. Sie standen vor den oben genannten Schwierigkeiten, die sich in ganz bestimmter Art und Weise in ihren Verhaltensweisen und Handlungen ausdrückten und die sowohl von den Gutsherren als auch (interessanterweise, aber doch auch wieder typisch) von den industriellen Unternehmern als 'frech, aufsässig, unwillig' etc. bezeichnet wurden.

Nun wäre es sicher nicht richtig, würde man eine direkte Verbindung zwischen den (mit Mühe aufrechterhaltenen) Abhängigkeitsverhältnissen in der Gutsherrschaft und den Betriebsordnungsversuchen der Unternehmer, die als autoritär und letztlich vorpolitisch bezeichnet werden können, konstruieren. Tatsache ist aber - und hier setzt die Berechtigung der Ausführungen über den Agrarbereich an -, daß es neben der aufgrund der Rekrutierung vieler Industriearbeiter aus dem ländlichen Bereich entstandenen Verbindung zwischen Landwirtschaft und Industrie/Gewerbe auch noch eine entsprechende Verbindung zwischen beiden Bereichen dergestalt gab, daß das Selbstverständnis der Träger des preußischen Machtkartells, das von einer natürlichen Überlegenheit gegenüber dem 'einfachen Volk' (und im übrigen auch gegenüber dem Bürgertum) ausging und es zu einer devotionalen

Grundhaltung gegenüber dem Herrn verpflichtete, als politisch maßgeblich im preußisch-deutschen Reich wurde und auch eine allgemeine, abstrakte Geltung im industriellen Bereich, in den Betrieben, erhielt. Dies umso mehr, als Gutsherrschaft und Schwerindustrie nach 1878 eine ökonomisch begründete Interessenkoalition eingingen <sup>1)</sup> und somit die Etablierung eines autoritären Selbstverständnisses vorantrieben.

Die Entwicklung einer politischen Handlungskompetenz als Ausdruck einer angemessenen Verarbeitung der Situation und Position als industrieller Lohnarbeiter der jetzt neu in die Industrie gekommenen ehemaligen Landarbeiter/Bauern wurde also in doppelter Weise erschwert:

- zum einen prallten die gewohnten, auf der Devotion gegenüber dem Herrn beruhenden Verhaltensregeln gegen eine im Prinzip freie Lohnarbeit in der Stadt, die grundsätzlich auch den Bedingungen des bürgerlichen Individualismus und der politischen liberalen Integration entsprechen mußte; parallel dazu entstand ein Bruch des alten ganzheitlichen, auf einer allgemeinen Qualifikation beruhenden, von der Natur weitgehend abhängigen (und entsprechend direkt erfahrenen) Verständnisses von Arbeit. Mit der Arbeit in der Industrie mußte man sich auf zeitlich und technisch genaue, kontinuierliche, auf technisch vermittelter Kooperation beruhende, spezifische technische Qualifikationen verlangende industrielle Arbeit umstellen. Diese Umstellung wurde erleichtert und zugleich erschwert durch die Entlegitimisierung der Herrschaft im junkerlich-agrarischen Bereich, die zwar einerseits die Loslösung von alten Wertmaßstäben beschleunigte (und somit die Anpassung an Industriearbeit als Lohnarbeit erleichterte), die aber andererseits für eine noch größere Unsicherheit der ehemaligen Landarbeiter/Bauern angesichts der neuen Anforderungen sorgte und damit ein schnelles Zurechtfinden (wenn auch in einem solchen Falle mit rückwärtsgewandten Beurteilungsmaßstäben) nicht zuließ;
- zum andern ließen die autoritären Betriebsordnungsversuche

---

1) Polanyi bezeichnet als soziologischen Hintergrund des Kampfes zwischen Liberalismus und Reaktion (Junkertum) den 'Widerstand gegen die Mobilisierung des Bodens' (K.Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaft-



der industriellen Unternehmer kaum Entwicklungsmöglichkeiten einer der der industriell-kapitalistisch organisierten Produktion adäquaten Lohnarbeiterrationalität zu. Erschwert wurde die Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse dadurch, daß schon bestimmte Belegschaftsstrukturen vorhanden waren und die 'Neuen' sich dem Problem der Eingewöhnung stellen mußten, zumal eine der Lohnarbeiterposition durchaus adäquate individuelle Konkurrenz die Trennung zwischen schon vorhandenen Belegschaftsteilen und den jetzt hinzugekommenen Arbeitern noch verschärfte.

Es ist nun im folgenden notwendig, daß die rechtliche und faktische Eingebundenheit der Landarbeiter, Bauern und ländlichen Dienste in ihrem feudal-ständischen Abhängigkeitsverhältnis, das vom Dienstherrn bestimmt wurde, das aber aufgrund technischer, ökonomischer und sozialer, letztlich gesellschaftlicher Veränderungen nicht mehr die entsprechende Fürsorgepflicht des Herrn enthielt, in einem Rahmen zu konkretisieren, der die - oben abstrakt angedeutete - Prägung der vom Lande kommenden, nun in der Industrie Arbeit suchenden Menschen durch ihre vor-maligen Verhältnisse verdeutlicht.

Gerade die Rechtsvorschriften für die Landarbeiter zeigen eine Mischung verschiedener Traditionen und einander widersprechender Tendenzen (so das Mit- und Gegeneinander von modernem bürgerlichem Vertragsdenken und feudal bestimmter patriarchalischer Verfügungsmacht). Flemming vergleicht zu Recht das ländliche Arbeitsrecht mit dem Heerwesen dahingehend, daß beide am beharrlichsten den "agrarisch geprägten vorkonstitutionellen Obrigkeitsstaat ... gegen die Herausforderungen des Liberalismus und den Einfluß der heraufziehenden Industriegesellschaft zu ver-

---

Fortsetzung Fußnote 1) von Seite 535:

ten und Wirtschaftssystem. Frankfurt/M, 1978, S.249-253). Durch den Freihandel wurden immer größere geschlossene Gruppen von landwirtschaftlichen Produzenten in Europa eliminiert, unterstützt durch die Entwicklung moderner Transportmittel, die den freien Welthandel noch förderten bzw. in diesem Umfang erst ermöglichten. Dabei "hatten die Freihandelsexponenten vergessen, daß Grund und Boden einen Teil des Landesterritoriums bildeten, und daß der territoriale Charakter der Souveränität nicht nur die Folge sentimentaler Gedanken und Erinnerungen, sondern massiver Tatsachen war, einschließlich ökonomischer" (ebenda, S.251).

teidigen suchten" <sup>1)</sup> .

Umfassende, für Tagelöhner und Gesinde <sup>2)</sup> gleichermaßen gültige Rechtsnormen gab es nicht, und selbst das Gesinderecht war regional höchst unterschiedlich <sup>3)</sup> . Die über ein Dutzend Gesindeordnungen entstammten durchweg dem Anfang oder der Mitte des 19. Jahrhunderts. Das Bürgerliche Gesetzbuch, das nach 1900 das Allgemeine Landrecht von 1794 ablöste, fand zwar Anwendung auf die Verträge von Gutstagelöhnern und Freiarbeitern, nicht jedoch auf Knechte, Mägde und Scharwerker. So blieb für weite Teile der Landarbeiter die 'Gesindeordnung für sämtliche Provinzen der preußischen Monarchie' zuständig, die 1810 erlassen wurde, und die die 1807 in Preußen aufgehobene Erbuntertänigkeit und damit auch den Zwangsgesindedienst ablöste und das Verhältnis von Dienstpersonal zur Herrschaft nominell auf der Grundlage des freien Arbeitsvertrages bestimmte.

Die Gesindeordnung kann als Kompromißangebot an den Adel verstanden werden, "als 'Korrektiv der freiheitlichen Bestimmungen des Oktoberedikts' mit dem Ziel, im Zuge des von der Bürokratie initiierten gesellschaftlichen Transformationsprozesses 'soviel an Leibeigenschaft zu retten, als noch zu retten war', die 'Rechtsverluste des Gutsadels mittelbar zu kompensieren und den ländlichen Arbeitsmarkt fest im Griff zu behalten'" <sup>4)</sup> .

Die einzelnen Bestimmungen dieser Ordnung zeigen ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten des Herrn auf <sup>5)</sup> . So wurde zwar den

---

1) J. Flemming: Obföfigkeitsstaat, Koalitionsrecht und Landarbeiterschaft. Zur Entwicklung des ländlichen Arbeitsrechts in Preußen zwischen Vormärz und Reichsgründung, in: Preußen im Rückblick, hrsg. v.H.J. Puhle u. H.-U.Weher, Göttingen, 1980, S. 247-272, S. 255.

2) Aufgrund der Arbeitsverträge lassen sich zwei Großgruppen ländlicher Arbeiter bilden, die jeweils wieder in mehrere Untergruppen mit zum Teil fließenden Grenzen zerfielen: diejenige der kontraktlich Gebundenen, überwiegend ledige Gesinde wie Knechte, Mägde und Aufsichtspersonal sowie die verheirateten Gutstagelöhner (Insten, Deputatisten, Drescher genannt), die meistens ein Jahr gemietet und eng in den Betrieb integriert waren, und diejenige der 'freien' Arbeiter, die Tagelöhner im eigentlichen Sinne waren, nicht im Betrieb wohnten, nur im Sommer Arbeit fanden und sehr mobil waren; vgl. J.Flemming, a.a.O., S. 248 u. 250. Hingewiesen werden soll auf eine zeitgenössische Darstellung zu den Kategorien ländlicher Arbeiter (1895), abgedruckt in: Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen. Band II: 1870-1914, hrsg.v.G.A.Ritter u. J.Kocka, München, 1974, S. 192-195.

3) Vgl. J.Flemming, a.a.O., S. 255. 4) Ebenda, S. 255 f.

5) Vgl. im folgenden ebenda, S. 256-258.

Diensten Lohn und Kleidung, 'Kost bis zur Sättigung' und in begrenztem Umfang Fürsorge bei Krankheit gewährt, dafür aber gleichzeitig gefordert, daß sie 'treu, fleißig und aufmerksam' sowie zeitlich und sachlich unbegrenzt arbeiten mußten. Bei Streitigkeiten war die lokale Polizeinstanz Schiedsgericht - und dies war auf den meisten Gütern der Gutsherr selber. Auch nach der Arbeitszeit hatten die Dienste die Pflicht, 'der Herrschaft Bestes zu befördern, Schaden und Nachteil aber ... abzuwenden'. Allen 'häuslichen Einrichtungen und Anordnungen' mußten sich die Dienste widerspruchslos 'unterwerfen'; Befehle und Verweise sollten sie 'mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen'. Dem Dienstherrn wurde zwar kein unbeschränktes, aber ein mit gewissem Ermessensspielraum ausgestattetes Züchtigungsrecht eingeräumt. Knechte und Mägde, die vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Dienstzeit 'ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst' verließen oder diesen gar nicht erst antraten, hatten sich so des einseitigen Vertragsbruchs schuldig gemacht. Sie konnten durch polizeiliche 'Zwangsmittel' zur Fortsetzung oder zur Aufnahme des Dienstes angehalten werden. Sofern die Herrschaft das entlaufende Dienstpersonal nicht wieder einstellen wollte, war sie berechtigt, gegen Erstattung der Kosten für Ersatz zu sorgen, und die vertragsbrüchigen Dienstherrn hatten dann eine Strafe von 2 - 10 Talern oder entsprechend Gefängnis zu erwarten. Das Gesinde durfte nur in Ausnahmefällen den Dienst vorher verlassen, so bei 'Mißhandlungen mit Gefahr des Lebens oder der Gesundheit', bei 'ausschweifender und ungewöhnlicher Härte' seitens des Dienstherrn, Verleitung zu gesetz- oder sittenwidrigem Handeln, Vorenthaltung des Kostgeldes oder Verweigerung der 'notwendigen Kost'.

Es war üblich, daß diese gesetzlichen Bestimmungen noch durch restriktive Dienstrelements auf den einzelnen Gütern verschärft wurden <sup>1)</sup>. Dem gleichen Zweck diente die obligatorische Einführung von Gesindedienstbüchern (1846), die eine lückenlose Überwachung der Dienste beinhalteten und vor allem das unerlaubte vorzeitige Quittieren des Dienstes eindämmen sollten <sup>2)</sup>.

---

1) Siehe zum Beispiel einen mecklenburgischen Tagelöhnerkontrakt von 1895, abgedruckt in: Deutsche Sozialgeschichte, Band II, a. a. O., S. 197 - 200.

2) Trotz dieser scharfen Bestimmungen mehrten sich die Klagen der Gutsbesitzer über Unbotmäßigkeiten der Knechte und Mägde und über die größer werdende Anzahl derjenigen, die 'unerlaubt' vom Dienst fernblieben; vgl. J. Flemming, a. a. O., S. 258.

Nimmt man all diese Bestimmungen zusammen, so war die in § 1 der Gesindeordnung postulierte freie Übereinkunft der Vertragsparteien, also die Vertragsfreiheit, schon rein rechtlich nicht gegeben, abgesehen von der materiellen Ungleichheit zwischen Gesinde und Herrn. In diesem Sinne kommentierte auch das preußische Innenministerium 1853, daß mit dem Eintritt in die 'häusliche Gesellschaft der Herrschaft' das Gesinde seine 'freie Selbstbestimmung' aufgebe und sich der hausväterlichen Gewalt des Herrn übergebe <sup>1)</sup>.

Die - oft in beschwörender Form vorgebrachten - Selbstverständnisse bezüglich der Position und Situation der Landarbeiter und häuslichen Dienste auf dem Lande waren Ausdruck von sich zunehmend dynamisierenden sozialen Beziehungen auf dem Lande als Ausfluß des Eindringens der Gedanken der bürgerlichen Aufklärung in die statischen Sozialbeziehungen und die Einführung kapitalistischer Methoden in die Landwirtschaft, der seit der Jahrhundertmitte einsetzenden Mechanisierung (Dampfkraft) und der für die Landbevölkerung immer größer und verlockender werdenden Möglichkeit, in der wachsenden Industrie Arbeit und Lebensunterhalt zu finden.

Eine Folge war das Eindringen des bürgerlichen Individualismus in die bis dahin feudal-ständisch bestimmten Herrschaftsverhältnisse auf dem Lande und damit auch die Reklamierung individueller Rechte seitens der Bauern/Landarbeiter, die nun unter Besinnung auf die eigene Kraft in Verhandlungen über die Verwirklichung ihrer Rechte mit dem Gutsherrn eintreten wollten - ein bis dahin nie gekanntes, von den Junkern als unerhört empfundenes Verlangen.

Die Unsicherheit über die auch in der Landwirtschaft (zwar langsam und außerordentlich ungleichmäßig) einsetzenden Umwälzungsprozesse schlugen sich in den höchst unterschiedlichen Arbeitsverfassungen in den Dörfern und Gütern nieder. Sie waren

geprägt durch ein Gewirr vorkapitalistischer Traditionalismen, durch eine eigentümliche Mischung natural- und geldwirtschaftlicher Momente. In ihnen verwoben sich patriarchalische Abhängigkeit mit Mobilität und Bindungslosigkeit, individuelle Vertragsfreiheit mit Unterwerfung auf Grund bestimmter Herrenrechte <sup>2)</sup>.

---

1) Zitiert nach J. Flemming, a.a.O., S. 258.

2) - J. Flemming, a.a.O., S. 248.



Gerade auch die Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft <sup>1)</sup> führte zur Auflösung der alten patriarchalisch-fürsorgerrischen Verhältnisse, die noch von sozialen Sicherheiten (Arbeitsplatz und Nahrung/Wohnung/Ausbildung/Altersversorgung) geprägt waren. Die Kapitalisierung der Landwirtschaft bedeutete nicht nur ein (langsam) Sinken des Bedarfs an Arbeitskräften (die - in einem sich wechselseitig bedingenden Prozeß - zum Teil Arbeitsplätze in der wachsenden Industrie fanden), sondern zugleich auch eine Krise der bis dahin feudalistisch bestimmten Herrschaftsbeziehungen <sup>2)</sup>.

Bekannteste Beispiele der Kapitalisierung der Landwirtschaft sind Dreschmaschine und Zuckerrübenanbau.

Vor der Einführung der Dreschmaschine seit der Jahrhundertmitte hatte man die Getreideernte jahrhundertlang mit dem Dreschflegel ausgedroschen, was einen Zeitraum von 30 Wochen (Ende September bis Anfang Mai) in Anspruch nahm <sup>3)</sup>. Gegen einen festen, vertraglich vereinbarten Prozentsatz an ausgedroschenem Korn war das Dreschen gewohnheitsmäßig ein Vorrecht der (kontraktgebundenen) Gutstagelöhner, das ihnen dauernde Beschäftigung im Winter sicherte und sie darüberhinaus an den Bruttoerträgen der Güter beteiligte.

---

1) Zur Mechanisierung der Landwirtschaft, die auch den Landmaschinenbau förderte und in einer Wechselwirkung mit der Chemie (künstliche Düngung, G. Liebig) stand, siehe W. Treue, a. a. O., besonders S. 64-66 und 77-80.

2) Ein beeindruckendes Beispiel für die Auflösung der fürsorgerrischen Verhältnisse durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft gibt ein Tagelöhner in seiner Biographie, in der er berichtet, wie er zuerst als 7jährige Halbwaise an einen Bauern 'verschachert' wird und später als Hofgänger bei einem Tagelöhner, der für einen Gutsbesitzer zu arbeiten hatte, die alten Herrschaftsformen erleiden mußte (Franz Luth: Aus der Jugendzeit eines Tagelöhners (um 1880/85), in: W. Emmerich (Hrsg.), a. a. O., Band I, S. 237-243).

Ein anderer Hofgänger bestätigt denn auch das Fortbestehen der patriarchalischen Zwangsmaßnahmen bei Fortfall der Fürsorge. So schreibt letzterer bezeichnenderweise im Schlußabsatz: "Sechzehn Mark und 32 Pfennige! Das war also der Lohn für so lange und mühevollen Arbeit! Im Arbeitshaus hätte ich ebensoviel verdient, hätte ich nicht so angestrengt arbeiten müssen und wäre - weniger verachtet gewesen denn hier, als 'freier' Mann bei ehrlicher Arbeit." (Otto.: Hofgängerleben in Mecklenburg (um 1890), in: W. Emmerich (Hrsg.), a. a. O., Band 1, S. 243-246, S. 246).

3) Vgl. im folgenden J. Flemming, a. a. O., S. 253 f.



Mit der Einführung der Dreschmaschine verringerte sich die Dreschperiode auf wenige Wochen, teilweise auf wenige Tage und veränderte so das überlieferte Auf und Ab von Sommer- und Winterarbeit. Hinzu kam, daß der Drescherlohn aufgrund der höheren Ausdruschquoten bald drastisch reduziert wurde. Das alles bedeutete, daß der Drescher im Winter arbeitslos war und zudem noch während der Zeit der Arbeit weniger verdiente. Dies führte zur Zerstörung der traditionellen Insten- und Drescherverfassung, der Charakter des (kontraktgebundenen) Gutstagelöhners wandelte sich langsam zu dem eines 'freien' Tagelöhners.

Die Umstellung der landwirtschaftlichen Arbeit auf 'freie', saisonal bedingte Arbeit wurde verstärkt durch die - ebenfalls seit der Jahrhundertmitte einsetzende - enorme Vergrößerung des Zuckerrübenanbaus <sup>1)</sup>. Die Hackfruchtkultur verlangte kurzfristig eine größere Anzahl von Arbeitskräften, jedoch nur in saisonalen Spitzenzeiten. Da die Beschäftigung einer solch großen Zahl von Arbeitskräften über das ganze Jahr unrentabel war, nahm die Zahl der kontraktgebundenen Landarbeiter noch weiter ab, an deren Stelle traten die 'freien', nur noch saisonal verpflichteten Arbeiter.

Die Arbeiter gingen zu großen Teilen nach Ablauf der landwirtschaftlichen Saison in die (Industrie)Städte, um dort als Ungelernte Arbeit zu finden und zur neuen Saison wieder aufs Land zu gehen.

Das ständige Wechseln zwischen Stadt und Land, zwischen den Anforderungen industrieller Lohnarbeit und der (vermeintlichen) Geborgenheit vorindustrieller, aber tatsächlich schon kapitalisierter Arbeit in der Landwirtschaft, zwischen Geld- und Naturallohn, zwischen der modernen preußischen Gewerbeordnung und der immer noch gültigen preußischen Gesindeordnung war ein nur schwer zu überwindendes Hindernis bei einer rationalen Verarbeitung der eigenen Situation in einem Wirtschaftszweig, der trotz einer erheblichen Kapitalisierung, verbunden mit einer immer weiteren Einführung der 'freien' Lohnarbeit, noch immer und bewußt in das rechtlich und auch ideologisch bestimmte Korsett der feudalrechtlichen Abhängigkeitsverhältnisse, verbunden mit preußisch-spezifischen Gehorsams- und Disziplinvorstellungen, gezwängt wurde.

---

1) Vgl. J. Flemming, a.a.O., S. 254.

Denn trotz der immer offenkundiger werdenden Widersprüche zwischen der alten preußischen Gesindeordnung und der zunehmenden Lohnarbeit in der Landwirtschaft blieb auch das preußische Dienstpflichtgesetz von 1854 den Grundsätzen und zu einem großen Teil auch den Einzelbestimmungen der alten Verordnung von 1810 verbunden, und dies bis 1918 <sup>1)</sup>. So war der Streik generell verboten, und es galt eine drastische Beschneidung des Koalitionsrechts: Kontraktbruch und 'Widerspenstigkeit' sollten mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden. Dahinter verbarg sich die Auffassung, daß das Verhältnis zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitern (die Strafbestimmungen galten für Gesinde, Tagelöhner und Freiarbeiter gleichermaßen) nicht ein 'rein privatrechtliches mehr sei, sondern vielmehr eine tiefere Grundlage und eine allgemeinere Bedeutung habe'. Wie sehr sich auch diese neue Verordnung, die den Versuch beinhaltete, durch die Verwendung einiger Formulierungen aus der Gewerbeordnung die landwirtschaftliche Arbeitsverfassung den modernen Anforderungen einer kapitalisierten, mechanisierten, auf eine gewisse Mobilität und den freien Arbeitsvertrag zunehmend angewiesenen Landwirtschaft anzupassen, an den alten Wertmaßstäben des die Industrialisierung überdauernden 'Preußischen Systems' orientierte, zeigt die regierungsamtliche Begründung zu dem Entwurf der neuen Dienstgesindeverordnung 1853 <sup>2)</sup>:

Trägheit, Ungehorsam und Zuchtlosigkeit des Gesindes und der ihm gleichgestellten Arbeiter beeinträchtigen nicht den andern Kontrahenten, die Herrschaft, allein, sie gefährden das gemeine Wohl und zwar in erheblichem Maße. Nicht allein, daß die häusliche Gesellschaft und Familie, also die wichtigste Grundlage des Staates, dadurch gestört wird, daß Ordnung und Sitte im Allgemeinen und der Begriff der Autorität durch Zuchtlosigkeit des Gesindes leiden, es wird dadurch auch der National-Wohlstand, insbesondere das

1) Vgl. J. Flemming, a.a.O., S. 262 f. Die Gewerbeordnung von 1869, die auf dem industriell-gewerblichen Sektor liberalen Positionen zum Durchbruch verhalf (Koalitionsfreiheit), sparte Landarbeiter von diesen Regelungen ausdrücklich aus. Die Landarbeiter hatten nach wie vor einzelstaatliche Rechtsvorschriften zu beachten, so in Preußen das Dienstpflichtgesetz von 1854 und die Polizeigesetze.

2) Zitiert nach J. Flemming, a.a.O., S. 263. Sowohl einzelne Formulierungen dieser Begründung als auch deren Grundtendenz erinnern an entsprechende Auffassungen von Unternehmern wie zum Beispiel Krupp und Stumm-Halberg.

landwirtschaftliche Gewerbe in nicht geringem Maße gefährdet, und eine ungehemmte, immer weiter greifende Verwilderung des Gesindes und der ihm gleichgestellten Arbeiter wird nicht nur Frivolität, Genußsucht und falsches Selbstbewußtsein einer Volksschicht, die dergleichen am wenigsten vertragen kann, immer weiter und tiefer einimpfen, sondern auch der Verdienstlosigkeit, dem Müßiggange mit all ihren Folgen zahlreiche Opfer zuführen und dem Verbrechen ein weiteres Feld eröffnen. Dem darf und muß der Staat durch Strafe gegen die Ursachen dieser Übel entgegenwirken.

Der leitende Gedanke dieser neuen Bestimmungen war geprägt vom 'Verhältnis des Familienrechts', in Analogie zur Unterordnung des Kindes unter die Disziplinargewalt des Vaters, wie die Kommissionsberichterstatte vor der 2. Kammer des Preußischen Landtages 1854 ausführten <sup>1)</sup>.

Die Kennzeichnung der Landarbeiter und des ländlichen Gesindes als 'träg, ungehorsam, zuchtlos', denen daneben noch 'Frivolität, Genußsucht und falsches Selbstbewußtsein' vorgeworfen wurde, durch die Gutsherren bzw. die preußische Regierung deutet auf einen objektiv stark angewachsenen Individualismus der Landarbeiter, die nun nicht mehr ohne weiteres bereit waren, die quasi monarchische Herrschaft der Gutsherren als legitim anzuerkennen.

Die Begründung der Übertragung feudal-patriarchalischer Verhältnisse, die eine Art Guts- und Erbuntertänigkeit beinhalteten, auf eine immerhin schon kapitalisierte, auf freier Lohnarbeit aufbauende Landwirtschaft fiel selbst den Verfechtern dieses Gesetzes recht schwer. So appellierte der Abgeordnete für den Wahlkreis Stralsund (Mecklenburg), der Landrat v. Bärenfels, an die Abgeordneten in der 2. Kammer des preußischen Landtages für die Annahme des neuen Gesetzes mit den Worten <sup>2)</sup>:

Die Bande der alten Untertänigkeit sind gelöst, mit ihnen aber doch auch die Garantien des ländlichen Arbeiterstandes für eine sorgenfreie Existenz, und schutzlos ist er dem Umsichgreifen des Proletariats preisgegeben. Helfen Sie daher eine Schutzwehr errichten gegen dies Übel, indem Sie zur Begründung einer Einrichtung beitragen, welche wohl geeignet ist, jene Garantien wieder hervorzurufen, ohne die Freiheit und Selbständigkeit des Arbeiters irgendwie zu beeinträchtigen, erheben Sie dieses Verhältnis über die Sphäre eines reinen Kontrakt-Verhältnisses, bekleiden Sie den Gutsherrn mit dem Charakter eines Oberhauptes der ganzen großen Gutsfamilie.

1) Siehe dazu J. Flemming, a.a.O., S. 265.

2) Zitiert nach J. Flemming, a.a.O., S. 265.

Das Gesetz entsprach weder den Forderungen der Arbeiter nach Abschaffung der Koalitionsbeschränkungen und der Strafparagrafen und schon gar nicht Anforderungen einer sich zunehmend ausbreitenden Kapitalisierung der Landwirtschaft an entsprechende Rechtsnormen (wie sie zum Teil mit der neuen Gewerbeordnung von 1869 für den industriell-gewerblichen Bereich geschaffen wurden) noch den Vorstellungen der junkerlichen Gutsbesitzer, die die Grundwerte des alten "Preußischen Systems" in dem neuen Gesetz zu wenig betont sahen (verbunden mit schärferen Strafbestimmungen zur 'Erziehung' der Landarbeiter auf der Grundlage eben dieser Werte), dabei jedoch übersahen, daß das alte "Preußische System" zwar noch im politischen Raum Bestand hatte, aber in einen zunehmenden Widerspruch zur Ökonomie geriet und damit einer politischen und gesellschaftlichen Erneuerung des Staates hemmend im Wege stand <sup>1)</sup>. So beklagten sich 1865 ostpreußische Gutsbesitzer (Graf Schlieben u.a.) bitter über den Stand der Gesetzgebung <sup>2)</sup>:

Gegenüber dem Ungehorsam, der Widerspenstigkeit, der Liederlichkeit und dem Verlassen des Dienstes der Dienstboten und Arbeiter stehen wir Gutsbesitzer und Landleute geradezu schutzlos da. ... Das Bewußtsein der Straflosigkeit provoziert in den Arbeitern den Geist des Ungehorsams, der Widersetzlichkeit und der Desertion in einem Maße, daß der ordnungsmäßige und intelligente Betrieb der Landwirtschaft

immer weniger zu gewährleisten sei.

Solche Klagen lassen sich nicht einfach als zum normalen Repertoire einer Interessengruppe gehörende Floskeln mit dem Ziel einer Verbesserung der eigenen Position abtun, sie sind auch Ausdruck einer gewandelten Situation, in der sich die Gutsherren auch deswegen zunehmend in der Defensive befanden, weil ihre traditionelle, ständisch-feudale Herrschaft durch einen sich regional und beruflich öffnenden Arbeitsmarkt und eine infolge der bürgerlichen Aufklärung zunehmende Verbreitung der individualistischen Handlungsweise in Frage gestellt wurde. Die Klagen der Gutsbesitzer über das hohe Ausmaß der Desertion der Landarbeiter ist auch deshalb ein Ausdruck moralischer, aber sachlich-rational nicht mehr begründbarer Autoritätsansprüche.

1) Dabei war gerade dieses "Preußische System" einst Voraussetzung für die Herausbildung eines Staates (der in erstaunlich kurzer Zeit den anderen europäischen Mächten ebenbürtig wurde) und wesentliche ökonomische Vorbedingung der raschen Industrialisierung gewesen.

2) Zitiert nach J. Flemming, a.a.O., S. 267 f.

Allerdings hätte ein Aufgeben der alten feudal-patriarchalischen, auf Disziplin und Gehorsam aufbauenden Verhältnisse in der Landwirtschaft, so wie es die Liberalen forderten, auch die Aufgabe der politischen Vormachtstellung des Junkertums in Preußen und Deutschland zur Folge gehabt - eine Konsequenz, die dem Junkertum durchaus klar war (verstärkt wurde diese 'Einsicht' durch die Befürchtung, daß die Losungen der sozialistischen Agitation auch in den Landbezirken auf fruchtbaren Boden fallen könnten). Insofern war es keinesfalls Borniertheit oder hochmütige Dummheit, die die Junker auf den alten Positionen beharren ließ, sondern durchaus in ihrem Sinne rationales politisches Kalkül - ein Kalkül allerdings, das aufgrund der fehlenden sachlichen Notwendigkeit zeitlich begrenzt war und 1918 sein Ende fand.

Die Norm- und Wertsetzung durch das 'eigentliche Preußen', die ihren wesentlichen Ausdruck in einer uneingeschränkten Autoritätsanerkennung hatte, und das vom ganzen Staat privilegiert wurde, diente - mit allen traditionellen Vorrechten und Einflußmöglichkeiten versehen - den preußischen (Groß)Agrariern auch dazu, ihren wirtschaftlichen Niedergang (geringer werdender Anteil der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie an der volkswirtschaftlichen Produktion, Zerfall der Agrarpreise) und die Entlegitimierung ihrer Herrschaft zu kompensieren, sei es durch die Schutzzollpolitik (dazu verbündeten sich die Junker 1878 mit der Schwerindustrie), sei es durch Staatshilfen und zahlreiche andere Mittel <sup>1)</sup>.

Der Staat, der sonst in Preußen-Deutschland überall reglementierend eingriff, machte Halt vor den Grenzen der Gutsbezirke, damit den alten Herrschaftskomprobiß respektierend, und stellte sich so zugleich schützend vor eine der tragenden Säulen (neben Krone, Militär und Bürokratie) seiner Existenz.

---

1) Max. Weber schrieb dazu: "Das veränderte soziale Ensemble, innerhalb dessen er (der Junker, Anm. d.V.) seine Rolle zu spielen hat (gemeint ist damit die 'moderne', auf Barausgaben etc. beruhende Lebensführung in ökonomischer-sozialer Konkurrenz mit den Industrie-Unternehmern, Anm. d.V.), erdrückt denjenigen Rittergutsbesitzer, der ein Areal zur Verfügung hat, welches nicht wiederum so groß ist, daß es eine wirkliche Selbstbewirtschaftung überhaupt ausschließt. Die politische Macht, statt sich auf die gesicherte materielle Unterlage stützen zu können,



Die Landarbeits-Beziehungen blieben so hinsichtlich der Herrschafts- und Gewaltprinzipien (keinesfalls aber hinsichtlich der Fürsorgeprinzipien) in dem Selbstverständnis der Gutsherren ungebrochen feudal-patriarchalisch bestimmt und waren bestenfalls eine 'Mischung naiver Brutalität mit Menschenfreundlichkeit', wie Max Weber über die ländliche Arbeitsverfassung schrieb <sup>1)</sup>. Die Knechte sollten Knechte bleiben, faktisch unfrei, mochten sie auch später juristisch teilweise 'frei' und danach sogar wahlberechtigt sein. Darüberhinaus blieben sie praktisch vom Koalitionsrecht ausgeschlossen.

Die Landarbeiter, das Gesinde und die Dienstboten (letztere soweit sie auf dem Lande arbeiteten) konnten dem ländlichen System, das als ein geschlossenes aufgebaut war mit entsprechend zugespernten Türen (nach Schwinden der Fürsorgeprinzipien und der Entmoralisierung der Herrschaft und des materiellen Auskommens bestanden diese mehr und mehr aus reaktiven sozialen Kontrollen, also Strafen), nur durch Abwanderung entgehen - sei es ins Ausland, sei es in die städtische und zum Teil auch ländliche Industrie und Gewerbe, sei es dadurch, daß sie in Deutschland einfach umherwanderten.

Sie alle waren auf der Suche nach Arbeit und nach jenen Verhältnissen der sozialen Sicherheit, wie sie auch in der Landwirtschaft nach dem Eindringen des Kapitalismus und der beginnenden Mechanisierung sowie dem als Folge der bürgerlichen Aufklärung breiter werdenden Prozeß der Individualisierung mehr und mehr zerstört wurden.

Nun muß man hier unterscheiden zwischen jenen, die in das städtische Gewerbe keineswegs gezwungenermaßen vertrieben wurden, die also mehr oder minder freiwillig in die Stadt gingen (auch angezogen von einem der Stadt zugeschriebenen Ruf als Stätte höheren Lebensgenusses) und jenen, die tatsächlich lieber Bauern geblieben/geworden wären. Letzteren schwebte eine verklärte

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 545  
muß nun umgekehrt in den Dienst der wirtschaftlichen Interessen gestellt werden, es ist nur natürlich, daß das Verlangen nach Schutz bereits leicht die Tonart des unbefriedigten Almosenempfängers annimmt" (M.Weber: Lage der ostelbischen Arbeiter, a.a.O., S. 4).

1) Zitiert nach H.J. Puhle: Preußen, a.a.O., S. 31.

ländliche Idylle (die sie im übrigen selbst nie erlebt hatten) vor, die anzustreben (als Bauer) ihnen jedoch unmöglich gemacht wurde. Infolgedessen empfanden sie das städtische industrielle Milieu nicht nur neu, sondern auch angesichts ihrer eigenen Sehnsüchte nach einem freien Bauerntum als schmerzhaft und abstoßend.

Beiden Gruppen von Landarbeitern war gleich, daß ihre Traditionen brüchig geworden waren und sie diese bereits kritisch betrachteten, ohne jedoch schon neue Orientierungen, die angemessen waren, entwickeln zu können. Ihnen fiel es sehr schwer, sich an die neuen Bedingungen und Forderungen industriell-kapitalistischer Arbeits- und Wirtschaftsweisen zu gewöhnen, zumal die oft physische und psychische Unerträglichkeit der neuen Arbeits- und Lebensbedingungen - angefangen von katastrophalen Wohnverhältnissen bis zu den autoritär geprägten Betriebsordnungsversuchen der industriellen Unternehmer -, die (ungewohnte) Konkurrenz mit schon an industriell-kapitalistische Verhältnisse gewöhnten Belegschaftsteilen etc. eine ruhige Anpassung an diese Bedingungen und eine sachlich-rationale Verarbeitung der neuen Anforderungen zunächst schier unmöglich erscheinen ließ.

Die Eingebundenheit der Industriearbeiter, die aus agrarischen Lebens- und Arbeitsverhältnissen stammten und deren Zahl relativ groß war, in zwar brüchige, aber dennoch vom Anspruch der Gutsherren her noch aufrechterhaltene devotionale Verhaltensweisen ließ weder ein grundsätzlich einheitliches Handeln aller industriellen Lohnarbeiter noch eine angemessene Orientierung gerade dieser Arbeiter zu; wobei hier zunächst allgemein angenommen wird, daß die Organisierung des Interessenkonflikts durch die industriellen Lohnarbeiter in einem gewissen Maß die Entwicklung einer der Kapitalrationalität adäquate Lohnarbeiter-rationalität voraussetzt <sup>1)</sup>.

---

1) Wenn hier und in anderen Zusammenhängen von einer der Kapitalrationalität adäquaten Lohnarbeiterrationalität gesprochen wird, soll damit nur auf einen - immer nur vorläufig abgeschlossenen - Lernprozeß hingewiesen werden, als dessen Ergebnis ein der Situation und Position jedes Individuums angemessenes Bewußtsein steht. Damit lehnen wir uns an das Verständnis von Marx und Engels von dem Verhältnis von Bewußtsein und Sein an: "Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß" (K.Marx, F.Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW Band 3, Berlin-Ost,

### 2.2.3. Die beginnende Organisierung des Interessenkonfliktes zwischen industriellen Lohnarbeitern und Unternehmern

Die industriell-kapitalistische Arbeits- und Wirtschaftsweise stellt eine spezifische Art gesellschaftlicher, marktwirtschaftlich vermittelter und politisch legitimierter Produktion dar, in der der Unternehmer über die Arbeitsplätze verfügt, zu denen der Arbeiter Zugang haben muß, um seinen Lebensunterhalt sichern zu können. Dadurch entsteht ein Interessengegensatz zwischen dem Unternehmer, der den Arbeitsplatz unter technisch-ökonomischen Leistungskriterien betrachtet, und dem Arbeiter bzw. den industriellen Belegschaften, die ihn unter dem Aspekt ihrer ökonomisch-sozialen Bedürfnisse sehen.

Im kapitalistischen Industriebetrieb besteht aufgrund des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Konkurrenz der Unternehmer auf dem Markt ein durch das Profitstreben bedingtes und rechtlich abgesichertes Herrschaftsverhältnis zwischen Unternehmens-/Betriebsleitung und Belegschaft (oder zwischen Kapital und Arbeit), das den kapitalistischen Produktions- und Verteilungsprozeß insgesamt kennzeichnet. Aufgrund dieser Voraussetzung ergibt sich eine systematische, industriell-kapitalistische Dynamik, die den gesamten Wirtschafts- und daher auch gesellschaftlichen Integrationsprozeß zu beherrschen versucht.

Die institutionelle Machtüberlegenheit der Unternehmer und die damit verbundene Abhängigkeit des industriellen Lohnarbeiters von unternehmerischen Dispositionen, die dessen grundsätzliche Existenzunsicherheit begründet, ergeben für den Arbeiter die Notwendigkeit, seine Interessen zu verfolgen. Die so begründete Notwendigkeit, die eigenen Interessen zu verfolgen, führt in Verbindung mit dem in der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik der bürgerlichen Gesellschaft begründeten Postulat der Autonomie und Selbsthilfe letztlich zu einem Stre-

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 547:

1973, S. 9-530, im folgenden zitiert als: Ideologie, S. 26, d.h. "es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt" (ebenda).

ben der Arbeiter nach aktiver Selbstbestimmung in Arbeit und Leben.

Dieses Streben ist dem Herrschaftsverhältnis zwischen Unternehmens-/Betriebsleitungen und Arbeitern, wie es für die bürgerliche Gesellschaft und der dieser entsprechenden Formbestimmung der Arbeit konstitutiv ist, entgegengesetzt.

Das charakterisiert den Interessenkonflikt zwischen industriellen Lohnarbeitern und Unternehmern, der dem industriell-kapitalistisch organisierten Wirtschaftsprozeß zugrundeliegt und in der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik sowohl seine Voraussetzung als auch Folgeerscheinung hat.

Eine Folge dieses Prozesses zur Organisierung des Interessenkonfliktes ist die gewerkschaftliche Verbandsbildung als notwendige systematische Herrschaftsopposition (die die Herrschaft bestimmten Regelungen und Kontrollen unterwirft) und als Ausdruck der Solidarisierung der Arbeiter, sowie die 'Bewegung der Arbeiter', die insgesamt einerseits Voraussetzung der Unterscheidung der eigenen Interessen von jenen der Unternehmer und damit letztlich auch des Erkennens dieser Interessen als ihre eigenen Interessen, andererseits aber auch Folgen der freiwilligen und erzwungenen Veränderungen der Denk- und Verhaltensweisen sind.

Dies bedeutete eine Veränderung der vorindustriellen ständisch-bäuerlichen Verhaltensweisen hin zu solidarischen, sich auf Industriearbeit angemessen einstellenden.

Die Veränderungsprozesse verliefen in der hier diskutierten technischen, ökonomischen und sozialen Umbruchperiode äußerst vielfältig und auch widersprüchlich, so daß von der Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht gesprochen werden kann.

Wenn nun unterschieden wird (nicht getrennt!) zwischen der Bewegung der Arbeiter und den Organisationen der Arbeiterbewegung, so geschieht dies vorrangig, um auf entsprechende Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung auch begrifflich hinzuweisen - wohl wissend, daß sich beides bedingt.

Denn die Organisationen der Arbeiterbewegung beziehen ihre Funktion aus der Handlungsweise der Individuen, die in politisch-ökonomische und kulturelle Situationen eingebunden sind. Beides entwickelte sich in einem dialektischen Zusammenhang; die Orga-

nisationen der Arbeiterbewegung, die sehr oft durch den Stempel einer aktiven Minderheit geprägt waren, standen in einem unlösbaren, keinesfalls spannungsfreien, aber doch immer auf die Mehrheit der Arbeiter bezogenen Verhältnis zu dem wirklichen Handeln der industriellen Lohnarbeiter, die ihrerseits als 'Masse' keineswegs nur Spielball der aktiven Minderheit war.

Der Zwang zur Konkurrenz, dem auch die industriellen Lohnarbeiter in einer bürgerlichen Gesellschaft unterliegen, bedingt auf der anderen Seite auch die Organisation der Arbeiter, da die dem bürgerlichen Individualismus innewohnende Norm der aktiven Selbsthilfe der (individuellen) Interessen eine dem Lohnarbeitsverhältnis angemessene Organisation 'verschreibt'. Marx und Engels beschrieben in der 'Deutschen Ideologie' die Widersprüchlichkeiten des Individualismus zutreffend:

Die Konkurrenz isoliert die Individuen, nicht nur die Bourgeois, sondern noch mehr die Proletarier gegeneinander, trotzdem daß sie sie zusammenbringt. Daher dauert es eine lange Zeit, bis diese Individuen sich vereinigen können, abgesehen davon, daß zu dieser Vereinigung - wenn sie nicht bloß lokal sein soll - die nötigen Mittel, die großen Industriestädte und die wohlfeilen und schnellen Kommunikationsmittel durch die große Industrie erst hergestellt sein müssen, und daher ist jede organisierte Macht gegenüber diesen isolierten und in Verhältnissen, die die Isolierung täglich reproduzieren, lebenden Individuen erst nach langen Kämpfen zu besiegen. Das Gegenteil verlangen, hieße ebensoviel zu verlangen, daß die Konkurrenz in dieser bestimmten Geschichtsperiode nicht existieren soll oder daß die Individuen Verhältnisse, über die sie als Isolierte keine Kontrolle haben, sich aus dem Kopf schlagen sollen 1).

Wobei das Ziel der Organisation sein sollte,

daß die Individuen sich die vorhandene Totalität von Produktivkräften aneignen müssen, nicht nur um zu ihrer Selbstbetätigung zu kommen, sondern schon überhaupt um ihre Existenz sicherzustellen 2).

Erst nachdem also die Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft die individualistische Handlungsweise auch auf ihre Position und Situation als industrielle Lohnarbeiter bezogen haben, konnte als eine Folge eine Solidarisierung erreicht werden - und zwar eine von der ständisch-feudalen, mehr statischen Solidarisierung der Handwerker sehr unterschiedliche, die dann als eine typische Voraussetzung des organisierten Handelns der Arbeiter im industriellen Kapitalismus bezeichnet werden kann. In diesem Zusammenhang ist folgende Bemerkung notwendig:

1) K. Marx, F. Engels: Ideologie, a.a.O., S. 61.

2) Ebenda, S. 67.



Es ist nicht richtig, von einer 'frühen' Arbeiterbewegung in Abgrenzung zu einer 'späten', durch Organisationen gekennzeichneten in dem Sinne zu sprechen, daß erst mit diesen Organisationen die Arbeiterbewegung richtig beginnen würde <sup>1)</sup>.

Besser - und auch politisch in der einen oder anderen Ideologierichtung unbelasteter - ist es, von den ersten Industriearbeitergenerationen zu sprechen, die sich ohne Zweifel anders verhalten hatten als zum Beispiel die Arbeitergenerationen um 1900, die aber auch eine Arbeiterbewegung darstellten, die sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gegen bestimmte Folgen der einsetzenden Industrialisierung gewehrt hatte. Insofern muß eine Darstellung auch von den tatsächlichen Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter als Individuen, die dann in ihrem Lernprozeß zu kollektiven Widerstandsformen finden, ausgehen.

Eine solche Untersuchung kann sich jedoch nur auf exemplarische Bereiche, die typisch sind für die Entwicklung des Mitbestimmungstrebens, erstrecken.

Die daraus abzuleitenden allgemeinen Ergebnisse müssen mit den notwendigen Einschränkungen versehen werden; dieses nicht, um etwaigen Diskussionen aus dem Wege gehen zu wollen, sondern weil sich diese Notwendigkeit aus thematisch bedingten Schwierigkeiten ergibt.

Die vielfältigen Widerstandsformen der Arbeiter geben den Rahmen ab für die Entwicklung und Artikulierung ihres betrieblichen Mitbestimmungstrebens zur Wahrung der eigenen Grundinteressen, das sowohl Teil als auch Ergebnis des heterogenen und widersprüchlichen Lernprozesses der Arbeiter ist. Da nun die Betriebsverfassung als ein Ergebnis eines mehrstufigen und differenziert ablaufenden Entstehungs- und Entwicklungsprozesses aufgefaßt wird, der Ausdruck eines vom Denken und Handeln der

---

1) Symptomatisch dafür scheinen die folgenden Abhandlungen, die, mit ganz unterschiedlichen politischen Einfärbungen versehen, teilweise interessante Materialien zur Organisationsgeschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung liefern: D. Schuster: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, 5. Aufl., Bonn-Bad Godesberg, 1976; H. Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. München, 1966; F. Deppe, G. Fülbert u.a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln, 1977; D. Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 1890. Leipzig, 1964.

Beteiligten aufgrund ihrer ökonomischen Klassenlagen unterschiedlichen politischen Positionsbestimmungen ist, entwickelte sie sich während der Durchsetzung der Großen Industrie aufgrund der vielschichtigen Situationsveränderungen und höchst unterschiedlichen Verarbeitungsformen der Individuen auch sehr ungleichgewichtig und widersprüchlich.

Wesentlich ist dabei die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen den (oben breit geschilderten) Veränderungen der Arbeits- und Lebenssituationen, der beginnenden Organisierung des Interessenkonfliktes und der Gestaltung der sozialen Beziehungen im Industriebetrieb durch Unternehmer und Belegschaft.

#### 2.2.3.1. Die Anpassungs- und Widerstandsformen der Arbeiter in der Periode des Umbruchs

Das wesentliche Moment der Verhaltensweisen und Handlungen der industriellen Lohnarbeiter in der Periode des Umbruchs ist die (freiwillig und zwangsweise erfolgte) Anpassung an die industriell-kapitalistische Arbeits- und Wirtschaftsweise <sup>1)</sup>, deren Voraussetzungen und Folgen (schwerpunktmäßig im Betrieb) von uns diskutiert wurden und werden. Relevant dabei ist vor allem die Untersuchung des politischen Handelns als Ausdruck der Entwicklung eines betrieblichen Mitbestimmungsstrebens der Industriearbeiter, das damit auch einen Hinweis auf den Grad der Entwicklung einer solchen Handlungskompetenz gibt.

In der hier diskutierten Phase des Umbruchs hin zu sachlich-rationalen, insgesamt als politisch zu kennzeichnenden Verhaltensweisen der Arbeiter spielen Betrachtungen über feudalistische Normierungen insofern noch eine wesentliche Rolle, als sie wesentlich mit die widersprüchlichen, zum Teil rückwärtsgewandten Orientierungen der ersten Industriearbeitergenerationen geprägt haben <sup>2)</sup>.

---

1) Die neuen Anforderungen und Verhaltenszumutungen aufgrund der Anpassungszwänge an die Bedingungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise und der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik wurden schon oben ausführlich diskutiert, so daß an dieser Stelle nicht mehr darauf eingegangen werden muß.

2) Allerdings muß dabei immer beachtet werden, daß beispiels-

Solche Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten ergeben sich schon allein aus der Rekrutierung der Industriearbeiterschaft, deren typisches Merkmal die heterogene Zusammensetzung ist.

Insgesamt lassen sich neun unterschiedliche Rekrutierungsbe-  
reiche feststellen, die alle verschiedenen, wenn auch zum Teil  
sehr ähnlichen Bedingungen unterworfen waren <sup>1)</sup>:

- Zünftiges städtisches Handwerk. das pauperisiert war (Mei-  
ster und vor allem Gesellen);
- ländliche, nicht zünftige Handwerker und handwerkliche Ma-  
nufakturarbeiter (zum Beispiel Tabakarbeiter);
- unterbäuerliche ländliche Arbeiter (Landarbeiter, Gesinde  
aus feudalen Haushalten);
- Kleinbauern (Häusler);
- heimgewerbliche Arbeiter;
- Subproletariat (Bettler, Landstreicher, Armenhäusler);
- städtische Lohnarbeiter (Träger, Hafenarbeiter);
- technisch Freigesetzte (zum Beispiel Fuhrleute durch die  
Eisenbahn);
- städtische, bürgerliche häusliche Dienste.

Jede der hier genannten Gruppen war in für sie spezifischen  
traditionellen Anschauungen (auch wenn diese schon brüchig ge-  
worden waren) mehr oder minder stark befangen, die in der Regel  
bei den meisten mit einem deutlichen ständisch geprägten Un-  
terschiedsbewußtsein verbunden waren; letzteres kam besonders  
(aber nicht nur) in der schon diskutierten starken Abgrenzung  
der Handwerker von den anderen Fabrikarbeitern zum Ausdruck.

Die heterogene Rekrutierungsbasis der ersten Industriearbeiter-  
generationen trug auch entscheidend mit zu einer Differenzierung  
der Betriebsbelegschaften bei, die letztlich entscheidend die  
verwirrenden, der Form nach den Protestaktionen ähnelnden, An-

---

Fortsetzung von Fußnote 2) Seite 552:

weise die Maschinenstürmerei typischer Ausdruck der sich auflö-  
senden ständisch-feudalen Gesellschaft war und damit hauptsäch-  
lich in dem Ausschnitt der "Protestperiode", also vor 1848,  
diskutiert wurde.

1) In den vorherigen Ausführungen wurden schon in erheblichem  
Ausmaß die verschiedenen Bedingungen und Abhängigkeiten der  
Rekrutierungsfelder der Industriearbeiter genannt.

passungs- und Widerstandsformen der ersten Industriearbeitergenerationen prägten.

Eine Diskussion dieser Verhaltensweisen der Arbeiter kann jedoch nicht ohne die Betrachtung von Verhaltensweisen der Unternehmer erfolgen, die oft durch Willkür die entsprechenden Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter erst provozierten. So beschrieb Paul Göhre in seinen Erinnerungen einen ganz 'alltäglichen' Fall <sup>1)</sup>:

Hier ertappte uns der Direktor selbst bei einem höchst anregenden Gespräch, daß sich zwischen uns Arbeitern entspannen hatte. Wir mußten alle mit 50 Pfennigen bluten. Ich muß sagen, daß ich dies Verfahren des Direktors nicht für ganz korrekt hielt. Denn es wurden Leute davon betroffen, die länger als ein Dutzend Jahre in der Fabrik und noch nie bestraft worden waren. Hier hätte die gute Führung in der Vergangenheit einige Rücksicht und Nachsicht gefordert, anstatt der unterschiedslosen militärisch gesetzlichen Strenge. ... Nur ein Umstand erregte die meines Erachtens auch gerechte Erbitterung der Leute: dies war die Art, wie die aufgesammelten Strafgeelder verwendet wurden. ... Kein Arbeiter wußte, wo das Geld hinkam. Man behauptete, daß die Gratifikationen, die an dem vorhergegangenen Weihnachten an ein paar Dutzend Leute für während der Festzeit geleistete Nebenarbeit gezahlt worden waren und große Freude unter diesen hervorgerufen hatten, aus jenen Geldern gewährt worden wären: Die Fabrikleitung hätte sich also ohne die geringsten eigenen Opfer, auf Kosten der während des Jahres in Strafe genommenen Arbeiter bei einer Anzahl von Leuten populär und beliebt gemacht. Das war die allgemeine Ansicht, die unter der Hand kolportiert wurde und die sehr viel böses Blut machte.

Die Reaktionen auf solche oder ähnliche Vorkommnisse, die ja letztlich auch auf die ungewohnte, physisch wie psychisch nur schwer erträgliche Fabrikarbeit und die durch ein Herr-Knecht-Verhältnis geprägten sozialen Beziehungen zwischen Belegschaft und Unternehmer zurückzuführen waren, nahmen oft den Charakter spontaner und zum Teil gewaltsamer Aktionen an. Eine von vornherein negative Etikettierung dieser Bewegungen als mangelhaft, ungenügend oder ähnliches <sup>2)</sup> scheint unvollständig zu sein,

---

1) P. Göhre, a.a.O., S. 64 f.

2) So schreibt Götz Briefs über die von ihm so bezeichneten 'Gelegenheitsbewegungen' (in: Ders.: Das Gewerbliche Proletariat, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX. Abteilung, I. Teil, Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus, Tübingen, 1926, S. 142-240, S. 189): "Diese Bewegungen greifen unter Umständen sogar stark aus, aber es fehlt ihnen an Stabilität, deren Bedingung Vorbereitung, Planmäßigkeit, kurz: Organisation ist; und mit der Stabilität fehlt ihnen Widerstandskraft. Diese

sie übernimmt zum Teil die von Unternehmern und Staat betriebene Stigmatisierung als kriminell.

Dabei war gerade die Spontaneität eine Grundvoraussetzung des Arbeiterverhaltens, die allerdings - je nach den unterschiedlichen Lern- und Kanalisierungsprozessen - in recht starken Abstufungen zum Tragen kam.

Die Behauptung, daß den spontanen Bewegungen jegliche Organisation fehlte (wie Götz Briefs schrieb) ist in ihrer Allgemeinheit nicht zutreffend. Hier wird Organisiertheit von Bewegungen mit deren zentralisierter Steuerung verwechselt; auch auf regionaler und lokaler Ebene fanden zum Teil gut organisierte spontan sich herausbildende Aktionen statt. Bei der Diskussion solcher Aktionen wird oft der Grad ihrer Zentralisierung und Hierarchisierung mit einer entsprechenden Wirkung in dem Sinne gleichgesetzt, daß lokale und regionale Bewegungen eine geringere Erfolgchance gehabt hätten als die auf nationaler Ebene organisierten. Abgesehen von dem im Einzelfall immer noch ausstehenden empirischen Nachweis solcher Behauptungen wird dabei oft die Verschiedenheit der Zielsetzungen, die ja durchaus unterschiedliche Organisationsebenen (national, regional oder lokal) zur Konsequenz haben, ignoriert, was dann wiederum zu solchen einseitigen Beurteilungen führt <sup>1)</sup>.

Zum Beispiel hieß es in einem Neujahr 1848 (also noch vor der März-Revolution) verbreiteten anonymen Flugblatt, "gedruckt bei Schlagdrauf und Hilfdirselbst", das die Arbeiter zu gemeinsamem Handeln aufrief <sup>2)</sup>:

An unsere Brüder, die deutschen Proletarier! ... Jeder wandernde Proletarier ist ein Emissär der Revolution. ... Wenn es aber überall im Volke glüht und glimmt, wenn der zündende Funke fällt: - dann heraus, ihr wilden Schmiedegesellen, ihr rußigen Gießer, ihr bleichen Weber! Dann reßt Brust und Arm, ihr gequälten Fabrikarbeiter!

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 554

Gelegenheitsbewegungen stammen psychologisch aus momentanen Erregungen, Leidenschaftsausbrüchen, Erbitterung; sie flauen entsprechend schnell ab. Die Gewalttat ist vielfach das Merkmal der unorganisierten Bewegung. ... Zerstörung von Maschinen und Fabrikgebäuden..., Plünderung von Läden, Aufruhr, Gewalttat gegen Unternehmer, Marsch auf die Hauptstädte".

1) Auf der anderen Seite muß klargestellt werden, daß es hier nicht um die Infragestellung von national organisierten Aktionen zu einem bestimmten Zweck geht.

2) Zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 147.



Allerdings war der Aufruf kennzeichnend für einen Mythos der Revolution, dem nur der kleinere Teil der Handwerker und Heimgewerbetreibenden nachhing. Darüberhinaus war der das Flugblatt kennzeichnende Abstraktionsgrad den meisten Heimgewerbetreibenden und Handwerkern fremd, sie konzentrierten sich eher auf die Abwehr der von ihnen ausgemachten Bedrohungen (die keinesfalls mit den tatsächlichen Ursachen der Bedrohungen identisch waren).

Es gibt eine Vielzahl solcher Aktionen - so die Textilarbeiterunruhen in Aachen im August 1830, den Aufstand der schlesischen Weber im Juni 1844 <sup>1)</sup>, die Victualien-(Hunger)Unruhen in Köln und Mainz 1846, in Breslau und Berlin 1847 <sup>2)</sup>, die allerdings

---

1) Daß solche Aktionen vor allem im Textilgewerbe vorkamen, lag u.a. daran, daß das Textilgewerbe in der Frühphase der Industrialisierung einen sehr breiten Raum einnahm und hier von daher schon aus quantitativen Gründen eine größere Anzahl von Aktionen stattfand; darüberhinaus mag auch der große Anteil von Heim- und Verlagswesen gerade im Textilgewerbe, das von der einsetzenden Mechanisierung bedroht wurde, eine Rolle gespielt haben (so zum Beispiel durch den von Cartwright schon 1785 erfundenen mechanischen Webstuhl und die zunehmend eingesetzten Vorspinnmaschinen - vom Volksmund als 'Brotliebmaschinen' bezeichnet).

2) Typischerweise wurden diese Bewegungen von Franz Mehring als konvulsivische Zuckungen bezeichnet und damit die betroffenen Arbeiter in die Nähe von kranken unzurechnungsfähigen Menschen gerückt (F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Berlin(Ost), 1960, Erster Teil: Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungskonflikt 1830 - 1863, S. 3). Gerade diese Abqualifizierungen (im Wortlaut: "Sieht man von einzelnen konvulsivischen Zuckungen des rheinischen und schlesischen Proletariats ab, so knüpfte der Bund der Gerechten und Weitlings Agitationen praktisch wie theoretisch an den westeuropäischen Sozialismus, an die Klassenkämpfe des westeuropäischen und namentlich des französischen Proletariats an"), mehr als ein halbes Jahrhundert nach diesen Ereignissen geschrieben und damit nicht mehr als im aktuellen politischen Tagesgeschäft verzerrte und deshalb zu entschuldigenden Entgleisungen abzutun, werfen ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen diesen Bewegungen der Arbeiterbewegung und den Organisationen bzw. deren Repräsentanten. Franz Mehring, Journalist und Politiker, politisch einzuordnen in die Gruppe der Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, hing ebenso wie fast alle anderen dem in der Sozialdemokratie fest verankerten Fortschrittsglauben nach, der auf einen quasi automatisierten Geschichtsverlauf hinauslief. Er blieb trotz aller Brillanz im Denken und Analysieren der Zeitgeschichte stets den Organisationsschemata verhaftet und beurteilte von diesem Standpunkt aus alle anderen Bewegungen.

fast nur von Heimgewerbetreibenden, Handwerkern und auch (im Falle der Hungerunruhen) vom Lumpenproletariat getragen wurden. Gerade der schlesische Weberaufstand von 1844 zeigt in seiner Geschichte die moralisch-unpolitische, sich keineswegs grundsätzlich gegen den industriellen Kapitalismus richtende, auf Bestrafung der durch große Hartherzigkeiten bekannten Fabrikanten/Manufakturiers <sup>1)</sup> hinzielende Absicht dieser Unruhen <sup>2) 3)</sup>.

Während das Eigentum der besonders verhaßten Verleger/Fabrikanten - so jenes des Herrn Zwanziger - zerstört wurde, ließen sich die Weber von - der Volksmeinung nach - fürsorgerischen Fabrikanten durch die Auszahlung von 5 Silber Groschen oder die Austeilung von Brot, Butter und ein paar Speckseiten von der Zerstörung des Eigentums abhalten.

Der Ablauf der Aktionen gibt einen deutlichen Hinweis auf die durch personale Beziehungen gekennzeichneten Verhaltensweisen der (Hand)Weber <sup>4)</sup>, die sehr wohl zwischen den einzelnen Fabrikanten zu unterscheiden wußten, die aber gleichzeitig auf eine Auseinandersetzung mit den Verlegern/Fabrikanten als Repräsentanten der sie bedrohenden Industrialisierung, verbunden mit einem ökonomischen, politischen und sozialen System, verzichteten.

Jedoch ist es wesentlich, noch einmal darauf zu verweisen, daß es vor allem Heimgewerbetreibende und Handwerker, also Handarbeiter im weitesten Sinne, waren, die zu den Maschinenstürmern

---

1) Der Begriff des Fabrikanten war sehr weitreichend, er umfaßte u.a. sowohl die industriellen Unternehmer als auch Manufakturiers und Verleger.

2) Vgl. die Zeitungsberichte der Kölnischen Zeitung vom Juni 1844, zitiert bei L. Uhen, a.a.O., S. 153 ff.

3) Der schlesische Weberaufstand war in Wirklichkeit kein Weberaufstand, sondern ein Aufbegehren der Baumwollspinner gegen die Konkurrenz der neu aufgestellten Spinnmaschinen. Weberunruhen gab es in Schlesien erst 20 Jahre danach, als 1864 die Beschäftigungsmöglichkeiten als Folge des amerikanischen Bürgerkriegs (fehlende Rohbaumwolle) und der nun auch die Baumwollweber bedrohenden technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungen (die Mechanisierung setzte in der Weberei im allgemeinen später als beim Spinnen ein) sich verringerten, wobei in diesem Falle die stärker auf Baumwollverarbeitung ausgerichteten Gebiete Sachsens und des Rheinlandes zeitlich eher davon betroffen waren (vgl. F.-W.Henning: Humanisierung, a.a.O., S. 71).

4) Die Weber waren keine Fabrikarbeiter.

etc. zählten <sup>1)</sup>. Fabrikarbeiter richteten ihren Protest an anderen Zielsetzungen aus, wenn sich auch bestimmte Ausdrucksformen des Protestes glichen (so die Unmittelbarkeit der Zielsetzungen und die Spontaneität). Die Maschinenstürmer wurden vor allem dort aktiv, wo die Maschinen zuerst aufgestellt wurden: "wo zum ersten Mal eine Maschine in die traditionelle Sphäre der Handarbeit einbricht, da erscheint sie auffälliger als Rivale denn dort, wo eine verbesserte Maschine eine andere ablöste <sup>2)</sup>", d.h. diesem ersten großen und sinnfälligen - quasi symbolhaften - Schritt der Industrialisierung wurde von den Handwerkerkern, Heimgewerbetreibenden etc. eine (vermeintlich) ebenso große Anstrengung zur Abwehr der durch die Industrialisierung entstehenden besonderen Risiken für diese Gruppe entgegengestellt. Für viele Handwerker und Heimgewerbetreibende bedeutete die Einführung der neuen Maschinen Arbeitslosigkeit und damit auch - da die vorindustriellen Fürsorgegedanken nun ebenfalls in eine Krise gerieten - eine Pauperisierung, gegen die sie sich mit einer für sie typischen Handlung - der Maschinenzerstörung - wehrten. Eine weitere Funktion der Maschinenzerstörung bestand in der Abwehr lästiger ökonomischer Konkurrenz. Die 'Wegrationalisierung' von alten Arbeitsplätzen, und damit die Existenzbedrohung für viele Handarbeiter rief entsprechende Formen der Gegenwehr hervor <sup>3)</sup>. Diese Gegenwehr trug deutlich die Züge eines Kampfes um das Leben und wurde auch deshalb mit soviel Erbitterung ausgeübt.

Dabei gehörte zum Leben auch die Rettung der berufsständischen Ehre. In vielen Fällen verharnten die Heimgewerbetreibenden und Handwerker lieber in einer schier ausweglosen ökonomischen und sozialen Lage, als sich in der Industrie zu verdingen. Ihr dog-

---

1) Hier muß differenziert werden zwischen denen, für die die Einführung von Maschinen Arbeitslosigkeit, (geglaubte) Dequalifizierung und Verlust von berufsständischer Ehre nach sich zog und die sich entsprechend wehrten und jenen, die schon vor Beginn der Industrialisierung keine ausreichende und befriedigende Arbeit, mithin weder eine ökonomische noch eine soziale (zum Beispiel berufliche) Grundlage ihrer Existenz hatten, und die sich von der Industrialisierung Arbeits- und Lebensmöglichkeiten erhofften.

2) M. Henkel, R. Taubert: Maschinenstürmer, a.a.O., S. 28 f.

3) Vgl. hierzu zum Beispiel den Aufstand in der Firma Stollé & Comp. in Eupen im Jahre 1821, der weiter oben ausführlich diskutiert wurde.

matisches und zum Teil magisches, auf jeden Fall aber vorpolitisches und starres Verständnis von den Notwendigkeiten, Bedürfnissen und der Art ihrer Befriedigung (das zum Teil von E.P. Thompson mit dem Begriff der 'moral economy' zutreffend gekennzeichnet wird <sup>1)</sup>, also als ein am Auskommen orientiertes, vor-individualistisches Verhalten zu verstehen ist) verhinderte die notwendige Unterscheidung der Maschine (Technik) von ihrer kapitalistischen Anwendung <sup>2)</sup>.

Was Zielsetzungen des Protestes der Heimgewerbetreibenden und Handwerker anbetrifft, so waren diese gerade hinsichtlich des Letztgenannten wesentlich verschieden von jenen der Protestaktionen der 'frühen' Industriearbeiter. Allerdings waren beide Gruppen - die im übrigen durch familiäre, freundschaftliche, nachbarschaftliche und gemeindliche Verbindungen erhebliche Berührungspunkte und Überlappungen aufwiesen und es darüberhinaus oft vorkam, daß in einem Arbeitsleben sowohl der Status als Handarbeiter im weitesten Sinne als auch als Industriearbeiter verarbeitet werden mußte - die starke Unsicherheit ob des richtigen und angemessenen Verhaltens gleich; die Gruppe der Handwerker, Heimgewerbetreibenden etc. sehnten sich nach den alten ständischen Ordnungsvorstellungen zurück, wohl wissend, daß der entwickelte Markt und (auch schon vor der Maschinisierung vorhandene) Technik eine Verringerung/Verbesserung der als erdrückend empfundenen Abhängigkeitsverhältnisse und der systematischen ökonomischen Unterlegenheit nicht zuließen; die Gruppe der ersten Industriearbeitergenerationen war noch stark geprägt von den alten, wenn auch zerbrechenden feudal-ständischen Normierungen und hatte noch keine neuen Maßstäbe zur Beurteilung ihrer Situation als industrielle Lohnarbeiter entwickeln

---

1) Vgl. E.P. Thompson: Moralische Ökonomie, a.a.O.

2) So forderte denn auch eine Enquête des Vereins für Sozialpolitik von dem Handwerker, daß er in Zukunft "neue Erfindungen und Werkzeuge ebenfalls benutzen und .. die Maschine nicht mehr als seine Gegnerin, sondern als seine Freundin betrachten" müßte, um zu überleben, vgl. V. Böhmert: Die Handwerks- und Fabrikverhältnisse der Stadt Roßwein in Sachsen, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 67, 1897, im folgenden zitiert als: Handwerk, S. 523 - 526.



können <sup>1)</sup>.

Weiterhin waren beiden Gruppen (Heimgewerbetreibenden/Handwerkern <sup>2)</sup> und ersten Industriearbeitergenerationen) gleich - und hierin zeigt sich auch das stark pathetische Moment der Verhaltensweisen und Handlungen der ersten Industriearbeitergenerationen - die Unmittelbarkeit der Zielsetzungen von Protest und ein hohes Maß an Spontaneität, zugleich gepaart mit Resignation.

Göhre schrieb dazu in seinem Bericht <sup>3)</sup>:

So lebt eine große Mehrzahl ihr armes leeres Leben hin, ohne Freude, ohne Hoffnung, ohne Hilfe. 'Wenn es doch nur erst wieder heute um sechs, wenn es nur erst wieder Sonntag wäre!' - das war der ewige, täglich wie oft zu hörende Seufzer ... 'Es bleibt ja immer einen Tag wie den andern. Morgen früh geht es doch wieder ebenso los. Und wir müssen noch froh sein, etwas zu verdienen'. Das ist der Ton der vollendeten Hoffnungslosigkeit, der Verzweiflung an einem Wert, einem Inhalt, einem Zweck des Daseins.

Aber in dem gleichen Bericht fährt Göhre dann fort <sup>4)</sup>:

Einen Schritt weiter - und er kann in den Schrei der Wut, der Empörung umschlagen, die alles zerstört, weil sie nichts für lebenswert findet, die an allem verzweifelt, weil sie an sich selbst verzweifeln mußte.

Aus der sozialen Deklassierung (allerdings nur für einen Teil der Industriearbeiter zutreffend) und der physischen Unerträglichkeit materiellen Elends der ersten Industriearbeiter deutet sich damit ein weiterer Ausdruck der 'rückwärtsgewandten' Orientierung der Arbeiter an, die keineswegs ausgesprochen antika-

---

1) Eine ähnliche Entwicklung der Unsicherheiten hatte sich auch in England gezeigt: "Noch längere Zeit danach (1834, Anm.d.V.) war sich die künftige Industriearbeiterklasse nicht sicher, ob ihre Rettung letztlich nicht doch in einer Rückkehr zur ländlichen Lebensform und zu handwerklichen Bedingungen läge. In den zwei Jahrzehnten nach der Aufhebung des Speenhamland-Gesetzes konzentrierten sich ihre Bemühungen auf eine Unterbindung der freien Maschinennutzung, entweder durch die Durchsetzung der Anstellungsklauseln des Handwerkerstatus oder durch direkte Aktion, wie im Falle der Ludditen. Diese rückwärtsgewandte Haltung wirkte noch gleichsam unterschwellig in der gesamten Owenistenbewegung weiter, bis zum Ende der vierziger Jahre, als das Zehnstunden-Gesetz, der Niedergang des Chartistismus und der Anfang des Goldenen Zeitalters des Kapitalismus das Bild der Vergangenheit auslöschten" (K.Polanyi, a.a.O., S. 229).

2) Ähnliches galt auch für die Kleinbauern, Landarbeiter, weniger für das Subproletariat und die städtischen Lohnarbeiter (Träger etc.).



pitalistisch geprägt war, die aber auf der anderen Seite die alten und zum Teil auch die neuen Autoritäten grundsätzlich in Frage stellen konnte. Zu der Spontaneität der Protestformen der Arbeiter, die von den Unternehmern und von staatlichen Organen als 'aufsässig' bezeichnet wurden, läßt sich folgendes bemerken:

- Die direkten, auf personalen und noch nicht anonymisierten Beziehungen beruhenden ständisch-feudalen Verhaltensweisen hatten zu dieser Zeit noch einen beherrschenden Einfluß auf die Verhaltensweisen und Handlungen auch der Industriearbeiter. Die Handlungen der arbeitenden Bevölkerung waren geprägt durch unmittelbar und direkt an die jeweiligen Adressaten gerichtete Forderungen zur Aufhebung der Mißstände, und so zwangsläufig mit einem hohen Maß an Spontaneität und Unmittelbarkeit behaftet. Diese Forderungen waren noch kaum kanalisiert durch ein taktisches und strategisches Kalkül, welches durch die auf sachlich-rationalen Kriterien beruhenden Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise erforderlich wird, und die ihrerseits die Forderungen durch mittel- und langfristige Konzeptionen formen;
- der Widerspruch zwischen der ständischen Segmentierung und der Klassendifferenzierung 'provozierte' die widersprüchlichen Verhaltensweisen der ersten Industriearbeiter. Der Widerspruch erhielt im politischen Raum seine Umsetzung durch die autoritäre, preußisch-deutsche Gesellschaft mit ihrer zentralisierten Bürokratie, die die an sich notwendigen Anforderungen der individualistisch-liberalen Verhaltenspro-grammatik (die ja auch die Existenz und Funktion einer Arbeiterbewegung anerkennt) in den politischen Entscheidungen nicht zur Geltung kommen ließ <sup>1)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnoten 3) und 4) von der Seite 560

3) P. Göhre, a.a.O., S. 157

4) Ebenda.

1) Andererseits verstärkten ständisch-feudale Normen noch die 'klassengesellschaftlichen Ungleichheitsmuster'. So schreibt Jürgen Kocka: "Zum Beispiel konnte der an ständisch-feudale Vorbilder angelehnte großbetriebliche Patriarchalismus dazu beitragen, daß die Klassendifferenz im Unternehmen einen gängeln-den, drückenden, die ganze Person umfassenden Charakter annahm, wie er in den gewissermaßen kapitalistischeren Großunternehmen jener Zeit unbekannt war. So wie sich viele Bürger nicht primär als Angehörige einer Klasse, sondern - in Anknüpfung an ältere

- Fast überall war es ein bestimmter Anlaß, der Aufruhr, Streik oder ähnliches zur Folge hatte.

Der 'Funke, der das Pulverfaß zum Explodieren brachte', deutet aber nicht nur auf den 'Funken', also den unmittelbaren Anlaß hin, sondern vor allem auf das 'Pulverfaß', das mit Unzufriedenheit aller Art schon randvoll gefüllt sein mußte. Dabei mußte der Anlaß keineswegs identisch sein mit den schon vorher angesammelten Unzufriedenheiten. Oft genügte eine Kleinigkeit, an der sich der Aufruhr entzündete, die bei 'normalen' Verhältnissen höchstens Anlaß zu Gesprächen gegeben hätte.

So erkannte selbst die Berliner Polizei in einer Bekanntmachung des Königlichen Polizeipräsidiums vom 21. 4. 1847:

Eine, während des Handels selbst von mehreren Kartoffel-Verkäufern auf den heutigen Wochenmärkten versuchte Preissteigerung hat den Vorwand zu tumultarischen Handlungen gegeben 1).

Der 'Vorwand' deutet bei näherer Betrachtung aber genau auf die Ursachen der - sich an unterschiedlichen Dingen festzumachenden - Unzufriedenheit hin und beinhaltet zugleich eine Spontaneität, die Außenstehenden 'explosionsartig' oder als dem Anlaß unangemessen vorkommen mußte, die jedoch auf einer ganzen Kette sich im Bewußtsein der davon Betroffenen jeweils steigender Widrigkeiten beruhte.

So schrieb Wenzel Holek in seinen Erinnerungen über eine spontane Arbeitsniederlegung 2):

Mein Nebenmann nahm ein neben sich liegendes Brett, schlug damit auf den Schleiftisch, rückte seine Maschine aus und warf seine Schürze herunter; wir folgten seinem Beispiel, daselbe taten sofort auch die andern; denn sie verstanden, was das bedeutete - in fünf Minuten war fast alles, Klein und Groß, aus dem Betriebe hinaus. Der Direktor kam fast atemlos gelaufen und zeigte auf den neben mir stehenden

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 561

Selbstauslegungsmuster - als Mitglieder eines Standes oder Quasi-Standes begriffen, so begriffen sie die Arbeiter eben nicht nur als Personen mit anderer Marktstellung und mit anderen Interessen, sondern zugleich als unterständische Standeslose, und verhielten sich .. entsprechend" (J. Kocka: Stand, a.a.O., S. 148 f.).

1) Zitiert nach der Kölnischen Zeitung, Köln, Nr. 115 vom 25. 4. 1847, in: L. Uhen, a.a.O., S. 159.

2) W. Holek: Teil II, a.a.O., S. 53.

Fräser mit der Frage: 'Weshalb hören Sie auf?' 'Wegen dem neuen Meister', gab der zur Antwort. 'Und Sie?', auf mich zeigend. 'Auch deshalb', lautete meine Antwort. Er drehte sich um und ging von uns weg. Wir gingen den andern nach.

Die Schwierigkeiten der Anpassung an die Arbeit wurden mit dem Hinweis auf den Meister personalisiert, sie kamen zum Ausdruck, als ein neuer Meister anfang und sich so ein greifbarer Anlaß zur Gegenwehr bot.

In dieses Bild passen auch die Zahlen über die Dauer der Arbeitskämpfe (mit Ausnahme des Revolutionsjahres 1848) von 1848 bis 1895/96, die während dieses Zeitraumes zumeist nur einen Tag lang währten.

Schon im Zeitraum 1890 - 1893 war die durchschnittliche Dauer der Arbeitskämpfe siebenmal höher als 1864 - 1880, der Anteil der eintägigen Arbeitskämpfe 1895/96 war auf 5 % gesunken <sup>1)</sup>, während in der Depressionsphase nach 1873 93 % aller Arbeitskämpfe eintägige waren.

Langandauernde Auseinandersetzungen - wie zum Beispiel der Waldburger Bergarbeiterstreik von 1869/70 - waren die Ausnahme.

Gerade in Deutschland erschienen Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter in ihrer politischen Zielrichtung als besonders radikal und umfassend durch den Umstand, daß das ständisch-autoritär geprägte politische Herrschaftskartell in Preußen-Deutschland zum Teil hilflos auf die an sich politischen Herausforderungen einer Arbeiterbewegung reagierte, die ihrerseits Voraussetzung und auch Folge des industriellen Kapitalismus war und sich der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik verpflichtet fühlte bzw. fühlen mußte.

Anders als in England als einer mobileren Gesellschaft, in der die Unternehmer zeitweilig die Unterstützung der Arbeiter gegen

---

1) Vgl. H. Volkmann: Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864 - 1975, in: H. Kaelble u.a. (Hrsg.): Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialistische Studien vom 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 110 - 1770. G. Hohorst, J. Kocka und G.A.Ritter geben Tabellen über die Häufigkeit sozialer Proteste nach Regionen, Perioden und Jahren wieder (G. Hohorst, J. Kocka, G.A. Ritter: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 - 1914, München 1975, S. 129 - 131) deren Quellenlage allerdings etwas undurchsichtig scheint, S. 121 f.

die Macht der etablierten Aristokratie suchten <sup>1)</sup>, verbündeten sich in Deutschland die Unternehmer mit den politischen Herrschaftsgruppen gegen die Arbeiter und machten es so den Arbeitern sehr viel schwieriger, ihren Protest auch zu legitimieren. Insofern erschienen die Zielsetzungen und die daraus abgeleiteten Handlungen der Arbeiter den Adressaten dieser Forderungen weitaus umfassender und radikaler als dies in einer liberaleren Gesellschaft der Fall gewesen wäre.

Dieses gilt im übrigen sowohl für die zunächst mehr spontanen Proteste der Arbeiter als auch für die organisierte Opposition der Arbeiter. Beide Formen des Protests bedingen einander, wobei besonders die letztgenannten eine durch Lernprozesse vor allem in Niederlagen erworbene Koalitionsfähigkeit der äußerst heterogenen Unterschichten zur notwendigen Voraussetzung hatten. Koalitionsfähigkeit beinhaltet die Entwicklung eigener, d.h. von jenen anderer unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Interessen und gemeinsamer Wertvorstellungen <sup>2)</sup>.

Dabei muß angemerkt werden, daß das Umschlagen von ständischer zu Klassensolidarität nie plötzlich und auch nicht vollständig erfolgte; die Schwierigkeiten dieses langandauernden Prozesses werden in vielen Fällen unterschätzt. So heißt es in einer zeitgenössischen Darstellung <sup>3)</sup>:

1) Vgl. G.V.Rimlinger: Die Legitimierung des Protestes. Eine vergleichende Untersuchung der Bergarbeiterbewegung in England und Deutschland, in: Die soziale Frage, hrsg.v. W.Fischer u.G. Bajor, Stuttgart, 1967, S. 284-304, im folgenden zitiert als: Bergarbeiterbewegung, S. 304.

2) Vor allem auch zeitgenössische Arbeiterliteratur und Volkslieder geben Hinweise auf diese Gemeinsamkeiten, die in nahezu beschwörender Form immer wieder hervorgehoben wurden: So in einem Gedicht eines Kohlenhauers (zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 60):

'Ihr Sehnsuchtssäumige! Elendsgenossen! Mitzertretene!  
Vom Schicksal Verfluchte!' Oder in einem 1871 erschienenen Gedicht 'Weckruf' (zitiert nach ebenda, S. 70):

'Arbeitsmänner, Leidgefährten,  
Die ihr einzeln kämpft und ringt:  
Unsern Feind, den stark bewehrten,  
Nur die Einigkeit bezwingt.'

- Oder in dem Gedicht 'Arbeitspsyche' des Steindruckers Paul Gent (zitiert nach ebenda, S. 89):

'Wir sind stark! Wir sind zäh! Wir sind wach! Wir sind stolz!  
Wir sind froh! Ja, wir sind stark und stolz und froh!'

- Oder Heinrich Lersch schrieb (zitiert nach ebenda):

'Wir Werkleute all sind des Werks Fundament!  
Auf unsern Leibern stehen die Maschinen,  
Auf unseren Leibern der Hochofen brennt.'

Wie der Mensch die eigenen Gesichtszüge erst durch den Spiegel kennenlernt, so gelangt der Lohnarbeiter erst zur vollen Erkenntnis seiner traurigen Lage, wenn ihm in dem Massenelend seiner Leidensgefährten das Spiegelbild des eigenen Loses entgegentritt. Durch das enge Zusammenleben mit den gleichgestellten und gleichgedrückten Berufsgenossen, - durch den steten Verkehr mit seines Gleichen, - durch das Zusammenwirken zu gegenseitiger Unterstützung wie zur Abwehr gemeinsamer Gefahr - entwickelt sich nach und nach in den Arbeitern ein Klassenbewußtsein, das den Einzelnen trägt und hebt und die Gesamtheit zum Kampfe für ihr soziales Recht begeistert.

Die Darstellung geht zwar einerseits davon aus, daß die ökonomische, soziale und politische Situation des einzelnen in der Gesellschaft vorgeformt wird durch die für jeden zunächst gleiche Situation und Position als industrieller Lohnarbeiter. Sie verkürzt aber die Faktoren zur Bildung von (von Jacoby so genannte<sub>m</sub>) Klassenbewußtsein insofern, als diese objektive Situation von jedem einzelnen noch verarbeitet werden mußte, da sie auch im subjektiven Sinne Grundlage seiner gesellschaftlichen Existenz ist, insofern der einzelne seine Tätigkeit (als Industrie- und Lohnarbeiter zugleich) als Teil seines Lebensvollzugs in einer bürgerlichen, von halb-feudalen Splittern durchdrungenen Gesellschaft, in eben diesen allgemeinen Lebensvollzug sinnhaft integrieren mußte, wenn diese Tätigkeit auf Dauer gestellt und als Teil des Lebensvollzugs erlebbar und als durchhaltbar erfahren werden sollte. Diese Verarbeitung und ihre Resultate waren bei den einzelnen Individuen durchaus unterschiedlich; ein Spiegelbild der eigenen Situation - wie in der erwähnten Darstellung angesprochen - ist zwar für die Ausbildung von Solidarität notwendig, aber nicht hinreichend. Die subjektive Verarbeitung überformt also die objektive Situation jedes einzelnen und prägt damit auch die politische

---

Fortsetzung der Fußnoten 2) und 3) von Seite 564

2) Auch in diesen Versen zeigt sich der Widerspruch zwischen moralisch-pathetischen Formen und rational-programmatischer Aussage, der insgesamt kennzeichnend ist für die Unsicherheit der industriellen Lohnarbeiter in der Beurteilung ihrer eigenen Situation und Position während des von uns als Umbruchperiode bezeichneten Zeitraums.

3) J. Jacoby: Gesammelte Schriften und Reden. Hamburg, 1872, S. 352; zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 60 f.



Handlungskompetenz des Individuums. Das 'Umschlagen vom Stand zur Klasse' umschreibt letztlich die vielfältigen und zum Teil widersprüchlichen Anpassungen der Arbeiter an die Anforderungen der Industriearbeit in Form der Lohnarbeit. Dabei sind vor allem die Bedingungen von Interesse, die erfüllt sein müssen, um von vorpolitisch - moralisch - pathetischen Verhaltensweisen und Handlungen zu sachlich-rationalen zu gelangen. Eine wesentliche Bedingung der Anpassung an industrielle Lohnarbeit ist die Entwicklung einer industriellen Arbeitsmoral in Form einer unpersönlichen Betriebsdisziplin, die eine andere Kooperation verlangte als jene im Handwerk und im Agrarbereich übliche. Eine industrielle Arbeitsmoral erforderte eine Sachlichkeit in der Wahrnehmung von Arbeitsaufgaben, so zum Beispiel eine langfristig angelegte Bereitschaft zur Ausführung industrieller Arbeit, Pünktlichkeit, eine gewisse Zuverlässigkeit in der Ausführung von übertragenen Aufgaben, insgesamt also eine Selbstdisziplinierung in den Bereichen, die von offiziellen Kontrollmaßnahmen nicht erreicht wurden <sup>1)</sup>.

Dabei geht der Begriff der industriell-kapitalistischen Arbeitsmoral zum Teil auf das zurück, was Max Weber als Berufsethik des asketischen Protestantismus beschrieben hat <sup>2)</sup>. Weber führte dabei die Luthersche Berufskonzeption weiter mit ihrer Modifizierung durch die Calvinisten. Nach deren Auffassung konnte die Ausfüllung der innerweltlichen Pflichten keineswegs dazu bei-

---

1) Eine solche Anpassung konnte nicht ohne Brüche, Schwierigkeiten und Widerstände erfolgen. So wurde zum Beispiel bis in die 1930er Jahre in manchen sowjetischen Fabriken bis zu 50 % Ausschuß produziert, weil die zu Industriearbeitern gewordenen sowjetischen Bauernsöhne und -töchter die Funktionszusammenhänge der Maschinerie nicht adäquat begriffen und entsprechend reagierten; ihre Verhaltensweisen und Handlungen waren in der Hauptsache noch geprägt von agrarisch-handwerklichen Normen (vgl. W. Hoffmann: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin, 1956, S. 63). Diese hohe Ausschußproduktion erfolgte, obwohl in der Sowjetunion erhebliche Anstrengungen gemacht wurden, die Arbeiter zu Industriearbeitern auszubilden, und obwohl die Industrialisierung in der Sowjetunion keine massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in Manufakturen, Heim-/Hausgewerbe und Handwerk bedeutete (einfach deshalb, weil diese vor- und protoindustriellen Arbeits- und Produktionsweisen nicht in einem Maße vorhanden waren, wie dies in West- und Mitteleuropa während der Zeit der Frühindustrialisierung und der Durchsetzung der Großen Industrie der Fall war). All diese Bedingungen galten für Deutschland während des hier behandelten Zeitraums nicht, so

tragen, Gott zu gefallen, da dieser ohnehin schon vorbestimmt hatte, wer erwählt sei oder nicht (Prädestinationslehre). Erfolgreiche Arbeit allerdings galt den Calvinisten als ein Zeichen der Auserwählung. Hieraus entstand das Prinzip der Arbeit um der Arbeit willen <sup>1)</sup>.

"Die religiöse Wertung der rastlosen, stetigen, systematischen weltlichen Berufsarbeit als schlechthin höchstes asketisches Mittel und zugleich sicherster und sichtbarster Bewährung des .. Menschen und seiner Glaubensechtheit" <sup>2)</sup> war der denkbar mächtigste Hebel der von Weber als 'Geist des Kapitalismus' bezeichneten Lebensauffassung. Weber stellte fest, daß einer der konstitutiven Bestandteile des modernen kapitalistischen Geistes und darüberhinaus der modernen Kultur die rationale Lebensführung auf der Grundlage der Berufsidee sei, welche wiederum aus dem Geist der christlichen Askese geboren sei <sup>3)</sup>.

Nun muß - ungeachtet aller Gemeinsamkeiten - unterschieden werden zwischen dem vorindustriell geprägten Berufsbegriff und der industriell-kapitalistischen Arbeitsmoral, die teilweise auf die von Weber so benannte Berufsethik des asketischen Protestantismus zurückgeht.

Dieser vorindustriell geprägte Berufsbegriff orientierte sich an dem ganzheitlichen Produkt, deren Erstellung Selbständigkeit und Selbstverantwortung des einzelnen - also wesentliche Merkmale handwerklicher Berufe - voraussetzte.

Durch Arbeitsteilung und Spezialisierung, durch die Loslösung der Arbeit von den persönlichen Fähigkeiten des Arbeiters wurde es - wie Robert Michels feststellte - für den Arbeiter immer schwieriger, ein Berufsbewußtsein auszubilden <sup>4)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnoten 1) und 2) von Seite 566  
daß begründet angenommen werden konnte, daß hier in manchen Betrieben die Ausschußproduktion als ein Ausdruck der Schwierigkeiten der Entwicklung einer industriellen Arbeitsmoral noch größer waren.

2) Vgl. M. Weber: Protestantische Ethik I, a.a.O., S. 179.

1) Vgl. ebenda, S. 70 ff.

2) Ebenda, S. 186.

3) Vgl. ebenda, S. 187. Allerdings schwand im 19. Jahrhundert aufgrund der breiter wirkenden Aufklärung der religiöse Hintergrund der industriellen Arbeitsmoral.

4) Vgl. R. Michels: Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX. Abtlg., 1. Teil, Tübingen, 1926, S. 269.

Die industrielle Arbeitsweise schloß mehr und mehr die 'Poren des Arbeitstages' (Marx). Durch die sich rasch ausbreitende Akkordarbeit wurde es für den Arbeiter immer schwieriger, die alten Handwerkertugenden in ihrer Vollständigkeit auch in der Praxis beizubehalten. Sie gerieten als reaktionär gewordene Idealisierung in einen zunehmenden Widerspruch zur Praxis und verkamen damit als nicht zu erfüllender, aber immerhin noch anzustrebender Maßstab der eigenen Arbeit. Typisches Beispiel für die nun sehr aufgesetzt wirkenden, entsachlichten und moralisierend vorgetragenen Handwerkertugenden angesichts der Durchsetzung der Großen Industrie war die auf dem Kölner Handwerker-tag im Jahre 1885 allerdings vor allem aus Konkurrenzgründen erhobene Forderung nach einem Befähigungsnachweis, der als einziges Mittel dazu geeignet sei, "den Handwerkerstand zu halten" und "vor schädlichen Einflüssen des Kapitals und des Pfuscher-tums zu schützen" <sup>1)</sup>, wobei das Pfuschartum auf die Einführung der Gewerbefreiheit und die Aufhebung des Zunftzwangs, der von den Meistern als Garant für eine ordentliche Ausbildung angesehen wurde, zurückgeführt wurde <sup>2)</sup>.

Auch die von den Handwerkern vielbeschworenen Dequalifizierungsprozesse, hervorgerufen durch die Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise, fanden so nicht statt; insofern passen entsprechende Äußerungen durchaus in das Bild der moralisierenden, der industriellen Konkurrenz unterlegenen Handwerker. Denn die industrielle Arbeitsweise verlangte durchaus eine Qualifikation, die jetzt aber mehr technisch bedingt war. Dies wird auch nicht durch die Tatsache geargert, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise sehr oft Arbeitsteilungen vorschrieb, die technisch und arbeitsorganisato-

---

1) Zitiert nach P. John, a.a.O., S. 73.

2) Ein weiterer Ausdruck der nun reaktionär gewordenen Idealisierung alter Ansprüche war das Festhalten an den Bräuchen der Handwerker und ihrer Zünfte, vom Umtrunk über das Lossprechen bis hin zur Wanderschaft sowie zum Umschauen und Einbrummen, siehe interessante Dokumente, zeitgenössische Schilderungen usw. in: Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen. Band I: 1815-1870, hrsg.v. W.Pöhls, München 1973, S. 210-231 und Deutsche Sozialgeschichte, Band II, a.a.O., S. 291 ff.

risch nicht gerechtfertigt waren, und die dann tatsächlich zu einer bestimmten Dequalifizierung führten (so zum Beispiel die Abtrennung von Einrichtertätigkeiten von der allgemeinen Maschinenführertätigkeit).

Weiterhin ist es zwar richtig, daß die industrielle Arbeitsweise nicht mehr in dem Maße auf einen Komplex der Erfahrungen angewiesen war, wie dies noch bei der handwerklichen Arbeit der Fall gewesen war <sup>1)</sup>. Aber dennoch wurden auch in der Industriearbeit Erfahrungen benötigt, wenn auch reduziert und verändert; dies um so mehr, wie sich die Industrialisierung verdichtete und die Aufrechterhaltung einer Kontinuität des Produktionsprozesses immer wichtiger wurde.

So gesehen, erscheinen auch die nach den 1870er Jahren verstärkt auftretenden Forderungen der Interessenverbände der Handwerksmeister nach einer größeren gesellschaftlichen Anerkennung der berufsständisch orientierten Lehrlingsausbildung als in der Sache nicht gerechtfertigt. Der Versuch, auch in diesem Bereich die alten Handwerkerideale (die im übrigen auch schon vor der Industrialisierung zunehmend brüchiger wurden) möglichst unverändert auch im industriellen Kapitalismus zu erhalten und womöglich noch (auch im politischen Raum) auszubauen, war eine aus Konkurrenzgründen erfolgte, als reaktionär zu bezeichnende Idealisierung einer dem kapitalistischen Wettbewerb und der industriellen Produktion unterlegenen Arbeits- und letztlich auch Wirtschaftsweise.

1) Die Erfahrungen der Handwerker ergaben sich durch die Arbeit, durch den Verkauf des Produkts innerhalb eines eingegrenzten Marktes, der direkte Rückmeldungen des Käufers über Verwendung und Tauglichkeit des Produktes an den Hersteller zuließ. Wesentlicher Bestandteil einer 'vorindustriellen' Qualifikation war die Erfahrung mit der Behandlung von Rohstoffen, mit bestimmten Arbeitstechniken, in der Verwendung der fertiggestellten Produkte etc., die sich im Laufe der





Besonderer Anlaß entsprechender Forderungen der Handwerksmeister war eine vom Verein für Socialpolitik beschlossene Resolution, die eine zunächst nur rechtliche Anpassung der Lehrlingsausbildung an die neuen Erfordernisse beinhaltete und unter anderem forderte, daß das Lehrlingswesen von obrigkeitlichen Organisationen, die sich aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Staatsgewalt zusammensetzen sollten, beaufsichtigt werden sollte <sup>1)</sup>. Demgegenüber beschworen die Handwerksmeister die

nach ihrer Meinung unwandelbare Natur des Menschen und leiteten davon eine unwandelbare Natürlichkeit von gesellschaftlichen Denkstilen und Institutionen ab, ohne die eingetretenen historischen Änderungen zu berücksichtigen. Unterstützt wurde diese auf die Belebung des handwerklichen Ethos abstellende Argumentation durch den Umstand, daß zu

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von S. 569:

Zeit zu einem hohen Kenntnisstand beispielsweise in den Dingen der mechanischen Physik und den Ingenieurs- (damals Baumeister-)wissenschaften summierte. Diese Erfahrungen wurden von Generation zu Generation weitergegeben und entsprechend vergrößert, an ihnen hatte auch der 'einfache' Handwerker (je nach Beruf und Fähigkeiten unterschiedlich) hinsichtlich des eigenen Wissens und der Verwendung dieser Erfahrung im Arbeitsprozeß einen erheblichen Anteil.

1) Vgl. P. John, a.a.O., S. 70.

jener Zeit die Industrie noch nicht in der Lage war, der Tradition der Lehrlingsausbildung des Handwerks eine wirk-same Alternative entgegensustellen 1).

Das Handwerk berief sich damit nicht nur auf seine beachtliche Tradition, sondern auch darauf, daß die Meisterlehre nicht nur ein reines Ausbildungsverhältnis bedeute, sondern darüberhinaus ein Erziehungsprozeß mit der Zielsetzung der Reifung der gesamten Persönlichkeit des Jugendlichen. Deswegen sollte der Staat das Handwerk in seiner "versittlichenden Funktion" in besonderem Maße fördern und privilegieren 2). Zu Recht vermerkt John, daß die Handwerkspolitik auch durch die zunehmend offener werdende Polarisierung zwischen den Industriearbeitern und den Unternehmern bestimmt wurde, von der sich die Handwerksmeister aufgrund ihrer alten Ideale - die zum Teil dann aber zur bloßen Ideologie verkamen - von Eintracht, Gehorsam und Pflichterfüllung als Norm und Inbegriff sittlichen Verhaltens distanzier-ten 3). Die Handwerksmeister wähten sich zwischen diesen beiden Gruppen (und waren es zu großen Teilen ja auch); nach ihrem Selbstverständnis waren sie der einzige gesunde Mittelstand mit staatstragender Gesinnung. Eine Förderung des Handwerkerstandes durch den Staat würde nach Auffassung der Handwerksmeister eine Unterstützung eben dieses Staates bedeuten 4). Insofern kann die Gewerbeordnungsnovelle von 1881, durch welche die Innungen wieder den Status öffentlich-rechtlicher Korporationen erhielten und mit obrigkeitlichen Aufgaben wie zum Beispiel der Aufsicht über das Lehrlingswesen ausgestattet wurden, nicht nur als staatliche Reform der Lehrlingsausbildung verstanden werden, sondern durchaus auch als politisches Zugeständnis an die organisationspolitischen Bestrebungen der Handwerksmeister mit dem Ziel, dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat Bismarckscher Prägung eine stabile Stütze - gerade zur Zeit der Sozialistengesetze - zu erhalten 5).

---

1) Vgl. P.John, a.a.O., S. 70.

2) Vgl. ebenda, S. 70 f.

3) Vgl. ebenda.

4) Zitiert nach ebenda, S. 71.

5) Welch große Bedeutung das Handwerk auch zu dieser Zeit hatte, läßt sich aus den beiden Tabellen im Tabellenanhang zur Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereich und zur Gliederung der Beschäftigten in Industrie und Handwerk nach der Betriebsgröße ermes-sen; 1882 waren 59,8 % der Beschäftigten in Industrie und Handwerk in Betrieben mit 1 - 5 Belegschaftsangehörigen (also meistens Handwerksbetrieben) beschäftigt;

Allerdings sind Vergleiche zwischen industrieller Arbeitsmoral und berufsständisch-handwerklicher Arbeitsweise für die Erklärung von Verhaltensweisen und Handlungen der industriellen Arbeiter nur begrenzt tauglich, da sich die industriellen Lohnarbeiter nur zu einem Teil aus ehemaligen Handwerksgesellen und Meistern, zu einem anderen großen Teil neben den Heimgewerbetreibenden aus jenen ländlichen Schichten rekrutierten, die nicht durch spezifische Berufstraditionen geprägt waren, sondern eher allgemeine Qualifikationen aufwiesen (sie konnten zur Befriedigung ihrer unmittelbaren Lebensbedürfnisse einfach 'alles'); obwohl auch sie an traditionellen berufsständischen Leitbildern orientiert waren.

Die unterschiedliche Rekrutierung machten sich die Unternehmer zunutze <sup>1)</sup>, indem sie eine Trennung von Stamm- und Randbelegschaften vornahmen, und zwar sowohl aus technischen Notwendigkeiten (für einen auf Dauer gestellten Betrieb ist es notwendig, Kader zu bilden <sup>2)</sup>), als auch aus politischen Bestandsbedingungen <sup>3)</sup>.

Es gibt eine Fülle von zeitgenössischen Dokumenten, die die tatsächlichen und in unterschiedlichsten Ausprägungen empfundenen Unterschiede und Rivalitäten zwischen Handwerker - Fabrikarbeiter, Gelerntem - Ungelerntem, Arbeiter - Lumpenproletariat etc. in beeindruckender Weise wiedergeben <sup>4)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 5) von Seite 570

1882 waren 25,6 % aller Erwerbsfähigen selbständig (darunter ein großer Teil im Handwerk).

1) Damit ist nicht gesagt, daß die Unternehmer vor 1890 eine systematische soziale Betriebspolitik betrieben (zu dem Begriff siehe S. Braun: Soziale Betriebspolitik, o.O., o.J., im folgenden zitiert als: Betriebspolitik). Es dauerte relativ lange, bis sich die vopolitisch-moralischen Verhaltensweisen der Unternehmer änderten zu rationalen, modernen Formen einer Betriebspolitik.

2) So benötigt zum Beispiel eine komplexe kontinuierlich laufende und daher sich auch verschleißende technische Anlage eine ständige Aufsicht und Instandhaltung, die nur von eingearbeiteten und mit den Regelungen dieser Anlage bestens vertrauten Arbeitern wahrgenommen werden kann.

3) In den Hüttenwerken des Ruhrgebietes war es durchaus üblich, Deutsche als Vorarbeiter und Polen als deren Untergebene zu beschäftigen und somit die aus kulturellen, ethnischen und anderen Unterschieden mit verursachten Verständigungsschwierigkeiten zwischen Kadern und den übrigen Belegschaften noch weiter zu verschärfen.

Parallel zur auch im Bewußtsein der Betroffenen schwindenden Bedeutung des an vorindustriellen Verhältnissen orientierten handwerklich-ständischen Berufsbegriffs entstand durch die Anforderungen der industriellen Arbeitsweise eine Differenzierung der Arbeiter nach ihren einzelnen industriell geprägten beruflichen Funktionen, die ihrerseits wiederum mit bestimmten Rangvorstellungen und Statusgliederungen gekoppelt waren <sup>1)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 4) von Seite 571

4) Wenzel Holek berichtete aus den 'Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst' von den Gegensätzen zwischen Handwerkern und Fabrikarbeitern: "Wenn ich unter psychologischer Beleuchtung erzählte, wie das Leben unter den anderen Arbeiterkategorien, wie Ziegelei-, Hütten-, Bau- und Gelegenheitsarbeitern sich abspielt, merkte ich, daß ihnen das etwas Neues war. Sie schoben ohne Umstände und schlagfertig alle Schuld nur den Arbeitern selbst zu, wenn sie in solcher Lage blieben. 'Sie brauchen es bloß nicht zu dulden, weil sie aber dumme Luder sind, haben sie es so. Mitleid verdienen die nicht', hieß es gewöhnlich. Zwischen den Arbeitern in den Ziegeleien, Glasfabriken, auf dem Bau und den hier beschäftigten war der Unterschied nicht etwa der, daß die Arbeiter hier viel mehr wußten, gescheiter und gebildeter waren als jene; sie waren bloß nicht so roh wie jene, fühlten sich in ihrer besseren materiellen Lebenslage menschlich gehobener und kleideten sich wochentags und sonntags so, daß man sie nicht als Arbeiter erkannte. Sie scheuten sich, in den Lokalen zu verkehren, wo die 'leichte Kavallerie' oder das Gesindel verkehrte" (W.Holek: Vom Handarbeiter zum Jugenderzieher. Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters, II. Teil, hrsg.v. Th.Greyerz, Jena, 1921, im folgenden zitiert als: Teil II, S. 99 ff.).

Aber nicht nur die Unterschiede zwischen Handwerkern und Fabrikarbeitern wurden im Bewußtsein der Betroffenen (und im übrigen auch von Außenstehenden) reproduziert, sondern auch die Unterschiede zwischen gelernten Fabrikarbeitern und Ungelernten. So berichtete Carl Fischer in seinen Erinnerungen (Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters, hrsg. v. P.Göhre, Leipzig, 1904, S. 312 ff., zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 113 f.) über die Unterschiede zwischen Gelernten und Ungelernten. Diese äußerten sich unter anderem in der Reihenfolge, in der am Lohnzahltag die einzelnen Arbeitergruppen entlohnt wurden. Die Tagelöhner mußten dabei selbstverständlich so lange warten, bis alle Auszahlungen an die anderen Arbeiter beendet waren. Als einmal die ungelernten Arbeiter schon im Lohnbüro waren und die gelernten Arbeiter aus der Werkstatt verspätet kamen, mußten die Ungelernten das Büro wieder verlassen und draußen warten: "Wir Former und Tagelöhner waren die verachteten Arbeiter auf dem Werke, und die Schlosser nebst anderen Vornehmgesinnten nannten uns höhnisch 'Pottbäcker' und die Steinfabrik 'Pottbäckerih'".

1) Hier muß zwischen Status und Beruf unterschieden werden, wobei der Status der umfassendere Begriff ist. Der Status wird immer wieder durch die eingesetzte Technik einerseits aufgrund des Schwindens der alten Berufe entwertet, andererseits jedoch



Dabei waren Statusrivalitäten noch Produkte der berufsständisch gegliederten Gesellschaft, wodurch die Wahrnehmung des gemeinsamen Schicksals als industrielle Lohnarbeiter teilweise überlagert, teilweise aber auch gebrochen wurde.

So entstand die scheinbar paradoxe Situation, daß einerseits durch das Schwinden der berufsständischen Orientierungen <sup>1)</sup>

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 572

durch das Aufkommen neuer Berufe erweitert; mithin insgesamt unterliegt der Status ständigen Veränderungsprozessen. Dabei ist sehr schwierig, exakt die Inhalte des sozialen Status zu benennen. In der dazu vorhandenen vielfältigen Literatur werden immer wieder - auch in Anlehnung an Max Weber - Herkunft, Beruf, Ausbildung, Reichtum, Lebensstil (Ansehen, Prestige) und Macht genannt. Die Indikatoren werden zu einem Gesamtindex in dem Sinne zusammengefaßt, daß man als sozialen Status "die Resultate aus den verschiedenen Stellungen plus ihrer Wertschätzung bezeichnen (kann), die der einzelne in Personalunion in sich vereinigt" (R. Mayntz: Soziale Schichtung und sozialer Wandel einer Industriegemeinde. Stuttgart, 1958, S. 78). Da dieser soziale Status sehr eng mit der beruflichen Position verbunden ist, kann man ihn weitgehend mit dem Berufsstatus gleichsetzen, der eine bestimmte Soziallage impliziert, die auch das Leben außerhalb der direkten Arbeitszusammenhänge wesentlich mit bestimmt, solange er nicht technisch abgelöst wird.

1) Zu der komplexen Begrifflichkeit des 'Berufs' siehe H.J. Daheim: Berufssoziologie, in: Handbuch zur empirischen Sozialforschung, hrsg.v.R.König, Band 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel, Stuttgart, 1977, S. 1-100, sowie U. Beck, M. Brater, H.-J. Daheim, a.a.O. Beck u.a. diskutieren in überzeugender Weise die durch die Industrialisierung erfolgte und ständig weiter erfolgende Ausdifferenzierung und Wandlung der Berufe. Sie gehen von einem Ansatz aus, der den vorindustriellen, von ihnen als handwerklich gekennzeichneten Beruf als Übereinstimmung von Arbeitsvermögen, Produktionsmittel, Produktionsprozeß und Produkt auffaßt, die unter industriellen Bedingungen zerbricht (vgl. ebenda, S. 16 f.). Der industrielle Produktionsprozeß verselbständigte sich in seiner technisch-organisatorischen Entwicklung von der Entwicklung der Arbeitsfähigkeiten. Es erfolgte eine systematische Entkoppelung von Tätigkeit und Fähigkeit, beides kann begrifflich nicht mehr zur Deckung gebracht werden, und deren Zusammenhang wird zum empirischen Problem: "Was jemand kann, legt nicht eindeutig fest, was er arbeiten wird, und ein und dieselbe Tätigkeit ist u.U., wenn dies technisch möglich ist, von einer Vielzahl von verschiedenen Ausbildungen her zugänglich" (ebenda, S. 16). Der klassische Berufsbegriff ist in Wirklichkeit unscharf und uneindeutig geworden in dem Sinne, daß es die Einheit von Tätigkeit und Fähigkeit und die Komplexität des 'Lebensberufs' tatsächlich aufgrund der Industrialisierung nicht mehr gibt (außer in gewissen Randbereichen). Parallel zu dem mit Beginn der Industrialisierung einsetzenden Wandlungs- und Umschmelzungsprozeß der Strukturen und Inhalte



die Entwicklung dessen, was man 'consciousness of kind' nennt (also das Bewußtsein darüber, daß man mit anderen eine gemeinsame, in diesem Fall neue Arbeit macht, d.h. ein "Art"bewußtsein), begünstigt wurde, andererseits aber gerade jene Entwicklung durch die aufgrund der Durchsetzung der Großen Industrie zum Teil technisch notwendigen, zum Teil aus Herrschaftsgründen eingeführten weitreichenden Arbeitsteilungen und den damit verbundenen (auch beruflichen) Differenzierungen der industriellen

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 573

traditional-handwerklicher Berufe erfolgte eine 'Verberuflichung' von industriellen Tätigkeiten und Qualifikationen hinsichtlich Spezialisierung, Professionalisierung etc. (vgl. ebenda, S. 19). Die neu entstandenen Berufe weisen einige zentrale Merkmale auf:

- sie sind über mehr oder minder aus dem Arbeitsprozeß ausgelagerte, öffentlich anerkannte und durch bestimmte formale Abschlüsse dokumentierbare Ausbildungsgänge zu erreichen;
- sie dienen als anerkannte Merkmale auf dem Arbeitsmarkt;
- sie sind für die Nachfrager von Arbeitskraft mit bestimmten, mehr oder weniger standardisierten Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten und für die Arbeitskraftanbieter mit bestimmten Erwartungen an Lohn, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit etc. verbunden;
- sie legen die Arbeiter nicht für ihr ganzes Leben lang auf bestimmte Tätigkeiten fest, sondern ermöglichen ihnen, verschiedene Tätigkeiten in verschiedenen betrieblich-organisatorischen Produktionszusammenhängen auszuführen.

Aus diesen gemeinsamen zentralen Merkmalen definieren Beck u.a. Berufe "als relativ tätigkeitsunabhängige, gleichwohl tätigkeitsbezogene Zusammensetzungen und Abgrenzungen von spezialisierten, standardisierten und institutionell fixierten Mustern von Arbeitskraft, die u.a. als Ware am Arbeitsmarkt gehandelt und gegen Bezahlung in fremdbestimmten, kooperativ-betrieblich organisierten Arbeits- und Produktionszusammenhängen eingesetzt werden" (ebenda, S. 20).

Diese von Beck u.a. beschriebene Ausdifferenzierung und Wandlung des Berufsbegriffs und -inhalts aufgrund der Anforderungen der Industrialisierung unter kapitalistischen Bedingungen scheint uns zutreffend, allerdings bedarf die Beschreibung dieser Entwicklung noch einer wesentlichen, von Beck u.a. nicht systematisch erfaßten Korrektur: mit der Industrialisierung erfolgt nicht nur eine Ausdifferenzierung von Berufen und eine Veränderung der Bedeutung des Berufs für die Entwicklung und den Lebenslauf des einzelnen in der Gesellschaft, sondern zugleich systematisch eine - technisch bedingte - ständige, mehr oder minder parallel verlaufende und historisch jeweils nachzuweisende Anders-Qualifizierung, die genauso große Anforderungen an die Verarbeitungskapazität jedes einzelnen davon Betroffenen stellt wie die Ausdifferenzierung von Berufen. Gerade diese Andersqualifizierungsprozesse spielen bei der Durchsetzung der Großen Industrie eine erhebliche Rolle, sie waren (und sind es auch heute noch) oft genug das auslösende Moment für betriebliche und gesellschaftliche Widerstandsformen der Arbeiter.

Lohnarbeiter mehrfach gebrochen wurde <sup>1)</sup>.

1) Über die Gründe und vor allem die Auswirkungen der auf mehreren Ebenen angesiedelten und immer unterschiedlichen Berufs- und Statusgliederungen innerhalb einer Betriebsbelegschaft, die zu einer Differenzierung der Belegschaft in eine Stamm- und eine Randbelegschaft führten, muß an späterer Stelle auch im Zusammenhang mit den Betriebsordnungsversuchen der Unternehmer genauer diskutiert werden; aber schon vor rund 50 Jahren schrieb Otto Rühle in einem Rückblick dazu (O.Rühle, a.a.O., Band 1, S. 270 - 272):

"Vielleicht hat diese sogenannte Elite mehr parasitären Charakter. Aus Menschen, die ortsansässig sind, ihre Arbeitsstätte nicht oder nur schwer wechseln können, aus Trägheit, Angst oder Stumpfsinn das Risiko einer Veränderung nicht eingehen, aus Feigheit keine Forderungen zu stellen wagen, hat sich ein Stamm von Arbeitern gebildet, der dem Unternehmer als besonders treu und zuverlässig gilt. Es sind dies jene berücktigten Musterarbeiter, die das Wohlwollen des Chefs genießen und gelegentlich für eine Verdienstschnalle oder ein Ehrenkreuz vorgeschlagen werden, bei den übrigen Arbeitern aber als Schmarotzer, Zuträger und Liebediener gelten. Sie pflegen auf ihre lange Betriebszugehörigkeit zu pochen, machen sich wichtig und breit, ohne entsprechende Leistung, monopolisieren für sich alle Vorteile, sind feind jeder Neuerung und beißen jeden Fremden, der ihrer Sonderstellung irgendwie gefährlich werden könnte, nach kurzer Zeit wieder aus dem Betriebe hinaus. Ihr verderblicher Einfluß endet meist mit dem Tode des Seniorchefs oder einem Wechsel in der Fabrikleitung.

Vielleicht sind es auch andere Ursachen, die zum Entstehen einer aristokratischen Klique im Betrieb geführt haben. Etwa die Zugehörigkeit zu einer Sekte, einem Verband, einer Partei oder Gewerkschaft, die Mitgliedschaft eines Militär- oder Gesangsvereins oder dergleichen. Oft mag der alte Gewerbeadel, der früher in den Gewerkschaften dominierte, auf die Betriebe verpflanzt worden sein.

Vielleicht hat auch die Sonderstellung einzelner, die sich aus der Eigenart der Produktion ergab, allmählich zu einem Patriarchat und einer Betriebshierarchie geführt. Viele Ursachen können wirksam gewesen sein. Viele Möglichkeiten sind denkbar. Der Bergmann Lotz schildert an seinem eigenen Falle, wie dies zumeilen zugeht. 'Ich bin als Ortsältester für den Verlauf des Arbeitsprozesses, sowie der Arbeitseinteilung von meinem Orte haftbar. Es kommt sehr viel auf meine Autorität über die mir zugeteilten Arbeiter an und ich muß es mir angelegen sein lassen, die Einheit der Arbeitsteilung zu erhalten und zu regeln. Die Verantwortung, die ich trage, zwingt mich gewöhnlich in die Oppositionsstellung gegenüber meinen Arbeitsgenossen. Es kommen hierbei kleine Dispute vor, weil ich anfeuernd reden muß.' So oder ähnlich mögen die Dinge auch sonst im Verhältnis zwischen Vorarbeiter und Kolonne liegen. Ein paar Schritte weiter ist dann schon die Überlegenheitsposition erreicht, von der aus man die anderen regieren kann.

Wie immer die Sondergruppe im Betrieb zustande gekommen sein mag - sie ist da, spielt eine zentrale Rolle, gilt als Autorität, drückt auf die übrigen Arbeiter, verhindert das Zustandekommen eines Gemeinschaftsverhältnisses.

Beide Gliederungen der Berufe - also die handwerklich-ständisch geprägte und die industriell-kapitalistisch vorgegebene - weisen Überlappungen hinsichtlich dessen auf, was oben unter 'Arbeitsmoral' angedeutet wurde. Wesentliche Grundstrukturen industriell-kapitalistischer Arbeitsmoral, die im übrigen vom Kapitalismus vorausgesetzt wird, werden ausgedrückt in der als notwendig erachteten Betriebsdisziplin und in einer Bereitschaft zur Erfüllung der aufgetragenen Arbeit, die sich nicht ausschließlich durch Kontrollmaßnahmen jedweder Art herstellen

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 575

Hier werden bestimmte Betriebsgeheimnisse vor dem Neuling verborgen, bestimmte Arbeitsvorteile als Reservat gehütet, bestimmte Werkzeuge mit Beschlag belegt, bestimmte Extrabezüge monopolisiert. Der Neueintretende, der sich erst orientieren muß, stößt immer auf Mauern, die ihm ein Vordringen versperren, auf einen Geheimbund, der sich gegen ihn verschworen zu haben scheint, auf einen passiven oder aktiven Widerstand, der ihn wie einen ungebetenen Eindringling, einen Konkurrenten, einen Erbschleicher behandelt. Es gibt Betriebe, in denen fremde, zufällige, neu eingestellte Arbeiter nie warm und heimisch werden können, in denen infolgedessen eine stetige Fluktuation herrscht, in denen nur eine bestimmte Partei oder Gewerkschaftsrichtung, eine gewisse Verbands- oder Kassenzugehörigkeit sich behaupten kann. Der alte Stamm hält fortgesetzt Ausmusterung, eckelt alle Unbequemen oder Gefährlichen hinaus, duldet nur den Zuzug, mit dem er selbst einverstanden ist, schreckt zu seiner Behauptung im Betrieb vor keiner Unduldsamkeit, Unsolidarität, Unkollegialität zurück. Wie eine Kamorra schaltet und waltet unsichtbar, vielleicht selbst ohne genauere Kenntnis des Inhabers oder der Direktion, die "bewährte Arbeiterelite", die sich immer wieder das Vertrauen von oben zu sichern weiß, ganz selbstherrlich im Betriebe.

Oft verfügt sie über ein wohlausgebautes Beobachtungs- und Zuträgersystem; oft stellt sie den unerwünschten Kollegen Fallen, die ihnen zum Verderben werden; oft terrorisiert sie die Neulinge wegen ihrer politischen, gewerkschaftlichen oder weltanschaulichen Einstellung; oft schiebt sie ihnen die schwerste Arbeit, den schlechtesten Verdienst, die undankbarste Mühsal zu, heimlich erfreut über den Mißerfolg, den sie ihrem Arbeitsbruder gönnen, als ob dieser ihr erbittertster Feind wäre."

Rühles Kommentierung ist zwar in der Sache richtig, er moralisiert hier aber sehr einseitig, denn er zeigt sehr wenig Verständnis für die sozialen Gegebenheiten und übersieht dabei völlig, daß sich die industriellen Lohnarbeiter gar nicht leisten können, in einer bürgerlichen Gesellschaft liberal innerhalb ihrer Arbeit und der damit verbundenen Gegebenheiten zu handeln. Da die bürgerliche Gesellschaft ihnen einen gleichberechtigten Status innerhalb ihrer Strukturen und Machtverhältnisse verweigert (und damit auch entsprechende politische und soziale Rechte), sind die industriellen Lohnarbeiter im Rahmen der ihnen zugewiesenen Möglichkeiten darauf angewiesen, jeden nur möglichen Status zu erreichen.

lassen, sondern die auch einer - wie immer auch herbeigeführten - freiwilligen Bereitschaft zur selbständigen Durchführung von bestimmten Arbeiten bedürfen.

Darüberhinaus ist auch das Moment der Gewohnheiten zu beachten, das über die Betriebsdisziplin hinausreicht und das A. Gehlen mit der Trennung von Motiv und Zweck anthropologisch zu erklären sucht <sup>1)</sup>:

Anthropologisch ist das Thema der Bildung von Gewohnheiten von großer Bedeutung, schon weil alle Institutionen als Systeme verteilter Gewohnheiten gelebt werden. Gewohnheiten gibt es auf jeder Höhenlage, natürlich auch im Geistigen und Moralischen, sie sind also nicht 'unbewußt', oder nicht notwendig unbewußt, ihre Pointe ist vielmehr die Entlastung vom Aufwand improvisierter Motivbildung. ... Mit anderen Worten: das gestaltete und .. charakterisierte Werkzeug, Gerät oder Sachsymbol hat eine Art Auslöserwirkung auf die ebenso bestimmte Handlungsgewohnheit doch in dem Sinne, daß der sichtbar und dauernd daliegende Gegenstand eine bereitgestellte Gewohnheit sozusagen an der Vollzugsschwelle, im Ansatzzustand festhält. ... Wer morgens in seine Werkstatt oder an seinen Schreibtisch tritt, erlebt von da her aktualisiert und schon über die Entscheidungsschwelle gehoben die Kontinuität seines spezialisierten Verhaltens.

Wenn auch in einigen Punkten Gehlen nicht zugestimmt werden kann - zum Beispiel der nicht hinreichenden Umschreibung aller Institutionen als Systeme verteilter Gewohnheiten oder den recht ungenauen Angaben zu bewußten/unbewußten 'Bewußtseinszuständen' -, so zielt der Begriff der Gewohnheiten schon über das, was unter 'industriell-kapitalistischer Arbeitsmoral' verstanden wird, hinaus und galt auch schon in der ständisch gegliederten Gesellschaft mit ihrer vorindustriellen Arbeitsweise; umgekehrt kann dann entsprechend das Moment der Gewohnheit als wichtige Komponente menschlicher Verhaltensweisen und Handlungen nicht als spezifisches Moment des berufsständischen Handwerkertums begriffen werden.

Insgesamt muß eine Diskussion des 'Umschlagens vom Stand zur Klasse', schwerpunktmäßig am Beispiel der sozialen Beziehungen im Betrieb mit ihren wesentlichen Ursachen und Folgen geführt, die vielfältigen Ebenen der Anpassungen der Arbeiter und die oft widersprüchlichen, weil unter anderem zeitlich parallel verlaufenden Elemente sowohl des berufsständischen Handwerker-

---

1) A. Gehlen: Urmensch und Spätkultur. 2.Auflg., Frankfurt/M u. Bonn, 1964, im folgenden zitiert als: Urmensch, S. 23 f.



tums als auch der Position und Situation des industriellen Lohnarbeiters mit berücksichtigen; hinzu kommen noch beiden Arbeitsweisen und Wirtschaftsweisen gleiche Momente - so zum Beispiel Gewohnheiten. Darüberhinaus prägten auch gesellschaftliche Strukturen als Versatzstücke diesen langwierigen Prozeß. Ein typisches Strukturelement der preußisch-deutschen Gesellschaft war die auf Disziplin und Gehorsam beruhende gesellschaftliche Ordnungsvorstellung, die in der preußischen Armee ihren 'reinsten' Ausdruck fand. So sind, vor allem nach 1880, auffällig häufig in zeitgenössischen Beschreibungen der Arbeiterbewegung solche Vokabeln wie 'Heer der Arbeiter' oder 'Armee der Arbeiter' zu finden, so zum Beispiel:

...mit nicht geringem Stolz trug unser junger Freund seinen rußigen Arbeitskittel. Das Bewußtsein, eingereiht zu sein in die große Armee der Arbeit, ein Glied zu sein in der gewaltigen Kulturgemeinschaft, schwellte seine Brust und ließ ihn alle Beschwerden mit Siegermiene überwinden 1).

Allerdings kann die obige Aussage nur bedingt als Ausdruck eines Disziplin und Gehorsam voraussetzenden Selbstverständnisses der preußisch-deutschen Gesellschaft und damit als Verbreiterung autoritärer Vorstellungen gedeutet werden.

Gleichzeitig ist diese Aussage als (psychologisch zu begründende) Gegenreaktion auf den von der bürgerlichen Gesellschaft geforderten Individualismus anzusehen. Der so erkennbare Kollektivismus, der ein dialektischer Bestandteil des Individualismus ist, ist nun wiederum eine Voraussetzung (und zugleich auch Folge) der Organisierung des Protestverhaltens der industriellen Lohnarbeiter.

Wenn bisher die Lernprozesse der Arbeiter zur Erlangung einer politischen Handlungskompetenz und damit als deren Teil zur Artikulierung betrieblicher Mitbestimmungsforderungen vor allem unter dem Gesichtspunkt des Umschlagens vom 'Stand zur Klasse' diskutiert wurden, so ist dies zwar zutreffend, jedoch nicht hinreichend.

Bedenkt man die Heterogenität der ersten Industriearbeitergenerationen, so trifft die Überwindung von ständisch-feudalen Orientierungen und die Aneignung von neuen, der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise angemessenen Verhaltens-

---

1) Zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 90.



weisen und Protestaktionen nur für einen Teil der Industriearbeiter zu und schließt darüberhinaus noch bestimmte Lebensbereiche als für die ablaufenden Lernprozesse relevante aus:

- zum ersten vermag damit nicht die große Masse der 'labouring poor' <sup>1)</sup> erfaßt werden, die nicht in dem Maße wie Handwerker und Heimgewerbetreibende in zwar brüchigen, aber immer noch als Orientierung dienenden ständischen oder wie Landarbeiter, Kleinbauern etc. in feudalen Verhaltensweisen eingebettet gewesen waren <sup>2) 3)</sup>.

1) Unter 'labouring poor' werden die stark fluktuierenden, minder qualifizierten Randbelegschaften der Industriebetriebe ebenso wie zum Beispiel Tagelöhner als städtische Lohnarbeiter, nicht jedoch die von der Gesellschaft Abgestoßenen, die 'Aussteiger', also beispielsweise Bettler, Landstreicher etc. verstanden.

2) Kocka bezieht seinen Begriff von den 'unterständischen Standeslosen' (in J. Kocka: Stand, a.a.O., S. 148 f.) wohl hauptsächlich auf das sog. Lumpenproletariat, ohne ihn im Zusammenhang mit der großen Masse der labouring poor zu diskutieren, deren Verhaltensweisen somit unter jene der gelernten Industriearbeiter subsumiert werden.

Darüberhinaus gab es auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Berührungspunkte zwischen dem Lumpenproletariat und der Industrie, zum Beispiel in Form der Tagelohnarbeit, der Saisonarbeit und anderer kurzfristiger Arbeiten. Insofern kann ein Teil des Lumpenproletariats auch zu den Industriearbeitern gerechnet werden, nur daß die Verhaltensweisen und Handlungen andere waren als bei anderen Industriearbeitern, und daß die Berührungspunkte zur industriellen Arbeit in Form der Lohnarbeit entsprechend anders aussahen.

3) Diese Unterschiedlichkeit fand ihren Niederschlag auch auf betrieblicher Ebene, wie Göhre in seinen Erinnerungen schrieb (P. Göhre, a.a.O., S. 142 f.): "Die Arbeiter unserer Fabrik setzten sich deutlich aus drei Bevölkerungsgruppen zusammen: aus ehemaligen ländlichen Arbeitern, Knechten, Tagelöhnern und Häuslern, die teils aus ihrem heimatlichen Dorfe verzogen waren, teils von ihm aus täglich zur Fabrik kamen; aus eigentlichen großstädtischen Industriearbeitern, die ganz selbstverständlich schon von Kindesbeinen an für die Fabrikarbeit bestimmt gewesen waren, und deren Großeltern, wenigstens aber Eltern ebenfalls schon ihr Brot und ihren Lebensberuf in der Fabrik gefunden hatten, und endlich aus Angehörigen kleiner Handwerker- und Beamtenfamilien, die meist aus kleinen oder mittelgroßen Provinzialstädten, seltener aus einer Großstadt zu uns hereingekommen waren. Die mittelste Gruppe war selbstverständlich die an Köpfen zahlreichste, jedoch kam ihnen die Schar der ehemaligen Landbewohner auch sehr nahe; die kleinste Gruppe bildeten die zuletzt genannten Klein- und Mittelstädter. Diese waren übrigens fast durchweg gelernte Leute, meist Schlosser, und standen noch in jugendlichem Alter, zwischen 18 und 23 Jahren; die Leute vom Lande taten dagegen Handarbeit

- Zum zweiten kann eine solch verengte Diskussion dazu verleiten, daß fast ausschließlich öffentliche Verhaltensweisen und Organisationsformen thematisiert werden. Denn die Verhaltensweisen und Handlungen der damit 'favorisierten' Handwerker (und später industriellen Facharbeiter) konnten sich aufgrund der Herkunft, der Qualifikation, des beruflichen Status und der besseren sozialen und ökonomischen Situation dieser Arbeiter sehr viel stärker im öffentlichen Raum artikulieren und manifestieren (wo sie auch von den anderen Klassen und von den Sozialwissenschaftlern eher zur Kenntnis genommen werden) als die Verhaltensweisen und Handlungen der 'labouring poor' oder gar des Lumpenproletariats.

Ständische Normen und Wertvorstellungen hatten aber nicht nur für das öffentliche, sondern vor allem auch für das private Leben der von diesen ständisch-traditionellen Vorstellungen geprägten Menschen Geltung gehabt <sup>1)</sup>. Die in vorindustriellen, ständischen Verhältnissen "noch bestehende Einheitlichkeit von Produktions- und Reproduktionssphäre mit ihrer eigentümlichen Verknüpfung des öffentlichen und des privaten Bereichs zerfiel mit der Herausbildung des (industriellen) Kapitalismus <sup>2)</sup>, wobei dann der eigentlich wichtige Bereich in der weiteren Ent-

---

Fortsetzung von Fußnote 3) Seite 579

oder waren an Bohr-, Hobel- und Stoßmaschinen beschäftigt; die eigentlichen, wenn man so sagen darf, zunftmäßigen Fabrikarbeiter verteilten sich endlich auf alle drei Kategorien der Handarbeit, der Maschinenarbeit und auch - freilich zu einem geringen Teile - der gelernten Schlosser, Schmiede, Tischler, Zimmerleute. Es ist selbstverständlich, daß die Angehörigen dieser drei Gruppen auch den Geist, die Gesinnung, den sozialen Charakter, die Lebensanschauungen und Lebensgewohnheiten mit in die Fabrik und das Zusammenleben unsrer Arbeiterschaft hineinbrachten, die in den drei sonst getrennten Bevölkerungsschichten ganz verschiedenartig vorhanden sind."

1) Vgl. bezüglich dieser Kritik im folgenden F. Brüggemeier: Soziale Vagabundage oder revolutionärer Heros. Zur Sozialgeschichte der Ruhrbergarbeiter 1880 - 1920, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Essen, im folgenden zitiert als: Soziale Vagabundage, S. 1 f.; jüngst auch abgedruckt in: L. Niethammer (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der 'Oral History', Frankfurt/M, 1980, S. 193 - 213. Die Seitenzahlen der entsprechenden Zitate beziehen sich auf das Manuskript.

2) Ebenda, S. 2.

wicklung der öffentliche zu sein schien, der dann auch das Hauptinteresse der Historiker auf sich zog.

Im Gegensatz zu diesem, durch Organisationsformen der Öffentlichkeit wie zum Beispiel Parteien, Gewerkschaften, Parlament und Presse vorstrukturierten öffentlichen Bereich scheint der private Bereich als eine Art Grauzone, der kaum als Bereich, in dem wirkliches Handeln der Arbeiter stattfindet, thematisiert wird, sondern überwiegend unter dem Aspekt seiner Funktionalität bzw. Dysfunktionalität für Organisationsformen des öffentlichen Sektors betrachtet wird.

Eine solche Vernachlässigung gilt speziell für die 'labouring poor' und für das Lumpenproletariat, das in irgendeiner Art und Weise Arbeitsplätze in der Industrie fand. Ein großer Teil dieser Menschen trat vor 1914 im öffentlichen Bereich allenfalls in der Diskussion um den Etat der städtischen Armenfürsorge in Erscheinung. In der SPD und in den Gewerkschaften waren sie - wie zum Teil schon diskutiert - kaum vertreten, und eigene - offizielle - Organisationsformen hatten sie auch nicht geschaffen (so daß, falls überhaupt, eine entsprechende Aufmerksamkeit der Historiker zunächst kaum einen Anhaltspunkt fand)<sup>1)</sup>.

Die Organisierung der mobilen Arbeiter, die zu einem großen Teil mit den 'labouring poor' identisch waren, in den Gewerkschaften und/oder der Partei war vor allem deswegen selten,

---

1) Dazu muß allerdings gesagt werden, daß gerade die Analyse der Verzahnung des privaten Bereichs mit öffentlich kundgetanen Verhaltensweisen sowohl in methodischer als auch in quellenmäßiger Hinsicht äußerst differenziert vorangetrieben werden muß, und daß die Ableitung allgemeiner Sätze aus dieser Analyse mit äußerster Zurückhaltung erfolgen muß, um nicht einfach Glaubenssätze aufzustellen. Letztlich kann dies nur dann einigermaßen befriedigend gelingen, wenn vom Einzelfall ausgegangen wird, d.h. also nicht nur die objektiv festzustellenden Lebens- und Arbeitsbedingungen eines Individuums hinreichend erfaßt werden müssen, sondern darüberhinaus auch dessen subjektive Verarbeitung dieser Bedingungen, um danach zu Sätzen über Verhaltensweisen und Organisationsformen zu kommen. Dieses ist allerdings ein Anspruch, der nur schwer zu erfüllen ist. So können wir auch weite Bereiche der Forschungen auf dem Gebiet der Sozialpsychologie in diesem Projekt nicht angemessen verarbeiten, sie werden allenfalls gestreift.

weil ihre Mobilität eine von unten getragene organisatorische Kontinuität verweigerte und nur ein punktuelles, aber dann unterschiedenes Drängen auf praktische Veränderung der selbsterfahrenen Subsistenzprobleme erlaubte.

Der Lebens- und Arbeitsbereich der Arbeiter war geprägt durch die Auflösung der auf vorindustriellen, ständisch-agrarischen Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensweisen mit räumlich verstreuten relativ kleinen Produktionseinheiten beruhenden einsträngigen hierarchisch aufgebauten Informations- und Weisungsstrukturen, wobei die traditionellen Orte dieser Kommunikation (Arbeitsplatz und Familie) in der Regel noch nicht voneinander getrennt waren; insgesamt also bedeutete das die Auflösung einer moralisch-religiösen Welt.

Stattdessen bildeten sich nach und nach neue Ebenen der Kommunikation wie Großbetrieb, (Klein)Familie und Großstadt/Ballungsraum aus, die eine zielgerichtet horizontale Kommunikation zuließen. Beispielhaft dafür war die schon weiter oben erwähnte 'halboffene Familienstruktur'. Sie war gekennzeichnet durch häufigen Wohnungswechsel, durch das Sich-Anpassen an eine immer neue Umgebung, die Aufnahme von Schlafgängern usw. und beinhaltete einen Zwang zur von der bürgerlichen Norm der Selbsthilfe geprägten Selbstorganisation, die damit als Grunddisposition der Arbeiter nicht verloren ging und zumindest tendenziell der fremdbestimmten Organisation der Arbeit entgegenstand. Das alles entsprach der Anpassung an die Normen des bürgerlichen Individualismus und somit der allmählichen Aneignung von der Lohnarbeiterrationalität angemessenen Verhaltensweisen.

Die im privaten Bereich entwickelten Solidarstrukturen waren in bestimmten Situationen - so bei Streiks - von wesentlicher Bedeutung, in bestimmten Fällen sogar wichtiger als die Hilfe der Gewerkschaften. Denn die Arbeiter erfuhren zunehmend, daß individuelle Konfliktaustragung auf die Dauer ihre Grenze hatte und es deshalb des Zusammenschlusses, der Unterstützung, Koordination und des einheitlichen Vorgehens bedurfte. Gerade diese eigene Erfahrung, die das weitere Handeln auch bestimmte, wurde verglichen mit dem Handeln der Gewerkschaften, wobei in vielen Auseinandersetzungen festgestellt wurde, daß Gewerkschaften sehr viel vorsichtiger operierten (und dieses teilweise auch mußten),



als die Arbeiter es selbst konnten.

Die Gewerkschaften ihrerseits strebten einen festen Zusammenschluß und eine straffe Organisation mit einer über erhebliche Kompetenzen verfügenden Führung an. Im Sinne einer sachlichen Koordinierung war dies in der Sache notwendig und letztendlich unvermeidlich, und zwar sowohl angesichts der über die Produktionsmittel letztlich verfügenden, systematisch überlegenen Unternehmer, als auch, um sich der Übergriffe des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates - sprich Sozialistengesetze - besser erwehren zu können. Allerdings - wie später zu zeigen sein wird - enthielt und enthält das Moment einer sachgerechten, zentral bezogenen Koordinierung und Organisation die Gefahr, bestimmte Meinungen der Führungsgarnitur als Mehrheitsmeinungen zu deklarieren und sie dann - durch die Filterfunktion einer zentral aufgebauten formal-demokratischen Meinungsbildung ermöglicht - auf einer zentralen Ebene durch Delegierte entsprechend bestätigen zu lassen.

In 'wilden Streiks' sahen die Gewerkschaften eine Schwächung ihrer Position, sie strebten eine kontrollierte Austragung des Arbeitskampfes an, die ein großes Maß an Disziplin der Mitglieder erforderten. Dieses Erfordernis war jedoch kaum mit der hohen Mobilität vor allem der 'labouring poor' zu vereinbaren. Die geforderten 'geordneten' stabilen Lebensverhältnisse standen den beständig wechselnden Arbeitsverhältnissen, die unmittelbare und schnelle Reaktionen und Gegenwehrmaßnahmen der Arbeiter herausforderten, entgegen, so daß in bestimmten Situationen die im privaten Bereich geübten Solidarerfahrungen und -strukturen - die ja direkt aus den jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnissen entwickelt wurden - die entscheidenden Orientierungspunkte waren.

Solidarstrukturen bildeten sich auch und vor allem mit jenen Handlungen aus, die die Gewerkschaften in ihren handwerklich geprägten und autoritär praktizierten Moralvorstellungen (die auf der anderen Seite allerdings notwendig zur Behauptung gegenüber Unternehmern und Stadt waren) als kriminell einstufen, ohne nach den Ursachen zu fragen und Defizite des eigenen Selbstverständnisses offenzulegen. Gemeint ist damit zum Beispiel der



Diebstahl, der in bestimmter Hinsicht eine Form der Gegenwehr war. Die Heimgewerbetreibenden waren aufgrund der wirtschaftlichen Not gezwungen, den Diebstahl als Bestandteil ihrer materiellen Existenz zu praktizieren und zu organisieren <sup>1)</sup>:

Gegenüber dem Garnhändler war der Spinner nicht in besserer Lage; konnte er gar keinen Flachs mehr kaufen, so mußte er froh sein, dem Garnhändler welchen um Lohn zu verspinnen; hatte er noch eigenes Garn zu verkaufen, so war er doch beim Handel immer der, den die Noth drängte zu verkaufen, der sich jeden Preis gefallen lassen mußte. Vom Händler und Faktor oftmals gewissenlos gedrückt, hielt er sich nun seinerseits zu jedem Betrug berechtigt. Es entstand ein System der Geschäftsorganisation, das nach allen Seiten vergiftet und verdorben, die wirtschaftliche Noth nur noch steigerte, die Bevölkerung ganzer Dörfer und Gegenden moralisch so tief herabdrückte, daß von da an das System einer in den Hütten der kleinen Leute zerstreuten Hausindustrie in manchen Kreisen für identisch galt mit der Zulassung von Betrug und Diebstahl aller Art.

Die Ausmaße eines solchen Diebstahls, der in der Moral der Handwerker und -spinner durchaus als normal betrachtet wurde, schildert A. Thun <sup>2)</sup>:

In den 1850er Jahren schätzte man den Werth der jährlich gestohlenen Seide auf etwa eine halbe Million Mark; die kritische Lage der Industrie steigerte noch das Uebel. Da bildete sich am 16. Juni 1861, im Jahre der höchsten Seidenpreise und der grössten Nothlage der Weber, der Verein gegen Seidendiebstahl in Crefeld, dem ein ähnlicher in Elberfeld folgte. Er setzte Prämien von 150 Mark und darüber aus für erfolgreiche Denunciationen von Entwendungen von Seide, Garnen, Seidenwaaren und Webergeräthen. Zugleich vereinbarten sämtliche Seidenfabrikanten, verdorbene Stücke den Webern niemals, den Färbern möglichst selten zurückzugeben; diese verpflichteten sich, nur durch die vom Verein bestellten Verkäufer die verdorbenen Waaren veräußern zu lassen. Alle Händler in Rohseide, Garnen und Seidenwaaren, Fabrikanten und Färber verpflichteten sich dem Verein anzuschliessen; am 6. März 1877 gehörten demselben 340 Mitglieder an; die wenigen Fabrikanten, welche ausserhalb stehen, werden von der öffentlichen Meinung als Hehler bezeichnet; ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahin gestellt.

Daß der Diebstahl nicht nur Ausdruck der wirtschaftlichen Not des von der Industrialisierung bedrängten Heimgewerbes war, sondern - damit zusammenhängend - auch den Verfall der ständisch-

---

1) G. Schmoller: Kleingewerbe, a.a.O., S. 461 f.

2) A. Thun, a.a.O., I. Teil, S. 95.

feudalen Gesellschaft anzeigte (der Diebstahl wurde nun nicht mehr als Frevel, Auflehnung gegen den 'Herrn' etc. von den Ausführenden empfunden, sondern zum Teil als etwas ganz Normales aufgefaßt), beweist nicht nur die von Schmoller geschilderte Systematisierung des Garndiebstahls durch die Spinner und damit das Verlassen der alten Maßstäbe, sondern auch der immer größer werdende Holzdiebstahl der 'armen Leute'. Ein altes Recht der Feudalzeit bestand im Aufsammeln von Holz im herrschaftlichen Wald. Durch die Aufhebung dieses Privilegs und eine entsprechende Strafandrohung wurde das Rechtsbewußtsein der Menschen erheblich gestört, die nun mit der Ausübung des alten Privilegs in einen Konflikt mit den neuen Gesetzen kamen. Auch der Diebstahl von Materialien durch die Handweber und -spinner zeigt an, daß sich die Menschen gegen die immer stärker werdende Abhängigkeit vom Verleger im entwickelten Verlagssystem zur Wehr setzten und so die gewohnten Eigentums- und (Un)Abhängigkeitsverhältnisse gegen die stärkere wirtschaftliche und soziale Stellung der Verleger durchzusetzen suchten, zumal sie die neuen "fremden" Eigentumsverhältnisse subjektiv nur schwer nachvollziehen konnten.

Diese Denk- und Verhaltensstruktur der Heimgewerbetreibenden lag auch den ersten Fabrikarbeitergenerationen (deren Zahl sich durch den Niedergang des Heimgewerbes und die steigende Arbeitskräftenachfrage der Industrie stetig vergrößerte) zugrunde, die den Diebstahl, die Vergeudung von Materialien sowie den nachlässigen Umgang mit den Maschinen sowohl aus einer gewissen sozialen Entfremdung gegenüber Material, Produktionsmitteln und Produkten auch als Gegenwehr begriffen, welche sich nicht an der Position und Situation des industriellen Lohnarbeiters orientierte, sondern das Zerschlagen der alten ständisch-feudalen Gesellschaft und die Unsicherheit angesichts der neuen Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen widerspiegelte. An späterer Stelle wird noch zu zeigen sein, in welchem großem Ausmaß diese Art der Gegenwehr der Industriearbeiter stattgefunden hatte, denn fast jede Fabrik- und Arbeitsordnung der Industriebetriebe (noch bis 1914) beschäftigte sich ausführlich mit Diebstahl, Veruntreuung und nachlässigem Umgang von/mit Material und Maschinen - dabei

(der autoritären Betriebspolitik der Unternehmer entsprechend) immer mit Sanktionen, die vorrangig zur Abschreckung dienen sollten, dieses Problem zu lösen versuchend.

Gerade aber das Moment der Gegenwehr auch der Industriearbeiter durch den Diebstahl deutet auf eine tiefgehende Verunsicherung in dem Versuch der Verarbeitung der neuen Bedingungen hin, die von den Gewerkschaften aufgrund ihrer strengen Moral nicht verstanden wurde, ohne in einer Diskussion der Ursachen zu versuchen, jene Unsicherheiten dahingehend zu beseitigen, daß angemessenere Verarbeitungen der Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise ermöglicht werden konnten.

Dazu muß jedoch einschränkend bemerkt werden, daß die Herausbildung von Solidarstrukturen unterschiedliche berufliche (ehemalige Handwerker, Tagelöhner etc.), landsmannschaftliche, religiöse usw. Einfärbungen aufwies, die ihrerseits wiederum diesen Strukturen bestimmte Grenzen setzten.

Solche unterschiedlichen, aber oft miteinander zusammenhängenden Einfärbungen (zum Beispiel Katholiken aus Oberschlesien) fanden ihren Niederschlag in landsmannschaftlichen Zentren (etwa im Ruhrgebiet, wo zum Beispiel Masuren in Gelsenkirchen, Zuwanderer aus Rybrik und Ratibor in Bottrop konzentriert wohnten)<sup>1)</sup>, in denen dann entsprechende Vereine, Organisationen und auch Gewerkschaften (so die polnische Bergarbeiterbewegung, die neben ihrer national-polnischen Grundtendenz stark von der katholischen Soziallehre geprägt war, und die sich politisch zeitweilig am Zentrum orientierte) entstanden. Gerade in solchen Vereinen und Zusammenschlüssen wurden die Unterschiede 'gelebt', die im (partei)politischen und gewerkschaftlichen Bereich nicht überwunden wurden.

Die Unterschiede traten aber in Arbeitskämpfen zurück, wobei sich eine Einheit dann am jeweilig konkreten Konflikt herstellte. Dabei mußte es keineswegs so sein, daß sich eine - zerbrechliche - Einheit nur durch die Beschränkung auf Forderungen hinsichtlich der unmittelbaren Interessen der industriellen Lohnarbeiter und hier speziell auf das Lohninteresse herstellen

---

1) Vgl. F. Brüggemeier: Soziale Vagabundage, a.a.O., S. 18.

ließ. Diese Bewegungen konnten durchaus eine Konkretisierung des den unmittelbaren Interessen immanenten betrieblichen Mit- und letztlich Selbstbestimmungstrebens bedeuten, in dem dann "viele der Alltagserfahrungen, der Selbstbehauptungswille und die Unabhängigkeit der Bergleute eine Umsetzung erfuhren" <sup>1)</sup>.

Die Bewegungen, die eine gewisse Einheit zur Voraussetzung hatten, brachen jedoch immer wieder auch deshalb auseinander, weil die unterschiedlichen Bezugsgruppen im 'informellen' Bereich (der durch die Religion, Landsmannschaft usw. geprägt war) ihre eigenen Normen hatten, die jeweils unterschiedliche Verhaltensweisen und Zielsetzungen zur Folge hatten.

Beispielsweise waren sich die christliche und die polnische Bergarbeitergewerkschaft in vielen Punkten - so zum Beispiel Lohnforderungen und Arbeiterausschußwesen - durchaus einig, gingen jedoch in so wesentlichen Fragen wie ihrem Verhältnis zum Staat und zu bestimmten politischen Parteien vor allem deshalb auseinander, weil ihre Mitglieder und Klientel in unterschiedlichen landsmannschaftlichen Einbindungen lebten.

Gerade weil die bestehenden Unterschiede ihre eigenen Traditionen und ihre eigene Geschichte hatten und keineswegs von außen aufgepfropft worden waren <sup>2)</sup>, war eine breite Einheit der Arbeiter nur unter schwierigen Bedingungen herzustellen und auch durchzuhalten <sup>3)</sup>.

Die soziale Identität als notwendige Bedingung der Gegenwehr <sup>4)</sup> leitet sich demnach nicht abstrakt aus Klassenpositionen ab, sondern basiert auf spezifischen, unterschiedlich geprägten Erfahrungen, die zwar einerseits eine Solidarität ermöglichen, die aber andererseits ein gemeinsames Vorgehen erschweren können.

---

1) Vgl. F. Brüggemeier: Soziale Vagabundage, a.a.O., S. 18.

2) Insofern trägt "die Hoffnung, jenseits von Programmen, Debatten, Theoriediskussionen, Parteien und Gewerkschaften lasse sich der eigentliche, wahrhaft klassenbewußte Arbeiter finden, den man gegen Apparate und Bürokratien ausspielen könne, wenn man nur tief genug in das 'wirkliche Leben' hinabstiege" (Ebenda).

3) In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob die Zugewanderten 'potentielle Unruhestifter', die dann gern zu Sündenböcken für alle Mißstände gemacht wurden, waren, oder ob sie ein stabilisierendes Element in den Betriebsbelegschaften und Regionen waren, da sie mit dem zufrieden waren, was sie hatten und sich außerdem aufgrund der fremden Sprache und Kultur nur schwer verständlich machen konnten. Dieser Frage muß später im

Denn die schon oben im Zusammenhang mit den Wohnverhältnissen diskutierten Alltagserfahrungen in all ihren bedrückenden Momenten boten zwar die Möglichkeit, eine Identität aufzubauen und sich gegen die bedrückenden Zustände zu wehren; sie waren aber gleichzeitig immer wieder Anlaß zum Rückzug in rein private Bereiche, zu Resignation und letztlich auch zur Selbstaufgabe.

Insofern ist auch vor einer Überschätzung der Alltagserfahrungen bei der Analyse von Bewußtseinsstrukturen zu warnen. Es sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die unmittelbaren Interessen der industriellen Lohnarbeiter keineswegs gleiche Verhaltensweisen oder gar Handlungen der Arbeiter zur Befriedigung dieser Interessen nach sich ziehen. Die unmittelbaren Interessen sind lediglich als Orientierungspunkte zu verstehen, nach denen Arbeiter ihre je spezifischen, von unterschiedlichen Positionen geformten Verhaltensweisen und Handlungen ausrichten. Von wesentlicher Bedeutung für die politische Einstellung der Arbeiter sind dabei nicht nur die unterschiedlichen Traditionen und die Heterogenität der jeweiligen aktuellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, sondern daneben auch die herrschenden Normen der bürgerlichen Gesellschaft, die sich den Arbeitern als individualistisch-liberale Verhaltensprogrammatik darbieten, und die vom alten 'Preußischen System' mit seinem patriarchalisch-feudalen Wertesystem zum Teil überlagert wurden.

Dabei darf aber keineswegs übersehen werden, daß diese herrschenden Normen nicht in ihrer ganzen Breite und Tiefe von den Arbeitern übernommen werden, "sondern in spezifischer Weise zu neuen Denkfiguren, inhaltlichen Vorstellungen über die Natur gesellschaftlicher Beziehungen, typischen Artikulationsformen umgearbeitet (werden) und .. auf diesem Wege durchaus eine dem

---

Fortsetzung der Fußnoten 3) und 4) von Seite 587

Einzelfall (soweit dazu Material vorliegt, etwa bei E. Lucas: Radikalismus, a.a.O.) nachgegangen werden.

4) Eine Gegenwehr kann letztlich nur dann sinnvoll aufgebaut und auch durchgestanden werden, wenn sich die Träger dieser Handlungen in einem mit ihrer Person stimmigen Verhältnis zu ihrer sozialen Umwelt befinden, da andererseits eine Gegenwehr auf Zufällen und vor allem Unsicherheiten gegründet wäre, die dann von vornherein geringere Erfolgchancen hätte.



herrschenden Verständnis entgegengesetzte Bedeutung erhalten (können)" 1).

Diese 'spezifische Weise' ist vor allem durch das, das Individuum zwar voraussetzende, aber doch gemeinsame Handeln bestimmt und unterscheidet sich in seiner politischen Konsequenz vom bürgerlichen Kulturbegriff, dem die individualistische Lebensweise zugrundeliegt. Wenn man unter Arbeiterkultur die Daseinsweise einer Klasse versteht, so kann in Abgrenzung zum bürgerlichen Kulturbegriff unter Arbeiterkultur "die historisch spezifische Organisation des Mangels und des aus der bürgerlichen Öffentlichkeit Ausgegrenzten" 2) verstanden werden, wobei die erfahrenen und geübten Solidarstrukturen zunächst nur defensive waren. Diese typischen Merkmale von Verhaltensweisen der industriellen Lohnarbeiter im Unterschied zu bürgerlichen Verhaltensweisen-Kollektivität (die das Individuum zur notwendigen Voraussetzung hat) und (anfängliche) Defensive angesichts der systematischen Überlegenheit der Unternehmer - sind auch wesentlicher Grundbestandteil der Organisation der Arbeiterbewegung.

#### 2.2.3.2. Die Organisationen der Arbeiterbewegung

Der hier diskutierte Zeitraum kann - wie schon mehrfach erwähnt - als eine Phase des Umbruchs von moralisch-pathetischen zu sachlich-rationalen, politischen Verhaltensweisen und Handlungen der Individuen bezeichnet werden.

Für die industriellen Lohnarbeiter bedeutete dies, daß sie von (ohnehin brüchig gewordenen) ständisch-feudalen Interpretationsmöglichkeiten zu einer ihrer Situation und Position angemessenen Lohnarbeiterrationalität gelangen mußten, die auch die Unterscheidung der eigenen Interessen von jenen anderer bedeutete.

Letztlich ist eine solche Unterscheidung eine wesentliche Vor-

1) B. Mahnkopf, a.a.O., S. 108. Als Beispiel sei wiederum auf die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter in der Krankenversorgung hingewiesen.

2) Ebenda, S. 110.

aussetzung für eine Politikfähigkeit, die notwendig für den Prozeß der Organisierung des Interessenkonflikts zwischen Arbeitern und Unternehmern und damit auch für die (partei)politische und gewerkschaftliche Verbandsbildung als notwendiger systematischer Herrschaftsopposition (die die Herrschaft der Unternehmer bestimmten Regelungen und Kontrollen unterwarf) war.

Dabei war die in den Organisationen sich ausdrückende (keineswegs voraussetzungslos geschaffene) Solidarisierung der Arbeiter nicht nur eine Folge eines Umdeutungsprozesses sozio-kultureller Wertmuster, der überhaupt erst das Erkennen von Konfliktursachen als systematische, also gesellschaftlich bedingte, ermöglichte, sondern zugleich auch in einem dialektischen Prozeß dessen Voraussetzung insofern darstellte, als die Organisationen der Arbeiterbewegung einen Orientierungspunkt für die meisten (also auch unorganisierten) Arbeiter zur Interpretation der Grundstrukturen der neuen komplexen, industriell-kapitalistischen Verhältnisse bedeuteten.

Dabei ist es allerdings notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß die weiter oben gemachten Ausführungen zur Ungleichmäßigkeit der industriellen Entwicklung, zu den Differenzierungen hinsichtlich dessen, was unter dem industriellen Lohnarbeiter verstanden wird, und zu den je unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten usw. auch bei der Diskussion der Entwicklung der Organisationen der Arbeiterbewegung vorausgesetzt werden müssen.

Diese unterschiedlichen Entwicklungen und Einflüsse wurden von den Organisationen aufgenommen und in politische, soziale und ökonomische Handlungen umgesetzt, wobei dann die Handlungen in starkem Maße von der die Organisationen maßgeblich bestimmenden aktiven Minderheit geprägt wurden.

In der hier diskutierten Phase waren es vor allem die Handwerker, die mit ihrer Auffassung von Interessenvertretung, von Beruflichkeit der Industriearbeit und von der 'Wohlanständigkeit' auch im privaten Bereich die spezifischen Interessen der un- und angelernten Arbeiter (ganz zu schweigen vom Lumpenproletariat) nur partiell berücksichtigten.

Dabei ist es sicher <sup>zu</sup> einfach zu behaupten, daß nur die Handwerker politikfähig gewesen waren und die anderen Arbeiter nicht.

Zwar ist es richtig, daß die Handwerker geistig mobiler, selbstbewußter, anpassungsfähiger und aufgrund ihrer Qualifikation, Arbeitsmoral und zum Teil kleinbürgerlichen Vorstellungen besser in das Bild paßten, das man sich auf gesellschaftlicher Ebene von einem gewissenhaften, tüchtigen, auch im privaten Bereich untadeligen Arbeiter machte, der dann insofern auch vom Unternehmer als Verhandlungspartner ernster genommen wurde als die anderen Arbeiter.

Aber dennoch gehört zu einer politischen Handlungskompetenz als industrieller Lohnarbeiter das Sich-Lösen von moralisch-pathetischen, vopolitischen Vorstellungen, das den Handwerkern aufgrund ihrer berufsständischen Traditionen ebenso schwer fiel (auch wenn sie die neuen Anforderungen 'intellektueller' verarbeiteten) wie den anderen, auch aus feudal-ständischen Verhältnissen stammenden industriellen Lohnarbeitern.

In diesem Zusammenhang soll im folgenden auch die Frage diskutiert werden, warum die Organisationen der Arbeiterbewegung in einem nur sehr geringen Maße das Mitbestimmungsstreben der Arbeiter im Betrieb aufgenommen haben.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß in Deutschland die maßgeblichen Gewerkschaften von den politischen Parteien gegründet wurden, anders als dies zum Beispiel in England der Fall gewesen war <sup>1)</sup>.

In Deutschland entstand in der Frühphase der Industrialisierung eine 'Fabrikarbeiterklasse', deren einer Teil - Handwerker und deren soziales Umfeld - sich vorerst politisch nicht proletarisch, sondern demokratisch und liberal orientierte und auch ökonomisch und sozial nicht als Proletarier, sondern ihrem Status als Handwerker gemäß lebte und entsprechend von der Umwelt

---

1) Polanyi zieht daraus den Schluß, daß auf dem Kontinent und speziell in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung mehr oder weniger sozialistisch wurde, während in England sogar der politische Sozialismus im wesentlichen von den Gewerkschaften geprägt blieb (vgl. K. Polanyi, a.a.O., S. 241 f.). Allerdings muß dazu gesagt werden, daß sich auch in Deutschland die Organisation der industriellen Lohnarbeiter mehr und mehr über die Gewerkschaften und nicht über die Partei vollzog, was vor allem die 'Lasalleaner' später verhindern wollten (Schweitzer).

bewertet werden wollte <sup>1)</sup>.

Gerade eine solche Bewertung der oberen Schicht der Arbeiter durch Außenstehende unter bewußter Abtrennung der un- und angelernten Arbeiter sowie des Lumpenproletariats wurde in erheblichem Maße durch das liberale und aufgeklärte Bürgertum forciert und fand unter anderem seinen Ausdruck in den Arbeiterbildungsvereinen. Typisch dafür ist die Definition 'des Proletariats' durch Friedrich Harkort <sup>2)</sup>:

Einen Proletarier nenne ich den, welchen seine Eltern in der Jugend verwahrlost, nicht gewaschen, nicht gestriegelt, weder zum Guten erzogen noch zur Kirche und Schule gehalten haben. Er hat sein Handwerk nicht erlernt, heiratet ohne Brot und setzt seinesgleichen in die Welt, welche stets bereit sind, über anderer Leute Gut herzufallen und den Krebschaden der Kommunen bilden. Warum sorgen die Ge-

---

1) So schrieb Eduard Bernstein (Die Arbeiterbewegung, Frankfurt/M 1910, im folgenden zitiert als: Arbeiterbewegung, S. 166 f.): "Jene Theorie konstruierte sich einen Proletarier, der dem undifferenzierten Tagelöhner, wie er auf der alleruntersten Stufe der sozialen Leiter haust, am nächsten stand, in der Arbeiterbewegung spielte aber nicht dieser, sondern der angelernte Berufsarbeiter die tonangebende Rolle. Des ersteren Bedürfnisse und seine sittlichen Anschauungen waren meist sehr niedriger Art. Entweder von Generationen her in den erbärmlichsten Winkelquartieren der Städte inmitten von Schmutz und tiefster Prostitution herangewachsen, oder aus der halben Hörigkeit der Guts-tagelöhner hervorgegangen, hatte er in der Tat von Ehe und Familie, von Staat und Recht mehr oberflächliche Gewohnheitsbegriffe als auf Urteilen beruhende sittliche Anschauungen. Der heutige Zuhälter stammt der sozialen Genealogie nach von Tagelöhnern ab, die es für keine Schande hielten, daß ihre Mädchen oder selbst ihre Frauen sich durch geschlechtliche Hingabe eine Nebeneinnahme schufen, vorausgesetzt nur, daß sie selbst am Ertrag partizipierten. Ganz anders der Berufsarbeiter. Der modellierte seine Sitten und Lebensanschauungen, auch wenn er in der Fabrik arbeitete, noch lange Zeit nach denen des Kleinbürgers, aus dessen Klasse er hervorgegangen war und in dessen Mitte er lebte. Daher trägt denn auch die Arbeiterbewegung bis in die neueste Zeit hinein in bezug auf ihre sittlichen Begriffe stark kleinbürgerliche Züge und nicht die Merkmale des heimat-, familien- und eigentumslosen Proletariats."

2) F. Harkort: Der neunte offene Brief 'Bienenkorbbrief', 1849. Dieser Brief wurde aus Anlaß der Mai-Putsche 1849 in Elberfeld, Iserlohn und anderen Orten geschrieben und enthält eine Warnung vor Gewalttätigkeiten und Aufruhr; Harkort verweist darin die Arbeiter auf den Weg des Rechts und der Gesetze.

meinden nicht selbst besser für die Ausrottung dieser Zucht-  
hauskandidaten? Ferner heiße ich Proletarier: Leute, die,  
von braven Eltern erzogen, durch die Verführung der großen  
Städte zugrunde gegangen sind; Wüstlinge und Zecher, die  
den blauen Montag heiliger halten als den Sonntag, ver-  
lorene Söhne ohne Reue, denen Gesetz und Ordnung ein Greuel  
ist ... Diese beiden Klassen bilden die echten Hilfstruppen  
der Aufwiegler, bestehend aus verdorbenen Schreibern,  
schlechten Rechnungsführern, Haarspaltern und Doktoren ohne  
Kranke, Judenjungen, weggejagten Militärs und allen Tauge-  
nichtsen, die ohne Mühe zu Ehren und Ansehen gelangen wol-  
len! Sagt mir: Wer von Euch hätte wohl gedacht, daß Deutsch-  
land so reich sei an solch' sauberer Gesellschaft? Nicht  
aber rechne ich zu den Proletariern den braven Arbeiter,  
dem Gott durch die Kraft seiner Hände und den gesunden Men-  
schenverstand ein Kapital verlieh, welches ihm niemand rau-  
ben kann, es sei denn Krankheit oder Alter. Der wird schon  
durchkommen, wenn jene bösen Buben die Ruhe und öffentliche  
Wohlfahrt nicht stören.

Karl Marx definierte 'den Proletarier' unter dem Gesichtspunkt  
seines Verhältnisses zum Eigentum an Produktionsmitteln und dem  
Grad der Entfremdung von der industriellen Arbeit <sup>1)</sup>:

Unter Proletariat (wird) die Klasse der modernen Lohnarbei-  
ter (verstanden), die da sie keine eigenen Produktionsmit-  
tel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu  
verkaufen, um leben zu können.

Und weiter <sup>2)</sup>:

Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind  
eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleich-  
mäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankun-  
gen des Marktes ausgesetzt.  
Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Ma-  
schinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen  
Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren.  
Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der  
einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Hand-  
griff verlangt wird.

Dabei ist bei Marx und Engels die 'Klasse' nicht nur eine ana-  
lytische Kategorie, sondern zugleich auch eine Kategorie der  
Realität <sup>3)</sup>. Die Klasse ist demgemäß nicht nur bloßes Zurech-  
nungsobjekt, welches die Individuen nach Herkunft, sozialem  
Milieu, Stellung im Produktionsprozeß u.ä. sortiert. Darüberhin-  
aus bezeichnet der Begriff der Klasse nach Marx und Engels auch

---

1) K. Marx, F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in:  
MEW 4, 7. Aufl., Berlin(Ost), 1974, S. 459 - 493, S. 462.

2) Ebenda, S. 468 f.

3) Vgl. O. Negt, A. Kluge: Öffentlichkeit, a.a.O., S. 410.



einen realen historischen Prozeß der "Entstehung, Veränderung und Aufhebung von Lebensbedingungen, denen Massen unterworfen sind. Dabei ist es relativ gleichgültig, ob sie davon ein Bewußtsein haben oder nicht" <sup>1)</sup>).

Dieser Marx'sche Begriff des Proletariats und der Klasse ist ein abstrakter, der in dem Zusammenhang des Manifests zwangsläufig die schon weiter oben beschriebenen höchst unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnisse auch noch nach 1848 in ihrer Vielfalt nicht konkret wiederzugeben vermag <sup>2)</sup>, schon gar nicht die politische Dominanz der Handwerker in den Arbeiterbildungsvereinen und den Organisationen der Arbeiterbewegung, also auch bei den von Marx favorisierten Eisenachern.

---

1) O. Negt, A. Kluge: Öffentlichkeit, a.a.O., S. 410. Die orthodoxe marxistische Terminologie verballhornt die beiden Realkategorien 'Klasse' und 'Bewußtsein', die beide völlig verschieden sind und nur deshalb zu einem Wort zusammengezogen wurden, um ein politisches Programm der Vermittlung zwischen der Entstehung sowie subjektiven Verarbeitung des proletarischen Lebenszusammenhangs und der praktischen Aufhebung dieses proletarischen Lebenszusammenhangs anzudeuten. In der Orthodoxie wird 'Klassenbewußtsein' als Resultat fixiert, dabei übersehend, daß die Arbeiterklasse nicht nur erzeugt wird, sondern sich auch selbst erzeugt (vgl. M. Vester: Entstehung, a.a.O., S. 108). In der politischen Praxis verhindert diese einseitige Fixierung die "Lösung konkreter Vermittlung zwischen gesellschaftlicher Totalität, Klassenlage, verändernder Praxis und geschichtlich entstandener Lebensweise des Proletariats" (O. Negt, A. Kluge: Öffentlichkeit, a.a.O., S. 412).

2) So schrieb schon E. Bernstein (Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 166) recht differenziert über die höchst unterschiedliche Rekrutierung von Lohnarbeitern, ohne daß dadurch allerdings die einseitige Ausrichtung der Organisationen auf die Interessen der Handwerker und industriellen Facharbeiter durchbrochen worden wäre:

"Die Lohnarbeiterschaft der kapitalistischen Epoche rekrutiert sich in ihrer Masse aus drei ganz verschiedenen Gesellschaftsschichten: aus ehemaligen Kleinmeistern und Meistersöhnen der vom Großbetrieb eroberten Produktionszweige, aus angelernten Gesellen handwerksmäßiger Berufe und derjenigen Abteilungen der Großindustrie, die noch im wesentlichen handwerksmäßige Arbeitsgeschicklichkeit erfordern, und schließlich aus dem Tagelöhnerproletariat in Stadt und Land. Diese Unterschiede in Ursprung oder Abstammung haben deutlich erkennbare Unterschiede in den Lebensgewohnheiten und der Lebensanschauung zur Folge. Das Streben des Maschinenbauarbeiters ist oder war wenigstens lange Zeit von wesentlich anderer Art, als das Streben des Schuhmacher- oder Schneidergesellen und das Streben des Erdarbeiters oder Lastträgers."

#### 2.2.3.2.1. Die Arbeiterbildungsvereine in den 1850er Jahren

Wenn man die Berufe der Mitglieder von Arbeiterbildungsvereinen (die auch und vor allem von Bürgerlichen initiiert waren und aus denen sich später ein erheblicher Teil der Mitglieder der sozialistischen Organisationen der Arbeiterbewegung rekrutierte) anschaut, so wird die jetzt auch zahlenmäßige Dominanz der Handwerker deutlich <sup>1)</sup>.

Am meisten vertreten waren Tischler, Schumacher, Schneider. Erst danach folgten Zigarrenarbeiter (aufgrund der absolut geringeren Zahlen, denn die Zigarrenarbeiter zählten in der Jahrhundertmitte neben den Buchdruckern zu den gebildeteren Arbeitern <sup>2)</sup>), Maurer, Schlosser. Mit am wenigsten vertreten waren Fabrikarbeiter, Tuchmacher und Weber.

Parallel dazu waren auch die Themen deutscher Arbeitervereine <sup>3)</sup> nicht dazu angetan, un- und angelernte Arbeiter, geschweige denn das Lumpenproletariat in irgendeiner Weise in diesen offiziellen Verbindungen zu organisieren, abgesehen von den aus diesen Statistiken nicht ersehbaren Lern- und Lehrmethoden, die sich an Methoden der staatlichen Ausbildungsanstalten orientierten. Was auf der anderen Seite natürlich auch sehr schwierig bzw. in Einzelfällen unmöglich ist, da das Eingehen auf die sich durch hohe Fluktuationsraten auszeichnenden, äußerst heterogenen etc. Massen eben doch eine systematische Überforderung der

---

1) Tabelle: Berufe der Teilnehmer in Arbeiterbildungsvereinen. Quelle: P.v.Rüden, K.Koszyk (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, Frankfurt/M, Wien, Zürich, 1979, S. 53. Tabelle siehe S. 596.

2) Siehe dazu die sehr frühen und auch präzisen Forderungen und Vorstellungen der Zigarrenarbeiter: - Forderungen der Mannheimer und Heidelberger Zigarrenarbeiter vom 1.9.1848, in: Th. Blanke u.a.(Hrsg.): Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Reinbek, 1975, Band 1, S. 39 f.; sowie: Aufruf des deutschen Zigarrenarbeiterkongresses zur Gründung von Assoziationsfabriken vom 11.9.1849, in: Th.Blanke u.a. (Hrsg.), a.a.O., Bd. 1, S. 43 f.; siehe auch den ersten allgemeinen Tarif der Buchdrucker vom 9.5.1873, in: Th.Blanke u.a. (Hrsg.), a.a.O., Bd.1, S. 61 f.

3) Tabellen: Themen deutscher Arbeitervereine 1862-1875.

Quelle: P.v.Rüden, K.Koszyk (Hrsg.), a.a.O., S. 52.

Lehrplan der Leipziger Buchdrucker. Quelle: P.v.Rüden, K.Koszyk (Hrsg.), a.a.O., S. 51. Tabellen siehe S. 597 und 598.

# Berufe der Teilnehmer in Arbeiterbildungsvereinen

| Handwerkszweig                | Gießen<br>1867 | Magde-<br>burg<br>1864 | AV Braun-<br>schweig<br>1852 | Hanno-<br>ver<br>1864 | Leip-<br>zig<br>1875 | HV Erfurt<br>1862 | Spalte<br>1-6<br>insges.<br>1864 | 25 Verei-<br>ne Preu-<br>sens<br>1864 | ADAV<br>Ham-<br>burg<br>1868 |
|-------------------------------|----------------|------------------------|------------------------------|-----------------------|----------------------|-------------------|----------------------------------|---------------------------------------|------------------------------|
| Schneider                     | 12             | 232                    | 21                           | 138                   | 67                   | 37                | 507                              | 350                                   | 245=27%                      |
| Schumacher                    | 24             | 257                    | 16                           | 130                   | 53                   | 41                | 521                              | 410                                   | 111-11%                      |
| Tuchmacher                    | .              | .                      | 8                            | .                     | .                    | .                 | 8                                | 351                                   | .                            |
| Weber usw.                    | .              | 13                     | .                            | .                     | .                    | 10                | 29                               | 207                                   | .                            |
| Schlosser                     | 10             | 98                     | 6                            | 53                    | 71                   | .                 | 237                              | 269                                   | .                            |
| Schmiede                      | 2              | 50                     | 1                            | 26                    | 3                    | .                 | 82                               | 160                                   | .                            |
| Maschinenbauer                | .              | 31                     | .                            | .                     | .                    | .                 | 31                               | 83                                    | .                            |
| Büchsenmacher                 | .              | .                      | 1                            | .                     | 3                    | .                 | 4                                | 168                                   | .                            |
| Bäcker, Konditoren            | .              | 22                     | .                            | 10                    | 6                    | 16                | 54                               | .                                     | .                            |
| Zigarrenarbeiter              | .              | 209                    | 4                            | 43                    | 8                    | .                 | 221                              | 123                                   | .                            |
| Maurer                        | .              | 118                    | 4                            | 43                    | 24                   | .                 | 189                              | .                                     | .                            |
| Zimmerleute                   | .              | 83                     | .                            | 21                    | 16                   | .                 | 99                               | .                                     | .                            |
| Maler/Lackierer               | 5              | 40                     | 6                            | 21                    | 25                   | 13                | 110                              | 110                                   | .                            |
| Buchdrucker/<br>Schriftsetzer | 4              | 25                     | 1                            | 9                     | 118                  | .                 | 157                              | 93                                    | 6                            |
| Tischler                      | 14             | 249                    | 17                           | 163                   | 60                   | 48                | 551                              | 499                                   | 198=21,8%                    |
| Stellmacher                   | .              | .                      | .                            | .                     | 15                   | 10                | 25                               | .                                     | .                            |
| Schreiber                     | .              | .                      | 1                            | 28                    | 62                   | .                 | 91                               | .                                     | .                            |
| Fabrikarbeiter                | 3              | .                      | 1                            | 16                    | 6                    | .                 | 26                               | .                                     | .                            |
| Hausknechte                   | .              | .                      | .                            | .                     | .                    | .                 | .                                | 249                                   | .                            |
| Tagelöhner usw.               | .              | .                      | 1                            | 18                    | 80                   | .                 | 99                               | .                                     | .                            |
| Insgesamt                     | 126            | 1100                   | 103                          | 556                   | 319                  | 526               | 2730                             | 13471                                 | 909                          |

Karl Birkner: Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840 - 1870, Berlin 1973, Tabelle 16, Anteil der in 25 preussischen und einigen anderen Vereinen nach 1850 vertretenen Handwerkszweige.

Tabelle: Fußnote 3) Seite 595.

| Themen deutscher Arbeitervereine 1862-1875 |                            |                            |             |                                |              |             |              |                         |              |
|--------------------------------------------|----------------------------|----------------------------|-------------|--------------------------------|--------------|-------------|--------------|-------------------------|--------------|
| Vorträge<br>Themenbereich                  | Preußen 1864<br>33 Vereine | Sachsen 1864<br>27 Vereine | Erfurt 1863 | Dresden Dez. 62<br>- Jan. 1863 | Leipzig 1863 | Bremen 1865 | München 1864 | Insgesamt<br>65 Vereine | Leipzig 1875 |
| Technologie                                | 38                         | -                          | 3           | -                              | -            | -           | -            | 41                      | 3            |
| Landwirtschaft                             | 7                          | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 7                       | -            |
| Fabrikkunde,                               |                            |                            |             |                                |              |             |              |                         |              |
| Bergbau                                    | 29                         | 51                         | -           | -                              | -            | 2           | -            | 82                      | -            |
| Baukunde                                   | 18                         | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 18                      | -            |
| Handelswissen-<br>schaft                   | 19                         | -                          | -           | -                              | -            | 1           | -            | 20                      | -            |
| Nautik                                     | 5                          | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 5                       | -            |
| Privatökonomie                             | 4                          | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 4                       | 3            |
| Philosophie                                | 12                         | -                          | 1           | -                              | -            | -           | -            | 13                      | 2            |
| Theologie                                  | 2                          | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 2                       | 4            |
| Erziehung                                  | 20                         | -                          | -           | -                              | 2            | -           | -            | 22                      | -            |
| Sprachwissen-<br>schaft                    | 1                          | -                          | -           | -                              | -            | 1           | -            | 2                       | -            |
| Literatur                                  | 52                         | 47                         | -           | -                              | 3            | 1           | 4            | 107                     | 3            |
| Künste                                     | 31                         | -                          | -           | -                              | -            | 1           | 2            | 34                      | 3            |
| Staatswissen-<br>schaft/Politik            | 13                         | -                          | -           | 1                              | -            | -           | 1            | 15                      | 3            |
| Statistik                                  | 4                          | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 4                       | -            |
| Militärwesen                               | 7                          | -                          | -           | -                              | -            | -           | -            | 7                       | 1            |
| Rechtskunde                                | 18                         | 9                          | 3           | -                              | -            | -           | -            | 30                      | 2            |
| Versicherungs-<br>kunde                    | 15                         | -                          | -           | 1                              | -            | -           | -            | 16                      | -            |
| Geographie                                 | 38                         | -                          | -           | -                              | -            | 2           | 1            | 41                      | 3            |
| Geschichte                                 | 167                        | 91                         | 18          | 10                             | 5            | 2           | 1            | 294                     | 15           |
| Sozialökonomie                             | 67                         | 53                         | 5           | -                              | 1            | 1           | 4            | 131                     | 1            |
| Naturwissensch.                            | 436                        | 132                        | 10          | -                              | 3            | 6           | 16           | 603                     | 15           |
| davon Medizin                              | (32)                       | (26)                       | .           | -                              | (2)          | (2)         | (6)          | (68)                    | (12)         |
| Physik                                     | (81)                       | .                          | .           | -                              | -            | (2)         | (1)          | (84)                    | (3)          |
| Chemie                                     | (74)                       | .                          | .           | -                              | (1)          | (2)         | (7)          | (84)                    | -            |
| Sonstige                                   | 80                         | -                          | -           | -                              | 1            | 4           | 2            | 87                      | 4            |
| Insgesamt                                  | 1083                       | 383                        | 40          | 12                             | 15           | 21          | 31           | 1585                    | 62           |

Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840-1870, Berlin, 1973, Tabelle 25.

Tabelle: Fußnote 3) Seite 595.

---

### Lehrplan der Leipziger Buchdrucker

---

Der Fortbildungsverein für Buchdrucker zu Leipzig, der Anfang 1862 gegründet wurde, konnte im ersten Jahr seines Bestehens folgende Vortragsveranstaltungen durchführen:

- 9 Vorträge von Herrn Prof. Dr. Bock über Gesundheitslehre;
- 6 Vorträge von Herrn Prof. Roßmäßler über Naturgeschichte;
- 3 Vorträge von Herrn Lindner über Amerika;
- 1 Vortrag von Herrn Submarine-Ingenieur Bauer über unterseeische Schifffahrt und Tauchapparate;
- 2 Vorträge von Herrn Prof. Wenck über deutsche Geschichte;
- 1 Vortrag von Herrn Hofrat Marbach über Maschinen;
- 1 Vortrag von Dr. Marggraf über die vaterländische Poesie vom 30-jährigen Kriege bis 1830;
- 3 Vorträge von Herrn Dr. Reyher über Medicin;
- 3 Vorträge von Herrn Lehrer Schurig über Astronomie;
- 3 Vorträge von Herrn Dr. Brehm über Afrika und seine Bewohner;
- 1 Vortrag von Herrn Dr. Dammer über Physik;
- 2 Vorträge von unserem Mitgliede Herrn David Greßner über die Londoner Industrie-Ausstellung;

in Summa 35 Vorträge

---

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

13. März 1863, erste Stiftungsfeier der Leipziger.



Arbeitervereine darstellte.

So waren die Themen deutscher Arbeitervereine 1862 - 1875 hauptsächlich bestimmt durch naturwissenschaftliche Fragestellungen, gefolgt von geschichtlichen, technischen und zuletzt literarischen. Der Lehrplan der Leipziger Buchdrucker von 1863 ergibt, daß die meisten Vorträge über Gesundheitslehre/Medizin (12 von 35) gehalten wurden, gefolgt von naturgeschichtlichen und -wissenschaftlichen (10), geschichtlich-geographischen (6), technischen (4) und literarischen (1).

Bei aller Notwendigkeit der Aneignung bestimmten Wissens in der Form der auch in staatlichen Bildungsinstitutionen dargebotenen Veranstaltungen ist hier ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen technisch/naturwissenschaftlich bestimmten und politischen Themen zu registrieren. Auch an diesen Lehr- und Themenplänen mit all ihren Ungleichgewichtigkeiten zeigt sich der besonders bei den Handwerkern ausgeprägte Trend der Aneignung des Wissens mit dem Ziel des individuellen ökonomischen und sozialen Aufstiegs, verbunden mit Statusverbesserungen. Auf der anderen Seite zwingt die proletarische Existenz den industriellen Lohnarbeiter dazu, sich dem vom bürgerlichen Individualismus ausgehenden Aufstiegsdruck zu fügen und jede Möglichkeit zur Verbesserung der individuellen ökonomischen und sozialen Lage zu ergreifen.

Insofern zeigten die Handwerker eine der bürgerlichen Gesellschaft angemessene Verhaltensweise, die sich dann allerdings zu Tendenzen der Verkleinbürgerlichung auswuchsen, die eine angemessene Behandlung der spezifischen Interessen der un- und angelernten Arbeiter durch die Handwerker (und im übrigen auch durch die den Organisationen der Arbeiterbewegung zugetanen Intellektuellen) nicht zuließ (was ja auch die Auseinandersetzungen zwischen Handwerkern und Fabrikarbeitern mit verursachte).

Diese Tendenz verstärkte sich, je mehr die un- und angelernten Arbeiter von den Versuchen ihrer (offiziellen) Organisierung - so zum Beispiel durch 'die Bildung' - abgeschreckt wurden.

So schrieb beispielsweise Stephan Born 1848 in der von ihm redigierten Zeitschrift, die typischerweise den Titel "Die Ver-

brüderung" trug <sup>1)</sup>:

Das ist uns klar, daß es innerhalb des vierten Standes auch noch Abstufungen giebt, die je nach ihren Verhältnissen schneller oder langsamer zur Freiheit gelangen, oder die auch ganz und gar aufgerieben werden... - so müssen wir uns wieder gestehen, daß es ein schöner Traum ist, leider nur ein Traum, der das Menschenherz ehrt, wenn wir daran denken, es könne uns möglich sein, die Klasse der Gesellschaft, welche durch Laster und Verbrechen auf den Namen Mensch kaum mehr Anspruch machen kann, wieder aufzurichten und zu nützlichen Geschöpfen zu erheben.

Davon ausgehend, entwarf Born 'Zehn Gebote', deren Befolgung die Arbeiter vor Müßiggang und schlechter und schmutziger Kleidung bewahren sollte <sup>2)</sup>:

Zweites Gebot: Du sollst keinen Müßiggänger neben dir dulden. Wenn du einen siehst, der müßig neben dir steht und fähig zur Arbeit ist, so gib ihm ein Schurzfell und eine Hacke und sprich zu ihm: 'Jetzt schaffe! denn siehe, Bruder, wenn du müßig gehst, so muß ich deinen Theil Arbeit mit übernehmen, und das ist ungerecht. Darum schaffe, reicher Müßiggänger...'

Sechstes Gebot: Du sollst nicht in zerrissenen Kleidern gehen. ... Warum willst du in Lumpen gehn?

Auch die in den 1860er Jahren entstehende Sozialdemokratie setzte diese Tradition fort. Anlässlich von Hungerunruhen in Berlin betonte der sozialdemokratische 'Vorwärts' <sup>3)</sup>, daß an den Unruhen keine anständigen Arbeiter beteiligt gewesen seien, vielmehr habe es sich um 'die pöbelhaften Ausschreitungen eines Haufens von Strolchen und Zuhältern' gehandelt, die 'aber auf eine ehrende Bezeichnung 'Arbeiter' kein Anrecht hätten', sowie um 'Pöbelexzesse, welche angestiftet seien von dunklen Ehrenmännern', und um 'Ausschreitungen des Mob'.

Einerseits war der Artikel im sozialdemokratischen 'Vorwärts' eine moralisch-pathetische Reaktion, die noch wenig Spuren einer sachlich-rationalen Auseinandersetzung mit der behandelten Problematik aufwies, andererseits wurde eine solche Reaktion durch die Angriffe der Krone, des Adels, des Militärs und der Polizei sowie eines Teils des (Besitz)Bürgertums auf die Arbeiterbewegung und deren Organisationen hervorgerufen, die sich im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts zusammentaten und

---

1) St. Born: Das Lumpenproletariat, in: Die Verbrüderung, hersg. vom Centralcomité für die deutschen Arbeiter, Ausgaben vom 3. 10.1848 bis 12.12.1848, zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 117.

2) Ebenda, Ausgabe vom 9.3.1849, zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 118.

3) Zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 118.

regelrechte verbale Progrome veranstalteten.

Das Wort des Sozialwissenschaftlers und Preußenkenners Chr. Graf Krockow: "Reformer müssen früher aufstehen, sie müssen härter und genauer arbeiten als die Hüter des Status quo" beschreibt zutreffend die Situation speziell der Sozialdemokratie in Preußen-Deutschland. Die Repräsentanten, Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie waren der elementaren Bedingung moralischer Unantastbarkeit unterworfen, sie hatten durch das eigene Beispiel zu überzeugen, sie mußten - sowohl beruflich als auch in ihren sozialen Beziehungen außerhalb des Betriebs und der Werkstatt - immer 'besser', immer 'moralischer und sittlicher' sein als der Durchschnitt, da ihnen die sonstigen Mittel der politischen Werbung beschnitten wurden und sie durch persönlichen Einsatz den oft und offen geäußerten Verdacht und das Vorurteil der Liederlichkeit ('die Sozialdemokratie verdirbt die Sittlichkeit des Charakters' <sup>1)</sup>), der (auch nationalen) Unzuverlässigkeit entkräften und widerlegen mußten.

Selbst Göhre mußte zugeben, daß - obwohl (nicht nur) seiner Meinung nach die Sozialdemokratie als Lehre den sittlichen Verfall der Arbeiter beschleunigte - die Sozialdemokraten als Personen zum Teil die 'sittlichsten und lautersten Naturen' seien. Ein Weinreisender hatte Göhre von 40 Chemnitzer Arbeitern erzählt,

daß jeder von ihnen ihm jährlich ein Fäßchen Wein abnähme und prompt bezahle, ja, was sonst niemand thäte, ihm das Geld dafür noch ins Hotel brächte. Sie alle hielt er für die ordentlichsten Menschen der Welt, für sparsame, strebsame Leute, gute Familienväter, tüchtige, ruhige Arbeiter, aber auch zielbewußte Sozialdemokraten. Vielleicht ist diese Schilderung etwas übertrieben; aber in ihren Grundzügen ist sie wahr; dafür kann ich selbst, wie gesagt, aus dem mir bekannt gewordenen Kreise ähnliche Menschen als Belege beibringen. Sie wachten mit peinlicher Gewissenhaftigkeit über ihren guten Ruf und setzten ihre Ehre darein, sittlich unanfechtbare Persönlichkeiten und gute Staatsbürger zu sein, und waren dennoch Sozialdemokraten, die auch das überlieferte Christentum von sich abgeschüttelt hatten <sup>2)</sup>.

---

1) "Und diese Folgen (der schlechten Wohn- und Arbeitsbedingungen der industriellen Lohnarbeiter, Anm. d.V.) mußten für den sittlichen Charakter der Leute um so verhängnisvoller sein, als in dem Maße, wie sie sich zeigten, zugleich auch die religiösen Fähigkeiten unter ihnen schwanden, die seine beste Stütze sind, und dafür die Lehrsätze der Sozialdemokratie in Wirksamkeit traten, die seinen Verfall beschleunigen" (P.Göhre, a.a.O., S. 193).

2) Vgl. ebenda, S. 196 f.

Auch im Betrieb galten die als Sozialdemokraten bekannten Arbeiter als die tüchtigsten, die die geringsten Fehlzeiten aufwiesen, am wenigsten Ausschuß produzierten, am sparsamsten mit den Rohstoffen und am sorgsamsten mit den Maschinen und Werkzeugen umgingen. Max Weber berichtete darüber <sup>1)</sup>:

Hinlänglich unbefangene Unternehmer pflegen bei der Frage nach der Qualität der sozialdemokratischen Gewerkschaftler als Arbeiter mit großer Regelmäßigkeit, in unter sich sehr verschiedenen Industrien, einzuräumen: daß sie, ihrer Leistungsfähigkeit nach, normalerweise an der Spitze aller Arbeiter marschieren (natürlich nicht: jeder sozialistische Gewerkschaftler als solcher: das wäre Unsinn, sondern: der 'Typus' der vom Gewerkschaftsstandpunkt aus 'gesinnungstüchtigsten' von ihnen). So z.B. selbst in der so gewerkschaftsfeindlichen rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, wie auch Jeidels bezeugt. Im Fall des vorliegenden Betriebes trifft dies, im wesentlichen, gleichfalls zu. Die sämtlichen männlichen Arbeiter, die von der Betriebsleitung als besonders 'stramme Gewerkschaftler' bezeichnet wurden, zeigen Rekordleistungen, die absolut besten Arbeiter des Betriebes finden sich, so viel ich sehen konnte, mit nur einer Ausnahme unter ihnen. Nicht nur war der erwähnte, im Konflikt ausgetretene Arbeiter vielleicht der leistungsfähigste des Betriebes, sondern sowohl bei den breitstühligen wie bei den schmalstühligen Webern stehen Gewerkschaftler mit ihrer Leistung unbestritten an der Spitze und stark über dem Durchschnitt.

Dabei ergänzten sich der von außen ausgeübte Zwang zu solchem Verhalten und das für die industriellen Lohnarbeiter in einer bürgerlichen Gesellschaft notwendige individuelle Streben nach ökonomischem und sozialem Aufstieg (gemäß den Normen des bürgerlichen Individualismus) und ergaben zusammen mit den noch stark berufsständisch geprägten, auf zünftischen Disziplinvorstellungen beruhenden Arbeits- und Moralvorstellungen der Handwerker (die ja in der Sozialdemokratie dominierten) eine Mischung aus einer eher moralischen Begründung ihres Strebens nach einer anderen Gesellschaft und eines sachlich begründeten Strebens nach individuellem ökonomischen Erfolg; damit entwickelten sie eine immer noch eher als vopolitisch denn als sachlich-rational zu kennzeichnende 'Strategie', die nicht nur in

---

1) M. Weber: Zur Psychophysik der industriellen Arbeit, in: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen, 1924, S. 155-163, abgedruckt in: F.Fürstenberg: Industriesoziologie I, 2. Auflg., Neuwied u. Berlin, 1966, S. 37-43, im folgenden zitiert als: Arbeit, S. 41 f.

ihren Ausgrenzungen zu den 'labouring poor' sichtbar wurde, sondern auch - wie später noch zu zeigen sein wird - in der Theorie der (freien) Organisationen der Arbeiterbewegung ihren Niederschlag fand.

#### 2.2.3.2.2. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von mittelalterlichen Gesellenverbänden und den Organisationen der Arbeiterbewegung

Die Dominanz handwerklichen Denkens in den Organisationen der Arbeiterbewegung darf allerdings nicht zu dem Schluß führen, daß diese Organisationen eine nahtlose Fortsetzung der mittelalterlichen Gesellenverbände waren.

Dagegen sprechen die unterschiedlichen Zielsetzungen der mittelalterlichen Gesellenverbände und der Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich um die Jahrhundertmitte und danach gebildet hatten.

In den weitgehend durch die Stadtgrenzen umschlossenen autonomen Wirtschaftseinheiten des Mittelalters hielten die Gesellen trotz zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Verschlechterungen die Erlangung eines eigenen Meisterbriefes immer noch für möglich 1);

die Möglichkeit konnte später im Zuge des Zerbrechens des Zunftwesens nur noch durch Einheirat in einen Meisterbetrieb realisiert werden, denn es erfolgte eine ständige Verschärfung der Meisterprüfung. Trotzdem hielten die Gesellen <sup>2)</sup> und ihre Verbände immer noch an ihren berufsständisch geprägten Hoffnungen auf die einmal zu erlangende Selbständigkeit fest. Die Arbeiterbewegung übernahm von den Gesellenverbänden den Beruf als organisierendes Prinzip, hatte nun aber als Zielsetzung nicht die Rückkehr zu den alten ständisch-feudalen Verhältnissen und damit auch nicht zur Errichtung eines eigenen Handwerksbetriebs für den Gesellen, sondern war programmatisch auf der Suche nach

---

1) P. John, a.a.O., S. 76.

2) Im Zuge der zunehmenden Brüchigkeit des gewohnten ständisch-zünftigen Karrierepfades differenzierten sich die Gesellen; die Altgesellen lebten dann ihre Probleme an den Lehrlingen aus.



neuen, den Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise und der bürgerlichen individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik angemessenen Zielsetzungen.

Inwieweit die Ergebnisse des Suchens nach einer angemessenen Programmatik in der Tat politische, auf sachlich-rationalen Kriterien beruhende Zielsetzungen waren, ob sie darüberhinaus auch die Taktik und Strategie in der Praxis der Organisationen bestimmte, ob die proklamierten Zielsetzungen auch tatsächlich den Verhaltensweisen der Handwerker entsprachen, ob sie von allen Mitgliedern und Anhängern getragen wurden, und ob sie überhaupt die Heterogenität der industriellen Lohnarbeiter insgesamt von der Sache her zu erfassen in der Lage waren, muß an späterer Stelle eingehend erörtert werden.

Festzuhalten bleibt aber dieser vor allem in den Zielsetzungen liegende programmatische Unterschied zwischen mittelalterlichen Gesellenverbänden und den die Lohnarbeit thematisierenden Organisationen der Arbeiterbewegung. Das Selbstverständnis der mittelalterlichen Gesellenverbände und damit auch die Legitimation des Zunftwesens allgemein beruhte erheblich auf der Hoffnung, ein eigenes Meisterdasein zu erlangen.

Die Gesellenverbände stellten innerhalb der in Stände und Korporationen gegliederten Stadt-Gesellschaften des Mittelalters einen Schutz der Gesellen dar, der auch eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung bedeutete <sup>1)</sup>.

Damit sind zwei wichtige Bedingungen genannt, die für die Organisation der arbeitenden Bevölkerung sowohl in der ständisch-feudalen Gesellschaft in Gesellenverbänden als auch im industriellen Kapitalismus während der hier diskutierten Periode des Umbruchs von großer Bedeutung waren: Beruf und Stadt.

W.H. Schröder schrieb dazu für die Arbeiterbewegung <sup>2)</sup>:

Die Großstadt bietet eine außergewöhnlich hohe räumliche Verdichtung des Rekrutierungspotentials der sozialdemokrati-

---

1) Vgl. P. John, a.a.O., S. 79.

2) W.H. Schröder: Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt/M, 1978, S. 49.

schen Arbeiterbewegung. Die Arbeitskräfte der verschiedenen Berufsarten bzw. Gewerbebezüge sind in der Großstadt meist in ausreichender Zahl vorhanden, selbst kleinste Berufsgruppen finden hier genügend Berufsangehörige, um eine Zahlstelle der entsprechenden Gewerkschaft zu begründen.

Besonders die Anonymität der sozialen Beziehungen in der (Groß-)Stadt und die hier große Zahl der in der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften Organisierten ließen einen relativ repressionsfreien Raum entstehen, während dagegen eine entsprechende Mitgliedschaft auf dem Lande oder in kleinen Städten mit dem Etikett des 'Bekenntnisses' behaftet war und in der Regel erhebliche ökonomische und soziale Sanktionen nach sich zog <sup>1)</sup>.

Trotz der sich zunächst durchsetzenden Organisation der Arbeiterbewegung hauptsächlich nach dem berufsständischen Prinzip <sup>2)</sup> gab es heftige Auseinandersetzungen um die auch organisatorische Anerkennung des grundsätzlichen politisch-programmatischen Anspruchs der Organisationen der Arbeiterbewegung der Offenheit für alle industriellen Lohnarbeiter und Unterprivilegierten.

Hierin liegt bei allen genannten Gemeinsamkeiten der Bedingungen und Formen zur Organisation von Gesellen und jener der industriellen Lohnarbeiter in der Umbruchperiode ein weiterer wesentlicher Unterschied, der noch vergrößert wurde durch die Funktion der Arbeiterbewegung als notwendige soziale und politische Herrschaftsopposition in einer freien anonymisierten, dem bürgerlichen Individualismus verpflichteten Marktgesellschaft mit freiem Vertragsdenken.

Die berufsständisch orientierten Handwerkerverbände gingen von

---

1) W.H.Schröder stellte in seinen Studien in den Großstädten mit hohem Organisationsgrad einen "umgekehrten Sanktionsdruck auf Unorganisierte (fest) .., ein Phänomen, was gemeinhin von den Gegnern der Sozialdemokratie als 'Terrorismus' etikettiert und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft wurde" (W.H. Schröder, a.a.O., S. 51).

2) Signalwirkung dabei hatte der neunwöchige Leipziger Buchdruckerstreik von 1865, der mit wesentlich zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Organisation nach 'Berufsklassen' beigetragen hatte; vgl. U. Engelhardt: Gewerkschaftliches Organisationsverhalten in der ersten Industrialisierungsphase, in: Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, hrsg. v. W.Conze u.U. Engelhardt, Stuttgart, 1979, S. 372-402, S. 389 f.

einem Handwerkersubjektivismus aus, der in einem krassen Gegensatz stand zu den Normen des bürgerlichen Individualismus, an dem sich letztlich auch eine moderne Organisierung der industriellen Lohnarbeiter - zumindest in Teilen ihres Selbstverständnisses (zum Beispiel Selbsthilfe) - orientieren mußte. Der Handwerkersubjektivismus war darauf gerichtet, bestimmte Regeln starr einzuhalten, ohne auf die jeweiligen Bedingungen und Umstände spezifischer Situationen Rücksicht zu nehmen, er war vorpolitisch-moralisierend. Dieser Handwerkersubjektivismus ging von einem Status aus, den man selbst (als Wandergeselle) erfahren konnte; er war am eigenen Können (das sich zu einem großen Teil aus in Jahrhunderten gesammelten Erfahrungen speiste) und an der Herstellung von Waren für den begrenzten, überschaubaren, auf personalen Beziehungen beruhenden Markt orientiert, das ihm seine Existenz sicherte. Das alles schloß zwar Verbandsbildungen nicht aus, duldete aber nur solche, die den Charakter von Verbänden zünftlerischer Traditionen hatten, und verbot solche Koalitionen, die eher modernen Lohn- und Industriearbeitervereinigungen entsprachen. Dem Handwerkersubjektivismus fehlte die situationsspezifische Intelligenz, die letztlich auch zur politischen, sachlich-rational zu begründenden Handlung reift, wie sie die individualistische Handlungsweise jedem abverlangt, der ihr durch eigenen Markterfolg gerecht zu werden versucht. Dabei ist die bürgerliche individualistische Handlungsweise typischer Ausdruck einer städtischen Vergesellschaftung und setzt bei den Individuen ein gewisses Maß an Informiertheit, Flexibilität (im Sinne einer vorausschauenden, sich auf neue Situationen einstellenden Planung) und 'Gebildetheit' voraus. Eines der wesentlichsten Merkmale des bürgerlichen Individualismus ist die Norm der Selbsthilfe, derer sich Verbandsbildungen von industriellen Lohnarbeitern bedienen mußten, um überhaupt erst zu einer Diskussion der eigenen, von den Unternehmern zumindest unterschiedlichen Interessen als einer wesentlichen Grundlage der Organisationen der Arbeiterbewegung zu gelangen.

Allerdings verloren die Handwerkervereinigungen im Laufe der Zeit immer mehr die reale Basis ihres mehr und mehr zur hohlen Phrase verkommenen Anspruchs.

Je größer der Zerfall des Zunftwesens wurde, je mehr "sich die Zeitspanne zwischen dem Freispruch von der Lehrzeit und der Niederlassung als Meister für die Masse der Gesellen ausdehnte" <sup>1)</sup>, je mehr sich also eine Blockade der Berufskarriere abzeichnete, um so stärker wurden gesellschaftliche Mißstände auch von den Gesellenverbänden hinsichtlich ihrer Ursachen diskutiert und dann entsprechend in Frage gestellt.

So charakterisierte Eduard Bernstein die von den Gesellen verwalteten Herbergen "als Vorschule des Gewerkvereins der Arbeiter" <sup>2)</sup>. Ein Teil der Gesellen wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben den von den freiheitlichen Gedanken der französischen Revolution beeinflussten Studenten und Dozenten zum Kern einer entstehenden revolutionären Bewegung, wobei diese wandernden Handwerksgesellen ihre politische Bildung in erster Linie in den fast nur im Ausland entstehenden Gesellen- und Arbeitervereinen erwarben. In diesem Zusammenhang ist der deutsche Handwerkersozialismus entstanden, dessen bekanntester Repräsentant, der Schneidergeselle Wilhelm Weitling (der im übrigen stark von den Frühsozialisten beeinflusst war), einen gewissen Einfluß auf einen Teil der Handwerksgesellen ausübte.

Ein Teil der Handwersgesellen verblieb jedoch - wenn auch mit ständig größer werdenden Zweifeln - in dem gewohnten ständischen Selbstverständnis. Ihnen war die Wahrung des Brauchtums, das ihnen ein Garant für den beruflichen Aufstieg nach ständischem Muster schien, wichtiger als politische Forderungen à la Weitling. Sie setzten entsprechend die Ehre der Gesellschaft mit der Ehre des Handwerks gleich. Diese Handwerkssolidarität verbot es, die Gesellen als Arbeiter zu bezeichnen (wie schon weiter oben dokumentiert wurde). Schon allein diese begriffliche Trennung machte eine Solidarität zwischen allen Arbeitenden und Unterprivilegierten fast unmöglich. Selbst im Revolutionsjahr 1848 beschränkten Schneider- und Schlossergesellen in Dresden ihre Forderungen auf gute Kost, ordentliche Schlafstellen, freundlichere Behandlung durch Polizei und Meister und auf die Unterlassung des 'Du' als Anrede durch den Meister <sup>3)</sup>; wenn

---

1) E. Bernstein: Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 13 f.

2) Ebenda, S. 80. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu der Entwicklung vor 1848.

3) Vgl. P. John, a.a.O., S. 81.

auch neben der Befangenheit in traditionellen Vorstellungen das Moment der Gleichheit der Menschen in den Forderungen der Schneider- und Schlossergesellen enthalten ist und somit auch hier eine Mischung aus ständisch-verpflichteten und schon dem bürgerlichen Individualismus entliehenen Verhaltensweisen der Gesellen sichtbar wird.

Eine solche 'Mischung' war die Voraussetzung einer sehr langsam verlaufenden Entwicklung hin zur Bildung von Ansätzen einer organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland, die sich erst im Schatten der Revolution von 1848, die sowohl durch die drückenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als auch durch den Legitimations- und Autoritätsverlust der traditionellen Gesellschaft begründet war <sup>1)</sup>, ein wenig verbreitern konnten.

Es kam zu vereinzeltten Gründungen von Fachvereinen auf lokaler Ebene, bei denen Maurer und Zigarrenarbeiter führend waren. Die Buchdrucker gründeten sogar einen nationalen Gesellenverband <sup>2)</sup>. Nachdem die Handwerksgesellen auf dem Frankfurter Handwerkskongreß im Juli 1848 von ihren Meistern, die sich zünftlerisch und vorindustriell verhielten, nicht zugelassen worden waren, beriefen sie einen eigenen Kongreß in Frankfurt/M ein, der wiederum einer Einladung des Buchdruckers Stephan Born zu einem Arbeiterkongreß in der zweiten Hälfte des Augusts 1848 in Berlin Folge leistete <sup>3)</sup>.

Auf diesem Berliner Arbeiterkongreß wurde die erste Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, die 'Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung', ins Leben gerufen. Diese Verbrüderung wuchs rasch an, sie umfaßte bald rund 18 000 Mitglieder <sup>4)</sup>. Die einzelnen Forderungen des Berliner Kongresses waren ein Ge-

---

1) Vgl. die Ausführungen der Phase vor 1848.

2) Vgl. H. Wachenheim, a.a.O., S. 30-34 und S. 40; zu den Organisationsversuchen im einzelnen siehe E.Todt, H.Radandt, a.a.O., sowie U.Engelhardt, a.a.O., S. 374-386.

3) Vgl. im folgenden H.Wachenheim, a.a.O., S.39 f. sowie P.John, a.a.O., S. 82 f.

4) Die Mitglieder des Kölner Arbeitervereins und der Vereine im Rheinland, die mit der Arbeiterverbrüderung nicht in Verbindung standen, zählten noch einmal zumindest 5 000; vgl. W. Conze, D. Groh, a.a.O., S. 32.



misch von in ständischen Normen befangenen Ideen und von sachlich-rational begründeten Versuchen, die totale Verfügung des Unternehmers über die Ware Arbeitskraft zu beschneiden und zu kontrollieren, mithin also der individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik entsprechend. So wurde einerseits der Nachweis einer Lehre bei Übernahme eines Geschäftes, das technischen Fortschritt bedingt, sowie die Ausschaltung der Konkurrenz unter den Handwerksgesellen gefordert <sup>1)</sup>. Andererseits strebte die Arbeiterverbrüderung die Übernahme einer Arbeitsvermittlung an, ohne die kein Arbeitsvertrag mehr abgeschlossen werden sollte. Des weiteren wurde eine staatliche Arbeitslosenfürsorge gefordert, die Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages für Erwachsene, das Verbot der Beschäftigung von Kindern in Fabriken und Hausierhandel, Koalitionsfreiheit, Gesundheitseinrichtungen und Krankenunterstützungskassen, gesetzlicher Arbeitsschutz, Errichtung von Konsum- und Produktivgenossenschaften sowie die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung eines Grundlohnes und - auf betrieblicher Ebene - bei der Wahl und Einstellung von Werksführern in Fabriken und Werkstätten <sup>2)</sup>.

---

1) Vgl. H. Wachenheim, a.a.O., S. 40.

2) Vgl. ebenda, sowie H.J.Teuteberg, a.a.O., S. 87 ff. und P. John, a.a.O., S. 82 f., aber vor allem F. Balser: Sozial-Demokratie 1848/49 - 1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation "Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution, Stuttgart, 1962, Textband S. 47 ff. (siehe besonders auch den umfangreichen Dokumententeil im Quellenband).

Diese Forderungen, die zum Teil an die am 1. Mai 1848 gewählte Nationalversammlung gerichtet waren, wurden in der Hauptsache von Gesellen, die aber nicht nur im Handwerk, sondern schon zum Teil in den ersten Fabriken arbeiteten, erhoben. Denn die Lokalausschüsse der Arbeiterverbrüderung setzten sich aus den örtlichen Arbeiterbildungsvereinen und den Fachvereinen und -kassen der Gesellen zusammen <sup>1)</sup>, so daß im Zentralausschuß der Arbeiterverbrüderung keine un- und angelernten industriellen Lohnarbeiter vertreten waren.

Dies war aber alles nur möglich in einem städtischen Milieu, das ganz andere Sozialzusammenhänge aufwies als etwa ländlich-dörfliche Verhältnisse und das es ermöglichte, daß eine Minderheit in eine Bewegung geriet, die - trotz aller Unterschiede - sich schrittweise, widersprüchlich und von ständigen politischen Ausgrenzungen begleitet zu dem entwickelte, was unter Arbeiterbewegung zu verstehen ist.

Eine solche Dynamik, die die starren Verhältnisse aufbrach und 'frischen Wind' in die muffigen Stuben deutscher Denkschulen und politischer Verhältnisse brachte, ist die eigentliche Leistung der 1848er Revolution, auch und vor allem für die sich entwickelnde Arbeiterbewegung in Deutschland.

Insofern ist Engelsing zuzustimmen, wenn er sagt, daß die politische Bedeutung der 1848er Revolution für die entstehende moderne Arbeiterbewegung nicht nur und auch nicht in erster Linie in dem Auftreten organisierter Arbeitervereine gelegen hat <sup>2)</sup>:

Politisch auf die Dauer wichtiger, wenn auch im Jahre 1848 noch keineswegs wirksam, war, daß 1848 in den Unterschichten zum ersten Mal ein Bewußtsein ihrer möglichen Einheit erwacht. Zum ersten Mal

---

1) Vgl. H. Wachenheim, a.a.O., S. 40.

2) R. Engelsing, a.a.O., S. 158 f.

äußerten, verständigten und stritten sich die Leute überall, Versammlungen wurden abgehalten, Petitionen aufgesetzt, Schlagworte in Umlauf gebracht.

Die Reaktion versuchte diesen Bestrebungen mittels Verboten und Verfolgungen entgegenzuwirken: So wurde in Preußen am 5. Juni 1850 eine Schließung der Berliner Arbeitervereine durchgesetzt mit der Begründung, daß sie 'politisch' seien. In Sachsen wurden am 4.7. 1850 die Arbeitervereine praktisch verboten. Schließlich wurde die Arbeiterverbrüderung wie alle anderen politischen Arbeiterorganisationen 1854 auch durch Bundesgesetz verboten; nur die 'unpolitischen' und konfessionellen Arbeitervereine blieben von diesem Verbot ausgenommen <sup>1)</sup>.

Hier handelte es sich vor allem um Arbeiterbildungsvereine - wenn auch nicht immer unter diesem Namen. Quer zu diesen waren die Zusammenschlüsse wandernder Handwerksgesellen vor allem im Ausland angesiedelt, die sich teilweise aufrichtig um die berufliche Fortbildung bemühten, teilweise aber auch - in Gegenwehr zu Zwängen der Reaktion - mit den Bildungsbemühungen ihre anderweitigen Absichten tarnten.

Insgesamt bewirkten die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen zwar auf der einen Seite die organisatorische Auflösung entsprechender Bemühungen, auf der anderen Seite waren sie aber auch Vorbedingung der Entwicklung von Gegenwehr; sie schärften den Blick der Betroffenen für soziale und politische Probleme. Das konnte in den 1860er Jahren fruchtbar gemacht werden, als sich neue Organisationen zu bilden begannen. Und hierin liegt auch eine bedeutsame Gemeinsamkeit zwischen den Arbeitervereinen von 1848 und den Organisationsbestrebungen in den 1860er Jahren, die als ein sich entwickelnder Sozialzusammenhang nicht nur per-

---

1) Vgl. H. Grebing, a.a.O., S. 46.

sonell, sondern auch ideengeschichtlich nachzuweisen ist. Die ständischen Elemente, personifiziert durch die Gesellen, blieben wesentliches Moment in der sich schrittweise formierenden Arbeiterbewegung und waren in ihren Auseinandersetzungen mit den ökonomischen, sozialen und politischen Anforderungen der industriell-kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft von erheblichem Einfluß auf die Entwicklung einer politischen Handlungskompetenz der Arbeiter und ihres betrieblichen Mitbestimmungsstrebens, wie später ausführlicher diskutiert werden wird.

#### 2.2.3.2.3. Die 'Neue Aera' in Preußen und die liberalen Versuche zur Organisierung der Arbeiter

Ebenso wie das handwerklich-ständische Element wesentlicher Bestandteil des Konstitutions- und weiteren Entwicklungsprozesses der Arbeiterbewegung war, trifft dies auch auf das liberale Element zu. Es ist sowohl historisch als auch politisch falsch, die bürgerlichen liberalen Elemente der Organisierung des politischen Lebens in ihrer Bedeutung für die sich in den 1860er Jahren bildenden neuen Organisationen der Arbeiterbewegung (mit der 'Neuen Aera') als Irrungen der 'eentlichen', sich später frei und sozialistisch nennenden Arbeiterbewegung anzusehen und die entsprechenden Personen - zum Beispiel Schulze-Delitzsch - als diejenigen zu bezeichnen, die die soziale Frage unter rein machtpolitischen Aspekten in einer als zynisch zu bezeichnenden Art und Weise durch die Kanalisierung von Konfliktaustragungen und also durch die politische und soziale Entschärfung der Konflikte (ohne deren eigentliche Lösung anzustreben) vordergründig bereinigen wollten.

Wenn man wie wir die organisierte Arbeiterbewegung als

notwendige systematische Herrschaftsopposition zum industriellen Kapitalismus versteht (die die Herrschaft bestimmten Regelungen und Kontrollen unterwirft), so ist damit zugleich gesagt, daß die Arbeiterbewegung Teil der bürgerlichen Gesellschaft ist; sie ist also innerhalb dieser Gesellschaft angesiedelt und vertritt - schon aus 'Überlebensgründen' - auch Grundprinzipien einer politischen Liberalisierung und damit eines an sich bürgerlichen Politikverständnisses.

Die damalige, halb-feudale, aber schon mit bürgerlichen Strukturen durchzogene preußisch-deutsche Gesellschaft versuchte, die Arbeiterbewegung aus eben dieser Gesellschaft politisch herauszudrängen (statt mit ihr zusammenzuarbeiten), sei es durch pure Unterdrückung oder durch andere Wege des Ausschlusses vom politischen Entscheidungs- und Kontrollprozeß (zum Beispiel Mehrklassenwahlrecht), sei es durch (versuchte) Nichtbeachtung.

Da große Teile des Bürgertums nach 1848/49 sich an diesem Herausdrängen der Arbeiterbewegung beteiligten, konnte der Eindruck entstehen (der dann später in der Interpretation bewußt oder unbewußt zu erheblichen Mißverständnissen geführt hat), daß die Arbeiterbewegung mit der bürgerlichen politischen Liberalisierung nichts zu tun hat(te).

Das Gegenteil ist (war) der Fall; spätestens nach 1878, also mit dem auch politischen Zusammengehen maßgeblicher Teile des Bürgertums mit dem preußischen Herrschaftskartell, fiel der Arbeiterbewegung nun auch quasi offiziell die alleinige Vertretung der bürgerlichen politischen Liberalisierungsvorstellungen zu und bestimmte für jedermann sichtbar wesentliche Bereiche ihres politischen Handelns.

Nur unter Beachtung auch dieses Entwicklungsstranges der organisierten oder besser: der sich langsam for-



mierenden Arbeiterbewegung wird deutlich, warum sich später die Arbeiterbewegung so vehement für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, für eine Stärkung des Reichstags gegenüber den politischen Entscheidungen des Kanzlers und des Kaisers und noch später mehrheitlich für die Einführung der parlamentarischen Demokratie (Nationalversammlung) in der Weimarer Zeit eingesetzt hatte - ohne jetzt gerade bezüglich des Letztgesagten die Fehler auch angesichts anderer Alternativen verschweigen zu wollen.

Es bleibt festzuhalten, daß die auch liberale Ausrichtung der sich langsam formierenden, organisierenden Arbeiterbewegung in Deutschland mit zu Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter beitrug, die von einem liberal-demokratischen Selbstverständnis geprägt waren, das sich aber eher auf die gesellschaftliche Ebene beschränkte und weniger auf den Betrieb konzentrierte. Es wird im folgenden an einigen Punkten das demokratisch-liberale Selbstverständnis, so wie es Ende der 1850er / Anfang der 1860er Jahre in den bürgerlichen liberalen Versuchen zur Organisation der Arbeiter angewandt wurde, nachzuzeichnen sein.

Erst mit der 'Neuen Ära' in Preußen, eingeleitet durch den Regierungsantritt Wilhelms des I., erhielten politisch-liberale Bestrebungen neuen Auftrieb <sup>1)</sup>.

1859 wurde der 'Deutsche Nationalverein' als eine politische Vereinigung der nach Preußen orientierten Liberalen gegründet; in Preußen selbst konstituierte sich die liberale 'Deutsche Fortschrittspartei', in Berlin lebte der 'Handwerkerverein' wieder auf; 1861 wurde in Leipzig nach Aufhebung des Koalitionsverbots in Sachsen der 'Gewerbliche Bildungsverein' gegründet. Eine im Leipziger Bildungsverein auf Unabhängigkeit von den Liberalen und Behandlung von

---

1) Vgl. im folgenden H. Grebing, a.a.O., S. 61 f.

politischen Fragen drängende Minderheit (die sich im übrigen Ostern 1862 abspaltete) bildete die Keimzelle des späteren 'Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins'. Auf Initiative dieser Minderheit entstand ein Komitee, das im Oktober 1862 mit den Führern des Nationalvereins über ein politisches Zusammengehen verhandelte. Schulze-Delitzsch als führender Vertreter des Nationalvereins jedoch ließ wissen, daß die Zeit noch nicht reif sei, um die Arbeiter in den Nationalverein aufzunehmen, sie dürften sich aber als 'geistige Ehrenmitglieder' bezeichnen <sup>1)</sup>.

Schulze-Delitzsch war ein konsequenter politischer Liberaler und bemühte sich vor allem um die genossenschaftliche Organisation von Handwerksmeistern und auch (Klein)Unternehmern. In Ablehnung jeglichen Einflusses des Staates auf die Wirtschaft waren für ihn die Genossenschaften die zeitgemäße Selbsthilfeorganisation des kleinen Mittelstandes gegenüber der Großindustrie. Er hatte damit, vor allem mit den Kreditgenossenschaften, auch erhebliche Erfolge. Den Fabrikarbeitern empfahl er im wesentlichen die gleichen Selbsthilfemaßnahmen wie dem kleinen Mittelstand. Die Arbeiter sollten ihre Situation aus eigener Kraft durch Fleiß, Sparsamkeit und Solidarität ändern, sich also wirtschaftlich und politisch dem Liberalismus anschließen.

So bemerkte Schulze-Delitzsch in der zugleich fortschrittlich-materialistischen und idealistisch-biedermeierlichen Manier seiner Zeit auf einem 1861 gehaltenen Vortrag über Arbeit und Bildung :

Das Handwerk geht mehr in Kopfwerk über, es treten Verstandeskombinationen ein, wo bisher nur körperliche Kraft und Geschicklichkeit entschied, es wird eine andere, mehr wissenschaftliche Vorbildung nötig. So vollzieht sich, unmerklich aber unablässig, und ohne daß eine menschliche Gewalt es

---

1) Daraufhin richtete dieses Komitee im Februar 1863 an Lassalle die Bitte um den Entwurf eines Programms; am 1. März 1863 schickte dieser sein 'Offenes Antwort-

zu verhindern vermöchte, ein großer weltgeschichtlicher Prozeß vor unseren Augen, von unberechenbaren Folgen für die Zukunft der arbeitenden Klassen. Ich möchte ihn die Vergeistigung der Arbeit nennen, mittelst deren der Arbeiter seine höheren Anlagen bei seiner unmittelbaren Berufstätigkeit immer mehr beteiligt und die niedrigste und aufreibendste Art der Körperanstrengung mehr und mehr von ihm genommen und den Naturkräften aufgebürdet wird. Nur auf diesem Wege steht die wahre Emanzipation des Arbeiters zu hoffen, die Emanzipation nicht von äußerer Knechtung und fremder Gewalt - die hat sich längst vollzogen - sondern von den eigenen, ihm selbst anklebenden Mängeln, von der Gebundenheit, dem Verkommen seiner edelsten Kräfte. Erst wenn Wissenschaft und Kunst als Gehilfen in die Werkstatt treten, wird der Druck von seiner sozialen Stellung genommen, und die nachhaltige Versöhnung zwischen Arbeit und Bildung wird herbeigeführt, indem die Bildung als Arbeitsmittel, als das unentbehrliche Werkzeug des Arbeiters auftritt.

Freilich hat sich der Blick unserer arbeitenden Klassen noch nicht überall so geklärt, um dieses erhabene Ziel mit vollem Bewußtsein in das Auge zu fassen. Indessen, wie sich auch ein Teil der älteren Handwerker gegen die Erkenntnis noch sträubt, er wird täglich kleiner, und die junge heranwachsende Generation bezeugt durch ihre Haltung, daß sie wohl begreift, um was es sich für sie handelt. Welche Rührigkeit, welches ernste Streben in den Hunderten von Handwerker-, Gewerbe- und Bildungsvereinen, in den Fortbildungsschulen, wie wird da die Gelegenheit benutzt, zu lernen! Vor kurzem erst hatte ich Gelegenheit, dem Feste beizuwohnen, welches der Arbeiterbildungsverein in Hamburg, einer der ältesten und bestorganisierten in Deutschland, beging, die von ihm erworbenen und neugebauten, großartigen Räume zu weihen, und war Zeuge des trefflichen Geistes, der die Tausende seiner Mitglieder beseelte. Doch, was bedarf es weiteren Zeugnisses - stehe ich nicht vor dem Handwerker-Verein der Preußischen Hauptstadt, der während der kurzen Zeit seines Bestehens als Musteranstalt fördernd und anregend auf das ganze Land gewirkt hat? Eine Elite von Handwerkern und Arbeitern, von Lernenden auf der einen und eine Elite von Ordnern und Lehrenden auf der anderen Seite, wie sie nur eine solche Stadt, ein solcher Mittelpunkt wissenschaftlichen und gewerblichen Lebens zu vereinigen ver-

---

Fortsetzung von Fußnote 1) Seite 615:  
schreiben', drei Monate später wurde auf dessen  
Grundlage in Leipzig der ADAV gegründet.

mag! - Aber wie auch die Vereine unserer Provinzial- und Landstädte gegen den Ihrigen zurückstehen müssen, so geht doch auch von ihnen viel des guten und löblichen aus. Und überall treten einem der Bildungsdrang und die Bildungsfähigkeit unserer Handwerker auf das Erfreulichste entgegen und machen es selbst für die Gebildeten zu einer wahren Lust, unter den frischen Männern und Jünglingen zu weilen und das ihrige zur Förderung der Vereinszwecke beizutragen. Es ist gar nicht leicht für die wackeren Leute, die Opfer an Zeit und Geld zu bringen, welche das Vereinsleben fordert; es gehört ein ernster und fester Wille dazu, die knappen Freistunden, bestimmt zur Ruhe und Erholung, einer andern, oft nicht weniger anstrengenden Arbeit, dem Lernen zu widmen. Aber welch schöne, große Aussicht eröffnet sich auch beim beharrlichen Verfolgen des gesteckten Zieles: Die Forderung des ganzen vollen Menschentumes für den Arbeiter! Weshalb wären denn - so dürfen wir dann ausrufen - Kraft und Trieb zu höherer Entfaltung gleichmäßig von der Natur in alle Menschen gelegt, wenn ein Teil von Haus aus dazu bestimmt sein sollte, sie geflissentlich zu ersticken? 1)

Umfang und Zielsetzungen dieses Arbeiterbildungsprogrammes werden treffend durch einen Bericht der liberalen Fortschrittspartei an die fünfte Sitzungsperiode des internationalen statistischen Kongresses 1863 in Berlin mit dem Titel 'Genossenschaften zur Erwerbung und Vermehrung des geistigen Kapitals ihrer Mitglieder' gekennzeichnet 2):

Unter der Rubrik "Zweck des Vereins" wird die Frage gestellt, ob er denselben verfolge a) durch Erteilung von Unterricht, b) durch regelmäßige Abhaltung von Versammlungen, von Vorträgen, c) durch Anschaffung und Erhaltung einer Bibliothek, d) durch Anschaffung und Sammlung naturwissenschaftlicher Gegenstände, e) durch Veranstaltung naturwissenschaftlicher und technologischer Exkursionen, f) durch Aussetzung und Gewährung von Reisestipendien, g) durch Herausgabe von Zeitschriften. Daran knüpfen sich unter derselben Rubrik sofort die weiteren Fragen: a) Veranstaltet er Familienversammlungen? wie oft? Dürfen daran auch die Kinder teilnehmen? b) Veranstaltet er zuweilen Konzerte? wie oft? Wirkt der Sängerkhor des

1) H. Schulze-Delitzsch: Arbeit und Bildung. Vortrag, gehalten im Berliner Handwerker-Verein am 4. Februar 1861, zitiert nach H. Feidel-Mertz, a.a.O., S.22-28. S. 26 f.

2) Zitiert nach W.E.v.Ketteler, a.a.O., S. 29.

Vereins dabei zuweilen mit? In welcher Weise? Wie oft im Jahre? c) Veranstaltet die Turnerschaft des Vereines zuweilen Turnfeste? Turnfahrten? Wie oft im Jahre? d) Besitzt der Verein ein Theater und veranstaltet er zuweilen oder regelmäßig Theateraufführungen, lediglich durch seine Mitglieder? e) Veranstaltet der Verein Weihnachtsbescherungen für seine Mitglieder? usw.

Schulze-Delitzsch ging in seinen Forderungen und Versuchen zur Einführung des Genossenschaftswesens von einem Modell der bürgerlichen Gesellschaft aus, das von den Individuen einen Aktivismus und die Verpflichtung zur Selbsthilfe und Selbsterziehung fordert und sich damit im übrigen scharf von der Unselbständigkeit des Menschen in ständisch-feudalen Verhältnissen unterscheidet.

Im übrigen stand das Genossenschaftswesen mit seiner Subsumtion unter feste Sozialverhältnisse in einem gewissen Gegensatz zur geforderten Emanzipation zur individuellen Lebensführung. Sieht man einmal vom letztgenannten Widerspruch ab, so konnte das Ideal des bürgerlichen Marktindividualismus, dem ja Schulze-Delitzsch genügen wollte, und dessen Forderung "des ganzen vollen Menschentums" auch für die industriellen Lohnarbeiter - deren Erfüllung nach Schulze-Delitzsch mit der durch eine bestimmte Bildung zu erreichenden "Vergeistigung der Arbeit" erfolgt und damit die "wahre Emanzipation des Arbeiters" bedeutet - im Maße der Herausbildung der Klassenstrukturierung immer weniger zur "Lösung der Sozialen Frage" genügen. Auch für den Handwerker im Status des Lohnarbeiters als der wesentlichen Zielgruppe der Vorstellungen Schulze-Delitzsch' blieben dessen Forderungen ungenügend, denn auch für sie hatte eine Emanzipation andere Voraussetzungen.

Auf der anderen Seite jedoch erzwang ein solcher Appell sowie auch die allgemeine Appellfunktion des bürgerlichen Markt- und Vertragsindividualismus geradezu, daß der abhängige Arbeiter zur Verwirklichung dieser politischen Ideale (Freiheit, Gleichheit, Selbständigkeit,



Selbstbestimmung) über die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse hinausgeht und in Opposition zu ihnen tritt. Das heißt, daß Freiheit und Gleichheit für alle gefordert werden und nicht nur für den Bourgeois, der jetzt an sich der 'Eigentümer der Bedingungen' zur Verwirklichung der politischen Ideale ist. Insofern schlägt der radikale politische Liberalismus auch immer in einen Sozialismus um - welcher Art auch immer.

Neben dieser durchaus ambivalenten Wirkung der Vorstellungen von Schulze-Delitzsch muß hinzugefügt werden, daß die meisten Arbeiter kaum Gelegenheit hatten, an entsprechenden Bildungsveranstaltungen teilzunehmen. Denn eine Teilnahme setzte die Einbindung in städtische Sozialzusammenhänge und eine gewisse 'Gebildetheit' im Sinne einer intellektuellen Aufgeschlossenheit voraus. Insofern erreichte der bürgerlich-idealistische Aufschwung, dessen einer Ausdruck die Schulze-Delitzschen (Bildungs)Bemühungen waren, nur eine Elite der Arbeiter.

Dieser Aufschwung erschien aber bald aus sachlich-inhaltlichen Gründen ungenügend, wobei einige Hinweise auf die Gründe zwei zeitgenössischen Kritiken der Vorstellungen von Schulze-Delitzsch zu entnehmen sind, die von völlig unterschiedlichen Positionen erfolgten.

So schrieb der Katholik v. Ketteler (der natürlich in Konkurrenz zu Schulze-Delitzsch stand) in einer recht differenzierten Würdigung der Bildungsvereine des Nationalvereins:

...So habe ich die Überzeugung, daß es mit diesen Arbeitervereinen gerade so steht, wie mit dem neuentdeckten Mittel der Selbsthilfe, daß sie nämlich nicht im entferntesten erfüllen werden, was sie verheißen. Eigentliche Handwerkerschulen, wo Handwerker diejenigen technischen Kenntnisse erlernen, die ihnen zum Betriebe ihres Gewerbes notwendig sind, und wo sie zugleich die Kenntnisse der Elementarschule ergänzen und vervollständigen können, sind ein wesentliches Bedürfnis. Inwieweit die Arbeiterbildungsvereine hierfür sorgen, tun sie et-

was Gutes. Diese Tätigkeit ist ihnen aber in keiner Weise eigentümlich. Der ganze Apparat von Bildungsmitteln, der uns aber außerdem in den obigen Punkten vorgeführt ist, wird erstens an der materiellen Lage des Arbeiterstandes im großen und ganzen nicht das mindeste verändern. In dieser Hinsicht wird hier ein wahrer Humbug mit dem Arbeiterstande getrieben. Die große Masse des Arbeiterstandes lebt in der täglichen mühevollen Last der Arbeit; selbst Kinder müssen in der Zeit, wo die Elementarschule besucht wird, schon vielfach arbeiten. Die größte Menge der Arbeiter ist durch die Arbeit physisch erschöpft und ermüdet. Nur wenige werden im Verhältnis noch in der Lage sein, diesen ganzen glänzenden Apparat von Bildungsmitteln nur einigermaßen zu benutzen; nur wenige von diesen aber, die den Versammlungen mit Vorträgen beiwohnen können, werden das, was die gelehrten Herren ihnen dort entwickeln, nur einigermaßen zu verstehen imstande sein. 1)

Franz Mehring gestand 35 Jahre später diesen Arbeiterbildungsvereinen auch eine gewisse Rolle bei der beruflichen Bildung der Arbeiter zu und schrieb dann weiter 2):

Es kam der Bourgeoisie bei den Arbeiterbildungsvereinen zwar auf die politisch-soziale Versimpelung der Arbeiter, aber nicht oder doch nicht ausschließlich auf ihre allgemeine Verdummung an, und soweit es ihr darauf ankam, waren die Arbeiter weit entfernt, sich verdummen zu lassen. Die Bourgeoisie braucht ... einen zahlreichen Stab intelligenter Arbeiter, den ihr die Volksschule ... nicht mehr lieferte. Sie war deshalb darauf bedacht, mit den Arbeiterbildungsvereinen nach Möglichkeit Fach- und Fortbildungsschulen zu verbinden, die den Arbeitern nützen konnten und auch wirklich genützt haben.

Denn immerhin bildete die Industrie bis zur Jahrhundertwende keineswegs systematisch industrielle Facharbeiter aus, so daß sich hier ein Mangel auftat, der nicht allein durch den Einsatz von Handwerksgesellen beseitigt werden konnte.

---

1) E. Ketteler, a.a.O., S. 29 f. Ketteler vermißte vor allem die Rolle der Religion und des Christentums bei den Bildungsbemühungen der Liberalen: "Das dritte Hilfsmittel, wodurch das Christentum dem Arbeiterstand hilft, besteht in seinen Wahrheiten und Lehren, die dem Arbeiterstande zugleich die wahre Bildung geben. Wenn die li-

Auf der anderen Seite jedoch unterstellte Mehring in seiner Beurteilung, daß das Bürgertum niemals aufrichtig an Emanzipation glaubte und übersah darüberhinaus, daß die Bildung als Ideal ein immanenter Bestandteil der bürgerlichen Verhaltensprogrammatis war.

Insofern lag das Schwergewicht der Arbeiterbildungsvereine auch nicht primär in der Ausbildung von industriellen Facharbeitern, sondern in der Hebung des allgemeinen bürgerlich-kulturellen Niveaus, was man unter anderem auch am Veranstaltungsprogramm ablesen kann. Es war zunächst einmal Bildung überhaupt als Voraussetzung zur Erfüllung des bürgerlichen Individualismus, die Schulze-Delitzsch propagierte, und die durchaus zur Entwicklung einer politischen Handlungskompetenz der industriellen Lohnarbeiter führen konnte, erinnert man sich an unsere Ausführungen über den politischen Liberalismus innerhalb der Arbeiterbewegung und die Konsequenzen eines radikalen politischen Liberalismus. Die Arbeiterbildungsvereine hatten unter einem Teil der Arbeiter einen sehr viel größeren Verbreitungsgrad als etwa die Schulze-Delitzschen Genossenschaften <sup>1)</sup>, die allzusehr auf das selbständige Handwerkertum ausgerichtet waren.

Aber auch die Bedeutung dieser Bildungsvereine nahm in dem Maße ab, wie innere Grenzen sichtbar wurden und

---

Fortsetzung der Fußnoten 1) und 2) von Seite 620:  
berale Partei dem Arbeiterstande in ihrer Lehre von der Selbsthilfe und in ihren Arbeiterbildungsvereinen eine höhere Ausbildung verspricht, so ist das, inwieweit dabei von den Bildungsmitteln des Christentums abgesehen wird, leerer Schein und eitle Täuschung." Ebenda, S.31f.

2) F. Mehring, a.a.O., Zweiter Teil: Von Lassalles offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm 1863 bis 1891, S. 8.

1) Vgl. F. Mehring, a.a.O., Zweiter Teil: Von Lassalles offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm 1863 bis 1891, S. 8; sowie H. Grebing, a.a.O., S. 61.

eine Politisierung der Arbeiter begann. Auch wenn erst mit der 'Neuen Aera' in Preußen, eingeleitet durch den Regierungsantritt Wilhelms I., liberale, christliche und sozialistische (freie) Bestrebungen organisatorische Gestalt erhielten, so wäre es dennoch nicht richtig zu sagen, daß erst ab 1860 die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden wären. Es besteht eine personelle, ideelle und (in geringerem Maße) auch organisatorische Kontinuität zwischen großen Teilen der demokratischen Bewegung von 1848/49 und den Bestrebungen von 1860. Auch das Wahlverhalten spricht für die These, daß es zwischen 1848/49 und 1860 sehr starke Verbindungen gegeben hat <sup>1)</sup>.

Die nach 1860 erfolgte Formierung der Arbeiterbewegung - die im Zusammenhang mit einer breiten nationalen Volksbewegung entstand - wurde begünstigt durch die Lockerung der staatlichen Restriktionspraxis und forciert durch eben die in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre sich wieder in den Vordergrund schiebenden nationalen Frage. Die Verbreiterung der organisatorischen Ansätze der Arbeiterbewegung nach 1860 war aber hauptsächlich der sich durchsetzenden Industrialisierung in einer Gesellschaft geschuldet, die neben bürgerlichen Elementen noch einer ständisch-hierarchischen Sozialgliederung des preußischen Obrigkeitsstaates verbunden war.

Dabei begann zwar eine Differenzierung der Arbeiter gegenüber der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, die aber noch nicht gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtet war, zumal es letztere so noch nicht gab.

Das heißt auch, daß die Arbeiterbewegung als eine notwendige Ergänzung zur individualistischen und vom Ra-

1) W. Conze und D. Groh (a.a.O., S. 41-44) geben eine Reihe von Beispielen für diese Kontinuität, deren Aufzählung im einzelnen in diesem Rahmen zu weit führen würde.

tionalismus geprägten Handlungsweise und damit auch von wesentlicher Bedeutung für die Weiterentwicklung und Modernisierung eben dieses Systems zu sehen ist. Gerade auch die beginnende Formierung der Arbeiterbewegung begründet sich in ihrer Funktion als Ergänzung zur Weiterentwicklung des industriellen Kapitalismus und damit der modernen bürgerlichen Gesellschaft daraus, daß den Lohnarbeitern vom System bestimmte Widerstandsformen zugestanden werden müssen, um nicht das Ganze zur Disposition zu stellen. Da die industriellen Lohnarbeiter einerseits zwar innerhalb von Markt und Vertrag als gleichberechtigt anerkannt werden, aber dennoch ungleich in ihren Voraussetzungen sind, andererseits ihre Existenz faktisch die Vorbedingung der industriell organisierten bürgerlichen Gesellschaft darstellt, müssen die Arbeiter Gelegenheit bekommen, ihre Ansprüche und Interessen innerhalb einer gewissen Grenze artikulieren und durchsetzen zu können. Die Gesellschaft ist also gezwungen, sich soweit modernisieren zu lassen, daß die Arbeiter als Lohnarbeiter in einer relativ liberalisierten und auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse ausgerichteten Gesellschaft leben können.

#### 2.2.3.2.4. Die 'freien' Organisationen der Arbeiterbewegung und die Trennung von politischen und ökonomischen Aufgabenbereichen

Die bürgerliche radikal-politische Liberalisierung trug in erheblichem Maße mit zur Entwicklung einer politischen Handlungskompetenz der Arbeiter und damit auch des betrieblichen Mitbestimmungsstrebens der Belegschaftsmitglieder bei, sie war und ist auch unabdingbare Voraussetzung, Bestandteil und (letztlich) auch Folge der entstehenden und sich weiterentwickelnden Arbeiterbewegung.



Sie war also auch Voraussetzung der sich langsam formierenden und organisierenden, sich als eigenständig verstehenden Arbeiterbewegung, die damit einen wesentlichen Beitrag zur Orientierung der industriellen Lohnarbeiter leistete und damit deren subjektive Verarbeitung ihrer spezifischen Situation und Position erleichterte.

Es ist darum auch notwendig, auf die Entwicklungen dieses Teils der Arbeiterbewegung als Ausdruck eines sich formierenden politischen Handlungswillens der Arbeiter einzugehen, um so dessen Beitrag zur Entstehung und weiteren Entwicklung des Mitbestimmungstrebens zu verdeutlichen.

Die verschiedenen Bestrebungen zur Organisierung der Arbeiterbewegung wurden in den 1860er Jahren zunächst nur von einer kleinen, aktiven Minderheit getragen. Das war auch aufgrund der Heterogenität der Fabrikarbeiterschaft, deren größerer Teil sich völlig unvorbereitet und zum Teil auch hilflos den Anforderungen und Zwängen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen gegenüber sah, nicht anders möglich.

So wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) nach den oben geschilderten Differenzen mit den Arbeiterbildungsvereinen des Nationalvereins im Mai 1863 gegründet (Vorsitzender wurde der Publizist Ferdinand Lassalle<sup>1)</sup>) und hatte nach einem Jahr 4600 Mitglieder. Sie rekrutierten sich vor allem aus eben diesen Arbeiterbildungsvereinen und waren entsprechend zumeist Handwerksgesellen, die in Klein- und Kleinstbetrieben arbeiteten. Typischerweise lagen die Zentren der Organisationen der Arbeiterbewegung - und dies galt nicht nur für den ADAV, sondern auch für die später gegründete SDAP - vor allem in Distrikten, die am meisten (klein)industrialisiert waren.

1) Vgl. H. Grebing, a.a.O., S. 62.

Die Programmatik des ADAV war geprägt von den Forderungen nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht, mit dessen Verwirklichung eine Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiter und damit eine 'wahre Beseitigung der Klassengegensätze' in der Gesellschaft erreicht werden sollte <sup>1)</sup>.

Ferdinand Lassalle, der mit seinen verschiedenen Schriften und Reden maßgeblich die Programmatik des ADAV bestimmte <sup>2)</sup>, stand damit in der Tradition der 'radikalen' Demokraten. Damit ist nur erneut die Bedeutung der radikal-politischen Liberalisierung für die sich entwickelnde Arbeiterbewegung verdeutlicht.

In diesem Selbstverständnis bewegten sich auch Lassalles Vorstellungen und politischen Forderungen zur Veränderung der gegebenen sozialen, ökonomischen und politischen Lage.

Die Überwindung der durch das 'eherne Lohngesetz' <sup>3)</sup>

---

1) F. Lassalle: Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig (1863), in: H. Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg, 1974, S. 171-173, S. 171; sowie auch in: U. Borsdorf u.a. (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Köln, Frankfurt/M., 1977, S. 23 f., im folgenden zitiert als: Antwortschreiben.

2) Vgl. zu den verschiedenen Interpretationen der Lassalle'schen Vorstellungen Th. Ramm: Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph, Meisenheim/Glahn, Wien, 1953; desweiteren S. Na'aman: Lassalle, Hannover 1970, sowie H. Oncken: Lassalle, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1966.

3) Das 'Eherne Lohngesetz' beschrieb Lassalle in seinem 'Offenen Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig' (1863), Antwortschreiben, a.a.O.: "Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche

bestimmten Gesetzmäßigkeiten erschien für Lassalle nur durch die Eroberung der politischen Macht (mittels der Verwirklichung des Wahlrechts) und durch Bildung von Produktivgenossenschaften möglich, wobei diese Produktionsgenossenschaften der Staatshilfe bedurften. Dabei war dieser Staat der preußische Staat, der allerdings keineswegs willens und letztlich auch nicht mehr fähig war, diesen Forderungen, deren Befriedigung im Grunde die Modernisierung Preußens bedeutet hätte, Genüge zu leisten.

In Konsequenz des 'ehernen Lohngesetzes', das für die Arbeiter kein Entkommen aus ihrer gedrückten sozialen

---

Fortsetzung Fußnote 3) von Seite 625:

Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravirt, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben - denn sonst entstünde durch die leichte, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiter - ehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Nothstandes und der Krisen)."

Das 'eherne Lohngesetz' hat seine Wurzeln in der klassischen Politischen Ökonomie (Smith, Ricardo) und bezieht sich auf die Theorie des Existenzlohns, die in der Bevölkerungsstheorie von Malthus eine entscheidende Rolle spielt.

Lage mittels Lohnkämpfen u.ä. gestattete, wurden Kampfmaßnahmen zur Erhöhung von Löhnen durch Arbeiterkoalitionen und damit die Gründung von Gewerkschaften abgelehnt <sup>1)</sup>. Stattdessen war eine 'politische' Lösung zur Emanzipation der Arbeiter vorgesehen dergestalt, daß die Aufhebung des Unterschieds zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn durch die Gründung der Produktivgenossenschaften erreicht werden sollte.

Die freie Assoziation von Produzenten konnte jedoch nur dann wirkungsvoll verbreitert werden, wenn der Staat entsprechende (vor allem auch finanzielle) Hilfen gab. Der Staat konnte - nach Lassalle - aber nur dann zu diesen Hilfen gezwungen werden, wenn die Arbeiter aufgrund des direkten und allgemeinen gleichen Wahlrechts die Möglichkeit hatten, ihre Interessen entsprechend zu manifestieren.

1) Lassalle betrachtete die Errichtung von Gewerkschaften nur unter - kurzfristigen - taktischen Gesichtspunkten (wobei letztlich diese Auffassung einer der wesentlichen Gründe des späteren organisatorischen Niedergangs des ADAV war):

"Die Petition selbst läuft darauf hinaus, den Arbeitern das Coalitionsrecht zu erringen, d.h. das Recht, sich durch gemeinschaftliche Verabredung über eine gemeinschaftliche Niederlegung der Arbeit zu vereinigen, um hierdurch höhere Lohnsätze zu erlangen. Ich meinerseits habe Euch niemals verhehlt, ... daß dies Recht nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeiterkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Aber trotzdem ist diese Forderung einmal eine juristisch ganz berechnete und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne der Agitation, weshalb ich es auch für meine Pflicht hielt und halte, dieselbe mit allem mir in den Arbeiterkreisen zu Gebote stehenden Einfluß zu unterstützen" (F. Lassalle: Die Agitation des Allg. Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des ADAV zu Ronsdorf am 22. Mai 1864 (1878), in: U. Borsdorf u.a. (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Köln, Frankfurt/M., 1977, S. 24, im folgenden zitiert als: Agitation, S. 24.

Ohne jetzt weiter auf das Staatsverständnis von Lassalle und die internen Auseinandersetzungen zwischen Lassalle, Bebel und Marx eingehen zu wollen, bleibt festzuhalten, daß dieser 'Staatsidealismus' und auch der Appell an den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat durchaus der Denkweise der meisten Arbeiter entsprachen.

Das Ziel des Erreichens der Parlamentsmehrheit bei gleichzeitiger Demokratisierung des Staatswesens sah so inhaltlich die Republik als angemessene Staatsform vor, da sie im Vergleich zum Feudalismus die Herrschaft des Gesetzes bedeutete.

Die Durchsetzung radikal-liberaler Vorstellungen auf politischer Ebene galt - trotz aller Unterschiede - sowohl für den ADAV als auch für die SDAP, die eine ähnliche Rekrutierungsbasis hatte wie der ADAV.

Sie entwickelte sich ebenfalls aus den Arbeiterbildungsvereinen. Kurz nachdem der ADAV gegründet war, konstituierte sich der Vereinstag (später Verband) der deutschen Arbeitervereine (VDAV), der ein Sammelbecken für all diejenigen Vereine darstellte, die die Hilfe des Staates zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ablehnten (vor allem liberale Arbeitervereine), die die zentralistische Struktur des ADAV nicht wollten, die die preußenfreundliche Politik des ADAV durch eine großdeutsche Lösung der nationalen Frage ersetzt sehen wollten und denen das Programm des ADAV zur Befreiung der Arbeiter nicht radikal und konsequent genug erschien.

Der föderalistisch aufgebaute VDAV <sup>1)</sup>, der 1863 in 54 Vereinen rund 17 000 Mitglieder organisiert hatte <sup>2)</sup>, war der Ausgangspunkt für die Konstituierung der Deutschen Volkspartei, deren oberstes Ziel in der Begren-

1) Der VDAV war aufgrund seiner Struktur und vor allem der Zersplitterung der entsprechenden Arbeitervereine über Thüringen, Sachsen und die süddeutschen Staaten föderalistisch aufgebaut.

2) Vgl. Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.): 75 Jahre Industriegewerkschaft 1891-1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/M., 1966, S.44.



zung der Hegemonialbestrebungen Preußens (und im übrigen auch Österreichs) bestand. Die Sächsische Volkspartei war in enger Anlehnung an die Deutsche Volkspartei von Wilhelm Liebknecht, der trotz jahrelangen Kontakts mit Marx im Exil immer noch der alte 'Acht- und vierziger-Demokrat' geblieben war, gegründet worden.

Beide Vereinigungen, vor allem die (Sächsische) Volkspartei und der VDAV (der trotz der Wahl des Drechslergesellen und späteren Meisters August Bebel zum Vorsitzenden stark von Liberalen und Demokraten beherrscht war), gerieten alsbald in politische Auseinandersetzungen zwischen den Liberalen und dem der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) <sup>1)</sup> nahestehenden Flügel, zu dem auch Bebel und Liebknecht zu zählen sind.

Es war das Programm der IAA, welches die organisatorische Spaltung des VDAV herbeiführte. Kurz nach dessen 5. Vereinstag im September 1868 in Nürnberg <sup>2)</sup> gründeten im Oktober 1868 die Fortschrittspolitiker Max Hirsch und Franz Duncker eigene Gewerkvereine.

Max Hirsch war nach einer Englandreise, während der er das dortige Gewerkschaftswesen kennenlernte, zu der Überzeugung gelangt, daß Gewerkschaften eher als Genossenschaften die Harmonie der Interessen zwischen

---

1) Die IAA war mehr eine Intellektuellengruppierung, die stark von Marx beeinflusst wurde. Zum Selbstverständnis und der Programmatik der IAA siehe K. Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, gegründet am 28. September 1864 in öffentlicher Versammlung in St. Martins Hall in London, in: MEW Band 16, Berlin(Ost), 1973, S. 5-13, im folgenden zitiert als: Inauguraladresse; K. Marx: Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW Band 16, Berlin(Ost), 1973, S. 14 - 16, im folgenden zitiert als: Statuten; K. Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen (1867), in: MEW Band 16, Berlin(Ost), 1973, S. 190-199, im folgenden zitiert als: Instruktionen. 1876 löste sich diese

Arbeit und Kapital herstellen könnten. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hatten anfangs rund 30 000 Mitglieder, wobei sie ihren stärksten Rückhalt bei den Berliner Maschinenbauern hatten. Die Mitgliederzahl ging aber - auch aufgrund der zwiespältigen Haltung bei Streiks <sup>1)</sup> - sehr schnell zurück <sup>2)</sup>.

Trotzdem zeigen die Entwicklungen der organisatorischen Trennung von liberal-bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen und liberal-'sozialistischen' den erheblichen Stellenwert des radikalen politischen Liberalismus, verbunden mit einem Aufruf nach Selbsthilfe als typischem Ausdruck des bürgerlichen Individualismus.

Ohne diese Voraussetzungen wären die Entwicklungen hin zu einem politischen Selbstbewußtsein der Arbeiter - aus dem dann konkrete Forderungen auch hinsichtlich der Mitwirkung und Mitbestimmung im Betrieb abgeleitet wurden - nicht möglich gewesen.

Bezeichnend für den Stellenwert des bürgerlichen politischen Liberalismus für die sich formierende Arbeiterbewegung war ja auch die Tatsache, daß eine solche Tendenz gerade bei Maschinenbauern als einem hoch gebildeten und politisch aufgeklärten Teil der Arbeiterschaft ihren stärksten Rückhalt fand, einem Teil, der später immer wieder durch seine aktive Teilnahme an den weiteren sozialen und politischen Prozessen auffiel.

---

Fortsetzung der Fußnoten 1) und 2) von Seite 629:  
(später als 'Erste' bezeichnete) Internationale wieder auf; in der IAA war der ADAV nicht vertreten gewesen.

2) Dieser Vereinstag verabschiedete das Programm der IAA als für den VDAV gültiges.

1) Bekanntestes Beispiel dafür ist das Scheitern der liberalen Gewerkschaften im Waldenburger Bergarbeiterstreik von 1869/70, siehe dazu: W.Gleichauf: Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), Berlin, 1907, S. 32 ff.

2) Vgl. Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), a.a.O., S.51. Zu der organisatorischen Trennung des sozialistischen Teiles der Arbeiterbewegung vom Liberalismus s. G.Mayer: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie (1912), Frankfurt/M., 1969, 2.Auflg., S.108-178.

Der andere Teil des VDAV gründete unter der Führung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die sich ausdrücklich als deutsche Sektion der IAA verstand.

Wie im ADAV waren auch in der SDAP hauptsächlich Handwerksgelesen vertreten. Das Programm der Eisenacher<sup>1)</sup> war eine Mixtur aus dem Programm der Sächsischen Volkspartei von 1866 (das großdeutsch-national ausgerichtet war und den Gegensatz von Kapital und Arbeit ausgleichen wollte) und dem Programm des VDAV, beschlossen auf dem Verbandstag 1868 in Nürnberg (das sich ja - wie oben erwähnt - an die Programmatik der IAA anlehnte). Angereichert wurde es durch theoretische Veratzstücke Lassalles und enthielt den Versuch der Verarbeitung der neuen politischen Situation nach den preußischen Kriegen gegen Dänemark und Österreich sowie nach der Gründung des Norddeutschen Bundes. Dieses Programm war darüber hinaus von bürgerlich-liberalen Verhaltensgrundsätzen einflußreicher SDAP-Gründungsmitglieder (unter anderem Wilhelm Liebknecht) geprägt.

Grundlegende Forderung der Eisenacher war die Abschaffung der Klassenherrschaft und die Errichtung des freien Volksstaates. Dieses Ziel sollte, zunächst kaum abweichend von der Programmatik des ADAV, unter anderem durch den Kampf für ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht sowie durch die staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredite für freie Produktionsgenossenschaften unter demokratischen Garantien erreicht werden. Weitere Programmpunkte waren die Einführung einer gesetzlich geregelten Höchstarbeits-

---

1) Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenach 1869 (veröffentlicht in: Demokratisches Wochenblatt, Nr. 33, 14. August 1869), in: W. Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 2. Auflg., Frankfurt/M. 1969, im folgenden zitiert als: Sozialdemokratie, S. 91 f. sowie in: H. Potthoff, a. a. O., S. 174 f.

zeit, die Einschränkung der Frauen- und das Verbot der Kinderarbeit, die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht, Ersetzung der indirekten Steuern durch eine progressive Einkommens- und Erbschaftssteuer und ähnliches mehr.

Aus den oben skizzierten Programmen der beiden deutschen Arbeiterparteien ist ersichtlich, daß weder im Grundsatz (Überwindung des Kapitalismus) noch in wichtigen programmatischen Einzelforderungen (zum Beispiel Forderungen zum Wahlrecht und zu den staatlich geförderten Produktivgenossenschaften) wesentliche Unterschiede zwischen Lassalleanern und Eisenachern bestanden. Differenzen ergaben sich allerdings in der praktischen Tagespolitik, im Aufbau der Parteiorganisation, in der nationalen Frage und hinsichtlich der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter neben der Partei.

Schon Lassalle hatte antiradikale Folgen einer gewerkschaftlichen Verbandsbildung befürchtet und deshalb die Zweckmäßigkeit von Gewerkschaften und Streiks angezweifelt, und eine solche Auffassung blieb auch nach seinem Tode im ADAV erhalten. Wenn dennoch, nachdem allerdings schon 1865 der Allgemeine Deutsche Zigarbeiterverein und 1866 der Deutsche Buchdruckerverband in Leipzig entstanden waren, im Jahre 1868 auf Betreiben des Lassalle-Nachfolgers Schweitzer der Allgemeine Deutsche Arbeiterschaftsverband als Gewerkschaftsorganisation des ADAV in Berlin gegründet wurde, so geschah dies wohl eher aus taktischen Gründen.

Schweitzer wollte den geplanten Gewerkschaften der Eisenacher Richtung zuvorkommen und damit zugleich den Druck in den eigenen Reihen kanalisieren. So war der 1868 gegründete Verband genau wie der ADAV streng zentralistisch organisiert, zudem war er dem ADAV nicht gleichgestellt. Der Schweitzerische Gewerkschaftsverband war nichts anderes als der Transmissionsriemen der Politik des ADAV, den Schweitzer mehr und mehr als ein persönliches Instrument umzubauen versuchte.

Die Bebel'sche Richtung des VDAV entwarf kurz nach dem Nürnberger Verbandstag 1868 Musterstatuten für deutsche Gewerksgenossenschaften, die die Organisation nach föderalistischen und demokratischen Prinzipien aufbauen sollten. Auf dieser Grundlage wurden Anfang 1869 die 'internationalen Gewerksgenossenschaften' gegründet, die zunächst nur Zusammenschlüsse auf lokaler Ebene waren und sich nach den Zielen der IAA richteten. Bebel und Liebknecht folgten damit in ihren gewerkschaftlichen Vorstellungen in Ansätzen den von Marx gemachten Aussagen zur IAA, nach denen die Gewerkschaften nicht nur im Tageskampf für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder eintreten sollten, sondern darüberhinaus auch wichtige Aufgaben im Emanzipationskampf des Proletariats zu leisten hätten <sup>1)</sup>.

Die Organisierung in den Eisenacher Gewerkschaften erfolgte in größerem Maße erst nach der Gründung der SDAP und wurde zusätzlich beschleunigt durch die Gewährung der (eingeschränkten) Koalitionsfreiheit durch den § 152 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869. Besonders nach der Spaltung der Lasalle'schen Gewerkschaften durch den 'Staatsstreich' Schweitzers <sup>2)</sup>

---

1) Marx und Engels sahen in den Gewerkschaften den notwendigen Kern der Arbeiterparteien; die Gewerkschaften sollten im Verlauf eines dynamischen Prozesses von ökonomischen Kampforganisationen über die Ausbildung von Klassenbewußtsein zu politischen Organisationen werden. Vgl. W. Müller-Jentsch: Materialien zur Gewerkschaftstheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 3, Frankfurt/M, 1975, S. 27-60, im folgenden zitiert als: Gewerkschaftstheorie, S. 37 u.43. (Dieser Aufsatz gibt im übrigen einen Überblick über die verschiedenen Gewerkschaftstheorien der Zeit der I. und II. Internationale.) Dieser Prozeß der Herausbildung der Organisationen der Arbeiterbewegung verlief - wie gezeigt - allerdings in Deutschland anders. Auf die spezifischen Gründe dieser Entwicklung kann aus thematischen Gründen nicht näher eingegangen werden.

2) Dieser 'Staatsstreich' war die Auflösung des ADAV und der ADAV-Gewerksgenossenschaften zum Zweck der Wiedergründung eines Verbandes unter der alleinigen Füh-



bekam die junge Eisenacher Gewerkschaftsbewegung weiteren Zulauf <sup>1)</sup>, der allerdings durch die mit dem deutsch-französischen Krieg verbundenen Rückschläge jäh gestoppt wurde.

Erst danach konnte sich die Gewerkschaftsbewegung Eisenacher Richtung langsam erholen. 1872 vertraten auf einer Konferenz der Gewerksgenossenschaften in Erfurt immerhin schon wieder 52 Delegierte rund 11 000 Mitglieder. Mehrere Versuche, die verschiedenen Gewerkschaftsverbände in den Anfängen der siebziger Jahre zu einer einheitlichen Organisation zu vereinigen, scheiterten vor allem auch am Widerstand der Lassalleaner <sup>2)</sup>.

Nur die Zahlen allein machen schon deutlich, daß nur ein verschwindend geringer Teil der industriellen Lohnarbeiter in den Gewerkschaften organisiert war. Hinzu kommt, daß viele Gewerkschaften viel eher ständisch orientierten Gesellenverbänden glichen (sowohl aus Gründen ihrer Mitgliederstruktur als auch aufgrund ihrer politischen Praxis), so daß man tatsächlich nur von Anfängen einer sich langsam formierenden Arbeiterbewegung sprechen kann - sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich des Selbstverständnisses.

Mit der Gründung von Gewerkschaften erfolgte eine Aufgabenteilung zwischen ökonomischem (Gewerkschaften) und politischem Kampf (Partei), die in der Praxis mehr und mehr zu einer Trennung zwischen beiden Organisationen geriet. Zwar war den Eisenachern durchaus bewußt, daß auch die Gewerkschaften wesentliche politische Auf-

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 633:

rung Schweitzers, vgl. dazu S. Nestriepke: Die Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart 1929, S. 167-174.

1) U. Engelhardt beziffert die Mitglieder in allen Gewerkschaften jeder Richtung kurz vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges zwischen 60 000 und 78000 (18 000 Eisenacher, 18 500 in den Lassalleanern, 35000 in den Hirsch-Dunckerschen und 6 600 im 'Deutschen Buchdrucker-Verband'); vgl. U. Engelhardt, a.a.O., S.390 f.

2) Vgl. DGB (Hrsg.): Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S.17 f.

gaben im Emanzipationskampf des Proletariats zu leisten hätten, aber konkretisiert wurden diese Nahtstellen zwischen den Aufgabenbereichen der Partei und der Gewerkschaft weder in der Theorie (auch nicht in den Programmen von Gotha und Erfurt), noch in der tagtäglichen Praxis. Die Folge war eine starke Entfremdung, die vorangetrieben wurde von einer durch das ungeklärte Verhältnis zwischen beiden Organisationen begünstigten Konkurrenz <sup>1)</sup>. Nach der Jahrhundertwende sah dieser Konkurrenzkampf die Gewerkschaften als Sieger. Deren - zum Teil notwendiges - Selbstverständnis von der Erfüllung politischer Aufgaben und deren vom tagtäglichen Sich-Befassen-Müssen mit den 'kleinen' Fragen geprägte Praxis dominierten die weitere Richtung der Organisationen der Arbeiterbewegung. Dabei kam dieses gewerkschaftliche Selbstverständnis den Interessen der Handwerker stark entgegen, die nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch große Teile der sozialdemokratischen Partei dominierten.

Karl Marx hat in der ihm eigenen Weise das Verhältnis von ökonomischer und politischer Bewegung anhand von Beispielen zu charakterisieren versucht <sup>2)</sup>:

Der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung; dagegen die Bewegung, ein Achtstunden-etc.Gesetz zu erzwingen, ist eine politische Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelt ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, d.h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt. Wenn diese Bewegungen eine gewisse previous Organisation unterstellen,

---

1) Allerdings setzte eine solche 'Entfremdung' erst richtig Mitte der 1890er Jahre ein, wiewohl deren Ursprünge schon früher begründet waren.

2) K. Marx: Brief an Friedrich Bolte am 23.11.1871, in: MEW 33, Berlin(ost), 1966, S. 327-333.

sind sie ihrerseits ebensoviele Mittel der Entwicklung dieser Organisation.

Diese recht differenzierte Betrachtungsweise der Gemeinsamkeiten/Unterschiede von politischem und ökonomischem Kampf weist darauf hin, daß die einzelnen Bewegungen in ihren historischen Zusammenhängen nie exakt entweder als rein ökonomische oder als politische Bewegungen zu "klassifizieren" sind.

Dennoch weitete sich begrifflich und programmatisch im Laufe der weiteren Entwicklung die Trennung von politischen und ökonomischen Aufgabenbereichen aus.

Zwar war eine sinnvolle Aufgabenteilung sehr notwendig, jedoch gestaltete sie sich derart, daß später die Kenntnismahme des betrieblichen Mitbestimmungstrebens der Belegschaftsangehörigen durch die Gewerkschaften hauptsächlich unter ökonomischen Aspekten erfolgte (da das betriebliche Mitbestimmungstreiben in die 'Kompetenz' der Gewerkschaften fiel) und die politische Reichweite bis hin zur Selbstbestimmung vernachlässigt wurde.

Eine solche Reduzierung des Mitbestimmungstrebens bedeutete weiterhin einen verringerten Stellenwert dieses Strebens innerhalb des praktischen Handelns der Gewerkschaften, welches wiederum nur noch eine weitere Verengung des betrieblichen Mitbestimmungstrebens im Rahmen einer politischen Handlungskompetenz auch eines jeden einzelnen Belegschaftsmitgliedes nach sich zog.

Das wiederum bedeutete, daß sich - neben den schon oben beschriebenen, auch später noch zu diskutierenden Gründen - in der Arbeiterbewegung ein Politikverständnis ausbreitete (dann aber vor allem nach 1890), das auf das Verbleiben einer politischen Handlungs- und Entscheidungsbefugnis auf den zentralen Ebenen der Organisationen beschränkt blieb.

#### 2.2.3.2.5. Der Dualismus von radikaler Theorie und gemäßigter politischer Praxis

Allerdings war die Trennung von Ökonomie und Politik nicht dergestalt, daß die Gewerkschaften 'theorielos vor sich hinarbeiteten' und die Partei aufgrund ihrer Programmatik lang- und kurzfristige Maßnahmen in der Praxis sinnvoll aufeinander abstimmte unter schlüssiger Orientierung auf ihre Zielvorstellungen.

Wie für den ADAV, so galt in ähnlicher Weise auch für die Eisenacher der Dualismus von radikaler Theorie und gemäßigter politischer Praxis mit nur sehr mittelbaren Bezügen zwischen beiden.

Die an das Klassenbewußtsein appellierenden und zum Klassenkampf aufrufenden Formulierungen der Eisenacher entsprachen zudem "keinesfalls der Haltung der Mehrheit der Partei und ihrer Führer (geschweige denn der Mehrheit der Arbeiter insgesamt, Anm. d.V.) und waren weit von ihrer damaligen Praxis als Volkspartei entfernt" <sup>1)</sup>, sie waren eher dem Überrationalismus von Intellektuellen geschuldet. Der Dualismus hatte zwar einerseits eine Integrationsfunktion, war aber (und dies gilt in besonderem Maße für den einen Teil des Dualismus, der radikalen Theorie) auch dazu geeignet, etwaige Bundesgenossen zu verprellen. Weiterhin führte eine radikale 'Phraseologie' dazu, daß interessierte Kreise die Arbeiterbewegung in ein gesellschaftliches Getto einweisen konnten. Eine solche Isolierung, untrennbar verbunden mit der Zuweisung des Sündenbockstereotyps, wurde umso stärker, je mehr die mit der Durchsetzung der Großen Industrie auftretenden sozialen Probleme wuchsen. Die Probleme konnten weder von der in ihrem überkommenen preußischen Gesellschaftsbild verhafteten Staatsführung, noch (zunächst) von den industriellen Unternehmern, die

---

1) W. Conze, D. Groh, a.a.O., S. 82.

sich aus verschiedensten Gründen noch eben diesem Gesellschaftsbild als gesellschaftlicher Norm verpflichtet sahen, hinsichtlich ihrer sozialen Sprengkraft entschärft werden. Dabei war der historisch spezifische Anlaß für die Stigmatisierung das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der nationalen Bewegung.

Zwar war mit der Reichsgründung 1871 die Frage der nationalen Einheit gelöst, nicht jedoch im Sinne der Sozialdemokratie durch eine Volksbewegung, sondern durch eine dynastische Einigung von oben. Die Sozialdemokratie sagte ganz offen, daß sie zwar Reichsfeinde, aber keine Vaterlandsfeinde seien <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>.

Damit war der Begriff der Nation und der Nationalität für lange Zeit unbrauchbar geworden zum Zweck eines von allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen gemeinsam getragenen Begriffs eines 'nationalen Gemeinwohls'. Denn der Nationalismus kann durchaus nicht nur negativ etikettiert werden, sondern ist auch Teil einer Modernisierung, wie sie viele europäische Staaten im 19. Jahrhundert zumindest anstrebten. Der

---

1) Vgl. W. Conze, D. Groh, a.a.O., S. 119.

2) Hier setzt der Begriff der doppelten Loyalität an (vgl. W. Conze, D. Groh, a.a.O., S. 195):

"Dieses Modell läßt sich ungefähr so beschreiben: Das Reservoir an Loyalität blieb stets gleich und reagierte auf den Druck der Realität. Fühlten sich die sozialdemokratischen Arbeiter als Klasse angegriffen, so erreichte ihre Klassenloyalität eine solche Stärke, daß die potentielle Loyalität gegenüber der Nation nicht mehr von ihnen wahrgenommen wurde, obwohl sie als Möglichkeit für den Fall, daß ihre Nation die angegriffene war, im kollektiven Unterbewußtsein erhalten blieb." Diese doppelte Loyalität im Rahmen der politisch-staatlichen Integration auch der Arbeiter im Wilhelminischen Deutschland setzt Erklärungen für die Verhaltensweisen der Arbeiter im August 1914 frei, die auf eine Kontinuität der Sozialdemokratie von 1870 und 1914 hinweisen, ohne vorschnell Brüche und Widersprüche konstruieren zu müssen (wie dies bei einer oberflächlichen Betrachtung der Fall wäre).



Nationalismus in dieser Funktion hatte sich damit von den Dynastien gelöst und war an das 'Volk' gekoppelt, dessen Meinungsträger - die Parteien - ausdrücklich privat waren (und damit der bürgerlichen Gesellschaft als fortschrittlicher Alternative zu den feudalen staatlichen Ordnungen entsprachen) und untereinander einen Begriff von staatlichem 'Gemeinwohl' als gesellschaftlichem Kompromiß suchen mußten, ohne daß das 'Gemeinwohl' von oben (von der Krone) diktiert wurde.

Mit dem hauptsächlich durch Preußen von oben durchgesetzten Begriff der Nation (dessen einer Ausdruck die Reichsgründung von 1871 war) zerfiel die einigende Kraft des Nationalismus und verformte seine Funktionen.

Der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat, der eine liberale Integration der Arbeiterbewegung nicht zuließ, versuchte nun neben anderem, diese doch recht bedeutende Gruppe (nicht nur an ihrer Zahl, sondern auch am Potential gemessen) auch mit einer ihm typischen Strategie, dem von oben verordneten und einseitig mißbrauchten Nationalismus, zu integrieren <sup>1)</sup>.

Der Staat, noch zusätzlich durch die Ereignisse um die Pariser Kommune aufgeschreckt, verstärkte den Druck auf die Organisationen der Arbeiterbewegung und speziell auf die Sozialdemokratie, zumal zu erkennen war, daß sich die 'soziale Frage' nicht nach einer gewissen Zeit von allein erledigen würde, sondern mit der Durchsetzung der Großen Industrie und der immer offenkundiger werdenden Unfähigkeit der Staatsführung, der Bürokratie und des industriellen Bürgertums zur Integration der Arbeiter nur noch bedrohlicher erschien. Diesem Druck versuchten ADAV und SDAP zunächst dadurch zu entgehen, daß sie sich 1875 zusammenschlossen - begünstigt durch den Rücktritt Schweitzers von der Führung des ADAV und die Zwangsauflösung des ADAV in Berlin im Ju-

---

1) Dabei verstärkte sich erst nach 1890 (nach dem Scheitern des Sozialistengesetzes als Teillösung der 'sozialen Frage') dieser Integrationsversuch des Staates, so daß auch erst später ausführlicher darüber diskutiert werden soll.

ni 1874, gefördert durch die (oben geschilderte) zu einem großen Teil identische Programmatik beider Organisationen <sup>1)</sup>.

In Gotha wurde im Mai 1875 die neue Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet mit einem Programm <sup>2)</sup>, das sehr starke Züge der Lassalleanischen Grundgedanken, verbunden mit demokratisch-liberalen Forderungen, aufwies, und das zum Beispiel Karl Marx zu doch sehr intellektuell anmaßenden Bemerkungen anregte <sup>3)</sup>.

In diesem Programm wurde gefordert, daß mit allen gesetzlichen Mitteln der freie Volksstaat und die sozialistische Gesellschaft zu erstreben sei, das eherne Lohngesetz durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit zu zerbrechen und alle soziale und politische Ungleichheit zu beseitigen sei. Zur Lösung der sozialen Frage sollten "sozialistische Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes" errichtet werden. Als wesentliche Grundlagen des zu erstrebenden Staates wurden unter anderem die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die Volkswehr (anstelle des stehenden Heeres), die Rechtsprechung durch das Volk, eine allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat sowie ein allgemeines, gleiches und direktes Wahl- und Stimmrecht genannt.

Daraus läßt sich ablesen, daß die Sozialdemokraten der Überzeugung waren, daß zwar die Verschärfung der Klassegegensätze unweigerlich zur Revolution führen mußte, die aber offensichtlich eine Revolution aufgrund einer Mehrheitsentscheidung des Volkes mit demokratischer

---

1) So kann Wilhelm Liebknecht durchaus als Lassalleaner bezeichnet werden.

2) Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Gotha 1875, in: H. Potthoff, a.a.O., S. 176 f.

3) K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW 19, Berlin(Ost), 1974, S. 15-32.

Legitimation sein sollte <sup>1)</sup>.

Dieser ganz entscheidende Schritt der (freien) Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer praktischen Arbeit zur Betonung des Parlamentarismus auf dem Wege zum Sozialismus, die später durch die Wirksamkeit der Sozialistengesetze noch vergrößert wurde, war aber nicht nur den personellen Verbindungen zwischen den Verfechtern der (1848er) Demokratie und dem "sozialistischen" Teil der Organisationen geschuldet - etwa in Gestalt von Wilhelm Liebknecht -, sondern vor allem auch der Verpflichtung dieser Bewegung, die eine neue und humanere Gesellschaft anstrebte, gegenüber den Thesen des Humanismus, den Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution, deren Toleranz und Liberalität unabdingbare (wenn auch nicht die einzigen) Grundelemente einer neuen Gesellschaftsordnung sein mußten. Diese Eingebundenheit der Arbeiterbewegung in die von der französischen Revolution propagierten Ideen wurde speziell in Deutschland noch verstärkt durch den teilweisen Rückzug des Bürgertums aus der Vertretung liberal-demokratischer Ideen, der seinen sichtbaren und vorläufigen Höhepunkt in der 1878 gegründeten Interessenkoalition von (Groß)Landwirtschaft, Staatsführung und Schwerindustrie fand.

Die Anpassung eines bedeutsamen Teils des Bürgertums an ständisch-feudal orientierte und monarchisch beeinflusste Lebensformen und das Bündnis mit dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat gegen die 'zweite Front' - gegen die Arbeiterbewegung und deren Organisationen - bedeuteten für die sozialistische Partei die Übernahme des Monopols der Vertretung demokratischen Denkens, das seinerseits wiederum im Laufe der Entwicklung in formalen parlamentarisch-demokratischen Dimensionen stecken blieb und sich damit in der praktischen Politik kaum

---

1) Vgl. hierzu H. Grebing, a.a.O., S. 88 ff.

über den radikal-demokratischen Rahmen hinaus zu demokratisch-sozialistischen Positionen entwickeln konnte. Einerseits war mit der Forderung nach einem demokratischen Staatswesen ein erheblicher Schritt von der ständisch-feudal orientierten Sozialeinbindung hin zu abstrakt-gesellschaftlichen, auf bestimmten Mitwirkungsformen (Wahlrecht und Organisierung in politischen Parteien und Verbänden zwecks Vertretung von gemeinsamen Interessen) beruhenden gesellschaftlichen Verhältnissen (Herrschaft des Gesetzes) getan. Ein solcher Schritt war unbedingte, wesentliche Voraussetzung zur freien Diskussion, zur Artikulierung von Interessen und letztlich zur Durchsetzung eben dieser Interessen, wobei sowohl Voraussetzung als auch Folge ein sich entwickelndes politisches Selbstbewußtsein der Arbeiter war.

Auf der anderen Seite jedoch, mit dem Verbleiben im radikalen politischen Liberalismus, wurde der nächste Schritt hin zu einem wie immer auch gearteten Sozialismus nicht getan - weder programmatisch noch gar in der politischen Praxis.

Mit dem Steckenbleiben der politischen Praxis im radikal-demokratischen Rahmen ist die Situation einer Partei kurz vor deren Verbot beschrieben,

die sich die unmittelbare Vorbereitung einer demokratisch-proletarischen Revolution noch nicht zum Ziel setzen konnte, sondern die vor allem die Organisierung der Klasse ... in Partei und Gewerkschaft, die Erzielung von Wahlerfolgen und Erfolgen in Lohnkämpfen tagtäglich erstreben mußte, ... zumal das Bedürfnis zur Erhaltung der Legalität dazu nötigte, über die praktischen Probleme dieser revolutionären Zukunft zu schweigen 1).

Dabei war jedoch nicht nur - wie Abendroth schreibt - das drohende Verbot ein Grund dafür, über die prakti-

---

1) W. Abendroth: Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie: Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin, 2. Auflg., 1972 (1968), S. 364-392, im folgenden zitiert als: Problem, S. 367.

schen Schritte zur Erreichung der programmatischen Zielsetzungen zu schweigen - was im übrigen dann dazu führte, daß der 'revolutionäre Auftrag des Proletariats' immer stärker zu einer bloßen fatalistischen Zukunftserwartung geriet, die aber ihrerseits aus Agitations- und Integrationsgründen aufrechterhalten werden mußte.

Dabei war auch dies Ausdruck der Schwäche und Unreife der Arbeiterbewegung, die den Begriff des industriellen Lohnarbeiters hinsichtlich dessen politischen Handelns sehr verengten. Die Vorstände der Organisationen trauten ihren Mitgliedern und darüberhinaus allen Arbeitern zu wenig an politischer Handlungskompetenz zu und erlegten sich selbst so eine Beschränkung der aktiven Gestaltung der Zukunft auf.

Es war auch das Ausweichen der Organisationen der Arbeiterbewegung gerade vor der betrieblichen Kleinarbeit <sup>1)</sup>, in der sich die systematische Überlegenheit des Unternehmers besonders drückend darstellte, die dazu anleitete, sich eher auf die (verschwommenen) Zukunftsvisionen gesamtgesellschaftlicher Art zu konzentrieren, statt den mühsamen Versuch zu unternehmen, Theorie und Praxis sinnvoll an Brennpunkten der gesellschaftlichen Strukturen - also vor allem auch im Betrieb - miteinander zu verbinden. Dieses Schrumpfen der Programmatik der Partei zu einer verschwommenen Zukunftsvision (die später in Kautskys Schriften ihren nahezu 'perfekten' Ausdruck finden sollte) ohne das theoretische Aufzeigen des Weges, auf dem man an das Ziel zu gelangen gedachte, deutet neben einer zwar aufgrund der Massenorganisation notwendigen, aber zum Immobilismus neigenden Bürokratie auch auf eine Grundhaltung der Handwerker hin, die eher von einer allgemei-

1) Zumal die die Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmenden Handwerker, die in der Industrie arbeiteten, eher in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt waren denn in Großbetrieben, in denen sich die Probleme der industriellen Lohnarbeit besonders kraß darstellten.



nen "Gegen"position mit dem Ziel der Ebenbürtigkeit, stark von ständischen Verhaltensmustern geprägt, bestimmt war als von einer spezifischen Lohnarbeiterrationalität.

Franz Mehring hatte diese allgemeine verbale Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegenüber der industriell-kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft in ihrer spezifischen preußisch-deutschen Verformung schon seiner Zeit spöttisch beschrieben <sup>1)</sup>:

Hörte man den hundertstimmigen Chorus der sozialdemokratischen Agitatoren, Blätter und Flugschriften, so war die Religion ein leerer Humbug, erfunden von Betrügern, um Narren zu betören, der Patriotismus ein verhüllender Schleier für Raub und Mord, die Ehe eine staatlich konzessionierte Prostitution, die Wissenschaft eine feile Dirne des Volksverrats, die Schule eine Verdummungsanstalt 'im Dienste der Freiheit', der Reichstag ein Haufen von Junkern, Apostaten und Nullen, der als Marionette am Drahte eines Recht und Menschen verachtenden Staatsmannes tanzte, die Presse ein einziger Reptiliensumpf an Korruption.

Damit wird angedeutet, daß die Arbeiterbewegung weder fähig noch willens war, die bürgerliche Gesellschaft in all ihren unterschiedlichen Dimensionen auch theoretisch-programmatisch aufzuarbeiten - obwohl, wie vorher beschrieben, in der politischen Praxis durchaus Ansätze zu einer Diskussion der Ideen der Aufklärung und des bürgerlichen politischen Liberalismus vorhanden waren.

Dazu muß allerdings vermerkt werden, daß aus vielfältigen, oben breit diskutierten Gründen weder die Arbeiterbewegung noch eine adäquate Verarbeitung der Anforderungen und Zwänge der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise a-priori vorhanden waren, sondern bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen hatten und haben. Nur unter Beachtung dessen kann auch der Hinweis auf Mitgliederzahlen und Wahlerfolge angemessen

---

1) F.Mehring: Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehren, Bremen, 1879, S. 179.

eingeordnet werden. So können sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Wahlerfolge der Sozialdemokraten <sup>1)</sup> auch eher als Ausdruck eines komplexen Protestverhaltens, denn einer rationalen, die Grundprobleme des industriellen Kapitalismus in einer bürgerlichen Gesellschaft hinreichend aufarbeitenden Haltung angesehen werden. Das Einnehmen einer 'allgemeinen Gegenposition' durch die sich langsam formierende Arbeiterbewegung, von einer aktiven Minderheit getragen, umfaßte auch die Mystifizierung der verschwommenen Zielvorstellungen, die zu einer Art Heilserwartung gerieten.

Dabei muß auch die zunehmende Entkirchlichung vor allem im liberalen protestantischen Raum im Norden und zum Teil im Westen mit in die Betrachtung einbezogen werden, die verstärkt wurde durch die Theorie der Arbeiterbewegung, die ja nicht nur den Anspruch der

---

1) Im Jahr der Vereinigung beider Arbeiterparteien 1875 hatte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ca. 9 000, der ADAV ca. 15 000 Mitglieder gehabt (vgl. H. Potthoff, a.a.O., S. 34). Bei den Wahlen zum Reichstag ergaben sich folgende Stimmverhältnisse: 1871 hatten ADAV und Eisenacher zusammen 3,2%, 1874 6,8% und 1877 die Sozialistische Arbeiterpartei 9,1% der Wählerstimmen erringen können (vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), a.a.O., S. 136). Allerdings darf die Bedeutung des Reichstages in der Bismarckschen Monarchie des Deutschen Reiches nicht überschätzt werden. Zudem waren aufgrund der für sie ungünstigen Einteilung der Wahlkreise (Begünstigung des Landes und Benachteiligung der (Industrie)Städte) die Sozialdemokraten nicht entsprechend ihres Stimmenanteils im Reichstag vertreten. Darüberhinaus wurde in dem wichtigsten Land des Reichs, in Preußen, weiterhin das Merkklassenwahlrecht bei Landtagswahlen angewendet.

Daneben war die politische Überwachung der Sozialdemokratie relativ gut organisiert und flächendeckend. Lokale Obrigkeit und Verwaltung benachteiligten auf Anweisung der Regierung die Partei in Wahlkämpfen, wo sie nur konnten. Vor allem die ländlichen Distrikte blieben den sozialistischen Wahlkämpfern verschlossen, die Bestimmungen der Gesindeordnung sowie die (nahezu unumschränkte) Kontrolle der Gutsherren machten ihr Eindringen oder auch nur die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie fast unmöglich. Daraus schließt

Erklärung hatte, sondern vor allem auch aufklärte.

Gerade das durch die zunehmende Entkirchlichung entstandene Vakuum verstärkte die - teilweise von den Sozialdemokraten bewußt vorangetriebene - Mystifizierung des Sozialismus, indem dieses Vakuum durch die 'sozialistische Ersatzreligion' gefüllt wurde.

So stellte 1871 ein Arbeiterführer in Barmen das Christuswort "Es wird eine Zeit kommen, wo kein Stein auf dem anderen bleibt" <sup>1)</sup> als Motto über Streikversammlungen, wodurch mit dieser formulierten Erwartung der Sozialismus den Charakter der Ersatzreligion mit Erlösungstendenzen annahm <sup>2)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 645:

G.A.Ritter, daß sich die Sozialdemokratie politische Erfolge kaum ausrechnen konnte (und vielleicht auch wollte?) (G.A.Ritter: Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich, Berlin, 1963 ).

1) Luk. 21, V.6, in: W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 151.

2) So schrieb der Fabrikweber und Sozialdemokrat R. Richter 1890 in beeindruckender Weise vom Sozialismus als Altarbild seiner neuen Weltanschauung (R. Richter: Das Altarbild der neuen Weltanschauung, in: A. Levenstein (Hrsg.): Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe. Beiträge zur Seelenanalyse moderner Arbeiter, Berlin, 1909, S. 86).

Auch der Arbeiterschriftsteller Otto Krille schilderte 1895, wie der Sozialismus in ihm als jungem Menschen religiöse Gefühle erweckt hat und wie er sich mit dem 'Herzen' für das 'neue Evangelium' entschied (Otto Krille: Das neue Evangelium, in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 361-364): "Von meinen religiösen Anschauungen war Stück um Stück gefallen. Den Rest spulte mir die Maschine von der Seele. Soviel ich auch grübelte, ich fand keinen Sinn in der Weltordnung, am wenigsten einen göttlichen." Krille besuchte dann auf Anregung seines Bruders das Stiftungsfest des sozialdemokratischen Vereins, auf dem ein Redner die Gesellschaftszustände kritisierte und vom Sozialismus sprach. "Doch alles, was der Mann sprach, machte den Eindruck des Wahrhaftigen und ging ans Herz durch seine Schlichtheit. Die Rede schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Alles stand auf und stimmte mit ein. Ich tat es auch und saß den ganzen Abend mit eigenartigen Empfindungen und Gedanken da, so daß alles Folgende an mir vorrüberging. ...

Durch diese praktischen, auf Wissenschaftsgläubigkeit und säkularisierter Religiosität beruhenden

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 646:

Beinahe religiöse Gefühle trug ich von jenem Feste heim. Da war doch ein Ausblick aus der Trostlosigkeit. Aber bald regte sich auch der nüchterne Verstand, und ich fragte mich, ob das nicht alles Täuschung und Vertröstung auf ein Nimmerleinsreich sei. Schließlich war es mit dem Zukunftsstaat wie mit dem Himmelreich der Frommen. In den Zeitungen stand soviel von den Lügen und Hetzereien der Sozialdemokratie, daß man ganz irre werden konnte. Bei allem Widerstreiten fühlte ich aber doch im Innersten, daß der Sieg schon dem Sozialismus gehöre. Das Herz ist ein merkwürdiges Ding, es überläßt die Krone der Vernunft, regiert aber beinahe unumschränkt, und gar manchmal sind wir stolz auf unsere vernünftigen Taten und merken gar nicht, daß das Herz sie entschieden hat.

Ich griff nach dem neuen Evangelium wie ein Verschwachtender nach dem Trunk. Ich mußte glauben können, um das Leben zu ertragen. Und die Millionen, die heute dem Sozialismus anhängen, sind zum geringen Teil wissenschaftlich überzeugte Sozialisten, sondern sie kommen aus grenzenloser innerer und äußerer Öde wie das Volk Israel aus der Wüste. Sie müssen glauben, um nicht zu verzweifeln. Sie sind Sozialisten, weil der Sozialismus ihre Sache ist, materiell und geistig. Er ist dem Arbeiter nötig wie Luft und Brot. Ich bemerkte auch bald, daß die geistig regsameren Arbeiter in der Hauptsache sozialdemokratisch dachten."

Die Auffassung von der Sozialdemokratie als Heilslehre läßt sich auch aus dem folgenden Dokument ablesen:

Bremen, den 10ten November 1877

Sollten einstmals diese Zeilen wieder in die Öffentlichkeit gelangen, so wünschen die hier verzeichneten Arbeiter, daß eine bessere Zeit für die Menschheit gekommen, eine auf Gleichheit und Gerechtigkeit beruhende Gesellschaftsreform aus den heutigen verrotteten Zuständen entstanden sein möge. In dieser Zeit, wo größtenteils die Gesetze nicht nur gesetzlich, weil der Räuber selbst sie fabriziert, wo man gekrönten Schufden, deren Thaten in den Augen jedes rechtlich denkenden Menschen nur dem gelungenen Stiletstoße eines Banditen gleichen, als die Größten unseres Jahrhunderts für immer zu verewigen sucht, wohingegen wir, als die Enterbten und Unterdrückten, in ihnen nur die Tyrannen und Massenmörder, als die Vernichter aller wahren Cultur und des Wohlstandes unseres Vaterlandes erblicken; wo nur Confusion

Verlagerungen der Erwartungen an eine bessere Welt wurde die Arbeiterbewegung von dem immer größer werdenden Druck entlastet, ständig die tagtäglichen Entscheidungen als relevant für das Endziel und als Teil eines Prozesses zur Erreichung dieses Zieles zu verstehen und zu legitimieren.

Dabei war die Religion als 'Geist einer geistlosen Welt' und die Religiosität als Formierungserscheinung

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 647:  
das Feigenblatt des krassesten Absolutismus abgibt;  
die Schule und spätere Lohnscaverei mit dem dieselbe beschützenden Militärsystem jeglichen freien Geist im Menschen zu ersticken und aus ihm nur den gedrillten Sklaven, der von Säbels- und von Geldsackgnaden Herrschenden zu machen droht, so mögen diese Zeilen einer späteren Generation beweisen, daß trotz des schweren Druckes von Oben, trotz Alledem und Alledem in den meisten Arbeitern das Gefühl der Solidarität, der Gleichberechtigung und Bruderliebe mächtig erwacht ist und die Ketten zu sprengen strebt, mit denen der freie Menscheng Geist gefesselt daniederliegt, und hoffen in nicht allzuferner Zeit, in dem Rufe, der wenn er auch für heute noch nicht sein kann, für Deutschland einst die Morgenröthe der Freiheit verkünden wird, ausbrechen können:

Es lebe die sozialdemokratische Republik!

Friedr. Weissendorf, geb. 4. Juni 1852 in Magdeburg  
Johann Brammen, geb. 4. Oktober 1849 im Herzth.  
Holstein

Claus Heinrich Dittmer, geb. 21. Juni 1839 in Kiel  
Franz Theodor Körschmann, geb. 6. Februar 1846 in  
Crefeld

Franz Hoff, geb. 22. Juli 1852 zu (Bremen?)  
D.I.H. Rosendaal, geb. 21. März 1854 aus Carolinensiel  
Friedrich Basser, geb. 8. April 1850 zu Bollensen,  
Amt Uslar

Franz Nowack, geb. den 6. Sept. 1852 zu Radoschen  
Krs. Cosel  
Jonathan Frank, geb. 28. November 1851 (?) West-  
preußen

Theodor Weidlich, geb. den 1. November 1851 zu  
Glaesen Krs. Leobschütz (Ob. Schlesien)

Bremen, den 27. März 1878

(Bei Restaurierungsarbeiten im Postamt 1, Bremen,  
Domsheide im Grundstein gefunden, 1973)



sinngebend hinsichtlich der Praxis <sup>1)</sup>, sie verlor sich später im Zuge des Rationalisierungs- und Versachlichungsprozesses.

Sie trug aber immerhin mit zu Verhaltensweisen bei, die bekannt sind als das Warten auf den 'Großen Klad-deradatsch', das seinerseits wiederum sowohl Voraussetzung als auch Folge der immer stärkeren Trennung von Politik und Ökonomie, von Partei und Gewerkschaftswar, die auch durch die Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation von einer im Anschluß an den Gothaer Gründungskongreß tagenden Konferenz der mittlerweile 12 konkurrierenden Zentralverbände der Gewerkschaften fortgesetzt wurde. Auf dieser Konferenz wurde in einem Beschluß die Haltung der Gewerkschaften zur Politik festgelegt <sup>2)</sup>:

Es ist die Pflicht des Gewerksgenossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik fernzuhalten, dagegen sich der 'Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands' anzuschließen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter zu einer menschenwürdigen zu machen vermag.

Damit wurden - wie schon an anderer Stelle ausgeführt - entscheidende Schritte zur Trennung beider Organisationen gelegt, deren Tragweite aber durch die aufgrund der Sozialistengesetze hervorgerufene Formierung der Arbeiterbewegung erst nach 1890 - also nach der Aufhebung der Verbote - voll sichtbar wurde.

Je mehr sich die sozialdemokratische Partei auf die Diskussion im Parlament verließ, je mehr sie ihrem un-

---

1) Siehe zur gesellschaftlichen Rolle der Religion, besonders im Formierungsprozeß von (Groß)Organisationen, N. Luhmann: Funktion der Religion, Frankfurt/M. 1977, im folgenden zitiert als: Religion, insbesondere Kapitel 1 (Die gesellschaftliche Funktion der Religion) und Kapitel 5 (Organisation).

2) Zitiert nach S. Nestriepke, a.a.O., S. 185.

bestimmten Fortschrittsglauben nachhing und - damit zusammenhängend - je höher die Schwelle der logischen Einordnung von betrieblichen und tarifvertraglichen Problemen und Entscheidungen in eine geschlossene Theorie war, desto mehr verließen die Gewerkschaften den politischen Rahmen, der notwendig gewesen wäre, ihre tagtägliche Arbeit in eben diesen sinnvollen (langfristigen) Zusammenhang zu stellen. Je mehr die Gewerkschaften - richtigerweise - versuchten, die ökonomische und soziale Lage der Arbeiter in kleinen und kleinsten Schritten zu verbessern <sup>1)</sup> - in Konsequenz dessen, was schon Heinrich Heine in seinen literarisch-politischen Versen 40 Jahre zuvor forderte <sup>2)</sup> - desto dringender hätte die Vertretung der unmittelbaren Interessen der industriellen Lohnarbeiter begleitet werden müssen von auch durch die Praxis konkretisierten Mit- und Selbstbestimmungsforderungen, ohne deren Erfüllung auch die Befriedigung der unmittelbaren Interessen der Arbeiter letztlich nicht möglich ist.

Stattdessen wurde schon sehr früh in Verkennung dieses Zusammenhangs (und unter dem Druck des Konkurrenz-

---

1) Schon Ende der 1860er Jahre wurde eine 'solide verwaltete Kassenwirtschaft' für Sozialleistungen und Arbeitskampfunterstützungen gefordert und eingerichtet, es begann die Etablierung der organisationseigenen Rechtshilfe und die Errichtung von 'Arbeitsnachweisen in den Händen der Arbeiter' (einschließlich sehr bemerkenswerter Bemühungen um detaillierte bildungs- und arbeitsmarktpolitische Unterlagen); vgl. U. Engelhardt, a.a.O., S. 395 f.

2) "Es wächst hiernieden Brot genug  
für alle Menschenkinder,  
auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,  
und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,  
sobald die Schoten platzen!  
Den Himmel überlassen wir  
den Engeln und den Spatzen."

(Aus: Heinrich Heine: Deutschland, ein Wintermärchen, 1844).

kampfes der beiden Organisationen Partei und Gewerkschaft) die Trennung von Partei und Gewerkschaft gefordert, ohne die Berührungspunkte in einem zueinanderpassenden Scharnier zusammenzufügen.

So forderte schon 1873 der Schriftsetzer Carl Hillmann, der in der Eisenacher Gewerkschaft organisiert war, die gewerkschaftliche Neutralität:

Die Menge derer ist auch noch groß, welche die gewerkschaftliche Bewegung als einen Schweif an der politischen angesehen wissen will, auch diese werden vor der Wucht unabänderlicher und schwerwiegender Tatsachen die Segel streichen müssen.

Es liegt klar auf der Hand, daß derjenige, welcher praktische Erfolge haben und erreichen will, auch mit allen tatsächlichen Verhältnissen und Zuständen rechnen muß, die sich der Ausführbarkeit praktischer Versuche zur Organisation der Arbeiterklasse entgegenstellen.

Es ist vorher schon bemerkt worden: Die bei weitem große Mehrzahl der Arbeiter hat keinen Sinn für politische Bestrebungen, d.h. dieselben interessieren sich nicht für Reichstag und Gesetzgebung, für Zoll-, Steuer-, Verkehrs-, Landes- und Fürstenfragen, für Republik oder Monarchie. Es ist auch schwer, dieselben aufzuschütteln.

Am besten sind dieselben zugänglich für Lohn-erhöhung, kurze Arbeitszeit, Reise- und Krankenunterstützung. Dieser durchaus rein praktische Sinn des Arbeiterstandes muß von denjenigen benutzt werden, welche erfahren und erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Organisation das natürlich und historisch gegebene Mittel ist, um der Arbeit allmählich zur Herrschaft zu verhelfen. Es ist eine Tatsache, daß diejenigen Gewerkschaften, wie z.B. die der Buchdrucker, Hutmacher und Goldarbeiter, deshalb so rasche Fortschritte machen, weil sie keiner politischen Parteirichtung angehören und allen politischen Hader grundsätzlich fernhalten, ohne jedem Mitgliede das Recht zu nehmen, außerhalb der Gewerkschaft sich rein politischen Parteien anzuschließen. ... Nach diesen Ausführungen soll nun bewiesen werden, daß es ein verhängnisvoller Irrtum ist, die Gewerkschaftsbewegung der rein politischen Parteibewegung unterzuordnen. ...

Leider ist auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht ganz frei von den Gewerkschafts- und Gewerkschaften negierenden und zerstörenden Elementen, und deshalb hielt ich es für meine Pflicht, die durch die tatsächlichen Verhältnisse gegebene

nen natürlich wachsenden Organisationen in ihrer Wichtigkeit klarzustellen, um dieselben vor frevelnder Hand und vor fanatisierten Dogmatikern zu bewahren 1).

Obwohl Hillmann auf dem Erfurter Gewerkschaftskongreß der Eisenacher von 1872 mit seinen Überlegungen auf Ablehnung stieß, markierte er doch eine Tendenz, die sich mit wachsender Größe der Gewerkschaften rasch ausbreitete 2).

---

1) C. Hillmann: Über die Selbständigkeit der Gewerkschaften (1873), in: August Brinkmann: Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, Erster Band, 2. Aufl., Hamburg 1909, S. 369-385, zitiert nach: U. Borsdorf u.a. (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Köln, Frankfurt/M., 1977, S. 32-36, S. 34 ff.

2) 1878 betrug die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften rund 56 000, während zum Beispiel die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im gleichen Jahr nur rund 16 000 Mitglieder umfaßten (zur Mitgliederentwicklung in den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden siehe U. Borsdorf u.a. (Hrsg.):, a.a.O., S.116). Vergleicht man diese Zahlen mit jenen in Industrie und Handwerk Arbeitenden, so kann daraus auch noch um 1880 der geringe Anteil der gewerkschaftlich organisierten an der Gesamtzahl der Arbeiter ermittelt werden, auch wenn die zahlenmäßige Bedeutung der Gewerkschaften nicht mit deren gesellschaftspolitischen Stellenwert gleichgesetzt werden kann. Selbst wenn man nur Bergbau und Salinen sowie Industrie und Handwerk betrachtet, so arbeiteten 1878 in beiden Zweigen rund 5 575 000 (vgl. W.G. Hoffmann, a.a.O., S. 205). Setzt man diese Zahl in Beziehung zu den gewerkschaftlich organisierten (Freie und Hirsch-Duncker: 72 000), so ergibt sich ein Organisationsgrad von rund 13 %. Dabei ist ein wesentlicher Bereich der potentiellen Rekrutierungsbasis, der rein zahlenmäßig größer war als die beiden oben genannten Zweige, nämlich die Landwirtschaft und die häuslichen Dienste, nicht berücksichtigt. + der

An diesem geringen Organisationsgrad und der Aussage, daß nur aktive Minderheiten organisiert waren, ändert sich im Prinzip auch wenig, wenn man die in den Vorformen der christlichen, vor allem katholischen Gewerkschaften Aktiven mit in die Betrachtung einbezieht. Im katholischen Raum hatten die vorerwähnten Ideen Kettlers einen starken Einfluß. Genannt seien hier die sich seit 1877 entwickelnde Sozialpolitik der Zentrumspartei und die christlich-soziale Bewegung. Letztere versuchte, eine Integration dieser Be-

Es fand durch die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf bzw. Aufgabenbereich eine tendenzielle Entpolitisierung der Arbeiterbewegung statt,

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 652:

wegung in die Zentrumspartei zu verhindern, was jedoch lange Zeit nicht in dem erwünschten Maße gelang. Der Kulturkampf (1871 - 1887) konzentrierte alle Kräfte der katholischen Vereine auf kirchliche und religiöse Probleme. Erst die Gründung des Verbands 'Arbeiterwohl' 1880 durch katholische Industrielle, der untrennbar mit den Namen Franz Brandts und Franz Hitze verbunden war, belebte die Diskussion um die soziale Frage aufs neue. So wurden seit 1884 - auch angeregt durch die Enzyklika des Papstes Leo XIII ('Humani generis') - in Deutschland neben den katholischen Gesellenvereinen auch katholische Arbeitervereine (die immer unter geistlicher Leitung standen) gegründet. 1889 bestanden schon 280 dergleichen Vereine mit 60 bis 65 000 Mitgliedern (vgl. H. Grebing, a.a.O., S. 83).

Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war 1890 die Gründung des 'Volksvereins für das katholische Deutschland' in Mönchen-Gladbach, der Schulungen abhielt und publizistisches Material zur Verfügung stellte (zum Volksverein siehe E. Ritter: Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands und der Volksverein, Köln, 1954).

Dabei ging der entscheidende Impuls zur in den 1890er Jahren vollzogenen Gründung von christlichen Gewerkschaften vom Ruhrgebiet aus. Hier waren schon in den 1870er Jahren mehrere - vergebliche - Versuche unternommen worden, die katholischen Bergarbeiter in einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenzufassen (vgl. dazu K. Tenfelde: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 487-501). Die katholischen Arbeiter fühlten sich dabei von den antiklerikalen Äußerungen der Sozialdemokraten abgestoßen, die ihrerseits wiederum den 'versöhnlichen' Ansatz der christlich-sozialen Bewegung bemängelten.

Parallel dazu waren es aber nicht nur die Versuche der SDAP, Gewerkschaftsgründungen unter ihre Kontrolle zu bringen, sondern auch das Zentrum behinderte seinerseits katholische Arbeiter bei der Gründung überparteilicher Organisationen.

Auf evangelischer Seite versuchte vor allem der Hofprediger Wilhelms I., Adolf Stöcker, mit der Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zu errichten, um den Weg zu notwendigen praktischen Reformen auf 'dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland' zu ebnen (siehe die einleitenden Sätze des Parteiprogramms vom Januar 1878, in: H. Grebing, a.a.O., S. 84). Stöcker erlitt allerdings



eine Entpolitisierung, die weniger die aktive Minderheit, die die Trennung aus einem politischen Selbstverständnis heraus betrieb, erfaßte, als vielmehr die mehrheitlich passiven Gewerkschaftsmitglieder und vor allem die große Zahl derjenigen industriellen Lohnarbeiter, die sich an den Gewerkschaften ganz allgemein orientierten, aber (noch) nicht organisiert waren. Eine solche Verengung des allgemeinen Handlungsrahmens der Gewerkschaften mußte zwangsläufig auch einen erheblichen Einfluß auf das politische Selbstverständnis der Gewerkschaftsmitglieder und derjenigen, die ihr Weltbild an ihnen auszurichten begannen, haben.

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 653:

bei den Reichstagswahlen im Juli 1878 eine vernichtende Niederlage. In ganz Berlin erhielt seine Partei nur 1 421 Stimmen, während die Sozialdemokraten 56 000 Stimmen erhielten (vgl. H. Grebing, a.a.O., S. 86).

Daneben gab es seit 1882 noch 'Evangelische Arbeitervereine', die von der Geistlichkeit patriarchalisch geleitet wurden mit dem Ziel der 'Pflege des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern', die auch als Sammelbecken für kirchlich gesinnte protestantische Arbeiter und Handwerker in Abwehr des katholischen und sozialdemokratischen Einflusses gedacht waren. Sie gaben sich 1890 mit Unterstützung Stöckers eine feste Organisation, die rund 40 000 Mitglieder umfaßte, die aber keineswegs die entscheidenden Anstöße für eine evangelische christliche Soziallehre gab, diese Anstöße kamen später vor allem aus den Kreisen um Friedrich Naumann (vgl. H. Grebing, a.a.O., S. 86). An Adolf Stöckers Parteiprogramm hatte Adolph Wagner, einer der führenden Kathedersozialisten, maßgeblichen Anteil. Die Kathedersozialisten hatten schon 1872 den Verein für Sozialpolitik gegründet und waren eine Gruppe von Nationalökonomern, die sich für soziale Reformen im Rahmen des bestehenden Staates einsetzten. Vertreter dieses Vereins waren unter anderem Adolph Wagner, Gustav Schmoller, Lujo Brentano. Viele Forderungen des Vereins für Sozialpolitik wurden in der staatlichen Sozialgesetzgebung nach 1880 verwirklicht. Der Verein selbst wurde allerdings nach und nach zu einem Forum wissenschaftlichen Meinungsaustausches, in dem nach der Jahrhundertwende auch Max und Alfred Weber mitarbeiteten.

2.2.3.2.6. Die Sozialistengesetze als repressive  
Maßnahmen des halbfeudalen antibürger-  
lichen Staates gegen alle Arbeiter-  
koalitionen

Eine weitere Reduzierung des politischen Selbstverständnisses mit weitreichenden Folgen brachten auch die Sozialistengesetze <sup>1)</sup>. Die Verbotsmaßnahmen richteten sich zunächst nur gegen die Sozialdemokratie und hier offiziell nur gegen die Partei, sie waren aber als allgemeine Warnung an Koalitionen mit staatsfeindlichem und emanzipatorischem Charakter, also auch zum Teil gegen die christlich-soziale Bewegung, gerichtet (obwohl die christlichen Arbeitervereinigungen rein organisatorisch von den Verboten unbehelligt blieben). Grundlage war die Erkenntnis der offensichtlichen Nicht-Integrationsmöglichkeit vor allem der Sozialdemokratie in den bestehenden Bismarckschen Staat, der seinerseits wiederum aufgrund seiner Traditionen und seines Selbstverständnisses unfähig war, angemessen auf die mit der Industrialisierung verbundenen Probleme zu reagieren. Bei diesen Verbotsmaßnahmen ging die Staatsführung von der durchaus zutreffenden Beurteilung aus, daß sich die Sozialdemokratie angesichts der vorhandenen sozialen Sprengkraft nicht nur auf ohnehin schon aktive Mitglieder beschränken würde, sondern die weitesten Bereiche der lohnabhängig Beschäftigten nicht nur in

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 654:  
Zu dem Verein für Sozialpolitik sei noch soviel gesagt, daß er in einem offenen Gegensatz zu der den kaiserlichen Staat ablehnenden Sozialdemokratie stand und unter anderem versuchte, mittels der Durchsetzung seiner sozialreformerischen Ideen die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen und mit dem Staat zu versöhnen (vgl. dazu auch H. Grebing, a.a.O., S. 85).

1) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, vom 21. 10. 1878, in: Reichsgesetzblatt 1878, Nr. 34, S. 351 ff.

der Industrie, sondern auch in der (kraut)junkerlichen Domäne, in der Landwirtschaft, für interessengebundene Handlungen gewinnen könnte. Dementsprechend richteten sich die Verbotsmaßnahmen in ihrer Intention und vor allem auch hinsichtlich ihrer praktischen Durchführung auch mehr und mehr gegen gewerkschaftliche Vereinigungen, dabei durchaus nicht immer christliche Vereinigungen aussparend (zumal quer zu dieser Entwicklung der Kulturkampf entbrannt war, der zusätzliche Handhabe gegen unliebsame katholische Arbeitervereine bot).

Ein Beispiel für diese allgemeine Repression mag der Streikerlaß des preußischen Ministers von Puttkammer vom 14.4.1886 sein, der auf die Streiks der Hannoveraner und Berliner Tischler von 1884 und der Berliner Bauhandwerker von 1883 reagierte, die auf zunehmende gewerkschaftspolitische Aktivitäten zurückzuführen waren. Man muß diesen Streikerlaß schon in seinen wichtigen Teilen gelesen haben, um zu verstehen, wie schwer es selbst der gewitzten, nicht um Formulierungen verlegenden, sich stets hinter Anordnungen versteckenden und eigene Verantwortlichkeiten auf andere 'Zuständigkeiten' schiebenden preußischen Ministerialbürokratie - zumal Juristen - fiel, entsprechende Streiks mit Hilfe der Bestimmungen des Sozialistengesetzes zu verbieten <sup>1)</sup>. Ständig zwischen beiden Polen hin- und her-

---

1) Auszug aus dem Streikerlaß des preußischen Ministers von Puttkammer vom 14.4.1886, in: Th. Blanke u.a. (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 73-75:

"In der Mitte zwischen den nach den Strafgesetzen zu ahndenden Delikten und der erlaubten Ausübung des Koalitionsrechts liegen nach den seither gemachten Erfahrungen Ausschreitungen, welche, ohne gerade mit Nothwendigkeit unter den Begriff von Strafthaten zu fallen, doch den Charakter der widerrechtlichen Gewaltsamkeit in dem Grade an sich tragen, daß die Polizei vollen Anlaß und Beruf hat, sich ihnen auf Anrufen der durch sie Beschädigten thatkräftig entgegenzustellen. Namentlich kommen in dieser Beziehung in Betracht die bei Arbeitseinstellungen auf Seite der Arbeiter häufig hervortretenden Bestrebungen, den Arbeitgebern die

schwankend, einerseits den Intentionen des Gesetzes vollauf Genüge zu leisten, aber andererseits die Unmöglichkeit einsehend, alle - auch die geringsten -

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 656:

Aufnahme und Durchhaltung des Kampfes dadurch unmöglich zu machen, daß durch alle Mittel der Überredung, Verführung und unter Umständen sogar der Einschüchterung versucht wird, solche einheimischen Arbeiter, welche als Ersatz für die durch die Arbeitseinstellung entstandenen Lücken einzutreten bereit sind, oder solche, die aus anderen Orten herangezogen werden, von der Erfüllung ihrer freiwillig eingegangenen vertragsmäßigen Verpflichtungen abzuhalten. Es ist beobachtet worden, daß auf den Bahnhöfen beim Eintreffen der fremde Arbeiter herbeiführenden Eisenbahnzüge derartige Agitationen im größten Umfang betrieben werden, wobei nicht selten mit einer zur Belästigung und Beunruhigung der Zuziehenden gereichenden Zudringlichkeit verfahren wird. Ebenso findet in vielen Fällen eine Belästigung und Verhöhnung des bei der Arbeit verbliebenen Theiles der Arbeiter durch die Feiernden auf den Arbeitsstellen oder in deren Nähe statt. Die Polizei hat das Recht und die Pflicht, bei den geschilderten und ähnlichen Ausschreitungen dem betroffenen Theil Schutz und Beistand zu gewähren. Sie wird nicht über ihre gesetzliche Befugnis hinausgreifen, wenn sie in solchen Fällen den Feiernden das Betreten der betreffenden Örtlichkeit untersagt, beziehentlich im Weigerungsfalle sie unter Anwendung von Zwang aus derselben und auch aus deren nächster Nähe entfernt.

Ungleich verhängnisvoller als die rein wirthschaftlichen Wirkungen der Arbeitseinstellungen können aber unter Umständen ihre politischen Folgen sein, wenn die sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ausgehende Agitation sich ihrer bemächtigt. Den Führern dieser revolutionären Bewegung pflegt der Lohnkampf nicht Mittel zur Erreichung eines bestimmten, an und für sich legitimen Erfolges, z.B. einer Lohnerhöhung oder einer Verkürzung der Arbeitszeit, zu sein, sondern er ist ihnen Selbstzweck, insofern es ihnen lediglich darauf ankommt, die nach ihren falschen Theoremen mit Naturnothwendigkeit aus der heutigen Form des Arbeitsverhältnisses sich ergebende Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer unüberbrückbaren zu erweitern, in den Letzteren den Haß gegen die Gesamtheit unserer politischen und gesellschaftlichen Zustände anzufachen und zu unterhalten und so die Gemüther der ihren Verführungskünsten anheimgefallenen Arbeitermassen allmählig auf einen gewaltsamen Losbruch vorzubereiten. ... Insbesondere wird nach Befinden der Umstände in den-

Artikulationen (oder überhaupt die industriellen Lohnarbeiter insgesamt!) wirksam zu verbieten, erscheint dieser Streikerlaß als eine bezeichnende Legitimation des eigenen, sich stets auf Gesetze berufenden staatlichen Handelns.

Wie weit die Repression ging, mag ein Urteil des Reichsgerichts in Strafsachen vom 10.11.1887 (Einschränkung des Koalitionsrechts) zeigen, in dem ein Vorstandsmitglied des 'Fachvereins der Tischler' in Altona wegen gewerkschaftlicher Tätigkeiten verurteilt wurde (beziehungsweise seine Revision gegen ein entsprechendes Urteil auf der niedrigeren Instanz verworfen wurde) <sup>1)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 657:

jenen Bezirken, innerhalb deren die im § 28 des oben angeführten Gesetzes vorgesehenen außerordentlichen Maßregeln (kleiner Belagerungszustand mit Ausweisungsbefugniß) in Wirksamkeit gesetzt sind, von letzteren auch gegen Führer von Streikbewegungen Gebrauch zu machen sein, sobald die Behörde die begründete Überzeugung gewinnt, daß von diesen Personen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist.

Unberührt durch die gegenwärtige Verfügung bleibt natürlich das Recht und die Pflicht des Verwaltungschefs des betreffenden Bezirks, im Falle eines durch Arbeitseinstellungen veranlaßten Aufruhrs sofort bei dem obersten Militärbefehlshaber die Erklärung des Belagerungszustandes in Gemäßheit des Gesetzes vom 4. Juni 1851 (G.-S.S.451) zu beantragen."

1) Auszüge eines Urteils des Reichsgerichts in Strafsachen vom 10.11.1887 (Einschränkung der Koalitionsfreiheit), in: Th. Blanke u.a. (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 75-77:

"Haltlos erscheint demgegenüber die Aufstellung der Revisionsschrift, das Gesetz sei um deshalb unrichtig angewendet, weil die §§ 8.16 des preußischen Vereinsgesetzes durch § 152 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 aufgehoben seien. Die letzterwähnte Bestimmung beseitigt 'alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende etc. wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen'. Damit sollten die bis dahin in Preußen (§ 182. 183 der preußischen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 (preuß. G.S.S.41) und anderen deutschen Bundesstaaten in Geltung gewesenen Beschrän-



Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 658:

kungen der gewerblichen Koalitionsfreiheit getroffen werden, welche es den gewerblichen Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeitern untersagten, durch Verabredungen über Arbeitseinstellung und dergleichen ihre Arbeitgeber zur Gewährung von Zugeständnissen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Als in Versammlungen des vom Angeklagten geleiteten Fachvereins erörterte 'politische Gegenstände' führt das angefochtene Urteil auf: 'eine Petition an den Reichstag mit Anträgen auf Regelung und Beschränkung der Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit, Beseitigung der industriellen Gefängnisarbeit, Einsetzung einer besonderen Aufsichtsbehörde; ferner Aufforderungen zur Beteiligung an öffentlichen Versammlungen zwecks Beratung über die sog. Ackermann'schen Anträge im deutschen Reichstage, betreffend den Befähigungsnachweis zum Gewerbebetriebe, über die Frage, wie verhalten wir uns zu der Petition an den deutschen Reichstag in betreff des § 152 R.Gew.O.?'

Schon diese Gegenüberstellung beweist, wie wenig Zusammenhang zwischen den hier zur Anwendung gebrachten Vorschriften des preußischen Vereinsgesetzes und dem § 152 Gew.O. besteht. Unter 'politischen Gegenständen' wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Unterthanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zu einander in sich begreifen. Der § 152 Gew. O. hat es absolut nicht mit irgendwelchen Gegenständen allgemein politischer Natur, sondern ausschließlich mit den konkreten Arbeitsverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, mit den unmittelbar durch diese Verträge geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen und mit dem Gegensatz und Kampfe der sozialökonomischen Interessen unmittelbar um diese Bedingungen zu thun. Dem Altonaer Fachvereine der Tischler stand es hiernach vollkommen frei, sowohl selbständig durch Arbeitseinstellungen und sonstige erlaubte Pressionsmittel unmittelbar auf Verbesserung der Löhne im Tischlergewerbe so hinzuwirken, als auch zu gleichen konkreten wirtschaftlichen Zwecken sich mit anderen Vereinen zu verbinden.

Daß aber der deutsche Reichstag nicht ein Organ dafür ist, den Altonaer Tischlern günstigere Arbeitsbedingungen bestimmter Art von ihren Arbeitgebern zu erwirken, liegt auf der Hand. Dem Beschwerdeführer scheint der Gedanke vorzuschweben, daß alles, was politisch oder wirtschaftlich irgendwie in inneren Zusammenhang gebracht werden kann mit der sozialen Lage der lohnarbeitenden Klassen, alles, was in Gesetzgebung, Verfassung und Verwaltung darauf abzielt, die materiell wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiterstandes, insbesondere die Lohnverhältnisse desselben aufzubessern, also beispielsweise die gesamte neuere sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands (Kranken-, Unfallversicherung, Invalidenversorgung), und was sich an sonsti-

Das Reichsgericht hielt es noch nicht einmal für notwendig, das Sozialistengesetz als Hauptgrund für die Verwerfung der Revision zu benennen. Die Trennung zwischen 'gewerblichen Koalitionen' und 'politischen Vereinen' wurde zu einer Strangulierung von Gewerkschaften:

Sobald irgendwelche gewerblichen Koalitionen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen das Gebiet des gewerblichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie hinübergreifen in das staatliche Gebiet, hören sie auf, gewerbliche Koalitionen zu sein, und wandeln sich in politische Vereine um, die als solche den Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts unterliegen, dieses galt beispielsweise für 'die gesamte neuere sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands'.

Hauptsächlich waren damit die freien Gewerkschaften betroffen, jedoch auch die christlichen Arbeitervereine, die begannen, sozialpolitische Forderungen an den Staat zu stellen. So wurden im Laufe der Geltungsdauer der Sozialistengesetze 17 gewerkschaftliche Verbände, 39 Lokalvereine und drei Zentralkrankenkassen sowie 20 lokale Unterstützungskassen verboten, oder sie lösten sich von allein auf.

Wie stark die Repression war, zeigen aber nicht nur die allgemeinen Daten über verbotene Vereine, ausgewiesene Sozialdemokraten und solche, die für ihre Überzeugung ins Gefängnis und Zuchthaus gehen mußten,

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 659:

gen Forderungen daran anknüpft (erweiterter Arbeitsschutz, Normalarbeitstag etc.), vom § 152 Gew. O. betroffen wird. Das Verfehlte dieses Gedankens liegt auf der Hand. Sobald irgend welche gewerblichen Koalitionen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen das Gebiet des gewerblichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie hinübergreifen in das staatliche Gebiet, sobald sie die Organe und die Tätigkeit des Staates für sich in Anspruch nehmen, hören sie auf, gewerbliche Koalitionen zu sein, und wandeln sich in politische Vereine um, die als solche den Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes unterliegen. Nicht lediglich die allgemeine Tendenz und das letzte Ziel, sondern zugleich Form und Mittel der Vereinsbestrebungen entscheiden darüber, ob sie politischen Charakter an sich tragen."

sondern vor allem auch die Schilderungen der von den Verbotsmaßnahmen betroffenen Sozialdemokraten. Dabei wird gleichzeitig der Erfindungsreichtum und die Zähigkeit dieser Menschen, die Verbote zu umgehen, deutlich, die durchweg in ihren Schilderungen die Zeit der Sozialistengesetze als das 'heroische Zeitalter' der Sozialdemokratie bezeichneten <sup>1)</sup> und damit einer Legendenbildung, die die Unbesiegbarkeit der Sozialdemokratie und den Glauben an eine nahezu automatische Veränderung der Gesellschaft zum Inhalt hatte und in ihrer geschichtlichen Weiterentwicklung (4. August 1914 und 1. Mai 1933) fatale Folgen haben sollte, entsprechende Nahrung gaben.

Auf der anderen Seite jedoch bewirkten die Sozialistengesetze, daß sehr vielen industriellen Lohnarbeitern die subjektive Verarbeitung ihrer eigenen Situation und Position als unterschiedlich zu anderen sozialen Gruppen dadurch erleichtert wurde, daß nun von Staats wegen durch die Verbotsmaßnahmen die gesellschaftlichen Konturen und Unterschiede klarer herausgearbeitet wurden.

---

1) Als (lesenswerte) Beispiele für viele Schilderungen seien hier genannt:

- Joseph Belli: Die Rote Feldpost (1878/79), in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 247-250: Belli schilderte den Aufbau des Schmuggeldienstes und illegalen Verteilernetzes der Parteizeitung 'Sozialdemokrat' von der Schweizer Grenze aus - genannt die 'Rote Feldpost';
- Julius Bruhns: Kleiner Belagerungszustand und Ausweisung (1878-1881), in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 250-253. In Bruhns Schilderung wird besonders drastisch die schlechte materielle Lage derjenigen, die von den Repressionsmaßnahmen direkt betroffen werden, dargelegt. Bruhns selbst schreibt: "Das war beiläufig der beste Beweis, daß es den Machthabern nicht nur darauf ankam, 'sozialistische' bzw. 'Umsturzbewegungen' durch das neue Gesetz zu treffen, sondern daß man unbedingt eine materielle Schädigung, ja, die wirtschaftliche Vernichtung der Personen wollte, die an der Bewegung beteiligt waren".

Die Arbeiterbewegung konnte damit sehr viel stärker eine allgemeine Interpretation des industriellen Kapitalismus mit Erfolg geben, als eine dezidierte, in sich logisch aufgebaute Theorie dies tun konnte. Typischer Ausdruck für die Funktion der Arbeiterbewegung als vereinfachendes Schema zur Interpretation eines komplexen Zusammenhangs ist die 'Rote Fahne', (die von den Lassalleanern übernommen worden war), und die mehr und mehr auch für Nicht-Gewerkschaftsmitglieder als Symbol für den Sozialismus als anzustrebendes Ziel der Arbeiterbewegung galt. Entsprechend wurde während der Sozialistengesetze ein erheblicher Aufwand getrieben, um die 'Rote Fahne', die Interpretation und Hoffnung zugleich auf sich vereinigte, vor den Häschern der Bismarckschen Polizei zu retten <sup>1)</sup>.

In diesen unterschiedlichen Auswirkungen der Sozialistengesetze - einerseits in einer allgemeinen Orientierung der Arbeiter an der nun durch die Verbotsmaßnahmen erst recht bekanntgewordenen Arbeiterbewegung, andererseits aber auch in einer Überschätzung der Kraft der Arbeiterbewegung und in dem Glauben an einen geradezu 'automatisch' verlaufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozeß - liegt deren Bedeutung für das sich entwickelnde politische Selbstbewußtsein der Arbeiter, ihrer Interpretation der gesellschaftlichen Zustände und der Einschätzung ihrer Einwirkungsmöglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Interessen.

---

1) So die folgenden Erlebnisberichte:

- Karl Franz Egon Frohme: Im Kampf gegen politische Polizei und Justiz (1880-1891), in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 255 - 258;
- Adolph Hoffmann: Der Kampf um die Rote Fahne (1878-1890), in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 259-261;
- Wilhelm Bock: Aus dem Heldenzeitalter der Sozialdemokratie (1878-1890), in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 261 - 263.

Gerade auch die durch die Verbotsmaßnahmen erzwungene Verlagerung der Diskussion auf die parlamentarische Ebene blieb nicht ohne Einfluß auf die politische Handlungskompetenz der Arbeiterbewegung insgesamt.

#### 2.2.3.2.7. Die Verlagerung der Diskussionen der Arbeiterbewegung auf die parlamentarische Ebene auch als Folge der Sozialistengesetze

Die Ausnahmegesetze (1878 - 1890) als Ausdruck der Allianz zwischen Staatsführung, Bürokratie, Junkertum, Militär und Schwerindustrie sollten vor allem die Sozialdemokratie organisatorisch vernichten, doch schlug dieser Versuch fehl. Es ist allerdings zu fragen, ob die Sozialdemokratie aus den Verfolgungen gestärkt hervorging, wie dies vielerorts behauptet wird<sup>1)</sup>.

Selbst wenn man zum Beispiel Wahlerfolge und Mitgliederzuwachs als alleinige Maßstäbe für eine solche Stärkung nimmt<sup>2)</sup>, kann dies nur mit vielen Einschränkungen gesagt werden. Denn die Sozialdemokratie erhob immer den Anspruch auf Vertretung aller industriellen Lohnarbeiter und ganz allgemein sozial Schwächeren. Vergleicht man nun den Anspruch mit den - ganz sicher in der als Umbruchperiode zu bezeichnenden Phase von 1850 bzw. 1870 (Reichstagswahlen) bis 1890 als imposant zu bezeichnenden - Steigerungsraten bei den Wahlen und darüberhinaus auch der (Gewerkschafts)Mitglieder, so bleibt dennoch festzuhalten, daß die Sozialdemokratie immer noch eine aktive Minderheit um sich scharen konnte (was natürlich seine oben diskutierten Gründe hatte).

---

1) So als Beispiel für viele: DGB (Hrsg.): Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S.22. Allerdings ist hier zu fragen, was unter 'Stärkung' von anderen Autoren verstanden wird.



Interessanter ist aber die Frage, ob die Sozialistengesetze - wenn schon nicht die (beabsichtigte) organisatorische Vernichtung - nicht doch eine (eher unbeabsichtigte) Veränderung der Sozialdemokratie oder zumindest eine Verstärkung der schon vorher vorhandenen Tendenzen zum Legalismus bewirkten, die langfristig eine Institutionalisierung der Klassegegensätze in Form der Kanalisierung der sich aus dem Klassegegensatz ergebenden Konflikte bedeutete <sup>1)</sup>, was letztlich die akute Bedrohung für den moralisch-autoritären, liberale Zukunfts- und feudale Vergangenheitperspektiven integrierenden preußisch-deutschen Staat erheblich minderte.

Dabei ist zu bedenken, daß außer der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten alle anderen Organisationen und Einrichtungen der Partei verboten waren, so daß die Reichstagsfraktion, und hier vor allem deren Vorstand, das eigentliche Machtzentrum bildeten, d.h. also, daß der Staat und Teile des Bürgertums die Arbeiterbewegung mit Macht zu solchen Verhaltensweisen drängten, die allgemein üblich als legalistisch bezeichnet werden.

Die Konzentration der Überlegungen und der Arbeit auf den Parlamentarismus erzeugte ein Politikverständnis,

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 663:

2) So wurde die Sozialistische Arbeiterpartei bei den Reichstagswahlen 1890 zur stärksten Wählerpartei (1,4 Mio Stimmen, vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), a.a.O., S. 136, sowie G. Hohorst, J. Kocka, G.A. Ritter, a.a.O., S. 173 f.. Die freien Gewerkschaften erreichten 1890 eine Mitgliederzahl von 294 551 (vgl. U. Borsdorf u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 116), während die Mitgliederzahl in der Partei aufgrund der Ausnahmegesetze nur langsam wuchs.

1) Diese Veränderung würde auch die These entkräften, daß die Sozialistengesetze der Sozialdemokratie den 'Durchbruch zum Marxismus', was auch immer darunter zu verstehen sein mag, ermöglicht hätten.

das die Wahlen und die Fixierung auf entsprechende Erfolge (auch mangels anderer sichtbarer Erfolge während der Dauer der Sozialistengesetze) in den Mittelpunkt allen Denkens und Handelns stellte.

Rosa Luxemburg beschrieb in ihrer letzten Publikation vor dem Tode in einer Art Rückschau die Entwicklung der Fixierung auf den Parlamentarismus <sup>1)</sup>:

Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische 'Siege', wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen geschichtlichen Probe am 4. August 1914 eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielsloser Bankrott <sup>2)</sup>.

---

1) R. Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin (14. 1. 1919), in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin (Ost), 1974, S. 533 - 538, im folgenden zitiert als: Ordnung, S. 537.

2) Friedrich Engels hatte 1895 auf Druck der Reichstagsfraktion, die in Abwehr der 'linken Tendenzen' stand, in seiner Vorrede zu den 'Klassenkämpfen in Frankreich' von Marx die sehr starke Betonung des Parlamentarismus dadurch legitimiert, daß er als einer der beiden großen Lehrmeister der Partei zum Kronzeugen für die spezifische Politik der Reichstagsfraktion gemacht wurde:

"Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelst deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbe-gerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion" (in: MEW 22, Berlin (Ost), 1972, S. 517. Damit konnte die Reichstagsfraktion geschickt die unbestrittene Autorität von Engels (auf den nach Marxens Tod das Alleinvertretungsrecht der 'Reinen Theorie' übergegangen war) für die eigene Politik reklamieren.

Damit kritisierte Rosa Luxemburg den Parlamentarismus der deutschen Sozialdemokratie, die fast ausschließlich auf dem Wege der Wahlerfolge und des Mitgliederzuwachses eine immer stärkere und nicht mehr zu schlagende Macht werden wollte.

Luxemburg sah dabei auch, daß damit wesentliche Teile der industriellen Lohnarbeiter und auch wichtige Bereiche von Verhaltensweisen und Handlungen aller Arbeiter - nämlich jene, die die Fähigkeit zur Weiterentwicklung des Individuums mit eigener Phantasie und direkter und unmittelbarer Kommunikation umfassen - ausgegrenzt wurden. Damit beschnitten sich die Organisationen der Arbeiterbewegung, die ja immerhin das Verdienst für sich in Anspruch nehmen konnten, Orientierungen für die Arbeiter zu leisten in einer Zeit, in der die (vorindustriell) geprägte Alltagsmoral nicht mehr genügte, komplexe Situationen zu bewältigen, selbst entscheidende Möglichkeiten und Hilfen, ihr Fernziel - den Sozialismus - zu erreichen.

Obwohl hier als Kritik die Idealisierung der Massen, des proletarischen Kampfes durch Rosa Luxemburg ansetzen könnte, bleibt ihr Hinweis auf den eigentlichen Kern der Arbeiterbewegung - die Arbeiter als Subjekte - entscheidend in der Kritik des Nur-Parlamentarismus der Reichstagsfraktion, dabei durchaus nicht naiv übersehend, daß sich jede Aktion auch bestimmter Organisationsformen bedienen muß, um überhaupt ein Minimum an Chancen zur Verwirklichung der gesteckten Ziele zu haben.

Auf der anderen Seite jedoch scheint Rosa Luxemburg zwei Dinge unzulässigerweise miteinander zu vermischen: Zum einen die parlamentarisch-demokratische Staatsform an sich, die auch den industriellen Lohnarbeitern erhebliche individuelle und gesellschaftliche Kommunikations- und Artikulationsmöglichkeiten bietet, und zum andern die tatsächliche Beschränkung der Sozialdemokra-

tie auf eben diese Ebene, die zwar zu lauter 'parlamentarischen Siegen' geführt hat, an deren Ende jedoch das Unvermögen (oder die Unmöglichkeit?) der Arbeiterbewegung stand, den Kriegsbeginn 1914 zu verhindern.

Neben dem Vorteil der 'Herrschaft des Gesetzes' vor allem im Vergleich zum Feudalismus bot eine Parlamentarisierung der Staatsform (die es ja im halbfeudalen preußisch-deutschen Staat erst in Ansätzen gab) auch die Möglichkeit, die Unzulänglichkeiten der Gesellschaft öffentlich zu machen und entsprechende Aufklärungs- und Lernprozesse in Gang zu setzen; dies mit der Absicht, sowohl die Individuen als auch die sich formierende Arbeiterbewegung insgesamt mit einer sowohl umfassenden als auch sehr konkret zu erreichenden Zielsetzung auszustatten.

Was Rosa Luxemburg vor allem und zu Recht kritisierte, war das Steckenbleiben der Sozialdemokratie im Denken der fast ausschließlich von der zentralen parlamentarischen Ebene vorgegebenen Handlungs- und Entscheidungsstrukturen.

Mit der sehr starken Verlagerung der Diskussion auf die parlamentarische Ebene - als deren eine sichtbare Folge im übrigen die organisatorische Aufspaltung der alten Bezirke der SPD nach der Einteilung der Reichstagswahlkreise gelten kann, die wiederum diese Verlagerung förderte - wurde auch ein spezifisches Verständnis vom Staat entwickelt, das dann davon ausging, daß mit der Besetzung dieses preußisch-deutschen Staates durch die entsprechende Parlamentsmehrheit auch grundsätzliche Positionen zu ändern seien. Diese in den entscheidenden Gremien der Partei wachsende Auffassung wurde in erheblichem Maße durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung gefördert, die den Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Sozialpolitik bildete und damit die entscheidende Orientierung dieser spezifisch sozialdemokratischen (Kern)Politik bildete.

Das damit verbundene Politikverständnis verstärkte nachhaltig die schon vorher angelegte Trennung von Politik und Ökonomie, deren eine Folge nach der Aufhebung der Sozialistengesetze schwere Konkurrenzkämpfe zwischen Partei und Gewerkschaft waren.

Die Repressionserfahrungen mit dem Sozialistengesetz (Provokationen mußten unbedingt vermieden werden, um irgendwie politisch und wirtschaftlich zu überleben), der Zwang zur legalen parlamentarischen Arbeit und zur Erhaltung des Parteiapparates <sup>1)</sup> förderten legalistische Tendenzen, gepaart mit einer sich immer stärker herausbildenden Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf die Reichstagsfraktion.

Daraus ergab sich die auch notwendigerweise an die parlamentarischen Regeln angepaßte Politik der Fraktion und auch der Partei, der jedoch radikale Aussagen gegenüberstehen mußten, um integrierend zu wirken

---

1) Schon hier stellte sich das Problem der Parteibürokratie (hier noch auf die parlamentarischen Gremien beschränkt), die in einem Umfang an der innerparteilichen Willensbildung beteiligt war, der weder von der Zahl der Parteibeamten noch aufgrund ihrer ursprünglichen Funktion gerechtfertigt und schon gar nicht durch den politischen Anspruch der Sozialdemokratie legitimiert war. Diese Entwicklung, die zugleich vom Problem des Informationsmonopols dieser Beamten begleitet wird, verstärkte sich nach 1890; als erster aus der Sozialdemokratie hatte 1910 Robert Michels auf die Gefahren der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie hingewiesen (Zur Soziologie des Parteiwesens (1910), 2. Aufl., Stuttgart 1957, im folgenden zitiert als: Parteiwesen), dabei jedoch in verhängnisvoller Weise die Rolle der Bürokratie überschätzt und damit den 'einfachen' Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie eine radikalere Position zugeschoben, die sie in der Praxis nicht hatten. Orthodoxe und dogmatische Interpreten bauten mit ihren verratsthesen darauf in unzulässiger Weise auf und konstruierten damit nicht nur Vorwürfe gegen die Führer der Sozialdemokratie, die in ihrer Totalität und Schlichtheit unzutreffend waren (dabei geschickt immer mit einem Teil der Wahrheit ihre eigenen Interessen verbrämend), sondern die darüberhinaus besonders nach 1918 und vor 1933 in verhängnisvoller Weise nachwirkten.



und die eigene (Parlaments)Arbeit nach unten zu legitimieren <sup>1)</sup>.

Brandis spricht in diesem Zusammenhang von der doppelten Funktion der Sozialdemokratie <sup>2)</sup>, die darin bestand, daß sie sich einerseits als Partei der Proletarier darstellen mußte und andererseits die Aufgabe erfüllte, eine oppositionelle Volkspartei zu sein. Selbst innerhalb der Reichstagsfraktion gab es diese Aufgabenteilung: Die linke Minderheit agierte "verbalradikal" (und betrieb daneben reformistische Politik), während die reformistische Mehrheit sich zum Teil den radikalen Tönen beugte (so in der Abstimmung um die Postdampfersubventionen im Reichstag <sup>3)</sup>), aber dennoch inhaltlich die praktische Politik der Fraktion und damit auch der Partei bestimmte.

Dieter Groh hat treffend diesen sich widersprechenden Dualismus beschrieben:

Bereits die heterogenen Theoreme, die in den 70er und 80er Jahren als Elemente der vorkautskyanischen Ideologie rezipiert wurden, entsprachen alle ein und demselben Muster: Sie fixierten die formale Struktur der Ideologie auf den Gegensatz von revolutionärer Theorie und radikaler Agitation einerseits, praktischer Reformarbeit und parlamentarischer Mitarbeit andererseits, auf den viel-

---

1) So fand zwischen 1883 und 1887 in der sozialdemokratischen Parteiführung und Reichstagsfraktion ein heftiger Kampf zwischen den sogenannten Marxisten um Bebel und andere und einer Gruppe statt, die in den Bismarckschen Sozialgesetzen den Beginn eines Staatssozialismus sah und daraus folgerte, daß jede 'revolutionäre' Politik nunmehr überflüssig und störend sei. Der Staat würde nun die Voraussetzungen für die Umgestaltung der Gesellschaft auf evolutionärem Wege schaffen, die Partei bräuchte diese Entwicklung nur noch abzuwarten. Zeitweise hatte diese Gruppe sogar die Mehrheit in der Reichstagsfraktion (vgl. M. Rodenstein, a.a.O., S. 145). Letztlich sprach diese Gruppe nur das offen aus und forderte eine entsprechende programmatische Änderung, was die politische Praxis der Partei tatsächlich bestimmte.

2) Vgl. K. Brandis: Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, Berlin, 1975, S. 50.

3) Vgl. ebenda, S. 61 f.

zitierten Dualismus von Theorie und Praxis. Und sie setzten die Evolution anonymer Mächte mit ontologischer Dignität, von der Geschichte angefangen bis zur Ökonomie, ins Zentrum der Ideologie, die von den handelnden Menschen weitgehend absah. Dies gilt für Bebel's Vorstellung vom 'großen Kladederadatsch' und Liebknechts Auffassung von der 'Geschichte als Revolution in Permanenz' ebenso wie für die vom 'Sozialdemokrat' in den 80er Jahren propagierten Revolutionsvorstellungen. Kautskys theoretische Synthese von darwinistischem Evolutions- und marxistischem Revolutionsbegriff erschien dann als konsequente Fortsetzung der bisherigen Ideologie, zumal sie auch den Dualismus von radikaler Theorie und reformistischer Praxis unangetastet ließ 1) 2).

Dieser 'Sozialevolutionismus', der stark vom bürgerlichen Sozialdarwinismus geprägt war, wurzelte in einem Glauben an das Naturrecht, der bisher nur den - heftig bekämpften - christlichen Arbeitervereinen zugestanden worden war, der aber in aller Deutlichkeit zeigt, wie tief die Mystifizierung des Sozialismus Platz gegriffen hatte, und wie unreflektiert diese zur 'Heilsbotschaft' umfunktionierte Erklärung der Welt den Platz eingenommen hatte, der vorher Jahrhunderte von der Kirche besetzt war <sup>3)</sup>.

---

1) D. Groh, a.a.O., S. 58.

2) Typisches Beispiel der unklaren Verwendung von Begriffen als Ausdruck des Dualismus war die Entfernung der im Gothaer Programm enthaltenen Wendung 'mit allen gesetzlichen Mitteln' auf dem Parteikongreß 1880 in Wyden. Diese - vor allem aus Integrationszwecken - erfolgte Entfernung war lediglich ein Hinweis auf die neue Taktik der Parteiführung und keineswegs Ausdruck eines 'revolutionären' Bewußtseins: "Die Streichung des Wortes 'gesetzlich' war Ausdruck des Bestrebens der Partei, mit illegalen Mitteln ihre Agitation und politische Aufklärung fortzusetzen" (H.J.Steinberg: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, 3.Aufl., Bonn-Bad Godesberg, 1972, S. 28).

3) Der Sozialdemokrat Wilhelm Reimers schilderte 1888 in seinen Erinnerungen seinen stark vom Sozial-Evolutionismus geprägten Glauben an den Sozialismus (W. Reimers: Sozialismus und Christentum (1888), in: W. Emmerich (Hrsg.), a.a.O., Band 1, S. 284 f.). Ihm standen - nach eigenem Bekunden - einer Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus religiöse Bedenken

Dies alles kann jedoch nicht mit Böswilligkeit oder Dummheit oder Machterhaltungstrieb derjenigen, von denen man meinte, daß sie es besser wissen müßten - also den Führern der Sozialdemokratie -erklärt werden: Vielmehr können der Sozialevolutionismus und - damit fast parallel zusammenhängend - der Legalismus als Hinweis der Überforderung der industriellen Lohnarbeiter angesichts der in sehr kurzer Zeit erfolgten Durchsetzung der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen verstanden werden.

Der Sozial-Evolutionismus impliziert auch immer einen Begriff von Elite und traf sich damit fast zwangsläufig mit der sich langsam entwickelnden Arbeiterbewegung insofern, als deren Formierungsprozeß nur von einer kleinen aktiven Minderheit vorangetrieben wurde - aus Gründen, die oben schon breit diskutiert wurden, und die nicht nur und auch nicht in erster Linie dem 'politischen Unvermögen' oder gar einer absichtsvollen Handlung dieser Minderheit zugeschrieben werden können.

Festzuhalten bleibt insgesamt, daß die Verlagerung der Diskussionen auf die parlamentarische Ebene auch über den Kreis derer, die als aktive Minderheit an

---

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 670:

im Wege. Demzufolge suchte er zunächst eine Synthese von Christentum und Sozialismus und hatte stets ein emotional-moralisches Verhältnis zum Marxismus. Seine Lektüre bestand in der Hauptsache aus vulgärmarxistischer und darwinistischer Literatur (wie zum Beispiel Dodels 'Moses oder Darwin', 'Konrad Deubler, ein Bauernphilosoph', Ernst Häckels 'Welträtsel'). Ohnehin ist es von Wichtigkeit, die von den Arbeitern gelesene Literatur hinsichtlich Hinweisen auf Verhaltensweisen und Handlungen dieser Arbeiter in die Überlegungen mit einzubeziehen; an späterer Stelle dieser Arbeit werden entsprechende - vor allem von H.J. Steinberg vorgenommene - Untersuchungen zu diskutieren sein.

der Diskussion teilnahmen, hinausreichte und langsam eine allgemeine Festlegung der Arbeiter auf Handlungsmöglichkeiten innerhalb der parlamentarischen Regularien bewirkte.

Damit wurden zwar einerseits die erheblichen und notwendigen Möglichkeiten auf dem Wege der Emanzipation der industriellen Lohnarbeiter erkannt mit dem Ziel, sie zu nutzen, andererseits jedoch bedeutete die Beschränkung auf die parlamentarische Ebene einen mehr oder weniger freiwillig vollzogenen Verzicht auf weitere Möglichkeiten, sehr viel stärker die Arbeiter als Individuen in einen politischen Meinungsprozeß, der auch aufklärend und handlungsmotivierend wirkt, mit einzubeziehen.

#### 2.2.3.2.8. Negative Integration, revolutionärer Attentismus und die Dominanz der Handwerker in der sich entwickelnden Arbeiterbewegung

Die Interpretation dieser neuen Situation mit tradierten vorindustriell geprägten Maßstäben sowie die relative Ohnmacht der industriellen Lohnarbeiter gegenüber der ökonomischen, politischen und militärischen Überlegenheit der Unternehmer und der preußisch-deutschen Führungsschicht (Krone, Junker, Militär und Bürokratie), die noch durch die politische Illiberalität des Bürgertums und die offene Repression der Staatsführung vergrößert wurde, lassen den Hinweis auf 'Unfähigkeit' der sozialdemokratischen Führungsgremien, deren Eingebundenheit in berufsständische Verhaltensweisen und als eine Folge die 'Ausgrenzungspolitik' sowie die komplexer werdende Partei- und Gewerkschaftsbürokratie als alleinige oder hauptsächliche Erklärung für das widersprüchliche Verhalten der Sozialdemokraten nicht zu, zumal die Führungskader der Sozialdemokratie,

die sich aus Handwerkern zusammensetzten, auch erst die neuen Anforderungen subjektiv verarbeiten mußten.

Wesentlich ist dabei auch, daß die grundsätzliche Verweigerung der Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Gesellschaft, die Fortdauer der Ausbeutung und Repression begleitet war von einer besonders seit Beginn der 1880er Jahre einsetzenden Reallohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung und einer gewissen sozialen Absicherung, die die materielle Basis einer Integration abgeben konnten.

Beide sich widersprechende Momente faßt Dieter Groh unter dem Begriff der 'negativen Integration' zusammen, wobei

die integrierenden Momente ... die durch die Lage der Arbeiter geweckten Aggressionen nie bis zu dem Punkt anwachsen (ließen), an dem sie in politische oder gar revolutionäre Aktionen hätten umschlagen können. Die Taktik der Arbeiterführer, die Aggressionen auf den Ausbau der Organisationen umzulenken, hat die Wirkung der integrierenden Momente noch entscheidend erhöht. Die negative Integration trug zur Stabilisierung des Wilhelminischen Reiches ebenso bei wie zu seinem Zusammenbruch im Augenblick äußerer Belastung. Dem Prozeß negativer Integration entsprach das Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus, das sich durch Konfrontation mit der täglichen Wirklichkeit immer mehr verhärtete. Von Karl Kautsky ... wurde das Konglomerat von politischer Abwartehaltung, auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse zielender Revolutionshoffnung und verbalem Radikalismus auf die klassische Formel gebracht, daß die deutsche Sozialdemokratie zwar eine revolutionäre aber keine Revolutionen machende Partei sei 1).

Gerade die schon oben erwähnte Rekrutierung der sozialdemokratischen Führer aus dem 'Handwerkerstand' läßt den kleinbürgerlich-handwerklichen Charakter der Praxis der Organisationen, verdeckt durch ihre radikale Sprache, als ein miterklärendes Moment für die Verhaltensweisen und Handlungen der Mitglieder und Anhänger der Arbeiterbewegung vor allem in den Auseinandersetzungen

---

1) D. Groh, a.a.O., S. 36.



zungen mit dem Staat noch einmal deutlich werden <sup>1)</sup>.

Wie sehr die Gewerkschaften eine Symbiose von handwerklichen Traditionen einerseits und dem Versuch der Verarbeitung der von der industriellen Lohnarbeit gestellten Anforderungen andererseits waren, mag das Beispiel der Kieler Schlossergesellen verdeutlichen:

In Kiel existierte bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts noch eine Bruderschaft der Schlossergesellen, die sich nach altem Brauch vor der Lade zu Trinkgelagen zusammenfanden. Die auf der Marinewerft arbeitenden, meist jüngeren Schlossergesellen aber waren in der Regel Sozialdemokraten. Als unter Bismarck im Jahre 1878 das Sozialistengesetz in Kraft trat und die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verfolgt wurden, suchte man nach einer Möglichkeit der unverdächtigen Zusammenkunft. So traten diese Schlossergesellen der Bruderschaft bei, die zu jener Zeit hauptsächlich als zünftlerische Kneipengesellschaft bekannt war. Sie fügten sich den ehrwürdigen Bräuchen bis in die achtziger Jahre. Dann gelang es ihnen, die Bruderschaft in einen gewerkschaftlichen Fachverein zu verwandeln. Die Trinkgelage fielen nun fort, aber die alte Form des Versammlungslebens, vor offener Lade zu tagen, wurde beibehalten, und wenn ein ausgelernter Schlosser in den Verband aufgenommen werden sollte, brannten auf beiden Seiten der Lade Wachskerzen auf zinnernen Leuchtern <sup>2)</sup>.

---

1) die zwischen 1860 und 1875 geborenen Gewerkschaftsführer (also die vor allem um und nach der Jahrhundertwende führend in den Gewerkschaften arbeiteten) haben in keinem Fall Industriearbeiter zum Vater, ihre Geburtsorte waren nicht die Industrialisierungszentren, sondern die - vornehmlich handwerklich und agrarisch geprägten - Kleinstädte. Sowohl die christlichen als auch die sozialistischen Gewerkschaftsführer erlernten handwerkliche Berufe (so waren Legien und sein Nachfolger Leipart Drechsler, Stegerwald Tischler). Alle haben eine achtjährige Schulausbildung und eine mehrjährige Lehre mit zum Teil anschließender Wanderschaft (Legien, Leipart) durchgemacht. Zwischen 1890 und 1919 dominierten in der Zusammensetzung der Generalkommission die handwerklichen Berufe (Drechsler, Tischler, Maurer, Zimmerer, Steinsetzer, Zigarrenmacher, Buchdrucker u.a.; Metallberufe fehlten, da der Deutsche Metallarbeiterverband, der der Generalkommission skeptisch gegenüberstand, erst seit 1902 dort vertreten war); vgl. P. John, a.a.O., S. 85 f.

2) P. John, a.a.O., S. 85.

Es gelang den Gewerkschaften nicht (weder ideologisch noch organisatorisch), die un- und angelernten Arbeiter, vor allem in den Groß- und Riesenbetrieben, zu gewinnen. Das lag unter anderem daran, daß sich diese Arbeiter zu einem großen Teil aus unterbäuerlichen Schichten rekrutierten, die eine hohe Mobilität aufwiesen, und die zudem noch immer eine Beziehung zu ihrer landwirtschaftlichen Herkunft hatten. Der rasch wachsende Arbeitskräftebedarf der deutschen Industrie, die große räumliche und berufliche Mobilität und die immer noch sehr starke Eingebundenheit (direkt oder indirekt) des größten Teils der deutschen (auch industriellen) Bevölkerung in agrarisch und handwerklich geprägte Verhältnisse ließen bis 1914 immer wieder aufs neue 'erste Industriearbeitergenerationen' entstehen, deren Verarbeitungsschwierigkeiten bei der Bewältigung der für sie neuen und angesichts ihrer bisherigen Arbeits- und Lebensgewohnheiten nicht hinreichend von der sich nur langsam entwickelnden und angesichts dieser Aufgabe auch überforderten Arbeiterbewegung aufgegriffen wurden.

Hinzu kam, daß Teile dieser Arbeiter mit ihrem Los als industrielle Lohnarbeiter subjektiv zunächst einmal zufrieden waren, da sie durch die Möglichkeit, in der Industrie Geld zu verdienen, der Massenverelendung (Pauperisierung) und sehr despotischen Herrschaftsverhältnissen gerade auf dem Lande entgangen waren. Darüberhinaus gab es auch noch den großen Teil der Industriearbeiter, der seine materielle Reproduktion noch durch einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb ergänzen konnte (sei es als sogenannte Rucksackbauern, die tagtäglich aus umliegenden Dörfern in die städtische Industrie wanderten, sei es als Saisonarbeiter, die in der landwirtschaftlichen Ernte- und Anbausaison wieder 'zu Hause' arbeiteten) und der ganz andere Interpretationen zur Verarbeitung seiner eigenen Situation hatte.

Diese Arbeiter waren zu einem großen Teil vorindustrielle, patriarchalisch-fürsorgerische Verhältnisse gewohnt. Ihre Bewußtseinsstrukturen und ihre existentielle Not trafen in gewissen Punkten zusammen mit der von vielen Unternehmern praktizierten betrieblichen Sozialpolitik. Diese Politik ging von bestimmten, sich auf ständisch-feudale Verhältnisse berufende Fürsorgepflichten für die Arbeiter aus und strebte dadurch gleichzeitig die Festigung eindeutiger Herrschaftsverhältnisse an, innerhalb derer die Unternehmer als Patriarch autoritäre Befehlsgewalt über die Arbeiter besaßen (abgesehen von unbestrittenen, in ihrer sehr unterschiedlichen Wirkung jedoch sehr genau zu untersuchenden materiellen Vorteilen für die Arbeiter). Gleichzeitig diente die betriebliche Sozialpolitik dazu, die Arbeiter an den Betrieb zu binden (was allerdings nur zum Teil gelang, die Fluktuationsraten der un- und angelernten Arbeiter in den Großbetrieben waren außerordentlich hoch) und damit die Belegschaften von der Arbeiterbewegung zu isolieren. Diese Isolierung, die in vielen Betrieben dazu führte, daß die Gewerkschaften dort gar nicht erst Fuß fassen konnten, gelang umso besser, je mehr in den Groß- und Riesenbetrieben, vor allem im Ruhrgebiet, die (gewerkschaftlich organisierten) Handwerker und Facharbeiter die Vorgesetzten der un- und angelernten Arbeiter waren. Die Letztgenannten waren aufgrund ihrer hohen Mobilität in andere kulturelle, religiöse, sprachliche und zum Teil nationale Traditionen eingebunden. Gerade die hohe Mobilität machte die Organisierung in den Gewerkschaften außerordentlich schwierig, wie an vorheriger Stelle schon angedeutet. Dabei ist die Mobilität zum Teil ja auch nur Ausdruck von den Schwierigkeiten, in denen sich die größeren Teile der Bevölkerung zur Zeit der Durchsetzung der Großen Industrie (und auch noch danach) befanden.

Die Dominanz der Handwerker - auch wenn sie in der In-

dustrie arbeiteten - in den Organisationen der Arbeiterbewegung <sup>1)</sup> bedeutete auch ein Unverständnis gegenüber den spezifischen Problemen der un- und angelernten Arbeiter, zumal wenn sie noch aus anderen landsmannschaftlichen, religiösen, sprachlichen usw. Verbindungen entstammten. So wollte zum Beispiel die Generalkommission den Fabrikarbeiterverband, der nicht nach dem Berufsverbandsprinzip aufgebaut war und entsprechend un- und angelernte Arbeiter organisierte, sehr lange Zeit nicht aufnehmen. Die Begründung der Generalkommission dafür war, daß die (Fabrikverbands) Arbeiter keine richtigen Arbeiter wären, mithin also nur handwerklich ausgebildete und auch im Betrieb tätige Arbeiter voll anerkannt wurden.

Die Stabilisierung des halb-feudalen preußisch-deutschen Staates durch den Prozeß der negativen Integration erschwerte zusammen mit der Dominanz der Handwerker in der sich entwickelnden Arbeiterbewegung doch sehr eine Entwicklung, die als Loslösung der Arbeiter von ständisch-feudalen Traditionen hin zu sachlich-rationalen Verhaltensweisen und Handlungen bezeichnet werden kann, zumal entsprechende Prozesse sich aufgrund der Dominanz der Handwerker innerhalb der immer noch als Minderheit zu verstehenden Arbeiterbewegung nur unter großen Widerständen durchsetzen konnten.

---

1) Siehe dazu die Entwicklung der Berufsverbände in den freien Gewerkschaften (in: U. Borsdorf u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 113 f.), die anzeigt, daß die handwerklich geprägten Einzelorganisationen noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erhalten blieben, sich sogar noch verfestigten. Tabelle siehe Seite 678.

Die Entwicklung der Berufsverbände in den Freien Gewerkschaften von 1877 bis 1900

- 678 -

|                              | 1877 | 1885  | 1891  | 1893  | 1900  | Beschäftigte u. Org.<br>Grad 1895 |
|------------------------------|------|-------|-------|-------|-------|-----------------------------------|
| 1 Bäcker                     |      |       | 1200  | 799   | 4585  | 122179 1,0 %                      |
| 2 Barbieri                   |      |       | 600   | 870   | 463   | 28257 2,4 %                       |
| 3 Bauhilfsarbeiter           |      |       | 2500  | 1675  | 17901 | 371762 0,5 %                      |
| 4 Bergleute Sachsen          | 800  | 3400  | 7226  | 8019  |       |                                   |
| 5 Bergleute                  |      |       | 45000 | 11174 | 36420 | 507067 1,0 %                      |
| 6 Bildhauer                  | 35   | 1315  | 2976  | 2749  | 4543  |                                   |
| 7 Böttcher                   | 500  | 1000  | 5000  | 3800  | 5582  | 19150 20,9 %                      |
| 8 Brauer                     |      | 1700  | 1300  | 4059  | 11410 | 79706 7,5 %                       |
| 9 Buchbinder                 | 1000 | 2303  | 3250  | 2811  | 10477 | 50667 7,6 %                       |
| 10 Buchdrucker               | 5500 | 11423 | 18218 | 16812 | 28838 | 71665 26,8 %                      |
| 11 Büroangestellte           |      |       |       |       | 404   |                                   |
| 12 Dachdecker                |      | 430   | (571) | 500   | 3169  | 18517 8,5 %                       |
| 13 Fabrikarbeiter            | 1800 |       | 3129  | 4619  | 30847 | 579946 1,2 %                      |
| 14 Formenstecher             |      |       | 550   | 450   | 384   |                                   |
| 15 Former                    |      |       | 1785  | 2757  | 9153  | 80068 3,7 %                       |
| 16 Gärtner                   |      |       | 1100  | 732   | 358   | 44399 0,7 %                       |
| 17 Gastwirtsgehilfen         |      |       |       |       | 1470  | 264452 0,7 %                      |
| 18 Glacéhandschuhmacher      | 1063 | 1606  | 2300  | 2330  | 3425  | 10743 25,8 %                      |
| 19 Glasarbeiter              | 700  |       | 1561  | 2129  | 7101  | 53843 4,5 %                       |
| 20 Glaser                    |      | 768   | 1700  | 1500  | 2772  | 9143 13,7 %                       |
| 21 Goldarbeiter              | 800  |       | 2200  | 1413  |       | 31174 3,3 %                       |
| 22 Hafnarbeiter              |      |       | 4513  |       | 11414 | 39410 5,3 %                       |
| 23 Handelshilfsarbeiter      |      |       |       | 1700  | 17006 | 76631 5,6 %                       |
| 24 Handlungsgehilfen         |      |       |       |       | 750   | 447921 0,2 %                      |
| 25 Holzarbeiter              |      |       |       |       |       | 394293 7,6 %                      |
| 26 Bürsten- und Pinselmacher |      | 460   |       | 23760 | 73972 |                                   |
| 27 Drechsler                 |      |       | 1356  |       |       |                                   |
| 28 Korbmacher                | 75   |       | 2589  |       |       |                                   |
| 29 Stellmacher               | 350  | 239   | 1400  | 961   |       |                                   |
| 30 Tischler                  | 5100 | 3547  | 600   |       |       |                                   |
|                              |      |       | 16600 |       |       |                                   |

Fortsetzung Seite 679



Fortsetzung von Seite 678:

|                      | 1877  | 1885  | 1891               | 1893               | 1900   | Beschäftigte u.<br>Org. Grad 1895 |
|----------------------|-------|-------|--------------------|--------------------|--------|-----------------------------------|
| 31 Holzhilfsarbeiter |       |       | 500                | 506                |        |                                   |
| 32 Hutmacher         | 2767  | 2008  | 2696               | 2649               | 2629   | 21566 12,6 %                      |
| 33 Konditoren        |       |       | 400                | 303                | 786    | 20089 1,6 %                       |
| 34 Kürschner         |       |       | 1000               | 340                |        | 9193                              |
| 35 Kupferschmiede    |       |       | 2178               | 2675               | 3432   | 6955 42,8 %                       |
| 36 Lederarbeiter     |       |       |                    | 2600               | 4799   | 43795 9,0 %                       |
| 37 Lohgerber         |       | 600   | 1000               |                    |        |                                   |
| 38 Weißgerber        |       | 1500  | 1675               |                    |        |                                   |
| 39 Lithographen      | 671   | 1020  | 4021               | 4083               | 5811   | 25947 15,5 %                      |
| 40 Maler             | 550   | 1700  | 6603               | 5600               | 10906  | 75824 9,3 %                       |
| 41 Maurer            | 2500  | 10422 | 23811              | 12073              | 82964  | 221370 6,7 %                      |
| 42 Metallarbeiter    | 3555  | 1776  | 23205              | 28438              | 100762 | 649534 15,5 %                     |
| 43 Müller            |       |       | 1200               | 522                | 1596   | 69373 1,8 %                       |
| 44 Porzellanarbeiter |       |       | 6988               | 5991               | 9280   | 44602 15,8 %                      |
| 45 Sattler           | 260   |       | 1450               | 1366               | 3927   | 35485 4,7 %                       |
| 46 Schiffszimmerer   | 3000  | 686   | 1203               | 1400               | 2009   |                                   |
| 47 Schmiede          | 600   |       | 1580               | 1100               | 5500   | 75803 1,8 %                       |
| 48 Schneider         | 2800  | 1300  | 7378               | 7318               | 15639  | 235568 3,4 %                      |
| 49 Schuhmacher       | 3585  | 3011  | 9789               | 9347               | 19288  | 148192 6,1 %                      |
| 50 Seiler            |       | 150   | 500                | 227                |        |                                   |
| 51 Steinmetzen       |       | 2500  | 2000               | 2000               | 10000  | 107958 (4,2 %)                    |
| 52 Steinsetzer       |       |       | 1941               | 2249               | 4195   | 16575 15,1 %                      |
| 53 Stukkateure       |       |       | 1860               | 380                | 2250   | 11072 4,3 %                       |
| 54 Tabakarbeiter     | 8100  | 4844  | 12953              | 10684              | 18500  | 124627 11,8 %                     |
| 55 Tapezierer        | 650   | 3000  | 1464               | 921                | 4437   | 14539 5,3 %                       |
| 56 Textilarbeiter    | 1250  |       | 4030               | 8012               | 34333  | 725280 2,3 %                      |
| 57 Töpfer            | 500   |       | 4700               | 3235               | 6831   | 34672 10,0 %                      |
| 58 Vergolder         |       |       | 1100               | 755                | 1352   | 8940 7,9 %                        |
| 59 Werftarbeiter     |       |       | 1830               |                    | 3543   |                                   |
| 60 Zigarrensortierer |       | 427   | 709                | 586                | 1034   |                                   |
| 61 Zimmerer          | 3300  | 3500  | 9424               | 7991               | 25272  | 95371 9,7 %                       |
| Summe                | 52511 | 85687 | 291691<br>(277659) | 218970<br>(223530) | 680427 |                                   |

#### 2.2.3.2.9. Der handwerkliche Berufsbegriff der Arbeiterbewegung und deren Stellung zur betrieblichen Leistungs- und Arbeitszeitpolitik

Die Arbeiterbewegung und insbesondere auch die Gewerkschaften hatten in der von uns als Umbruchperiode bezeichneten Phase der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch keinen adäquaten Berufsbegriff, der sich sachlich und rational mit den Anforderungen industrieller Arbeit auseinandersetzen konnte, was wiederum nur Ausdruck eines Defizits der Organisationen hinsichtlich der adäquaten Aufarbeitung der Industrialisierung war. Stattdessen konzentrierte sich die Arbeiterbewegung auf Lohnarbeit und geriet damit zusehends in das Fahrwasser bloß ökonomistischer Interpretationen des industriellen Kapitalismus in einer bürgerlichen Gesellschaft. Sie hielt an ihrem alten handwerklich geprägten Berufsbegriff fest.

Wenn jedoch von einem Arbeitsbegriff ausgegangen wird<sup>1)</sup>,

1) Arbeit ist wie jede menschliche Tätigkeit eine gelernte, institutionell abgestützte und in einer bestimmten Organisation des Verhaltens in Arbeit und Leben verwurzelte, moralisch und politisch auf irgendeine Art und Weise geordnete menschliche Tätigkeit, sie ist Naturbedingung menschlicher Existenz und insofern eine Voraussetzung des Bestehens und Funktionierens gesellschaftlicher Verhältnisse und geschichtlicher Entwicklungen.

Daneben wird Arbeit in ihrer Aktualität durch den jeweiligen geschichtlich-gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang bedingt und bestimmt, der einerseits in der jeweiligen Technik und Ökonomie der Arbeit und daraus sich ergebenden Anforderungen des Arbeits- und Wirtschaftsverhaltens, andererseits in der jeweiligen kulturellen Lebensbedeutung und politischen Integration und den daraus sich ergebenden Arbeits- und Selbstverständnissen besteht (Arbeit ist also auch im subjektiven Sinne Grundlage gesellschaftlicher Existenz und muß aufgrund dessen vom einzelnen als Teil seines Lebensvollzugs in eben diesen allgemeinen Lebensvollzug sinnvoll integriert werden).

Die Konzentrierung der Organisationen der Arbeiterbe-

der auch eine zunehmende Verberuflichung von industriellen Tätigkeiten und Qualifikationen bedeutet, muß der den Handlungen der Arbeiterbewegung zugrundeliegende Arbeits- und Berufsbegriff, der letztlich noch vom vorindustriellen, als handwerklich <sup>1)</sup> zu kennzeichnenden Arbeits- und Berufsbegriff als Übereinstimmung von Arbeitsvermögen, Produktionsmittel, Produktionsprozeß und Produkt <sup>2)</sup> ausgeht, kritisiert werden.

Denn der industrielle Produktionsprozeß entfernte sich von der Entwicklung der Arbeitsfähigkeiten, es erfolgte eine systematische Entkoppelung von Tätigkeit und Fähigkeit, die beide nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen waren.

Damit war die Verberuflichung von industriellen Tätigkeiten und Qualifikationen hinsichtlich Spezialisierung, Professionalisierung etc. verbunden. Neben dieser Ausdifferenzierung der Berufe in Form der Höherqualifizierung und der Veränderung der Bedeutung des Berufs für die Entwicklung und den Lebenslauf des einzelnen in der Gesellschaft (der sich damit abfin-

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 680 :  
wegung auf die Probleme der Lohnarbeit ließ dabei die Befassung mit der Problematik der industriellen Arbeit und deren subjektiver Verarbeitung zu kurz kommen. Neben diesem Defizit ist noch auf das allgemeine Defizit gewerkschaftlichen Selbstverständnisses hinzuweisen, das sich nicht mit der subjektiven Verarbeitung sowohl der Anforderungen der industriellen Arbeitsweise wie gleichermaßen der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch den einzelnen (die immer von unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen ausgeht) angemessen beschäftigt.

1) Schon in den bürgerlich geführten Arbeiterbildungsvereinen um 1860, aus denen sich zahlreiche Mitglieder der Organisationen der Arbeiterbewegung rekrutierten, geriet man in Unsicherheit angesichts der mit der Industrialisierung verbundenen qualifikatorischen Anforderungen; siehe dazu auch deren Teilnehmerstruktur und die Themenpläne (Seite 596 f. dieser Arbeit).

2) Vgl. im folgenden U.Beck, M.Brater, H.-J. Daheim, a.a.O., S. 16 f.

den muß oder kann, daß er in seinem Arbeitsleben mehrere Berufe erlernen und ausüben muß) verlief aber auch eine Ausdifferenzierung der Berufe in Form einer ständigen (im Vergleich zu den Qualifikationsanforderungen handwerklicher Berufe) Andersqualifizierung, die den individuellen und kollektiven Widerstand der davon Betroffenen auslöste.

Diese erheblichen Schwierigkeiten der Organisationen bei der Interpretation der industriellen Anforderungen waren ein Ausdruck für die allgemeinen Unsicherheiten angesichts der Durchsetzung der Großen Industrie, die auch in der widersprüchlichen Politik der Gewerkschaften bezüglich der betrieblichen (Arbeits) Leistung und deren Entlohnung deutlich wurden.

Die Festlegung des Akkords, der mit zunehmender Industrialisierung und entsprechend standardisierter Produktion eine immer größere Rolle spielte, wurde mehr und mehr durch die Konzentration der Arbeitsorganisation auf die Betriebsleitung der Ebene des Aushandels zwischen Arbeiter und Meister entzogen <sup>1)</sup>:

An die Stelle des vereinbarten Akkords tritt der autoritativ festgesetzte, autoritativ veränderliche Tarif, an die Stelle der wenigstens bis zu einem gewissen Grade vom Arbeiter bestimmbaren Leistungsgrenze die wirkliche Höchstleistung, dem Arbeiter durch ein autoritatives Verfahren der Fabrikleitung entwunden. Die individuelle Mitbestimmung über die Akkordsätze fällt weg, ohne daß dem Arbeiter in anderer Form ein Ersatz entstünde.

Die Arbeiter wehrten sich gegen die zunehmende Autonomie der unternehmerischen Leistungspolitik mit den Widerstandsformen des Bremsens, des Absentismus und der Fluktuation.

In einer ersten Phase der Leistungspolitik der (frei-

---

1) O. Jeidels: Die Methoden der Arbeiterentlohnung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, Berlin, 1907, S. 146 f.

en) Gewerkschaften wandten sich diese zwar gegen Akkordarbeit, vor allem gegen Akkordreduzierungen <sup>1)</sup>.

Dabei sah die Gewerkschaft den Grund für die Schädlichkeit der Akkordarbeit vor allem in den überlangen Arbeitszeiten, hatte aber grundsätzlich nichts gegen die Akkordarbeit <sup>2) 3)</sup>:

So halten wir unter den heutigen Produktionsverhältnissen die Akkordarbeit, welche die Arbeiter viel mehr aufreibt, als ihnen Nutzen gewährt, für verderblicher als die Lohnarbeit (gemeint ist dabei der Zeitlohn, Anm.d.V.). Anders würde sich die Sache schon gestalten, wenn ein gesetzlicher, auf eine möglichst geringe Stundenzahl festgelegter Maximalarbeitstag eingeführt würde. Daß sich innerhalb desselben die Kräfte messen, daß innerhalb desselben die Leistungsfähigkeit des Einzelnen sich entfalte, dagegen wäre nichts einzuwenden, weil die Arbeitszeit kurz genug sein müßte, um der Überproduktion vorzubeugen und den Körper der Arbeiter vor Mißbrauch zu schützen.

Diese Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geht noch von einem Qualifikationsbegriff aus, der handwerklich geprägt ist und für jeden einzelnen Arbeiter den Ganzheitscharakter seiner Arbeit, die in der Praxis eine betriebliche Teilarbeit ist, voraussetzt.

Diese Haltung der Gewerkschaften veränderte sich jedoch in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre dahingehend, daß die Akkordarbeit grundsätzlich abgelehnt wurde <sup>4)</sup>. Der Grund für die veränderte Haltung ist darin zu suchen, daß die betriebliche Arbeitsorganisation zunehmend nach technisch und ökonomisch be-

---

1) Vgl. R. Schmiede, E. Schudlich, a.a.O., S. 137.

2) Deutsche Metallarbeiterzeitung (DMZ), hrsg.v. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Jg. 2 (1884), Nr. 1.

3) Im Kampf gegen die Akkordreduzierungen organisierten die Gewerkschaften Leistungsrestriktionen zum Beispiel in der Form der Anwendung des sogenannten Werfttempo; vgl. R. Schmiede, E. Schudlich, a.a.O., S. 140.

4) Siehe die zahlreichen Stellungnahmen der Gewerkschaften in: R. Schmiede, E. Schudlich, a.a.O., S.138 f.



stimmten Kriterien der industriellen Massenfertigung ausgerichtet wurde und demnach das Aushandeln des Akkords auf der (Arbeitsplatz)Ebene zwischen Arbeiter und Meister nicht mehr dulden konnte und entsprechende Entscheidungskompetenzen der Betriebsleitung übertragen wurden.

Es war also keineswegs so, daß die Gewerkschaften die industrielle Arbeit als solche genauer analysiert hätten und dann entsprechend konsequent die Akkordarbeit ablehnten, sondern es war der Verlust an Entscheidungskompetenz und demnach ein (politischer) Machtverlust, der die Gewerkschaften zu solchen veränderten Stellungnahmen veranlaßte.

Die zweite Phase gewerkschaftlicher Leistungs politik ging um die Jahrhundertwende in eine dritte über, in der die grundsätzliche Ablehnung des Akkords abgelöst wurde durch Forderungen nach Regulierung der Akkordarbeit. Dabei spielte die weitgehende Hilflosigkeit der Gewerkschaften "gegenüber der ständigen Ausdehnung der Arbeit im Leistungslohn, gegenüber der Ausbreitung der Kalkulation durch die Betriebsleitungen und der damit einhergehenden Zentralisierung der Leitung und Bestimmung des Produktionsprozesses" <sup>1)</sup> die entscheidende Rolle für die abermalige Veränderung der gewerkschaftlichen Leistungs politik, zumal sich in der Sozialdemokratie und hier speziell in den Gewerkschaften eine 'pragmatische' Richtung zunehmend durchsetzte.

Damit wurde (implizit) eine alternative Konzeption der Leistungs politik, die die industriellen Anforderungen ebenso zu berücksichtigen gehabt hätte wie eine sinnvolle Einordnung dieser Leistungs politik in das allgemeine politische Ziel - Abschaffung der Lohnarbeit -, praktisch ganz aufgegeben.

---

1) R. Schmiede, E. Schudlich, a.a.O., S. 144.

Darüber kann auch der Versuch Eduard Bernsteins, die Änderungen der gewerkschaftlichen Leistungs- politik mit den Anforderungen der industriell-kapi- talistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise zu be- gründen (nachdem er Jahre zuvor noch vehement für die grundsätzliche Abschaffung des Akkords gefoch- ten hatte), nicht hinwegtäuschen <sup>1)</sup>:

An die Stelle der ganz undurchführbaren Verfe- mung hat daher die Aufstellung von bedingten Regeln für die Zulassung und Normierung der ver- schiedenen Arten von Stücklöhnen zu treten. ... Der gesellschaftliche Fortschritt erfordert Ver- mehrung und Verbilligung der Produktion bei Verkürzung der Arbeitszeit - letzteres auch von anderem Gesichtspunkt als dem der Produk- tionstechnik aus. Verkürzung der Arbeitszeit heißt Erziehung zu qualifiziertem Konsum, zu höherem Bedarf und damit zu weiterem gesell- schaftlichen Fortschritt. Verkürzung der Arbeits- zeit ist aber mit gleichzeitiger Verbilligung der Produktion nur vereinbar, wenn die Arbeits- zeit in der Fabrik gehörig genutzt wird. So verwerflich jede Anspannung der Arbeitskraft ist, die der Gesamtarbeit Abbruch tut, so wi- dersinnig ist der Schlendrian in der Fabrik. ... Wo die Technik einer Industrie die Stück- arbeit erlaubt und die Bedingungen der Konkur- renz auf sie hindrängen, da wird sie auf die Dauer nicht fernzuhalten sein. Es ist dann richtiger, sich auf die Bekämpfung der mit Stückerarbeit verbundenen Gefahren einzurichten, als einen Teil der Energie auf aussichtsloses Stemmen gegen das unvermeidlich Gewordene zu verschwenden. Die Gefahren der Stückerarbeit sind ... nicht unüberwindlich.

Diese Argumentation ist insofern zutreffend, daß jede Arbeit und damit auch die industrielle Arbeit an bestimmten Effizienz Kriterien gemessen werden muß - genauso wie jede Arbeit nicht nur nach dem Lustprinzip organisiert werden kann, sondern immer auch Lastcharakter hat, wenn sie dauerhaft betrie- ben wird -, daß aber damit noch nicht die Frage be-

---

1) E. Bernstein: Das Prämienlohnsystem und die Ar- beiter, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1902, Nr. 12, im folgenden zitiert als: Prämienlohnsystem.

antwortet ist,

- a) wer diese Effizienzkriterien bestimmt (damit ist die Problematik der Lohnarbeit angesprochen);
- b) ob sich die industrielle Arbeit nicht auch anders, als sie sich aktuell darstellte, organisieren ließe.

In Bernsteins Argumentation fehlt letztlich eine genaue Begrifflichkeit von industrieller Arbeit, die im übrigen weder von den Reformisten und Revisio-nisten noch von den Zentristen oder von den Linken entwickelt worden war.

Ähnliche Unsicherheiten zeigen sich auch bei der Beurteilung der Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf Verhaltensweisen und Handlungen der industriellen Lohnarbeiter.

Was Bernstein nur andeutete, ging letztlich auch auf das zurück, was Marx zuvor gesagt hatte <sup>1)</sup>:

Doch eine Verkürzung der Arbeitszeit sei uner-läßlich, um der Arbeiterklasse mehr Zeit für die geistige Entwicklung zu geben. Gesetzliche Beschränkungen des Arbeitstages seien der erste Schritt zum geistigen und physischen Aufschwung und zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Interpreten von Marx haben aus seinen Anmerkun-gen den zu schnellen Schluß gezogen, daß ein vermehr-ter Einsatz von Technik die Verkürzung der Arbeits-zeit nach sich ziehen wird und die dadurch gewonnene Freizeit für politische Aktivitäten der Arbeiter von denselben auch genutzt wird.

Abgesehen von der Tatsache, daß in der Freizeit sehr oft die Normierungen durch die Arbeit reproduziert werden, beruht eine solche allzu mechanistische Argu-

---

1) Rede von Karl Marx über die Arbeitszeitverkürzung. Aus dem Protokoll der Sitzung des Generalrats der In-ternationalen Arbeiterassoziation vom 11. August 1868, in: MEW 16, S. 554 f., im folgenden zitiert als: Arbeitszeitverkürzung, S. 555.

mentation auch auf einem Fortschrittsglauben, der sich nicht nur auf die Überwindung bestehender politischer Verhältnisse bezieht, sondern auch die Weiterentwicklung der Technik als unbedingt positiv für die Weiterentwicklung der Menschheit bejaht. Der damalige Stand der Kenntnis verband - fälschlicherweise - die Art des technischen Fortschritts mit einem - ungerechtfertigten - Gefühl wachsender moralischer Überlegenheit, das in einem selbstgefälligen (viktorianischen und wilhelminischen) Glauben an die unvermeidliche Verbesserung aller menschlichen Institutionen durch die Beherrschung der Maschine seinen Ausdruck fand <sup>1)</sup>.

---

1) L. Mumford urteilt dazu heute in seinen Abhandlungen über den 'Mythos der Maschine':  
"Die Vorstellung, mechanischer Fortschritt sei an sich bereits von befreiender Wirkung, war im allgemeinen das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch nicht angefochten worden... . Tatsächlich hatten die technischen Neuerungen nicht wenig befreiende Folgen gehabt, die sie zum Teil rechtfertigten, selbst in Zeiten, da die Arbeiter in einem neuen Industriezweig nach dem anderen brutal geknechtet wurden. Riesige Völkerwanderungen friedlicher, unbewaffneter Menschen fanden statt ... . Man konnte ohne amtliche Genehmigung oder Beschränkung überallhin reisen und in viele Länder auswandern. Bis 1914 brauchten Reisende, die über das Militärdienstalter hinaus waren, nirgends einen Paß, außer in den beiden letzten großen Despotien, Rußland und Türkei. Zum ersten Mal in der Geschichte herrschte überall ... die 'Freiheit der Meere', Freiheit und Sicherheit. Selbst der Imperialismus, so hart er unterworfenen Völker behandelte, hatte mitgeholfen, die Grundlage von Recht und Ordnung und Sicherheit der Person zu schaffen... . Mittlerweise hatte im neunzehnten Jahrhundert die Zahl der selbstverwalteten Vereine, Organisationen, Verbände, der Körperschaften und Gemeinden stark zugenommen; und regionale Einheiten, die einst von einem Nationalstaat oder einem despotischen Imperium unterdrückt worden waren, begannen ihre kulturelle Individualität und ihre politische Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Kein Wunder, daß kaum jemand argwöhnte, eine neue 'Megamaschine' sei bereits im Entstehen begriffen und werde durch neue technische Fortschritte in jeder Richtung gefördert werden " (L. Mumford, a.a.O., S. 608).

Dazu muß natürlich vermerkt werden, daß eine Technikkritik im allgemeinen und im besonderen eine besondere Richtung der technischen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der sich die Technik erst durchzusetzen begann, gar nicht in dem Maße möglich war. Immerhin bedeutete trotz aller negativen Auswirkungen die Industrialisierung Deutschlands die Befreiung eines Teils der Bevölkerung von der Pauperisierung und milderte den Zwang zur Auswanderung, sie ebnete darüberhinaus Wege zur Loslösung von ständisch-feudalen Strukturen (die ja von den Menschen selbst durchaus als drückend empfunden wurden) und ließ die Möglichkeiten zur Durchsetzung einer bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatisierung größer werden.

Aber trotz oder besser gesagt wegen der Eingebundenheit in damalige Schemata zur Interpretation des 'Neuen' ließen die zu sehr eingeeengten Denkmuster eine angemessene Verarbeitung der ungewohnten Anforderungen und Zwänge nicht zu.

Der handwerklich geprägte Berufsbegriff der Arbeiterbewegung, deren immer deutlicher werdende Unsicher-

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 687 :

Mumford bezieht in seinen Begriff der Megamaschine jene Kräfte mit ein, die den Menschen so weit wie möglich von seinem organischen Lebensraum entfernen. Mit dem Zusammenspiel von technischen, ökonomischen, politischen und sozialen Techniken, das aufgrund der heutigen Entwicklung eine 'soziale Destruktion' der Menschen bewirkte, wird eine "herrschende Minderheit eine einheitliche, allumfassende, superplanetarische automatisch funktionierende Struktur schaffen. Anstatt als autonome Persönlichkeit zu handeln, wird der Mensch ein passives, zielloses, von Maschinen abhängiges Tier werden, dessen eigentliche Funktionen nach Ansicht der modernen Techniker der Maschine übertragen oder zum Nutzen entpersonalisierter, kollektiver Organisationen strikt eingeschränkt und kontrolliert sein werden ", ebenda, S. 132.



heit gegenüber einer betrieblichen Leistungspolitik des Unternehmers und die offenkundig falsche Einschätzung der als automatisch angenommenen Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf die Entwicklung von Lernprozessen der industriellen Lohnarbeiter haben neben der genannten allgemeinen Eingebundenheit in traditionale Denkmuster noch mehrere einzelne Gründe, sie haben aber auch erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung einer politischen Handlungskompetenz und damit auch letztlich des betrieblichen Mitbestimmungstrebens der Belegschaftsmitglieder.

Ein Grund für die Beibehaltung des der industriellen Arbeitsweise nicht angemessenen handwerklich geprägten Berufs- und Qualifikationsbegriffs durch die Arbeiterbewegung liegt - wie schon gesagt - in einer Vernachlässigung der Aufarbeitung der industriellen Arbeitsweise. Das Schwergewicht der Diskussionen und Argumentationen lag hauptsächlich auf dem Lohn-arbeitsverhältnis, und dazu noch sehr unzureichend.

Gerade in der Gleichsetzung von gesellschaftlichen Machtbildungs- und -erhaltungsprozessen mit den Problemen der Lohnarbeit, wie sie in der Arbeiterbewegung favorisiert wurde, und als deren einer Ausdruck die Diskussion der möglichen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung angesehen werden kann, liegt ein weiterer Grund für eine unzureichende Einstellung der Arbeiterbewegung zu den Problemen des industriellen Kapitalismus.

Es wurde - wenn man bei dem Beispiel der Arbeitszeitverkürzung bleibt - nicht mit bedacht, daß die Vermahlungsmöglichkeiten der Arbeiter angesichts ihrer neuen Situation als industrielle Lohnarbeiter und der sich daraus ergebenden Anforderungen an ihre Anpassungsbereitschaft in einem sehr viel differenzierteren Lernprozeß abliefen, als der oben dargestellte Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung und

politischen Aktivitäten (und dazu noch den "richtigen") unterstellte.

Viele Arbeiter machten den (oft beklagten, aber sehr wenig hinterfragten) Versuch, eine deutliche Trennung zwischen dem Bereich der Arbeit und jenem der Nicht-Arbeit zu ziehen. Sie entwickelten dabei ein ausgesprochen instrumentelles Verhältnis zu ihrer Arbeit und konzentrierten ihre Ansprüche sowie Erwartungen an das Leben ausschließlich auf den Nicht-arbeitsbereich, also auf die Freizeit. Damit wurde der Versuch unternommen, sich der bürgerlich-individualistischen Handlungsweise anzupassen (neben dem mehr psychologisch begründbaren Versuch der Kompensation der Enttäuschungen während der Arbeit). Ein solcher Versuch schlug sich zum Beispiel in einer starken Konsumorientierung nieder, die letztlich sowohl Voraussetzung als auch Folge einer politischen Resignation der Arbeiter war (ist).

Diesen Zusammenhang verkannte die Arbeiterbewegung. Mit der ungenügenden Aufarbeitung der Normen der bürgerlichen Gesellschaft, wobei letztgenannte zugleich ja auch bis zu einem gewissen Grad Verpflichtung für die Arbeiter waren, konnte es der Arbeiterbewegung nicht gelingen, die Scheinhaftigkeit der Alternativen Arbeitsbereich - Nichtarbeitsbereich deutlich zu machen. Damit wurde ein wesentlicher Teil der Anforderungen und Zwänge - eben jener des bürgerlichen Individualismus - aus der Diskussion um eine angemessene Verarbeitung der neuen Situation ausgeblendet. Eine kritische Hinterfragung der Anforderungen und Zwänge konnte so nicht stattfinden, was eine Beschränkung der Entwicklung eines politischen Selbstbewußtseins als industrielle Lohnarbeiter bedeutete.

Die Entwicklung eines solchen Selbstbewußtseins, konkret auf den Betrieb bezogen, auf das betriebliche

Mitbestimmungsstreben der Belegschaftsmitglieder, wurde weiterhin und sehr direkt auch durch die Vernachlässigung der betrieblichen Probleme durch die Arbeiterbewegung beeinflusst oder genauer gesagt, verzögert und abgeschliffen. Auf die Gründe einer solchen Vernachlässigung soll gleich im Anschluß hieran eingegangen werden, Ausdruck einer solchen Vernachlässigung waren der unzureichende Qualifikations- und Berufsbegriff sowie die Unsicherheiten gegenüber der betrieblichen Leistungs- politik der Unternehmer.

Damit wurden wesentliche Bereiche direkter, sich im Betrieb tagtäglich offen zeigender Probleme und Interessen nur unzureichend diskutiert und artikuliert; Probleme, die als eigentliche inhaltliche Bereiche des betrieblichen Mit- und Selbstbestimmungsinteresses der Belegschaftsmitglieder gelten können.

Indem in diesen Bereichen keine angemessenen Vorstellungen entwickelt werden konnten, war auch jede Forderung nach Kontrolle und Mitgestaltung politisch schwer zu begründen - nicht nur gegenüber dem Unternehmer, sondern vor allem auch gegenüber der Belegschaft.

Der allzu schnelle argumentative Rückzug der Gewerkschaften auf die "eigentlichen gesellschaftlichen Machtfragen", also das Kapitalverhältnis, war (und ist!) noch lange kein Ersatz für die Beschäftigung mit betrieblichen Problemen.

### 2.2.3.2.10. Die Vernachlässigung der betrieblichen Probleme durch die Arbeiterbewegung

Wesentliche Gründe der defizitären Aufarbeitung der Probleme industrieller Arbeit lagen in der schon an anderer Stelle erwähnten mangelnden Verankerung der Gewerkschaften in den industriellen Großbetrieben und in der Rekrutierung der Führungsschicht insbesondere der Gewerkschaften aus dem 'Handwerkerstand'.

Damit zusammenhängend bestand eine Hilflosigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber den im Betrieb herrschenden Verhältnissen, in dem ja industrielle Arbeit konkret stattfindet. Diese Verhältnisse waren ganz wesentlich von der grundsätzlichen, gerade aber im Betrieb konkret und zum Teil sehr schmerzhaft erfahrbaren Überlegenheit des Unternehmers als Repräsentanten der herrschenden Rationalität geprägt, die während der Durchsetzung der Großen Industrie noch durch die patriarchalisch geprägten Herrschaftsansprüche (die keine Kooperation mit den Arbeitern zuließen) der Unternehmer verstärkt wurde.

Das bedeutete implizit, daß die Gewerkschaften die Unternehmerherrschaft im Betrieb letztlich anerkannten und so dem sich langsam entwickelnden Mitbestimmungsstreben der Belegschaften in ihrer eigenen Programmatik und politischen Praxis wenig Raum gaben.

Verstärkt wurden solche Verhaltensweisen noch dadurch, daß die eigentlichen Kerngruppen der Arbeiterbewegung, die Handwerker, aufgrund ihrer Qualifikation und ihres betrieblichen Status' ohnehin soviel technische, organisatorische und auch (betriebs)politische Handlungskompetenzen aufwiesen (gefördert und zusätzlich privilegiert durch eine geschickte betriebliche Sozialpolitik der Unternehmer), daß sie nicht so sehr auf die Weiterentwicklung und Erfül-

lung des betrieblichen Mitbestimmungsstrebens drängten.

Der systematischen Überlegenheit der Unternehmer, gepaart mit einem geringeren Interesse der Handwerker an betrieblichen Mitbestimmungsregelungen und mit der geringen Verankerung der Gewerkschaften vor allem in den Groß- und Riesenbetrieben (in denen sich die Überlegenheit des Unternehmers besonders kraß - unter anderem vermittelt zum Beispiel durch die Festsetzung der Akkordsätze auf der zentralen Entscheidungsebene - zeigte), hätten die Gewerkschaften nur dann wirkungsvoll (auch in der Praxis) entgegentreten können, wenn sie eine konkrete und doch theoretisch sinnvolle Alternative zur industriellen Lohnarbeit unter Beachtung eines langfristigen politischen Ziels gehabt hätten. Dazu hätte es aber bestimmter Vorstellungen dahingehend bedurft, wie die (notwendigen) Effizienzkriterien einer industriellen Produktion zu bestimmen sind, wie zum Beispiel die Zeitwirtschaft (als Grundprinzip einer vergesellschafteten Wirtschaftsordnung) sinnvoll der Kontrolle jedes Arbeiters (also auch am Arbeitsplatz) unterliegen könnte etc.

Stattdessen verengten die Organisationen der Arbeiterbewegung das Mitbestimmungsstreben auf Staats- und Wirtschaftskammerebene, auf Tarifrufen als Verhandlung zwischen den Verbänden und (allenfalls noch) auf Unternehmensebene.

So wichtig diese Bereiche auch sind, so klammern sie doch alle den Betrieb als eigentlichen Ort industrieller Arbeit aus, was in der weiteren Entwicklung mit zunehmender Tendenz zu einer Stellvertreterpolitik ohne eine gesicherte und wirkungsvolle Meinungsbildung von unten entpolitisiertende Folgen haben sollte.

Typisch dafür sind die Stellungnahmen der Sozialdemo-



kratie zu den betrieblichen Arbeiterausschüssen, die bis 1891 von einigen wenigen Unternehmern ins Leben gerufen worden waren und 1891 mit der Novellierung der Gewerbeordnung eine erste gesetzliche (wenn auch unzureichende) Grundlage bekamen.

August Bebel sagte 1889 über die Ausschüsse, die er ein Feigenblatt des Kapitalismus nannte <sup>1)</sup>:

Wir heißen jedes Stück Selbstverwaltung für die Arbeiter willkommen, aber wir müssen es zurückweisen, daß die Arbeiter unter dem Schein 'konstitutioneller Rechte' dem Kapital die Arbeit besorgen, korrumpiert und gar noch gegen die Klasseninteressen des Proletariats ausgespielt werden.

Das Parteiorgan der SPD 'Vorwärts' schrieb 1891, die Ausschüsse seien geschaffen worden, um die Belegschaft von der übrigen Arbeiterschaft zu isolieren und von der Fabrikleitung noch abhängiger zu machen <sup>2)</sup>.

So treffend einerseits diese Beurteilungen eines der wesentlichen Motive der Einführung der Arbeiterausschüsse durch die Unternehmer waren (Spaltung der Belegschaften, Absorbierung von Protest und Druck, Isolierung von der Sozialdemokratie etc.), so stark ist auf der anderen Seite die Vernachlässigung der Probleme, wie sie sich im Betrieb darstellen und auch dort subjektiv verarbeitet werden müssen, durch die Arbeiterbewegung zu vermerken. Die hauptsächlich auf Machtbildungs- und -erhaltungsprozesse konzentrierten Stellungnahmen - so wichtig die Rolle der Machtverhältnisse in einer Gesellschaft auch sein mag - verleitete zu einer Vernachlässigung der Probleme, wie sie der Arbeiter individuell und kollektiv im Rahmen der Betriebsbelegschaft bei der Vertretung seiner unmittelbaren Interessen und der (damit zusammenhängenden) Mit- und Selbstbestimmungsinteressen wahrnahm.

1) Zitiert nach H.J.Teuteberg, Mitbestimmung, a.a.O., S.303.

2) Vgl. ebenda, S. 305.

2.2.3.2.11. Die programmatischen Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie und deren Einflüsse auf Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter

Die Verlagerung der Diskussionen in der Arbeiterbewegung um die Entwicklung eines Mitbestimmungsstrebens auf die staatliche Ebene als Adressat dieser Forderungen hat noch eine weitere wesentliche Erklärung, die in der starken Prägung aller gesellschaftlichen Gruppierungen durch das halbfeudale, mit bestimmten bürgerlichen Elementen durchzogene preußisch-deutsche System liegt.

Auch die Arbeiterbewegung konnte sich diesen Einflüssen nicht entziehen, die oben diskutierten Gründe der starken Fixierung auf den Staat, der Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen (auch gefördert durch die Sozialistengesetze), der Lager- oder auch Katakombenmentalität der Sozialdemokratie, die trotz dieser Gettoisierung immer (und immer mehr) staatserhaltend war (wurde), des (wenn auch widerwilligen) Respekts vor der Obrigkeit und 'dem Herrn Bürgermeister' (Heinrich Heine), der zunehmend autoritär geführten und entschiedenen Diskussionen in Partei und Gewerkschaften, der Bereitschaft, mit den alten Herrschaftsträgern zusammenzuarbeiten (auch deshalb, weil dies zumindest in Preußen schon ein riesiger Fortschritt gegenüber den vorherigen Verhältnissen war <sup>1)</sup> etc., lassen sich zum Teil auf den Einfluß der Normen des alten preußischen Systems zurückführen und sind zudem Ausdruck der beginnenden Ausdifferenzierung der Arbeiterbewegung.

Das Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus (als Entsprechung des Prozesses der negativen Integration der Arbeiter) <sup>2)</sup>, das von dem Konglomerat

---

1) Vgl. H.J. Puhle: Preußen, a.a.O., S. 35.

2) Siehe zu diesen Begriffen S. 672 f. dieser Arbeit.

von politischer Abwartehaltung, auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse zielender Revolutionshoffnung und verbalem Radikalismus bestimmt wurde, entsprach in seinen Grundzügen den auf Disziplin und Gehorsam, Fortschrittsglauben und der Überlassung von wichtigen Regelungen an 'höhere' staatliche Instanzen aufbauenden Normierungen des preußischen Systems. Diese Verhaltensweisen der Sozialdemokratie verstärkten sich nach der Aufhebung des Verbots mit dem Erfurter Programm von 1891.

Das Erfurter Programm war in zwei Schwerpunkte gegliedert <sup>1)</sup>: Der erste, von Kautsky verfaßte, wird als der theoretische, der zweite, von Bernstein entworfene, als der aktuell-praktische Teil angesehen. Im ersten Teil, den Kautsky selbst als Zusammenfassung der Marxschen Schilderung der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation <sup>2)</sup> bezeichnete, wurden zunächst die 'aktuelle' Gesellschaft und ihre Entwicklung, danach die Endziele der Sozialdemokratie und letztendlich die Mittel zur Verwirklichung dieser Zielvorstellungen dargelegt.

Durch den gesamten ersten Programmteil zieht sich die Schilderung der gesellschaftlichen Entwicklung als 'Naturnotwendigkeit' (und dies nicht nur, weil schon im ersten Satz davon ausdrücklich gesprochen wurde). Die Automatik der Entwicklung, wie sie von Kautsky dargestellt wurde, kommt auch in den sehr unspezifischen Aussagen dieses ersten Teils hinsichtlich der Überlegungen, wie eine bessere Gesellschaft errichtet werden könnte, zum Ausdruck:

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre

1) Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erfurt 1891, in: H. Potthoff, a.a.O., S. 178-181.

2) Vgl. K. Marx: Kapital I, a.a.O., S. 789-791.

ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Mit diesem letzten Halbsatz orientierte Kautsky auf das politische Instrument Wahlrecht. Da er dieses nicht weiter ausführte, kann eine einseitige Gewichtung des politischen Kampfes auf die Erringung der parlamentarischen Mehrheiten zur Erreichung einer neuen - sozialistischen - Gesellschaftsordnung unterstellt werden, eine politische Haltung, die nicht nur der Lassalleanischen Auffassung hinsichtlich der Veränderungen der Gesellschaft sehr nahe kam, sondern darüberhinaus gar nicht so recht zu den vorhergehenden Sätzen des Erfurter Programms zu passen schien. So wichtig das politische Wahlrecht zu allen Zeiten und insbesondere auch während des Bismarckschen Reiches war (und ist), so groß auch noch 1891 die Furcht vor einem erneuten Verbot der Sozialdemokratie gewesen sein mag, so verdrängte die Überbetonung dieses Instruments den Blick für andere zuzätzliche Möglichkeiten zur Erreichung der Ziele. Kompensiert wurde diese Einseitigkeit durch einen verbalen Radikalismus, gepaart mit dazu nicht passenden Vorschlägen zur Realisierung der sozialdemokratischen Zielsetzungen.

Der Bruch von Theorie und Praxis, der sich also sogar schon programmatisch in dem Kautskyschen Teil des Erfurter Programms niederschlug, wurde fortgesetzt und sogar noch verstärkt durch den zweiten (Bernsteinschen) Teil, dessen sehr wichtige, weil unmittelbare und liberal-demokratische Interessen aufgreifende, tagespolitisch-praktischen Forderungen in keinem Kontext zum ersten Teil standen (vielleicht mit Ausnahme des politischen Instruments des Wahlrechts).

Weder die ersten zehn Absätze, die - liberal-demo-  
kratisch geprägt - bestimmte Forderungen an den Ge-  
setzgeber stellten, noch die zusätzlichen fünf For-  
derungen 'zum Schutz der Arbeiterklasse' (betref-  
fend die Arbeitszeit, Kinderarbeit, Nachtarbeit,  
Ruhepausen, Koalitionsrecht etc.) standen unterein-  
ander und insgesamt zum ersten Teil des Programms  
in einer logischen Beziehung.

Damit verankerte das Erfurter Programm sinnfällig  
den Dualismus von revolutionärer Theorie und prak-  
tischer Reformarbeit und goß noch Öl in den Streit  
innerhalb der Sozialdemokratie, ob nun das allge-  
meine Ziel oder umgekehrt die praktischen Forderun-  
gen die Hauptsache der sozialdemokratischen Politik  
seien <sup>1)</sup>.

Es ist festzuhalten - was sich im übrigen auch aus  
den Ausführungen unter anderem zur Entwicklung der  
Sozialdemokratie während der Sozialistengesetze er-  
gibt -, daß dieser Dualismus nicht im Erfurter Pro-  
gramm begründet liegt, sondern daß umgekehrt das Er-  
furter Programm nur ein Ausdruck dieser spezifischen  
Verhaltensweise der Sozialdemokratie aus den bekann-  
ten und oben schon genannten Gründen war.

Rosa Luxemburg hat in ihrer berühmten Schrift 'So-  
zialreform oder Revolution?' <sup>2)</sup> versucht, gesetzli-

---

1) Vgl. S. Miller: Das Problem der Freiheit im So-  
zialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der  
Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis  
zum Revisionismusstreit, 2. Aufl., Frankfurt/M.,  
1964, im folgenden zitiert als: Problem, S.216 f.

2) R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899),  
in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 1, erster Halbband,  
Berlin(Ost), 1974, S. 367-466, im folgenden zitiert  
als: Sozialreform. Sie schreibt unter anderem zum  
Zusammenhang zwischen Parlamentarismus und Revolu-  
tion (S. 428 f. und 432):

"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich  
die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Brei-  
te gezogene Revolution und die Revolution als die



che Erfolge und parlamentarische Arbeit in den Rahmen zu stellen, den die programmatische Zielsetzung der Sozialdemokratie absteckte. Trotz des immerhin unternommenen Versuchs, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden und dann später in einen Zusammenhang mit dem von ihr verwendeten dialektischen Begriffspaar Spontaneität und Organisation zu bringen,

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 696:

kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzungen durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlage der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen: in dem Übergange einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere. Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten. ... Ist die Demokratie für die Bourgeoisie teils überflüssig, teils hinderlich geworden, so ist sie für die Arbeiterklasse dafür notwendig und unentbehrlich. Sie ist erstens notwendig, weil sie politische Formen (Selbstverwaltung, Wahlrecht u. dgl.) schafft, die als Ansätze und Stützpunkte für das Proletariat bei seiner Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft dienen werden. Sie ist aber zweitens unentbehrlich, weil nur in ihr, in dem Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte das Proletariat zum Bewußtsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann. Mit einem Worte, die Demokratie ist unentbehrlich, nicht, weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat überflüssig, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso notwendig wie auch einzig möglich macht. Wenn Engels die Taktik der heutigen Arbeiterbewegung in seinem Vorwort zu den 'Klassenkämpfen in Frankreich' revidierte und den Barrikaden den gesetzlichen Kampf entgegenstellte, so behandelte er - was aus jeder Zeile des Vorworts klar ist - nicht die Frage der endgültigen Eroberung der politischen Macht, sondern die des heutigen alltäglichen Kampfes, nicht das Verhalten des Proletariats gegenüber dem kapitalistischen Staate im Moment der Ergreifung der Staatsgewalt, sondern sein Verhalten im Rahmen des kapitalistischen Staates. Mit einem Wort, Engels gab die Richtschnur dem beherrschten Proletariat und nicht dem siegreichen."

gelang es ihr in der politischen Praxis auch nicht, dieser Politikauffassung zum Durchbruch zu verhelfen.

Ihre implizit geäußerte Grundhaltung, daß die bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung nur eine Übergangsphase darstellten, und daß nach entsprechenden Massenstreiks neue Organisationsformen der politischen Willensbildung gefunden werden müßten, stieß bei der breiten Basis der Sozialdemokratie auf Ablehnung. Insofern muß zu der - theoretisch auf einer bestimmten Ebene durchaus zutreffenden - Kritik Luxemburgs am revolutionären Attentismus und der/sich hauptsächlich auf parlamentarisch beschränkenden Praxis der Sozialdemokratie vermerkt werden, daß letztlich auch Rosa Luxemburg an dem Anspruch scheiterte, eine über den theoretischen Rahmen hinausgehende Umsetzung in eine praktische Politik so erfolgreich zu vollziehen, daß zum Beispiel die Ereignisse des 4. August 1914 nicht in dieser Form hätten stattfinden können. Ein solcher Politikversuch scheiterte in der Praxis auch deshalb, weil er die Einflüsse des preußischen Systems auf die Arbeiterbewegung und die industriellen Lohnarbeiter insgesamt unterschätzte; dies nicht nur deshalb, weil R. Luxemburg den Kernbegriff ihrer revolutionären Theorie, den Massenstreik, aus den Ereignissen der russischen Revolution von 1905 entwickelte.

Zudem und in erster Linie muß bei einer solchen Ideologiekritik beachtet werden, daß die große Mehrheit derjenigen, in deren Namen und für deren Orientierung eine solche Diskussion geführt wurde, von dieser nicht erreicht wurde.

Der Einfluß der programmatischen Äußerungen - und damit deren Kenntnis als Voraussetzung dieses Einflusses - auf die 'Masse' der industriellen Lohnar-

beiter und auf die anderen abhängig Beschäftigten im Handwerk, in den häuslichen Diensten und in der Landwirtschaft war äußerst gering, wie zahlreiche zeitgenössische Biographien und Dokumentationen sowie die neueren Forschungen darlegen <sup>1)</sup>.

Gerade auch hinsichtlich dieser Abgehobenheit muß der Kritik Max Webers an der Sozialdemokratie, wie er sie anlässlich einer Rede 1895 in Freiburg im Rahmen seiner Auffassung von den Chancen des deutschen Liberalismus zwischen dem romantischen Konservatismus auf der einen und dem marxistischen Lager auf der anderen Seite übte, zugestimmt werden. Weber vermerkte in dem inhaltlichen Zusammenhang, "daß die revolutionäre Leidenschaft der Führer der Arbeiterbewegung (wobei er hier nicht zwischen den einzelnen Strömungen differenzierte, Anm. d.V.) von der tatsächlichen Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei awich" <sup>2)</sup>, die, wie er sehr frühzeitig beobachtete, auf eine Anpassung an den herrschenden deutschen Staat hinauslief, statt auf eine realistische revolutionäre Alternative. In die-

---

1) Siehe dazu L. Uhen, a.a.O., S. 67-81; H.J.Steinberg: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, 3. Aufl., Bonn-Bad Godesberg, 1972, im folgenden zitiert als: Sozialismus, insbesondere S. 129-142; Ders.: Lesegewohnheiten deutscher Arbeiter, in: Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, hrsg.v.P.v.Rüden, Frankfurt/M., Wien, Zürich, 1979, S. 261-280, im folgenden zitiert als: Lesegewohnheiten; D.Langewiesche, K.Schönhoven: Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im Wilhelminischen Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 16 (1976), S. 135-204.

2) A.Giddens: Marx, Weber und die Entwicklung des Kapitalismus, in: Seminar: Religion und gesellschaftliche Entwicklung. Studien zur Protestantismus-Kapitalismus-These Max Webers, hrsg.v. C.Seyfarth u. W.M. Sprondel, Frankfurt/M., 1973, S. 65 - 96, im folgenden zitiert als: Marx, besonders S. 74-76 (Webers Einstellung zur Sozialdemokratischen Partei), S. 75.

sem Sinne sagte er auch, der deutsche Staat würde die Sozialdemokratie erobern und nicht umgekehrt <sup>1)</sup>.

Aufgrund seiner Überzeugung, daß die Arbeiterklasse politisch nicht imstande sei, die Nation zu führen (obwohl Weber durchaus mit einigen Teilen des sozialdemokratischen Programms einverstanden war, so mit den Forderungen nach gleichen Rechten der politischen Beteiligung für die Arbeiterklasse <sup>2)</sup>) und er die Junker als absteigende Klasse betrachtete, sah Weber allein in der Stärkung des liberalen Bürgertums den Weg, der Nation die nationale Integrität zu bewahren <sup>3)</sup> und zugleich eine für die industrielle Gesellschaft notwendige Verfassung der politischen Demokratie zu schaffen.

Die Kritik Webers an der 'Abgehobenheit' der sozialdemokratischen Führer, die in gewisser Weise die Kritik Luxemburgs am revolutionären Attentismus ergänzte, und das Postulat, daß Theorie und Praxis in einem logischen Zusammenhang stehen sollten, darf allerdings nicht dahingehend interpretiert werden, daß die notwendige Autonomie der theoretischen Arbeit gegenüber Partei- und Gewerkschaftsdirektiven,

---

1) Vgl. A. Giddens, Marx, a.a.O., S. 75.

2) Dabei entsprang Webers Abneigung gegen den politischen Führungsanspruch der Sozialdemokratie seiner Auffassung, daß eine sozialistische Regierung und Planwirtschaft eine nur noch größere Macht der Bürokratie zur Folge hätte. Es würde dann nicht nur ein Gegengewicht zur Ausweitung der Bürokratie im politisch-staatlichen Bereich fehlen, sondern es würde darüberhinaus noch zu einer Ausweitung der Bürokratie im wirtschaftlichen Bereich kommen.

3) Gleichzeitig jedoch schalt Weber einen großen Teil des Bürgertums: "Nur allzu offenkundig sehnt sich ein Teil des Großbürgertums nach dem Erscheinen eines neuen Cäsars, der sie schirme - nach unten gegen aufsteigende Volksklassen - nach oben gegen sozialpolitische Anwandlungen, deren ihnen die deutschen Dynastien verdächtig sind. Und ein anderer Teil ist längst versunken in jene politische Spießbürgerei, aus welcher die breiten Schichten des Kleinbürgertums noch niemals erwacht sind."

die aus praktischen taktischen Anforderungen entstehen, aufgehoben werden muß, im Gegenteil.

Es gibt keine Identität von Theorie und Praxis. Wer sie anstrebt, kann keinen theoretischen Freiraum beanspruchen. Gerade aber diese notwendige Autonomie der Theoriebildung, die einen sinnfälligen Zusammenhang zur Praxis nicht nur nicht ausschließt, sondern im Gegenteil sogar dafür notwendige Vorbedingung ist, wurde durch die sich breiter entwickelnde Arbeiterbewegung mehr und mehr beschnitten. Sie benötigte die Theorie letztlich nur noch zur Legitimation des eigenen Handelns statt zur verbindlichen, demokratischen Festlegung von Grundwerten als Richtschnur eigenen Handelns und lehnte es ab, in einen fruchtbaren Dialog mit der Theorie einzutreten. So hat Friedrich Engels in einem Brief an August Bebel vom 1./2. Mai 1891 diese Einengung der Autonomie der Theorie durch das schulmeisterliche Verhalten der sozialdemokratischen Führungsgremien angeprangert <sup>1)</sup>:

Seit Ihr versucht, die Veröffentlichung des Artikels (der nicht mit der Meinung des Parteivorstandes übereinstimmte, Anm. d.V.) mit Gewalt zu verhindern, und der 'Neuen Zeit' habt Warnungen zukommen lassen, sie würde im Wiederholungsfall vielleicht auch parteilich verstaatlicht und unter Zensur gestellt, muß mir die Besitzergreifung Eurer ganzen Presse durch die Partei doch unter einem eigentümlichen Licht erscheinen. Wodurch unterscheidet Ihr Euch von Puttkammer, wenn Ihr in Euren eigenen Reihen ein Sozialistengesetz einführt? ... Aber ich möchte doch zu Bedenken geben, ob Ihr nicht besser tötet, etwas weniger empfindlich und im Handeln etwas weniger - preußisch zu sein. Ihr - die Partei - braucht die sozialistische Wissenschaft, und diese kann nicht leben ohne Freiheit der Bewegung. Da muß man die Unannehmlichkeiten in den Kauf nehmen, und man tut's am besten mit Anstand, ohne zu zucken. Eine, auch nur lockere Spannung, geschweige ein Riß zwischen der deutschen Partei und der

---

1) F. Engels: Brief an Bebel vom 1./2. Mai 1891, in: MEW 38, Berlin(Ost), 1968, S. 89-97, im folgenden zitiert als: Bebel, S. 94 f.



deutschen sozialistischen Wissenschaft wäre doch ein Pech und eine Blamage sondergleichen. ... Im 'Vorwärts' wird immer geprahlt mit der unantastbaren Freiheit der Diskussion, aber zu merken ist davon nicht viel. Ihr wißt gar nicht, wie eigentümlich solche Neigung zu Gewaltmaßregeln hier im Ausland einen anmutet, wo man gewohnt ist, die ältesten Parteichefs innerhalb der eigenen Partei gehörig zur Rechenschaft gezogen zu sehen... . Und dann dürft Ihr doch nicht vergessen, daß die Disziplin in einer großen Partei keineswegs so straff sein kann als in einer kleinen Sekte, und daß das Sozialistengesetz, das Lassalleaner und Eisenacher in eins geschmiedet ... und solchen engen Zusammenhalt nötig machte, nicht mehr existiert.

Der Versuch der Vereinnahmung einer Theorie zum Zwecke der Legitimierung des revolutionären Attentismus entsprang einer Verhaltensweise, die einer mehr politischen Betrachtungsweise entsprach. Das Problem der Arbeiterbewegung bestand u.a. darin, alle Proletarier und die gesamte entsprechende Theorie für die vorgegebenen Ziele gleichermaßen interessieren zu wollen, obwohl - wie oben schon mehrfach diskutiert - die Arbeiterbewegung bestimmten Problematiken des industriellen Kapitalismus in einer preußisch-deutschen Gesellschaft geradezu hilflos - auch aus bestimmten schon genannten Gründen - gegenüber stand. Nur eine bestimmte Gruppe (Handwerker) dominierte die Arbeiterbewegung und akzeptierte andere Arbeitergruppen und deren Aktionen aufgrund ihrer berufsständisch geprägten Verhaltensweisen nicht im notwendigen Umfang. Jene Art, die - wie Engels treffend schrieb - auch typisch preußisch war, traf ja nicht nur die Theoriebildung, sondern vor allem auch große Teile der Arbeiter. Damit wirkte die Arbeiterbewegung in der Hinsicht ihrer berufsständisch geprägten Ausrichtung langfristig entpolitisierend auf diejenigen, die sie politisieren wollte - letzteres allerdings nur in ihrem (eingeengten) Sinne. Eine Entpolitisierung bewirkte auf der anderen Seite natürlich, daß sich die Arbeiterbewegung und besonders deren (Führungs)Gre-

mien bitter über mangelnde oder nur schwer zu initiiierende Basisaktivitäten, die die Politik des Vorstandes stützen sollten, beklagten, was dann wiederum (notwendigerweise) zu einer noch ausgeprägteren Stellvertreterpolitik und letztlich auch zu einer entsprechenden Bevormundung führte, die ihrerseits dann wiederum eine Entpolitisierung bewirkte (und so fort).

Die Arbeiterbewegung reproduzierte damit zum Teil die Disziplin und Selbstdisziplinierung, die selber noch ein Kernstück bürgerlicher repressiver Moral war (und ist). Bei aller notwendigen Disziplin bei der Organisierung zur Erreichung eines bestimmten Zieles wurde jedoch

das Moment der freien und spontanen Artikulation der Bedürfnisse und der kollektiven, autonomen Bestätigung, eine Form der Selbstregulierung, die, von der Kindererziehung bis hin zu den Massenstreiks, den einzelnen Proletarier Zug um Zug politisch, ideologisch, psychisch von den Einflüssen der herrschenden Klassen abtrennt 1),

übersehen.

Die Entwicklung eines wichtigen Teils der menschlichen Individualität, der Phantasie, wurde in einem starken Maße reduziert. Somit wurden auch, da die Entwicklung der Individualität unbedingte Voraussetzung von wirkungsvollem, demokratischem Verhalten ist, entsprechende kollektive Handlungen in eine Form gegossen, die heutzutage in der Diskussion mit den Begriffen 'Stellvertreterpolitik', 'Verbürokratisierung', 'Entfremdung der Basis von der Spitze' etc. umschrieben wird. Bei dieser Kritik muß allerdings berücksichtigt werden, daß eine solche Organisationsphantasie erhebliche Ansprüche sowohl an die Arbeiterbewegung als auch an die Arbeiter selbst stellt 2).

---

1) O. Negt: Demokratie, a.a.O., S. 199.

2) Es müßte in einer gesonderten Untersuchung im ein-

Dabei wurden (und werden) diese Ansprüche an die Phantasie der Arbeiter noch verstärkt durch die Programmatik und Praxis der Organisationen, die nicht erkennen ließen, was im angestrebten Sozialismus konkret für den einzelnen besser werden sollte. Die globalen, unspezifischen, 'zum Teil vom Sozial-Evolutionismus geprägten Aussagen der Sozialdemokratie gaben keinen Aufschluß darüber, wie sich die 'Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus' für den einzelnen auswirken würde, wie sich staatliche Institutionen in der neuen Gesellschaft organisieren würden und welches Verhältnis sie zu jedem einzelnen Gesellschaftsmitglied entwickeln könnten (dabei voraussetzend, daß es auch in einer sozialistischen Gesellschaft Regelungen, die das Gemeinwesen betreffen, bedarf, und diesen Regelungen auch mittels eines allgemein anerkannten kollektiven Verbandes Geltung verschafft werden muß). Die Sozialdemokratie sagte nichts über die konkrete Organisierung der industriellen Arbeit und der entsprechenden notwendigen Qualifizierung in einer zukünftigen Gesellschaft, da sie noch nicht einmal einen hinreichenden Begriff von industrieller Arbeit im Kapitalismus hatte.

Diese Verschwommenheit des Entwurfs einer neuen Gesellschaftsordnung, die weit über das notwendige Maß von Allgemeinheit bei programmatischen Sätzen, die ja auch immer propagandistische Funktion haben sollen, hinausging, stellte derartige Anforderungen

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 703:  
zelen überprüft werden, anlässlich welcher Ereignisse die Organisationsphantasie der betroffenen Arbeiter von ihren Organisationen behindert wurde (ob absichtlich oder aufgrund einer Überforderung der Organisationen), oder/und ob sich die Organisationsphantasie der Arbeiter aufgrund deren eigener Überforderungen nicht in dem notwendigen Ausmaß hatte entwickeln können.

an die Adressaten dieses Entwurfs, daß sich die ohnehin bestehenden Tendenzen der (negativen) Integration nur noch verstärkten, zumal die Praxis der Arbeiterbewegung, und hier speziell auch der Gewerkschaften, sich immer mehr auf die (zwar wesentliche, aber nicht hinreichende) Sozialpolitik im staatlichen Rahmen beschränkte.

Insofern gab die sich schrittweise formierende Arbeiterbewegung wenig Hilfe zur Entwicklung eines betrieblichen Mitbestimmungsstrebens der Belegschaften, das sich immer an der Wirklichkeit im Betrieb 'abarbeiten' mußte und sich sowohl gegenüber dem Unternehmer als auch den einzelnen Belegschaftsmitgliedern unter einem ständigen Legitimationszwang befand.

#### 2.2.3.2.12. Die allgemeine politische Orientierung der industriellen Lohnarbeiter durch die Arbeiterbewegung

Die Entwicklung eines betrieblichen Mitbestimmungsstrebens der Belegschaften geht von mehreren grundsätzlichen, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Bedingungen aus. Eine davon ist, daß sich die Arbeiter als Individuen radikaliseren, politisch werden, sich differenzieren und letztlich in Opposition gehen. All dies erfolgt - mit vielen Einschränkungen versehen und immer nur tendenziell - in Korrelation zur gesellschaftlichen Entwicklung, zu der auch jene der Arbeiterbewegung gehört.

Obwohl - wie wir vorher unter unterschiedlichen Aspekten heraus diskutiert haben - der Stellenwert der Entwicklung und die Unterstützung des betrieblichen Mitbestimmungsstrebens weder in der Programmatik noch in der politischen Praxis der Arbeiterbewegung ein

angemessener Platz eingeräumt wurde, obwohl der Entwicklung und dem politischen Gewicht einer politischen Handlungskompetenz der Individuen in ihrer Bedeutung zur Verwirklichung der Zielsetzungen der Arbeiterbewegung als Ganzes relativ wenig Beachtung geschenkt wurde, leistete die Arbeiterbewegung auf der anderen Seite eine allgemeine Orientierung der Arbeiter und schaffte damit auch trotz aller vorher gesagten Einschränkungen und Kritiken eine wesentliche Voraussetzung der Entwicklung eines betrieblichen Mitbestimmungstrebens.

In einer Zeit, in der die (vorindustriell) geprägte Alltagsmoral nicht mehr genügte, komplexe Situationen, wie sie sich mit der Durchsetzung der Großen Industrie ergaben, zu bewältigen, leisteten die Organisationen eine allgemeine Orientierung und Hilfe bei der Interpretation der neuen Situationen <sup>1)</sup>.

Vor Beginn der Industrialisierung führte die ökonomische, politische und soziale (und im übrigen auch räumliche) Segmentierung der Gesellschaft zu einer größeren Überschaubarkeit derselben und damit zur leichteren Bewältigung der jeweiligen (räumlich und sachlich eingegrenzten) Situationen. Mit der Industrialisierung jedoch, die ein Aufbrechen der engen Umgebung und damit durchlässigere Kommunikationsstrukturen innerhalb einer Gesellschaft bewirkten, berührten entfernteste Ereignisse ganz direkt die Situation von bestimmten Gruppen in ihrer bis dahin relativ abgeschlossenen Welt (so zum Beispiel die Erfindung des Jacquard-Webstuhls die schlesischen Weber).

Diese Orientierung durch die Organisationen der Arbeiterbewegung, die trotz starker handwerklicher Prägung andere Voraussetzungen und auch andere Ziele als die bürgerlichen aufwiesen, konnte aber immer nur eine allgemeine sein, die sich vor allem auf das 'Wir-Ge-

---

1) Zu dieser allgemeinen Orientierung trug in nicht unwesentlichem Maße die immer stärker werdende Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse bei.



fühl', auf das Empfinden einer grundsätzlich gleichen Situation und Position bezog und die Gesellschaft in klare, verständliche Lager aufteilte.

Die Sozialdemokratie versagte, als es darum ging, Grundstrukturen einer neuen Gesellschaft und die Möglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels sowohl theoretisch als auch in der Praxis überzeugend zu vertreten und entsprechend Anhänger dafür zu gewinnen. Es gelang ihr aber, die Orientierungslosigkeit des größten Teils der Arbeiter angesichts der neuen komplexen Situation derart zu überwinden, daß zumindest Grundstrukturen der bestehenden Gesellschaft von den Betroffenen interpretiert werden konnten <sup>1)</sup>.

Adolf Levenstein hat in seinen Untersuchungen den Arbeitern auch die Frage gestellt <sup>2)</sup>: "Welchen Ein-

---

1) Typische Beispiele für diese allgemeine Interpretation sind die Gedichte und Lieder der Organisationen der Arbeiterbewegung, die damals nicht nur von den Mitgliedern der Führungsgremien der Organisationen auf Festen und Veranstaltungen wie zum Beispiel zum 1. Mai, sondern auch von den Mitgliedern und darüberhinaus von der Mehrheit der Arbeiter gesungen wurden. Ein bekanntes Beispiel ist das Bundeslied des ADAV, das genau dieses Gemeinschaftsgefühl trifft und auch noch 1875 - sehr zum Ärger einiger engstirniger Eisenacher - an Popularität nichts einbüßte:

"Mann der Arbeit, aufgewacht!  
Und erkenne Deine Macht!  
Alle Räder stehen still,  
wenn Dein starker Arm es will.  
  
Brecht das Doppeljoch entzwei!  
Brecht die Not der Sklaverei!  
Brecht die Sklaverei der Not!  
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!"

Und in einem 1871 veröffentlichten Gedicht mit dem Namen 'Weckruf' heißt es (in: L. Uhen, a.a.O., S. 70 f.):

"Arbeitsmänner, Leidgefährten,  
Die ihr einzeln kämpft und ringt:  
Unsern Feind, den stark bewehrten,  
Nur die Einigkeit bezwingt.  
Auf und zögert drum nicht länger,  
Reicht euch all' die Bruderhand,  
Schließet gegen eure Dränger  
einen Schutz- und Trutz-Verband.

fluß hat auf Sie die politische und Gewerkschaftsbewegung? Haben Sie dadurch Hoffnung, daß es bald besser für Sie wird? Oder sind Sie hoffnungslos und warum?"

In fast allen Antworten wurde diese positiv beantwortet, und zwar gerade in dieser Bedeutung der Organisationen der Arbeiterbewegung als allgemeine Orientierung für das gesamte Arbeiterleben. Aus der Fülle solcher Antworten sollen hier nur zwei wiedergegeben werden, die die überragende Bedeutung der sich formierenden Arbeiterbewegung recht eindrucksvoll demonstrieren können. Ein dreiundzwanzigjähriger Bergmann beantwortete die obige Frage wie folgt <sup>1)</sup>:

Einen guten. Denn ohne die politische und Gewerkschaftsbewegung würde ich nicht zu einer Erkenntnis meiner Lebenslage gekommen sein. Die politische und Gewerkschaftsbewegung hat mir den Haß gegen die göttliche Weltordnung und die besitzende Klasse eingeimpft. Und wer ehrlich hassen kann, kann auch hoffen. Sonst hätte ich mich schon von beiden Bewegungen losgesagt aus Verachtung vor meinen Klassengenossen.

Und ein anderer, einundzwanzigjähriger, Bergmann ergänzte <sup>2)</sup>:

Die politische und Gewerkschaftsbewegung hat mich erst zum denkenden Menschen gemacht. Der Einfluß hat sich soweit vertieft, daß ich bereit bin, jede Waffe, die für die Befreiung brauchbar ist, zu benutzen. Ich bin nicht hoffnungslos, denn nur der Unverstand der Massen hindert uns daran, die schon reifen Früchte einzuernten.

Wenn auch einige Äußerungen dieser beiden Bergarbeiter unter den oben gemachten Diskussionen bezüglich Verbalradikalismus, unbestimmtem Zukunftsglauben etc. stark relativiert werden müssen, bleibt dennoch die Funktion der Arbeiterbewegung als neu gewonnene Ori-

---

Fortsetzung von Fußnote 1) der Seite 707:

In den Kampf für seine Rechte  
Trete jeder Proletar,  
Daß allein nicht länger fechte  
Eine kleine kühne Schar."

2) Vgl. A. Levenstein: Arbeiterfrage, a.a.O., S.286-322.

1) Vgl. ebenda, S. 287. 2) Vgl. ebenda.

entierungshilfe in einer hochkomplexen Welt, mit deren Hilfe man die Hilflosigkeit und Unsicherheit zur Meisterung der eigenen Situation überwunden hatte bzw. zumindest zu überwinden glaubte.

Eine solche Funktion war nicht so geplant und konnte auch gar nicht während der hier diskutierten Umbruchperiode in dem Maße entwickelt werden.

Erst in einer entwickelten bürgerlichen, individualistisch orientierten und insofern politisch liberalen Gesellschaft wird die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen und Angelegenheiten, also des 'Gemeinwohls', Parteisache, und es entsteht ein Bedarf an 'weltanschaulicher' Legitimität, den die Sozialdemokratie als Klassenpartei der industriellen Lohnarbeiter und als klassische Weltanschauungspartei befriedigt.

Gleichzeitig wird dadurch auch der industrielle Kapitalismus vom unerträglichen Druck der Systemmängel entlastet, und die Klasseninteressen der industriellen Lohnarbeiter werden in einer revolutionäre wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen nicht notwendig machenden Weise befriedigt.

Dabei soll noch einmal betont werden, daß sich die erst langsam formierende Arbeiterbewegung erst auf dem Wege zur Erfüllung dieser Funktion befand.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Arbeiterbewegung die an sich bürgerliche Norm der Selbsthilfe zur Organisierung der eigenen Interessen der Arbeiter benutzte und diese Norm gegen die bürgerliche Gesellschaft richtete. .. Dann aber bekämpften staatliche Organe und große Teile des Bürgertums entsprechende Verhaltensweisen und Handlungen der Arbeiter.

Somit setzte - nicht nur in der Tat, sondern auch verbal - die bürgerliche Gesellschaft ein bestimmendes Element ihres eigenen Selbstverständnisses (das

der Selbsthilfe, welches ja auch die Funktion hat, unternehmerisches Handeln zu legitimieren) in seiner Allgemeinheit außer Kraft.

Typisches Beispiel dafür ist der schon weiter oben geschilderte Versuch, die freie und selbstverwaltete Krankenversorgung der Arbeiter durch entsprechende staatliche Regulierungen im Rahmen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung zu ersetzen; ein Versuch, der auf den erbitterten Widerstand eines Teils der Arbeiter stieß. So appellierte die Metallarbeiterzeitung vom 31. Mai 1884 an die Opferwilligkeit der Arbeiter:

Sie werden hoffentlich im Interesse ihres Standes soviel Opferwilligkeit besitzen, daß sie den bei den freien Kassen von ihnen selbst zu leistenden wahrscheinlich etwas höheren Beitrag nicht scheuen werden, um die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten selbst auszuüben (...). Durch massenhafte Beteiligung an den freien Kassen sollen die Arbeiter beweisen, daß sie Unabhängigkeits- und Selbstständigkeitsgefühl genug besitzen und daß sie selbst unter schwierigen Umständen auf ihr Selbstbestimmungsrecht nicht verzichten wollen 1).

Ein weiteres Beispiel des Versuchs der Praktizierung des Selbsthilfegedankens war die Gründung von sich an die Organisationen der Arbeiterbewegung anlehnenden Arbeiterkonsumvereinen, die sich - vor allem bis 1890 - in mühsamen und stets von Rückschlägen begleiteten Entwicklungen sowohl aus der Umklammerung und Konkurrenz der bürgerlichen Versuche zur Lösung

1) Zitiert nach M. Rodenstein, a.a.O., S. 146. Der Widerspruch in diesem Aufruf, der darin besteht, daß zum einen das Entstehen für die Selbsthilfeorganisationen als ein bedeutsamer Lernschritt der industriellen Lohnarbeiter weg von ständischer Eingebundenheit hin zu bürgerlichen Normen aufgearbeitet wurde, und sie dann selbst als zu nutzende Verhaltensweisen und Handlungen verstanden werden kann, daß zum andern in diesem Aufruf vom 'Stand' gesprochen wird, weist noch einmal darauf hin, daß die Lernprozesse der Arbeiter von vielen unterschiedlichen Bedingungen und Voraussetzungen ausgehen, sehr widersprüchlich und auf verschiedenen Ebenen sehr unterschiedlich ver-

der 'Sozialen Frage' mittels Anwendung des Assoziationsgedankens (neben Bildungsvereinen auch Konsumgenossenschaften für die Arbeiter) als auch der unternehmerischen Zechenkonsumvereine und Werkskonsumanstalten befreien mußten <sup>1)</sup>.

Mit dem Rückzug eines großen Teils des Bürgertums aus den demokratisch-liberalen Bewegungen (vor allem nach 1878) fiel der Sozialdemokratie auch noch die Rolle der 'Alleinvertretung' von liberal-demokratischen Positionen neben ihrer (auch von ihr selbst definierten) Rolle der Alleinvertretung des Proletariats zu. Damit erhielt sie faktisch die Funktion einer Volkspartei und wurde zu der einzigen Kraft, die eine wirkungsvolle Opposition und eine allgemeine Alternative zum herrschenden System des industriellen Kapitalismus preußisch-deutscher Prägung bot.

Insofern muß Lujo Brentano zugestimmt werden, der darauf verwies, daß viele Arbeiter zur Sozialdemokratie ein Verhältnis hatten wie ein Mädchen, das nur einen Freier hat. Die Arbeiter - so Brentano weiter - würden der Sozialdemokratie deshalb zufallen, "weil der sozialdemokratische Agitator der einzige ist, der in einer den Arbeitern verständlichen Weise sich um sie bemüht <sup>2)</sup>.

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 710:  
laufen - nicht nur, was die Arbeiter insgesamt betrifft, sondern vor allem auch innerhalb eines jeden Individuums - und niemals endgültig sein können (zumal niemand auch tatsächlich bestimmen kann, wie Verhaltensweisen und Handlungen 'des Arbeiters als solchem' auszusehen, hätten - obwohl es viele gibt, die dieses aus politisch-ideologischen Gründen versuchen).

1) Vgl. dazu G. Huck: Arbeiterkonsumvereine und Verbraucherorganisationen. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrbergbau 1860-1914, in: Fabrik, Familie, Feierabend, hrsg. v. J. Reulecke u. W. Weber, Wuppertal, 1978, S. 215-245; insbesondere S. 219-229.

2) L. Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena, 1931, im folgenden zitiert als: Leben, S. 105.



Dabei nimmt Brentano allerdings eine Verengung vor, indem er nur die verständliche Art und Weise als Grund für die Sympathie für die Sozialdemokratie benennt; es war die Situation und Position als industrieller Lohnarbeiter in einem repressiven staatlichen Verband, die die Arbeiter selbst aus ihren eigenen Interessen heraus nach allgemeinen alternativen Orientierungen suchen ließ, die ihnen dann die Organisationen auch boten. Dabei waren es nicht nur relativ abstrakte allgemeine Interpretationshilfen, die gegeben wurden, sondern vor allem auch die durch die Entwicklung von kollektiven Verhaltensweisen und Handeln in der Form der Organisierung in den Gewerkschaften erfolgte Zurückdrängung der tagtäglich im Alltag und im Betrieb erfahrenen eigenen Ohnmachtsgefühle <sup>1)</sup>.

Auf der anderen Seite jedoch - und dieses sei am Schluß nur wiederholt - bedeutete eine solche Zurückdrängung keineswegs eine sachlich-rationale Aufarbeitung der im Betrieb besonders deutlich auftre-

---

1) Daß dabei diese Orientierung nicht ganz drucklos von Seiten der im Betrieb schon Organisierten vorstatten ging, schilderte W. Holek in seinen Lebenserinnerungen (II. Teil, a.a.O., S. 46): "Von der Fabrikleitung angenommen zu sein, war für den Neuling noch die Hauptsache; aber die Arbeiter hatten für ihn eine größere Macht in den Händen. Verstand er von der Arbeit nichts, so hing er doch nur von ihnen ab, was sie ihm zeigten, wie sie ihn berieten und wie er in der Arbeit überhaupt vorwärts kam. Nur ein begriffsstutziger Mensch hätte nicht sofort gemerkt, welche Macht dadurch über ihm schwebte. Er füllte bereitwilligst den Aufnahmeschein in die Gewerkschaft aus, falls er noch nicht drin war, um sich so die Solidarität der Kollegen zu sichern. Denn was sonst folgen würde, konnte er ahnen. Was die Arbeiter so zu handeln veranlaßte, war nicht etwa die niedrige Gesinnung, der blöde Egoismus jener Ofenarbeiter, dem Neuling unter allen Umständen die Arbeit zu vereiteln, ihn aus dem Betrieb herauszubugsieren; sondern ein auf das Solidaritätsgefühl bauender Selbstschutz."

tenden Problembereiche durch die Belegschaftsmitglieder, die auf eine gesonderte Weise erfolgen mußte, die jedoch von der Gewerkschaft nicht in ausreichendem Maße unterstützt wurde.

Abschließend soll zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter nur vermerkt werden, daß die grundsätzliche Überlegenheit der Unternehmer im Betrieb die Arbeiter zu solchen Handlungsweisen wie der der Organisation zwingt, um überhaupt bestimmte Interessen ein Stück weit wirkungsvoll vertreten zu können. Darüberhinaus gelang es den Unternehmern, ihre politische Macht, die dann ihrerseits wiederum Rückwirkungen auf die betrieblichen Verhältnisse hatte, durch eine frühe und äußerst wirkungsvolle eigene Organisation weiter auszubauen, die die Arbeiter zu noch stärkeren individuellen und kollektiven Widerstandsformen zwang.

#### 2.2.3.3. Die Organisation der Unternehmer

Position und Situation der Unternehmer in einer kapitalistisch verfaßten, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden industriellen Gesellschaft lassen sich erklären aus ihrer grundsätzlichen Machtüberlegenheit gegenüber Lohnarbeitern in einer Gesellschaft, die in ihrem ökonomischen Bereich die Markt-, Vertrags- und Eigentumsfreiheit garantiert und in ihrem politischen Bereich die Anforderungen einer individualistisch-liberalen Verhaltensprogrammatik als allgemeinverbindlich erklärt (dabei diese einer öffentlichen Kontrolle unterwerfend) und somit Lohnarbeit gegenüber unternehmerischer Disposition benachteiligt.

Legitimiert wird die Ausübung der Herrschaft der Un-

ternehmer durch die Grundnormen der bürgerlichen Gesellschaft, die sich in dem Komplex der individualistischen Handlungsweise zusammenfassen lassen und auch die Konkurrenzwirtschaft in der Form des Kapitalismus mit begründen.

Gefordert wird von den Individuen ein Aktivismus, der nicht nur die prinzipielle Möglichkeit, sondern die Verpflichtung zur Selbsthilfe und Selbsterziehung beinhaltet. Die individualistische Handlungsweise muß dabei von jedem Individuum selbst organisiert werden, d.h., daß weder der Staat noch Verbände etc. Voraussetzungen zur Verwirklichung des Individualismus schaffen dürfen. Das darf - zumindest prinzipiell - deswegen nicht sein, weil es gerade wieder eine kollektive und passive Einbindung des einzelnen voraussetzt, die dem bürgerlichen Individualismus und Aktivismus zuwiderlaufen würde.

Gerade aber dieses erfolgt durch die Organisierung der Unternehmer <sup>1)</sup>. Der Widerspruch zwischen der Norm des bürgerlichen Individualismus und der Organisierung der Unternehmer ist eingebettet in den allgemeinen Widerspruch zwischen den Grundvoraussetzungen und -annahmen der bürgerlichen Gesellschaft, die von dem Modell einer Gesellschaft von Kleinwarenbesitzern ausgeht, und der industriell-kapitalistischen Dynamik, die in bestimmter Hinsicht die individualistische Handlungsweise nur noch als Hemmnis der Entwicklung betrachtet. Auf der anderen Seite jedoch wäre es falsch, den bürgerlichen Individualismus nur noch als bloße Ideologie ohne praktisch-politische Funktion zu betrachten, denn jede Ideologie setzt ihrerseits wiederum Normen als Ausgangspunkte sozialen und politischen Handelns.

1) Auch schon vor 1850 organisierten sich viele Unternehmer, damals aus Gründen der Einschränkung der Konkurrenz, aber auch schon zum Zweck der politischen Einflußnahme auf die staatliche Bürokratie, weniger aus Gründen der gemeinsamen Niederhaltung der Ansprüche der industriellen Lohnarbeiter.

Der Widerspruch zwischen dem Individualismus und der Organisierung der Unternehmer verläuft in einem dialektischen Prozeß und führt eben auch zu kollektivistisch organisierten Handlungsformen. Ein Grund dafür liegt in der Abstraktion des sozialen Zusammenhangs durch die Normen des bürgerlichen Individualismus. Denn letztlich bezieht die praktisch-politische Umsetzung der Normen der bürgerlichen Gesellschaft ihre (zwar eingeschränkte, aber immerhin existierende) Funktionsfähigkeit und -tüchtigkeit sozial aus der Kooperationsbereitschaft (und auch 'Gutwilligkeit') der Individuen.

In Preußen-Deutschland erhielt die Organisierung der Unternehmer eine spezielle Verformung durch den Umstand, daß insbesondere vor 1850 die staatliche preußische Bürokratie sehr stark und direkt in die Wirtschaft mit dem Ziel einer forcierten Industrialisierung eingriff, was erhebliche, oben schon diskutierte, Auswirkungen auf die Rolle und Funktion des Staates auch nach 1850 hatte.

Die beiden Momente - die starke preußische Bürokratie mit ihrer Modernisierungsstrategie, zum Teil überlagert durch die Normen des alten 'Preußischen Systems', sowie die sehr rasche Industrialisierung Deutschlands im Vergleich zu den früher einsetzen- den aber dann langsamer verlaufenden Entwicklungen Englands und Frankreichs - prägten in ganz entscheidendem Maße die Organisierung der Unternehmer.

Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, daß die soziale und berufliche Herkunft sowie die damit zusammenhängende obrigkeitsstaatlich-moralische, von religiösen Momenten behaftete Eingebundenheit der Unternehmer deren Organisierung in eine bestimmte Richtung lenkten.

#### 2.2.3.3.1. Die soziale und berufliche Herkunft der Unternehmer

Bei der Diskussion um die Verbindungen zwischen vorindustriellen Verhältnissen und der Industrialisierung/Durchsetzung der Großen Industrie muß zwischen verschiedenen Ebenen hinsichtlich der Rekrutierung unterschieden werden.

Auf der Leitungsebene eines Betriebes/Unternehmens war die Kontinuität zwischen vorindustriellen Verhältnissen und solchen industrieller Prägung relativ gering.

Kocka schreibt dazu <sup>1)</sup>:

Zu verschiedenen waren die Bedingungen zwischen der künstlichen Schutzglocke und dem absolutistischen Interventionismus einerseits und der industriellen Revolution unter wirtschaftsliberalen, marktwirtschaftlichen Bedingungen andererseits, als daß die alten Institutionen, Fertigkeiten und Personen in der neuen Zeit hätten ungebrochen weiterwirken können. ... Der Leiter des vorindustriellen gewerblichen Unternehmens (entwickelte sich) in der Regel nicht zum Leiter eines Industrieunternehmens fort.

Etwas anders stellte sich die Kontinuität bezüglich der sozialen und familiären Herkunft der industriellen Unternehmer, allerdings mit Einschränkungen, dar.

Die meisten Fabrikunternehmer der industriellen Revolution waren Nachfahren von Handwerkern, Verlegern, Manufakturiers und ganz besonders Kaufleuten (so zum Beispiel Krupp, Stumm), also von selbstständigen Handel- und Gewerbetreibenden. Sie entstammten kaum den besitzlosen Unterschichten, der ländlichen und städtischen Arbeiterschaft oder dem

---

1) J. Kocka: Unternehmer in der Industrialisierung. Göttingen, 1975, im folgenden zitiert als: Unternehmer, S. 32 f.



Gesinde und nur selten aus der Bauernschaft <sup>1)</sup>; ein Ergebnis im übrigen, daß sich in etwa auch mit jenem auf der Ebene der beruflichen Herkunft der Unternehmer deckt.

So waren viele Unternehmensgründer ehemalige Kaufleute und Verleger (die häufig auch Bank- und Speditionsgeschäfte betrieben) <sup>2)</sup>, bekannteste Beispiele

---

1) Vgl. J. Kocka: Unternehmer, a.a.O., S. 33 f.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch David Crew in seinen Untersuchungen über die soziale Herkunft der Bochumer Industriellen, vgl. D. Crew, a.a.O., S. 115 ff.

Ähnliches gilt auch für die allgemeinere Untersuchung Toni Pierenkempers über die westfälischen Schwerindustriellen, s. Tabelle I, S. 718 dieser Arbeit: Soziale Herkunft der westfälischen Schwerindustriellen (Vaterberuf) und Tabelle II, S. 719 dieser Arbeit: Die Berufe der Schwiegerväter der westfälischen Schwerindustriellen, aus: T. Pierenkemper: Die westfälischen Schwerindustriellen 1852 - 1913, Göttingen, 1979, im folgenden zitiert als: Schwerindustrielle, S. 44 f.

Auch Matzerath kommt für die Stadt Rheydt zu ähnlichen Resultaten, vgl. H. Matzerath, a.a.O., S.39, ebenso wie H. Kaelble in seinen Untersuchungen über den sozialen Aufstieg der Unternehmer in Deutschland, s. Tabelle III: Untersuchungen über den sozialen Aufstieg der Unternehmer in Deutschland, S. 719 dieser Arbeit, aus: H. Kaelble: Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850-1914, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 60 (1973), im folgenden zitiert als: Sozialer Aufstieg, S. 52 und 56.

Erklärung zu Tabelle III:

1 Die Zusammenfassung basierte auf den bis dahin erschienenen acht Bänden der Neuen Deutschen Biographie (NDB), die allerdings nur die bedeutenden oder auch in anderen Bereichen in führender Position tätigen Unternehmer erfaßt.

a Auch: Tierärzte, Chemiker, Architekten, Ingenieure.

b Hier: Fabrikanten und Großkaufleute. Die 'Kaufleute' wurden der ersten Position der Mittelschicht zugeschlagen, da es sich dabei in der Mehrzahl um kleinere Gewerbetreibende handeln dürfte.

2) In Bochum war folgende berufliche Herkunft Industrieller festzustellen, s. Tabelle IV, S.720 dieser Arbeit.

Tabelle I

Soziale Herkunft der westfälischen Schwerindustriellen (Vaterberuf)

|                         | Gründer | Aufsichtsräte | Leiter | insgesamt |            |
|-------------------------|---------|---------------|--------|-----------|------------|
| Unternehmerische Berufe | 14      | 26            | 53     | 93        |            |
| Kaufmann/Händler        | 7       | 3             | 8      | 18        | b) Notar   |
| Fabrikant               | 3       | 5             | 10     | 18        | Apotheker  |
| Industrieller           | 3       | 5             | 14     | 22        | Pastor     |
| Gewerke                 | -       | 4             | 1      | 5         | Architekt  |
| Bankier                 | 1       | 6             | -      | 7         | c) Rendant |
| Direktor                | -       | 1             | 15     | 16        | Dichter    |
| Sonstige a)             | -       | 2             | 5      | 7         | Steiger    |
| traditionelle Berufe    | 3       | 8             | 36     | 47        |            |
| Gutsherr                | 1       | 7             | 4      | 12        |            |
| Offizier                | -       | -             | 2      | 2         |            |
| Beamter                 | 2       | -             | 26     | 28        |            |
| Bergbeamter             | -       | 1             | 4      | 5         |            |
| technische Berufe       | 2       | 1             | 7      | 10        |            |
| Ingenieur/              | -       | -             | 4      | 4         |            |
| Mechaniker              | 2       | 1             | 3      | 6         |            |
| Handwerker              |         |               |        |           |            |
| Landwirt/Gastwirt       | 6       | 1             | 3      | 10        |            |
| akademische Berufe b)   | 1       | 1             | 10     | 12        |            |
| sonstige Berufe c)      | -       | -             | 3      | 3         |            |
| insgesamt               | 26      | 37            | 112    | 175       |            |
| keine Information       | 13      | 9             | 51     | 73        |            |
| N                       | 39      | 46            | 163    | 248       |            |

a) Bauunternehmer, Reeder, Betriebsführer. b) Pfarrer, Arzt, Rechtsanwalt

Tabelle II

Die Berufe der Schwiegerväter der westfälischen  
Schwerindustriellen

|                              | Gründer | Aufsichts-<br>räte | Leiter insgesamt |    |
|------------------------------|---------|--------------------|------------------|----|
| unternehmerische             |         |                    |                  |    |
| Berufe                       | 8       | 8                  | 12               | 28 |
| traditionelle                |         |                    |                  |    |
| Berufe                       | 4       | 4                  | 7                | 15 |
| technische                   |         |                    |                  |    |
| Berufe                       | 3       | -                  | -                | 3  |
| Ernährung/<br>Landwirtschaft | 3       | -                  | 2                | 5  |
| akademische                  |         |                    |                  |    |
| Berufe                       | -       | -                  | 4                | 4  |
| sonstige                     |         |                    |                  |    |
| Berufe                       | -       | -                  | 1                | 1  |
| insgesamt                    | 18      | 12                 | 26               | 56 |

Tabelle III

Untersuchungen über den sozialen Aufstieg der Unter-  
nehmer in Deutschland

| Beruf des Vaters                          | 1800-1870<br>NDB 1<br>(%) | 1871-1914<br>NDB 1<br>(%) |
|-------------------------------------------|---------------------------|---------------------------|
| Höhere Beamte                             | 4                         | 6                         |
| Offiziere                                 | 1                         | -                         |
| Hochschullehrer/ Leh-<br>rer, höh.Schulen | 2                         | 2                         |
| Geistliche                                | 3                         | 1                         |
| Rechtsanwälte                             | -                         | 1                         |
| Ärzte, Apotheker <sup>a</sup>             | 1                         | 2                         |
| Künstler u. publ. Berufe                  | -                         | -                         |
| Großgrundbesitzer                         | 2                         | 2                         |
| Unternehmer <sup>b</sup>                  | 54                        | 53                        |
| Höhere Schichten                          | 67                        | 67                        |
| Handwerker, Klein-<br>händler, Wirte      | 23                        | 20                        |
| Landwirte                                 | 2                         | 4                         |
| Mittlere/untere Beamte                    | 5                         | 6                         |
| Angestellte/Werkmeister                   | 1                         | 2                         |
| Arbeiter                                  | -                         | -                         |
| Lehrer                                    | -                         | 1                         |
| Mittlere/untere Schichten                 | 31                        | 33                        |
| Zahl der Fälle                            | 235                       | 297                       |

Tabelle IV

Berufliche Herkunft Industrieller

|                         | Anzahl | %    |
|-------------------------|--------|------|
| Nicht-Handarbeiter      |        |      |
| Angestellte             | 4      | 8,2  |
| Beamte                  | 6      | 12,2 |
| freie Berufe            | 6      | 12,2 |
| Händler, Kaufleute,     |        |      |
| Gastwirte               | 13     | 26,5 |
| Grundbesitzer, Bauern   | 1      | 2,0  |
| Bankier                 | 0      | 0,0  |
| Fabrikanten, Firmen-    |        |      |
| direktoren              | 9      | 18,4 |
| Summe                   | 39     | 79,5 |
| Handarbeiter            |        |      |
| Handwerker/Facharbeiter | 4      | 8,2  |
| angelernte/ungelernte   |        |      |
| Arbeiter                | 0      | 0,0  |
| Landarbeiter            | 0      | 0,0  |
| Unbekannt               | 6      | 12,2 |
| Summe                   | 49     | 99,9 |

Aus: D. Crew, a.a.O., S. 116.

Tabelle V

Ausgangsberufe der westfälischen Schwerindustriellen

|                      | Gründer Aufsichtsräte insgesamt |    |    |  |
|----------------------|---------------------------------|----|----|--|
| unternehmerische     |                                 |    |    |  |
| Berufe               | 25                              | 37 | 62 |  |
| Kaufmann/Händler     | 13                              | 3  | 16 |  |
| Fabrikant            | 2                               | 6  | 8  |  |
| Industrieller        | 2                               | 6  | 8  |  |
| Gewerke              | 2                               | 7  | 9  |  |
| Bankier              | 4                               | 10 | 14 |  |
| Direktor             | 1                               | 5  | 6  |  |
| sonstige Unternehmen | 1                               | -  | 1  |  |
| traditionelle        |                                 |    |    |  |
| Berufe               | 4                               | 9  | 13 |  |
| Bergbeamter          | 1                               | 3  | 4  |  |
| Gutsherr             | 1                               | -  | 1  |  |
| Beamter              | 2                               | 6  | 8  |  |
| technische Berufe    | 4                               | -  | 4  |  |
| akademische Berufe   | 3                               | -  | 3  |  |
| insgesamt:           | 36                              | 46 | 82 |  |
| keine Information    | 3                               | 0  | 3  |  |
| N                    | 39                              | 46 | 85 |  |

le dafür sind F. Harkort, F. Haniel, M. Stinnes und F. Krupp. Diese Gruppe von Unternehmensgründern war auch sehr häufig in der Textilindustrie zu finden <sup>1)</sup>.

Eine andere Gruppe von Gründern kam aus den Reihen der Staatsbeamten, eine Erscheinung, die auf die ungewöhnliche Verzahnung von staatlicher Bürokratie und insbesondere dem Bergbau hinweist. Als Repräsentanten dieser Gruppe sollen Louis Baare (Generaldirektor des Bochumer Vereins) und viele Zechendirektoren des Bochumer Vereins genannt werden <sup>2)</sup>.

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 717:

Aus: D. Crew, a.a.O., S. 116.

Pierenkemper stellte als Ausgangsberufe der westfälischen Schwerindustriellen fest: S. Tabelle V auf S. 720 dieser Arbeit, aus: T. Pierenkemper: Schwerindustrielle, a.a.O., S. 47.

Auch Kaelble stellte für die berufliche Herkunft Berliner Industrieller (tätig in dem Zeitraum von 1835 bis 1870) vorwiegend die kaufmännische Sparte fest:

Berufliche Herkunft von Berliner Industriellen  
Ausgangsberuf bzw. Ausbildung

|                             |    |
|-----------------------------|----|
| Kaufmann                    | 59 |
| Handwerker/Mechanikus       | 14 |
| Hoch- u. Fachschulabsolvent | 12 |
| Apotheker                   | 3  |
| Offizier                    | 1  |
| Gutsbesitzer                | 1  |
| Insgesamt                   | 90 |

in: H. Kaelble: Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung, Berlin, New York, 1972, im folgenden zitiert als: Unternehmer, S. 42.

1) Wie dies zum Beispiel in der Stadt Rheydt der Fall war, vgl. H. Matzerath, a.a.O., S. 41; ähnliches gilt auch für Barmen, vgl. W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 108 ff.

2) Vgl. D. Crew, a.a.O., S. 119. Auch die Direktoren zum Beispiel bei Krupp, Siemens und der Disconto-Gesellschaft waren zu einem erheblichen Teil vorher hohe Staatsbeamte gewesen.



Werner Siemens war zwar als Offizier vor seiner Unternehmerkarriere tätig und gehört somit formal auch zur letztgenannten Gruppe, er war aber zugleich auch Techniker (Artillerieoffizier) und somit eine große Ausnahme in der Reihe der Unternehmensgründer. Denn der technisch vorgebildete Unternehmertyp spielte in der Industrialisierung Deutschlands nicht die entscheidende Rolle, die ihm oft zugeschrieben wird<sup>1)</sup>. Zutreffend ist, daß die entscheidende Rolle bei der Industrialisierung von Kaufleuten übernommen wurde, die dann allerdings nicht selten mit einem handwerklich-technischen Partner zusammenarbeiteten<sup>2)</sup>.

Die Gruppe der ehemaligen Handwerker unter den Unternehmensgründern, die im übrigen - regional und branchenmäßig unterschiedlich - zahlenmäßig zum Teil größer waren als jene der ehemaligen Kaufleute, war mehr in klein- oder mittelbetrieblich strukturierten Industriezweigen tätig. Typisch dafür ist der Bereich des Maschinenbaus und der meist kleinbetrieblichen Metallverarbeitung im allgemeinen<sup>3)</sup>.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich die entsprechende Fabrik in der Regel nicht kontinuierlich aus dem Handwerksbetrieb entwickelte, sondern gleich in der Form eines größeren Betriebes (Manufaktur oder Industriebetrieb) gegründet wurde.

Als letzte Gruppe sei die der Unternehmenserben benannt, deren Anteil mit fortschreitender Industrialisierung und Akkumulation ganz erheblich zunahm,

---

1) In Einzelfällen gab es natürlich Techniker-Unternehmer, die sich dann als ehemalige Handwerker einer technischen Ausbildung unterwarfen (entweder in technischen Fach- oder Hochschulen oder mit/ohne technischer Schulbildung ohne Fachschulbildung, dafür aber mit praktischer Tätigkeit als Werkmeister wie zum Beispiel August Borsig), vgl. J. Kocka: Unternehmer, a.a.O., S. 50 f.

2) Vgl. ebenda, S. 47.

was eine Veränderung in der allgemeinen Unternehmenspolitik und auch der sozialen Betriebspolitik bewirkte.

Allerdings soll schon an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, daß manche amtliche und halbamtliche Verlautbarungen, die sich auf den Begriff des Unternehmers bezogen, von einem anderen Bild des Unternehmers ausgingen, als wir es tun. Wir beziehen den Unternehmer auf den Industriebetrieb, wobei in der gängigen Sprachregelung für Industriebetrieb auch Fabrik und für Unternehmer auch Fabrikant gesagt wird.

Im 19. Jahrhundert, und hier auch noch in deren zweiter Hälfte, galt noch - speziell im Textilgewerbe - ein Mischsystem von Industriebetrieb, Manufaktur, Verlags- und Heimgewerbe sowie Handwerk. Viele der damalig Heimgewerbetreibenden zählten in Verlautbarungen usw. als Fabrikanten.

Fortsetzung Fußnote 3) von Seite 722:

3) Verteilung der Industriellen handwerklicher, kaufmännischer und akademischer Herkunft auf einzelne Industriezweige Berlins

| Industriezweig                                     | Handwerkliche<br>Herkunft | Kaufmänn.<br>Herkunft | Absolventen<br>v. Hoch- u.<br>Fachschulen |
|----------------------------------------------------|---------------------------|-----------------------|-------------------------------------------|
| Textilindustrie                                    | 6                         | 31                    | 1                                         |
| Maschinen u. Apparate                              | 25                        | -                     | 7                                         |
| Metallindustrie                                    | 11                        | 8                     | 1                                         |
| Nahrung u. Genuß                                   | 3                         | 8                     | -                                         |
| Chemische Industrie                                | -                         | 9                     | 2                                         |
| Möbelindustrie                                     | 4                         | -                     | -                                         |
| Sonstige                                           | 1                         | 3                     | -                                         |
| Insgesamt                                          | 50                        | 59                    | 12                                        |
| ohne Maschinen-,<br>Apparate-u.<br>Metallindustrie | 14                        | 51                    | 4                                         |

in: H. Kaelble: Unternehmer, a.a.O., S. 42 (Kaelbles Untersuchung enthält nur jene Unternehmer, die im Zeitraum zwischen 1835 und 1873 in Berlin tätig waren). Zu ähnlichen Feststellungen wie Kaelble kommen auch J. Kocka: Unternehmer, a.a.O., S. 48 sowie D. Crew, a.a.O., S. 121.

Ein Beispiel dafür mag eine in der Kölnischen Zeitung vom 1.1.1815 erschienene Anzeige sein, in der unter anderem 'Fabrikanten' zur Wahl des Rates der Gewerbeverständigen, mithin einer typischen Handwerkerinstitution, gebeten wurden <sup>1)</sup>:

Anzeige:

Die Herren Fabrikanten, Werkmeister, Färber, Weber und übrigen patentisirten Arbeiter der Stadt Köln, werden hiermit benachrichtigt, daß unter dem Vorsitz Sr. Hochwohlgeboren des Herrn Kreis-Direktors von Märcken, Freitag den 6. Januar, Morgens elf Uhr, in dem Rathssaal des Stadthauses, zur Wahl der zu erneuernden Mitglieder des Rathes der Gewerbeverständigen dieser Stadt, nämlich eines Fabrikanten im Seidengewerb, eines Kotonfärbers und eines Ergänzungsglieds im Kotongewerb, geschritten werden soll....

Cöln, am 30. Dezember 1814

Der Bürgermeister, von Wittgenstein

In Eupen und in Solingen erfolgte sogar ein gegensätzlicher Gebrauch dieses Begriffs. Während in Eupen die Fabrikanten die Kaufleute im Gegensatz zu den Arbeitern waren, wurden in Solingen die Arbeiter (unter ihnen auch die Besitzer von Produktionsstätten) als solche im Gegensatz zu den Kaufleuten bezeichnet. Fabrikhaber waren solche, die die Solinger 'Fabrik' (damit war das gesamte organisierte Kleiseisengewerbe gemeint) innehatten, also die Handwerker oder Arbeiter <sup>2)</sup>).

Die unterschiedlichen Verwendungen des Begriffs 'Unternehmer' hat zu manchen Fehldeutungen hinsichtlich des Tempos der Industrialisierung geführt und damit auch zu einer Vernachlässigung der Diskussion um Größe und Einfluß der neben der Industrie noch existierenden Bereiche.

---

1) Zitiert nach L. Uhen, a.a.O., S. 42.

2) Vgl. M. Henkel, R. Taubert: Maschinenstürmer, a.a.O., S. 261.

Die Qualifikationen und Ausbildungen der ersten Unternehmergenerationen waren bestimmt durch den Maßstab der vor allem englischen Konkurrenz hinsichtlich der technischen Entwicklung und kaufmännischen Unternehmensführung. Durch häufige Reisen in das wirtschaftlich und technisch hoch überlegene Ausland (vor allem England, Frankreich und auch Belgien) wurde versucht, Anschluß an die fortgeschrittene Produktionsstruktur zu finden <sup>1)</sup> - oft genug mit einem Resultat, was einer Überforderung des deutschen Marktes, der Infrastruktur und vor allem auch der nicht an derartige Industriearbeit gewöhnten Belegschaftsangehörigen gleichkam.

Motivation und Verhaltensweisen der ersten Unternehmergenerationen standen in einem engen Zusammenhang mit deren Rekrutierung und Qualifikationen sowie den allgemeinen und sich branchenmäßig/regional unterschiedlich darstellenden Bedingungen der technischen, ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung. Insofern ist es nicht hinreichend, zur Erklärung von Betriebsordnungsversuchen der Unternehmer nur auf das Profitstreben als Antriebskraft zur Gestaltung der sozialen Beziehungen hinzuweisen. Notwendig ist die Betrachtung der Eingebundenheit der Unternehmer in das gesellschaftliche Umfeld, also beispielsweise die Untersuchung der Beeinflussung von Handlungsweisen durch die Normen des 'Alten Preußischen Systems', sowie eine Differenzierung nach Unternehmergruppen.

Für die ehemaligen Kaufleute war das wichtigste Motiv zur Gründung von Industriebetrieben das Gewinnstreben auf der Basis neuer Gegebenheiten, so wie sie es aus ihrem bisherigen Geschäft gewohnt waren.

---

1) Vgl. J. Kocka: Unternehmer, a.a.O., S.61 ff., T. Pierenkemper, a.a.O., S. 54 f. sowie W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 111 f.

Hingegen wurden die ehemaligen Handwerker "häufig durch ihre unzureichende ökonomische und soziale Situation angetrieben, die ... sowohl als drückend wie auch als veränderbar begriffen wurde" <sup>1)</sup>.

Allen gemeinsam war aber das allgemeine bürgerliche Selbstverständnis vom Sinn und Zweck der Arbeit, nach der der individuelle Erfolg auch dem Allgemeinwohl diene und aufgrund dessen wirtschaftlich nicht qualifizierte, abhängige Lohnarbeit grundsätzlich nicht mitreden durfte, sondern nur den Anspruch auf arbeitsmarktgerechten Lohn erheben konnte.

Dieser Arbeitsbegriff erhielt sehr oft noch eine - zumindest in der Gründergeneration wirksame - christlich-protestantische Bestimmung vom Sein und Arbeiten des Menschen.

Wie an vorheriger Stelle schon diskutiert, spielte die 'Berufsethik des asketischen Protestantismus' (Max Weber) eine erhebliche Rolle in der Formierung unternehmerischen Handelns. Erfolgreiche Arbeit galt - besonders bei den Calvinisten - als ein Zeichen der Auserwählung. Das Prinzip 'der Arbeit um der Arbeit willen', die 'Welt als Pflicht' diente aber nicht nur zur Formierung unternehmerischen Handelns und Legitimierung der Herrschaftsausübung, sondern war daneben auch ein Versuch, die Arbeiter den industriellen Anforderungen anzupassen. Die Berufung auf religiöse, also auf normativ wirkende gottgegebene Verhaltensregeln sollte mit zu einer Entwicklung einer industriellen Arbeitsmoral beitragen, die die langfristig angelegte Bereitschaft zur industriellen Arbeit, die Pünktlichkeit, eine gewisse Zuverlässigkeit in der Ausführung von übertragenen Auf-

---

1) J. Kocka: Unternehmer, a.a.O., S. 55. Natürlich spielten bei allen Unternehmensgründungen auch noch andere Momente eine wesentliche Rolle, wie Kapital, technisches und kaufmännisches Können und Wissen etc.



gaben, insgesamt also auch eine Selbstdisziplinierung vor allem in dem Bereich der industriellen Arbeit, der von den offiziellen hierarchisch bestimmten Kontrollmaßnahmen nicht erreicht werden konnte, beinhaltete.

"Die religiöse Wertung der rastlosen, stetigen, systematischen weltlichen Berufsarbeit als schlechthin höchstes asketisches Mittel und zugleich sicherster und sichtbarster Bewährung des .. Menschen und seiner Glaubensechtheit" <sup>1)</sup> war der denkbar mächtigste Hebel der von Weber als 'Geist des Kapitalismus' bezeichneten Lebensauffassung <sup>2)</sup>.

---

1) M. Weber: Protestantische Ethik I, a.a.O. S. 186.

2) Vgl. ebenda, S. 187.

Allerdings darf jetzt nicht so getan werden, als ob die protestantischen Unternehmer die industriell-kapitalistische Entwicklung vorangetrieben und die katholischen Unternehmer sich auf das Gewerbe statt auf die Industrie konzentrierten (wie es sich allerdings in Einzelfällen auch so darstellt). In Rheydt mit seiner schnellen industriellen Entwicklung überwogen die protestantischen Unternehmer, während in Rheindalen als überwiegend katholischem Ort das Handwerk lange Zeit bestehen blieb, vgl. H. Matzerath, a.a.O., S. 65 f.). Die 'Protestantische Ethik' als 'Geist des Kapitalismus' kann in gewisser Hinsicht als überkonfessionell, ja, noch nicht einmal als typisch christlich oder überhaupt religiös bezeichnet werden. Sie kennzeichnet eine Lebensauffassung, die Carl Améry die 'gnadenlose Folge des Christentums' nennt, und die er in den Vorstellungen der Machbarkeit der Welt und aller ihrer Umstände durch die Menschen, geleitet vom 'Prinzip Hoffnung', verwirklicht sieht (C. Améry: Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums, Reinbek, 1974, S. 134). Diese Lebensauffassung speist sich aus der restlosen Übernahme und Verinnerlichung einiger Leitvorstellungen der jüdisch-christlichen Tradition und ist gekennzeichnet durch einen weltweiten Konsens. Améry schreibt dazu (S. 14): "Die Tradition, um die es geht, dieses gemeinsame Erbe der Vorstellungen und Überzeugungen ist heute wirksamer in weltlichen Mächten als im verfaßten Christentum; wirksamer im Deutschen Industrie- und Handelstag, im Zentralkomitee der KPdSU, im Pentagon und in den Formationen der Technokratie als etwa im Vatikan oder im Weltkirchenrat."

Typisch dafür war das Engagement der Unternehmer in kirchlichen Gemeinden (und damit auch die Übernahme öffentlicher Aufgaben wie zum Beispiel Armenfürsorge, oft in der Form von Stiftungen <sup>1)</sup>), welchem sehr oft die Entsendung von Vertretern in politische Organe folgte <sup>2)</sup>.

Diese Unternehmer, die als Honorationen treffend gekennzeichnet werden können, stellten eine geschlossene und einheitliche ökonomische und politische Führungsschicht dar, die "traditionelles soziales Prestige .. mit ökonomischer Unabhängigkeit und Bereitschaft und Abkömmlichkeit zur öffentlichen Leistung" <sup>3)</sup> miteinander verband <sup>4)</sup>.

Die Mischung aus der 'Berufsethik des asketischen Protestantismus', Versatzstücken vorindustrieller Fürsorgepflicht und kapitalistisch-unternehmerischem Handeln mit entsprechendem ökonomischen Erfolg und gesellschaftlichem Statusgewinn zog eine Verpflichtung gegenüber dem öffentlichen Wohl nach sich.

Bezeichnend dafür sind die Begrüßungsworte des Unternehmers Johann Wilhelm Fischer aus Anlaß der Gründung eines Kornvereins in Barmen zur Verhinderung einer drohenden Hungersnot 1816 <sup>5)</sup>:

Wir treten heute im Namen Gottes zusammen, der unsere Bemühungen mit Segen krönen wolle, damit aus unserem Verein viel Gutes für unsere Gemeinde hervorgehen möchte.

Dieses Verständnis vom eigenen Handeln setzte sich fort in der von unerschütterlicher Selbstgewißheit und einer erhabenen Selbstzufriedenheit gekennzeichneten

---

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 727:

Insofern kann die 'protestantische Ethik' letztlich nicht als an eine bestimmte Religion oder gar an eine bestimmte Richtung innerhalb des Protestantismus (so an die reformierte statt an die lutherische Kirche) gebundene Lebensauffassung gelten.

1) Vgl. L. Puppke: Sozialpolitik und soziale Anschau-

neten Bilanz der Tätigkeit des Kornvereins, wie sie ebenfalls Johann Wilhelm Fischer zog <sup>1)</sup>:

Was war mein Lohn? Antwort: Einige höfliche Briefe der königlichen Regierungen; die stille Anerkennung der Besseren der Bürgerschaft, vor allem aber ein reines ruhiges Gewissen und die herrliche Überzeugung, Barmen in der Zeit der Not vor Mangel und Hunger geschützt zu haben. Die süßen Gefühle der Selbstzufriedenheit beglücken mich; mehr bedarfs nicht! In der Einfachheit meines Charakters, der Bescheidenheit meiner Gemütsart, mit der Verachtung all dessen, was den Schein der Anmaßung trägt, verzichte ich gerne auf das Vergnügen öffentlicher Anerkennung.

Sowohl die Arbeit im eigenen Geschäft als auch der Dienst an der Öffentlichkeit werden als von Gott gesetzte Aufgaben begriffen, deren Erfüllung den rücksichtslosen Einsatz der ganzen Persönlichkeit und aller materiellen Ressourcen verlangte - natürlich in wohl abgewogener Verteilung zwischen privatem Geschäft und Dienst an der Öffentlichkeit.

Der Dienst an der Öffentlichkeit richtete sich aber nur mittelbar an das einzelne Belegschaftsmitglied, denn es wurde von der Wohltätigkeit nur außerhalb der Fabrik und auch nur dann erfaßt, wenn dies den Kriterien der kirchlichen und kommunalen Armenfürsorge

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 728:  
ungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen, Köln, 1966, S. 261.

2) So in Barmen, wo entsprechende, der Führungsschicht angehörende Vertreter in den Gemeinderat, Provinziallandtag und in die Handelskammern geschickt wurden, vgl. W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S.108 f.

3) Ebenda, S. 109.

4) Siehe auch die Unternehmer in Rheydt, vgl. H. Matzerath, a.a.O., S. 39-42.

5) Zitiert nach W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 109.

1) Zitiert nach ebenda, S. 110.

Die starke Verwurzelung von unternehmerischem Handeln in dem das Handeln wiederum legitimierenden christlichen Glauben kommt in anschaulicher Weise in Thomas Manns Roman 'Die Buddenbrooks' zum Ausdruck.

entsprach. Insofern kann man eher von einem Mäzenatentum sprechen. Typisch dafür ist die soziale Fürsorge, wie sie zum Beispiel von den die Dürener Industrie beherrschenden Familien Schleicher, Schoeller, Schüll und Hoesch ausgeübt wurde. Eine zeitgenössische Schrift rühmte <sup>1)</sup>:

Ihre hochherzigen Stiftungen verhalfen einer Reihe von Anstalten für Kranke und Arme zum Leben. Keine mittelgroße Stadt in Deutschland dürfte sich rühmen, so viele Anstalten der Wohlfahrts- und der Krankenpflege, ein so gutes Theater und Museum sowie derart namhafte gemeinnützige Stiftungen zu haben wie das kaum 30 000 Einwohner zählende Düren.

Gerade in konfessionell geschlossenen Gegenden wie zum Beispiel in dem 'philadelphischen' Ronsdorf (Bandwirkerstadt) weigerten sich lange Zeit die Unternehmer, dieses Prinzip der Sozialfürsorge innerhalb des kirchengemeindlichen und kommunalen Rahmens umzuwandeln bzw. zu ergänzen in/durch eine betriebliche Sozialpolitik.

Mit der Abfolge der Generationen reagierten die Söhne der Gründer-Unternehmer auf die an sie gestellten Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen anders.

Zwar behielten auch sie lange Zeit die autoritäre Betriebspolitik als Gestaltungsmoment ihrer Betriebsordnungsversuche bei, das Engagement in der Armenfürsorge innerhalb der Kommune/Kirchengemeinde und die Berufung auf religiöse Motive fielen jedoch weitgehend weg. Stattdessen erfolgte in vielen Fällen die Errichtung von betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen als Folge des auf sich selbst bezogenen bürgerlichen Strebens, das Interessen, die nicht unmittelbar auf den eigenen Erfolg gerichtet waren, vernachlässigen mußte. Die Religion wurde zwar beibehalten, die Berufung auf entsprechende Motive wurde aber nur noch als Ritual und leere Worthülse verstanden.

1) Zitiert nach; L.Puppke, a.a.O., S. 261 f.

So schrieb ein Unternehmer 1885 in einer Selbstbiographie zu seiner Konfirmation <sup>1)</sup>:

Die Vorschriften einer starren Orthodoxie befolgte ich soweit, um mit Ehren die Prüfung bestehen zu können. Von den Hunderten von Bibelversen und Gesangbuchliedern, welche ich auswendig lernen mußte, habe ich aber nichts im Gedächtnis behalten. Religionsfragen haben überhaupt nie mein Interesse erregt. Ich denke, schlecht und recht durchs Leben zu gehen, ohne einem bestimmten Glauben huldigen zu müssen, von dem mein Inneres unberührt bleibt.

Zwar blieb die Auffassung der Welt als Pflicht auch jetzt noch erhalten, doch wurde sie nicht mehr religiös begründet, sondern aus den Normen des bürgerlichen Individualismus abgeleitet <sup>2)</sup>:

... daß ich in meiner günstigen Lebensstellung eines unnennbar großen Glücks teilhaftig geworden bin, das zu verdienen ich mich durch Arbeit im Dienst der Menschen nach meinen schwachen Kräften würdig erweisen muß.

Folgen eines solchen moderneren Unternehmerhandelns waren unter anderem die eigene Beschränkung auf die Aufrechterhaltung des Funktionierens ökonomischer und betrieblicher Führung, die allmähliche Distanzierung von den öffentlichen Aufgaben und "das Hineinwachsen in die Lebensart großbürgerlicher Gesellschaft wilhelminischer Prägung" <sup>3)</sup>.

Dabei waren die Veränderungen unternehmerischen Selbstverständnisses, besonders die Distanzierung von der Übernahme öffentlicher Aufgaben, keineswegs allein

---

1) Ernst v. Eynern: Selbstbiographie, 1885, S. 112; zitiert nach W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 114.

2) Zitiert nach ebenda, S. 115.

3) W. Köllmann: Sozialgeschichte, a.a.O., S. 119. Zur kommunalen/staatlichen Armen- und Gewerbepolitik im Zeichen der zunehmenden ökonomischen und sozialen Liberalisierung nach 1850 vgl. F. Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen, 1981, im folgenden zitiert als: Sozialpolitik, besonders S. 78 ff.



den Bestands- und Funktionserfordernissen des industriellen Betriebs geschuldet, sondern sind auch auf die spezifisch deutsche Entwicklung nach 1848 zurückzuführen. Wie an vorheriger Stelle schon diskutiert, erfolgte im Zuge der Reaktion mit der Tolerierung der alten politischen Führungsschichten durch das Bürgertum dessen Rückzug aus der Politik. Dieser Rückzug fiel umso leichter, als den Unternehmern von der Regierung wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht wurden, und das preußische Staatswesen trotz der halbfeudalen Grundstrukturen schon bestimmte bürgerliche Elemente in sich trug. Das Bürgertum übernahm die ökonomische Führungsrolle, während staatliches Handeln in diesem Bereich nach 1848 eher indirekt organisiert wurde.

Die - staatlich verordnete - Liberalisierung der Handelsbeziehungen (die bis 1878 währte) ließ Ansätze manchester-liberaler Handlungsmöglichkeiten aufkommen, wenn auch diese - etwa im Gegensatz zu England - in Preußen-Deutschland vom Staat nur bis zu einer gewissen Grenze geduldet wurden. Diese Grenze wurde bestimmt durch die eigentümlichen feudalbürgerlichen Mischungsverhältnisse im preußischen System, die Ausdruck eines arbeitsteiligen Herrschaftskompromisses zwischen Krone und Adel, Militär und Bürokratie mit entsprechend abgesicherten wechselseitigen Interessenwahrungen unter Förderung von (privatem) Gewerbe und Industrie waren.

Wie sehr die staatliche Gesellschaftspolitik in Deutschland von unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Selbstverständnissen ausging, zeigt die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts (die Frauen ausgeschlossen) für den deutschen Reichstag nach 1871. Einerseits unterschieden sich die Bedingungen der Einführung des Wahlrechts zum deutschen Reichstag von jenen in England dahingehend, daß

in Deutschland die industriellen Lohnarbeiter auch 1871 noch längst nicht die Grundsätze einer industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweise akzeptiert und die Gewerkschaften das reibungslose Funktionieren der Industrie zu ihrem Hauptanliegen gemacht hatten, ihnen aber trotz der Nichterfüllung dieser Bedingungen - anders als in England <sup>1)</sup> - das gleiche Wahlrecht zugestanden wurde. Mithin wurde hier politisch sehr viel liberaler gehandelt als in England.

Auf der anderen Seite jedoch war der Reichskanzler als maßgeblicher Gestalter der Politik - zumal in der Person Bismarcks - nicht dem Reichstag, sondern in erster Linie dem Kaiser verantwortlich. Hinzu kam, daß im bedeutsamsten Land des Reichs, in Preußen, nach wie vor das Dreiklassenwahlrecht bestand und somit dem bürgerlichen Prinzip der Gleichheit widersprach.

Insgesamt war eine solche Konstruktion bestimmt aus den (sich grundsätzlich widersprechenden) Erfordernissen einer bürgerlich liberalen Integration und den als vorpolitisch zu bezeichnenden Ansprüchen einer nicht kontrollierbaren feudalen Herrschaft der Krone und des Adels, die neben dem Militär (und zum Teil der Verwaltung) die Grundprinzipien preussischer Politik vertraten.

---

1) K. Polanyi schrieb dazu für die englischen Verhältnisse im 19. Jahrhundert: "Erst nachdem die Arbeiterklasse die Grundsätze einer kapitalistischen Wirtschaft akzeptiert hatte und die Gewerkschaften das reibungslose Funktionieren der Industrie zu ihrem Hauptanliegen gemacht hatten, war das Bürgertum bereit, den besser gestellten Arbeitern das Wahlrecht zuzubilligen, das heißt, lange nachdem die Chartistische Bewegung aus dem Feld geschlagen und man sicher war, daß die Arbeiter das Wahlrecht nicht zur Verwirklichung ihrer eigenen Ideen verwenden würden" (K. Polanyi, a.a.O., S. 236).

Vor allem nach 1870 traten die Grundprinzipien preussischer Politik - Autorität und Militarismus, monarchisches Prinzip und ständische Sozialordnung großgrundbesitzerliche Interessenswahrung und Antiparlamentarismus - wieder stärker in den Vordergrund und beeinflussten auch nachhaltig die Politik der Unternehmer, obwohl diese Grundprinzipien viel eher dem Sozialmilieu der Träger des preussischen Herrschaftskartells entsprachen als dem Selbstverständnis des Bürgertums (Demokratisierung, Liberalisierung) 1).

1) Ausschnitte eines Berichts eines Kaufmanns vom dem Kaiserbesuch in Magdeburg 1880 bringen letztlich die Aufgabe der sozialen Identität eines großen Teils des Bürgertums als Träger der politischen Aufklärung zum Ausdruck:

"... Groß war die Freude und die Aufregung bei den Arbeiten vorher, denn Magdeburg wollte sein geliebtes Herrscherhaus glänzend empfangen, und mit Freude und Stolz denke ich an den Tag zurück, an die schön geschmückte Stadt, an den herrlichen großen Festsaal des Alten Markt und den Huldigungsgang der Magdeburger Kaufmannschaft und der Gewerke, alles Festrausch vom schönsten Kaiserwetter. ... Wir hatten als Mitglieder der speziellen Commission die Ehre, die in Begleitung der städtischen Spitzen anwesenden Gesellschaften zuerst zu begrüßen und ihnen vorgestellt zu werden, und noch heute bin ich des Glückes voll über die Leutseligkeit und die Güte, welche die hohen Herrschaften und ganz besonders Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz zeigten. Unvergesslich ist mir die namentlich nach Plätsche im anstehenden großen Arbeitssaal der Loge, der für diesen Tag zum Empfang der hohen Herrschaften und zur Würdigung des Kaiserbesuchs bestimmt war, von Kronprinzen gezeigte Herablassung und Leutseligkeit, wie seine freundlichen und schenkenden Bemerkungen im Gespräch. Unvergesslich ist mir aber auch das große gute Auge unseres geliebten alten Kaisers, als er, nicht vor mir stehend, uns Stadtverordnete auf dem Alten Markte bei seiner Ankunft mit freundlichen Worten begrüßte. Herrlich waren auch die Worte, welche Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz in Erwiderung auf die Rede und das Wort des Bürgermeisters auf dem Kaiser und des Herrscherhaus sprach. ... (Abgedruckt in: Deutsche Sozialgeschichte Band II, a.a.O., S. 72-75).

Mit der Bildung einer solchen Entwicklung mußte so das Bürgertum die eigene Identität zum Teil verlorengelassen; die Unternehmer handelten vornehmlich wirtschaftlich-moralisch und 'sowas', nicht politisch. Dieses Selbstverständnis war ein Ausgangspunkt ihrer Betriebsordnungsversuche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - von einigen Ausnahmen abgesehen.

Die spezifisch preußisch-deutsche Ausprägung unternehmerischen Selbstverständnisses kommt auch in erheblichem Maß in der Organisation der Unternehmer zum Ausdruck - sei es in Kammern oder/und in staatsfreien Verbänden.

#### 2.2.3.3.2. Die Fixierung der Organisationen der Unternehmer auf die staatliche preußisch-deutsche Verwaltung

Die Organisationen der Unternehmer lassen sich in ihren unterschiedlichen Ausprägungen jeweils erklären aus ihrem Verhältnis zum Staat, zu den industriellen Lohnarbeitern und der immer offensichtlicher werdenden 'sozialen Frage', aus branchen- und regionsspezifischen Verhältnissen und aus der sozialen und beruflichen Rekrutierung der Unternehmer.

#### Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 734:

Wie sehr sich große Teile vor allem des Besitzbürgertums von den Ansprüchen der an sich bürgerlichen politischen Liberalisierung und Demokratisierung entfernt hatten, zeigen weiterhin die immer größer werdende Anziehungskraft der Nobilitierung und das vermehrte Kaufen von Rittergütern; insgesamt der Versuch, es den Lebensgewohnheiten und -umständen des preußisch-deutschen Herrschaftskartells mit dem Ziel der gesellschaftlichen Anerkennung der Bürger als Gleichberechtigte zumindest annähernd zu tun.

Hans-Peter Ullmann unterscheidet in seiner Untersuchung zwischen zwei idealtypischen Entwicklungssträngen: einem preußisch-bürokratisch-schwerindustriellen und einem konkurrierenden, nichtpreußisch-parlamentarisch-fertigindustriellen <sup>1)</sup>.

In Deutschland spielte das Kammerwesen in der unternehmerischen Interessenvertretung eine große Rolle. Schon vor 1850 bildeten sich in Preußen Handelskammern und kaufmännische Korporationen als Verbindungsstücke zwischen Gewerbe/Industrie und staatlicher Verwaltung im Zuge der Modernisierungsanstrengungen der preußischen Bürokratie, während in den Rheinlanden die nicht so zahlreichen und bedeutungsvollen Kammern eher staatliche Hilfsorgane nach französischem Muster waren <sup>2)</sup>. In diese Rolle ließen sich die führenden Mitglieder der preußischen Kammern nie drängen, obwohl im Zuge der Entwicklung die Handelskammern immer mehr zu öffentlich-rechtlichen Institutionen mit korporativen Versatzstücken wurden.

Aus einer solchen Form - obwohl sie zu manchen Konflikten Anlaß bot - zogen beide Seiten Vorteile. So erhielt die staatliche Verwaltung von den Kammern einen steten Informationsfluß, die Delegation von Aufgaben über die Kammern war ebenso gesichert wie eine gewisse Kontrolle des Gewerbes/Industrie durch den Staat. Auf der anderen Seite nutzten die Unternehmer und Gewerbetreibenden die Kammern als allgemein gesicherten direkten Zugang zur staatlichen Verwaltung. Dies war besonders in Preußen von großer Bedeutung, da es bis 1850 aufgrund des dort herrschenden nichtkonstitutionellen Systems keinen verfassungsmäßig garantierten Ansprechpartner - etwa ein Parlament als Repräsentativorgan - gab; es sei denn, man beschritt den Petitionsweg (wie es bis 1860/70 auch die Bergarbeiter taten) und entsprach damit der Norm des vorindustriellen fürsorgerisch handelnden poli-

1) Vgl. H.-P.Ullmann, a.a.O., S.300.

2) Vgl. im folgenden ebenda, S. 301 ff.



tischen Systems.

Allerdings hatte das Kammersystem den Nachteil, daß es bis 1850 die Gründung staatsfreier Vereinigungen der Unternehmer in Preußen teilweise überflüssig machte, teilweise sogar verhinderte. In den süd- und mitteldeutschen Staaten war ein Kammerwesen im Vergleich zu Preußen nicht entsprechend ausgebildet. Die staatsfreien Vereinigungen, die dort vor allem während des Vormärz ins Leben gerufen wurden, mußten deshalb nicht mit öffentlich-rechtlichen Einrichtungen konkurrieren. Als Ansprechpartner dieser Vereinigungen stand der Staat zur Verfügung; in den konstitutionellen Ländern - im Unterschied zu Preußen - die Landtage.

Der Gegensatz "zwischen einem sozialökonomisch-liberalen, aber politisch-obrigkeitsstaatlich strukturierten Preußen und den sozialökonomisch-konservativen, aber politisch-konstitutionellen süddeutschen Staaten" <sup>1)</sup>, jeweils schwerpunktmäßig durch öffentlich-rechtliche Vertretungsformen der Unternehmer (Preußen) und staatsfrei-assoziative Vereinsgründungen (Mittel- und Süddeutschland) gekennzeichnet, wurde verstärkt durch die unterschiedliche Programmatik der frühindustriellen Interessenvertretungen. So verlangte die Textilbranche einen Schutzzoll für ihre Produkte (wobei die Forderung in hohem Maße organisationsbildend wirkte) und versuchte, mit dem Wunsch nach Gründung eines nationalen Industrievereins und 'nach einer gesamtdeutschen Repräsentativverfassung (!), die ökonomische und auch politische Vorherrschaft Preußens bei den Zollvereinskongressen zu mildern.

Mit der Revolution von 1848 und der danach (kurzfristig) erfolgten Beseitigung politischer Hemmnisse wurden wesentliche Voraussetzungen für eine überregionale Tätigkeit staatsfreier gewerblich-industri-

---

1) H.-P.Ullmann, a.a.O., S. 305.

eller Organisationen geschaffen, die jetzt als zentrale Einflußadressaten eine Nationalversammlung und eine Reichsregierung hatten.

Der 'Allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit' stellte unter diesen Bedingungen den 'Höhe- und Endpunkt frühindustrieller, staatsfreier Interessenvertretung' dar. Er organisierte die Fabrikanten Süd- und Mitteldeutschlands sowie jetzt auch die Unternehmer aus den preußischen Westprovinzen. Zugleich vereinte er als nationaler Verband der schutzzöllnerischen Industrien fast alle Branchen unter einem Dach. Die schon damals aufscheinenden Interessengegensätze zwischen den einzelnen Industriesektoren und Produktionsstrukturen wurden noch innerhalb des Verbandes und nicht zwischen konkurrierenden Organisationen ausgetragen 1).

Die staatsfreien Verbände und die Kammern - und auch der nationale Verband des Jahres 1848 - dienten hauptsächlich (wenn man von den Interessen der Gewerbetreibenden/industriellen Unternehmer ausgeht) der Einflußnahme auf staatliche Bürokratien und/oder politische Repräsentativorgane.

Ihre Funktionen bestanden weder in der Abwehr von ökonomischen, sozialen und politischen Ansprüchen der Arbeiter und deren Organisationen, noch in der Ausschaltung von Konkurrenz durch Preis- und Mengenabsprachen, noch in der Standardisierung der Arbeitsorganisation, der Produkte und letztlich auch der Interessen.

Dies lag zum einen daran, daß die Industrialisierung in einer kapitalistischen Gesellschaft noch nicht so weit fortgeschritten war, daß eine schwerpunktmäßige Verlagerung der Funktionen solcher Verbände in diesem Zeitraum hätte erfolgen müssen. Zum andern war es gerade die starke Fixierung von Interessenverbänden auch in dem spezifisch preußisch-deutschen System der staatlich verordneten Modernisierung der ökonomischen und auch sozialen Ver-

---

1) H.-P. Ullmann, a.a.O., S. 306.

hältnisse (Koalitionsfreiheit) unter Beibehaltung des Einflusses des politischen preußischen Herrschaftskartells, die eine recht einseitige Gewichtung der Funktionen der Verbände hervorrief. Die staatliche Fixierung der Interessenverbände besonders in Preußen übertrug sich aufgrund dessen politischer und ökonomischer Überlegenheit von dort auf die Verbände auch in Süd- und Mitteldeutschland. Sie wurde auch nach 1848, gerade im Zuge des Einsetzens der politischen Reaktion und trotz der Durchsetzung der Großen Industrie und damit der Vormachtstellung des (Groß)Bürgertums im ökonomisch-industriellen Sektor, beibehalten.

Das Kammersystem wurde nun (nach 1848) auch im nicht-preußischen System auf- und ausgebaut, auch mit dem erklärten Ziel, die sich immer freier entfaltende Wirtschaftstätigkeit obrigkeitsstaatlich einzubinden. Auf dem Gebiet des späteren deutschen Reiches entstanden so 39 neue Handels- bzw. Handels- und Gewerbekammern (zum Beispiel ab 1861 der Deutsche Handelstag) <sup>1)</sup>, wobei die Handelskammern den "staatsfrei-assoziativen Zusammenschluß öffentlich-rechtlicher Institutionen" <sup>2)</sup> darstellten.

Die Kammern hatten die doppelte Aufgabe,

sowohl die Anforderungen des Staates an einzelne Gruppen nach Beratung, Berichterstattung, Mit- oder Hilfsverwaltung zu erfüllen, wie die Wünsche der in ihnen organisierten gewerblichen Unternehmerschaft eines Bezirks an den Staat zu formulieren und zu vertreten <sup>3)</sup>.

1) Vgl. H.-P.Ullmann, a.a.O., S. 307. Dieser zweistufige Aufbau entsprach einer Teilung der Tätigkeitsbereiche. Die Handels- und Gewerbekammern als stetig arbeitende Einrichtungen vertraten die wirtschaftlichen Interessen ihres Bezirks gegenüber den einzelstaatlichen Verwaltungen; der Deutsche Handelstag in der Form periodisch tagender Kongresse nahm sich mehr der allgemeinen wirtschaftlichen Forderungen an.

2) Ebenda, S. 308.

3) W. Fischer: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeit-

Die Eingliederung industrieller Interessenvertretung in staatlich-bürokratische Organisationsformen hatte längerfristige Wirkungen <sup>1)</sup>:

- Das preußische Kammersystem, wie es sich bis 1848 herausgebildet hatte, wurde für die Entwicklung des deutschen Handelskammersystems prägend;
- die Handelskammern blieben auch im (später) entwickelten staatsfreien Verbandssystem als unterste Ebene des freien Verbandssystems des Deutschen Reiches bestehen. Dies führte zu erheblichen organisatorischen und personellen Verflechtungen zwischen Kammersystem und freien Verbänden;
- durch das alle Wirtschafts- und Gewerbebereiche umfassende Kammersystem wurde die Industrie auch mit dem Gewerbe (Handwerkskammern) und Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern in Preußen) dahingehend verknüpft, daß <sup>es</sup> sowohl taktische Vorgehensweisen als auch gegenseitige Einflußnahme bestimmte. Gerade die ostelbische (Groß)Landwirtschaft nutzte diesen Weg, um ihre Interessen - die sowohl ökonomischer als auch politischer Natur (Sicherung der politischen Vormachtstellung des preußischen Herrschaftskartells) waren - auch gegen die (an sich in die individualistisch-liberale Verhaltensprogrammatik eingebundenen) Unternehmer durchzusetzen. Diese wiederum verzichteten angesichts der gescheiterten Revolution von 1848 und infolge wirtschaftspolitischer Zugeständnisse und Förderungen durch den Staat auf die Durchsetzung politischer Forderungen, was sich zunächst als Hemmnis der staatsfreien Organisation des gewerblich-industriellen Bürgertums erwies und so auch die Kammern in ihrer Fixierung auf die staat-

---

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 739:  
alter der Industrialisierung, Göttingen, 1972, im folgenden zitiert als: Wirtschaft, S. 195 (insbesondere der Abschnitt: Konjunkturen und Krisen im Ruhrgebiet seit 1840 und die wirtschaftspolitische Willensbildung der Unternehmer, S.179-213).

1) Vgl. H.-P.Ullmann, a.a.O., S. 309.

liche Verwaltung als Hauptansprechpartner wirtschaftlicher Forderungen (die dann zunehmend in das Fahrwasser der preußischen, freihändlerischen Zollvereins- und Handelspolitik gerieten) förderte.

Die Verschiebung industrieller Interessenvertretung weg vom freien Verbandswesen hin zu öffentlich-rechtlichen Organisationsformen wurde noch begünstigt durch die nationale Frage (groß- oder kleindeutsch). Zusammen mit der nach 1859 günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und mit der den Freihandel fördernden preußischen Politik hatten größere staatsfreie Verbandsbildungen, wie sie vor allem von den 'Schutzzöllnern' (Textil) versucht wurden, kaum eine Chance. Dies änderte sich aber in den 1870er Jahren, als vor allem die preußische Schwerindustrie aus dem Kammersystem ausbrach und freie Vereine gründete. Die Gründe dafür lagen in der immer offenkundiger werdenden regionalen und sektoralen Ungleichzeitigkeit des Industrialisierungsprozesses und in taktischen und strategischen Überlegungen zur Absicherung partikularer ökonomischer Interesssen im politischen Raum.

Bis zur Jahrhundertmitte blieb das vorindustrielle Raummuster in Deutschland weitgehend erhalten, danach wurde Rheinland-Westfalen immer mehr zur führenden Industrieregion und näherte sich sehr schnell dem industriell-gewerblich hoch entwickelten Sachsen an, während die anderen Staaten in der industriellen Entwicklung zurückblieben. Damit zusammenhängend verlief auch die branchenmäßige Entwicklung. Die Schwerindustrie konzentrierte sich in Rheinland-Westfalen und wurde zur wesentlichsten Industrie, während die verarbeitenden Gewerbe/Industrien weitgehend auf den süd- und mitteldeutschen Raum abgedrängt wurden. Die Schwerindustrie sah sich in den Kammern nicht mehr ausreichend repräsentiert <sup>1)</sup>. Das lag

1) Vgl. im folgenden H.-P.Ullmann, a.a.O., S. 310.



unter anderem daran, daß die Kammern bis 1870 auf persönliche Mitgliedschaften aufbauten. Die Gewerke des Bergbaus und die Aktiengesellschaften der eisen- und stahlschaffenden Industrien konnten also nicht mehr ihrem Kapital angemessen in den Kammern vertreten sein. Gerade aber diese beiden Unternehmensformen waren typisch für die Durchsetzung der Großen Industrie, während das verarbeitende Gewerbe/Industrie aufgrund der sehr viel langsameren Entwicklung die Rechtsformen des Einzelunternehmens und der Personengesellschaft bevorzugte.

Insofern waren die großen Montanbetriebe auf freie Vereinigungen angewiesen wie zum Beispiel den 'Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund'.

Ein weiterer Grund für das Ausbrechen der Schwerindustrie aus dem Kammersystem lag in der regionalen Begrenztheit der Kammern und in deren Verpflichtung, das Gesamtinteresse von Industrie, Handel und Gewerbe zu vertreten. Die größer werdenden Spannungen zwischen freihändlerischen und schutzzöllnerischen Interessen konnten nicht mehr innerhalb einer Kammer ausgetragen werden, sie bedurften einer anderen Konfliktbearbeitungsform - eben jener der sektoralen Verbände. Hinzu kam, daß sich durch Konzentrationsprozesse und Kartellisierung die ökonomischen und politischen Interessen der Schwerindustrie nicht mehr auf einen engen räumlichen Bezirk begrenzen ließen; es wurden daher also regional übergreifende Verbände notwendig. Aber auch die staatsfreien Verbände, obwohl von der staatlichen Administration unabhängiger als Kammern, und obwohl es (in Preußen) seit 1850 ein Abgeordnetenhaus als zweiten Einflußkanal neben der staatlichen Bürokratie gab, suchten sich die staatliche Verwaltung als wichtigsten Ansprechpartner. Hier wirkte das preußische Kammer-

system fort. Die Anerkennung der politischen Führungsrolle des preußischen Herrschaftskartells durch das (Unternehmer)Bürgertum förderte ein obrigkeitsstaatliches Denken und Handeln der Unternehmer, das in Abhängigkeit umschlug. Hinzu kam als bergbauliches Spezifikum, daß trotz der Lockerung des Direktionsprinzips immer noch ein sehr starker staatlicher Einfluß in Form von Aufsicht und Kontrolle erhalten blieb, so daß diese Verbände ohnehin sehr staatsorientiert waren. Wesentlich für die Gründung staatsfreier, branchenmäßig und überregional organisierter Verbände war das Ziel der Preiskontrolle und Mengenverteilung, zumal nach den Konjunkturereinbrüchen in den 1870er und 1880er Jahren.

Diese neue Situation ließ eine Interessenidentität zwischen Schwerindustrie und Großlandwirtschaft in der Form der Schutzzollpolitik zu, die dann mit dem Bündnis 'Stahl und Roggen' wirksam wurde, dessen enorme Bedeutung nicht nur im ökonomischen Bereich zu suchen ist, sondern daneben auch noch im politischen. Denn nun war ein zusätzliches Problem entstanden - die Arbeiterbewegung -, das sowohl die Gefahr des Verlustes der politischen Herrschaft des preußischen Machtkartells heraufbeschwor, als auch als eine Bedrohung des Unternehmertums verstanden wurde.

So trafen sich beide Gruppierungen und reagierten mit Verbots- und Repressionsmaßnahmen gemäß ihrem gemeinsamen politischen Selbstverständnis, das mit den schon oben angeführten Grundprinzipien preußischer Politik umschrieben werden kann: Autorität und Militarismus, monarchisches Prinzip und ständische Sozialordnung, großgrundbesitzerliche Interessenwahrung und Antiparlamentarismus. Die Schwerindustriellen übertrugen damit einen Teil der Grundvorstellungen der von ihnen ausgeübten autoritären Betriebspolitik auf den gesellschaftlichen Bereich und entspra-

chen damit den Normierungen des 'Alten Preußischen Systems'.

Allerdings - und hier ist schon eine Differenz zwischen den industriellen Unternehmern und dem von halbfeudalen Strukturen geprägten preußischen Staat zu sehen - gestanden die Unternehmer dem Staat lediglich die Anwendung disziplinarischer (Herrschafts) Mittel zu, während zum Beispiel staatliche Vorschriften auf dem sozialen Gebiet von der Unternehmern im allgemeinen und im besonderen den Schwerindustriellen abgelehnt wurden.

Von zusätzlichem Interesse dabei ist, daß sich die Unternehmer auch von dem christlichen Selbstverständnis der Kaufleute und vieler Gründer-Unternehmer, welche Armenfürsorge im kommunalen und kirchenge-meindlichen Rahmen bejahten und im Gegenzug eine entsprechende Umsorgung im Betrieb ablehnten, distanzieren.

So war bereits in den 1850er Jahren die staatliche Hilfskassengesetzgebung erst auf nachdrückliche Anweisungen der Behörden gegen den Willen der Unternehmer durchgesetzt worden <sup>1)</sup>, ähnliches wiederholte sich während der Diskussion um die Einführung der allgemeinen Invalidenversicherung.

Die staatlichen Stellen, hier ein Bürgermeister und ein Landrat, unterstützten die Forderung nach Errichtung einer solchen allgemeinen Versicherung.

So bemerkte der Bürgermeister aus Holte (Amt Beeck, Kreis Duisburg) in einem Bericht vom 11.10.1879 an das Landratsamt Mülheim(Ruhr) <sup>2)</sup>:

.... ist zu konstatieren, daß die Zahl der arbeitsunfähigen Arbeiter, welche lediglich in Folge der normalen Abnutzung ihrer Arbeitskraft

---

1) Vgl. L. Puppke, a.a.O., S. 244.

2) Zitiert nach ebenda, S. 244 f.

erwerbsunfähig geworden sind, allerdings eine sehr bedeutende ist. Insbesondere trifft dies im hiesigen Bezirke bei den Feuerarbeitern der Eisenindustrie, den Puddlern und Schweißern zu. Nach einer 20jährigen Thätigkeit in ihrem Berufe, also in einem Alter, wo andere Menschen sich ihrer besten Manneskraft erfreuen, sind diese Arbeiter abgenutzt. Ist der Arbeitgeber inhuman, entläßt er den nicht mehr brauchbaren Arbeiter, dieser geräth unter Umständen in Noth und Elend und fällt der Armen-Casse zur Last. Aber auch bei einer durchaus humanen Behandlung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber wo z.B. die Art der Beschäftigung später eine leichtere und zuträgliche wird, tritt doch oft frühzeitig vollständige Arbeitsunfähigkeit und Hilfsbedürftigkeit ein. Beispielsweise beziehen von der Hütte Phönix zu Laar, die durchschnittlich 1 500 Arbeiter beschäftigt 165 erwerbsunfähig gewordene Personen Invaliden-Pensionen. Bei anderen Industrie-Zweigen wird das Verhältnis ein ungünstigeres sein. - Mehr Arbeiter noch, als invalide werden, sterben in dem mittleren Lebensalter und lassen dann Frau und mehrere kleine Kinder in hilfsbedürftiger Lage zurück. So zahlt z.B. die Casse der Hütte Phönix fortlaufend für 122 Witwen Pensionen und für 196 Kinder Erziehungsgeld. Ohne Cassen mit einem derartigen Charakter könnten einzelne Fabrikorte im Laufe einiger Jahre finanziell ruiniert werden, da die Anforderungen, die die Armenpflege an sie zu stellen gezwungen wäre, jedes Maß überschreiten würde.

Und der Landrat Rospatt theilte der Düsseldorfer Regierung am 1.11.1879 über die Lage im Kreise Lennep mit <sup>1)</sup>:

Das Bedürfnis (zur Alters- und Invalidenversorgung) besteht hier nicht bloß im Interesse der Arbeiter selbst, sondern auch den Gemeinden gegenüber, welchen die arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter zur Last fallen. Die Inhaber der großen Tuchfabriken und Streichgarnspinnereien haben vielfach das Prinzip sich der Arbeiter, wenn sie alt werden, möglichst frühzeitig und bevor vollständige Arbeitsunfähigkeit eingetreten ist, zu entledigen. Meist ist es aber dann für dieselben zu spät die Beschäftigung oder den Wohnsitz zu wechseln und sie fallen sehr bald den Gemeinden zu Last.

---

1) Zitiert nach L. Puppke, a.a.O., S. 245.

Die Unternehmer ihrerseits versuchten, über die Handelskammern des Regierungsbezirks Düsseldorf ihre Interessen dagegen zu setzen <sup>1)</sup>: So war die Handelskammer Lennep der Ansicht, es bestehe kein Bedürfnis zu einer gesetzlichen Invalidenversicherung, die bestehenden Kassen reichten aus, ein neues Gesetz "habe bestimmt keinen Erfolg". Ähnlich lauteten Stellungnahmen der Handelskammern Duisburg und Solingen. Die Handelskammer Wesel meinte, das Haftpflichtgesetz von 1871 genüge vollständig, außerdem würden brave und solide Arbeiter durch leichtere Arbeit vom Unternehmer unterstützt; bei Einführung einer gesetzlichen Invalidenversicherung aber würden die Familienbände zerstört, bei denen einer dem anderen aus-  
helfe, stattdessen würde der Arbeiter fordernd auftreten <sup>2)</sup>.

Die Handelskammer Neuß empfahl <sup>3)</sup>:

... daß die meisten Fabrikarbeiter weniger durch normale Abnutzung der Arbeitskraft als vielmehr durch ihre unsolide Lebensweise und namentlich durch den Hang zur Trunksucht arbeitsunfähig und dadurch versorgungsbedürftig zu werden pflegen und daß es daher für die Fabrikarbeiter vor allen Dingen noth thut, auf geeignete Mittel zu sinnen, wie dieselben sittlich zu heben sind. Die Fabrikarbeiter müssen an Solidität, Nüchternheit und Sparsamkeit gewöhnt werden, und solange dies nicht der Fall ist, so sind Altersversorgungs- und Invalidenkassen für dieselben nicht angebracht.

In einigen Fällen versuchten die Unternehmer, die unterste Ebene der staatlichen Bürokratie - die Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung - für sich zu gewinnen, um dann gegen die staatlichen Pläne zur allgemeinen Regulierung zur Milderung der sozialen Risiken der Arbeiter besser opponieren zu können.

---

1) Zitiert nach L. Puppke, a.a.O., S. 245 f.

2) Die Argumentation mit dem verfehlten Anspruchsdenken der Arbeiter hat sich bis heute erhalten.

3) Zitiert nach L. Puppke, a.a.O., S. 246.



Als Beispiel dafür können die Auseinandersetzungen um das städtische Arbeitsamt Augsburg genannt werden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Arbeitsvermittlung noch weitgehend dem 'freien Spiel der Kräfte' entsprechend den gängigen Auffassungen des herrschenden Arbeitsmarktmodells überlassen. Danach konnten die Arbeiter und ihre Organisationen in keiner Weise an der Gestaltung des Arbeitsmarktes mitwirken. Die alleinige Entscheidungskompetenz und Kontrolle besaß der Unternehmer, der sich auch weigerte, einen Teil dieser Kompetenzen an übergeordnete (kommunale) Einrichtungen abzugeben.

Gemäß diesem Modell (das an vorheriger Stelle nicht in seinen Grundvoraussetzungen und -annahmen in ihrer Vollständigkeit diskutiert wurde) tauschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer menschliche Arbeit gegen geldlichen Lohn. Es wird angenommen, daß sie aufgrund ihrer Berechnungen im Widerspiel von Angebot und Nachfrage ihre jeweiligen Tauschinteressen möglichst vorteilhaft zu verwirklichen suchen.

Weil aber die Marktmacht ungleichmäßig verteilt ist, bedarf dieser Mechanismus - falls er überhaupt funktionieren soll - zusätzlich eines politisch-liberalen Interessenausgleichs und marktkonformer Kompromisse. Die Funktionsbedingungen gehen von dem Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise aus, sie verlassen ihn nicht.

Diese zusätzlichen Funktionsbedingungen haben sich historisch in den Formen der staatlich kontrollierten Arbeitsmarktverwaltung und der Tarifaufonomie herausgebildet, die einen staatlich garantierten Verhandlungsraum bedeuten <sup>1)</sup>.

1) Womit nicht gesagt werden soll, daß damit die Arbeitsmarktregulierung mit dem Ziel des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage und der Vollbeschäftigung auch tatsächlich funktioniert bzw. die Marktmacht gleichmäßig verteilt wird.

Beides gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht. Die Handwerksgesellen hielten bei den Meistern ihres Gewerbes 'Umschau', wobei sie diese Sitte auch nach der Einrichtung einer kommunalen Vermittlungsstelle noch jahrelang beibehielten. Einzelne Innungen verfügten auch über eigene Arbeitsnachweise, die aber bei den Gesellen sehr unbeliebt waren, da sie von dem Wissen der Meister um das Arbeitskräfteangebot negative Auswirkungen auf die Löhne erwarteten. Arbeitssuchende Fabrikarbeiter fanden sich oft am Morgen vor den größeren Fabriken ein und warteten, ob sie Arbeit bekämen. In Augsburg (und auch anderswo) war es sogar bis 1910 noch üblich, daß größere Firmen ihren eigenen Arbeitsmarkt auf den Fabrikhöfen abhielten <sup>1)</sup>.

Die Tagelöhner (zum Beispiel Holzhacker, Lastenträger) standen täglich auf öffentlichen Plätzen und warteten auf Aufträge. Der Magistrat der Stadt Augsburg überließ im großen und ganzen die Zustände sich selbst.

Systematisch organisiert wurde der Augsburger Arbeitsmarkt zuerst von den Arbeitgebern, die 1893 den 'Verband Ordnungsliebender Arbeiter' (unter der Aufsicht des Augsburger Industrievereins) als eine zentrale Arbeitsvermittlung für Fabrikarbeiter gründen ließen. Für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bedeutete diese Monopolstellung die Gefahr der totalen Auslieferung an eine Einrichtung, deren erklärtes Ziel die Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war.

Aufgrund der systembedingten Schwäche und der sehr langsamen Entwicklung der Arbeiterbewegung, die sich allein nicht in der Lage sah, die Monopolstellung der Unternehmer durch einen eigenen Arbeitsnachweis zu brechen, forderte im Juni 1894 eine Arbeiterver-

---

1) Vgl. im folgenden I. Fischer, a.a.O., S. 383-385.

sammlung den Augsburger Magistrat auf, eine neutrale Instanz in Form eines städtischen Arbeitsamtes zu errichten.

Der Magistrat lehnte dieses Ansinnen mit der Begründung ab,

eine Centralstelle für den örtlichen Arbeitsnachweis könne nur dann ersprießlich wirken, wenn ihr von allen Seiten Vertrauen entgegengebracht wird. Wie die Dinge dermalen liegen, ist aber anzunehmen, daß der größte Teil der Arbeitgeber, der mit dem im vorigen Jahre von einigen Vereinen eingerichteten Arbeitsnachweise zufrieden zu sein scheint, dem städtischen Arbeitsnachweise ferne bleiben, und damit die Tätigkeit des letzteren größtenteils lahmlegen würde.

Diese ablehnende Haltung wurde auch beibehalten, als die übergeordnete schwäbische Bezirksregierung nur wenige Wochen später die Errichtung eines kommunalen Nachweises ausdrücklich für wünschenswert erklärte. Im November des gleichen Jahres gestand der Magistrat unter diesem Druck zwar ein, daß "im Interesse des sozialen Friedens" die Notwendigkeit eines neutralen Nachweises nicht zu verkennen sei, fügte aber hinzu, daß "zur Zeit auch nicht die geringste Aussicht bestehe, einen von der Gemeinde errichteten Arbeitsnachweis mit Erfolg zu betreiben".

Dazu muß man wissen, daß die den städtischen Kollegen angehörenden Vertreter aus Industrie und Handwerk einen großen Einfluß auf städtische Entscheidungen ausübten,<sup>1)</sup> und kein Interesse daran hatten,

---

1) Im wilhelminischen Reich hatten die großen Interessenverbände erheblichen Einfluß auf die Entscheidungen und personellen Besetzungen der Verwaltung. So konnte in den preußischen Landratsämtern kaum eine Stelle gegen den Willen der örtlichen Gutsbesitzer bzw. des junkerlich-großagrarisches ausgerichteten Bundes der Landwirte besetzt werden. Ähnlich verhielt es sich im legislativen Bereich: bei der Wahl zum Reichstag 1898 gelang es dem Bund der Landwirte, 118 auf das Programm des Bundes verpflichtete Kandidaten durchzubringen (von insgesamt rund 400 Abgeordneten), und 1904 beanspruchte der Bund von

eine Konkurrenz zum eigenen (Industrievereins) Nachweis aufzubauen. Als dem Druck der Bezirksregierung zur Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes nicht länger mit politischen Argumenten begegnet werden konnte, verlegte der Magistrat die Argumentation auf die Kostenfrage. Zunächst lehnte man die Übernahme der Kosten durch die Stadt generell ab. Als die Bezirksregierung im Januar 1897 nun noch massiver drängte, war der Augsburger Magistrat bereit, die Hälfte der Kosten zu übernehmen, verzögerte aber mit Verfahrensregelungen eine Entscheidung.

Erst als die Bezirksregierung der Stadt Augsburg eine Frist bis zum Februar 1900 setzte mit der Drohung, im Fall des Verstreichens dieser Frist ein Arbeitsamt ohne Mitwirkung des Industrievereins und der Stadt Augsburg zu errichten, beschloß der Magistrat im März 1900 die Errichtung des auch die Mitwirkung von Arbeitern zulassenden kommunalen Arbeitsamtes (zumal der geforderte Staatszuschuß garantiert wurde).

Das kommunale Arbeitsamt Augsburg nahm dann tatsäch-

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 749:

420 Abgeordneten des preußischen Abgeordnetenhauses (Dreiklassenwahlrecht) 222 für sich (vgl. W. Fischer: Wirtschaft, a.a.O., S. 201 f.). Eine solche Interessenwahrnehmung konnte "am ehesten in den städtischen Verwaltungen, über die Stadträte und Bürgermeister, zu politischem Einfluß gelangen .. (hier natürlich industriell-gewerblicher Interessen, Anm.d.V.); hier war die Identität von politischer und wirtschaftlich-gesellschaftlicher Führungsschicht, wie sie zum Beispiel dem Rheinland des Vormärz vertraut war, am längsten fortsetzbar. Und der Einfluß von Verbänden und Kammern auf die Verwaltungstätigkeiten der Kommunen, Kreisverwaltungen und selbst Regierungspräsidien gehörte zweifellos zu den Alltagerscheinungen" (W.Fischer: Wirtschaft, a.a.O., S. 203), wenn auch (wie oben schon diskutiert) dieser Einfluß um die Jahrhundertwende spürbar zurückging - allerdings regional sehr unterschiedlich.

lich am 1.10.1900 die Tätigkeit auf.

Erwartungsgemäß boykottierten nun die Unternehmer diese Einrichtung, so daß bis zum Ersten Weltkrieg dieses Amt kaum in der Lage war, Arbeitsgesuche zu berücksichtigen. Diese Situation änderte sich auch dann nicht, als 1903 der Verband Ordnungsliebender Arbeiter auseinanderbrach, seinen Arbeitsnachweis einstellte und die Zahl der privaten Vermittlungsstellen im Laufe der Jahre immer weiter zusammenschmolz. Das Hauptkontingent der Arbeiter mußte sich weiterhin direkt an die Fabriken wenden oder die neu entstandenen Nachweisstellen der Arbeitgeberverbände aufsuchen.

Insofern blockierten auch hier die Unternehmer die Übertragung bestimmter Kompetenzen auf kommunale/staatliche Einrichtungen mit dem Interesse an einer allumfassenden Ausübung der Herrschaft und Kontrolle.

Und gerade in diesem Gegeneinander von Unternehmern und staatlichen Stellen ist auch das (scheinbar) Paradoxe zu sehen: Obwohl sich besonders die Schwerindustrie den politischen Leitgedanken des preußischen Herrschaftskartells unterworfen hatte, die als vorindustriell, antibürgerlich und obrigkeitsstaatlich zu kennzeichnen sind, gestanden die Unternehmer diesem Staat nicht das Recht auf fürsorgerische Um-sorgung zu, wie es ja an sich dem Selbstverständnis eines (halb)feudalen Staatswesens entspricht. Man möchte zunächst also meinen, daß die Unternehmer in diesem Punkte durchaus bürgerlich handelten, indem sie dem bürgerlichen Prinzip der Selbsthilfe den Vorzug gaben vor Möglichkeiten der kollektiven Regelungen zur Risikominderung.

Bei nähererer Betrachtung des Selbstverständnisses, das der von den Unternehmern ausgeübten autoritären Betriebspolitik zugrundeliegt, löst sich dieser Wi-



derspruch wieder auf, da diese Betriebspolitik eine Mischung aus vorindustriell-handwerklichen Normierungen und dem Versuch der (autoritären) Bewältigung der Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen ist, insgesamt als vopolitisch zu bezeichnen ist.

Die autoritäre Betriebspolitik ist gekennzeichnet durch einen absoluten "Herr-im-Hause-Standpunkt", durch das uneingeschränkte Recht des Unternehmers, im Betrieb seine Auffassungen und Entscheidungen durchzusetzen und entsprechend durch eine Position der Arbeiter, in der sie sich allen Anordnungen der Betriebsleitung widerspruchslos zu fügen und uneingeschränkten Gehorsam zu leisten haben, wobei die unbedingte Unterordnung der Arbeiter auch durch Einflüsse von außen, etwa des Staates oder gar der Gewerkschaften, nicht eingeschränkt wurde.

Die autoritäre Betriebspolitik wurde vornehmlich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Varianten praktiziert. In ihrer patriarchalischen Ausformung war die absolute Unterordnung der Arbeiter mit einer Auffassung der Belegschaft als erweiterter 'Familie' gekoppelt, der durch Wohlfahrts-einrichtungen wie Werkswohnungen, Unterstützungs- und Pensionskassen usw. eine gewisse soziale Fürsorge gewidmet wurde, die allerdings gleichzeitig eine Kontrolle auch des außerbetrieblichen Lebens der Arbeiter beinhaltete (so zum Beispiel bei Krupp und Stumm-Halberg).

Die militärische Ausformung der autoritären Betriebspolitik verstand die Beziehungen Belegschaft - Unternehmer als Verhältnis von Befehl und Gehorsam, innerhalb dessen dem Arbeiter die Stellung des Soldaten zukam, der seinen Dienst pflichtgemäß zu erfüllen hatte, und dem Unternehmer die Stellung des Befehlshabers, dessen Anweisungen unbedingte Folge zu lei-

sten war. Eine solche Betriebspolitik fand sich vor allem in den Groß- und Riesenbetrieben der deutschen Schwerindustrie (zum Beispiel bei den 'Grubenbaronen').

Schließlich wurde die autoritäre Betriebspolitik auch in Form einer (manchester)liberalen Auffassung vertreten. Hier beruhte das Verhältnis zwischen Belegschaft und Unternehmer auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung, die im wesentlichen im Arbeitsvertrag festgelegt waren. Im Unterschied zur patriarchalischen und militärischen Betriebspolitik wurde den Arbeitern eine gewisse Selbständigkeit, vor allem im außerbetrieblichen Leben, zugestanden, wenngleich selbstverständlich eine uneingeschränkte Einhaltung des Arbeitsvertrages durch die Arbeiter gefordert wurde, was sowohl ihre absolute Unterordnung im Betrieb als auch die Erfüllung einer bestimmten Arbeitsleistung beinhaltete.

Diese (manchester)liberale Betriebspolitik konnte im übrigen durchaus auch Maßnahmen der betrieblichen Sozialpolitik beinhalten, sofern diese für die Durchführung der Produktion und die Erhaltung der betrieblich erforderlichen Arbeitskraft wirtschaftlich notwendig waren, wie etwa den Bau von Werkwohnungen.

Die betriebliche Sozialfürsorge verblieb also in der alleinigen Entscheidungskompetenz der Unternehmer, während dem Staat das Recht zugestanden wurde, seine Vorstellungen über die Disziplinierung der Arbeiter im gesellschaftlichen Raum durchzusetzen.

Als treibende Kraft dieser Auffassung galt der 1871 gegründete sogenannte Langnamverein ('Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Schwerindustrie und die südwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen')<sup>1)</sup>, der - obwohl branchenübergreifend organisiert - unter

1) Zu den einzelnen Vereinigungen der verschiedenen

schwerindustrieller Führung stand und als einflußreichster Verband bis zum Ende der Weimarer Republik galt.

Dieser Verband strahlte Impulse zu reichsweiten Vereinsgründungen in der Montanindustrie aus. Über die 'Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller' beteiligte er sich maßgeblich an der Errichtung des zentralen Eisenverbandes, er war auch Vorbild für den 'Centralverband Deutscher Industrieller' (CDI). Der CDI entstand 1875 in Opposition gegen die damals noch vorherrschende Freihandelspolitik <sup>1)</sup>. Obwohl er von der Schwerindustrie beherrscht wurde, übte er lange Zeit eine starke Anziehungskraft auf die nichtpreußischen Verbände und reichsweiten Fachvereine aus. Seine hohe Integrationskraft verdankte der CDI in erster Linie seinen bekannt guten Kontakten zur preußischen Bürokratie. Als 'Gesamtvertretung der deutschen Industrie' (während der Zollauseinandersetzungen verdrängte er den Deutschen Handelstag als konkurrierende nationale Interessenvertretung <sup>2)</sup>) konnte er es sich erlauben, im Konfliktfall die schwerindustriellen Interessen den anderen voranzustellen.

Das Übergewicht der Ruhrindustrie im Spektrum des industriellen und gewerblichen Interessenverbandsystems wurde noch von der Verfassungsstruktur des Deutschen Reiches und der Verfassungswirklichkeit

---

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 753:  
Industriezweige vgl. W. Kulmann: Die Berufsvereine, Jena 1908, Band 3 (Organisation der Arbeitgeber, Gemeinsame Organisation), sowie T. Pierenkemper: Schwerindustrielle, a.a.O., S. 62-66.

1) Vgl. zur Entstehungsgeschichte und zur Programmatik des CDI W. Kulmann, a.a.O., Band 3, S.19 ff.

2) Dabei gelang es der preußischen Schwerindustrie in diesen Auseinandersetzungen, auch nicht-preußische Verbände zu gewinnen, wie zum Beispiel die seit jeher einen Schutzzoll fordernde Textilindustrie um den 'Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller'.

Bismarckscher Kanzlerschaft begünstigt.

Die vielfach abgesicherte hegemoniale Stellung Preußens im föderativen Reichsaufbau arbeitete den rheinisch-westfälischen Unternehmern in die Hände. Sie verfügten von allen Industrien über die langjährigsten und am besten eingespielten Verbindungen zu den preußischen Ministerien. Solange Preußen das Reich über den Bundesrat 'regierte', im Staatsministerium Reichspolitik gemacht wurde und die preußische Verwaltung Aufgaben der erst langsam entstehenden Reichsbürokratie übernahm, solange erhöhte das 'Ineinanderfließen' politischer Institutionen sowie die Verflechtung von Entscheidungsprozessen und Führungseliten auch die Wirkung schwerindustrieller Interessen im Reich. Die Kompetenzverlagerung von den Einzelstaaten zur Zentrale brachte ihnen deshalb die meisten Vorteile. Die nichtpreußischen Unternehmer hatten wie schon zur Zeit preußischer Vorherrschaft im Deutschen Zollverein größere Hürden zu überwinden 1).

Die Unternehmerverbände - vor allem nach 1878 als ökonomisches und politisches Bündnis zwischen 'Stahl und Roggen' - bedeuteten in ihrer besonderen ökonomischen und politischen Konstellation einen Rückzug eines großen Teils des Bürgertums aus den demokratisch-liberalen Bewegungen. Dadurch erhielten die Verbände ihre spezifisch politische Dimension, die nach 1890 mit der verstärkten Verknüpfung von (Schwer) Industrieinteressen, Militarismus (Flottenverein, Kriegervereine), staatlicher Verwaltung und antisozialdemokratischen Verbindungen nur noch offensichtlicher wurde.

Die Verbandspolitik richtete sich dabei keineswegs gegen den halbfeudalen (allerdings mit bestimmten bürgerlichen Elementen durchsetzten) preußischen Staat, sie machte im Gegenteil die staatliche Verwaltung zum Hauptadressaten ihrer Forderungen, was zugleich Folge und Voraussetzung des Bündnisses zwischen (Industrie)Bürgertum und Staat war.

---

1) H.-P.Ullmann, a.a.O., S. 314 f.

Die institutionelle Machtüberlegenheit der Unternehmer gegenüber den industriellen Lohnarbeitern wurde noch verstärkt und im gesellschaftlichen Raum voll wirksam durch deren Organisierung in eben den Kammern und staatsfreien Verbänden. Diese Organisierung - die ja zeitlich sehr viel früher einsetzte als eine entsprechende Organisierung der industriellen Lohnarbeiter und insofern keine Reaktion der Unternehmer auf das Entstehen der Arbeiterorganisationen war - umfaßte schon während der Durchsetzung der Großen Industrie die überwiegende Zahl der industriellen Unternehmer, während auf der anderen Seite nur ein relativ kleiner Teil der industriellen Lohnarbeiter organisiert war.

Die - historisch später sich als notwendig erweisende - Funktion der Organisierung der Unternehmer bezüglich der Zurückweisung der Ansprüche der (vor allem organisierten) industriellen Lohnarbeiter (neben jenen des Einflusses auf staatliche Verwaltungen und der Ausschaltung der Konkurrenz) deutet mit oben Gesagtem auch darauf hin, daß sich die Unternehmer sehr viel früher und deutlicher der Konsequenzen des institutionell bedingten Klassengegensatzes bewußt waren als die industriellen Lohnarbeiter, wenn auch in ihrer spezifisch deutschen Ausprägung auf einer obrigkeitlich-moralistischen Grundlage.

Die von den Unternehmern als notwendig erachtete Organisierung in Kammern und Verbänden verlief so - mit der Delegierung von bestimmten Entscheidungskompetenzen an die Organisationen - wesentliche Grundbedingungen des bürgerlichen Individualismus. Damit wurden zugleich Legitimationen des unternehmerischen Handelns entwertet, das (industrielle) Bürgertum verlor einen Teil seiner eigenen Identität. Ein anderer Teil der Identität ging mit der Aufgabe der liberalen Verhaltensprogrammatik als ursprünglichem Maß-



stab der politischen Verhaltensweisen in einer bürgerlichen Gesellschaft durch das strategisch angelegte Bündnis zwischen (Schwer)Industrie, staatlicher preußisch-deutscher Verwaltung und Junkertum verlustig.

Die spezifisch deutsche Entwicklung der Unternehmerverbände kennzeichnet in ihrer Einbindung in den preußischen Staat und die politische halbfeudale Gesellschaft, die aufgrund der industriell-kapitalistischen Dynamik in sich selbst zu zerreißen drohte, genau die Eckpfeiler, die den meisten industriellen Unternehmern Orientierungshilfe zur Bewältigung der neuen Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen waren. Die Unternehmer standen vor der - im Vergleich zu heutigen aktuellen Verhältnissen sehr viel stärker und direkter wirkenden - Notwendigkeit, zur Organisation eines möglichst widerspruchsfreien und störungsfreien Produktionsablaufs neben allgemeinen unternehmerischen Dispositionen auch noch besondere Maßnahmen zu ergreifen. Denn die Umwelt stellte den Betrieben keine integrierten und ebensowenig motivierten Individuen zur Verfügung, so daß Integration und Motivation nicht lediglich durch den Abschluß des Arbeitsvertrages erreicht werden konnten.

Die Richtlinien dieser besonderen Maßnahmen der Unternehmer waren den althergebrachten Grundsätzen der preußischen Politik entliehen; ihre Anwendung im Betrieb wurde zusätzlich legitimiert durch die starke Rolle der staatlichen Verwaltung, die Fixierung der Unternehmervverbände auf eben diese Verwaltung und die Unterordnung des (Industrie)Bürgertums unter das politische preußische Herrschaftskartell. Inhaltlich können so die Betriebsordnungsversuche der Unternehmer während der Durchsetzung

der Großen Industrie bezeichnet werden als widersprüchliche Mischung aus ständisch-feudalen Normierungen und den ersten Versuchen der adäquaten Bewältigung der Anforderungen der industriell-kapitalistischen Arbeits- und Wirtschaftsweisen.



